Zu dem Verrat der Demokratie und der Liberalität durch die amtierenden Demokraten
und
über das Elend der theoretischen und praktischen Ökonomie

als Ursache des Mordens, des Hungers und der Fluchtbewegungen in der Welt

Beiträge in Form eines Blogs

> Quellen und Reflexionen <

von

Tristan Abromeit

Abschluss April 2017

www.tristan-abromeit.de

Text 147.0.2

Anhänge

Text 147.1: „Bodenrechts- und Wirtschafts-Themen in einer Regionalzeitung“ aus den Jahren 1969 und 1971 // Wirtschaftsredakteur der HAZ, Gerd Grope †
Leserbriefe (einer für die HP) von TA /
„Die zweitbeste Wirtschaft“, Gerd Grope †, 1970, Auszüge
Buchbesprechung dazu von Elimar Rosenbohm †

Text 147.2: „Buchgeldschöpfung und Bankenwirklichkeit“, Helmut Creutz, 1986
„Zur Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken“, E. Rosenbohm, 1986

Text 147.3 „Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung / Kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie“ von Martin Scheytt, 1962

Text 147.4 Karl-Hermann Flach, Gedenkschrift, 1973

Text 147.5 Ernst Winkler, Die Währungsfrage als Rechtsproblem, zu „Die Wunderinsel Barataria“ von Silvio Gesell in Fragen der Freiheit in „Fragen der Freiheit“, Heft 129, Dez. 1977

Text 147.6 Die 58. Mündener Gespräche im Oktober 2016
Zur Geldnutzungsgebühr, Seigniorage und Goldene Regel der Kapitalakkumulation
(Beispiel interner Kommunikation)

Anhang im Anhang 6 von 6
Frankfurter Allgemeine Zeitung / Samstag, 29. August 1964 1 Nr. 200 /
Keine Sonderstellung der Banken in der Marktwirtschaft
Das kreditpolitische Gutachten von Professor Stützel

Inhaltsverzeichnis

1. Tag: Vorbemerkungen / Meine Stimmungslage 1
2. Tag: Zur ökonomischen Lage und zum Bildungsystem....3
3. Tag: „Die Lügenpresse“ und Flucht in die Zentralisation....5
4. Tag: Zweifel an der Demokratie....12
5. Tag: Freihandel....14
6. Tag: Bischöfe zum Terroranschlag auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin (IS, Freundschaftheim, gewaltlose Gewalt, Kreisky zum Terror)....15
Einschub 1 (Welche Gefahr ist größer? Klima oder Ökonomie)....20
7. Tag: Dachschaden bringt abgelegte Literatur ans Licht AWP / HWP, F.D.P. und Karl-Hermann Flach....21
Freiburger Thesen nach 40 Jahren / Liberale werden immer gebraucht....24
8. Tag: US-Präsident Trump....26
Einschub 2 (Über meine Rolle als Schreiber.)....35
9. Tag: Margot Käßmann und Heinrich Bedford-Strohm zu Luther 36
10. Tag: Marx prüfen / Gesell und Antisemitismus....39
Einschub 3 (Motive und Last meines Schreibens)....43
11.Tag: Morgengymnastik für den Kopf / Wir ernten, was wir säen....46
12. Tag: Können Worte überhaupt noch helfen? (Fortsetzung vom 9. Tag) 47
Einschub 4 (Worte: Werkzeug für Krieg und Frieden)....52
13.Tag: Gedenksteine, Straßennamen, Schul-Namen und NS-Symbole....55
14. Tag: Ultrarechte Tendenzen / Nahum Goldmann und andere....59
Einschub 5 (Erneut die Fragen nach den Sinn des Vorhabens)....70
15. Tag: Erzählungen aus der eigenen Familie / FDP mit den 3 Punkten....72
16. Tag: Die Himmelsleiter/ Freistatt / die Opfer der „Euthanasie“....75
17. Tag: Ist unsere Demokratie in Gefahr – Frage- oder Ausrufezeichen?....101
Gauck in Niederlanden: Europäer müssen sich von den USA emanzipieren....106
Einschub 6 (Brief und Antwort Oberster Sowjet)....109
Einschub 7 (Mehr Demokratie e.V. zu Trump, Erdogan u. Armut)....115
18. Tag: Verfassungsfeindlichkeit und Parteienverbot....116
Einschub 8 (Jefferson – Herrschaft der Toten)....120
19. Tag: CDU-Abgeordnete wirft Kanzlerin Rechtsbruch vor /....121
Die Bewegung Reichsdeutsche....121
… Fazit....124
20. Tag: Anmerkungen über den Umgang mit Außenseiterpositionen 127
Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches....131
21. Tag: Der Messias von Würselen / der neue Bundespräsident / 133
der Präsident des Niedersächsischen Landtages....133
22. Tag: Utopien als Modell-Analysen....146
23. Tag: Zu der Unterbewertung des Geldes als Triebkraft der 159
Geschichte / Geschichtsgestaltung als politisches Instrument....159
Einschub 9 (Grundeinkommen / Grundsteuerreform)....196
24.Tag: Akademietagungen....198
und der ausbleibende aber mögliche ökonomische Fortschritt I....198
25.Tag: Akademietagungen und....220
der ausbleibende aber mögliche ökonomische Fortschritt II....220
26.Tag: Aktuelle Bücher 253
27. Tag: Weitere Zeitungsberichte....275
Einschub 10 (Konstam über Negativzins)....282
Einschub 11 (Walker, Neue Euro. Währungsordnung)....288
Einschub 12 (Neuordnung der Banken 1977)....293

Lagerung im Ausland hat historische Gründe.....296
Einschub 13 (Rentenökonomie, D. Löhr / Geleitwort, G. Scherhorn).....309
28. Tag: Nachträge zu Gesell, die Kirchen und die digitale Welt.....313
Einschub 14 (FAIRCONOMY-Newsletter / Niedrigzins).....318
… Schutz smarter Systeme im Blickpunkt.....327
29. Tag: Mündener Gespräche und mehr 330
Die Referate:.....331
Einschub 15 (Verbotene Staatsfinanzierung?).....333
Einschub 16 Bankpolitik / Gutachten von W. Stützel / Auszug.....348
30. Tag: Geld, ein Thema zum Verrücktwerden!?.....351
Vollgeld, Kreditgeld, Eigentumstheorie des Geldes, ...351
Währungsverfassung, „Die Wunderinsel Barataria“.....351
31. Tag: Noch einmal zu Michael Hudson / Der Sektor.....381
32. Tag: Merkpunkte für die Klärung der Währungsfragen und mehr.....384
Einschub 17 (I. 2300 Milliarden frisches Geld / II. Geldsystem be-drohlicher Luxus / III. Die Theorien und der empirische Beweis).....387
II. Andreas Bangemann in der Frankfurter Rundschau / 10.04.2017.....387
Geldsystem bedrohlicher Luxus 387
Bundesbank-Monatsbericht – April 2017.....398
Einschub 18 (Demokratie Entwickeln in der Türkei und bei uns!).....400
Autoren und Autorinnen der Thesen sind:.....405

LINKS

Vortrag von Werner Onken zu Silvio gesell
https://www.youtube.com/watch?v=8u8YpqzvGuE

Volkswirtschaft im Planspiel von Karl Walker entwickelt in den 1960er Jahren Hintergründe / Bedeutung / vorläufiges Scheitern aufgeschriebene Erinnerungen und eine Dokumentation von TA > Juni 2010 < www.tristan-abromeit.de Text 82.0
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/82.0%20WalkerPlanspiel.Hinfuehrung.pdf

Negative Zinsen / Abschaffung des (Bar-)Geldes /Die unkorrekten Presseberichte darüber und andere Themen
Fragen für die wir als Freunde der NWO/ von TA / Text 145 www.tristan-abromeit.de
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/145.Negativer.Zins.digitales.Geld.Werttheorie.des.Geldes.und.mehr.pdf

Wenn jemand eine Reise tut, ...
Zur Entstehungsgeschichte von Arbeiten von Günter Bartsch zu freiwirtschaftlichen Themen insbesondere zum Karl-Walker-Portrait Auszüge aus einem Briefwechsel zwischen G.B. und T.A. / Ein paar Bilder von und mit Karl Walker Text 93.2.3
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/93.2.3%20Anhang3%20zu%2093.2%20Bartsch.Walker.pdf

Deutschlands Verwirrung, Europas Bedrängnis und eine Welt in Not! Eine Gemengelage, die eine neue Schuld der Deutschen erzeugt! T.A., August 2016, Text 146.O
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/146.0.Verwirrung.Bedraengnis.Not.Hoffnung.Haupttext.pdf

Perestroika / 95 Thesesn / Seite 405 /// weiter: http://www.neuesgeld.net/ anklicken!

WILLKOMMEN ZUM MONNETA NEWSLETTER!
Neues Interview ++ USA: Public Banking ++ Vollgeld ++ / 406

1. Tag: Vorbemerkungen / Meine Stimmungslage

Bevor ich frohe Botschaften verkünde, muss ich gestehen, dass mich der Zweifel an meinem Schreibvorhaben in zweierlei Formen plagt, hier überhaupt etwas Sinnvolles schreiben zu können. Einmal sieht es so aus, als sei die Verwirrung unter den Privatpersonen, Politikern und auch unter den Wissenschaftlern, die sich mit den Menschen und der Gesellschaft befassen, so groß, dass die Fehlhandlungen und -entwicklungen in der gesamten Welt nicht mehr umkehrbar und in einem weiteren Weltkrieg enden werden. Syrien wird überall sein, der nächste große Krieg wird alle bisherigen Kriege an Opfern und Zerstörung in den Schatten stellen. Es besteht nicht einmal die Hoffnung, dass die folgende Besinnung in oder durch die dann folgende Erschöpfung der in den Ruinen übrig gebliebenen Menschen wirklich eine Wende zum Guten bringt. Erinnern wir uns an die Beschwörungen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Rüstung!“ Wir wissen heute, dass diese Schwüre Meineide waren. Warum soll es nach dem nächsten Krieg anders sein? Die Schließung von Rüstungsbetrieben durch die Politik wird wieder durch die Politik in anderer Besetzung hintertrieben werden, weil die Interessen von übermächtigen Bündnispartnern, den betreffenden Aktionären und Arbeitnehmern in den Rüstungsbetrieben berücksichtigt werden wollen. Die Widerwilligen werden mit einem Bedrohungszenarium mit dem Hinweis, dass ihnen auch noch das Verbliebene genommen werden soll, gefügig gemacht werden. Weil die Ergebnisse einer neuen Friedensordnung erst einmal theoretischer Natur sein können, werden wie immer viele aus persönlichen Sicherheitsgründen kleine Elemente der alten Ordnung hinüber retten wollen und so die neue Ordnung von Anbeginn vergiften. Ich denke auch an das Scheitern der Sozialen Marktwirtschaft (SM), weil ihr Scheitern ein Paradebeispiel für solche Vorgänge ist. Die SM ist heute nur ein Begriff, der nur die ökonomische Wirklichkeit – bestehend aus Kapitalismus, Staatsinterventionismus und Kommunismus im sozialen Sicherungs- und Bildungssystem – kaschiert.

Die zweite Form meines Zweifels besteht darin, dass mir das, was ich in guten Stunden als positive Entwicklungsmöglichkeit sehe, auch so formulieren kann, dass daraus ein Nutzen für die Leser oder allgemein für die Öffentlichkeit entstehen kann. Ich fühle mich verpflichtet und gleichzeitig überfordert, und das verstärkt die altersbedingte Müdigkeit, die mir ständig Gründe für die Unterlassung meines Vorhabens einflüstert und sagt, dass die aufkommende Resignation voll berechtigt wäre, weil sie ein Selbstschutz ist. Wenn für mich der Teufel mehr als ein Gedankenkonstrukt wäre, würde ich sagen: „So spricht der Teufel!“ In

Wirklichkeit ist die Resignation ein Gift, das die moralische Dimension der eigenen Person tötet.

Diesen Einstieg hatte ich nach wochenlanger Verzögerung geschrieben, als ich gleich mein Schreibvorhaben wieder wegen anderer Aufgaben unterbrechen musste. Aber jeder Tag brachte neue Informationen, die nach meiner Einsicht berücksichtigt werden müssten, viele von ihnen sind sicher wieder ins Vergessen verschwunden. Dabei standen am Anfang – als Auslöser meines Schreibvorhabens – nur zwei Berichte. In dem einen wurde gemeldet, dass die schwedische Riksbank das Bargeld abschaffen wolle und in dem anderen wurde über die Schwierigkeiten der Banken berichtet, die ihr die Politik der Europäischen Zentralbank bereitet. Da die Menschen sich durchaus über die Abschaffung des Bargeldes und die Schließung von Bankfilialen aufregen können, aber wohl nur wenige bereit sind, sich tiefer auf die Themen Geld und Zins einzulassen, muss ich sie dazu verführen – so dachte ich. Die Frage, die sich dann stellte, war: „Wie schaffe ich das?“ Ich kam zum Schluss, dass ich das spezielle Thema in das allgemeine Thema des Zeitgeschehens einordnen und dabei meine biographische Verknüpfung aufzeigen muss. Zu berücksichtigen ist dabei, dass ich kein Buch schreiben will, sondern höchstens eine überschaubare Broschüre. Bis zu 48 Seite hat eine Broschüre normalerweise – so habe ich es beim Nachschauen gelesen. Wenn ich auf dem Weg dahin kapitulieren muss, dann bin ich wenigstens moralisch gerechtfertigt, weil ich versucht habe, eine Aufgabe zu erledigen, zu der es mich drängt. Bin ich auch dazu berufen? Ich sage mir, dass die Demokratie ein gesellschaftliches Modell ist, wo auch die Stimme des Dummen ihr Gewicht hat oder zumindest haben sollte. Also ist auch meine Stimme unabhängig von meinen Fähigkeiten demokratisch legitimiert.

Ich will hier auf einen wissenschaftlichen Notstand hinweisen, der schon in der Vergangenheit fatale politische Folgen hatte und heute weiterwirkt. Ich argumentiere dabei als parteiloser Demokrat, der seinen Dienst als Parteimitglied wie folgt geleistet hat: **a)** mit der Gründung und Auflösung der Liberal Sozialen Partei (1967 /68), **b)** mit der Mitgliedschaft in der F.D.P. (April 1969 - Juli 1978) [1] Zuletzt habe ich für die FDP Wahlplakate aufgestellt und dann die GLU (Grüne Liste Umweltschutz – mit deren Gründern ich Kontakt hatte.) gewählt. **c)**, danach wurde ich Mitglied der GLU, **d)** von dieser Position aus wurde ich Grün-

1 Wer nachlesen will, wie ich mich mit der FDP auseinandergesetzt habe, kann u.a. hier nachschauen: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf

dungsmitglied der sonstigen politischen Vereinigung *Die Grünen* und **e)** in Folge dieser Mitgliedschaft wurde ich dann Gründungsmitglied der politischen Partei DIE GRÜNEN.[2]

Um mein politisches Profil sichtbar zu machen, gehe ich vor dem Anliegen, das den Schreibimpuls ausgelöst hat, auf aktuelle Meldungen der Medien ein. Einflechten werde ich skizzenhaft den Weg meiner eigenen politischen Entwicklung. Ich hoffe dadurch wird sichtbar, wieso ich glaube, mich zum Thema des Elends der theoretischen und praktischen Ökonomie äußern zu müssen.

2. Tag: Zur ökonomischen Lage und zum Bildungsystem

Gabor Steingart, Herausgeber des Handelsblattes kündigt im Handelsblatt Moring Briefing vom 11. Januar 2017 einen Artikel wie folgt an:

> Was gefährdet den Westen? Die „wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen“ sei die eine Gefahr. Die andere resultiere aus der „Polarisierung der Gesellschaften“, die ihrerseits durch „Ängste vor einem kulturellen Identitäts- und Kontrollverlust durch Migration und Globalisierung“ beschleunigt werde. Zu diesem Ergebnis kommt nicht die Linkspartei, sondern das Weltwirtschaftsforum in seinem Global Risk Report 2017. Die Experten rund um Davos-Patriarchen Klaus Schwab raten den Eliten nicht die Populisten, sondern die Ursachen des Populismus zu bekämpfen: „Eine Reform des Marktkapitalismus gehört auf die Agenda“, heißt es.

Dass die Marktwirtschaft – als ein dezentrales Ordnungssystem des Leistungsaustausches – und der Kapitalismus – als ein System, das es ermöglicht, sich aufgrund von marktwidrigen Rechten und Systemfehlern in der Geld- und Bodenordnung Leistungen ohne Gegenleistungen aneignen zu können – ein Widerspruch in sich ist, ist bis zum Handelsblatt auch noch nicht in voller Konsequenz durchgedrungen, obwohl sich der Herausgeber, Gabor Steingart in seinem Buch „Unser Wohlstand und seine Feinde“ um die Unterscheidung bemüht. Eine Reform des „Marktkapitalismus“ kann also – wenn sie einen Sinn ergeben soll – nur bedeuten, dass die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreit wird.

Weiter schreibt Gabor Steingart:

> Der ehemalige Bundespräsident **Roman Herzog** ist von uns gegangen. Für immer wird sein Name für **politische Klarheit** stehen. Er wollte seinem Land dienen, nicht gefallen. Er dachte an die **Zukunft**, nicht an seine Wiederwahl.

2 Mein Abschied von den Grünen: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.0%20Abschied%20von%20den%20GRUENEN.pdf

> „Die Erstarrung der Gesellschaft, eine unglaubliche **mentale Depression** – das sind die **Stichworte der Krise**. Ich vermisse bei unseren Eliten in Politik, Wirtschaft, Medien und gesellschaftlichen Gruppen die Fähigkeit und den Willen, das als richtig Erkannte auch durchzustehen," sagte er in seiner berühmten **Ruck-Rede**. Man sollte sie allen Bürgern in die **Ausweispapiere** legen. Denn sie mahnt uns, unbequem zu sein, auch gegen uns selbst. Wer es wissen will, der weiß es ja ohnehin: Herzog ging, die **Phänomene der Erstarrung** blieben. [3]

Da ist sie wieder, die vielfach von mir wahrgenommene Mahnung, nicht bequem gegen sich selber zu sein. Aber nicht alles was Roman Herzog dachte, war außerhalb der gesellschaftlichen Erstarrung angesiedelt. Mir kommen Klagen gegen den Schulzwang in Erinnerung, die er als Verfassungsrichter abgeschmettert hat. Es war wohl an einem ähnlichen Urteil beteiligt wie diesem:

> Das Grundrecht auf Glaubensfreiheit unterliegt selbst keinem Gesetzesvorbehalt, sei aber Einschränkungen zugänglich, die sich aus der Verfassung selbst ergeben, heißt es in der Begründung. Hierzu gehöre der dem Staat in Art. 7 Abs. 1 GG erteilte Erziehungsauftrag. Infolge dessen erfahre das elterliche Erziehungsrecht durch die allgemeine Schulpflicht eine Beschränkung. Im Einzelfall seien Konflikte zwischen dem Erziehungsrecht der Eltern und dem Erziehungsauftrag des Staates im Wege einer Abwägung nach den Grundsätzen der praktischen Konkordanz zu lösen. [4]

Da im Grundgesetz Artikel. 7 (1) steht: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates" und im Art. 5 (3) „Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. ..." kann es sich bei der Aufsicht nur um eine strafrechtliche Aufsicht handeln und nicht um eine inhaltliche. Es ist auch unlogisch, dass ein Betreiber von Bildungseinrichtungen gleichzeitig der Beaufsichtigende ist. Außerdem kann ich nicht erkennen, dass aus diesen Artikeln ein Schulzwang abgeleitet werden kann. Zudem wird der Wettbewerb – ein wesentliches Steuerungselement nicht nur der Marktwirtschaft sondern auch der Gesellschaft der Freien – ausgehebelt. In der Gründungszeit der Partei DIE GRÜNEN spielten solche Überlegungen durchaus eine Rolle. Bernd Bartmann, Lehrer von Beruf, Mitglied der Grünen in Bayern, organisierte in Regensburg Kongresse zur zukunftsorientierten Bildungspolitik. Später (1990) warb er für eine Neufassung des Artikels 7 GG mit folgendem kurzen Text: „***Die Bildungsfreiheit ist die Grundlage des deutschen Bildungswesens.***" Das ist natürlich ein Angsttraum der Bildungspolitiker, Bildungsbürokraten und auf das Zwangssystem hin konditionierten Lehrer. Es fällt den Ideologen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" schwer, dass

3 http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1997/04/19970426_Rede.html
4 https://bildungsklick.de/schule/meldung/schulpflicht-bundesverfassungsgericht-weist-klage-baptistischer-eltern-ab/

unser Schulsystem der Form nach kommunistisch ist, eine Form, die sie für andere Bereiche vehement bekämpfen. Das Schlimme an diesem Sachverhalt ist, dass er in allen politischen Parteien, die den Sprung in die Parlamente erreicht haben, ihre faschistische Neigung, die drin besteht, die Herrschaft über die Inhalte der Köpfe der Bürger zu bekommen, verstärkt.

3. Tag: „Die Lügenpresse“ und Flucht in die Zentralisation

In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) vom 11. 1. 2017 sind mir drei Beiträge aufgefallen:

a***) > „Unglaubliche Dichte an Lügen“ Der Lügenforscher Klaus Fiedler über Bluffs im Wahlkampf und eine Kultur der Unwahrheiten < ein Interview von Julia Kirschner mit Klaus Fiedler.***

b) > „Volksverräter“ ist das Unwort 2016 / Diffamierend und ein „Erbe der Diktaturen“: So begründet die Sprachjury ihre aktuelle Wahl < von Joachim Baier

c) > Beamte in gesetzliche Kassen? Staat könnte Milliarden sparen < von Joachim Baier

Bei den derzeitigen politischen Auseinandersetzungen in unserer Republik und anderswo gibt es keine eindeutige Zuordnung der Menschen, die als jene Teile der Gesellschaften gelten können, die als die Guten und jene, die als die Bösen einzuordnen sind. Der Gute und der Böse können – bezogen auf verschiedene Sachverhalte – sogar in einer Person auftreten. Gestern, als ich im Wartezimmer einer Arztpraxis warten musste, habe bei den ausliegenden Zeitschriften zum SPIEGEL gegriffen. Ich las einen Artikel über Renate Künast, die nach einer Äußerung zu einem Vorgang mit E-Mails überhäuft wurde, von deren Inhalte sie sich gekränkt fühlte. Sie beschloss einige Absender unaufgefordert aufzusuchen, um sie mit der Wirklichkeit ihrer Person zu konfrontieren. Meine Wartezeit war kürzer als die Lesezeit, die ich für den ganzen Artikel gebraucht hätte. Ich konnte den Artikel nicht zu Ende lesen. Aber aus dem Gelesenen habe ich entnommen, dass Frau Künast überrascht war, dass die Schreiber der sie kränkenden Botschaften ganz normale Menschen waren. Wir haben also allen Grund, uns Gedanken zu machen, was die Gründe für die Lügen und Entgleisungen in allen politischen Lagern und allgemein bei den Bürgen ohne Parteianbindung ist.

Zu a): In dem Interview mit dem Lügenforscher Klaus Fiedler ist u.a. zu lesen:

… **Wie kann es sein, dass ein Politiker wie Donald Trump, den man mehrfach der Lüge überführt hat, solch einen Erfolg einfährt?** Wahlkämpfe stellen eine Art Naturexperiment dar. Im US-Wahlkampf wurde so viel unter der Gürtellinie ausgeteilt – und zwar nicht nur von Trump –, dass das Kriterium von Fairness und Ehrlichkeit einfach nicht mehr anwendbar war. Die US-Wahl ist ein schönes Beispiel dafür, dass es ganze Bereiche der Kultur gibt, in denen Lügen, falsche Anschuldigungen, Bluffs und suggestive Anschuldigungen die Spielregel sind. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass ein Kandidat, der sich in diesem Spiel immer ehrlich und aufrichtig verhält, sehr schnell als naiv und politisch untauglich abgestempelt würde. Es wird praktisch erwartet, dass man alle taktischen Mittel ausschöpft.

…

Verzeiht man Politikern Unwahrheiten eher als anderen Menschen?
Ja, das ist so, doch nicht aus Mitleid mit den Politikern. Vielmehr ist ein Grund hierfür, dass aufgrund unserer Schnelllebigkeit nicht auffällt, wenn ein Politiker heute das eine sagt und in zwei Wochen das Gegenteil davon.

Haben sich die Lügen der Politiker im Laufe der Jahre verändert?
Ich glaube tatsächlich, dass eine Veränderung stattgefunden hat. Früher gab es auch ausweichende Antworten. Heute spielt jedoch vermehrt eine große Rolle, dass ideologisch vorgegebene Ziele nicht hinterfragt und einfach durchgezogen werden. Persönliche Überzeugungen sind weitaus weniger wichtig geworden, man handelt instrumentell. Wir leben in einem Zeitgeist, in dem die Gehorsamszwänge viel stärker geworden sind.

Sind Lügen grundsätzlich etwas Schlechtes?
Nein, die Mehrheit der Äußerungen, die von der Wahrheit abweichen, sind prosozial motiviert und haben etwas mit Taktgefühl und mit Rücksichtnahme zu tun. Nehmen wir das Flirten. Wenn wir jemanden beeindrucken und umgarnen wollen, tendieren wir auch dazu zu lügen, um die andere Person für uns zu gewinnen. Das Leben wäre ohne Flunkern, ohne Lüge, ohne Übertreibungen und erhöhte Formulierungen nicht denkbar. Es müsste mit dem Teufel zugehen, wenn das Lügen nicht in allen Bereichen der Kultur gang und gäbe wäre.

Zu b) „Volksverräter“ ist das Unwort 2016

Das Schlagwort „Volksverräter“ werde auch in sozialen Netzwerken häufig verwendet, sagte Janich. „Sprache sagt viel über Werthaltungen in einer Gesellschaft aus.“ Der Wortbestandteil „Volk“ – ebenso wie die in der Flüchtlingsdebatte genannten Begriffe „völkisch“ oder „Umvolkung“ – steht laut Jury „ ähnlich wie im Nationalsozialismus nicht für das Staatsvolk als Ganzes, sondern für eine ethnische Kategorie, die Teile der Bevölkerung ausschließt“. Die „Unwort“-Jury richtet sich nicht nach der Häufigkeit der Vorschläge, sondern entscheidet unabhängig. Der Ausdruck „Volksverräter“ war dreimal eingesendet worden. Für dieses Jahr hatte es insgesamt 1064 Einsendungen gegeben, weniger als in den Jahren davor.

> Zum „Unwort des Jahres 2015“ war der häufig von Rechtspopulisten verwendete Begriff „Gutmensch“ gewählt worden. Für 2014 hatte das Gremium „Lügenpresse“ ausgesucht. Im Jahr 2013 war „Sozialtourismus“ das „Unwort“, davor „Opfer-Abo“ (2012) und „Döner-Morde“ (2011).

Es gibt sicher hässliche und unangemessene Worte, man sollte es mit der politischen Korrektheit aber nicht so weit treiben, dass die Meinungsfreiheit gefährdet wird. Man darf auch nicht vergessen, dass bei über 80 Millionen Einwohnern – die Deutschland hat - vielleicht 1/1000 der Bürger die Möglichkeit und / oder Fähigkeit hat, die öffentliche Meinung zu prägen. Auch sind die Medien nicht darauf erpicht, ihren Konsumenten das gute Wort zu präsentieren. Das böse Wort lässt sich besser verkaufen. Wie soll sich da das Unbehagen von Bürgern an einem Zustand oder an Vorgängen mit wohl gesetzten Worten bemerkbar machen? Und sind die als Unwörter prämierten Wörter wirklich nur Verleumdungen oder in vielen Fällen „nur“ ungerecht, weil sie nicht die ganze Wirklichkeit berücksichtigen? Mir ist das Wort „Volksverräter“ oder „Arbeiterverräter“ in früheren Arbeitszusammenhängen begegnet als Kennzeichnung eines Verhaltens einzelner Kumpels, Mackers oder Kollegen, die die Interessen der Arbeitsgruppe nicht berücksichtigten. Aber wie würde *Arbeitsgruppenverräter* klingen oder auf die Gesellschaft bezogen *Gesellschaftsverräter?* Die Menschheit kann als eine Einheit aufgefasst werden, sie ist aber in Wirklichkeit vielstufig gegliedert, weil die Menschheit in ihrer geschichtlichen und räumlichen Dimension für den einzelnen Menschen gar alltagstauglich ist und nicht erfasst oder gefasst werden kann. Jede Gliederungseinheit der Menschheit hat aber ihre Eigendynamik und auch eigene Interessen, zum Beispiel den Wohlstand, den sie sich erworben hat, zu verteidigen. Wenn Änderungen durchgesetzt werden sollen, dann muss benannt werden, wer dafür etwas erhält oder verliert. *Volk* ist mit der Zeit ein Wort geworden, das man aufgrund der Bewegungen der Menschen im Raum gar nicht mehr genau definieren kann. Und trotzdem unterscheiden sich die Deutschen von den Polen und die Franzosen von den Spaniern, auch wenn das Projekt Europa doch noch eine passable Form annimmt, wird das auch in hundert Jahren noch so sein, so wie sich Bayern und Ostfriesen als Deutsche verstehen, aber jeweils als andere Deutsche. *Umvolkung* klingt in meinen Ohren einfach blöd. Was aber gemeint sein dürfte, ist die Verfremdung der eigenen gewachsenen Gesellschaft in einem Tempo, das viele Gesellschaftsmitglieder als Bedrohung empfinden. Jede Gesellschaft als Teil der Menschheit benötigt ihre Identität als Orientierungshilfe für ihre Mitglieder. (Das gleiche gilt für ihre Untergliederungen, die bis zu Stadtteilen einer Stadt oder bis zu den verschiedenen Dörfern gehen kann.) Wenn in Teilen

der Welt, die natürliche Sesshaftigkeit durch Hunger und Kriege unmöglich gemacht wird und dadurch massenhafte Fluchtbewegungen ausgelöst werden, dann sind Abwehrreaktionen in Gesellschaften, in den flüchtenden Menschen in großer Zahl Zuflucht suchen, ganz normal und können nicht einfach dadurch, dass die Abwehrenden stigmatisiert werden, behoben werden. Das gilt besonders dann, wenn ein Großteil des Arbeitseinkommens zwangsweise in staatlichen Institutionen und Strukturen investiert wird, auf das zugereiste Fremde ohne Vorleistung Anspruch haben sollen.

Wenn wir alle Wörter nicht mehr benutzen dürfen, die von Diktatoren benutzt wurden, dann würde unser Sprachschatz auf ein Minimum zusammenschmelzen. Was schlimmer ist: Wer eine aggressive Sprache unterbindet, ebnet dem Unbehagen oder der Wut den Weg für eine gewaltsame Äußerung. Besser die Menschen schreien ihre Wut im Bauch raus, als wenn sie zum Knüppel oder zum Feuerzeug greifen. Die beste Methode der Verständigung ist, wenn der Einheimische und der Fremde zusammen arbeiten und sich beide in den Rückenschmerzen des anderen selber wieder erkennen.

Warum die Kritik an dem Wort *Gutmensch*? Wird dadurch nicht die Differenz – die zum Wort vom guten Menschen besteht – gekennzeichnet? Wir unterscheiden doch auch zwischen gut gemeint und gut? Ein Gutmensch ist nach meinem Verständnis ein Mensch, der Gutes tun will, aber nicht bedenkt, was die Art seiner Hilfe an Bösem anrichten kann. Und ein Politiker / eine Politikerin in der Rolle des Gutmenschen wird dann zum Ärgernis, wenn er bzw. sie in dieser Rolle seine bzw. ihre individuellen oder kollektiven Versäumnisse in der Vergangenheit zu Lasten anderer kaschieren will.

Bei allem Horchen nach groben Wörtern, die herabsetzend oder diskriminierend wirken können, sollte nicht übersehen werden, dass in der wohlgesetzten Rede mehr Verachtung und Herabsetzung der Adressaten bewusst oder unbewusst enthalten sein können als in dem rücksichtslosen Geblöke eines Menschen, der sich nur so selber helfen kann und dafür in die politische Ecke gestellt werden soll oder wurde.

Warum die Aufregung über das Wort ***Lügenpresse***? Das Wort gab es schon vor der Herrschaft der Nationalsozialisten. Wer die Vermittlungen von Nachrichten und Meinungen zum

Beruf oder zum Geschäft macht, muss sich bewusst sein, dass er auch bei gutem Willen nicht immer der Wahrheit dient. Schon ein Sachverhalt kann von verschiedenen Menschen ganz unterschiedlich wahrgenommen werden. Deckt sich auf Dauer die Wahrnehmung der Leser und Zuhörer nicht mit jener der Berichterstatter, dann muss es doch zu dem Urteil der Nutzer kommen: „Die Presse lügt“. Das Wort die „Lügenpresse“ ist also ein Signal dafür, dass etwas in der Berichterstattung schief läuft. Die Medienmitarbeiter sollten das Wort als rotes Warnsignal verstehen, nicht als Verleumdung und über die Selektion der Informationen und Mitarbeiter, wie auch über den institutionellen Aufbau, die Finanzierung und die Beeinflussung durch die Politik und die Kapitalmacht nachdenken und notfalls Korrekturen vornehmen.[5] Ich will noch ein Beispiel nennen, wo die Medien „lügen“: In dieser Lüge ist a) eine Unterlassung verpackt und b) eine Falschunterrichtung. Die Unterlassung besteht darin, dass nicht berichtet wird über das Falsche in der Politik [6] der Europäischen Zentralbank, das darin besteht, dass sie den Preismechanismus des Zinses zerstört und bessere Alternativen nicht einmal prüft. Die Falschmeldungen bestehen darin, dass immer wieder behauptet wird, der Sparer würde durch Zinssätze von Null bis unter Null enteignet. Enteignet wird er durch eine Inflationsrate über Null, wenn er zu den 80% der Konsumenten gehört, die bei der Saldierung von Soll- und Habenzins die Verlierer sind. Sinkt der Zins aber gegen Null, dann sinkt auch die Ausbeutungsrate, die der Zins auch darstellt. Ein allgemein niedriges Zinsniveau senkt den Zins als Kostenanteil in allen Preisen, der durchschnittlich über 30 % liegt und mit fortlaufender Kapitalbildung steigt. Wenn dieser Kostenanteil fällt, dann können die Sparer hier mehr einsparen, als sie je über die Verzinsung ihrer Sparkonten und verzinslichen Papiere hereinholen können. Hier wird also nicht bewusst gelogen, sondern die Journalisten und Redakteure verstehen den Zusammenhang nicht, er wurde ihnen in ihrer Ausbildung nicht vermittelt, darum trauen sie sich nicht, ihren Lesern und Hören einen solchen Sachverhalt zu vermitteln. Sie wollen sich ja nicht den Ruf – sie seien Märchenerzähler – einhandeln. Hier wird also die gute Absicht, die Lüge zu vermeiden, zur Lüge.

Ein anderes Beispiel in den Schlagzeilen ohne Absicht zur Lüge zu werden. Die HAZ titelt am 13. 1. 2017: „*Deutsche Wirtschaft in Hochform*“ und vorher am 6. 1.2017: in einem zweiseitigen Bericht lautet der Generaltitel: *„So fit ist die deutsche Wirtschaft / Die Steuern sprudeln, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Konjunktur brummt. Die Bundesrepublik erlebt*

5 Und jeder einzelne Medienmitarbeiter hat in einer Situation der Vollbeschäftigung eine viel größere Widerspruchsmacht als in einer der Unterbeschäftigung. Also sollten sie sich um jene Zeitgenossen bemühen, die eine Vollbeschäftigung (auch ohne Wachstum) für möglich halten.

6 Einer Zentralbank, deren Handel nicht demokratisch legitimiert ist, kann keine Politik zugestanden werden.

goldene Jahre. Aber wie nachhaltig ist der Boom? Und wie geht es weiter?" Der erste Titel ist nur wahr, wenn der selektive Blick , auf das, was in einer Gesellschaft der wirtschaftliche Bereich ist, beim Lesen berücksichtigt wird. Zu oft wird unter *Wirtschaft* nur ein bestimmter Sektor oder nur bestimmte Unternehmen verstanden. Allen Lesern, denen es nicht so gut oder sogar schlecht geht, müssen sich hinters Licht geführt vorkommen, wie bei Meldungen über den Reichtum in Deutschland, der die Armut nicht berücksichtigt. Der zweite Titel ist da schon ehrlicher. Er setzt ja gleichzeitig Fragezeichen. In einem Interview von *Andreas Niesmann* (als Teilbeitrag) lautet die Überschrift und die Einleitung dann:

> **„Es wird bergab gehen, daran besteht kein Zweifel"**
> Wirtschaftsforscher Marcel Fratzscher über goldene Jahre, verpasste Chancen und die Gefahren deutscher Überheblichkeit
>
> Herr Fratzscher, wie geht es der deutschen Wirtschaft?
>
> Im Augenblick sehr gut. Vielleicht sogar so gut wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Wirtschaftlich gesehen befinden wir uns auf einem absoluten Höhepunkt.
>
> Also alles super?
>
> Leider nein. Ich habe bewusst Höhepunkt gesagt, weil vieles darauf hindeutet, dass die goldenen Jahre bald vorbei sein könnten. Das Wirtschaftswachstum wird bergab gehen, daran besteht kein Zweifel. Die Frage ist, wie stark der Abschwung sein wird und wie schnell er kommt. …

Eine Wirtschaft, die ständig den Höhen und Tiefen der Konjunktur ausgesetzt ist, ist nicht in Hochform. Der erste Titel ist auf die Gesamtwirtschaft bezogen also eine Lüge. Nun ist es durchaus berechtigt ein Quantum Optimismus in den Berichten und Schlagzeilen unterzubringen, wenn die Sachlage es hergibt, denn wenn Schwierigkeiten zu überwinden sind, nützt niemandem die Verbreitung von Pessimismus. Die HAZ bemüht sich durchaus die Kehrseite von der Hochform der Wirtschaft nicht zu übersehen. Am 28. November lautete eine Schlagzeile: „**Wie besiegen wir die Armut, Herr Walter?"** Dort ist einführend zu lesen:

> Zahlreiche Deutsche sind arm – bei allem Reichtum des Landes. Allein in der Landeshauptstadt Hannover leben 22 000 Kinder von Sozialhilfe. Und nun kommen zusätzlich zahlreiche Flüchtlinge ins Land, die über kurz oder lang auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Bleibt Armut das große Thema am Rande unserer Gesellschaft? Gunnar Menkens hat darüber mit Hannovers scheidendem Stadtrat Thomas Walter gesprochen – seit mehr als 20 Jahren einer der profiliertesten kommunalen Sozialpolitiker der Republik. Was also wäre zu tun?

Die Redaktion der HAZ – wie die Redaktionen der meisten anderen Zeitungen und die der digitalen Medien - schafft (schaffen) es aber nicht, die tiefer liegenden Ursachen des wirtschaftlichen Geschehens ihrem Publikum zu offenbaren.

Ein neues Schlagwort macht die Runde. Es ist das Wort ***Fake-News.*** Einmal wundert mich, warum man hier keine deutsche Bezeichnung benutzt wie ***erfundene Nachricht*** oder einfach ***Falschmeldung***, denn das Unbehagen in unsere Gesellschaft rührt doch auch daher, dass die Deutsche Sprache immer mehr verfremdet wird. Und ich habe den Verdacht, dass die Aufregung darüber so groß ist, weil das Monopol auf manipulierte Aussagen und Meldungen seit der Existenz des Internets keines mehr der Mächtigen ist. Und die Mächtigen sind im Bezug auf die öffentliche Kommunikation eben auch die Medien und Staatsorgane. In der Wochenzeitung DIE ZEIT VOM 15. Dezember 2016 (S. 10) schreibt Jochen Bittner unter dem Titel **Die Kunst des Lügens**:

> Gegen die Verbreitung erfundener Nachrichten, Fake-News genannt, ist kein neues Strafrecht erforderlich. …
> … Die Union möchte > gezielte Desinformation zur Destabilisierung eines Staates < unter Strafe stellen. Das ist zum Schutze von Wahl und Vaterland gut gemeint – und würde genau das Gegenteil erreichen.
> Wer dürfte bestimmen, was > Desinformation < ist ? …
> … Um sich gegen falsche Tatsachenbehauptungen zu wehren, bieten Straf- und Presserecht schon heute ausreichende Instrumente. Gegen Unterstellungen und Lügen kann sich jeder wegen Beleidigung und übler Nachrede oder mit zivilrechtlicher Unterlassungsansprüche wehren. Die Lüge selbst, also eine Falschmeldung, die keine Persönlichkeitsrechte verletzt, ist hingegen straflos, und das ist richtig so. Denn ein freiheitliches Gemeinwesen lebt vom staatsfreien Streit darüber, was richtig und falsch ist. …

Bittner schreibt dann, dass Sorge trotzdem angebracht sei, weil es häufig gar nicht mehr um Klärung gehe, sondern um die Verunklärung von Positionen. Zu beheben sei das Ungleichgewicht zwischen den Betroffenen und Facebook und Co. Durch eine klare Haftung.

c) Zu: > **Beamte in gesetzliche Kassen? Staat könnte Milliarden sparen** <

Hier will ich nur eine kurze Anmerkung zu einer Fehlhaltung in der Politik und in den Medien machen. Das Thema soziale Sicherungssysteme greife ich vielleicht später noch auf. Die Freiheit allgemein und auch die Marktwirtschaft ist auf die Vielfalt in allen Bereichen an-

gewiesen. Die Vielfalt war auch eine Zielgröße in der Gründungszeit der grünen Partei. Die Vielfalt, die erforderlich ist, damit die Bürger in eigener Regie alleine oder in Vereinigungen ihre eigenen Angelegenheiten regeln können, erfordert aber einen schmalen Staat, der seine wesentliche Funktion in der Schaffung von freiheitlichen Rahmenbedingungen hat, diese aber konsequent durchsetzt. Die Selbstbestimmung der Bürger muss privatrechtlich gestaltet werden. In einem Zentralstaat oder in einer zentralisierten Wirtschaft (in einer Zentralverwaltungswirtschaft, ZVW, wie Walter Eucken sie nannte) ist die Vielfalt und damit die Freiheit nicht möglich. Es ist dabei egal, mit welcher Begründung oder Ideologie die ZVW begründet wird. Wenn bei uns aber ein Problem auftritt, wird das Heil in der Zentralisierung oder in der Fusion gesucht und zwar unabhängig davon, ob die zu fusionierenden Einheiten damit ihr technisches oder organisatorisches Optimum überschreiten oder nicht. Die Medien berichten dann darüber, als gäbe es einen Fortschritt zu feiern, anstatt zu sagen, dass hier mal wieder die Dezentralität, die Marktwirtschaft, sabotiert wird.

Es wird vielfach über die Privatisierung geklagt und es ist ja auch richtig, dass unter der Ideen-Herrschaft des Neoliberalismus (zweiter Prägung) Privatisierung vorgenommen wurden, die nicht privatisiert werden sollten. Dazu gehören Rathäuser und Monopole wie die Wasserversorgung einer Stadt. Übersehen wird dabei aber, dass gleichzeitig der Staat immer mehr zu einem Monster mit zentralverwaltungswirtschaftlicher Prägung wird. Unter 100 Abgeordneten oder 1000 Staatsdienern wird man schwer einen finden, der sich als Wahrer der haftenden Gestaltungsfreiheit der Bürger sieht. Politik kann man sich offensichtlich nur noch vorstellen in Form von Subventionen, steuerlichen Bestrafungen und der Produktion von Gesetzen und Verordnungen. Europa droht daran zu scheitern, das Straßburg und Brüssel das vereinigte Spiegelbild der nationalen Parlamente und Regierungen geworden ist. Das besonders betrüblich ist, weil die Kardinalfehler im System übersehen oder geleugnet werden.

4. Tag: <u>Zweifel an der Demokratie</u>

Am 12. 1. 2017 habe ich mir Panorama ,eine Sendung des ARD, angeschaut und angehört. Im Begleittext dazu heißt es im Netz:

> **Zweifel an der Demokratie**
> Überall in Deutschland verliert die Demokratie an Vertrauen: Laut einer Studie bezweifeln 48 Prozent der Deutschen, dass das System zurzeit wirklich funktioniert. Und elf Prozent wünschen sich sogar einen Führer, der das

Land mit starker Hand regiert. Außerdem verlieren die Volksparteien nicht nur Mitglieder, sondern auch an Zustimmung. Das Gefühl „Die da oben machen doch eh, was sie wollen“ grassiert – und mit ihm der Protest gegen das Establishment. Wie konnte es zu diesem Vertrauensverlust kommen?

Ursachensuche in „Minideutschland“
Um das herauszufinden, hat sich ein Team von Panorama ein halbes Jahr lang in Haßloch in der Pfalz umgehört – in dem deutschen Städtchen, das sich selbst nostalgisch „Dorf“ nennt, trotz der 21.000 Einwohner. Es ist der Ort, in dem die soziale Struktur der gesamtdeutschen am ähnlichsten ist. Das Verhältnis von arm und reich, jung und alt kommt dem deutschen Durchschnitt hier sehr nahe. Viele neue Produkte werden deshalb in Haßloch getestet.
18,8 Prozent wählten die AfD
Jahrelang war alles wie immer: Mal regierte die SPD, mal die CDU, mal regierten beide – aber in den Grundzielen war man sich einig. Doch dann, bei der vergangenen Landtagswahl, wählten 18,8 Prozent die AfD. Die Lokalpolitiker verstehen seither die Welt nicht mehr. Ausgerechnet im idyllischen „Minideutschland“ sind die Menschen so unzufrieden?

Die Lokalpolitiker wollen kämpfen. Der Film begleitet diejenigen, die ihre Wähler nicht aufgeben – und die nicht hinnehmen wollen, dass die repräsentative Demokratie plötzlich als verzichtbar behandelt wird. Sie lassen sich allerlei einfallen, um das Vertrauen ihrer Bürger zurückzuerobern: von Hausbesuchen bei Unzufriedenen über eine Bürgerbefragung zur Zukunft des Schwimmbads bis hin zum Bürgermeister-Büro auf dem Marktplatz. Manches geht gnadenlos schief, anderes überrascht und funktioniert viel besser als gedacht.
Ein Film über das Selbstverständnis und den Wert von Demokratie.

Ich kämpfe für die Demokratie dadurch, dass ich 2009 zum Wahlverweigerer geworden bin. Wer die Begründung lesen will, klickt folgenden Link an. Die Begründung könnte auch heute geschrieben sein. Das zeigt, dass die Krise, in der wir stecken, nicht eine des Augenblicks ist.

Http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.1%20Abschied%20Gruene%20Ergaenzungen.pdf

Die Bürger in Haßloch, die von den Bürgervertretern nach ihrem Unbehagen befragt wurden, hatten Schwierigkeiten diese zu artikulieren. Einer sagte sinngemäß: „Da müßte ich ja ein ganzes Buch schreiben!“ In der Tat ist es schwer, das Unbehagen, was einen selber und andere befallen hat, rational in wenige Sätzen zu fassen. Wir befinden uns doch in einem gesellschaftlichen Irrgarten ohne den Ausgang zu kennen. In einer solchen Situation ist es nicht verwunderlich, dass verstärkt emotional und auch häufiger irrational reagiert wird. Es ist unangebracht, wenn jene, die die Situation mit ihrem Wirken über Jahrzehnte mit herbeigeführt

haben, sich darüber beklagen und jene Bürger beschimpfen, die emotional in einer Situation reagieren, wo ihnen der rationale Zugang zu den Ursachen ihres Unbehagens nicht mehr möglich ist.

In der ZEIT vom 15. Dez. 2016, S. 9 gibt es einen Bericht über die italienische Politik und die dortige Fünf-Sterne-Bewegung. Ich will nur ein herausgehobenes Zitat bringen und ergänzen.

> Wir sind das Produkt einer Epoche, in der die Rechte wie Linke gescheitert ist.<

Hier wurde vergessen, die Mitte zu erwähnen, die selber ihr Ziel verloren hat, kein neues beschreiben kann und nicht mehr die Spannungen zwischen dem linken und rechten Lager ausgleichen kann. Da die Instrumentalisierung der Schuld der Deutschen als politisches Gestaltungsinstrument eher als eine linke Politik wahrgenommen wurde, ist es kein Wunder, dass sich in einer sozialökonomisch unbefriedigenden Lage verstärkt rechte Tendenzen bemerkbar machen. Es gilt hier nicht nur, die ökonomischen Probleme zu lösen, nicht nur über die Art des geeinten Europas nachzudenken, sondern auch die deutsche Vergangenheit neu zu bewerten. [7]

5. Tag: <u>Freihandel</u>

Ich komme zu einem Bericht aus der HAZ vom 10. 1. 2017 (S. 9). Der Titel und Untertitel lautet: > **Wirtschaft wirbt für Freihandel** / IHK-Präsident Hinsch beim Jahresauftakt: Unternehmen müssen die Vorteile besser erklären und Populismus entgegentreten <

Wenn sich hier der Präsident einer Industrie- und Handelskammer für die Freiheit in einem Teilbereich der Wirtschaft einsetzt, dann sollte er zu Beginn bekennen, dass er der Präsident einer Institution ist, für die eine Zwangsmitgliedschaft besteht.

Dann sollte er mit dem Begriff Populismus sorgsamer umgehen. Es ist Mode geworden, jene als Populisten zu beschimpfen, die parteipolitisch und bürgerrechtlich gegen die Wirkungen und Folgen der Zustände opponieren, die die Art der Globalisierung verursacht hat, wie sie bisher betrieben wurde und wird. Das ist legitim. Die Opposition gäbe es nicht, wenn die Ergebnisse und die angestrebten Ziele zufriedenstellend wären. Der Begriff Populismus wird vom Duden wie folgt definiert:

7 Es wird dann sehr schnell das Wort *Revisionismus* zur Abwehr neuer Bewertungen im Zeitgeschehen aus der Schublade geholt. Besonders Linke sind in dieser Beziehung (und nicht nur in dieser) sehr konservativ. Aber wenn Erkenntnisse und Einstellungen sich auf Dauer nicht decken, muss es zwangsläufig zu politischen Fehlhandlungen kommen.

(Politik) von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen.

Das ist in der Form bei den agierenden, herrschenden Parteien anders, nicht aber vom Inhalt. Haben die herrschenden Parteien die Sozialwissenschaften nicht schon lange in der Art instrumentalisiert, dass sie den Wählern ihre „Untaten“ als „Wohltaten“ verkaufen können?

Ich selber argumentiere hier auf dem Hintergrund der Freiwirtschaftsschule. Der Begründer, Silvio Gesell, hielt den Freihandel für alle Menschen notwendig und jede Zollgrenze als eine Kriegserklärung an jene, die sie treffen soll. Man muss zu dieser Haltung aber die Bedingungen beachten, unter der Freihandel stattfinden sollte. Die heutige Globalisierung hat doch wenig mit Freihandel zu tun, sondern sie dient doch autoritären Staaten eher als eine neue Form des Krieges und dem konzentrierten Kapital als Möglichkeit staatsähnliche Gebilde ohne Grenzen zu formen.

6. Tag: Bischöfe zum Terroranschlag auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin (IS, Freundschaftheim, gewaltlose Gewalt, Kreisky zum Terror)

Unter der Schlagzeile „**IS reklamiert Berliner Anschlag für sich**“ berichtet die HAZ vom 21. 12. 2016 auf der Titelseite über das scheußliche Attentat mit dem gekaperten Lastwagen auf den Weihnachtsmarkt in Berlin. Und auf der Seite 2 ist folgender Bericht zu lesen:

Hass ist keine Antwort VON RALF MEISTER

Worte des Schocks: Trauer, Tränen und Schmerz. Ratlosigkeit, Verzweiflung und Unsicherheit. Und Worte des Zorns: Entsetzen und Wut. Verfolgung und Strafe. Dazu drängt sich auf die Liste des Hasses: Fluch und Rache. Verdammnis und Tod.
In großer Trauer gedenken wir der Menschen, die auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin getötet oder verletzt wurden. Wir beklagen die Toten, bitten um Genesung für die Verletzten und Trost für die Angehörigen. Wir bergen sie in unseren Gebeten. So wahren wir die Würde der Opfer und treten aus der Wiederholungsschleife der Nachrichten und den schnellen Verdächtigungen.
So kann auch verhindert werden, dass Hass eine Antwort auf den grauenvollen Terroranschlag ist. Wir dürfen uns nicht aufhetzen lassen. Nicht von Attentätern, nicht von Kommentatoren, nicht von Provokationen in den sozialen Netzwerken. Für die Aufklärung und Strafverfolgung vertrauen wir auf die Stärke des demokratischen Rechtsstaats. Und in die Liste der Hasswor-

> te diktiert Gott: „Rächt euch nicht selbst, meine Lieben, sondern gebt Raum dem Zorn Gottes.“ Rache und Vergeltung liegen nicht in unserer Hand. Nicht mit Worten, nicht mit Werken. Das auszuhalten wird schwer, weil Gefühle uns in Versuchung führen. Gönnen wir den Attentätern nicht unseren Hass! Antworten wir mit der Haltung, die sie vernichten wollen: Furchtlosigkeit.
> Die Botschaft der Weihnachtsnacht lautet: Fürchtet euch nicht! Dieses Versprechen bleibt die Grundlage jeder freien Gesellschaft. Halten wir daran fest!
> Ralf Meister ist Landesbischof in Hannover und war zuvor Generalsuperintendent des Sprengels Berlin.

Und ich füge hinzu:

> Bischof Dröge: Wir lassen uns nicht entzweien
> Markus Dröge, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, hat nach dem Terror-Anschlag in Berlin dazu aufgerufen, nicht mit weiterem Hass zu reagieren.
> «Wir geben dem Terror nicht dadurch Recht, dass wir uns entzweien lassen, nur weil wir in verschieden Kulturen leben», sagte er am Dienstagabend beim Trauergottesdienst in der Gedächtniskirche. «Wir lassen uns nicht zu Unmenschlichkeit verführen.»
> «Mit dem gestrigen Abend wurde dem Breitscheidplatz, der Gedächtniskirche, der ganzen Gesellschaft eine Wunde zugefügt und der Schmerz brennt», sagte der Bischof. Aber diese Kirche werde gerade jetzt neu mahnen. Auf dem Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche war am Montagabend ein Lkw in die Menschenmassen gefahren – mindestens zwölf Menschen starben.
> Https://www.berlin.de/aktuelles/berlin/4688391-958092-bischof-droegewir-lassen-uns-nicht-entzw.html

Den Bischöfen ist zuzustimmen, der Hass ist in einer solchen Situation ein schlechter Berater. Und dann gibt es auch noch das Gebot der Feindesliebe. Ich bin nicht „bibelfest“ und ich müsste in diesem Buch (oder in dieser Bibliothek) lange suchen, ich greife auch nicht auf das „Stuttgarter Biblisches Nachschlagewerk“ von 1932 zurück, das ich aus einem Papiercontainer gerettet habe, sondern auf einen Wikipedia-Eintrag. Dort ist zu lesen:

> Als Feindesliebe wird ein individuelles und soziales Verhalten bezeichnet, das Feindschaft und Hass durch Wohltaten für Feinde und den Verzicht auf Rache und Gewalt an ihnen zu überwinden sucht. Ziel dieses Handelns ist je nach Tradition die Versöhnung, das beiderseitige Glück oder dauerhafter Frieden miteinander.
> Jesus von Nazaret hat nach dem Neuen Testament (NT) „Liebet eure Feinde“ geboten und damit das Gebot der Nächstenliebe (die ihrerseits Feindschaft und Hass überwinden soll) aus der Tora des Judentums ausgelegt. Der aus Jesu Gebot abgeleitete Begriff „Feindesliebe“ wird oft als Eigenheit des Christentums betrachtet. Gutes tun, Liebe, Vergebung und Gewaltfreiheit gegenüber Feinden haben jedoch auch in einigen anderen Weltreligionen große Bedeutung. Auch philosophische Ethik kennt auf Überwindung von Feindschaft zielende Konzepte.

Für alle – Christen und Nichtchristen – ist nicht die Billigung der menschenfeindlichen Taten von Feinden aus der Feindesliebe abzuleiten, wohl aber nach den Ursachen der Untaten zu suchen. Ein offensichtlicher und viel genannter Grund für den Hass ist die große Ungleichverteilung der Güter und Entwicklungschancen, die wenigsten zum Teil von der Politik der westlichen Länder verursacht werden. Ob Theologen in dieser Sucharbeit eine besondere Hilfe sind, ist doch fraglich, denn sie müssten ja erst erklären können, warum in der Geschichte des Christentums – die schon über 2000 Jahre dauert – diese Religion auch für die Rechtfertigung von Kriegen, Völkermorden und Formen der Missionierung herhalten musste, die oft den Willen, die Würde und die kulturelle Identität der Menschen in anderen Staaten und Zusammenhängen missachtete. Also den Missionierungsversuchen unter islamischer Flagge – die als bedrohlich oder anmaßend empfunden werden – standen die christlichen oft nichts nach. Natürlich kann man für das, was im Namen des Christentums geschehen ist, die Theologen von heute nicht haftbar machen. Die Mithaftung für das, was heute zum religiös gefärbten Terrorismus geführt hat und ihn weiter stützt, besteht aber. Und da wird es schwierig für Theologen, denn sie wohnen in einem Lügengebäude. Ich gehe darauf weiter unten ein. Trotz der betrüblichen Tatsache, dass die christliche Botschaft vom Frieden auf Erden bisher nur eine Utopie war. Es wäre mehr als betrüblich, wenn der Friede unter den Bürgen und Völkern eine Utopie bliebe.

Das, was heute unter der Bezeichnung Terrorismus geschieht, ist die Münze, mit der den westlichen Gesellschaften zurückgezahlt wird, was sie Völkern auf anderen Erdteilen in der erlebten Zeit der jetzigen Generationen und zu anderen Zeiten angetan haben. Außerdem ist der Terrorismus eine von vielen Kriegsformen, der sich ständig ändert. Man denke an die Schlachtaufstellungen auf alten Bildern, an den Krieg, den wir selbst erlebt haben, an die Kriege, die uns die Medien sichtbar gemacht haben und an den Krieg mit den Drohnen als Gegenstück zum Terror. Das Sterben wird nicht leichter, die Verstümmelung der Seele oder des Körpers ist nicht leichter zu ertragen, wenn den Menschen Tod und Verwundung im Rahmen der Haager Landkriegsordnung zugefügt wird. Das Gewaltmonopol des Staates hat innerstaatlich durchaus seinen Sinn, aber nur so lange, wie die Politik ständig darauf gerichtet ist, alte und neue Konfliktherde in der Bürgerschaft zu minimieren. Das Gewaltmonopol der Staaten ist für zwischenstaatliche Konflikte im Rahmen des Völkerrechts in jedem Fall durchzusetzen, scheint mir sehr schwierig zu sein, denn der IS kann durchaus Schule ma-

chen, wenn die einzelnen Staaten und die Weltgemeinschaft nicht willens und in der Lage sind, für alle Menschen ein Gleichgewicht in der Güterversorgung und denr Entwicklungschancen herzustellen. Es hat doch im Laufe der Geschichte immer wieder Momente gegeben, wo Menschen sich sagten: „Schlimmer als das Leben kann der Tod nicht sein."

Bei uns werden junge Menschen mit Versprechungen und Belohnungen (und aufgrund der Arbeitsmarktlage) zum Militärdienst verführt. Militäreinsätze im Ausland werden der Öffentlichkeit als die Übernahme von Verantwortung von Deutschland verkauft, obwohl schwere Militäreinsätze zu benennen sind, die außer Friedhofsruhe und Zerstörung einen Frieden unter den betroffenen Menschen gebracht haben. Neulich berichtete mir ein Friedensfreund empört, in Berlin hätte man heimlich die Gesetze geändert, um das Militär leichter ins Ausland schicken zu können. Dagegen gilt die Werbung und der persönliche Einsatz für den IS als kriminelle Handlung, die strafrechtlich verfolgt wird. Das ist keine Sympathie für eine Terrororganisation, sondern ein Hinweis darauf, dass staatlich organisiertes Töten, als das moralisch einwandfreie Töten hingestellt wird und manchmal extra belohnt wird. In der HAZ vom 23.September 2016 ist unter der Überschrift > **„Das Leben zählt nicht mehr"** / Stefan Müller diente fünf Jahre in der Fremdenlegion. Ein Gespräch über Drill, Krieg und Schlafentzug < zu lesen:

> Sie ist die legendärste Eliteeinheit der Welt: die französische Fremdenlegion. Nur die härtesten Soldaten, Männer aus Stahl, ziehen für Frankreich in den Krieg. Ihre Herkunft, ihre Vergangenheit, ihre Religion – alles unwichtig, wenn sie ihr Leben an der Front riskieren. Die Ausbildung der 6800 Mann starken Speerspitze der Grande Nation bringt die Kämpfer aus mehr als 150 verschiedenen Nationen an ihre Grenzen – und weit darüber hinaus. Gesprochen wird darüber eigentlich nicht. Doch Stefan Müller, 30 Jahre alt, hat sein Schweigen gebrochen. Hunger, Durst, körperliche Strapazen, Drill: der Deutsche hat fünf Jahre in der Fremdenlegion gedient. Eine Zeit, die ihn geprägt hat. Eine Zeit, die ihm den Wert des Lebens dramatisch vor Augen geführt hat. In seinem Buch „Mythos Fremdenlegion" erzählt der Mann, der anfangs nur ein bisschen Action wollte, von seinem Abenteuer in der härtesten Armee der Welt.

Warum erfolgt hier keine strafrechtliche Verfolgung der Deutschen, die sich in der Fremdenlegion verpflichtet haben. Auch ist die Rüstung nach wie vor ein großes Geschäft, an dem auch deutsche Unternehmen und der Fiskus verdient. Thematisiert wird auch nicht, dass zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus die Kapitalvernichtung durch Zerstörung gehört, weil diese das Kapital knapp hält und nur dadurch eine Rendite ermöglicht.

In den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts war ich öfter in dem von Pastor Wilhelm Mensching gegründeten Internationalem Freundschaftsheim in Bückeburg. Ich habe dort wesentliche Impulse für mein politisches Denken empfangen. Das Freundschaftsheim wurde als politisches Schmuddelkind der BRD von der Politik und den Kirchen behandelt, weil es sich bemühte, den Kontakt jenseits des Eisernen Vorhanges aufrecht zu erhalten und Front gegen die militärischen Ambitionen der Bonner Regierung machte. Das Freundschaftsheim ist in der Hauptsache an der mangelnden Finanzierung zu Grunde gegangen. Die konfessionell ausgerichteten Akademien der Erwachsenenbildung, die immer im Windschatten der offiziellen Politik segelten und die Militärseelsorge wurden aber immer finanziell und durch Lob gehätschelt.

In die militärische Rüstung und Verteidigung sind Milliarden an DM und Euro geflossen. Ich konnte noch nie wahrnehmen, dass auch nur 100 DM oder Euro in den Aufbau nichtmilitärischer Verteidigung (gewaltlose Gewalt) geflossen sind. Dabei wäre es wichtig in unserer konfliktreichen Welt zu zeigen, wie Gruppen und Völker auch ohne tötende Waffen für ihre Rechte und Interessen kämpfen können. Die Militärseelsorge kann als eine kirchliche Institution gesehen werden, die Soldaten hilft, das christliche Tötungsverbot zu missachten.

Unsere Gesellschaft ist voller Widersprüche, und diese wurden und werden von allen politischen Kräften von links bis rechts konserviert und dann wundert man sich, dass es unter den Menschen rumort und diese sich für ihr Unbehagen einen Ausdruck suchen, den jene aufschreckt, die sich immer so gebärdet haben, als gehöre ihnen die Republik, und dass es bei den Wahlen in der Hauptsache darum geht, möglichst hohe Anteile an der Deutschland AG zu erwerben.

Zum Abschluss bringe ich eine Aussage zum Terrorismus von Bruno Kreisky, dem 1990 verstorbenen, ehemaligen Österreichischen Bundeskanzler.[8] Er zitiert sich in dem Vorwort zu dem Buch „**Mein Freud, der Feind**“, 1988, von Uri Avnery [9] selbst und leitet das Zitat mit folgendem Satz ein: „Ich habe mich einmal mit dem Problem des Terrorismus beschäftigt und gemeint:“

8 https://de.wikipedia.org/wiki/Bruno_Kreisky
9 http://www.israelis-und-deutsche.de/interviews/uri-avnery/

„Als die Engländer noch in Palästina waren, gab es heftige israelische Terroraktionen gegen sie. Im damaligen Palästina waren Männer wie Begin und Shamir an ihnen beteiligt. 1947 sprengten Begins Leute das ‚King David'-Hotel, wobei 91 Menschen den Tod fanden (unter ihnen 41 Araber, 28 Briten und 17 Israelis). Am 17. September 1948 wurden der Graf Folke Bernadotte, der Beauftragte der UNO, und ein französischer Oberst namens Sérot ermordet. Bernadotte sollte ein Vermittler zur Erfüllung der Resolution der UNO aus dem Jahre 1947 sein. Auf dem Boden Palästinas sollten ein arabischer und ein israelischer Staat entstehen. Er hat Zehntausende Juden aus dem Konzentrationslager befreit. In Afrika gab es die gefürchtete ‚Mau-Mau'-Bewegung, geführt von Kenyatta, dem späteren Präsidenten Kenyas (. . .). Es gab und gibt Terroristen in Deutschland und Italien um des Terrors wegen.
Die Terroraktivitäten verschiedener palästinensischer Gruppen aber haben ihren Urgrund im ungelösten Palästinenserproblem. Jüngst fand ein Gegenterrorakt der Israelis in Tunis statt.
Der Gegenterror hat nichts gebracht. Was also tun? Dort, wo der Terror nationale Ursachen hat, sollte man versuchen, ihm politisch entgegenzutreten, die öffentliche Aufmerksamkeit diesen unterdrückten Völkern zuzuwenden, Armeniern, Kurden, Palästinensern, Schwarzen, statt einfach zur Tagesordnung überzugehen. Es handelt sich um die Anerkennung ihrer nationalen Kultur und Schicksalsgemeinschaft. Man sollte die Bereitschaft zum Verhandeln nicht zurückweisen."

oooooooooooooo

Einschub 1 (Welche Gefahr ist größer? Klima oder Ökonomie)

Dr. Godehard Kass Arzt und Ratsmitglied der GRÜNEN hier vor Ort sandte den nachfolgend einkopierten Link. Kass Sorge ist, dass wir uns zu langsam auf das Ende des Öls und der Verhinderung des Klimawandels einstellen. Es gab eine Zeit, da wurde die größte Gefahr in der Existenz der Atombomben gesehen. Ich erinnere mich an den Anfang der 70er Jahre, wo mein älterer – inzwischen verstorbener – Freund, Karl Walker, die Atomgefahr nicht leugnete, aber darauf aufmerksam machte, dass die größere Gefahr – sozusagen als Zünder für die Atombomben von den Widersprüchen in der Sozialökonomie ausgehen. Ich denke, wenn wir die Atombomben überflüssig machen wollen und die Folgen des Klimawandels – egal ob durch Menschen oder von natürlichen Abläufen in der Natur verursacht – human bewältigen wollen, dann haben wir erstrangig unsere Ökonomie in Ordnung zu bringen.

Zwei Ausschnitte aus dem Artikel „Donald Trump: Der neue Ölmensch" Von Daniel Pelletier und Maximilian Probst vom 20. Januar 2017 spiegeln die Gefahren wider, auf die ich besonders aufmerksam machen möchte.

Http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-01/donald-trump-analyse-oel-kohle-kapitalismus/komplettansicht > >
Der neue US-Präsident verkörpert die Ideologie des fossilen Kapitalismus. Wer sie versteht,

begreift auch die existenzielle Gefahr, die von Donald Trump ausgeht. <<

… Rand ist posthum zur Säulenheiligen der Tea-Party geworden. Diese rechtslibertäre Bewegung – maßgeblich gesponsert von den Petrodollars der Koch-Industries, eines amerikanischen Ölgiganten – hat Trump den Weg zur Macht geebnet. Entscheidend für den Erfolg Trumps und der Rechten war, dass sie einen blinden Fleck in Rands Denken korrigierten; dass sie ihrem Denken wieder die materielle Grundlage unterschoben, aus der es entwachsen war. Denn die Vorstellung grenzenloser Kraftentfaltung bei Rand entspricht genau der Vorstellung grenzenlosen Wirtschaftswachstums in einer Zeit, in der auch die Ölreserven grenzenlos erschienen.

Gerade weil das Öl damals so sicher floss, brauchte man sich darüber keine Gedanken zu machen, Rand setzte es stillschweigend voraus. Genauso wie ihr politischer Ziehsohn Alan Greenspan, der von 1987 bis 2006 die amerikanische Notenbank leitete. Greenspan glaubte, man brauche nur für eine ungehemmte Zirkulation des Kapitals zu sorgen. Er glaubte, wirtschaftliches Wachstum könne aus neuen Finanzprodukten und der Vermehrung der Geldmenge entstehen, die unter ihm um 280 Prozent anstieg. Mit der Hypothekenkrise, die sich zur Finanzkrise ausweitete, platze dieser Traum des „Geld heckenden Geldes“ und kostete das Land Milliarden. Vor allem brachte die Krise Kleinsparer um ihren Notpfennig und trieb Häuslebauer tief in Schulden. …

… Viel Sand in Saudi-Arabien

In der Karasee gelegen, einem Randmeer nördlich von Sibirien, sollen die Felder 87 Milliarden Barrel Öl umfassen, das ist ein Drittel der derzeit bekannten Ölreserven Saudi-Arabiens. Selbst beim heutigen Ölpreis, der sich seit der Unterzeichnung des Deals halbiert hat, kommt man dafür auf einen Wert von fast 5.000 Milliarden Dollar, mehr als eineinhalb mal so viel wie das deutsche Bruttoinlandsprodukt. Die gesamten Ölreserven der Karasee übersteigen laut Rosneft sogar die Saudi-Arabiens.

Dass kaum jemand über die Karasee Bescheid weiß, zeigt im Übrigen, wie wenig über die materiellen Grundlagen des Kapitalismus' gesprochen wird. In der deutschen Wikipedia findet man einige Angaben über die geografische Lage und die zweifellos wichtige Information, dass die „gewaltigen Wassermassen“ der Flüsse Ob und Jenissei mitverantwortlich für die Strömungsverhältnisse innerhalb dieses Meeres seien. Von den gewaltigen Ölmassen kein Wort. Das ist, als schriebe man über Saudi-Arabien lediglich, dort gebe es viel Sand.

Von den Ölfeldern der Karasee sicherte sich Exxon Mobil mit dem Rosneft-Deal einen Anteil von 33 Prozent. Die Russen erhielten ihrerseits Zugang zum amerikanischen Know-how, das ihnen die Erschließung von Öl in den extremen Verhältnissen der Arktis überhaupt erst ermöglichen sollte. Als aber Russland zwei Jahre später die Krim annektierte, platzte das Geschäft: Der Westen belegte das Land mit Sanktionen, der amerikanische Ölriese musste sich zurückziehen.

Doch damit ist die Geschichte nicht zu Ende. Denn nun will Trump den Mann zum Außenminister machen, der als Chef von ExxonMobil und Träger des Kreml-Freundschaftsordens den Deal mit Rosneft verantwortete: Rex Tillerson, seit 41 Jahren im Ölgeschäft. …

Ende Einschub 1

oooooooooooo

7. Tag: Dachschaden bringt abgelegte Literatur ans Licht
AWP / HWP, F.D.P. und Karl-Hermann Flach

Der Einschub markiert auch das Ende der Textstelle, an der ich von einem Dachschaden zu

einer Unterbrechung des Schreibens gezwungen wurde. Dabei hatte nicht ich einen Dachschaden, sondern das Dach unseres Hauses, das meine Frau und ich uns selbst 1981 nach einem Fehlstart eines Alternativprojektes mit dem durch Abbruch gewonnenen Materials einer Kaufhalle selbst zusammengeschraubt haben. Es tröpfelte von der Decke auf meinen PC-Arbeitsplatz. Das hatte zur Folge, dass ich ein Regal mit Büchern räumen musste.[10] Es waren jene Bücher und Schriften betroffen, die mit der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg[11], mit der F.D.P. Und der DAG im Zusammenhang stehen. Ausgaben der Zeitschrift „Sozialökonomische Beiträge“ und Schriften wie „Modellversuch Sozialökonomischer Studiengang“, erinnerten mich daran, dass ich den Begriff „Sozialökonomie“ in diesem Schreiben auch schon verwendet habe, und dass ich mich in einem Brief mit Vertretern der HWP über abwertende Äußerungen über die Verwendung des Begriffs für die „Zeitschrift für Sozialökonomie“ seitens der Freiwirtschaft auseinandergesetzt habe. Ich habe dann diesen Brief in meinem Ordner AWP gesucht und mich dabei an mein Glück und Elend meines Studiums 1964 / 66 erinnert. Auch hier ist Material vorhanden, um das Elend der Ökonomie aufzuzeigen. Ich weiß nicht, ob es die „Sozialökonomischen Beiträge“ noch gibt, der Unterschied im Gebrauch des Wortes (des Begriffes) Sozialökonomie bei den Herausgebern der beiden genannten Zeitschriften liegt wohl darin, dass die an Gemeinwirtschaft, Sozialdemokratie und Keynesianismus orientierten Herausgeber und Autoren eher die staatlichen Korrekturen am Kapitalismus meinen und die freiwirtschaftlichen Herausgeber mehr an die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus denken, so dass am Ende das Soziale eine Komponente der Marktwirtschaft ist. Das ist aber für jene nicht zu begreifen, die die Wörter Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme (als austauschbare Begriffe) verwenden.

Ich habe in der > Theoretische(n) Sozialökonomie < von Gustav Cassel, fünfte Auflage von 1932 nachgeschaut. In dem Inhaltsverzeichnis und dem Sachwortregister des über 650 Seite starken Werkes taucht der im Titel genannte Begriff Sozialökonomie nicht auf. Vermutlich

10 Bei solch einer Gelegenheit wird mir auch wieder bewusst, wie viele Bücher ich in Regalen stehen habe, die ich noch nicht gelesen habe, weil in der Zeit, wo sie zu mir kamen, oft nicht mal die Zeit für das Lesen der Tageszeitung vorhanden war. Mir ging dann durch den Kopf, dass ohne Zeit und Mittel die Demokratie und die Teilhabe an die Kultur (im weiten Sinne) nicht möglich ist. Mir fiel der Titel > Den Kapitalismus umbiegen < von Oswald von Nell-Breuning wieder ein. Er hält wohl 20 Arbeitsstunden in der Woche für möglich. Und wenn ich es vor längerer Zeit richtig verstanden habe, meint Paul Lafargue in seinem Text >Das Recht auf Faulheit – Widerlegung des „Rechts auf Arbeit“ von 1848< nicht die Faulheit, sondern die Muße, die außerhalb des Reiches der Notwendigkeit im Reich der Freiheit liegt (Marx). Eine Ökonomie, die den Menschen das Reich der Freiheit nicht gewährt, sollten wir zum Teufel schicken.

11 Die Akademie für Wirtschaft und Politik (AWP) wurde als Akademie für Gemeinwirtschaft gegründet, gewandelt zur AWP, als Hochschule für Wirtschaft und Politik weitergeführt und dann in die Universität Hamburg eingegliedert.

meint er mit dem Begriff eine theoretische Ökonomie, die die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht vergisst. [12]

Und das Vergessen ist wohl größer als das Erinnern. Ich hatte zum Beispiel keine Erinnerung an eine Schrift, die vom Bundesvorstand der F.D.P. Zum Tode von Hermann Flach 1873 herausgegeben wurde, wohl aber, dass ich unter http://www.tristan-abromeit.de/pdf/80.1%20K-H-Flach%20Noch%20eine%20Chance.pdf Auszüge aus seiner Schrift von 1971 > Noch eine Chance für die Liberalen > eingestellt habe. Ich habe damals die Parteifreunde in der FDP in Niedersachsen als brave und häufig auch hilfsbereite Menschen erlebt, aber sobald es um ungewohnte Gedankengänge ging, haben sie geigelt, also in eine Abwehrhaltung gewechselt. Sie haben nicht gemerkt, dass sie durch die Reduzierung des Liberalismus auf die Abwehr staatlicher Eingriffe in ihre ökonomische Existenz und die Teilhabe an der Regierungsmacht nur Viertel- oder Halbliberale waren. Auf diesem Hintergrund war Karl-Hermann Flach eine Lichtgestalt. Wenn die heutigen FDP-Mitglieder politisch-geistig nicht zu Flach aufgerückt sind, wäre ihr Wiedereinzug in den Bundestag für Deutschland kein Gewinn. Ich wusste nicht mehr, ob ich Flach persönlich begegnet bin und / oder Briefkontakt zu ihm hatte. Ich habe nachgeschaut: Am 25. 5. 1971 habe ich ihm zu seiner Kandidatur als Generalsekretär gratuliert. Am 4. Juni 1971 bedankt er sich für meinen Brief und Anlagen. [13] Am 30. 11. 1971 schreibt mir Hartmut Hausmann in seinem Auftrag u.a.:

> Herr Flach hat deshalb Ihre interessanten Ausführungen an seine politische Planungsgruppe weitergeleitet. Innerhalb dieser Gruppe werden Ihre Anmerkungen zu den Freiburger Thesen sicherlich die notwendige Beachtung finden.

Auf dem Antwortschreiben vom 30. 11. 1971 habe ich notiert:

> Ich habe Flach auf dem a. o. Landesparteitag am 20. 11.in Delmenhorst zwischen Angel und Tür wegen meiner Zuschrift angesprochen. Er meinte, sie sei für den Bundesparteitag zu spät gekommen. Immerhin wies er in seiner Rede auf die bisher vernachlässigte Theorie hin.

Ich habe nicht gefunden, was ich damals zu den Freiburger Thesen geschrieben habe. In einem der Links unten ist in einem Beitrag von *Burkhard Hirsch* vom 5. APRIL 2012 zu

12 Zwischenzeitlich habe ich meinen fünfseitigen Brief zum Thema *Sozialökonomie* gefunden. Er ist vom 10.10. 1990 und an Prof. Dr. Alfred Oppholzer und die Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg gerichtet. In der ersten Ausgabe der *Sozialökonomischen Beiträge* steht von Oppolzer ein Ergiebiger Artikel mit dem Titel > „Sozialökonomie“: Zu Gegenstand, Begriff und Geschichte eines interdisziplinären und praxisbezogenen Wissenschaftkonzeptes“.

13 Ich habe mir nicht notiert, um welche Anlagen es sich handelt.

lesen:

> Die Freiburger Thesen waren nicht nur eines der üblichen Programme, sondern ein Manifest, eine Kampfansage an die selbstzufriedene Behäbigkeit einer bürgerlichen Wirtschafts- und Honoratiorenpartei, eine Unabhängigkeitserklärung. Kein anderes Programm hat eine vergleichbare, so emotionalisierende Wirkung gehabt wie diese Thesen.
> Sie waren im Kern das Werk Werner Maihofers. Er gab die Ziele vor und formulierte die Ergebnisse – jedenfalls fast alle. Es gibt keinen noch so geringen Anteil, Vorschlag oder Beitrag des führenden liberalen Analytikers Ralf Dahrendorf. Es gab auch keinen Anteil Karl Hermann Flachs, der auf dem Parteitag zum Generalsekretär gewählt wurde und in einer furiosen Antrittsrede für die Thesen warb und den Delegierten einhämmerte, dass Reformen unerlässlich sind. Er erwies sich als einer der schärfsten Kritiker der Vorstellung, dass man eine liberale Gesellschaftsvorstellung an die ökonomischen Interessen einer sozialen Gruppe oder Schicht binden könnte. Für viele Delegierte war die Antrittsrede Karl Herrmann Flachs wichtiger, als die Thesen selbst.

An einen längeren Kommentar von mir zu Programmaussagen, die unter Professor Maihofers Regie entstanden sind, kann ich mich erinnern. Ich habe sie aber nicht unter Maihofer in der Ablage gefunden. Nachfolgend habe ich einige Links zum Thema einkopiert:

Freiburger Thesen nach 40 Jahren / Liberale werden immer gebraucht

Von Christoph Giesa

http://www.deutschlandradiokultur.de/freiburger-thesen-nach-40-jahren.1005.de.html?dram:article_id=159412

Weitere Links zu den Freiburger Thesen und K.-H. Flach:
https://de.wikipedia.org/wiki/Freiburger_Thesen http://katharinakellmann-historikerin.de/?p=19 http://www.taz.de/!5129265/

http://www.fdp-gronau.de/grundsaetze/freiburger-thesen/ https://www.christian-lindner.de/gastbeitraege/was-bleibt-von-den-freiburger-thesen

Ich will hier ja keine Werbung für die FDP machen, sondern nur verdeutlichen, dass in dieser Partei und auch in die anderen von Parteigremien und einzelnen Mitgliedern im Zeitablauf um die Ausrichtung der jeweiligen Partei und die jeweils in der Zukunft liegenden Politik der Republik gerungen wurde. Trotz aller Anstrengungen konnte das Gefühl, dass wir in einer Mängeldemokratie leben, nicht gelöscht werden.

Ich habe die drei geplanten Anhänge zu diesem Text zwar schon fertig, werde aber die Schrift zum Tode von Karl-Hermann Flach zusätzlich einscannen und unter der Textziffer 147.4 dem Paket einfügen. In der Textsammlung 147.1 geht es hauptsächlich um eine Aus-

einandersetzung mit dem verstorbenen Redakteur für Wirtschaft der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung zu Zeiten des Jahrzehntwechsels von den sechzigern zu den siebziger Jahren. Er ist im Alter von 83 Jahren gestorben, ein Alter, das ich jetzt erreicht habe und mich daran erinnert, dass mein Ende auch bald sein kann. Im Anhang 2 (Textziffer 147.2) habe ich zwei Beiträge über die Giralgeldschöpfung untergebracht. Der eine Beitrag ist von Helmut Creutz, der andere von Elimar Rosenbohm. Das Thema hat eine größere Bedeutung, als viele vermuten werden. Im dritten Anhang ist eine Dissertation zum Thema Kreditschöpfung von Martin Scheytt zu lesen.

Mir haben meine weiter oben erwähnten „ Anmerkungen zu den Freiburger Thesen“ keine Ruhe gelassen. Ich habe in den Texten auf meiner Internetseite gesucht. Ich schätze, es war damals mein Brief vom September 1971 an „Herrn Prof. Dr. Maihofer, Vorsitzender der Programmkommission der FDP 4800 Bielefeld ...“ gemeint. Siehe:

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.4%20FDP%20OB%20zum%20PP%20Sept.%201971.pdf Auf der Suche nach diesem Text stieß ich auf eine Aussage von Maihofer aus seinem Beitrag:

> „Produktive Wissenschaft in der modernen Universität“
> aus: Abschnitt II. Die Funktion der Wissenschaft in der Gesellschaft der Moderne.
> Damit wird die Wissenschaft in der modernen Gesellschaft zur entscheidenden. Instanz für die Selbstregulation dieser Gesellschaft im Prozeß der sozialen und politischen Evolution dadurch, daß durch sie die Gesellschaft befähigt wird, ihre inneren und äußeren Probleme mit wissenschaftlichen Methoden kritisch zu analysieren und nach wissenschaftlichem Standard erarbeitete produktive Konzepte zu ihrer Bewältigung hervorzubringen. Das allerdings verlangt, daß die wissenschaftliche Forschung vor allem im Bereich dar Handlungswissenschaften sich nicht in akademischer Isolierung in sich selbst bewegt, sondern ganz anders als bisher die Fragestellungen aufnimmt, die im Zuge der sozialen, und politischen Evolution zu einer Lösung drängen, die jedoch ohne den theoretischen Sachverstand und die praktische Geburtshilfe der Wissenschaft in der jeweiligen Gesellschaft überhaupt nicht zu bewältigen sind. …
>
> http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.13%20OB%20Lt.%20Doku%2013.pdf

Das Zitat von Werner Maihofer ist auf die Wissenschaft bezogen sozusagen die Kurzfassung dessen, was ich hier an Gedanken vortrage.

Beim Anblick der Schriften von der DAG (Deutsche Angestellten Gewerkschaft) wurde ich daran erinnert, dass ich während meiner Zeit bei der Nord LB / LBS von einem Gewerkschafts-Kollegen gefragt wurde, ob ich nicht einmal folgender Frage nachgehen könnte:

> Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument, die DAG-Gegenwartsforderungen

- Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit – durchzusetzen? < (März 1970)

Als ich zum Schluss kam, dass das nicht der Fall sei, wollte man von meiner Ausarbeitung nichts mehr wissen. Der Text muss hier zu finden sein:

> Dokumentation 10 zum Offenen Brief vom 1. Mai 2001 / Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil / Text Nr. 19.1.10 http://www.tristan-abromeit.de/pdf/OB%20Lt.%20Doku%2010.pdf

8. Tag: US-Präsident Trump

Am 20. 1. 2017 war von Gabor Steingard zur Amtsübernahme des neuen US-Präsidenten im Handelsblatt Morning Briefing zu lesen:

> > Und wir? Wie **Statisten** stehen wir da, die auf ihren Einsatz warten. Unsicher. Neugierig. Zur Zuversicht verdammt. **Sebastian Haffner** kommt einem in den Sinn: „Wir kennen nicht das Stück, in dem wir unseren Auftritt haben.“ <

Wenn man vor Trump etwas gegen die USA sagte oder schrieb, galt es wie Antiamerikanismus, so wie jegliche Kritik an Israel als Antisemitismus (noch heute) abgekanzelt wird. Oder wie der zum Putin-Freund wird, der etwas Positives über Russland sagt. Überall muss man mit der Sprachpolizei rechnen – die es offiziell gar nicht gibt -, die die Einhaltung der politischen Korrektheit einfordert. Aber es ist nicht gegen die USA gerichtet, die ihre gute und böse Geschichte hat und hauptsächlich von europäischen Einwanderern begründet wurde, darunter ein Großteil aus Deutschland. Statisten spielen in diesem Stück nicht selbständig sondern sind auf Anweisungen durch die Regie angewiesen. Deutschland hat sich durch seine Unterwürfigkeit, die den Bürgern von den Politikern als Freundschaft verkauft wurde, diese Rolle verdient. In letzter Zeit hört man ja aus Berlin – auch vom Bundespräsidenten Joachim Gauck – die Parole „Deutschland müsse mehr Verantwortung übernehmen!“. Bisher hat sich dieses Mehr an Verantwortung nur darin gezeigt, dass die Rüstungsausgaben und die Auslandseinsätze der Bundeswehr gesteigert werden. Und unsere mannhaften Politiker, unsere standhafte Kanzlerin Merkel und Verteidigungsministerin von der Leyen werden letztlich auch „Ja!“ sagen, wenn die USA für ihre militärische „Besetzung“ Europas den „Besetzten“ eine höhere Rechnung ausschreiben. Mir wurde von Unbekannt die Übersetzung von Donald Trump zugeschickt. Wenn die Rede echt und die Übersetzung korrekt ist, dann ist sie strategisch gut formuliert. [14]Denn offensichtlich hat es in den USA masssenhaft Verlierer der

14 Da mir die Quelle nicht bekannt ist und ich eine Übersetzung unter file:///C:/Users/Tristan/Documents/T/Trump/Vereidigung%20des%2045.%20US-Pr%C3%A4sidenten%20%20Die%20Trump-Rede%20im%20Wortlaut%20_%20tagesschau.de.htm gefunden habe, habe ich

US-Ökonomie gegeben. Diese dürften sich davon angesprochen gefühlt haben. Da die ökonomischen Verhältnisse in Europa und anderen Gegenden der Welt auch den Sprengstoff in sich tragen, sind ähnliche Wahlergebnisse nicht auszuschließen. Es spielt erst einmal keine Rolle, das von Donald Trump die erforderlichen ökonomischen Reformen nicht zu erwarten sind und er genauso scheitern wird wie Barack Obama, der ja vor seiner ersten Wahl in Berlin begrüßt wurde wie ein neuer Führer der Deutschen.

Vereidigung des 45. US-Präsidenten Die Trump-Rede im Wortlaut
Stand: 20.01.2017 21:04 Uhr

Er will Amerika wieder groß machen: Mit seiner ersten Rede als US-Präsident hat Donald Trump nahtlos an seine Versprechen und Ankündigungen aus dem Wahlkampf angeknüpft. Tagesschau.de dokumentiert die Rede in einer Übersetzung der Agentur dpa.

„Präsident des obersten Gerichtshofes Roberts, Präsident Carter, Präsident Clinton, Präsident Bush, Präsident Obama, meine amerikanischen Mitbürger und Menschen aller Welt, ich danke euch. Wir, die Bürger Amerikas, sind nun in einer großen nationalen Anstrengung geeint, unser Land wieder aufzubauen und seine Hoffnung für unser ganzes Volk wiederherzustellen. Gemeinsam werden wir den Kurs Amerikas und der Welt für viele, viele Jahre lang bestimmen. Es wird Herausforderungen und schwierige Situationen geben, aber wir werden es schaffen.

Alle vier Jahre kommen wir auf diesen Stufen für die geordnete und friedliche Machtübergabe zusammen. Und wir sind Präsident Obama und der First Lady Michelle Obama für ihre freundliche Hilfe in dieser Übergangszeit dankbar. Sie waren großartig. Danke. Die heutige Zeremonie jedoch hat eine ganz besondere Bedeutung. Denn heute übergeben wir die Macht nicht nur von einer Regierung an die andere oder von einer Partei an die andere, sondern wir nehmen die Macht von Washington D.C. Und geben sie an euch, das Volk, zurück. Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unseres Landes von der Regierung profitiert, und das Volk hat die Kosten getragen. Washington blühte, aber das Volk hat nichts von dem Reichtum gehabt. Politikern ging es gut, aber die Arbeitsplätze wanderten ab und die Fabriken schlossen.

Das Establishment schützte sich selbst, aber nicht die Bürger unseres Landes. Ihre Siege waren nicht eure Siege, ihre Triumphe waren nicht eure Triumphe. Und während sie in der Hauptstadt unseres Landes feierten, gab es für Familien am Existenzminimum in unserem ganzen Land wenig zu feiern.

All das ändert sich hier und jetzt. Denn dieser Augenblick ist euer Augenblick. Er gehört euch. Er gehört allen, die heute hier versammelt sind, und allen, die in ganz Amerika zuschauen. Dies ist euer Tag, dies ist eure Feier,

den Text ausgetauscht.

und dies, die Vereinigten Staaten von Amerika, ist euer Land. Worauf es wirklich ankommt, ist nicht, welche Partei unsere Regierung führt, sondern ob unsere Regierung vom Volk geführt wird. Der 20. Januar 2017 wird als der Tag in der Erinnerung bleiben, an dem das Volk wieder zu den Herrschern dieser Nation wurde. Die vergessenen Männer und Frauen unseres Landes werden nicht mehr vergessen sein. Alle hören jetzt auf euch. Ihr seid zu Millionen gekommen, um Teil einer historischen Bewegung zu werden, wie sie die Welt noch nie zuvor gesehen hat.

Im Zentrum dieser Bewegung steht die entscheidende Überzeugung, dass die Nation da ist, um ihren Bürgern zu dienen. Amerikaner wollen tolle Schulen für ihre Kinder, sichere Wohngegenden für ihre Familien und gute Jobs für sich selbst. Dies sind gerechtfertigte und vernünftige Forderungen von rechtschaffenen Menschen und einer rechtschaffenen Öffentlichkeit. Doch für zu viele unserer Bürger gibt es eine andere Realität: Mütter und Kinder, die in unseren innerstädtischen Problemvierteln in Armut gefangen sind; verrostete Fabriken, die wie Grabsteine über die Landschaft unserer Nation verstreut liegen; ein Bildungssystem, das genug Geld hat, das aber unsere jungen und schönen Schüler jeglichen Wissens beraubt; und das Verbrechen und die Banden und die Drogen, die zu viele Leben gestohlen und unserem Land so viel unerfülltes Potenzial genommen haben.

Dieses Massaker Amerikas endet hier und jetzt. Wir sind eine Nation, und ihr Schmerz ist unser Schmerz. Ihre Träume sind unsere Träume. Und ihr Erfolg wird unser Erfolg sein. Wir teilen ein Herz, eine Heimat und ein ruhmreiches Schicksal. Der Amtseid, den ich heute schwöre, ist ein Treueeid an alle Amerikaner. Viele Jahrzehnte lang haben wir ausländische Industrien auf Kosten der amerikanischen Industrie reicher gemacht; die Armeen anderer Länder finanziell unterstützt, während wir unsere eigene Armee ausgehungert haben. Wir haben die Grenzen anderer Länder verteidigt, aber uns geweigert, unsere eigene zu verteidigen. Wir haben Billionen und Aberbillionen von Dollar im Ausland ausgegeben, während die amerikanische Infrastruktur zerfallen ist. Wir haben andere Länder bereichert, während sich der Reichtum, die Stärke und das Selbstbewusstsein unseres eigenen Landes sich über dem Horizont aufgelöst hat. Eine Fabrik nach der anderen schloss und verließ das Land, ohne auch nur einen Gedanken an die Millionen und Abermillionen amerikanischer Arbeiter zu verschwenden, die zurückgelassen wurden. Der Reichtum unsere Mittelklasse ist von ihr gerissen und in der ganzen Welt verteilt worden.

Aber das ist Vergangenheit. Jetzt blicken wir nur in die Zukunft. Wir sind heute hier zusammengekommen, um ein neues Dekret zu erlassen, das man in jeder Stadt, in jeder ausländischen Hauptstadt und in jedem Machtzentrum hören soll. Vom heutigen Tag an wird eine neue Vision unser Land regieren. Vom heutigen Tag an wird es nur noch Amerika zuerst heißen, Amerika zuerst. Jede Entscheidung zum Handel, zur Besteuerung, zur Einwanderung, zur Außenpolitik wird zum Wohl der amerikanischen Arbeiter und amerikanischen Familien gemacht. Wir müssen unsere Grenzen vor der Verwüstung schützen, die andere Länder anrichten, die unsere Produkte herstellen, unsere Unternehmen stehlen und unsere Arbeitsplätze zerstö-

ren. Schutzmaßnahmen werden zu großem Wohlstand und Stärke führen.

Ich werde mit jedem Atemzug meines Körpers für euch kämpfen, und ich werde euch nie hängenlassen. Amerika wird wieder anfangen, zu gewinnen – gewinnen wie nie zuvor. Wir werden unsere Arbeitsplätze zurückbringen.

Wir werden unsere Grenzen zurückholen. Wir werden unseren Wohlstand zurückbringen. Und wir werden unsere Träume zurückbringen. Wir werden neue Straßen und Autobahnen und Brücken und Flughäfen und Tunnel und Bahnstrecken quer durch unser wunderbares Land bauen. Wir werden unsere Leute aus der Sozialhilfe holen und wieder zur Arbeit bringen, unsere Nation mit amerikanischen Händen und amerikanischer Arbeit wieder aufbauen. Wir werden zwei einfachen Regeln folgen – amerikanisch kaufen und Amerikaner anheuern.

Wir werden uns bei den Nationen der Welt um Freundschaft und Wohlwollen bemühen, aber wir tun dies in dem Verständnis, dass es das Recht aller Nationen ist, ihre eigenen Interessen voranzustellen. Wir streben nicht danach, jemandem unsere Lebensweise aufzuzwingen, sondern sie als Beispiel leuchten zu lassen. Wir werden leuchten, damit uns alle folgen. Wir werden unsere alten Allianzen verstärken und neue bilden und die zivilisierte Welt gegen radikal-islamischen Terrorismus vereinen, den wir vom Erdboden auslöschen werden.

Die Grundlage unserer Politik wird eine absolute Loyalität zu den Vereinigten Staaten von Amerika sein, und durch unsere Loyalität zu unserem Land werden wir die Loyalität zueinander wiederentdecken. Wenn ihr euer Herz dem Patriotismus öffnet, dann gibt es keinen Platz für Vorurteile. Die Bibel sagt uns, wie gut und angenehm ist es, wenn die Völker Gottes zusammen in Einheit leben. Wir müssen unsere Gedanken offen aussprechen, unsere Meinungsverschiedenheiten offen diskutieren, aber immer Solidarität anstreben.

Wenn Amerika geeint ist, dann ist Amerika absolut unaufhaltsam. Es sollte keine Angst geben. Wir sind beschützt und wir werden immer beschützt sein. Wir werden von den großartigen Männern und Frauen unseres Militärs und der Sicherheitskräfte beschützt werden. Und, was am wichtigsten ist, wir werden von Gott beschützt werden. Zu guter Letzt müssen wir groß denken und noch größer träumen. In Amerika verstehen wir, dass eine Nation nur so lange lebendig ist, wie sie etwas anstrebt. Wir werden keine Politiker mehr akzeptieren, die nur reden und keine Taten setzen, die sich ständig beschweren, aber nie etwas dagegen tun. Die Zeit für leeres Gerede ist vorbei. Nun kommt die Stunde des Handelns. Erlaubt niemandem, euch zu sagen, dass es nicht zu schaffen ist. Keine Herausforderung kann sich mit dem Herz und dem Kampfeswillen und dem Geist Amerikas messen.

Wir werden nicht scheitern. Unser Land wird wieder blühen und gedeihen. Wir stehen an der Geburt eines neuen Jahrtausends, bereit, die Geheimnisse des Weltraums zu entschlüsseln, die Welt von den Qualen von Krankheiten zu befreien und die Energien, Industrien und Technologien von Morgen

zu nutzen. Eine neuer Nationalstolz wird uns bewegen, unseren Blick erheben und unsere Gräben schließen. Es ist Zeit, sich an die alte Weisheit zu erinnern, die unsere Soldaten niemals vergessen werden – dass, egal ob wir schwarz, oder braun oder weiß sind, in unseren Adern dasselbe, rote Blut von Patrioten fließt.

Wir alle genießen dieselben glorreichen Freiheiten und wir alle salutieren der gleichen, großartigen amerikanischen Flagge. Und egal, ob ein Kind um Großraum von Detroit geboren wird oder auf den windgepeitschten Ebenen von Nebraska, sie blicken auf zum gleichen Nachthimmel, sie haben dieselben Träume im Herzen und sie werden vom gleichen allmächtigen Schöpfer mit dem Hauch des Lebens durchdrungen.

Alle Amerikaner in jeder Stadt, nah und fern, groß und klein, von Berg zu Berg, von Ozean zu Ozean, hört diese Worte. Ihr werdet niemals mehr ignoriert werden. Eure Stimme, eure Hoffnungen und eure Träume werden unser amerikanisches Schicksal bestimmen. Und euer Mut und eure Tugend und Liebe wird uns für immer auf diesem Weg leiten. Gemeinsam werden wir Amerika wieder stark machen. Wir werden Amerika wieder wohlhabend machen. Wir werden Amerika wieder stolz machen. Wir werden Amerika wieder sicher machen. Und ja, gemeinsam werden wir Amerika wieder großartig machen. Danke. Gott segne euch. Und Gott segne Amerika. Danke. Gott segne Amerika."

In der HAZ vom 17. 1. 2017 ist folgender Artikel, dessen Verfasser mit tof gekennzeichnet ist, veröffentlicht worden: In der Pose des Freiheitsredners / Provozierend, einfach, nachlässig / Eine Analyse von Trumps Sprache und Rhetorik < Dort ist im Bezug auf ein Interview unter anderem zu lesen:

… Knape (Professor für Rhetorik TA) sieht Trump historisch in der Tradition des „Freiheitsredners" – des Mannes also, den Konventionen nicht scheren und der keine Angst vor dem Mächtigen kennt. Dass er selbst in drei Tagen der mächtigste Mann der Welt ist, ist einer der vielen Widersprüche in diesem Mann. Während des Interviews etwa hat er offenbar gerade ein Afghanistan-Dossier auf seinem Bildschirm. „Oh, das darf ich Ihnen gar nicht zeigen", sagt er da, mit gespieltem Entsetzen über sich selbst. Tatsächlich zeigt das Gespräch in großer Klarheit alle Mittel aus seinem rhetorischen Werkzeugkasten, die er schon im Wahlkampf benutzt hat:
Einfache Sprache: „Und nun ist es einer der größten Schlamassel aller Zeiten", so redet Trump über den Irak-Krieg. Kurze Wörter, kaum Nebensätze, klare Bewertungen: Trump setzt einer komplizierten Welt eine einfache Sprache entgegen. „Er redet hier eins zu eins so, wie ihm der Schnabel gewachsen ist", sagt der Medienpsychologe Jo Groebel. Die Autorisierung von Interviews, bei der in Deutschland viele Politiker ihre Aussagen glätten, gibt es in den USA nicht. Deshalb achten US-Politiker sehr auf ihre Sprache. Trumps Lässigkeit hat jedoch System, Linguisten bescheinigen seinen Reden Viertklässlerniveau. …

Wenn man diese Aussagen zu Trumps Reden zugrunde legt, dann dürfte er seine Rede wohl nicht selber geschrieben, aber für gut befunden haben, denn es ist ja nicht anzunehmen, dass er sie vor dem Vortrag nicht gelesen hat. Wie weit muss dann aber die Sprache der „anständigen“ Politiker sich von dem Verständnis der Bürger entfernt haben, dass sie Gefallen an Trumps Sprache finden?

Von Steingart ist im Handelsblatt Morning Briefing vom 23. 1. 2017 zu lesen:

> Bei einem Notfall ruft man in **Deutschland** normalerweise die Notrufzentrale 110 an. Wenn in den **internationalen Beziehungen** Gefahr im Verzug ist, haben sich Israelis und Araber, Weltbankpräsidenten, IWF-Direktoren und deutsche Bundeskanzler angewöhnt, die 001-202-456-1414 zu wählen, die Nummer des **Weißen Hauses**.
>
> Dort fanden die Ratlosen **Rat**, die Geldknappen **Geld**, und wenn es sein musste, lieferte Amerika auch **Raketen und Schnellfeuerwaffen**.
>
> Alle Präsidenten seit **Woodrow Wilson**, Initiator des Völkerbundes und Friedensnobelpreisträger, verstanden sich als **Globalisten**. „Ich benutze nicht nur das eine Gehirn, das ich habe, sondern auch all die anderen Gehirne der Welt, die ich anzapfen kann“, sagte Wilson, dessen Amerika **andere Nationen** ein- und nicht ausschloss.
>
> Doch unter der bisherigen Telefonnummer ist **kein Anschluss mehr**. Trumps Einzug im Weißen Haus beginnt mit einem **Rückzug Amerikas**. Die USA sehen sich **nicht länger als Global Leader**, sondern als eine **Export-Import-Agentur** im Auftrag der amerikanischen Arbeiter. „America First“ ist das Versprechen, mit dem Trump rund **62 Millionen Wählerinnen und Wähler** für sich gewinnen konnte. The dragon goes to bed with princess.

Ist die Deutung der US-Politik in der Vergangenheit durch Steingart richtig? Ich sehe das anders. Das Wort *Globalisten* muss man wohl mit *Hang zur Weltbeherrschung* übersetzen. Deutschland hat diesen Hang ja auch gehabt und musste bitter dafür bezahlen. Frankreich und England konnten sich im Geschichtsablauf eine Weile in dieser Rolle suhlen. Russland strebt diese Rolle – wenigstens als Mitspieler – wieder an und China ist so klug, das nicht offen auszuposaunen. Wenn Wilson nicht nur das eigene benutzen wollte, sondern die der ganzen Welt, dann sagt das doch nichts anderes als Trump mit „America First“ sagt. Ich habe im Anhang 1 ein Zitat von Gesell aus dem Jahr 1917 untergebracht, das lautet:

> … Getreu ihrem Schlagwort „Amerika für die Amerikaner“ errichten die Amerikaner rings um das gewaltige Gebiet, das Columbus der Menschheit schenkte, eine Zollgrenze – und vertreiben durch willkürlich hochgeschraubte Sperrzölle die Europäer von ihren Märkten. Heute ist es die Einfuhr, die sie treffen wollen, morgen wird es die Ausfuhr sein, so daß die Europäer

> ständig mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß die Erde für sie eines Tages um den ganzen amerikanischen Erdteil, mindestens aber um die Vereinigten Staaten kleiner sein wird. Der europäischen Bevölkerung kann es aber wahrhaftig nicht gleichgültig sein, ob ein Erdteil wie der amerikanische von der Weltkarte gestrichen wird. Für sie bewirkt der wirtschaftliche Verlust eines Erdteils genau dasselbe, wie wenn dieser vom Meere verschlungen würde. … (Natürliche Wirtschaftsordnung, 9.Auflage 1949, S. 84)

Im Grunde hat eine Regierung eines Landes auch den Auftrag, die Interessen des eigenen Landes zu wahren und zu verteidigen. Nur von den deutschen Regierungen nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man den Eindruck haben, dass in der Selbstverleugnung der eigenen Interessen das höchste Ziel der Staatskunst liegt. In Wirklichkeit gilt bei den Staatssubjekten auch, was bei den Individuen gilt. Mit den Worten des Franzosen Pierre-Joseph Proudhon (1809 – 1865) lautet das so: **Die Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit.** Und wenn an diese Gerechtigkeit demokratische Maßstäbe anlegt wird, dann haben keine Sonderrechte in und für Staaten einen Platz, die größere Gebiete und größere Einwohnerzahlen für sich benennen können als andere Staaten.

Mir kamen jetzt Aussagen von Robert Lekachman aus seinem Buch > John Maynard Keynes – Revolutionär des Kapitalismus < (1966 / deutsch 1970) in Erinnerung. Hier komme ich zu dem Schluss, dass die USA nicht in den Zweiten Weltkrieg eingriff, um Europa von den Nationalsozialisten zu befreien, sondern um ihre ökonomischen Probleme zu bewältigen. Ein paar Zitate mögen das begründen, warum ich zu dem Schluss komme.Gleichzeitig wird mit dem Krieg als Konjunkturinstrument die Problematik des Keynesianismus deutlich und dass er gemessen an der Geschichte nach dem Erscheinen dieses Buches, sein Versprechen nicht halten konnte. Es folgen Zitate aus dem genannten Buch von Lekachman:

> Einleitung: Seit mehr als einer Generation haben weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten die Massenarbeitslosigkeit, verwaisten Fabriken, Konkurse, Hypothekenentwertungen und die weitverbreitete, tiefe Hoffnungslosigkeit zu verzeichnen gehabt, die einst zu den üblichen Begleiterscheinungen der offenbar unvermeidlichen Zyklen wirtschaftlicher Depressionen zählten. Für die Mehrheit aller Amerikaner und Briten unter Vierzig ist die Große Depression von 1929 bis 1933 nicht so sehr eine schmerzliche persönliche Erfahrung oder gar ein Modell ähnlicher Ereignisse in der Zukunft als vielmehr ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte. Das Wort Depression selbst ist aus der Umgangssprache so gut wie verschwunden, und weitgehend auch schon aus dem Fachwörterbuch des Nationalökonomen. An seine Stelle ist der Begriff Rezession getreten, und die meisten Leute verlassen sich darauf, daß solche Rezessionen kurz, harmlos und

selten sind. (S.11)

Obgleich 1939 bereits ein halbes Dutzend Jahre des New Deal vergangen war, lag die Arbeitslosenquote noch immer sehr hoch. Welchen Aufschluß vermittelte nun diese Einführung in die Wirtschaftskunde, die zu den besten Lehrbüchern der damaligen Zeit zählte, den jungen Studenten über die Ursachen und mehr noch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit? Betrüblicherweise nicht sehr viel. (S. 93)

Eine >reife Volkswirtschaft< wird nicht mehr durch intensive Investitionstätigkeit nach vorn getrieben. Genau das war die Lage der amerikanischen Wirtschaft. Betrachten wir zuerst die überragende Rolle des Bevölkerungszuwachses. Seit Smiths Wealth of Nations (Vom Reichtum der Nationen) haben die Wirtschaftswissenschaftler schnellen Bevölkerungszuwachs als Anreiz für intensive Investitionstätigkeit erachtet. Hansen erinnerte seine Zuhörer daran, daß Adam Smith bewiesen hatte, daß eine wachsende Bevölkerung eine differenziertere Arbeitsteilung sowie eine steigende Produktivität pro Kopf ermöglichte. Mehr noch, größere Bevölkerungszahlen erleichterten die Ausdehnung der Konsumgütermärkte. Je ausgedehnter diese Märkte sind, desto stärker wird weitere Arbeitsteilung gefördert. (S.152)

Gegen Ende seiner Ausführungen sagte Hansen: >Das Hauptproblem in unserer Zeit, und vor allem in den Vereinigten Staaten, ist die Frage der Vollbeschäftigung.< Gegenwärtig lebten wir in einer Zeit, die durch nur schwache Erholungspausen und verlängerte Phasen der Depression gekennzeichnet sei: >Das sind die Hauptfaktoren der säkularen Stagnation – kümmerliche Erholungspausen, die bereits in ihrem Anfangsstadium verkümmern, sowie Depressionen, die aus sich selbst neue Kraft schöpfen und einen scheinbar unvermeidbaren Kern an Arbeitslosigkeit zurücklassen. (S. 156)

Die Vereinigten Staaten befanden sich in einer scheinbar ausweglosen Situation. Einerseits >konnte die fortdauernde Arbeitslosigkeit großen Umfangs, deren Ursachen in unzureichenden Möglichkeiten für private Investitionen lagen, zu einer in allen Bereichen reglementierten Wirtschaft führen<. Das konnte jedoch >auch eintreten, wenn man einen indirekten Weg mit langsamer Entwicklung einschlug und ein weit ausgedehntes Programm staatlicher Ausgabenpolitik verwirklichte28<. Keiner dieser beiden Wege schien ein glückliches Ende zu nehmen. Die beste Lösung schien ein Programm zu sein, >das durch Staatsausgaben Nettoeinkommen schuf< und sie dann wohlweislich >einschränkt, wenn wir uns dem Stadium der Vollbeschäftigung und dem entsprechenden Einkommensniveau nähern<. Aber selbst dann gab es noch einige sehr gefährliche Fallgruben: Engpässe in der Produktion (bottlenecks), steigende Kosten, übermäßige Lohnforderungen und die heimtückische Lohn-Preis-Spirale bei sinkender Auslastung der Kapazitäten29<. Auch Hansen mußte zugeben, keine vollständige Lösung dieses Problems parat zu haben: >Die Fragen, die ich angeschnitten habe, sind eine Herausforderung an unser Fach.< (S.157)

Der Krieg hat einen Grundsatz Keynes'scher Theorie unterstrichen: Zur Be-

reitstellung von Arbeitsplätzen haben sich alle Kriege (vor dem Atomzeitalter) als ideal erwiesen. Da die gesamte Kriegsproduktion, ökonomisch gesehen, reine Verschwendung darstellt, gelangt man nie in die Gefahrenzone der Überproduktion. Selbst eine Nation mit hohem Entwicklungsstand könnte so viele Schulen, Straßen, Wohnhäuser, Erholungsgebiete und Krankenhäuser bauen, daß damit der gesamte Bedarf abgedeckt wird. Was geschieht, wenn sich die Nachfrage nach vollkommen nutzlosen Dingen bis ins Uferlose potenziert? Was geschieht, wenn diese Nachfrage tatsächlich durch die Ausgabe von neuem (Papier-Geld) finanziert wird? Die Periode von 1941-1945 war durch Vollbeschäftigung, geschäftige Fabriken und einen Produktionsanstieg bei nützlichen und nutzlosen Dingen gekennzeichnet. Im wirklichen Leben resultierten diese Ereignisse aus ökonomischer Verschwendung, genau wie Keynes es vorausgesagt hatte. Im Zweiten Weltkrieg waren Panzer, Bomber und Flugzeugträger das Gegenstück zu den Pyramiden Ägyptens, den Kathedralen des Mittelalters und vergrabenen Flaschen, gefüllt mit Geld. (S. 177)

Die liberale Offentlichkeit wurde durch das bei der Rückkehr zur Zivilwirtschaft eingeschlagene Tempo zunehmend in Unruhe versetzt. Man befürchtete ein erneutes rasches Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Paul Samuelson, der 1944 als Regierungsbeamter in Washington tätig war und sich von seinen Verpflichtungen am M. I. T. (Massachussetts Institute of Technology) hatte beurlauben lassen, beschrieb damals düster die Produktionsabstriche, die für die letzten Monate des Jahres vorgesehen waren. Samuelson stellte in Aussicht, daß Amerika nach dem Sieg in Europa und der Begrenzung des Krieges auf nur eine Front (gegen Japan) mit >Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung in der Größenordnung von ungefähr fünf Millionen Erwerbsfähigen zu rechnen habe. Seine Kollegen in Washington zeigten sich jedoch erstaunlicherweise sehr selbstgefällig: >Die Experten haben das Ausmaß des Ansturms, der uns erwartet, noch gar nicht richtig erfaßt. Die Exekutivabteilungen der Regierung können im Moment nicht einmal einen durchschnittlichen Jahresumfang an öffentlichen Arbeiten für kurzfristige Einsätze bereitstellen.< Das war um so bedauerlicher, weil gerade die Wirtschaftswissenschaftler bis zu diesem Zeitpunkt einen äußerst wertvollen Beitrag zu den nationalen Kriegsanstrengungen geleistet hatten: >Man hat einmal gesagt, der letzte Krieg war der Krieg der Chemiker, dieser der Physiker. Genausogut kann man behaupten, daß dies ein Krieg der Ökonomen ist. Doch ohne vernünftige wirtschaftliche Grundsätze auch für eine Gesellschaft im Frieden sah das Land schweren Zeiten entgegen. Samuelsons abschließende Zusammenfassung enthielt eine düstere Vorahnung:

> Jeden Monat, jeden Tag und jede Stunde pumpt die Bundesregierung Millionen, ja Milliarden Dollar in den Kreislauf der amerikanischen Volkswirtschaft... Nur durch Regierungsausgaben in Höhe von 100 Milliarden Dollar wurde das derzeitig hohe Niveau im Output und im Beschäftigungsgrad erzielt. Davon wurden 50 Milliarden Dollar durch Defizite finanziert . . . Durch eine einfache statistische Rechenoperation kann man zeigen, daß selbst bei den Industriezweigen mit den günstigsten Zukunftsaussichten in der Nachkriegszeit, also dem Automobil-, Flugzeug- und Schiffbau und der Elektronikindustrie, das derzeitige

Beschäftigungsniveau unter keinen Umständen aufrechterhalten werden kann, nicht einmal die Hälfte, ja nicht einmal ein Drittel davon. (S. 185 f.)

KAPITEL 7 / Keynes in der Nachkriegszeit
Mit dem Tag des Sieges über Japan, dem 2. 9. 1945, endete der erste Krieg, der nach Keynesianischen Grundsitzen geführt wurde. Beweise für diese Behauptung sind im Überfluß vorhanden. Die Kriegsämter analysierten Bedarf und Ressourcen mit dem Keynes'schen Volkseinkommens-Konzept und brachten sie dann mit dem statistischen Material aus dem amerikanischen Handelsministerium in Einklang. Die Berechnung von Inflationslücken durch den Vergleich von Konsumenteneinkommen mit der Summe der Konsumgüterpreise, oder die Feststellung, daß die Summe aus Privatinvestitionen und Staatsdefiziten kleiner war als die Summe der privaten Ersparnisse und der Steuereinnahmen, stellte für die Wirtschaftswissenschaftler nur noch eine Routineangelegenheit dar. Aus Besprechungen dieser Art leiteten sie die Grundlagen für Preis- und Rationierungskontrollen ab, die zu den erfolgreichen Maßnahmen der Kriegsplanung zahlten. Wie in Großbritannien bildeten Preise, Löhne, Haushalte, Steuern und Kontrollen keineswegs die Maßstäbe für finanzielle Gesundheit oder nationale Zahlungsfähigkeit, sondern sie stellten die Instrumente für die materielle Verteilung von Menschen und Ressourcen.

oooooooooooooooooo

<u>Einschub 2</u> (Über meine Rolle als Schreiber.)

Ich werde jetzt meine Zeitungs-Ausrisse nochmals sortieren, um zu sehen, auf welche Meldungen ich hier noch eingehe. Dann will ich anhand von Rückblicken auf Tagungen der Ev. Akademie Loccum auf die Schwächen der Ökonomie hinweisen. Danach will ich meinen Weg zu meinem Lebensthema Ökonomie weiter nachzeichnen. Wobei ich hier schon bekennen will, dass ich mich nicht als Ökonom mit Durchblick verstehe, sondern nur als einer, der so viel davon versteht, dass er beurteilen kann, dass hier viel schief läuft. Zu bedenken ist aber, dass sich die Freiwirtschaftsschule nicht mit dem Links-rechts-Schema erfassen lässt und dass die Wege zur Freiwirtschaft für die, die zu ihr gefunden haben, ganz unterschiedlich gezeichnet sind und unterschiedliche berufliche und bildungsmäßige Ausgangspunkte haben. Ich spreche hier also nur für mich, nicht für eine Organisation. Hinweise auf Zitate und auf weitere Bücher sollen noch folgen. Zum Schluss will ich dann noch auf die vertrackten Themen Buchgeldschöpfung / Kreditschöpfung und die Schaffung eines bargeldlosen Geldes eingehen. Es sind die Themen, die den Start zum vorliegenden Text ausgelöst haben. Ich denke, wenn ich „meine“ Themen aussagefähig bearbeiten will, muss ich das Risiko eingehen, mich zwischen alle möglichen Stühle zu setzen. Ich hoffe, dass dieser Text der Abschluss zu meinen Arbeiten zu diesem Themenkomplex wird.

Einschub 2 Ende

oooooooooooooooooooooooooo

9. Tag: Margot Käßmann und Heinrich Bedford-Strohm zu Luther

Können Worte überhaupt noch helfen?

Margot Käßmann und Heinrich Bedford-Strohm im Gespräch mit HAZ-Chefredakteur Hendrik Brandt und Stellvertreterin Hannah Suppa im Turmzimmer der Neustädter Hof- und Stadtkirche.

Sie sind die bedeutendsten Protestanten Deutschlands: Heinrich Bedford-Strohm ist Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche und Margot Käßmann die Botschafterin des Reformationsjubiläums 2017. Im HAZ-Weihnachtsinterview sprechen sie über Gutmenschen, Luther-Kitsch – und die Kraft der Worte. (HAZ vom 24.12. 2016)

Das Gespräch ist interessant, aber von dem Titel hatte ich mir etwas anderes versprochen. Ich springe deshalb zum Thema *Worte und Sprache* zu zwei anderen Quellen. Vorher gehe ich aber noch auf das Thema Judenfeindlichkeit von Luther ein, das in dem HAZ-Gespräch angeschnitten wurde.[15] Es heißt dort:

---

15 Am 26. 1. 2017 ist in der HAZ folgendes zu lesen: Die Schlagzeilen: „**Der stille Krieg gegen die Indianer** / Der Hunger nach Rohstoffen wächst – zulasten der indigenen Völker, die um ihr Territorium fürchten“. Die Einleitung: „Es ist eine Kriegserklärung gegen die Sioux-Indianer: Die USA wollen auf Anordnung des neuen Präsidenten Donald Trump zwei umstrittene Pipeline-Projekte wieder aufnehmen. ….“
Auf dem Weg zu dieser aktuellen Datei kam mir ein eingescannter Text vor Augen, den ich wohl schon in einem früheren Text benutzt habe. Mir kam die Frage, ob Luther sich wohl zu der mörderischen Seite des Christentums geäußert hat:
> Wird derzeit über „Religion und Gewalt“ diskutiert, rückt vor allem der Islam mit seinen fundamentalistischen Versionen ins Visier. Dabei erinnert die Kreuzzugsrhetorik, die der noch amtierende amerikanische Präsident zur Begründung des Irak-Kriegs bemühte, auch stark an die christliche Gewalttradition.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten geht ihr der streitbare Autor Karlheinz Deschner in seiner auf zehn Bände angelegten „Kriminalgeschichte des Christentums“ nach. Jetzt ist Band 9 erschienen, der die Verbrechen von Christen und christlichen Kirchen von der Mitte des 16. bis Anfang des 18. Jahrhunderts dokumentiert - eine Schilderung und Aufzählung unvorstellbarer Massaker und Grausamkeiten, gleichermaßen erbarmungslos begangen gegen Heiden und „Ketzer“ (das war immer der etwas anders gläubige Christ) und stets im Namen des Herrn und zu Eigennutz und Frommen des katholischen Klerus oder protestantischer Führer.

Der Band setzt ein mit den Eroberungszügen der Portugiesen und Spanier in Südamerika, wobei Deschner mit Begriffen wie „amerikanischer Holocaust“ drastisch vor Augen führen will, welches Ausmaß Raffgier und Mordlust annahmen. Innerhalb eines Jahrhunderts sank die Bevölkerung Zentralmexikos von etwa 25 Millionen auf weniger als zwei Millionen. Mehr als drei Millionen Indianer verloren zwischen 1494 und 1508 allein auf Haiti ihr Leben, durch Massaker, Sklaverei und Zwangsarbeit.

Kein Grund für ein schlechtes Gewissen: Der Aztekenschlächter Herman Cortés hörte täglich die Messe, und die Puritaner, die die Indianer in Nordamerika ausrotteten, taten auch nur Gottes Werk. Zudem vertrugen sich Sklaverei und Sklavenhandel, an dem auch katholische Orden gut verdienten, durchaus mit der christlichen Lehre. … <

Protestanten feiern jetzt ein Jahr lang ihren Martin Luther. Eine vielschichtige, für uns sicher nicht ganz zu begreifende Figur. Sein Thesenanschlag vor 500 Jahren ist legendär, seine Judenfeindlichkeit ist es auch. Er gilt ja als Mitbegründer der Moderne – ob nun gewollt oder nicht. In der Gesellschaft, aber auch in der Kirche gibt es derzeit oft eher die Tendenz zur Bewahrung als zur Veränderung. Was kann oder soll Luther da helfen?

Käßmann: Jubiläen spiegeln auch immer den Zeitgeist wider. 2017 wird sehr anders sein: Das Jubiläum zeigt die Internationalität. Unsere Kirche ist keine nationalistische Kirche mehr – wir sind weltoffen, im Dialog, wir werden das Reformationsjahr ökumenisch ausrichten.
Es wird in Hildesheim einen Versöhnungsgottesdienst geben. Die Reise der Bischofskonferenz und des Rates ins Heilige Land – das ist für mich schon besonders.
Wir ernten, was es an ökumenischer Bewegung in den vergangenen 50 Jahren gegeben hat. Und: Wir stellen Luther heute nicht auf einen Sockel – wir sehen auch seinen Anti-Judaismus und seine anderen problematischen Seiten. Diese Kritik an Luther ist für viele irritierend. Aber er hatte eben ein klares Menschenbild: „Simul iustus et peccator“ („Zugleich gerecht und Sünder“).

Bedford-Strohm: Die Kritik an Luther wird auch Luther gerecht. Denn er wäre sicher der Erste, der nach 500 Jahren Selbstprüfung zu dem gleichen kritischen Ergebnis kommen würde wie wir. Diese Demut, dass wir unsere Grenzen wahrnehmen, ist eine Stärke der reformatorischen Erkenntnis. Und deswegen können wir das Reformationsjubiläum auch nur so, mit dieser Kritik an den dunklen Seiten, feiern.

Diese Aussagen empfinde ich als elegante Umschiffung des schwierigen Themas *Antisemitismus bei Luther.* Ich bedauere das, denn hier wäre eine Klärung im Luther-Jahr angebracht. In der Fußnote 100 in der Arbeit:

Uppsala University Coin Cabinet

Working Papers 9

Andreas Pawlas

Luther zu Geld und Zins

Mit einem Vorwort über Lutherische Erwägungen zu Geld und Zins

https://uu.diva-portal.org/smash/get/diva2:676716/FULLTEXT01.pdf

ist zu lesen:

> Daneben darf aber nicht übersehen werden, daß für Luther das Zinsnehmen gleichzeitig betrachtet als „Juddische stucklein und tucklein, und ist eyn unchristlich furnehmen widder das heylig Evangelium Christi “

(Vgl. WA 6, 5). Solche in die Wuchersermone eingeflossenen Diffamierungen der Juden mochten der unbewußt auch in Luther weiterlebenden antijüdischen Volksmeinung entstammen, aber nicht seiner eigenen Theologie und Frömmigkeit, denn ansonsten suchte er ja gerade in den Jahren 1513 -1521 (vgl. z.B. WA 7, 600f.) nach dem Doppelgebot der Liebe eine Verunglimpfung der Juden zu vermeiden und sie in aller Freundlichkeit für das Evangelium zu gewinnen. Insgesamt aber braucht diese Auseinandersetzung im Rahmen einer systematischen Auseinandersetzung über Geld und Zins nicht weiter vertieft zu werden (Zur genaueren Untersuchung vgl. E. Ramp, Das Zinsproblem, S. 44 ff.).

Ich kann mir vorstellen, dass ein Mensch, der dabei ist, die herrschende Religion neu zu erfinden, verärgert darüber war, dass es da eine Gruppe gibt, die da Juden genannt werden, die sein Erneuerungsangebot für sich nicht für interessant halten und es ablehnen. Viel wahrscheinlicher ist aber doch, dass Luther ökonomisch in der Tradition der alten Kirche und der Bibel stand und das bedeutete, er musste Stellung nehmen gegen den Zins und gegen diejenigen, die den Zins nahmen. Den Christen war das Zinsnehmen verboten, den Juden nur im Verhältnis zu den eigenen Leuten. Da den Juden zudem der Zugang zu den ehrlichen Berufen verboten war (Was nach meiner Einsicht nur eine religiös verbrämte Konkurrenzabwehr war.) mussten sie, um zu überleben, sich im Geldgeschäft einrichten. Die Tragik liegt hier darin, dass das Geld und der Kredit für den Austausch von Gütern und eine arbeitsteilige Wirtschaft unverzichtbar, aber mit Fehlern behaftet ist, die nicht der Institution Geld als ein öffentliches Verkehrsmittel angerechnet wurde, sondern jenen, die die „Verwalter“ des Geldes waren und das waren die Juden. Noch heute ist es so, dass die antijüdischen Vorbehalte hier ihre Wurzeln haben. [16] Man kann Luther nicht ankreiden, was heute viele Professoren auf den Lehrstühlen für Ökonomie noch nicht verstanden haben.

Wer etwas von Ökonomie und den Menschen versteht, kann leicht einsehen, dass das christliche Zinsverbot sich nicht durchsetzen konnte. Aber die Christen machen es sich zu leicht, wenn sie Luthers diesbezügliches Denken als seine Verirrung betrachten und den Tanz um das Golde Kalb nicht auch als eine heutige anti-biblische Ausdrucksform des Christentums betrachten. Mit den Stiftungen, die die kirchlichen Einheiten überall bilden, beten sie nämlich überall das goldene Kalb an. Wenn Spenden an die Kirchen nicht mit dem Versprechen des ewigen Seelenheils verknüpft werden, sind dagegen keine Einwände zu machen. Aber

16 Diese Vorbehalte sind aber nicht identisch mit einer Kritik an der israelischen Politik. Also nicht jeder, der die israelische Politik kritisiert, ist ein Antisemit.

Stiftungen sind kein Spendentopf, aus denen unmittelbar gute Taten finanziert werden, sondern es geht hier um die Zinserträge, über die nur verfügt werden darf. Und der Zins muss in der Hauptsache von den Schuldnern aufgebracht werden, also von jenen Menschen, die Geld leihen [17] mussten, weil es ihnen fehlte. Konkret: Die Armen finanzieren den Reichtum der Habenden. (Auf die Quellen bezogen, befindet sich die Fortsetzung unter 12. Tag.)

10. Tag: Marx prüfen / Gesell und Antisemitismus

Die Menschen, die sich um das ökonomische Modell der Natürlichen Wirtschaftsordnung (Freiwirtschaft = Anleitung zur Vervollkommnung der Marktwirtschaft) kümmern, bemühen sich schon über 100 Jahre im Staffellauf um eine Aufklärung. Als Dank dafür werden sie nicht selten als Antisemiten beschimpft, besonders von Zeitgenossen, die sich den Marxismus auf die Fahne geschrieben haben. Diese vermeiden jede sachliche Auseinandersetzung und konstruieren aus nicht zusammenhängenden Zitaten und zeitbedingten Äußerungen ihre Vorwürfe. Ich weiß nicht recht, ob sie ein marxistisches Monopol auf die Deutung von Kapitalismus verteidigen oder ob sie sich für eine Desinformationskampagne bezahlen lassen. Ich hoffe für sie, dass es sich um Idealisten handelt, die zu geistigen Irrläufern entwickelt haben. Dass man mit Marx noch etwas anfangen kann, titelt DIE ZEIT in ihrer Ausgabe vom 26. 1. 2017:

> Gesellschaft: Hatte Marx doch recht? Gierige Manager, schreiende Ungerechtigkeit und der Aufstand der Vergessenen: Karl Marx sah alles kommen. Was man von ihm heute noch lernen kann – dem Marxismus zum Trotz.

Gerade dann, wenn die gegenwärtige theoretische und praktische Ökonomie unbefriedigende Ergebnisse liefert, muss sie herausgefordert werden, durch gedankliche Alternativen aus der Vergangenheit und Gegenwart. Berufsverbote – wie in der Vergangenheit – sind dass idiotischste, was die Politik zur Vertuschung ihrer eigenen Fehlleistungen produzieren kann. Besser ist es, sich konstruktiv mit Marx auseinander zu setzen, wie es der verstorbene Hochschullehrer für Öffentliches Recht und Rechsphilosophie in seiner Schrift „*Der Kapitalismus als monetäres Syndrom / Aufklärung eines Widerspruchs in Marxschen Politischen Ökonomie*“, 1988, getan hat.

17 Eigentlich müsste es hier „mieten“ heißen, denn die Leihe ist juristisch gesehen unentgeltlich.

Noch einmal zur Freiwirtschaft und Antisemitismus, ein Vorwurf den „rote Faschisten“ der Freiwirtschaft und besonders Gesell machen. Ende November 2016 erhielt ich den Link

http://blog.hnf.de/konrad-zuse-heinz-nixdorf-und-das-schwundgeld/ mit der Bitte um Weiterleitung an freiwirtschaftliche Gruppen. Die Rückmeldungen zeigten, dass man über den Beitrag erfreut war. Nur einer, der bei Wikipedia mitarbeitet, hatte Bedenken, weil hier ein gedanklicher Bezug zu Henry Ford bestünde und der gelte als Antisemit. Das wäre dann gleich wieder ein Anlass für die Untergrundkämpfer bei Wikipedia, um Gesell wieder einmal den Antisemitismus anzuhängen. Und es ist wohl so, dass bei den Eintragungen in Wikipedia ein ständiges Bemühen gibt, alles, was zur Freiwirtschaft und ihren Vertretern gesagt wird, in ein möglichst schlechtes Licht zu stellen. Irgend ein Mensch hat einen mir nicht bekannten Inhalt über meine Person in Wikipedia eingebracht. Dieser wurde gleich wieder gelöscht und als solcher angezeigt. Die Begründung war wohl, dass ich nicht bedeutend genug sei. Die Löschung für sich würde mich nicht stören und dass man durch die Löschung bei Wikipedia quasi an den Pranger gestellt wird, auch nicht. Nur, die Löschung wurde gleichzeitig auch für Georg Otto – mit dem ich in der Gründungszeit der GRÜNEN eng zusammengearbeitet habe, beantragt. Das halte ich für ein Indiz für eine politische Motivation und die stört mich schon. Da ich wusste, dass Gesell sich zu Ford geäußert hat, habe ich dann den Text auf der CD mit den Werken von Gesell gesucht und an die Freunde geschickt.

> Silvio Gesell Gesammelte Werke Band 18, Briefe, Seite 266
> An Carlos und Martha Gesell vom 8.2.1923 aus Rehbrücke
> … Zimmermann ist jetzt unterwegs nach Amerika. Vielleicht wird er Euch dort besuchen. Es wäre sehr erfreulich, wenn es ihm gelingen würde, Mr. Cary für das Freigeld und Freiland zu gewinnen und wenn in der Folge sich dort etwas organisieren würde zur Förderung dieser Sache. Zimmermann bringt die Übersetzung der NWO mit und hofft, Ford zu gewinnen. Ich kann mir aber von diesem Ford nicht viel versprechen. Er ist Antisemit und das verträgt sich nicht recht mit dem Geiste, der zur Freiwirtschaft führt. Immerhin, viele Freiwirte, die anfänglich Antisemiten waren, haben dieser Besessenheit abgeschworen, weil sie sahen, daß sie ihr eigentliches Ziel ohne Antisemitismus erreichen konnten. Vielleicht würde es Ford auch so ergehen. Die Freiwirtschaft befreit, und mit dieser Befreiung veredelt sie den Charakter. Sie zwingt bei allen Untersuchungen, immer den Globus sich vor Augen zu halten. So wird man von vornherein zur universellen Betrachtung der Dinge gezwungen. Enger Chauvinismus und Patriotismus findet hier keinen Platz mehr. Zimmermann will Ford veranlassen, die Übersetzung zu verlegen. Ich vermag hier nicht zu übersehen, ob es von Vorteil wäre, Ford als Verleger in Kauf zu nehmen. Unsere Sache ist nur zum kleinsten Teil Sache des Geldes. Viel wichtiger als das Geld ist für uns Zeit. Wenn wir wieder ruhigere Zeiten hätten, wie etwa vor dem Kriege, so würde es mir

nichts ausmachen, wenn die Freiwirtschaft erst in 50 oder 100 Jahren zur Verwirklichung käme. Hauptsache ist, daß diese Lehre vor dem Untergang geschützt wird und daß sie, wenn auch langsam, dann aber um so sicherer, sich Bahn bricht. Es scheint aber, daß die Verhältnisse jetzt zur Entscheidung drängen und daß wir in absehbarer Zeit schon hier oder dort Gelegenheit haben werden, unsere Lehrsätze auf ihre Echtheit praktisch zu prüfen.
…

Im Register der gesammelten Werke sind weiter acht weitere Nennungen, die auf Ford verweisen. Ich füge hier noch zwei Aussagen von Gesell zu den Juden hinzu. Zuerst aus dem Band 1 auf der Seite 141:

Die Judenfrage.
Bei dem heutigen Geldwesen hat der Geldinhaber dem Wareninhaber, d. h. Dem Produzenten, gegenüber große Vorrechte und wenn er aus diesen Vorrechten Nutzen zu ziehen sucht, so tut er nicht mehr, als jeder andere an seiner Stelle auch tun würde. Die Juden beschäftigen sich nun mit Vorliebe mit Geldgeschäften und ist es klar, daß diese Vorrechte des Geldinhabers drum auch vorzugsweise den Juden zu Gute kommen. Hat aber darum Herr Stöcker ein Recht, die Juden zu verfolgen? Ist nicht das Geld eine öffentliche Einrichtung, kann nicht jeder, wenn er dazu befähigt ist, den Juden Konkurrenz machen, hat nicht schon jeder, selbst Herr Stöcker, den geheimen Wunsch gehegt, selber Bankier zu sein?
Die Judenhetzerei ist eine kolossale Ungerechtigkeit und eine Folge einer ungerechten Einrichtung, eine Folge des heutigen Münzwesens.
Wo Aas ist, da versammeln sich die Adler; will man die Adler vertreiben, so braucht man die Lockspeisen nur fortzuschaffen und die Adler werden von selber verschwinden, ohne daß es nötig sein wird, auch nur einen einzigen zu töten.
Die Münzreform macht es unmöglich, daß jemand erntet ohne zu säen, und die Juden werden durch dieselbe gezwungen werden, die Verwertung ihrer großen geistigen Fähigkeiten nicht mehr im unfruchtbaren Schacher zu suchen, sondern in der Wissenschaft, Kunst und ehrlichen Industrie.
Die Münzreform schützt die Juden nicht allein vor jeder weiteren Verfolgung, sondern sie sichert auch der deutschen Wissenschaft und Gesetzgebung die Mitwirkung des jüdischen Scharfsinnes.

Im Band 14 auf Seite 100 heißt es von Gesell:

Ford und die Juden.
Ford ist der erfolgreichste Unternehmer der Gegenwart. Wie er in erster Linie Unternehmer ist und nicht Finanzgenie wie ein Hugo Stinnes, so kam er notwendig in Gegensatz zur Finanz und zu ihrer Voraussetzung: der heutigen Geldordnung. Durch seine Bekämpfung der Gold- und der systemlosen Papierwährung ist er unser Bundesgenosse geworden und wird als solcher von uns auch gebührend zitiert.
In seinem Kampf gegen die New Yorker Hochfinanz aber wandelt er eigene

> Bahnen. Sein Buch „Der internationale Jude“ soll beweisen, daß es vor allem die Juden seien, welche die Welt in den Abgrund führen, daß die Juden als Volk bewußt Kriege und Revolution, Krise und Preisaufblähung machen würden. Der Freiwirt weiß, daß Kriege vor allem der Ausfluß des, seit der christlichen Zeitrechnung geltenden Boden(un)rechtes sind, das auch von den allerchristlichsten Regierungen heilig gehalten wurde und wird.
> Eins ist richtig im Ford’schen Buch: Die Juden haben Jahrhunderte lang die Währungspolitik ganzer Völker beherrscht (Rothschild), beherrschen sie vielleicht heute noch (New York). Daß die Juden das Geldwesen durchschauen und lenken lernten, erklärt sich historisch. Es sind gerade die Christen, die das ursprünglich anders orientierte Volk zum Geldhandel gezwungen haben. Im Mittelalter beanspruchten die Christen alle ehrlichen Handwerke und Berufe für sich: der schmutzige und entehrende Beruf des Geldhändlers und Wechslers (Zinsverbot) wurde einzig den Juden überlassen. Wie darf ein Christ, wie Ford, es ihnen zum Vorwurf machen, daß sie es darin zur Meisterschaft gebracht haben? Für uns Volk baumelt es sich übrigens gleich angenehm am jüdischen, wie am christlichen Zinsgalgen. Nicht die Verruchtheit eines besonderen Volkes ist Schuld an der Gegenwart, es ist die Rückständigkeit der gesellschaftlichen Ordnung; die Barbarei der ganzen Menschheit.
> Ford zählt eine Menge Schandtaten der jüdischen Hochfinanz auf; sie werden wohl stimmen. Diese Juden handelten nur als ebenbürtige Genossen der christlichen Landräuber Gould, Vanderbildt, des bluttriefenden Menschenfreundes Carnegie, des Schuftes und Philantropen Morgan. Die Missetaten der Hochfinanz gliedern sich nicht in christliche und jüdische; es ist unterschiedslos der Sieg des Mammonismus über die Menschenseele. Ford hat Unrecht, einen Sündenbock zu konstruieren. Nicht die Juden sind zu bekämpfen, sondern die Machtmittel, die in jüdischen und christlichen Händen seit Jahrtausenden namenloses Unglück anrichten. Von der Zinsbürde frei, wird die Seele den Weg zum Guten finden.

Da es mir ja nicht um Propaganda für eine Person oder Sache geht, sei darauf hingewiesen, dass in ***Henry Ford / Mein Leben und Werk*** im Vorwort des Herausgebers Curt Thesing von 1923 in der dreißigsten Auflage folgendes zu lesen ist:

> Durch sein Prinzip der Dienstleistung, das heißt der Lieferung bestmöglicher Produkte zu niedrigsten Preisen bei gleichzeitiger Zahlung von Rekordlöhnen, durch seinen Grundsatz, sich mit kleinstem Gewinn zu begnügen, die Fabrik nicht in erster Linie als Geldheckmaschine, sondern als ein Institut, das eigentlich der Allgemeinheit gehört, aufzufassen und sich selbst nur als Verwalter anvertrauten Gutes, ist es ihm in zehn Jahren gelungen, die jährliche Produktion von Fordautomobilen von 18664 Wagen im Jahre 1909/10 auf 250000 Wagen im Jahre 1920/21 zu steigern und gleichzeitig den Verkaufspreis von 950 Dollar auf 355 Dollar zu senken. Die bis dahin im Geschäftsleben nie gekannte Verbilligung seiner Waren, die ständige Erhöhung der Löhne seiner Arbeiter und Angestellten, sein Kampf gegen das Bankwesen und die Ablehnung jedes Bankkredits haben Ford in den Kreisen der Bankiers und bei den Führern der großen Truste wohl zum

> bestgehaßten Manne gemacht.
>
> Ein anderer gegen ihn erhobener Vorwurf besteht in seinem angeblichen Antisemitismus. Sein Buch, „Der internationale Jude“, verleiht dieser Auffassung, liest man das Werk nur oberflächlich, eine gewisse Berechtigung. Trotzdem wäre es irrig, Ford als Antisemiten im landläufigen, übeln Sinne zu bezeichnen. Sein Kampf gilt nicht dem einzelnen Juden, noch der jüdischen Rasse, sondern nur gewissen sozialen und politischen Erscheinungen. Er hält es für eine Gefahr, daß die Banken und die Presse Amerikas zum größten Teil in jüdischen Händen sind, und würde es sicher für gleich verderblich halten, wenn derart lebenswichtige Institutionen ausschließlich von irgendeiner politischen Clique kontrolliert würden.

Wenn ich das richtig verstehe, ist Ford unterlaufen, was auch marxistisch orientierten Linken immer wieder unterläuft, die Fehler im System auf Personen zu übertragen, die im oder mit dem System arbeiten. Bei Ford waren es die Juden bei einem Teil der Linken waren oder sind es die Unternehmer. Hier zeigt sich einmal mehr, wie wichtig die Aufklärung über die Ursachen der Verwerfungen in der Ökonomie sind. Und noch etwas schreibt der Herausgeber von „Mein Leben ...“, das mit dem Wort von der „Lügenpresse“ von heute korrespondiert:

> So oft Ford mit einer neuen Geschäftsankündigung, die auch in Zeiten allgemeiner Preissteigerung regelmäßig in einer Preisherabsetzung seiner Waren bestand, an die Öffentlichkeit trat, hieß es in Wall Street und in der von dort abhängigen Presse: „Nun muß der Zusammenbruch der Ford-Gesellschaft erfolgen!“

oooooooooooooo

<u>Einschub 3</u> (Motive und Last meines Schreibens)

Am Anfang habe ich geschrieben: > Zu berücksichtigen ist dabei, dass ich kein Buch schreiben will, sondern höchstens eine überschaubare Broschüre. Bis zu 48 Seite hat eine Broschüre normalerweise – so habe ich es beim Nachschauen gelesen. < Auch wenn mein Schreiben zum großen Teil ein Zitieren ist, die 48 Seiten sind bald erreicht. Anfangs habe ich wochenlang das Thema in Teilen nebenbei gedanklich durch meinen Kopf gehen lassen, ohne eine Zeile niederzuschreiben. So wie ich mein Vorhaben realisiere müsste ich eigentlich meinem Schrieb die Überschrift geben: „*Tagebuch meiner täglichen Einfälle in einem bestimmten Zeitraum*“. Das ist aber nur richtig in Bezug auf die tägliche Auswahl meiner „Tagesthemen“. Die Botschaft, die der Text enthält, war mir schon vor Beginn der Niederschrift der ersten Zeile klar. Mein Schreiben hat für mich ja zwei Funktionen: a) Ich setze dem einseitigen – mir unzulänglich erscheinenden Informationsstrom etwas entgegen. Und b) Ich vermeide dadurch, an meinen eigenen Gedanken zu ersticken. Mir wird diese Art von Mitteilungsdrang aber zunehmend lästig. Heute Mittag habe ich wieder gemerkt, dass ein Spaziergang in der Sonne mir viel bekömmlicher ist, als am PC zu hocken. Andererseits hat mein medi-

tierendes Schreiben sicher eine gute Wirkung, fragt sich nur, ob auch für die Familie und Leser. Mir fällt dabei der verstorbene Verleger der Zeitschrift *Telos,* Will Noebe ein, der berichtet in > *Wie es wirklich war / 7 ½ Jahre politischer Gefangener des N.K.W.D. In Ostdeutschland und Sibirien* <, 1959, dass er zu den Zeiten, wo er kein Papier und kein Bleistift gehabt hätte in sein Gedächtnis geschrieben hat, um es hinterher seinen Mitgefangenen vorzutragen. Ich weiß nicht warum mir dieser Autor jetzt beim Schreiben des Einschubes 3 eingefallen ist. Vermutlich um mir selber klar zu machen, dass ich mich hier nicht wegen des eigenen Seelenheils bemühe, sondern weil wieder politische Zustände auf uns zukommen können, von denen wir glaubten, sie gehörten ein für alle mal der Vergangenheit an. Ich zitiere Noebe. Wenn ich mich richtig erinnere, ist der Liedtext durch sein Schreiben ins Gedächtnis entstanden.

> Nun, wir haben dem Tode hundertmal in die leeren Augenhöhlen geblickt und sind doch keine Realisten dieser Art geworden. Aber freilich, wir müssen den Mut und den Willen haben, neue Ursachen zu setzen, um die alten Wirkungen zu vermeiden. So lange nicht geistige Überlegenheit und Leistung zum Nutzen aller führen, sondern durch die in den Monopolen Geld und Boden begründeten ökonomischen Vorrechte Minderheiten über Mehrheiten herrschen – mag es sich um die neue herrschende Klasse in der SU oder um die alte in der freien Welt handeln -, wirken die alten Ursachen fort und führen zu den alten Wirkungen. Hier liegt die Entscheidung. Und sie muß bald getroffen werden, wenn es nicht zu spät sein soll für diese Menschheit.
>
> Wollen wir mit den Monopolen Geld und Boden sterben oder wollen wir ohne sie in Frieden, Recht und Freiheit leben? - das ist die Frage. Sie ist weder durch den Kommunismus noch durch den Kapitalismus zu beantworten, sondern nur durch die Überwindung beider in der Synthese zwischen persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.
>
> Dann erst beginnt das menschliche Leben.
>
> Wir glauben, daß diese notwendige Synthese zwischen Sozialismus und Individualismus, diese real-idealistische Weltanschauung das ist, was der Suchende unserer Zeit zu finden hofft. Wir glauben das nicht nur, weil die Wissenschaft uns recht gibt. Wir glauben es vor allem auch, weil es uns die Kraft gab, unsern Tod zu überleben.
>
> Das ist der Sinn. Aber auch anders kann er ausgesprochen werden. Nämlich so, wie ihn viele meiner Leidensgenossen empfanden, in einem kleinen, gänzlich unliterarischen Lied, das dennoch sagt, was gemeint ist, und tiefe Wirkungen ausübte. Daher will ich mit ihm schließen.
>
> An einem verzweiflungsvollen Tage in der Zelle 12 des NKWD-Kellerkerkers von Hohenschönhausen, an dem der Geistliche weinte und betete und die anderen fluchten, sagte jener große blonde Dr. B. Zu mir: „Will, wir sollten ein Lied haben!“
>
> Ich sah ihn verständnislos an. Ein Lied? War auch er schon...?
>
> Dann begriff ich. Wenn es möglich wäre, daß wir Sechs täglich, vielleicht zwischen dem Abendwasser und vor dem verfluchten Klingelzeichen, leise ein Lied sängen? Laut sagte ich: „Aber du weißt doch, daß Singen verboten ist!“
>
> „Leise“, meinte er, „leise wollen wir singen.“
>
> Ich dachte nach. Und wenn die da draußen trotz der Mauern auch das leise Singen hörten? Abhörgeräte schienen hier nicht vorhanden zu sein, sonst hätte man des

Spitzels nicht bedurft. Ja, und der? Dann kam ich auf einen Ausweg.

„Weißt du, Erich, wenn schon, dann muß es eine russische Melodie sein. Wenn sie dann etwas hören, denken sie, wir seien schon halb bei ihnen.“ Der Große nickte begeistert.

Ich wählte das Wolgalied Stenka Rasins, des russischen Volkshelden. Auf diese Melodie formte ich unser Lied. Es ist durch viele Zellen und manches Gefängnis gegangen. Es hat mich nach Sibirien begleitet und ist mit mir zurückgekehrt. Mancher, der es hörte, und lernte, lebt nicht mehr. Mancher, der noch lebt, ist verstrickt in persönliche Not und Sorgen, und doch hat alle, die es lernten, dies anspruchslose Lied aufgerichtet, weil es den Sinn aussprach, den Sinn ihres scheinbar sinnlos gewordenen Lebens. Es ist

Das Lied von Hohenschönhausen

Vor der Großstadt grauen Toren steht ein Haus
von rotem Stein; darin schließt man, weltverloren,
eurer Freiheit Kämpfer ein. Wirft in düster-nasse
Keller eure Männer, eure Frau'n, Doch ihr Hoffen
leuchtet heller über Not und Nacht und
Grau'n.

Gatten weinen um den Gatten, manche Mutter um
den Sohn. Und sie hausen wie die Ratten,
Menschenrecht zum bittern Hohn. Läßt die Welt
sie so verderben in des harten Häschers Hand?
Läßt man tatenlos sie sterben, unbeklagt und
unbekannt?

Laßt die Hoffnung euch nicht rauben, gut bleibt
gut und schlecht bleibt schlecht,

laßt uns unverrückbar glauben an die Freiheit
und das Recht. Noch in Ketten laßt
beschwören uns der Freiheit neuen Bund!
Alle Welt mag laut es hören, nur der Tod
schließt unsern Mund.

Und wenn wir der Freiheit fielen, so kommt einmal
doch der Tag, Da frei unsre Kinder spielen, wo
einst unser Kerker lag.

Im nachhinein ist mir eingefallen, dass der Vater unseres derzeitigen Bundespräsidenten Joachim Gauck auch in einer solchen Situation war. Ich habe in dem Buch „Winter im Sommer – Frühling im Herbst“ von Joachim Gauck nachgeschaut. Er schreibt auf der Seite 43 von seiner Lehrerin Frau Krause:

> So habe ich sie später auch zu Hause besucht und ihr Gedichte gezeigt, die mein Vater in seiner Gefängniszeit verfasst, auswendig gelernt und nach seiner Rückkehr niedergeschrieben hatte.

Ich habe dann hier nach geschaut, wo Joachim sen. Eingesperrt war: >Welche Rolle die Inhaftierung des Vaters für Gauck spielte <

http://www.focus.de/politik/deutschland/bundespraesident/tid-25151/focus-titel-der-einzige-gauck-biograf-erzaehlt-welche-rolle-die-inhaftierung-des-vaters-fuer-gauck-spielte_aid_718754.html

Dort steht:

> Es dauerte bis zum 20. Oktober 1955, bis Joachim Gauck das sibirische Straflager am Baikalsee verlassen durfte.

Ich habe dann noch einmal bei Will Noebe nachgeschaut. Dort steht auf der Seite 42:

> So gelangten wir, ein Zug des Elends und der Not, über Swerdlowsk, Nowosibirsk, Irkutsk nach sechs Wochen auf die uns zugedachte Lagertrasse Taischett. Sie liegt nordwestlich des Baikalsees in der sibirischen Taiga, rund 7000 km von Deutschland entfernt.

Das Gemeinsame von Gauck sen. Und Noebe ist das Lager in Sibirien und Lieder als Mittel zum Überleben. Denkbar sind noch mehr Gemeinsamkeiten. [18]

Einschub 3 Ende

oooooooooooooooooo

11.Tag: Morgengymnastik für den Kopf / Wir ernten, was wir säen

Gabor Steingart im Handelsblatt Morning Briefing [19] vom 27. 1. 2017

> Der CSU-Politiker und Rechtsanwalt **Peter Gauweiler** ist dafür bekannt, dass er nicht nur vor- und quer-, sondern vor allem nachdenkt. In seinem **Essay** für unsere Zeitung kommt er zu dem Ergebnis, dass der Westen am Entstehen des **islamischen Terrorismus** nicht so unschuldig ist, wie er sich

18 Ich habe Vorträge von Dr. Will Noebe in der Töpferei von Helma Klett in Fredelsloh am Solling und in Osterode am Harz gehört. An der Organisation in Fredelsloh war ich zusammen mit Ekkehard Lindner beteiligt. In Osterode war Hans Kühn nach meiner Erinnerung für die Organisation zuständig. H.K. hat mit seiner Schrift „5000 Jahre Kapitalismus“ Helmut Creutz – vermittelt durch den ehemaligen Bautzen-Insassen, Walter Michel - den Impuls für die Jahrzehnte dauernde Forschung über die Wirkung des Zinses gegeben. Siehe www.helmut-creutz.de

19 Die heutige Bürotechnik macht es möglich, den Empfänger eines Massenschreibens glauben zu lassen, dass er ganz persönlich gemeint sei. Beim Morning Briefing des Handelsblattes wird dem Empfänger suggeriert, er hätte es mit einer ausschließlich persönlichen Leistung des Herausgebers des Handelsblattes oder eines Redakteurs zu tun, dabei handelt es sich hier um die Leistung eines Teams. Werblich mag das klug erscheinen. In Wirklichkeit trägt es dazu bei, dass wir uns nur noch auf einem Feld der Lügen bewegen.

> fühlt: „Alle Militär-Interventionen für ‚**unsere Werte**' haben das Elend in den betreffenden Ländern erhöht, die Entstehung des Islamischen Staates ermöglicht, islamischen Terrorismus beflügelt und eine **Flüchtlingsbewegung** säkularen Ausmaßes provoziert." Unbedingt lesenswert. Prädikat klug und provokant.

Was heißt hier klug und provokant? Auch wenn der Westen (oder Deutschland oder die USA) nicht an allem schuld sind, was in der Welt geschieht und jedem Land, das Leid erträgt und zur Gewalt greift auch eine Eigenverantwortung hat, ist doch deutlich zu erkennen, dass der Westen heute erntet, was er gesät hat.

> 58 Prozent der Deutschen misstrauen der **Europäischen Zentralbank** und ihrer Politik der wundersamen Geldvermehrung. Einer der Misstrauischen ist **Bundesbankpräsident Weidmann**. Er sieht die Notenbank am Scheideweg, sie sei weniger Feuerwehr denn **Brandbeschleuniger**, legte er seinem Publikum bei einem Vortrag gestern Abend in **Berlin** nahe. **EZB-Präsident Mario Draghi** mag diese Art Kritik nicht sonderlich leiden. Die Geschlossenheit im EZB-Direktorium ist ihm wichtiger als die Stabilität unserer Währung. Andersrum wäre es unserem Land bekömmlicher. (HMB 27.1.17)

Das Misstrauen der Deutschen gegenüber der „wundersamen Geldvermehrung der Leitung der EZB und seinem Präsidenten, Mario Draghi, ist berechtigt. Auch wenn wir Draghi als einen Herrn der Finsternis sehen können, so haben wir keinen Grund, Bundesbankpräsident Jens Weidmann als Sonnenkönig der Aufklärung zu betrachten, denn er ist weit hinter seinem Soll als Aufklärer zurückgeblieben.

12. Tag: <u>Können Worte überhaupt noch helfen?</u> (Fortsetzung vom 9. Tag)

Ich bin im 3. Abschnitt > Weiter mit Anmerkungen zu aktuellen Berichten < mit dem HAZ-Gespräch > Können Worte überhaupt noch helfen? < Es geht da um ein Gespräch zwischen Margot Käßmann, Heinrich Bedford-Strohm, dem HAZ-Chefredakteur Hendrik Brandt und seiner Stellvertreterin Hannah Suppa. Das Gespräch beginnt so:

Im Anfang war …

> *Heinrich Bedford-Strohm:* ... das Wort. Was sonst …

Margot Käßmann: Ich kann da sofort zustimmen. Aber es gibt ja noch Goethes schönen Versuch, das Evangelium an der Stelle weiter zu übersetzen: Das Wort, die Kraft – und am Ende die Tat.

Gibt es nicht auch Situationen, in denen Worte nicht mehr helfen? Was kann man Menschen sinnvoll sagen, deren Angehörige bei einem Anschlag auf einem Weihnachtsmarkt getötet werden?

Bedford-Strohm: Aus meiner Zeit als Notfall-Seelsorger weiß ich, dass vorschnelle Trostworte oft als billig empfunden werden.

Käßmann: Ja, manchmal können wir angesichts von Leid nur miteinander schweigen, weinen, uns in den Arm nehmen und trösten.

Wie weiter oben zu lesen ist, bin ich dort nur auf Thema *Luther und seine Einschätzung der Juden* eingegangen, weil ich an der Stelle keine Antwort auf meine Frage fand, ob eine gesellschaftliche Situation (oder das Verhältnis zwischen einzelnen Menschen) von der Sprache gestaltet wird oder ob der angewendete Sprachstil der Ausdruck des jeweiligen gesellschaftlichen Zustandes ist? Ich denke, dass hier eine Wechselwirkung besteht. Die Sprache ist das wesentliche Instrument, um unsere Gesellschaft human zu gestalten, misslingt das und wir können das gesellschaftliche Geschehen nicht mehr verstehen, fangen wir an zu schreien oder ziehen uns aus der öffentlichen Kommunikation in unser individuelles Schneckenhaus zurück, in dem wir mit Selbstgesprächen für eine Zeit lang auskommen. Wir müssen uns alle nur selbst beobachten und uns bewusst werden, wann wir im persönlichen Umgang sprachlich laut, aggressiv oder auch stumm werden. Es sind doch Situationen, in denen wir Angst haben, uns ungerecht behandelt fühlen, wo wir das Empfinden haben, der Andere will uns nicht verstehen. Eine aggressive Sprache oder das Verstummen sind so gesehen Abwehrreaktionen, die emotional ausgelöst werden. Eine angstbesetzte aggressive Sprache findet aber keine Befriedigung darin, in einem schallschluckenden Raum zu sprechen. Sie sucht einen Adressaten, das kann im Privaten der Partner sein oder wenn es um die Gesellschaft geht, sind die Politiker, die Unternehmer, die Kommunisten, die Juden, die Flüchtlinge oder die Neoliberalen die Zielscheibe für die Ableitung von Gefühlen der Bedrohung. Es besteht dann die Gefahr, dass der jeweilige gesellschaftliche Zustand und die durch die Angst verrohte Sprache sich gegenseitig aufschaukeln. Wenn meine Überlegungen richtig sind, dann ist dieser Prozess nur schwer zu stoppen, weil unserer Sprache die Wahrhaftigkeit und Verständlichkeit abhanden gekommen ist. Der Mangel an Wahrhaftigkeit wird gut mit dem Begriff

Politikersprech ausgedrückt, man erlebt diesen aber auch, wenn sich Interessenvertreter der Gewerkschaften, der Unternehmensverbände zu Wort melden oder wenn man einer dieser standardisierten Predigten bei einer Beerdigung zuhört.

In einem Interwiew von Ronald Meyer-Arlt mit dem Vorsitzenden der Gesellschaft für deutsche Sprache, Professor für Germanische Linguistik, Peter Schlobinski werden in der HAZ vom 23. 1. 2017 der Jargon der Betroffenheit und die Grenzen der Sprache thematisiert. Die Echtheit der Betroffenheit verschleißt sich auch durch die mediale Wiederholung. Die Verständlichkeit der Sprache leidet nicht nur durch die Verfremdung der Fülle von fremdsprachlichen Elemente, sondern auch durch die vielen durch die Informationstechnologie gebildeten Begriffe. Ich, der ich einsprachig aufgewachsen bin, komme mir am eigenen Familientisch manchmal schon als Ausgeschlossener vor.[20] Ein wesentlicher Teil der Unverständlichkeit der Sprache kommt auch daher, dass unsere Gesellschaft ihr Heil in die Kompliziertheit ihre Institutionen und Strukturen sucht. Dieser Prozess wird so beschrieben, als sei er naturgesetzlich, dabei ist er Ausdruck der ordnungsgestalterischen Denkfaulheit und der Eitelkeit der Akteure in den Parlamenten und Ämtern, die sich damit schmücken, der Kompliziertheit noch eine Wendung mehr hinzugefügt zu haben. Sie fühlen sich als Reformer und sind in Wirklichkeit Gesellschaftszerstörer, weil jede Komplizierung eine für die Allgemeinheit unverständliche Sprache bedarf, die nur Spezialisten zugänglich ist und dadurch das vereinende Band der Sprache zerschneidet.

In der Ausgabe „Winter 2016/17“ von > Deutsch Sprachwelt <, eine Plattform des Vereins für Sprachpflege, lautet die Schlagzeile auf der Titelseite „*Verroht unsere Sprache? / Deutschland im Spannungsfeld zwischen 'Hassreden' und politisch korrekter Sprache*“ Ich empfinde den Artikel von Thomas Paulwitz als gelungen. Ich gebe zweieinhalb Absätze wieder:

> Einen dramatischen Aufruf haben bayerische Lehrer im Juni 2016 an die Öffentlichkeit gerichtet: „Wir erleben eine Aggressivität, eine Sprache des Hasses, der Geringschätzung und Diskriminierung, persönliche Beleidigungen, bewußte Kränkungen und Ausgrenzung in Wort und Handeln. Diese Verrohung des Umgangs miteinander wirkt sich auch auf unsere Kinder und Jugendlichen aus. Als Lehrerinnen und Lehrer, die täglich mit allen Kindern und Jugendlichen dieser Gesellschaft arbeiten, sehen wir uns deshalb in der Pflicht, auf diese Entwicklung hinzuweisen und ihr entgegenzuwirken.“

20 Verstärkt wird das dadurch, dass ich inzwischen schwerhörig bin.

> Der Bayerische Lehrerverband BLLV hat recht. Der Umgangston wird seit Jahren rauher, nicht nur an deutschen Schulen, sondern auch auf den Marktplätzen des Netzes, in den sogenannten Sozialen Netzwerken. Die Flüchtlingskrise hat das noch verstärkt. „Wo bisher sachliche Diskussionen die Regel waren, werden heute nicht selten begründete Argumente durch Haßtiraden, Polemiken und Wutausbrüche ersetzt“, klagt der ehemalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe (SPD).
>
> Auf das Phänomen der Verrohung finden Verantwortliche in Presse und Politik zwei gegensätzliche Antworten. Die einen schließen sich der verrohten Sprache an, die anderen verwässern die Sprache.

Ist das, was da beschrieben wird, nicht auch ein Ausdruck des Zustandes unserer Gesellschaft? Und diesen Zustand kann man nicht durch das Drehen eines Rädchens korrigieren, weil er das Ergebnis einer langen Entwicklung ist. Diese wurde durch die Lügenhaftigkeit unser Sprache bewirkt. Der Hauptproduzent der lügenden Sprache ist dabei die Ökonomie, die ihren höchsten Ausdruck in dem Werbespruch „Lasse Dein Geld für Dich arbeiten“ findet. Mit dem Werbespruch wird arbeitsloses Einkommen (der Bezug von ökonomischen Renten) als Leistungseinkommen deklariert.

In Bezug auf die Schule kommt hinzu, die große Verunsicherung der Eltern und der Lehrer, wie denn die Kinder eigentlich erzogen werden sollen und dürfen. Die Schulen sind ja kein Ort der Freiheit, wo die Extrempositionen der Erziehung nach der Mitte hin austariert werden kann. Die Eltern sind keine große Hilfe, weil sie von ihrer Über- oder Unterforderung, von der Arbeitslosigkeit oder einem zu geringen Einkommen gestresst sind. Die Lehrer müssen in einem Zwangskorsett bestehend aus Gesetzen, Verordnungen, dem Spannungsfeld, das die Notengebung und die Erwartungshaltung der Gesellschaft erzeugt, agieren. Der Status der Erziehenden und Lehrenden hat natürlich seine Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen, die sich dann auf ihre Weise Luft verschaffen. Ich bin ja hauptsächlich im Krieg zur Schule gegangen. In der Schule hatte der Lehrer – der eine Respektsperson war – uns auch mit Prügel – die gesellschaftlich anerkannt waren – im Griff. Aber nach dem verkürzten Schulbesuch haben wir die Unterdrückung unserer natürlichen Regungen dadurch ausgeglichen, dass wir wie die Erwachsenen Krieg gespielt haben und dabei sehr ruppig waren. Als der Krieg dann vorbei war, konnten die alten Lehrer ihre Position noch halten, aber schon beim ersten Junglehrer wurde ihm der Respekt verweigert, obwohl er ihn verdient gehabt hätte, weil er eine Bereicherung für uns war. Er war das Ventil für unsere Unterwerfung gegen gewachsene Autoritäten. Umbrüche und Verunsicherungen in der Gesellschaft übertra-

gen sich auf die Erziehung und die Schule. Staatlich verordnete Schulpläne und Berechtigungen helfen da wenig. Die Drohung mit dem Strafgesetzbuch ist da viel zu abstakt. Ich habe in Erinnerung, dass es nach dem Krieg in den Dörfern meines jugendlichen Umfeldes fast keine festliche Veranstaltung gab, wo es nicht wenigstens zu einer Rangelei bis hin zur Saalschlacht kam. Die Anlässe waren meist geringfügig, aber die antrainierte Angriffs-Aggression [21] war noch voll wirksam. Ich denke, auch hier wird der Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Zustand und dem Verhalten der Individuen deutlich. Wenn wir heute wieder eine Verrohung der Sprache zu verzeichnen haben, dann ist das ein Ausdruck von Gehrungsprozessen in der Gesellschaft, die ausgelöst wurden von dem, was in der Vergangenheit nach dem Zweiten Weltkrieg falsch gemacht wurde. Es müssten weniger die kritisiert werden, die die verrohte Sprache anwenden, sondern vielmehr diejenigen – die im Wohlgefühl, die Guten zu sein – die Zustände herbeigeführt haben, auf denen reagiert wird.

Vielmehr als bisher müsste uns bewusst werden, dass die Sprache ein politisches Instrument ist, dass sowohl Gutes wie Böses auslösen kann und immer der Gefahr der Missdeutung ausgesetzt ist. Ich habe eine ganze Weile die „Darmstädter Blätter – Wir lesen für Sie“ bezogen. Darüber ist im Netz, im Stadtlexikon Darmstadt zu lesen:

> **Darmstädter Blätter**
>
> Die Vorlesungen Eugen Kogons an der TH Darmstadt (TU Darmstadt) in der Zeit von 1951 bis 1968 gaben den Anstoß zum Erscheinen der „Darmstädter Blätter – Wir lesen für Sie“, die ab November 1956 erst monatlich (zunächst als Sonderausgabe der Studentenzeitung), dann jeweils für zwei Monate erschienen, zuletzt mit dem Untertitel „für kulturelle Evolution“. Herausgeber der Publikationen war die Studentenschaft der TH Darmstadt in Zusammenarbeit mit dem Verleger Günther Schwarz, der zum Schluss die Zeitschrift im Selbstverlag publizierte. Sie erreichte ein Lesepublikum in rund 30 Ländern der Erde. Die Darmstädter Blätter fassten Nachdrucke aus verschiedenen deutschen und ausländischen Büchern über politische, soziologische, pädagogische und sprachphilosophische Fragen, die sich für Frieden und Völkerverständigung einsetzten, zusammen. [Dotzert, Roland]
>
> http://www.darmstadt-stadtlexikon.de/d/darmstaedter-blaetter.html

Es muss Anfang der 70er Jahre gewesen sein, als Günther Schwarz die Bücher „Semantik / Sprache im Denken und Handeln von S.I. Hayakawa, und die Sammelbände „Wort und Wirklichkeit / Beiträge zur Allgemeinen Semantik“ I und II aus dem Amerikanischen übersetzte und veröffentlichte. Ich habe mir die Bände angeschafft, weil mich das Thema interes-

21 Ich sage Angriffs-Aggression, um die dekonstruktive von der positiven Form der Aggression – auf die wir als Antrieb nicht verzichten können – zu unterscheiden.

sierte. Ich dachte nun, ich sei nie so richtig zum Lesen darin gekommen. Jetzt, wo ich sie in die Hand nehme, stelle ich anhand von Markierungen fest, dass ich wohl mehr darin gelesen habe, wie ich in Erinnerung hatte. Gelesenes, Gehörtes und Erlebtes wird wohl häufiger zum Bestandteil des eigenen Denkens, wie einem selbst bewusst ist. Mancher Gedanke, den man ganz als den eigenen empfindet, hat letztlich doch seinen Ursprung in einer von anderen aufgenommen Erkenntnis. Ich bringe ein paar Zitate als „Einschub“ um zu zeigen, worum es geht. Bei den beiden Sammelbänden hat Hayakawa nur das Vorwort geschrieben.

oooooooooooooooo

Einschub 4 (Worte: Werkzeug für Krieg und Frieden)

Im Band von Hayakawa stellt Günther Schwarz das Anliegen des Buches so vor:
Das WORT kann als WERKZEUG zum KRIEG wie zum FRIEDEN gebraucht werden. Es bedarf verbreiteter Kenntnis der Semantik, der Wissenschaft vom menschlichen Zusammenleben mittels der Sprache, wenn das Eine verhindert, das Andere gefördert werden soll. G. S.

Es ist von äußerster Wichtigkeit die vorsymbolischen Elemente zu verstehen, die in unserer Alltagssprache vorhanden sind. Wir können unsere Alltagssprache nicht darauf beschränken, Tatsacheninformationen zu geben; wir können uns nicht streng auf Feststellungen beschränken, die buchstäblich wahr sind, sonst würden wir oft unfähig sein, auch nur zu sagen "Ich freue mich, Sie zu sehen", wenn es die Gelegenheit erfordert. Die intellektuell extrem Anspruchsvollen sagen uns oft, daß wir sagen sollten, was wir meinten und meinen sollten, was wir sagen und nur reden sollten, wenn wir etwas zu sagen haben. Dies sind aber unmögliche Vorschriften.
Ungebildete Leute wissen gewöhnlich mehr von der Existenz der vorsymbolischen Verwendungen der Sprache (da sie die Dinge oft intuitiv erfassen) als Gebildete. Die Gebildeten hören oft der oberflächlichen Unterhaltung beim 5-Uhr-Tee und Empfängen zu und schließen aus der Trivialität der Unterhaltung, daß alle die Gäste, sie selbst ausgenommen, Narren sind. Wenn sie entdecken, daß Leute oft aus Gottesdiensten ohne irgend eine klare Erinnerung an die Predigt herauskommen, dann schließen sie, daß die Kirchgänger entweder Narren oder Heuchler sind. Wenn sie politische Reden zuhören, dann wundern sie sich vielleicht darüber, "wie irgend jemand solchen Quatsch glauben kann", und schließen dann, daß die Leute im allgemeinen unintelligent und zur Demokratie nicht fähig sind. Fast alle solchen düsteren Schlußfolgerungen über die Dummheit oder Heuchelei unserer Freunde und Nachbarn lassen sich nicht rechtfertigen, weil sie gewöhnlich daraus entstehen, daß die Eigentümlichkeiten der symbolischen Sprache auf linguistische Vorgänge angewendet werden, die entweder teilweise oder ganz vorsymbolischen Charakter haben.(Hayakawa, S. 95 f.)

Die Bedeutung von Worten ändert sich von einem Sprechenden zum anderen und von einem Zusammenhang zum anderen, wie wir gesehen haben. Die Wörter "japs" und "nigger" zum Beispiel werden manchmal mit keiner Absicht zu beleidigen, gebraucht, obwohl beide oft als eine Benennung und Beleidigung verwandt werden. In einigen Gesellschaftsklassen und in einigen geographischen Gebieten gibt es Leute, die kein anderes Wort für Japaner kennen, und in anderen Gebieten gibt es Leute, die kein anderes Wort für Neger kennen. Gefühle werden oft unnötig verletzt, wenn man die regionalen und Klassendifferenzen des Dialekts nicht kennt. Diejenigen, die des Glaubens sind, daß die Bedeutung eines Wortes IN DEM WORT liegen, verstehen oft diesen einfachen Unterschied im Gebrauch nicht. Zum Beispiel pflegte eine ältere japanische Frau aus der Bekanntschaft des Verfassers sich bei der Erwähnung des Wortes "japs"

aufzuregen, selbst wenn es in einem harmlosen oder anerkennenden Zusammenhang gebraucht wurde. "Immer wenn ich das Wort höre", pflegte sie zu sagen, "fühle ich mich ganz beschmutzt".
Das Wort "nigger" hat eine ähnliche Wirkung auf die meisten Neger. Ein hervorragender Neger-Soziologe erzählte von einem Vorfall in seiner Jugend, als er per Anhalter weit von seiner Heimat entfernt, in Gebieten reiste, wo Neger kaum je gesehen werden. Er war mit einem außerordentlich freundlichen weißen Paar befreundet, das ihn ernährte und ihm einen Schlafplatz in ihrer Wohnung gab. Indessen nannten sie ihn immer "kleiner nigger" – eine Tatsache, die ihn tief kränkte, obwohl er für ihre Freundlichkeit dankbar war.

Schließlich faßte er den Mut, den Mann zu bitten, ihn nicht mit jenem "beleidigenden Ausdruck" zu rufen.

> "Wer beleidigt dich denn, mein Sohn?", sagte der Mann.
>
> "Sie sind es, Herr - der Name, mit dem sie mich immer rufen".
>
> "Was für ein Name?"
>
> "Oh ... Sie wissen doch".
>
> "Ich beschimpfe dich doch nicht, Sohn".
>
> "Ich meine, daß Sie mich 'Nigger' rufen".
>
> "Nun, was ist dabei beleidigend? Du bist ein Nigger, nicht wahr?"

Als der Soziologe jetzt diese Geschichte erzählte, meinte er, "damals fiel mir keine Antwort ein, und ich bin nicht sicher, ob ich heute eine finden würde".
Falls der Soziologe dieses Buch liest, sind wir so glücklich, ihm eine Antwort geben zu können, obwohl inzwischen fünfundzwanzig Jahre vergangen sein mögen. Er hätte zu seinem Wohltäter sagen können, "Herr, in dem Teil des Landes, aus dem ich komme, nennen weiße Leute, die farbige Leute mit Achtung behandeln, sie "Neger", während diejenigen, die ihre Verachtung für Farbige zeigen wollen, sie "Nigger' nennen. Ich hoffe, letzteres ist nicht ihre Absicht'. Und der Mann hätte antworten können, wenn er in Gedanken ebenso freundlich gewesen ist, wie In seinem Handeln, "Ach, was du nicht sagst! Es tut mir leid, daß ich deine Gefühle verletzte, Sohn, aber ich wußte es nicht". Und damit wäre die Sache erledigt gewesen. (Hayakawa, S. 110 f.)

Ich glaube, daß auch der Schullehrplan revisionsbedürftig ist und man auf die Interdependenz der Menschen mehr Nachdruck legen müßte. Zwar trifft es zu, daß im Sozialkundeunterricht oft darauf hingewiesen wird, daß Nationen miteinander Handel treiben, aber oft wird die Schlußfolgerung gezogen, daß Länder, welche die weiteste Skala von Gütern für sich selbst herstellen können, die „besten“ Länder sind und daß Länder, die abhängiger sind, irgendwie „unterlegener“ sind. Der Geschichtsunterricht läßt oft eine große Lücke, wenn die Bedeutung und die wesentliche Beziehung zwischen früheren Leistungen und unserem heutigen Lebensweg außer Betracht gelassen wird. Es genügt nicht, etwas über die faszinierenden Werkzeuge und Gebräuche vergangener Zivilisationen zu lernen. Wichtiger ist es, zu zeigen, daß, was früher geleistet wurde, ein Teil eines Entwicklungsprozesses ist, eines Prozesses, von dem wir alle die Nutznießer oder die Opfer sind. Alles was wir in der Gegenwart tun, wird gleicherweise jene, die nach uns kommen, fördern oder benachteiligen. Mit vielen Lehren dieser Art haben, glaube ich, Kinder eine echte Chance, einen realistischen Sinn für Verantwortlichkeit zu entwickeln.

Ich möchte noch eine andere Anregung geben. Lassen Sie uns unser Erziehungssystem dazu benutzen, auf die Tatsache nachdrücklich hinzuweisen, daß wir alle von den Leistungen aller Art Leute abhängig sind. Zuviel Zeit wird in Schulen darauf verwendet,den einmaligen Helden, den großen Führer, den außerordentlichen Erfinder, das künstlerische Genie aufs Podest zu stellen. Was ist mit den Beiträgen der gewöhnlichen Menschen, selbst der Versehrten und der Zurückgebliebenen? Wird es unseren Schulkindern klar, daß ohne diese es keine große Helden

geben könnte, daß ohne Gefolgsleute es keine Führer geben könnte, ohne Schüler keine Lehrer, ohne Neurotiker keine Therapeuten, ohne Straßenarbeiter keine Autokonstrukteure? Um zusammenzufassen: Allgemeine Semantik hat einen großen Beitrag dazu zu leisten, der Menschenrasse zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen. Ich glaube, unser Erziehungssystem kann und wird in zunehmendem Maße Allgemeine Semantik für dieses Ziel benutzen, weil Allgemeine Semantik Züge hat, die sie *für* Erzieher sehr annehmbar macht. Sie ist akademisch genug für die meisten Buchgelehrten, wissenschaftlich genug für die meisten kritischen Rationalisten und realistisch genug für die meisten lebensnahen Pragmatiker. (Wort und Wirklichkeit, Bd. I, „Allgmeine Semantik und die Zukunft der Erziehung“ von Rache M. Lauer, S. 166 f.)

DAS VOLLFUNKTIONIERENDE ICH von Earl C. Kelley +

Bei einer Diskussion über das Ich ist es vielleicht nützlich, daß wir so genau als möglich zu sagen versuchen, worüber wir eigentlich sprechen wollen. Wir tun dies auf die Gefahr, daß wir mit der Ankündigung „Wir wollen es mal definieren“ das Gespräch abwürgen; denn eben an diesem Punkt hat schon manche Diskussion ihr jähes Ende gefunden.

Das Ich besteht - zum mindesten teilweise - auf dem angesammelten Grundstock von Erfahrungen, die das Ich gemacht hat. Das Ich ist das, was seit seinem Eintritt ins Leben auf der einmaligen biologischen Anlage des Individuums durch ganz persönliche Erfahrungen und nach ganz persönlichen Zwecken gewachsen ist. Demnach ist das Ich auf ureigene Weise dem Menschen zugeordnet. Dieses Ich wächst fast ausschließlich, wenn nicht ganz ausschließlich, in der Wechselbeziehung zu andern heran. Wenn auch das Neugeborene alle Anlagen für die Entwicklung seines Ichs besitzt, so ist doch offenkundig, daß sein Ich sich nicht ohne die anderen entwickeln kann. Eine funktionierende Großhirnrinde allein reicht dazu eben nicht aus; vielmehr ist eine dauernde Wechselbeziehung zwischen dem Individuum und den anderen unerläßlich. Eine Sprache z. B. könnte ohne soziale Beziehungen zwischen Individuen nicht entstehen. Daraus kann man schon ableiten, daß der Mensch unmöglich etwas anderes sein kann als ein soziales Wesen. Das Ich muß sich vollenden; es ist nicht einfach gegeben. Was das Ich mitbekommt, ist nur die Ausrüstung und wenigstens die engste soziale Umwelt, Mutter und Kind. Da das Ich sich nur über soziale Kontakte bildet, muß es aus der Blickrichtung der andern verstanden werden. „Das Ich und die andern“ ist dabei kein Dualismus, da beide so eng zusammengehören, daß eine Trennung undenkbar ist.

Das Ich besteht aus einem Gewebe von zusammengetragenen Erfahrungen aus einem ganzen Leben. Man kann daher leicht einsehen, daß ein großer Teil des Ich in das Unterbewußtsein verwiesen oder „vergessen“ worden ist. Dies bedeutet nicht, daß die früheren Erfahrungen verloren gegangen sind. Es bedeutet nur, daß sie nicht ohne weiteres ins Bewußtsein gehoben werden können. Wir müssen feststellen, daß der unterbewußte Teil des Ich zu seinem Wohl oder Wehe funktioniert - je nach der Art seiner Erfahrungen. ... (Wort und Wirklichkeit Band II, S. 218 f.)

Einschub 4 Ende

oooooooooooooooooooooo

13.Tag: Gedenksteine, Straßennamen, Schul-Namen und NS-Symbole

In der HAZ-Regionalseite für Wunstorf ist am 13. 1. 2017 ist die Schlagzeile zu lesen: „Rasche will Miegel-Stein im Lager lassen“. Man findet heute, dass die Heimatdichterin Nutznießerin des NS-Systems war. In der gleichen Ausgabe der HAZ ist unter Seelze zu lessen, dass man Bedenken hat, eine Schule nach Brecht zu benennen, weil er das DDR-System unterstützt hat. In der HAZ vom 27. 1. 2017 wird auf den Seiten Kultur & Leben berichtet unter der Schlagzeile „Blechschaden in Wolfsburg“ Ronald Meyer-Arlt u.a.:
Blechschaden in Wolfsburg

> Flatz liebt es bunt. 2001 hat der Performancekünstler einen abgehäuteten, kopflosen Kuhkadaver von einem Hubschrauber abwerfen lassen. Es gab Protest. Einigen ist die Kunst des ehemaligen Documenta-Künstlers auch jetzt noch zu bunt. Aus Angst vor Missverständnissen hat die IG-Metall eine von Flatz gestaltete Haube eines VW-Käfers aus einer Ausstellung mit anderen Motorhauben entfernt. Der Künstler hat – ein zarter Hinweis auf die Vergangenheit des Autoherstellers – ein Hakenkreuz auf die Haube gemalt. Die Gewerkschafter sagen, die Haube sei entfernt worden, weil man noch eine Infotafel anbringen wollte, die die Sache mit dem Hakenkreuz erklärt.

Aber bevor die Gewerkschafter ihre Bedenken verarbeitet haben, hat das Kunstmuseum Wolfsburg der Haube Asyl angeboten.
In Hannover und anderswo war und ist man fleißig dabei, Straßennamen zu ändern, die nach Personen benannt sind, bei der man heute belastendes Material gefunden hat, die auf die Verwicklung der jeweiligen Namensgeber in das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus oder in Kolonialismus des deutschen Staat verweisen. Den ersten niedersächsischen Ministerpräsidenten, Hinrich Wilhelm Kopf, hat es auch getroffen. Ich finde diese Beckmesserei kleinkariert und ich vermute, dass sie das Gegenteil von dem bewirkt, was sie bewirken soll. Vor allem ist es eine Illusion, auf diese Weise unsere Gesellschaft davor behüten zu können, politisch nach rechts abdriften zu können. Auch Lichterketten gegen rechts sind eher eine Demonstration, mit der gezeigt wird, dass man selber zu den Guten gehört, und sie sind kein Mittel die Gesellschaft auf den Pfad der Tugend zu halten, wenn das Ehrlich- und Gutsein sich nicht lohnt. Auch die Verbote von Nazi-Symbolen bescheinigen diesen eine magische Macht, die sie nicht haben. Symbole erzeugen keine Bewegungen, sondern Bewegun-

gen suchen sich die Symbole als Erkennungszeichen. So war es auch bei den Nationalsozialisten mit dem Hakenkreuz, mit der Sonnenblume der Grünen, die Taube oder das Peace-Zeichen der Friedensbewegung[22]. Symbole haben schon ihre Kraft, aber sie folgen den Bewegungen und verursachen sie nicht. Der Schauspieler Victor de Kowa hat in den frühen 50-gern des vorriegen Jahrhunders einen Vortrag als kleines Büchlein veröffentlicht. Es heißt „Ich kann nicht anders / Bekenntnis und Vorschlag". Er wirbt dort in Anbetracht der damals nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehenden neuen Gefahr durch die Ost-West-Konfrontation für eine Friedensbewegung, die sich durch ein aus den Buchstaben PAX gebildetes Abzeichen sichtbar machen sollte. Er erhoffte sich den gleichen Effekt, den die Nationalsozialisten mit dem Hakenkreuz am Revers gehabt haben und beschreibt den Vorgang wie folgt:

> Vor zwanzig Jahren fuhr ich auf einem kleinen Wannseedampfer. Ich stand dicht zusammengedrängt mit 150 Menschen. Und einer war dabei, der trug an seinem Rockaufschlag ein Abzeichen. Ich hatte es nie gesehen. Es sah aus wie ein Bonbon. Ich erkundigte mich danach. Es kam die Auskunft, daß es das Abzeichen einer neuen Partei sei. Die schiebe vor allem alles Unglück in der Welt den Juden in die Schuhe. Hauptziel dieser Organisation sei deshalb, die jüdische Rasse auszurotten. Wir mußten zugeben, daß das Abzeichen-Tragen des Mannes eine Art Mut war. Stand er doch da ganz alleine. Ohne Vorder-und Hinter- und Nebenmann war er mitten unter uns. Und gab allen Menschen um sich herum zu verstehen, was er für ungeheuerliche Absichten habe. Jahre später fuhren wir wieder auf dem überfüllten Dampfer. Von den 150 Passagieren trug nicht mehr nur einer das Abzeichen. Es waren bereits über 100 geworden. Sie alle erkannten sich schon. Der Eine war nicht mehr allein. Er hatte jetzt Vorder-, Hinter- und Nebenmänner. Sie waren jetzt eine große Gemeinschaft. Sie waren laut. Der einzelne brauchte keine Angst mehr zu haben, seine Meinung zu äußern. Es gehörte gar kein Mut mehr dazu. Die, die einer Meinung waren, erkannten sich jetzt. Jetzt konnten sie, und auch wir, sehen, daß sie eine Macht darstellten. Sie hatten ihre Meinung sichtbar gemacht! Mit einem Mal waren sie sich der Macht der Zahl bewußt. Sie waren die größte Partei. Sie konnten die Macht im Staate ergreifen. Sie herrschten mit denen zusammen, die sie erkannten. Sie brauchten keine Angst mehr zu haben. (S. 9 f.)

Den Verstärkungseffekt von Abzeichen, den de Kowa beschreibt, gibt es wohl, aber nur so lange wie die Idee, das Ziel oder das Programm, auf das sie hinweisen, ihren Widerhall in den Köpfen der Abzeichenträger hat. Wäre es anders, hätte es nach der Zeit der Hakenkreuz-

22 "Peace"-Zeichen-Erfinder Holtom, der während des Zweiten Weltkriegs den Waffendienst aus Gewissensgründen verweigert hatte, bediente sich dafür beim internationalen Flaggenalphabet der Seefahrt: Die stilisierten Buchstaben "N" und "D" legte er für die Bezeichnung "Nuclear Disarmament" (Nukleare Abrüstung) übereinander. Der Kreis steht für den Erdball. http://friedenspaedagogik.de/blog/2008/das-peace-zeichen-wird-50-jahre-alt/

träger auf den Straßen und Plätzen nur so wimmeln müssen von PAX-Abzeichenträgern. Die Werbeleute für Markenartikel müssten dazu auch Brauchbares sagen können. Unabhängig von solchen Überlegungen ist eine Gesellschaft, die sich als freiheitliche versteht, keine, die es zu ihrem Erhalt nötig hat, Zeichen, die auf ein totalitäres System hinweisen, zu verbieten, keine freiheitliche.

Straßennamen und Namen für Schulen sind ein Problem für sich, weil die Namensgebung bestenfalls den Bildungs- und Interessenstand der beschließenden Gremien wiedergibt. Wenn es sich um Namen von Personen handelt, kann es passieren, dass die Menschen, die dort leben oder zur Schule gehen, nichts mit den Namen anfangen können oder der Folgegenerationen bedeutet er nur soviel wie eine x-beliebige Zahlenreihe. Zudem ändern sich die Bewertung von Personen im Laufe der Zeit. Von daher gesehen ist es zweckmäßig für Straßen- und Schulnamen keine Personen zu wählen. Das zweckmäßigste wäre aber wohl nicht die schönste Benennung, nämlich wenn die Postleitzahl mit einer Ergänzungsziffer für jede Straße und Schule versehen werden würde. Wenn jede Kommune, die ein kleines Gewerbegebiet einrichtet, die Straßen nach Bosch und Siemens benennt, dann ist das schon eine Einfaltlosigkeit, die weh tut. Was mich aufregt an den Aktionen der heutigen Denkmalstürmer und Namensverweigerer ist, dass da Leute urteilen, die noch nie unter Bedingungen wie in der Zeit des Nationalsozialismus oder in der Zeit der Herrschaft der SED werten und handeln mussten. Wenn ein Regierungssystem zu Ende ist, lässt sich leicht urteilen, was alles falsch war, wenn man es vor sich hat, sieht die Sache anderes aus. Denken und Handeln ist nicht ohne Risiko des Irrens möglich. Und wenn heute Personennamen aus der jüngsten Geschichte gewählt werden, dann werden die Beckmesser von morgen kommen und nachweisen, dass diese auch Dreck am Stecken haben und durch Versagen als Mandatsträger oder Amtsinhaber an dem Massensterben durch Hunger und Krieg in unserer Zeit ihre Schuld auf sich geladen haben. Ich habe es schon in einem anderen Text zitiert. Jean Ziegler schreibt in „Die neuen Herren der Welt und ihre globalen Widersacher“, 2002, auf der Seite 104:

> Hunger, Seuchen, Durst und armutsbedingte Lokalkonflikte zerstören jedes Jahr fast genauso viele Männer, Frauen und Kinder wie der Zweite Weltkrieg in sechs Jahren. Für die Menschen der Dritten Welt ist der Dritte Weltkrieg unzweifelhaft in vollem Gang.

Ähnliche Zahlen findet man auch bei anderen Autoren. Ziegler benennt aber nicht das große Konfliktpotential, das bei dem heutigen Bodenrecht in der Verwertung der Bodenschätze liegt. Neulich las ich einen Artikel, in dem es hieß, dass Obama den Krieg als politisches

Mittel ausschlösse, nur in zwei Situationen gäbe es eine Ausnahme. Die eine, die ich mir gemerkt habe, war eine Sperre zum Zugang zum Öl. Ich habe den Text nicht mehr gefunden. Beim Suchen im Netz stieß ich u.a. auf folgenden Text:

> Marc Röhlig
>
> Das Weiße Haus hat zum Jubiläum keine Pressemitteilung veröffentlicht – und auch **US-Präsident Barack Obama** twitterte lieber mal nichts. Es gab auch wenig zu feiern: Seit dem 6. Mai ist Barack Obama offiziell der US-Präsident mit den meisten Kriegstagen, das berichtet die "New York Times".
>
> Die USA führten unter der Regierung Obamas seit dessen Amtsantritt am 20. Januar 2009 bis zum 6. Mai **insgesamt 2663 Tage Krieg** in verschiedenen Ländern. Zuvor hielt Obamas Vorgänger **George W. Bush** mit 2662 Tagen den traurigen Rekord – vom Beginn des Afghanistankrieges am 7. Oktober 2001 bis zum Ende seiner Amtszeit im Januar 2009.
>
> http://www.bento.de/politik/krieg-barack-obama-ist-der-us-praesident-mit-den-meisten-kriegstagen-567071/

Ich weiß nicht wie, aber den Deutschen wird man an dem ganzen Geschehen eine Mittäterschaft nachweisen. Dann werden sich wieder unbelastet fühlende Bürger über diese Schandtaten schämen und erneut die Straßenschilder nach Personen „durchforsten“, denen man das Versagen zuordnen kann. Und wieder werden Schild(er)bürger sich einbilden, sie würden dadurch neues Ungemach von Deutschland abwenden. Denkmäler sind zum Bedenken da, besonders dann, wenn sich die öffentliche Meinung geändert oder das Regime gewechselt hat, damit man sich erinnert und damit das Geschichtsband einer Gesellschaft nicht zerschnitten wird. Was geschichtlich geschehen ist, wird nicht dadurch ungeschehen gemacht, in dem die Zeichen, die auf die Vergangenheit hinweisen, unsichtbar gemacht werden. Manchmal denke ich, wie viele der Vergangenheitsbewältiger oder der Abgeordneten unserer Parlamente wohl unter der Herrschaft der NSDAP oder auch der SED mitmarschiert wären, wenn ihr Leben zeitverschoben in der Zeit von deren Herrschaft in jeweils richtigem Alter gewesen wäre. Ich schätze, wenigstens 50 % der heute politischen Bürger hätte man in den Reihen der autoritären Regime wiedergefunden. Und so wie unser Staat konstituiert ist, braucht es nur noch etwas mehr unruhige Zeiten, damit das Volk die Rettung in einer starken Person oder Gruppe sieht, um dann mit einer Mischung aus Drohungen und Versprechungen – wie in der Türkei - den „Laden“ zu übernehmen. Mir sagte ein alter Mann, der als Jugendlicher zur Waffen SS gekommen war. „Das, was geschehen ist, ist schlimm genug. Warum wird dem Schlimmen durch Ungenauigkeit und Übertreibung die Glaubwürdigkeit genommen?“

Das Fatale ist, dass die Rückblicke und die Schuldsuche erst bei der Wahl von Hitler zum

Kanzler beginnen. Das hat seinen Grund darin, dass die übrig gebliebenen Demokraten von Weimar nach Hitler und dem Zweiten Weltkrieg allen Grund hatten, über ihre eigene Zeit in der Weimarer Republik zu schweigen, denn sie haben durch ihren ökonomischen Unverstand die Republik erst reif gemacht für den Nationalsozialismus, auch die SPD zählt dazu, von deren Mitglieder viele dann selber Opfer der Nazis wurden. Ich gehe da später noch näher drauf ein.
Dass die offizielle Geschichte immer die Geschichte der Sieger ist, ist bekannt. Aber dass die Besiegten (heute sagt man euphemistisch Befreiten – die es auch gab) auf Dauer diese Geschichte der Sieger 1 : 1 übernahmen, kann nur dazu führen, dass Teile der Gesellschaft einen rückwärtsgewandten Befreiungsschlag versuchen. Mir erscheinen das ganz natürliche Reaktionen zu sein, die von den politisch Herrschenden der BRD ausgelöst wurden.

14. Tag: Ultrarechte Tendenzen / Nahum Goldmann und andere

Auf Grund dessen, was ich über diese Zeit gelesen und gehört hatte, habe ich in meiner Verteidigung des damals ältesten Mitgliedes der GRÜNEN, dem ultrarechte Tendenzen vorgeworfen wurden, 1984 geschrieben:

> Die NSDAP war am Beginn eine Bewegung, eine Bewegung, die eine Not wenden sollte, also keine Diktatur,eine Bewegung, wie die Bewegung der Grünen heute, bei der man auch manche Unebenheiten in Kauf nimmt, in der Hoffnung, daß sich das Gute durchsetzt. Nun unterstelle mir keiner, ich hätte gesagt, die Grünen hätten die gleichen Inhalte, wie die Nationalsozialisten. Sagen will ich, daß politische Bewegungen aufgrund von Problemlagen entstehen, daß politische Bewegungen in die Irre gehen können, und daß wir heute leicht über die damalige Zeit urteilen können, zumal wir uns das damalige ökonomisch-soziale Elend gar nicht so recht vorstellen können. Ich hoffe nur, daß in fünfzig Jahren über die grüne Bewegung besseres berichtet werden kann als über die braune.[23]

Dass man einer politischen Gruppe - die davon ausgeht, dass sie das Gute vertritt – gegenüber äußert, dass in ihrem Zusammenschluss Unebenheiten zu beobachten sind und dass die ganze Bewegung in die Irre gehen kann, ist ja nur für die Nachdenklichen eine Mahnung und Warnung. Für die Braven, die doch das Gute wollen, eher eine Kränkung. Aber für die Marxisten unter den Grünen die Gelegenheit, die freiwirtschaftlich orientierten Gründer mit der Deklarierung, sie seien die Ultrarechten, ins parteipolitische Abseits zu schieben. Das

23 Wer Interesse hat, kann die ganze Auseinandersetzung hier nachlesen: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/8.2%20Parteiausschlussverf..pdf

wäre nicht schlimm gewesen, wenn nicht jene Grünen, die es besser wussten, nicht dazu geschwiegen hätten, weil sie Angst hatten, dass sie – wenn sie Widerspruch bekunden würden – auch die „Faschismuskeule“ treffen und ihre Parteikarriere zunichte machen könnte. Und sie hatten ja recht, ihr Einzug in die Landtage und den Bundestag wurde so nicht gefährdet.

Ich kann mir nicht beliebig viele Quellen erarbeiten und wiederhole mich dadurch mit meinen Zitate aus Quellen, die ich für glaubhaft halte. Diese wenigen Zitate können natürlich noch kein Beweis dafür sein, dass die Geschichte anders verlaufen ist, wie man sie uns erzählt hat und erzählt, sie können aber für Leser ein Anlass sein, selber etwas zu forschen und nicht nur festgelegte Sätze der Deutungen des Geschichtsablaufes wiederzukäuen.

Ich beginne mit **Nahum Goldmann**. (https://de.wikipedia.org/wiki/Nahum_Goldmann) Er schreibt in „Mein Leben . USA . Europa . Israel“, 1981, auf der Seite 8:

> Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz - der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte - doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschieden antisemitische Politik, die dann in der grausigsten Katastrophe jüdischer Geschichte, der Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden, endete.

Eine ähnliche Aussage wie die von Goldmann habe ich auch in einem Brief aus Israel an meine Wahlverwandte, Isa Bening, gelesen. Die Frage ist doch, warum es zu der Ernennung von Hitler zum Kanzler kam und in Folge der „Gipfel jüdischer Existenz“ in ein Höllental verwandeln konnte. Man macht völkisches Denken und die vorhandene Judenfeindlichkeit dafür verantwortlich, aber solches Denken war auch in anderen westlichen Gesellschaften zu Hause. Dass die Demokraten, soweit sie Entscheidungsträger waren, die Bürger vorher jahrelang durch ein Tal der Tränen trieben, für das sie einen Schuldigen suchten und einen Helden, der sie da hinausführte, das wird nicht thematisiert. Es folgen höchstens Hinweise auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 und auf Brünings Deflationspolitik. Dabei wird so getan, als seien das unabwendbare Naturereignisse gewesen. Die Ursache war aber, dass die damalige politische Klasse nicht bereit und fähig waren, die vorhanden Rettungspläne anzunehmen. Bei der SPD stand die Fixierung auf ein marxistisches Lehrgebäude im Wege und bei den Liberalen und Konservativen der Glaube an eine Goldwährung. Ich komme später dar-

auf zurück. Wichtig ist dabei zu erkennen, dass nicht ein böser Wille die Republik damals gegen die Wand gefahren hat, sondern Blockierungen auf dem Weg der Erkenntnis und das ist nicht viel anders als heute, wo bange gefragt wird, ob wir wieder Weimarer Verhältnisse bekommen.

Der jüdische Deutsche und damalige Parteifreund **Fred Braun** - der sich in den schweren Zeiten für eine Mitgliedschaft in der KPD entschieden hat, hat mir in der Auseinandersetzung mit meinen Kreisverband Hannover-Land der GRÜNEN geschsrieben:

> Fred Braun / Karlsruhe / 12. 3. 1984
> Ultrarechte Tendenzen beim Arbeitskreis „Dritter Weg“ 3221 Eberholzen
>
> Lieber Tristan Abromeit
> Nochmals darf ich Dir danken für die kleine Streitschrift.
> Selbstverstaendlich, was auf Seite 8 festgestellt wird, ist einfach richtig.Von dem Elend, das damals überall herrschte, kann sich die nachgeborene Generation nur sehr beschränkt eine Vorstellung machen. Jedermann wusste tief im Inneren: So geht es nicht weiter. Und es gab nur 2 Parteien, die jedenfalls behaupteten, sie brächten eine Wende, wenn sie an die Macht gelassen würden, die KPD und die NSDAP.
> Und selbstverstaendlich war die grosse Masse auch der NSDAP-leute keine Buerger, die Konzentrationslager einrichten wollten, die sich auf Mord und Krieg vorbereiteten, sondern einfach, die wieder Arbeit, anstaendige Löhne und Gehälter usw. sehen wollten. Das gleiche galt natuerlich ebenso für die KPD.
> Mit Hitler kam es dann ganz anders. Die KPD und SPD wurden sofort zerschlagen. Aber auch in der NSDAP wurde bald gemordet. Natuerlich wurde Röhm und sein Gefolge 1934 nicht wegen ihrer Homosexualität ermordet, sondern blutig die Kräfte erledigt, die auf einen sozialen Wandel zugunsten des arbeitenden Volkes hofften und in denen daher Hitler eine ganz grosse Gefahr sah. Damit war auch innerhalb der NSDAP selbst die „Gefahr“ einer sozialen Wandlung fürs erste gebannt.
> Und dann konnte die Ruestung, Kriegsvorbereitung usw. einsetzen - bis zum bitteren Ende - 1945
> Als Mitbetroffener, KZ, Emigration usw. kann ich den Feststellungen nur beistimmen.
> Freundl. Gruss Dein Fred

Am 16. 1. 2017 wurde von ARTE der alte Film „Des Teufels General“ nach einem Drama von Carl Zuckmayer gesendet. In dem Film spielt der Schauspieler und Pazifist Victor de Kowa einen SS-Gruppenführer. Ich wurde dadurch an sein Taschenbuch „Katechismus des gesunden Menschenverstandes erinnert. [24] In diesem Buch schildert er die Situation in der

24 Den Titel „Bekenntnis und Vorschlag“ habe ich schon erwähnt. In dem „Katechismus ...“ sind auch die

Vor-Nazi-Zeit anhand des Schicksals seines Bruders, die wir sonst mit Schlangen vor den Arbeitsämtern und Suppenküchen vermittelt bekommen. Die Zustimmung zu einem Regierungssystem hängt wesentlich davon ab, welche Chancen, welche soziale Geborgenheit und ökonomische Sicherheit sie dem einzelnen Bürger vermittelt. Nicht nur der Erste Weltkrieg, sondern die Ökonomie danach hatte in der Weimarer Republik einen gewaltigen Flurschaden angerichtet.

Victor de Kowa in seinem „Katechismus des gesunden Menschenverstandes“, 1949. Er berichtet über seinem Vater und Bruder:

> … Ich kann Euch keinen besseren Weg weisen, als Euch in die Anstalt zu geben. Ein eisernes, unentwegtes Pflichtgefühl schaffen vor allem Gehorsam und Unterordnung. Euer Stubenältester, Euer Erzieher und der Kommandeur über alles! Wenn Ihr gelernt haben werdet, vor denen die Hacken zusammenzureißen, dann werdet Ihr auch strammstehen können vor Eurem inwendigen Menschen! Heil! Vater."
>
> Während ich nach Jahren das Weite suchte, hatte mein Bruder beim Schlußappell die Fahne eingezogen. Der erste Weltkrieg war verloren, die Offiziersschulen wurden vorübergehend geschlossen. Mein Bruder kam verzweifelt zu Hause an. Sehr bald stellte sich heraus, daß er mit strammer Haltung allein, das Leben nicht meistern konnte. Völlig amusisch, hatte er nichts Praktisches gelernt, weil er ja für Höheres tauglich befunden wurde. Seine Allgemeinbildung ging über den Durchschnitt nicht hinaus. Überall Achselzucken und Kopfschütteln, und er fand keine Arbeit.
> Wieder fand er sich in Reih' und Glied einer großen, seelenlosen Masse. Aber seine Vorder- und Hintermänner behagten ihm diesmal nicht, er konnte nicht mit ihnen Schritt fassen, er war andere Rhythmen gewöhnt. So kam er in schlechte Gesellschaft und auf die sonderbarsten Einfälle. Mit meinem einzigen dunklen Anzug ging er auf die Friedhöfe und mischte sich dort unter die Trauergemeinden. Er kam mit den Leutchen ins Gespräch und erfuhr, was der Verstorbene zu Lebzeiten getrieben habe. So hatte er gehofft, möglicherweise in eine nun freigewordene Stellung schlüpfen zu können. Eines Tages zog er aber meinen schwarzen Anzug aus und nie wieder an.
>
> Es sei ganz sinnlos alles, resignierte er. Er war wieder bei einer Beerdigung gewesen, und wieder hatte er nach dem Beruf des Verstorbenen sich erkundigt, in der Hoffnung, sich um eine Stellung bewerben zu können, und da hatte man ihm erzählt, daß der Eingesargte Selbstmord begangen habe.

---

ersten Hinweise für mich auf die Freiwirtschaft und Gesell. Ich habe das erst später erkannt, weil die Botschaft verschlüsselt ist. Ich habe die Taschenbücher von de Kowas Schwester und Mutter erhalten. Die habe ich 1957 während einer Reise per Anhalter nach Berlin in Berlin aufgesucht. Die Adresse und Empfehlung hatte ich von einem Neffen de Kowas, mit dem ich vorher zusammen als Matrose auf einem schwedischen Frachter gefahren bin, als er dort als Schiffsjunge angeheuert hatte. Das besondere an diesem Schiff war, dass wir eine gesamteuropäische Mannschaft waren: je ein Schwede, Finne, Estländer, Lette, Pole, Däne, Holländer, Franzose, Portugiese und einige Deutsche. Unter den Norddeutschen auch ein Bayer und Schwabe.

> Warum wohl, hatte er mitfühlend gefragt, und da hatte man ihm geantwortet: Weil er arbeitslos war.
>
> Mein Bruder gab eine Annonce in die Zeitung: „Junger Mann aus gutem Hause mit höherer Schulbildung, arbeitswillig, sucht Stellung.“ Auf die Annonce hatte sich niemand gemeldet. Tags später gab mein Bruder noch eine Annonce auf: „Junger Mann, gesund und kräftig, mit Pflicht- und Ehrgefühl, zu jeder Arbeit bereit, sucht sofort Stellung.“
>
> Ich verdiente noch nicht genug, unser Vater war ein Opfer des Krieges geworden, meine Mutter kränkelte, und da schoß mein Bruder seinem jungen Leben eine Kugel in den Mund. Mein Bruder war der erste Tote, den ich erlebte. Die Tränen meiner Mutter und sein zerfetztes Gesicht haben mich furchtbar erschüttert. Ich hatte damals dieselben Gedankengänge, die mir später, nach der Belagerung Berlins kamen, als ich vor meinem Garten auf dem aufgerissenen Straßenpflaster die Toten liegen sah. Ich dachte an die Gespräche unseres Vaters. Und mußte zugleich an die oft unflätige Roheit meines Bruders in der Anstalt denken. … (S. 11 f.)

Ich habe in einem anderen Text schon geschrieben, dass nach meiner Einsicht mit dem freiwirtschaftlichen geldpolitischen Empfehlungen Hitler hätte leicht vermieden werden können, weil die ökonomischen Zustände, die den Nationalsozialismus groß gemacht haben, nicht eingetreten wären. Unsicher bin ich mir nach wie vor, ob auch der Zweite Weltkrieg hätte vermieden werden können, weil die Sieger des Ersten Weltkrieges die Verhältnisse für Deutschland so gestaltet hatten, dass die Versuchung durch einen neuen Waffengang diese zu Gunsten Deutschlands zu verändern groß war. Ich zitiere aus „Meine Danziger Mission 1937 – 1939“ von **Carl J. Burckhardt**, 1960. Burckhardt war der letzte Hohe Kommissar des Völkerbundes für die Freie Stadt Danzig.

> Was die Regelung seiner Westgrenzen anbetrifft, so hatte Polen zum mindesten klare Forderungen gestellt. Es hatte einen beträchtlichen Teil Oberschlesiens, die Masuren und einen gesicherten breiten Zugang zur Ostsee verlangt. Dies wurde nicht berücksichtigt, und schon schritt man zu gefährlichen Kompromißlösungen.
>
> Die deutsch-polnische Spannung setzte unmittelbar nach den Friedensschlüssen ein. Sie wurde bedrohlich mit Ausbruch des Handelskrieges zwischen den beiden Mächten im Jahre 1925, in dessen Verlauf Polen schwere wirtschaftliche Einbuße erlitt. Politisch-strategisch hat dann im selben Jahre Stresemanns [25] Entspannungsaktion gegenüber Frankreich, haben die Verträge von Locarno vom 16. Oktober 1925 unzweideutig die deutschen Revisionsansprüche gegenüber seinem östlichen Nachbarstaat verstärkt und auch bereits deutlich gemacht. Die Demilitarisierung des Rheinlandes, ihre Garantie durch England, Frankreich und Italien, sodann die damals unterzeichneten Nichtangriffs- und Beistandsverpflichtungen zwischen den genannten Staaten waren für Polen bedrohlich, sie schwächten schon sieben Jahre nach dem alliierten Sieg die Bedeutung des französisch-polnischen Bündnisses ab.

25 https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Stresemann

Stresemanns Absichten waren bekannt. Er hat sich schon 1925 sehr deutlich geäußert: in einem Brief an den einstigen deutschen Kronprinzen erklärte er die Korrektur der Ostgrenzen, die Wiedergewinnung Danzigs und des Korridors sowie die Veränderung der oberschlesischen Grenze als ein Hauptziel seiner Politik.

Strategisch war die Situation Polens gegenüber Deutschland von Anfang an schwach, in der Folge sollte sie aussichtslos werden. Man braucht nur einen Blick auf die Karte zu werfen, um zu erkennen, wie sehr alle geographischen Gegebenheiten das Reich zu einer Umfassungsstrategie gegen Großpolen einluden.

Allerdings, was einsetzbare Streitkräfte anbetrifft, war das Reich bis zu den dreißiger Jahren den Polen weit unterlegen. Dieser Umstand hat ein starkes Argument für diejenigen polnischen Kreise gebildet, die sich mit dem Gedanken eines Präventivkrieges trugen. Mit Recht konnten die polnischen Aufmarschpläne zwischen 1923 und 1931 die militärische Schwäche des westlichen Nachbarn in Rechnung stellen. Deutschland hätte innerhalb jenes gleichen Zeitraumes sich bloß auf hinhaltenden Widerstand beschränken können. Der deutsche Generalstab nahm während der zwanziger Jahre im vorhinein eine Preisgabe Schlesiens für den Kriegsfall in Aussicht.

Es ist bemerkenswert, daß während des ersten Jahrzehnts der staatlichen Existenz Polens in Warschau der Wille zu einer versöhnlichen Politik gegenüber dem Reich schließlich doch immer überwogen hat. Der für diese Haltung sachlich bestimmende Faktor war Rußland. Deutschland und Rußland wurden, in völliger Verkennung ihrer potentiellen Macht, nach 1918 als die beiden Ausgestoßenen der Völkergemeinschaft behandelt. Rußland hatte alle seine Kriege in der zweiten Hälfte des neunzehnten und nun den großen Krieg im Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts verloren. Mit Hilfe des deutschen Großen Generalstabs hatte es sich den Führern einer extremistischen Minorität, den Vertretern einer Ideologie deutschen Ursprungs in die Arme geworfen, Revolutionären, deren Grundsätze, diktatorisch erzwungen, gleichzeitig zu innerer Konzentration und Härte, nach außen aber zu ungeheurer Werbekraft, und, im Unterschied zum Faschismus, zur Durchdringung und Schwächung aller virtuellen Gegner führte. Eine ähnliche Wirkung, wie von der bolschewistischen Form des Sozialismus, ist innerhalb überblickbarer Geschichtsepochen einzig vom Islam ausgegangen. Eine zu höchster Kraftkonzentration führende absolutistische Methode hat das russische Volk aber nicht widerstandslos ertragen. Die erste europäische Nation, welche die Gefahr des marxistisch unterbauten Imperialismus einer Großmacht für die übrige Welt in ihrer ganzen Tragweite deutlich erkannte, war zweifellos Polen. Der zwischen April und Oktober 1920 geführte polnisch-russische Krieg hatte mit großen polnischen Erfolgen begonnen; am 7. Mai nahmen die Polen Kiew, dann jedoch gelang ein russischer Gegenstoß, der bis vor Warschau führte. In Warschau trat die Wendung ein, die man das «Wunder an der Weichsel« genannt hat. (S. 8 f.)

Von allem Anfang an wurde in Polen wie im Reich der Verdacht geäußert, es habe sich bei der künstlichen Abtrennung Ostpreußens durch den Korridor und bei der Schaffung der >freien< und doch von Polen abhängigen Stadt Danzig um die versteckte Absicht gehandelt, auf die Dauer einen friedlichen Ausgleich zwischen Polen und dem Deutschen Reich unmöglich zu machen. Warnende Stimmen, die sich in diesem Sinn äußerten, verstummten nie: schon 1919 erklärte in der französischen Kammer Marcel Sembat, > daß Danzig den Keim zu einem neuen Krieg in sich trage <

Am Ende der unglücklichen und zuletzt unheilvollen Episode der Freien Stadt sollte der letzte polnische Außenminister Józef Beck, schreiben:
»Das Statut der Freien Stadt Danzig war zweifellos die bizarrste und komplizierteste *Schöpfung des Versailler Vertrages. Es war schwer, etwas anderes anzunehmen, als daß es einzig mit dem Zweck geschaffen worden war, den Ursprung beständiger Konflikte zwischen Deutschland und Polen, oder zum allermindesten ein Tauschobjekt zu bilden, das gelegentlich benützt werden konnte, um polnische Interessen zugunsten Deutschlands zu*

opfern.« Derselbe Beck hat geschrieben:

»Der Hohe Kommissar des Völkerbundes hat seinerzeit die Aufgabe erhalten, die Aktion der polnischen und der Danziger Regierung zu *kontrollieren, dabei hat er nicht einmal den geringsten Einfluß auf die Danziger* Polizei *besessen«.* Es fehlte in der Tat jede Angabe, was geschehen müsse, wenn einer der beiden Staaten (Polen und Danzig) den Schiedsspruch des Hohen Kommissars nicht anerkennen sollte. Selbst in der Frage der Landesverteidigung Danzigs war der Hohe Kommissar fast machtlos. Wohl hatte der Völkerbund die militärische Verteidigung der Freien Stadt an Polen übertragen, und der Hohe Kommissar konnte theoretisch bewaffnete Intervention Polens verlangen, aber ohne einen besonderen Beschluß des Völkerbundsrates war dies wiederum nicht möglich.

Mit Recht hat der französische Botschafter in Berlin, Coulondre, in seinen Memoiren aufgezeichnet, daß das deutsche Volk sich mit der Rückkehr des Elsaß an Frankreich abgefunden habe, daß es ihm aber unmöglich gewesen sei, die Verstümmelung seiner Ostgebiete anzuerkennen. In diesem Punkt und zugleich auch in den militärischen Klauseln müsse es das «Diktat« um so bitterer empfinden, als es in ihm mehr das Ergebnis eines Verrates als seiner Niederlage empfunden habe.

Bei dem ganzen Vorgang scheint man damals vergessen zu haben, daß es eine Danziger Bevölkerung gab (bestehend aus 96% Deutschen und nur 4% Polen), über welche man, entgegen allen Grundsätzen, einfach verfügte. Immer wieder hat sie ihr Recht auf Abhaltung eines Plebiszits verlangt, wie es im Falle der Saar, am 13. 1. 1935, Anwendung finden sollte, - vergeblich! Die um ihre Meinung nicht befragte Danziger Bevölkerung hat denn auch Polen von Anfang an passiven Widerstand geleistet. (S. 24)

Was mir in der Folge und während der ganzen Dauer eines unter schwerste Bedingungen gestellten Vermittlungsversuches die lehrreichsten Einblicke in die Wirklichkeit der osteuropäischen und speziell der Danziger Probleme verschaffte, waren die Beziehungen, die ich zu ostpreußischen Persönlichkeiten anknüpfen konnte, Beziehungen, die sich in einigen Fällen in vertrauensvolle Freundschaft umgewandelt haben.

Das Gebiet Ostpreußens war in wahrhaft leichtsinniger Weise vom Reichsgebiet abgetrennt worden, man hatte durch diese Abtrennung einen unhaltbaren Zustand geschaffen. Trotz dieses Umstandes ist in dieser deutschen Provinz kein überreizter Nationalismus ausgebrochen. Der nationalsozialistischen Revolution gegenüber verhielt man sich in weiten Kreisen kritisch. In Ostpreußen habe ich den deutschen «Widerstand« kennengelernt, vertreten durch ernste Menschen ungebrochen vaterländischer Gesinnung, ihr Verhalten blieb untadelhaft bis zu den letzten Konsequenzen, die sie mit dem größten Mut auf sich nahmen. Vielfach handelte es sich um Personen, die vom Staate nicht abhängig waren, die im Gegenteil ihre Formung durch eine lange Gewöhnung an wirtschaftliche Unabhängigkeit erhalten hatten. Ich war häufig Gast in einem Haus, in welchem noch in den späten dreißiger Jahren verfolgte Juden Aufnahme gefunden haben. Selbstverständlich handelte es sich bei den erwähnten frei und selbständig Urteilenden um eine quer durch alle Stände gehende Elite. Es gab auch Nationalsozialisten ohne Zweifel, vielleicht waren sie die Mehrheit, unter diesen aber, wenn sie nicht landfremd aus dem Reich zugezogen waren, herrschte in Bezug auf Hitler und seine Scharen das konservativ-patriotische Mißverständnis und eine gewisse provinzielle Verwechslung zwischen erlittenem Unrecht, berechtigten Ansprüchen und, auf der andern Seite, den Vorwänden, den propagandistischen Mitteln und den maßlosen Vergeltungsforderungen des «Führers«. In Ost- wie in Westpreußen, in Pommerellen oder, wie die Deutschen und der Westen sagten, im polnischen Korridor, habe ich Deutsche gekannt, die bei ungebrochenem nationalem Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland doch mit allen Mitteln darnach strebten, zu Polen ein gerechtes und freundschaftliches Verhältnis zu gewinnen.

In Ostpreußen wie in Pommerellen und, soweit die damals jeden meiner Schritte kon-

trollierende Weltöffentlichkeit dies zuließ, in Polen, habe ich viel großzügige Gastfreundschaft erfahren, viele Hilfe und Aufklärung erhalten. Es ist mir nie möglich gewesen, an die von den Folgen ungeheuerlicher politischer Fehler am schwersten betroffenen Bewohner jener Gegenden anders als mit tiefem Anteil zu denken. Es handelte sich um Männer und Frauen, die bei tapferstem Widerstand wirkungslos geblieben sind innerhalb der übermächtigen Begebenheiten, an denen sie zugrunde gehen mußten. Die meisten von ihnen haben das, was bevorstand, zu ihrer doppelten Qual vorausgewußt[1].

1 Hier möchte ich nur den Grafen Heinrich Keyserlingk in Neustadt erwähnen, der sich bis zu schwerer persönlicher Gefahr für einen Ausgleich mit Polen einsetzte und bei Kriegsende einen harten und ungerechten Tod erleiden mußte. (S. 79)

Ich habe mir die Schrift „Die Juden und wir“, 1957, vom Arbeitskreis für angewandte Antropologie, Göttingen mit Beiträgen von **Helmut Genschel, Prof. Dr. Hans Köhler, Horst Bethmann und Prof. Dr. Theodor Heuss** nochmals angeschaut, weil mir da eine wiedergegebene Rede von Himmler vom 4. Oktober 1943 in Erinnerung war, in der Himmler sich über die Belastung, die das Töten bedeute, beklagt. Mir ist nicht das Klagelied wichtig, sondern eine Charakterisierung der Deutschen durch Himmler.

Das ganze Zitat steht in dem langen Beitrag > Judenverfolgung und Judenvernichtung im „Dritten Reich“ < von **Helmut Genschel** in dem Kapitel „Wie konnte es geschehen“. Auf der Seite 43 ist zu lesen:

Himmler sagte am 4. Oktober 1943 in seiner Posener Rede vor SS-Führern: „Ich will hier vor Ihnen in aller Offenheit auch ein ganz schweres Kapitel erwähnen. Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen werden, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden. ...Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes. Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht: ‚Das jüdische Volk wird ausgerottet', sagt ein jeder Parteigenosse, ‚ganz klar, steht in unserem Parteiprogramm, Ausschaltung der Juden, machen wir.' Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude. Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammenliegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei - abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen - anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Das ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte . . .“

„Anständig geblieben" - damit meint Himmler, daß aus Pflichtgefühl, nicht aus Freude am Mord getötet wird, daß nicht geplündert wird, daß „diszipliniert“ gemordet wird. Eine solche „Anständigkeit“, die subjektiv möglicherweise ehrlich gemeint ist, zeigt, wie wirkungsvoll eine Ideolo-

gie das „gesunde Volksempfinden“ verdrängt, von dem gerade diese Ideologen so viel gesprochen haben.

Wenn 80 Millionen Deutsche jeweils einen „prima“ Juden kannte, dann kann die kollektive Einstellung, dass die Juden Ursache von ökonomisch verursachten Nöten nur aufgrund von Fehlinformationen entstanden sein. Hier hat sich eben ausgewirkt, dass den Juden die Fehler im Geldsystem persönlich angelastet wurden.Vorher ist Genschel auf der Seite 6 f. zu lesen:

Der Antisemitismus als Grundlage für die Judenverfolgungen
Der „herkömmliche" Antisemitismus vor Hitler

Will man den großen Einfluß der antijüdischen Propaganda im „Dritten Reich« verstehen, so muß man sich vergegenwärtigen, daß der Antisemitismus keine Erfindung der Nationalsozialisten ist, sondern daß er in großen Teilen Europas eine lange Tradition besitzt.

Seit dem 6. Jahrhundert unterlagen die Juden gewissen Rechtsbeschränkungen von seiten der Kirche. Während des ganzen Mittelalters und darüber hinaus durften sie kein „ehrliches“ Handwerk ausüben und stiegen daher - notgedrungen oder aus eigenem Antrieb - mehr und mehr ins Handels- und später ins Geldgeschäft ein. Da die Kirche den Christen verboten hatte, Geld gegen Zinsen zu verleihen, waren Fürsten, Bürger und Bauern darauf angewiesen, im Bedarfsfalle von Juden zu borgen. So gelangten viele Juden nicht nur in die Rolle des mißliebigen Konkurrenten für christliche Kaufleute, sondern auch in die des Kreditgebers und Wucherers für verschuldete Bauern. Kleinbürger und Bauern waren denn auch im allgemeinen Träger der antisemitischen Pogrome, die - mittelalterlichem Denken entsprechend - religiös begründet und von Vertretern der Kirche angeführt wurden. (Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei angemerkt, daß die christliche Lehre sowohl pro- wie auch antisemitisch ausgelegt werden kann: Sie kann das jüdische Volk entweder für das ursprünglich auserwählte erklären, das den Messias hervorgebracht hat; sie kann es auch als »Christuskreuziger« brandmarken. Die Juden sind ebenso das Volk Christi wie das des Judas. Beide Auslegungsversuche sind gemacht worden. Wesentlich aber ist, daß in der geschichtlichen Wirklichkeit häufiger die zweite Anschauung - des Christusverfolgers und -kreuzigers - zur Wirkung kam.)

Zu Pogromen kam es in Zeiten besonderer Not (Hunger, Seuchen) oder religiösen Eifers (Kreuzzüge) in vielen europäischen Ländern, wobei Zehntausende von Juden ums Leben kamen. Wirksamer als die berechtigten Vorwürfe, die sich freilich immer nur gegen einen Teil der Juden richten konnten (Zinswucher, unlauterer Handel), waren für solche Massenaktionen die Anschuldigungen, die auf Aberglauben beruhten: Brunnenvergiftung (als angebliche Ursache für den Ausbruch von Seuchen), Hostienschändung (wenn z. B. Hostien verdarben), Ritualmord (angebliches Schächten von Christenkindern) usw. - Durch zunächst freiwillige, dann zwangsweise Zusammenfassung in Ghettos blieben die Juden bis zum 18. Jahrhundert von

der Kultur ihrer „Wirtsvölker“ relativ abgeschlossen, was das gegenseitige Verständnis nicht gerade förderte. ...

Ich komme zu **Ludwig Freund** [26] und seinem Buch > Außenpolitische Grundsätze <, 1963.

Dort heißt es:

> ... Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Enggeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechtigte Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenswerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lobder Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezüchtet wird. Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar über triebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen. Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstimmung mit der angloamerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen

---

26 Auf der Rückseite des Bandes „Politische Waffen“ von Ludwig Freund ist zu lesen:
> DER AUTOR Ludwig Freund, geboren 1898 in Mühlheim/Ruhr, Frontsoldat im 1. Weltkrieg, bis 1933 aktiv im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, 1934 Emigration in die USA, 1936 auf Empfehlung Albert Einstein wissenschaftlicher Assistent an der Columbia-University, später Professor für Soziologie und Politikwissenschaft an verschiedenen amerikanischen Universitäten, 1959 Rückkehr nach Deutschland. ...< Mehr zu finden über Freund ist hier: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/114.0.Rassinier.u.die.Vergangenheit.pdf

zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am Ideal der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach größtmöglicher Objektivität und Ganzheit (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält. Die Tatsache, daß Objektivität als solche unerreichbar ist, ist Anlaß zu unendlichem, nie vollendetem Bemühen, nicht aber die Chance für intellektuelle und politische Freibeuterei in den Gefilden der Wissenschaft. Das ganze Bild jedoch verdichtet sich zu dein Eindruck, daß das anti-deutsche Vorurteil als die Vorstellung vom „ewigen Nazigeist in der deutschen Geschichte“ eben nicht nur in Amerika und England verbreitet ist, sondern daß die erwähnte „liberale“ Umkehrung des Antisemitismus auch in der deutschen Intelligentsia von heute ihre Heimstätte gefunden hat, mit unabsehbaren Konsequenzen für die Zukunft des neuen deutschen Staates. Mit diesem glaubte der Verfasser immerhin sich wieder identifizieren zu dürfen, weil er etwas besseres als den Nazigeist und seine so oft zitierten Antezedenzen, Analogien und „Vorläufer“ im deutschen Wesen, in der deutschen Vergangenheit, im deutschen Geist einmal verkörpert fand und wieder suchte.

Immer wieder begegnet man in Deutschland der jener Einstellung entsprechenden Auffassung, die Betonung deutscher Ansprüche im Ausland könne zu leicht als Wiedergeburt eines „deutschen Nationalismus“ verstanden werden. Überhaupt hätten die Deutschen kein Recht, irgendwelche Ansprüche zu stellen, denn die Deutschen seien ja selber in erster Linie an der Teilung und Zerstückelung ihres Landes schuldig. Mit dieser Haltung als solcher können wir uns hier nicht weiter befassen. Als politische Haltung ist sie dem Verfasser nach mehr als einem Vierteljahrhundert der Teilnahme am amerikanischen Volkbewußtsein und am amerikanischen Leben total fremd. Sie sollte auch in Deutschland 18 Jahre nach dem Ende des Hitlerschen Räuberstaates allmählich an Berechtigung verlieren. Denn es treten ja langsam neue Generationen auf. … (S. 56 f. ohne Hervorhebungen)

... Überempfindlichkeit oder furchtsame Zurückhaltung aber wird von niemandem gedankt und macht sich in der Politik niemals bezahlt. Die Abneigung der Unbelehrbaren wird dadurch nicht überwunden. Wie beim Antisemitismus nährt sich auch ihr Haß an der bloßen Existenz des Objektes. ... (S. 61 f.)

Der Rat von Ludwig Freund wurde nicht gehört oder wo er vernommen wurde, wurde er nicht befolgt. Ich halte das für eine der Ursachen der Rechtstendenzen, die sich in unserer Gesellschaft ausbreiten. Damit sage ich aber nicht, dass ich Linkstendenzen per se für gut halte. Das Zusammenspiel von links, mittig und rechts in der Politik macht die Musik, die entweder erbauend ist oder Bauchschmerzen verursacht.

oooooooooooooooooooooo

<u>Einschub 5</u> (Erneut die Fragen nach den Sinn des Vorhabens)

Ich habe mal wieder überlegt, ob es überhaupt einen Sinn hat, was ich hier mache. Wenigstens zwei Dutzend Zeitungsseiten, Schriften und Bücher habe ich hinter mir liegen, auf die ich noch eingehen möchte oder sollte. Ich weiß nicht so genau, was mich treibt, die Lust auf Widerspruch oder die Sorge um die Zukunft? Ist es die alte Aufforderung, das Haus zu bestellen, bevor man abtritt? Jedenfalls ist das Motiv, das Angefangene zu Ende zu führen zu schwach. Reizvoller ist schon die Vorstellung, den Enkeln und Urenkeln die Möglichkeit zu geben, was der Großvater in seinem Leben angetrieben hat.

Als ich mir eine Übersicht von den noch zu verarbeitenden Unterlagen verschaffte und dabei das Heft „DER SPIEGEL Gechichte“ „Amerika Land der Pioniere“ (5/2016) wieder in der Hand hielt, wusste ich auch gleich wieder, wo ich eine Information aufgenommen habe, bei deren Wiedergabe des Inhalts ich mir unsicher war. Ich habe weiter oben geschrieben:

> Neulich las ich einen Artikel, in dem es hieß, dass Obama den Krieg als politisches Mittel ausschlösse, nur in zwei Situationen gäbe es eine Ausnahme. Die eine, die ich mir gemerkt habe, war eine Sperre zum Zugang zum Öl. Ich habe den Text nicht mehr gefunden.

Wortwörtlich heißt es in dem Artikel „Obamas Vermächtnis“ von Holger Stark auf der Seite 130:

> **Zu seinem Amtsantritt** stimmten 79 Prozent der Amerikaner der Aussage zu, die USA sollten den Problemen in Übersee weniger Aufmerksamkeit widmen. Obama hat aus dieser Kriegsmüdigkeit in mehreren großen Reden eine Außenpolitik entwickelt, die auf Zurückhaltung und die Reduktion auf Kerninteressen setzt und als „Obama-Doktrin“ in die Geschichte eingehen wird. Sie besagt, verkürzt gesagt, dass militärische Gewalt nur in wenigen begründeten Ausnahmefällen eingesetzt werden darf, dazu zählt etwa der freie Zugang zu Öl, der Kampf gegen Terroristen sowie die Unterstützung von Alliierten im Falle einer Bedrohung. Obama ist kein Pazifist, er schließt Krieg nicht grundsätzlich aus. Aber er argumentiert, Amerikas Außenpolitik müsse „unseren höchsten Idealen und Überzeugungen entsprechen". Damit hat er sich politische Kriterien verordnet, die radikaler als unter jedem anderen US-Präsidenten der vergangenen Jahrzehnte auf Diplomatie statt auf militärische Gewalt setzen. Es ist eine Außenpolitik, die mit Skepsis auf Winston Churchills Bellizismus schaut und mit viel Sympathie auf die Politik von George H. W. Bush, dem ersten Bush-Präsidenten.

Hier sieht man, dass das Gedächtnis nicht immer zuverlässig ist. Ich hatte zwei Ausnahmen in Erinnerung, dabei waren es drei. Mir fiel dabei wieder ein zweiseitiger Artikel von Jan Sternberg und Dirk Schmaler in der HAZ vom 31. 1. 2017 ein. Der Titel lautet:

> „Das leise Sterben der Wahrheit“ / „Lügen gehörten schon immer zum letzten Mittel der Politik. Die „alternativen Fakten“ von US-Präsident Donald Trump zielen al-

lerdings nicht auf den Moment. Sie machen das Gehirn auf Dauer mürbe. Am Ende werden Fakten zu bloßen Meinungen – und ein politischer Diskurs wird unmöglich.“

Der Artikel ist auch mit einem Bild „geschmückt“, das zwei Verkehrsschilder je mit der Aufschrift Fakten und Lügen in entgegengesetzter Richtung zeigt. Ich bezweifele, dass Fakten und Lügen so eindeutig getrennt sind. Trump mag die Vermischung Fakten und Lügen besonders betreiben, aber Realität ist doch wohl, dass dies ein alltägliches Geschäft der Politik und der Presse ist. Es ist ein ehrenwertes Ziel, die Vermischung von Lügen und Fakten, von Dichtung und Wahrheit und die Lüge überhaupt zu vermeiden. Aber ist das überhaupt möglich? Ein Erfolg ist es schon, wenn die Lügen durch konkurrierende und unabhängige Medien und durch wachsame Bürger in Schranken gehalten werden.

Wenn eine Lüge Wirkungen zeigt, dann ist sie zu einem Faktum geworden. Wenn die benannten Fakten lückenhaft sind, dann werden sie zur Lüge. Da muss gar keine Absicht - lügen zu wollen – vorhanden sein. Die Fakten treten ja in der Mehrzahl auf. Wenn aufgrund von Fakten berichtet oder gehandelt werden soll, ist eine Auswahl zu treffen. Für die Auswahl muss erst einmal erkannt werden, welche Fakten zur Auswahl stehen und dann muss eine Bewertung vorgenommen werden. Nach meiner Einsicht erfolgen auf die Ökonomie bezogen sowohl bei der Wahrnehmung wie auch bei der Bewertung gravierende Fehler, weil Fakten übersehen oder fehlgedeutet werden. Der Konsument von Wirtschaftsnachrichten wird auf diese Weise belogen, ohne dass auf Seiten der Informanten die Absicht zu lügen vorhanden sein muss. Aber hier werden mit großer Wahrscheinlichkeit nicht nur „unschuldige“ Lügen produziert, sondern im Interesse von Gruppen, nationalen oder „höheren“ Anliegen auch welche verbreitet.

Sowohl das in den Medien häufig zitierte und zurückgewiesene Wort von der „Lügenpresse“ wie auch das Wort von den „alternativen Fakten“ zeigt, dass die berichtende Zunft sich negativ betroffen fühlt. Das ist eine gute Wirkung auf dem Hintergrund der derzeitigen negativen politischen Erscheinungen, weil das die berichtende Zunft zur Selbstprüfung zwingt.

Mein Bemühen gilt hier ja den absichtlich und unabsichtlich lügenhaften Fakten durch Nennung „alternative“ Fakten den erstgenannten durch eine andere Sichtweise und Ergänzungen ihre Lügenhaftigkeit zu nehmen. Alternative Fakten – wenn sie nicht plumpe Verdrehungen darstellen - sind dann ergänzende Fakten, die die Zeichnung eines anderen Bildes der Wirklichkeit ermöglichen. Da ich zeige, dass auch ich irren kann, sage ich auch, dass ich nur einer von den vielen Zeitgenossen bin, die sich bemühen, die Wahrheit zu erhaschen.
Siehe auch: > März 2011 / Offener Brief an die Moderatoren des HAZ-Forums und an die Mitglieder der Redaktion der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) / Kritik aus Nutzer- / Lesersicht / Text 87.4 <

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/87.4%20Anh.4%20OB.an.NZ.1969.pdf

und andere Beiträge zum Thema unter www.tristan-abromeit.de .

Ende Einschub 5

oooooooooooooooooooo

15. Tag: Erzählungen aus der eigenen Familie / FDP mit den 3 Punkten

Erzählungen aus der eigenen Familie sind wichtiger als man gemeinhin bedenkt und werden zu wenig beachtet. Ich meine das nicht nur im Sinne von „Kriegsspuren“ von Sabine Bode, von der ich schon öfter etwas gehört hatte, bevor ich eines ihrer Bücher für mein Schreibvorhaben gekauft habe, sondern auch in dem Sinne, dass man sich selbst besser als Glied in einer Kette der Generationen verstehen kann. Ich konnte das Buch „Kriegsspuren“ bei der Fülle von Texten, die mir zur Kontrolle der eigenen Gedanken vorliegen, noch nicht gründlich überprüfen. Aber schon der rückseitige Umschlagtext ist im Hinblick auf mein ausuferndes Thema interessant zu lesen:

> SABINE BODE **KRIEGSSPUREN**
> »Ein Gespenst geht um in Deutschland, die German Angst.«
> Peer Steinbrück, Die Welt am Sonntag
>
> Unter German Angst verstehen wir eine Mischung aus Mutlosigkeit, Zögerlichkeit gepaart mit Zukunftsängsten und einem extremen Sicherheitsbedürfnis. Sie ist eine Altlast des Zweiten Weltkrieges und das Resultat nicht aufgearbeiteter Verstrickungen in das NS-Regime sowie verschwiegener Leiden, die der Krieg und seine Folgen verursacht haben. Dabei könnten wir eine Menge tun, um die German Angst zu überwinden. Und das wäre nicht einmal teuer. (Zweite Auflage 2016)

In dem Vorwort von 2006 ist zu lesen:

> … Am Zustandekommen des Buchs über German Angst haben viele Menschen maßgeblich mitgewirkt, vor allem jene, die darin zu Wort kommen – meine Gesprächspartner. Sie sind mir überwiegend mit beeindruckender Offenheit begegnet. …

Ich habe eine Seite ausgewählt, die Bodes Gespräch mit Gerhard Baum (FDP) reflektiert und weil diese Seite Zahlen wiedergibt zur Situation nach der Kapitulation Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, die in ihrer Größenordnung im Allgemeinen so nicht aus dem Gedächtnis abrufbar sind. Auch macht diese Text-Seite gleichzeitig die Zeit kenntlich. In der die FDP als Zeichen der Erneuerung Punkte hinter ihre Initialen setzte. Dieser Wandel der FDP machte es mir damals möglich unter den drei Parteien, CDU, SPD und FDP die Freien Demokraten für meine Mitgliedschaft zu wählen. Ich hatte gegenüber der F.D.P. Damals geringere Vorbehalte als gegenüber der SPD und CDU.

Millionen Menschen litten unter Kriegsfolgen

Es war dieselbe Zeit, als Gerhart Baum erfuhr, daß sein Vater nicht mehr heimkommen würde. Seine Mutter floh mit ihren Kindern vor den Russen und fand in Süddeutschland eine neue Heimat. Ihre Familie war 1917 wegen der Kommunisten aus Moskau emigriert. Mit 21 Jahren, gerade volljährig, trat Baum in Köln in die FDP ein. Er wurde Vorsitzender des Liberalen Studentenbundes und übte 40 Jahre lang ununterbrochen politische Funktionen aus. Noch lange blieb ihm die Sorge, das demokratische Experiment könnte schiefgehen. »Unsere Befürchtung war: Wenn die Leute Not leiden, dann greifen sie wieder nach den Strohhalmen irgendwelcher Rattenfänger. Der Nazigeist war ja noch lebendig.«

Die Sorge war mehr als berechtigt. Im Jahr 1950 litten noch große Teile der Bevölkerung unter extremen Kriegsfolgen. In Westdeutschland zählte man

- 9 Millionen Vertriebene,
- 2,5 Millionen Kriegerwitwen,
- 1,5 Millionen Schwerversehrte,
- 2 Millionen Spätheimkehrer und ihre Angehörigen und
- 4,5 Millionen Bombengeschädigte.

Es galt, eine völlig verarmte Gesellschaft und eine alles andere als gefestigte Demokratie gegen eine Wiederkehr des Nationalsozialismus zu schützen. Baum hatte schon bei seiner eigenen Partei Anlaß zur Sorge. »Die FDP in Nordrhein-Westfalen war braun angehaucht. Wir haben dagegen gekämpft. Mit Gründung der sozialliberalen Koalition hatten wir endlich eine neue liberale Partei mit Köpfen wie Maihofer, Dahrendorf und Flach.« (S.62)

Zurück zu den zu geringen Erzählungen der Familienmitglieder in den Familien. Dies liegt nicht daran, dass Familienmitglieder nichts zu erzählen haben, sondern a) weil die, die erzählen könnten, die eigenen Erlebnisse für zu unbedeutend halten, weil sie selbst die Geschichte nur an Hand der Geschichte von Fürsten, Staatsmännern und Helden vermittelt bekommen haben und b) weil erwerbstätige Generation voll von dem Existenzkampf eingenommen wurde (wird) und die nachwachsende Generation, sich erst einmal die Welt selbst erschließen musste (muss) und häufig denkt, das Wissen und die Erfahrungen der Alten seien eben von gestern und daher heute und morgen nicht mehr brauchbar. Dabei ist es einfach so, dass es das Heute und Morgen ohne das Gestern nicht gäbe und die Prägekraft des Gestern unterschätzt wird. Hinzu kommt, dass die Nationalsozialisten mit ihrem Arier-Nachweis-Fimmel die Beschäftigung mit der eigenen Familienvergangenheit nach dem Kriege verdächtig gemacht hatten. Auch bestand ja eine Scheu davor, böse Überraschungen aufgrund einer Verstrickung in den NS-Staat zu erleben. Nach meiner Einsicht war das Schweigen damals weniger ein Leugnen der Mitschuld als vielmehr eine Notwendigkeit, die verbliebene Kraft auf

das Überleben zu konzentrieren. Es gibt eben auch Ereignisse, zu denen man Abstand benötigt, um sie verarbeiten zu können. Wenn ich das richtig sehe, ist die private Familienforschung besonders von den US-Amerikaner angeschoben worden, weil sie das Bedürfnis hatten, ihre Wurzeln in Europa und anderswo zu entdecken und sich selber dadurch besser zu verstehen.

Ich selber habe von der Vergangenheit meiner Familie auch zu wenig erfahren, vielleicht liegt hier der Grund dafür, dass ich meine eigene erlebte Geschichte in meinen politischen Betrachtungen verwebe. Mein ostpreußischer Großvater väterlicherseits, Ferdinand Abromeit (1850 – 1928) habe ich gar nicht kennen gelernt. Der Familienname verweist auf Litauen, ebenso der Name seiner Mutter, Ehrenteit. Seine Frau, meine Großmutter Ester (1864 – 1952) ist eine geborene Barczat (eingedeutscht Bartschat). Sie hat wahrscheinlich polnische Vorfahren. Von ihr hätte ich noch viel über die Geschichte ihrer Familie erfahren können. Sie hat nämlich die Flucht überstanden. Sie kam erst nach dem Krieg bei uns an, weil sich sie mit einem kranken Enkel auf dem Weg gen Westen von der übrigen Familie mit Rücksicht auf den Enkel getrennt hatte. Vier ihrer Söhne und eine Tochter waren schon nach dem Ersten Weltkrieg in den Westen gezogen. Der erstgeborene Sohn ist schon im Ersten Weltkrieg in Belgien gefallen. Sie wollte noch zurück nach Hause, ins Memelland, das ihre Heimat geworden war. [27] Weil ihre Augen schon trübe waren, ist sie in Elisabethfehn in den Kanal gelaufen und ertrunken. Ich war zu ihrer Zeit im Westen noch nicht reif für das Fragen nach ihrer Geschichte. Vorher hatte ich sie nur einmal mit meinen Eltern und meiner älteren Schwester in Heydekrug im Memelland besucht. Ich war aber zu klein, um daran Erinnerungen zu haben. Die Chance, die Geschichte meiner ostfriesischen, mütterlichen Großeltern Berendjemina geb. Holter (1875 – 1950 ?) mit Wurzeln in den Niederlanden und Jann Ley [28] (1873 – 1963) zu erfahren, war schon größer, da ich sie ja seit meiner Geburt erlebt habe. Meine Großeltern waren Fehn-Kolonisten, das heißt, mein Großvater war Landwirt, Torfproduzent und selbständiger Schiffer und meine Großmutter Berendjemina war für die Versorgung der zahlreichen Kinder, das Vieh und das Kaufmännische zuständig. Ich kann mich erinnern, meinen Großvater erzählend erlebt zu haben und ich war erstaunt darüber, dass er mehr zu erzählen hatte, als ich in den Büchern, die ich bis dahin (in geringer Zahl) gelesen

27 Großmutter Ester (Schreibweise in den Papieren ohne h.) Großvater Ferdinand sind in dem Teil Ostpreußens geboren und groß geworden, der heute zur Oblast Kaliningrad gehört.

28 Der Geburtsname *Ley* meiner Mutter genügte, damit ich nach dem Krieg als 11jähriger von Spielkameraden als Nazi beschimpft wurde. Der Grund war, dass es eine Nazi-Größe namens Robert Ley gab. https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Ley Ein anderer Spielkamerad versuchte eine Aufklärung, in dem er darauf hinwies, dass wir mit diesem Ley nichts zu tun hätten.

hatteerfhren hatte. Mir war damals rätselhaft, wie ein Mensch so viel im Kopf aufbewahren konnte. Leider gab es keine Wiederholung, dass diese Geschichten in meinen Kopf übertragen wurden. Nun bin ich schon selber lange Großvater und auch schon Urgroßvater. Nun staune ich – wenn andere erzählen – was ich alles vergessen habe, aber auch, was im Gedächtnis wieder lebendig wird, wenn Bilder, Gegenstände, Erzählungen anderer und auch Filme Anlass dazu geben. Vielleicht gibt es aber auch mit zunehmendem Alter mehr Mut zum Erinnern, eigene Fehlhandlungen und erlittene Enttäuschungen schmerzen nicht mehr so.

16. Tag: *Die Himmelsleiter/ Freistatt /* die Opfer der „Euthanasie“

Anlass dieses Ausfluges in meine Familiengeschichte sind die Filme ***Die Himmelsleiter*** und ***Freistatt*** und die Gedenksitzung des Bundestages zur Erinnerung an die **Opfer der „Euthanasie“** im NS-Staat 27 1. 2017.

Zu dem Film „Die Himmelsleiter – Sehnsucht nach Morgen“ Sendetermin 28.1. 17, im ersten Programm der ARD:

> Köln, 1947. Die Rheinmetropole ist komplett zerstört. Für die Menschen bedeutet das Ende des Krieges noch lange nicht das Ende des Überlebenskampfes. Im Gegenteil, der Winter 1946/47 ist der härteste des Jahrhunderts. Schmuggeln, stehlen, Schwarzmarkt: "In schlechten Zeiten ist dies alles erlaubt", sagt Kardinal Frings. "Fringsen" ist von nun an Überlebensstrategie.

http://www.daserste.de/unterhaltung/film/die-himmelsleiter-sehnsucht-nach-morgen/sendung/index.html

Ich habe den Krieg nicht in den schlimmsten Formen erlebt, auch nicht in einer Großstadt, sondern in dem Dorf Barßel. Zu dieser Gemeinde gehören u. a. die Dörfer bzw. Ortsteile, Lohe, Hakebrügge, Rekenfeld, Barßelermoor, Roggenberg und die Fehnsiedlung Elisabethfehn – eingerahmt vom Ammerland, Ostfriesland und das Saterland [29]- und doch gibt es in dem Film so viele Bilder, die auch in meiner eigenen Erinnerungen vorhanden sind, so dass ich nicht zur Literatur greifen muss, um zu erfahren, wie es damals war. Die nahe Grenze nach Holland hat keine große Rolle gespielt, weil unser Leben mehr nach Oldenburg und

29 Dabei sind Barßel, Lohe und Hakebrügge Ausläufer des oldenburgischen Münsterlandes (bestehend aus den Landkreisen Cloppenburg und Vechta) mit alter Geschichte und überwiegend katholisch und Elisabethfehn eine typische Moorsiedlung mit schiffbaren Kanal, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstanden ist. Die Evangelischen, Baptisten und Katholiken teilen sich das Feld der Gläubigen, wobei das Feld der Nichtgläubigen wächst. https://de.wikipedia.org/wiki/Bar%C3%9Fel https://de.wikipedia.org/wiki/Moor-_und_Fehnmuseum_Elisabethfehn

Bremen ausgerichtet war. Aber zerstörte Brücken und Häuser, verminte Wege, Besatzung, Ausgebombte, Flüchtlinge [30], Vertriebene, zurückgebliebene Fremdarbeiter [31], KZ-Überlebende, Schwarzmarkt, Schwarzschlachten, Schwarzbrennen, das Schneidern zu Hause [32] sind erlebte Ereignisse. Das Essen war manchmal knapp, aber gehungert haben wir nicht, das lag nicht nur am eigenen Garten und dem Schwein und den Hühner im Stall, sondern auch daran, weil meine Eltern ein Friseurgeschäft und ein Fotoatelier und dadurch eine gute Basis für Tauschgeschäfte hatten.[33] Aber mein invalider Vater musste mit dem Fahrrad über 200 km nach Hamburg fahren, um Material zu besorgen. Es war dann nicht nur die Frage, ob die geflickten Reifen durchhielten, sondern auch, ob man mit seiner Tauschware überhaupt seinen Zielort erreichte. Wie im Film gezeigt wurde, schritten die Ordnungshüter ja nicht nur ein, weil der Schwarzmarkt offiziell verboten war, sondern auch, um sich selbst zu versorgen.

Durch den Geschäftsbetrieb bedingt sind meine Geschwister und ich sozusagen in einem Haus der offenen Türen groß geworden. Die Räume im Untergeschoss des Hauses, das wir bewohnten, wurden bis auf eine Wohnküche für das Geschäft genutzt. Es kam auch vor, dass wartende Kunden in die Küche geschickt wurden, damit sie sich einen Tee kochen konnten. Im Krieg hatten wir schon Eingriffe der NS-Gruppenleitung erlebt, als wir größeren Kinder am Radio gespielt und dabei einen Feindsender eingestellt hatten. Die bemängelte Verdunkelung waren weiter Anlässe, dass an der Tür geklopft wurde. Eine Einquartierung von ungarischen Soldaten, die auf Deutscher Seite gekämpft hatten, sind auch ein Erinnerungsposten. Nach dem Krieg waren es neben den „normalen“ Kunden, freigewordene Zwangsarbeiter beiderlei Geschlechts, Besatzungssoldaten, Flüchtlinge und Mitglieder der zahlreichen Verwandten, die einen Gang zum Arzt oder ins Gemeindebüro für einen Kurzbesuch nutzten. Ein Vetter berichtete mir auf einer Beerdigung (Das sind heute die Familientreffen.), dass er früher immer erstaunt gewesen wäre, wenn er in unserer Küche fremde Leute angetroffen habe, die sich einen Tee kochten. Besonders zu erwähnen sind ein Pole als Freund des Hauses, der als Fremdarbeiter einen gefallenen Schuster ersetzt hatte und mit dem sich mein Vater über die Musik gut verstand, eine Gräfin, die meiner älteren Schwester Nachhilfeunter-

30 Darunter auch eigene Verwandte, die aus dem Memelland über Dänemark zu uns gekommen waren.

31 Später hießen die dann Zwangsarbeiter, aber sie waren nicht alle aufgrund von Zwang gekommen. Es gab nach dem Krieg Fehn-Siedlungen, wo auf der einen Seite des Kanals die Deutschen ausquartiert und Polen einquartier wurden. Haren an der Ems war eine Zeitlang eine komplett polnische Stadt.

32 Mein Konfirmationsanzug wurde aus einer gewendeten Uniform von einem in unserer Gegend gestrandeten Schneider in unserer Wohnküche genäht.

33 Aber wenn ich auf entfernten Bauernhöfe, die nur über lockere Sandwege zu erreichen waren, mit dem Handwagen Kartoffeln holen musste, und dann ein Stück Brot mit Wurst angeboten bekam, war das etwas ganz besonderes.

richt gab, ein Polizist mit seiner Familie aus Ostpreußen, der nach dem Krieg bei uns den Polizeiposten übernommen hatte. Er und der Pole haben meinem Vater ein lange vermisstes Heimatgefühl vermittelt. Dann schneite eines Tages auch noch ein Mensch herein und frage an, ob er im Herrensalon arbeiten könne. Mein Vater [34], der schon vor Kriegsbeginn zum Militär eingezogen wurde und gleich am Kriegsbeginn beim Militär einen Schlaganfall erlitten hatte, der ihn mit 35 Jahren zum „Krüppel“ [35] mit linksseitiger Lähmung gemacht hatte, war froh, dass ihm Hilfe angeboten wurde. Die neue Hilfe wohnte in einem Gasthaus. Nach nicht langer Zeit kam die Militärpolizei und hat ihn verhaftet. Ihm wurde der Prozess gemacht, in dem er zum Tode verurteilt wurde. Wie sich herausstellte, war er in einem der Lager des KZ Börgermoor [36] oder Esterwegen [37] auf der Täterseite im Einsatz gewesen. Ich habe später in Bremen unter dem Dach eines Opfers gelebt. Es war Karl Bauer, der Mann meiner Kusine Helene.[38] Wenn ich nicht von den Erzählungen her wüsste, wer Täter und wer Opfer gewesen ist, dann hätte ich das von den äußeren Erscheinungen und vom Reden her gsehen nicht erkannt.

Und dann als 1948 die Währungsreform durchgeführt wurde, gab es wie durch ein Wunder in den Geschäften Waren, von denen man vorher nur geträumt hatte. Wir Kinder waren ja vor der Währungsreform darauf trainiert, irgendwelche gesichtete Angebote zu Hause zu vermelden. Ich kann mich noch erinnern, wie ich nach Hause gelaufen bin und schon in der Haustür rief: „Mama, Mama, bei dem Kaufmann Wreesmann gibt es Teller!“ Vermutlich waren Teller im Haushalt meiner Eltern eine Mangelware. Wahrscheinlich hat es damals auch giftige Kommentare zu dem Verhalten der Kaufleute gegeben, weil durch ihr vorheriges Hamstern die Leute ja an einem Mangel gelitten hatten. Aber wer kann sich schon erlauben, Waren herauszurücken, ohne einen Gegenwert dafür zu erhalten. Hier zeigt sich eben die Bedeutung eines werthaltigen und wertbeständigen Geldes.

---

34 Die Litauer hatten ihm ein Musikstudium versprochen, wenn er die litauische Staatsangehörigkeit annehmen würde. Da er Deutscher bleiben wollte, blieb es bei dem erlernten Beruf des Damen- und Herrenfriseurs. Auf seiner Wanderschaft in den Westen las er in Hamburg, als er dort arbeitslos wurde, in einer Zeitung, dass in dem Ort Barßel noch Platz für einen Friseur wäre. Er hat sich nach dort aufgemacht und ist mit 23 Jahren selbständig geworden. Die Fotografie hat er sich selber beigebracht. Aufgrund seiner Behinderung wurde ihm dann noch während des Krieges die Meisterschule für Fotografie in Weimar ermöglicht. Das Memelland wurde im Jan. 1923 von Litauen annektiert. https://de.wikipedia.org/wiki/Memelland

35 Der Begriff Behinderte wurde noch nicht verwendet, von Versehrten sprach man, wenn sich Soldaten im Kriegseinsatz Behinderungen zugezogen hatten.

36 https://de.wikipedia.org/wiki/KZ_B%C3%B6rgermoor Hier ist das Lied vom Moorsoldaten entstanden.

37 https://de.wikipedia.org/wiki/KZ_Esterwegen Hier war Carl von Ossietzky eingesperrt. Siehe dazu auch: „Carl von Ossietzky und Silvio Gesell / Eine Begegnung zweier Gedankenwelten“ von Werner Onken, 2006 und den Bericht von Carl Burckhardt über von Ossietzky in „Meine Danziger Mission“.

38 http://www.tristan-abromeit.de/pdf_helene/helene_0.pdf

Zum Film „Freistatt“ ARTE, Sendetermine: Freitag, 20. Januar 2017

Sommer, 1968: Während die Studenten rebellieren und nach Freiheit streben, wird der 14-jährige Wolfgang von seinem Stiefvater in die Fürsorgeanstalt Freistatt, ein Heim für Schwererziehbare, abgeschoben. Verschlossene Türen, vergitterte Fenster und militärischer Drill sind allgegenwärtig. - "Freistatt" wurde mit dem Deutschen Filmpreis für das beste Drehbuch ausgezeichnet.

Sommer, 1968: Der Wind der Veränderung ist in den norddeutschen Kleinstädten höchstens als Brise zu spüren. Mit Aufmüpfigkeit begegnet der 14-jährige Wolfgang seinem Alltag, seiner Mutter und vor allem seinem Stiefvater. Als er von seiner Familie in die abgelegene kirchliche Fürsorgeanstalt Freistatt abgeschoben wird, findet er sich in einer Welt wieder, der er nur mit noch unbändigerem Freiheitsdrang begegnen kann: verschlossene Türen, vergitterte Fenster, militärischer Drill während der als Erziehung verbrämten täglichen Arbeitseinsätze im Hochmoor. Doch für Wolfgang ist eines klar: Seine Sehnsucht nach Freiheit wird er so schnell nicht begraben. "Uns hat diese unerhörte Gleichzeitigkeit fasziniert", sagt Regisseur Marc Brummund. "Auf der einen Seite eine Gesellschaft, die zwischen Rock 'n' Roll und Studentenrevolte schier unbändig nach Freiheit zu streben scheint, auf der anderen Seite die Fortschreibung eines institutionalisierten und in seiner Dimension kaum vorstellbaren Missbrauchs in Erziehungsheimen und Institutionen."

Stichworte: Misshandlung *1960er Jahre * Heim für Schwererziehbare * Traumatisierung * Jugend http://www.arte.tv/guide/de/048779-000-A/freistatt

Filmkritik:

… Brummund, der das Drehbuch gemeinsam mit Nicole Armbruster geschrieben hat, siedelt die Handlung in den späten Sechzigerjahren an, was die skandalösen Missstände erst recht in grellem Licht erscheinen lässt: Während sich die Republik anschickt, den Muff der tausend Jahre zwischen 1933 und 1945 endlich hinter sich zu lassen, herrschen in Freistatt Bedingungen wie in einem Arbeitslager. Der Film beginnt mit viel Zeitgefühl und Aufbruchstimmung; das ändert sich abrupt, als Wolfgang nach Freistatt kommt, weil sein gewalttätiger Stiefvater (Uwe Bohm) eifersüchtig die innige Beziehung zwischen dem 14-Jährigen und seiner Mutter beenden will. Allerdings kommt der Junge vom Regen in die Traufe: Sehr schnell wird klar, warum die Zöglinge das Heim als Vorhof zur Hölle bezeichnen. Erbarmungslos machen sich die Aufseher den Gruppendruck zunutze; Wolfgangs Fluchtversuche haben Abendbrotverbot für alle zufolge, wofür sich die Gruppe kollektiv an ihm rächt. Aber weil er sich auch von mittelalterlichen Bestrafungsmethoden nicht brechen lässt, gewinnt er schließlich doch den Respekt der Leidensgenossen.
Die Geschichte ist naturgemäß freudlos, aber der Film ist hervorragend. ...

https://www.evangelisch.de/inhalte/141786/20-01-2017/tv-tipp-201-arte-2015-uhr-freistatt

Arte-Film „Freistatt“ Sie vernichteten ihre Seelen

Der Arte-Film „Freistatt“ handelt vom Horror der Erziehungsheime, in denen Jugendliche in der Bundesrepublik bis in die siebziger Jahre brutal misshandelt wurden: Das Unrecht schreit uns an.

20.01.2017, von Heike Hupertz

…

Aufarbeitung beginnt erst jetzt

Judith Kaufmanns intensiv schildernde Kameraarbeit in diesem bis an die Grenze des Erträglichen bedrückenden Film ist zu Recht preisgekrönt worden. Sein zeitgeschichtlich auch in den Details verbürgtes Sujet, das die Regie von Marc Brummund so gnadenarm wie drastisch nach und nach entbirgt (Drehbuch Nicole Armbruster und Marc Brummund), wird erst seit wenigen Jahren systematisch aufgearbeitet. Auch die Rolle der Jugendämter ist hier zu beleuchten. Im Jahr 2015 hat es erstmals von staatlicher Seite einen Anspruch auf Entschädigung für an Leib und Seele geschädigte Fürsorgezöglinge gegeben, die beileibe nicht alle Waisen waren.

Die meisten Heimerziehungseinrichtungen gab es in kirchlicher Trägerschaft. „Freistatt“, eines der berüchtigtsten, gelegen in ländlicher Abgeschiedenheit, die zur willkommenen Isolation der Insassen beitrug, war ein Heim der Diakonie. Es heißt, dass es seine Geschichte in vorbildlicher Weise aufgearbeitet hat. Dass der Pastor (Hans Peter Korff) zu allen Schandtaten salbungsvoll und gütig schweigt, ist eine wichtige, aber nur eine Seite der furchtbaren Sache. Der Film „Freistatt“ ist keine Anklage gegen die Kirche im Speziellen. Sein vor allem durch die Bilder und Szenen von differenzierender, höchster Anschaulichkeit vermitteltes Verdienst ist es, das funktionierende System und den systematischen Zusammenhang von autoritärer Persönlichkeit und Repression, wie er zuerst von Erich Fromm und dann von Adorno beschrieben wurde, umstandslos freizulegen.

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/der-film-freistatt-handelt-vom-horror-der-erziehungsheime-14708681.html

Anfang Januar brachte meine Ex-Frau und Nachbarin, die ihr Berufsleben als Sozialarbeiterin gearbeitet hat, mir das ARTE Magazin 1.2017, weil sie wusste, dass mich eigenes Erleben mit Freistatt verbindet. In dem Magazin wird von Jessika Knauer über Freistatt berichtet. Dort heißt es im ersten Teil ihres Beitrages:

>> ICH WAR PSYCHISCH UND PHYSISCH KAPUTT <<

Wolfgang Rosenkötter

Oft wurde er gefragt, ob er denn auch schöne Erinnerungen hätte, an jene Zeit in Freistatt. Seine Antwort ist immer: „Nicht eine einzige.“ 16 Monate

verbrachte Wolfgang Rosenkötter ab April 1961 in der niedersächsischen Fürsorgeeinrichtung. 16 Monate, in denen der damals 16-Jährige statt christlicher Nächstenliebe Misshandlung erfuhr. 16 Monate, die der Film „Freistatt" in 98 Minuten aufarbeitet - stellvertretend für das Schicksal der ehemaligen rund 800.000 Heimkinder.
Freistatt, eine kleine Gemeinde im Landkreis Diepholz, war früher „Ersatzzuhause“ für schwer erziehbare Jungen zwischen 14 und 21 Jahren. Jungen wie Wolfgang Rosenkötter. Seine Geschichte ist exemplarisch für viele Kinder, die in den 1950er und 1960er Jahren in deutschen Heimen lebten. Er, Scheidungskind, pendelt zwischen den Eltern, seitdem er fünf ist. „Emotionale Nähe habe ich nie wirklich kennengelernt." Mit 15 Jahren schickt ihn das Jugendamt - auf Wunsch seines Vaters - das erste Mal in ein Heim, zweimal reißt er aus, zweimal bringt ihn sein Vater zurück. Er kommt in ein strengeres Heim, dort das gleiche Spiel. Am Ende der Kette steht Freistatt, eine Außenstelle der Bodelschwinghschen Anstalten Bethel. Im umliegenden Moor stechen zwischen 1945 und 1975 rund 7.000 Zöglinge Torf für die Diakonie - unbezahlt, tagein, tagaus. Hinzu kommen psychische und physische Gewalt ausgehend nicht nur von den Erziehern, sondern auch von den Kindern selbst. Die Hausordnung war, so beschreibt es die spätere Untersuchung „Endstation Freistatt“, ein wirksames Mittel, um die Zöglinge sozial zu isolieren und eine Atmosphäre des Misstrauens zu schaffen. „Das System war perfide“, bestätigt Wolfgang Rosenkötter. „Sobald einer Mist gebaut hat, wurden auch die anderen bestraft. Die Kollektivstrafen bewirkten, dass wir uns gegenseitig disziplinierten. Solidarität gab es nicht.“ Zweimal versuchte er damals zu fliehen, einmal schaffte er es bis nach Hause. Doch sein Vater glaubte ihm nicht - trotz blutigem Rücken. Zurück in Freistatt folgte die Strafe postwendend: Prügel mit dem Billardstock und drei Wochen Isolationszelle.

DER LANGE WEG DER AUFARBEITUNG
Rund 3.000 staatliche und kirchliche Heime gab es in der frühen Bundesrepublik. Oft abgeschiedene Orte, in denen die erzieherischen Methoden des Nationalsozialismus weiterlebten und größtenteils unausgebildete Erzieher die repressive „schwarze Pädagogik" praktizierten. Erst die „Heimkampagne" der Außerparlamentarischen Opposition setzt ab Mitte der 1960er Jahren einen allmählichen Wandel in Gang. …

Es war im November 1955. Ich war mal wieder im Seemannsheim der Seemannsmission in Bremen und verdiente mein Geld mit Gelegenheitsarbeiten. Ich wollte immer noch nicht wieder zu See fahren. Schon Mitte 1953 hatte ich die Nase voll. Die Hauptgründe waren, dass von dem Kennenlernen von Ländern und Leuten nicht die Rede sein konnte und weil ich als Seemann keine Beziehungen zum anderen Geschlecht aufbauen konnte, die mit meinen damaligen Moralvorstellungen – die sich auch aufgrund des evangelichen Elternhauses in einem katholischen Umfeldes ohne Aufklärung gebildet hatten. Den Impuls von 1953, die Fotolehre zu Ende zu machen, hatte ich nicht realisieren können. Diese Lehre hatte ich 1948 nach der Entlassung der Volksschule wider eigenen Willen bei meinem Vater begonnen und

1950 als 16jähriger mit Zustimmung des Vaters nach zwei Jahren abgebrochen. Entscheidungen wurden damals nach momentanen Notwendigkeiten und Gegebenheiten getroffen. So wie eine ältere Schwester durch kriegsbedingten Abbruch der Oberschule schon mit 13 Jahren Lehrling im Friseurgeschäft wurde, so wäre ich – dessen Wechsel zur Mittelschule kriegsbedingt rückgängig gemacht wurde – zukünftig eine Entlastung für meinen invaliden Vater gewesen. Und weil die deutsche Seefahrt damals am Boden lag, hatte er noch das Argument, dass die Kapitäne froh währen, wenn sie einen Milchwagen fahren dürften und mein Berufswunsch somit etwas Irreales wäre. Ich hatte, als gegen Jahresende 1955 nicht nur die Erfahrungen mit der abgebrochenen Lehre und der Fahrzeit auf mehreren Schiffen hinter mir, sondern schon weitere Arbeitserfahrungen gesammelt. So habe ich im Winter 53 / 54 in Duisburg-Hamborn im Kohlebergbau unter Tage gearbeitet. (Ich wurde damals Teil eines innerdeutschen Gastarbeiterprojektes für das Ruhrgebiet.) Dann habe ich einem Onkel als Matrose auf seinem Binnenschiff ausgeholfen, danach den Eltern die Ruine ihres abgebranntes Hauses weggeräumt und die Fundamente für den Neubau vorbereitet.[39] Von der Arbeit in der Plattenschmiede einer Werft in Bremen wurde ich schon nach vier Wochen von der Familie zurückgerufen, weil mein Vater aufgrund eines Augenleidens nichts mehr sehen konnte. Ich sollte das Fotogeschäft weiter führen. Ich habe es auch versucht, war aber nicht reif dafür. So dass ich – als es meinem Vater wieder besser ging, mich nach Bremen aufgemacht habe, mich ins Seemannsheim einquartierte und mein Geld mit Gelegenheitsarbeiten verdiente.

In dieser Situation sagte Kurt Strecker, ein befreundeter Mitarbeiter des Seemannsheimes – er war nach meiner Erinnerung Mitglied der Bruder- oder Diakoniegemeinschaft Nazareth –[40] : „Schau dich doch mal in Freistatt um!“ Ich weiß nicht mehr, ob er mir seine Motive für seine Empfehlung dazu mitgeteilt hat. Religiöse Motive waren es wohl nicht, sie hätten mich auch nicht interessiert. Mir genügte das Gefühl, er wolle mir etwas Gutes tun. Ich war froh, ein neues Stück Welt kennen zu lernen, das mir noch fremd war. Ich war einfach neugierig auf neue Erfahrungen.
Mein Freund aus dem Seemannsheim ist später nach Australien ausgewandert. Er schrieb mir am 18.2 1958 u.a.:

> … Meine Arbeit ist also wieder im Tunnel, sie ist sehr gefaehrlich, hart und wird gut bezahlt. Uebrigens habe ich ueber den Tag hier ein Gedicht

39 Damals gab es noch einen schiffbaren Kanal vor dem Haus, so dass der Sand für Mörtel und Beton noch per Schiff angeliefert wurde und ich die Ladung mit der Schubkarre zur Baustelle gekarrt habe.
40 http://www.nazareth.de/.cms/5

geschrieben, dass ich Dir nicht vorenthalten werde. Also:

> Alle Tage ….
>
> Der Motor brummt.
> Zieht 30 Mann zum Tunnel
>
> Dort springt man ab
> und taumelt in das Loch.
>
> Man ist vor Ort.
> Ein Schacht beginnt, wohl 150 m tief.
>
> Wasser tropft.
> Gummikleidung glaenzt.
> Feucht warm ist die Luft.
>
> Man steigt ein.
> Der Schutz der Gitter ist verlassen.
>
> Ein Jeder ist allein. Erwartung im Gesicht.
> Ist es Erwartung ?
>
> Oder Angst ?
> Man spricht darueber nicht.
> Und mancher ist gegangen.
>
> Man grub so Gold
> vor langer Zeit.
> Hier graebt man Geld.
>
> Durch Haeufung vieler Stunden.
> Warum ??
>
> Der Motor brummt.
> Zieht 30 Mann zum Schacht.

Ja, es ist so sehr treffend ausgedrueckt und vielleicht kann mich nur der Verstehen, der in einer aehnlichen Lage ist oder war. Es ist eine grosse Schule und man muss durch.

Ich weiß nicht mehr, ob dieser Freund vor seiner Tätigkeit in Bremen auch in Freistatt gearbeitet hat, wenn ja, dann war ihm die religiös-geistige Welt dort bestimmt zu eng. Ich selber war vom 1. Dezember 1955 bis zum 15. Februar 1956 in Freistatt. Im Zeugnis steht:

> … Er hat sich in dieser Zeit gut in den Rahmen unseres Dienstes eingeführt und die ihm übertragenen Aufgaben zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten erfüllt. ...

Wie sehe ich nun heute meinen Arbeitseinsatz als 22-Jähriger und im Hinblick auf den Film *Freistatt?* Als ich von Freistatt weg ging, habe ich geurteilt: „Wenn man mich hier eingesperrt hätte, dann wäre ich als Verbrecher gegangen.“ Das sollte heißen, ich hätte mich mit

allen Mitteln dagegen gewehrt und wäre dabei sicherlich straffällig geworden. Ich kann auch zustimmen, dass hier ein guter Spielfilm gemacht wurde. Er spiegelt zum Teil auch Wirklichkeiten wider, wie ich sie im Winter 55/56 erlebt habe. Die Differenzen, die ich aufgrund meiner Erinnerungen feststelle, können daraus resultieren, dass sich die Verhältnisse zwischen meinem Aufenthalt dort und der Zeit, den der Film dokumentieren will, geändert haben. Es kann aber auch daran liegen, dass eine Zeichnung eines gesellschaftlichen oder institutionellen Zustandes im Rückblick immer schwierig ist. Schon dadurch, dass heute einfache körperliche Arbeiten von den Literaten, Sozialwissenschaftlern und Filmemachern nur noch selten aus eigenen Erfahrungen bekannt sind, werden solche, die mündlich oder schriftlich aus der Vergangenheit überliefert wurden in die Nähe von entwürdigenden Straf- und Zwangsarbeit gerückt. Ich hatte später Gelegenheit, mich an die Arbeit der Jugendlichen positiv zu erinnern. Ich komme noch darauf zurück. Weiter halte ich es für falsch, einfach zu sagen, dass die Methoden aus der Nazizeit fortgesetzt wurden. Das Problem, was hier zur Diskussion steht, ist eines, welches sich durch die Generationen fortpflanzt und auch nicht auf eine Gesellschaftsform beschränkt ist. Es war wohl 1965, als ich mit einem Kommilitonen an der AWP in Hamburg über dieses Thema ins Gespräch gekommen war. Er schenkte mir daraufhin das Buch „Der Weg ins Leben“ 1960, mit über 733 Seiten von A.S. Makarenko. Als ich es gelesen hatte, habe ich damals gedacht, dass das, was ich in Freistatt erlebt habe, gegenüber der Schilderung von Makarenko in russischen Erziehungsheimen ein Kinderspiel gewesen ist. Ich weiß nicht, wie ich den Text heute lesen würde. Ich habe gestern vorm Einschlafen das Buch in die Hand genommen, um zu schauen, ob ich mit einem Zitat einen Anknüpfungspunkt finde. Auf der Seite 422 fand ich den Satz:

> Wie stets wurde die Kolonie durch ein Signal geweckt, und die Einsatzabteilungen marschierten in Reih und Glied auf die Felder. Sogar unsere alten Nachzügler, wie Jewgenjew, Nasarenko und Perepeljatschenko, machten uns keinen Kummer mehr.

Auch wenn diese Zeilen von Makarenko Dichtung sind, so werden sie Erfahrungen widerspiegeln, die in Russland gemacht wurden. Die Probleme sind immer die gleichen: Wie werden Kinder zu Erwachsenen, die dann den Zusammenhalt ihrer Gesellschaft ermöglichen und die Last ihrer nachwachsenden und die vorausgehenden Generation, die aus dem Arbeitsprozess ausgestiegen sind, tragen können. Wie wird mit der Sexualität allgemein und im Besonderen mit den Jugendlichen umgegangen.[41] Und wie es ist mit jungen Menschen umzugehen, die sich an die jeweils geltenden Normen nicht halten oder nicht halten können. In

41 Das Thema spielte auch bei der Gründung der GRÜNEN eine Rolle. Siehe: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/138.0.Paedophilie.Geschichte.Gruene.Anmerkungen.pdf

einem Text von Seneca, der vor über 2000 Jahre lebte, habe ich eine Bewertung der Urteile über die Jugend gelesen. Sinngemäß hieß es da, dass vor 2000 Jahren auch schon gesagt wurde, die Jugend sei verdorben. Inzwischen sind das über 4000 Jahre her. Hier kann man schon ableiten, dass die Erziehung ein ewiges Problem ist. Die jeweilige Erwachsenengeneration hat selten Anlass mit ihrem Erziehungswerk zufrieden zu sein. Die autoritäre Erziehung, in der die Prügel gesellschaftlich anerkannt oder wenigstens geduldet wurden, wurde von der antiautoritären Erziehung abgelöst und schon wieder verworfen, bevor sie verstanden wurde. Und die heutige „Laber-Pädagogik“, die gefesselt in einem Gesetzesdschungel und dabei trotzdem durch das Bildungssystem auf Dressur ohne Instrumente für Sanktionen ausgerichtet ist, findet ihre Richter in der nächsten oder übernächsten, dann verantwortlichen Generation.

Bruno Schliephacke setzt sich in „Pestalozzi der Rebell“, 1960, mit diesem Pädagogen, der häufig genannt und anscheinend wenig beachtet wird, auseinander. Auf der Seite 38 f. heißt es:

> Ist aber ein Elender mit den Gesetzen in Konflikt geraten, so fallen die Paragraphen über ihn her. Für seine Tat muß ein solcher Mensch selbstverständlich büßen, wenn er sie schon nicht wiedergutmachen kann. Aber was nützt es, wenn er nach dem Buchstaben seine Zeit sinnlos absitzt und nachher derselbe ist? Mit dieser Frage befaßt sich auch Pestalozzi in der Form eines Gutachtens in seinem *„Schweizerblatt,* das er im Jahr 1782 für kurze Zeit herausgab. „Qual und Leiden der Gefangenen bringen der Gesellschaft an sich keinen Vorteil und befördern die öffentliche Sicherheit nicht.“ Er fordert die Aufspürung der Ursachen, um dem Sünder die Möglichkeit eines neuen Lebenswandels zu geben. Zuchthäuser, Gefängnisse usw. sollen eine zurückführende Schule der verirrten Menschen sein, wo er bereits Einsichten und Rechttun üben kann; denn auch hier werden „alle Fähigkeiten des Menschen entwickelt durch das Mittel ihres Gebrauchs" und nicht durch gute Redensarten. So wird der große Menschenfreund der erste Kriminalpsychologe.
>
> Statt immer nur neue Gesetzesparagraphen zu schaffen, mit denen man die „Staatsmännerschlechtheit“ oft nur verdecken wolle, fordert er die Schaffung wirklich menschenwürdiger Lebensverhältnisse; denn „der Mensch ist gut und will das Gute, er will aber zu allererst auch wohlsein.“ Pestalozzi wußte nicht von dem bekannten Spruch des östlichen Weisen: Je mehr Gesetze im Land, desto mehr Räuber und Diebe! (Laotse, Tao Te King). Er war überhaupt erstaunlich wenig belesen, weil er aus dem unerschöpflichen Reichtum seines Inneren sprechen konnte, aber hier begegnet er sich mit den großen Geistern aller Zeiten.

Von einer Gesellschaft, in der es sich der Jugendliche und Erwachsene „wohlsein“ lassen

kann, sind wir aber noch weit entfernt. Und umso mehr sich das gesellschaftliche Leben in einer unendlichen Kette von Verwaltungsakten wandelt, um so weniger werden wir eine Gesellschaftsform haben, in denen sich die Menschen wohlfühlen können. Schliephacke, der auf seiner letzten Reise in ferne Länder ausgeraubt und ermordet worden sein soll, geht auch dem ökonomischen Denken des Pädagogen Pestalozzi nach. Und der hatte offensichtlich mehr Sinn für Gerechtigkeit als die heutigen Berufsökonomen. Ich habe einen Band aus „Einer Sammlung bedeutender pädagogischen Schriften ..." aus dem Jahr 1906 vorliegen. Es ist der Band „J. H. Pestalozzis Ausgewählte Werke". Darin habe ich vor längerer Zeit einen kleinen Absatz markiert:

> … Lieber Freund! Die Welt ist voll brauchbarer Menschen, aber leer an Leuten, die den brauchbaren Mann anstellen. In unserm Zeitalter verengert jeder seine Idee von menschlicher Brauchbarkeit gern innerhalb seiner eigenen Haut, oder dehnt sie höchstens aus über Menschen aus, die ihm so nahe liegen, als sein Hemd. … (S. 167)

Das sind Äußerungen aus der Zeit der Wende vom 17. zum 19. Jahrhundert. Und noch immer haben die Ökonomen das Problem der Arbeitslosigkeit nicht gelöst, aber Flüge zu den Sternen finanziert die Politik. Das wird offensichtlich für das Wohl der Bürger für wichtiger gehalten. Gefördert wird eine solche Einstellung durch ihre Wirkung. Die Weltraumforschung wirkt wie eine Kapitalvernichtung und wirkt so zum Erhalt der Rendite.

Ich habe noch einen Pestalozzi im Bestand, er heißt mit Vornamen Hans A.. Er ist aus unserer Zeit. Ich habe einen Vortrag von ihm in der Region Hannover gehört. Sein Buch heißt „Nach uns die Zukunft", Ein Taschenbuch aus dem Jahr 1979 mit gleich drei Vorworten u.z. von Robert Jungk, Fredric Vester und Herbert Gruhl. Auch dieser Pestalozzi ist ein Rebell, der uns vor der Destruktivität in der Gesellschaftsentwicklung nicht bewahren konnte. Leseprobe:

> **Die Widersprüche unserer Gesellschaft**
>
> *Fall I. Moralische Prinzipien*[42]
>
> *1.Beispiel*
> Kaum eine andere Erfindung hat die Menschheit in eine derartige Abhängigkeit gebracht wie das Auto. Das Autogewerbe aber behauptet einfach das Gegenteil. Der Slogan des diesjährigen Genfer Automobilsalons lautete: »Das Auto macht uns unabhängig!« Was macht's? Kein

42 Der Originaltitel lautete: »Der Lehrer zwischen Lüge und Wahrheit«. Vortrag gehalten anläßlich der Tagung der Interkantonalen Mittelstufenkonferenz in Solothurn vom 23. November 1977.

Mensch nimmt doch an, daß Werbung der Wahrheit entsprechen müsse. Wundert Sie das denn eigentlich nicht? Ist es für Sie bereits eine Selbstverständlichkeit, daß Ihre Kinder tagtäglich mit Aussagen und Behauptungen überhäuft werden, bei denen man von vornherein annimmt, daß sie kaum der Wahrheit entsprechen?

2.Beispiel
Die an der Atomindustrie kommerziell interessierten Kreise behaupten skrupellos, wir brauchten Atomkraftwerke, um uns von der Auslandsabhängigkeit in der Energieversorgung zu lösen. Jedermann, der auch nur einigermaßen informiert ist, weiß ganz genau, daß das Gegenteil zutrifft: daß uns die Atomenergie in eine totale Uran-Abhängigkeit vom Ausland bringt. Was macht's? Kein Mensch scheint anzunehmen, daß Argumente in der politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung der Wahrheit entsprechen, wenn sie von Lobbykreisen stammen.

3.Beispiel
Haben Sie sich schon einmal überlegt, weshalb man in der Wirtschaft von frisierten Bilanzen spricht? Frisiert heißt in der nicht-wirtschaftlichen Sprache »unwahr«. Weshalb gibt es kaum ein Unternehmen, das eine unfrisierte Bilanz veröffentlicht, also ehrlich über seine Finanzlage informiert? Und weshalb gibt kaum ein Unternehmen über seine wirtschaftlichen und personellen Verflechtungen wahrheitsgemäß Auskunft? Und weshalb ist kaum ein Unternehmen bereit, eine ökologische Buchhaltung oder gar eine Sozialbilanz mit öffentlichem Kontrollrecht zu erstellen? Aus dem einzigen Grund: Man behält sich vor, ob man die Wahrheit sagen will oder nicht. Und hat das Bankgeheimnis denn überhaupt einen anderen Sinn, als unkontrolliert lügen zu können?

Kann mir jemand von Ihnen sagen, weshalb eigentlich im Wirtschaftsleben die elementarsten moralischen Prinzipien nichts gelten? Weshalb sind im Wirtschaftsleben Lüge und Wahrheit Ermessenssache der Manager? Ich nehme an, daß Sie von Ihren Kindern verlangen, daß sie die Wahrheit sagen. Vielleicht bestrafen Sie sogar die Kinder, wenn sie lügen. Erklären Sie Ihren Kindern aber, daß diese Prinzipien für die »Stützen unserer Gesellschaft« nicht gelten? Wie erklären Sie es? (S. 16 f.)

Aber erst einmal wieder zurück zu Freistatt. Die Fehlentwicklungen in den Erziehungsanstalten – also auch in Freistatt - alleine bei dem Personal verorten zu wollen, halte ich für unangebracht. Auch ein Hinweis auf Sadisten trifft die Sache nicht richtig, weil die Heime von diesen – wenn diese anzutreffen sind - nicht gemacht wurden -, sondern nur genutzt werden. Ich würde dabei auch vorsichtig mit der Kennzeichnung Sadist sein, weil so ein Zwangssystem, wie es geschlossene Heime sind, leicht zu einer Interaktion der Gewalt führen. Es gab (und gibt) sicher auch Fehlleistungen außerhalb der Heime von Sozialarbeitern, Jugendämtern und Gerichten; aber selten wird man hier Menschen finden, die die Qual von eingesperr-

ten Jugendlichen als Ziel ihrer Entscheidungen und Handlungen sehen. Aber weil sie ständig unter öffentlicher Beobachtung stehen, suchen sie sicher Entscheidungen, die wasserdicht und konsensfähig sind. Und das sind nicht immer die richtigen Entscheidungen.

Bei den Bildern, die ich von meiner Zeit in Freistatt im Bestand habe, ist keines dabei, dass eine anstößige Behandlung der Zöglinge offenbart. Gewaltanwendung gegen Jugendliche habe ich dort zu meiner Zeit nicht erlebt (oder nicht als bedenklich registriert). Da ich in der großflächigen Anlage nicht gleichzeitig überall sein konnte, können mir solche entgangen sein. Die Arbeit, die geleistet wurde, habe ich nicht als entwürdigend angesehen. Da fand aber von mir eine Beurteilung aufgrund der eigenen Arbeitserfahrungen statt. In meiner Lehrzeit bei meinem Vater (1948 / 50) war ich auch mehrere Wochen zum Stuken des Torfes [43] allein im Moor. Es gab dafür eine Entlohnung in Form von fertigem Torf zum Heizen für die Familie. Es war damals keine Zumutung, sondern eine Möglichkeit, sich nützlich zu zeigen.[44] Zu meiner Zeit wurden die Jugendlichen in Freistatt für Drainagearbeiten im Moor und für landschaftliche Arbeiten z. B. für die Anlegung von Mieten eingesetzt. Bei gewinnorientierter Nutzung des Moores wäre der Einsatz von Maschinen sicher effektiver gewesen als der Einsatz von Jugendlichen. Die Arbeit im Moor war, bei aller notwendigen Kritik an Freistatt, eine pädagogische Chance. Der Missbrauch der Nazis des Spruchs „Arbeit macht frei!“ an KZ-Toren, darf doch nicht davon ablenken, dass dieser ursprünglich einen ganz andern Sinn gehabt hat:

> Heinrich Beta verwendete die Formulierung 1845 in der Schrift *Geld und Geist*: „Nicht der Glaube macht selig, nicht der Glaube an egoistische Pfaffen- und Adelzwecke, sondern *die Arbeit macht selig, denn die Arbeit macht frei.* Das ist nicht protestantisch oder katholisch, oder deutsch- oder christkatholisch, nicht liberal oder servil, das ist das allgemein menschliche Gesetz und die Grundbedingung alles Lebens und Strebens, alles Glückes und aller Seligkeit.“ (Hervorhebung im Original).
> https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeit_macht_frei

Im positiven Sinne sollten in Freistatt Jugendliche eine Chance bekommen, aufeinander Rücksicht zu nehmen und lernen, sich in einem Arbeitsprozess einzubringen und gegenseitig füreinander einzustehen. [45] Heute probiert man dieses Anliegen dadurch, dass man Jugendli-

43 Das Wort *stuken* wird den meisten Lesern ungbekannt sein. Vielleicht gibt es hier eine Erläuterung: http://www.nordwestreisemagazin.de/wiesmoor/moorvogt.htm

44 Torf war für das Leben im Umfeld meiner Jugend so selbstverständlich wie das Brennholz für Menschen in waldreichen Gegenden. Nach dem Krieg gab es eine Zeit, wo die Schüler einen Torfsoden zum Heizen in den Unterricht mitbringen mussten.

45 Ich habe die damalige und heutige Satzung nicht gelesen.

che, die es nötig haben, mit Segelschiffen auf die Reise schickt.

> **Er segelt mit Schwererziehbaren über die Weltmeere**
> Die Schweizer Jugendschiffe bieten Plätze für schwer erziehbare Jugendliche an. Als Kapitän segelte der Kerzerser Peter Heinzer zwei Jahre mit Jugendlichen um die Welt. Jetzt ist er Präsident des Vereins Compass.
> http://www.bernerzeitung.ch/region/freiburg/Er-segelt-mit-Schwererziehbaren-ueber-die-Weltmeere/story/22228988

Über das Thema Entlohnung bin ich vermutlich nicht gestolpert, weil ich schon selber Arbeitsverhältnisse erlebt habe, wo es nur Essen, ein Bett und ein Taschengeld gab. Als Schiffsjunge im Alter von 16 Jahren bekam ich neben dem Essen und einer Koje in Sarggröße 36 DM monatlich.[46] Von den Rennen auf den Loren[47] ins Moor - die einen Antrieb wie jene Draisinen haben, die an die alten Feuerwehrpumpen erinnern - hatte ich den Eindruck, dass da kein Druck ausgeübt werden brauchte. Da es nur einen Schienenstrang gab, bestand der Ehrgeiz der vorderen Lohre darin, dass sie von der folgenden nicht angetickt / gestoßen wurde und die Jungs in der nachfolgenden Lore hatten den entgegengesetzten Ehrgeiz. Erzieher oder Töchter von Erziehern mit einem Reitpferd habe ich dort nicht gesehen. Wohl aber hat mir ein Jugendlicher von einem Annährungsversuch einer Tochter eines Erziehers zu ihm berichtet. Und das war eine gewaltige Leistung in dem sexualfeindlichen Umfeld, das aber doch nur ein Spiegelbild der evangelisch-katholischen Sexualeinstellung war. Eine Selbstbefriedigung war eine große Sünde und musste daher bei den Jugendlichen verhindert werden. Die Verhinderung dürften aber wohl vergebliche Versuche gewesen sein. An den wenig menschenfreundlichen Schlafsälen – wie sie früher allgemein für Heime üblich waren – schloss ein Zimmer zur Überwachung der Jugendlichen an, wo jeweils ein Erzieher übernachten musste. Wenn ich mich recht erinnere, gab es ein Fenster in der Wand zum Schlafsaal, um die Jugendlichen beobachten zu können.
Einmal, als keine Ruhe im Schlafsaal eintreten wollte, habe ich die ganze „Meute“ mehrmals das Treppenhaus rauf und runter rennen lassen. Ich habe später überlegt, warum die Jungs meinen Anweisungen gefolgt sind, denn wenn ich auch nicht ängstlich war, eine Angst einflößende Gestalt war ich für Jungen, die im Alter fast an mich heranreichten, ja nicht. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass die Aktion eine willkommene Abwechselung war und dass das autoritäre Erziehungssystem im Fall der Verweigerung seinen Schatten voraus warf.

Empört haben mich damals die Gründe, die zur Einlieferung der Jugendlichen geführt haben. In einem Fall war es der Sohn eines Redakteurs, der sich nach Meinung seines elterlichen

46 Die hatte damals aber mehr Kaufkraft als heute 36 €.
47 Die Loren sind in großer Überzahl Schienenfahrzeuge ohne eigenen Antrieb - im Bergbau auch Hunt oder Hund genannt - zum Transport von Schüttgut. Die Ausnahme sind solche, die einen eigenen Antrieb mit eigener Muskelkraft haben, die zum Transport von Menschen eingesetzt werden.

Lebensumfeldes zu sehr für das andere Geschlecht interessierte. Der Jüngste unter den Zöglingen, war eingeliefert worden, weil er eine Scheune angesteckt hatte. Ich muss allerdings sagen, dass ich nur die Berichte der Jungen kannte und keine Akteneinsicht hatte. Ein Junge tat mir besonders leid, weil er ständig von den anderen Jungen gehänselt wurde. Der Grund war, er konnte aufgrund irgendeines Leidens im Afterbereich seine Unterhosen nicht sauber halten. Ganz schwach habe ich in Erinnerung, dass einmal ein Junge ausgebüchst ist und ein anderer eine Strafe in einer Isolierzelle absitzen musste. An der Ausstattung dieser Isolierzelle habe ich keinerlei Erinnerung. Vielleicht habe ich die gar nicht besichtigt, was für ihre seltene Benutzung sprechen würde. Bei keinem der Erzieher in dem Haus, in dem ich eingesetzt war und wohnte, haben sich bei mir die Nackenhaare gesträubt, wenn ich sie in Aktion sah. Das ist aber keine Rechtfertigung für die Art dieser Anstalten. Schon das Einsperren von jungen Menschen, ist ein miserables Zeugnis für eine Gesellschaft, die sich als eine freie versteht. [48] An einen Erzieher erinnere ich mich deshalb besonders, weil er beim Lesen eines Buches ein Fremdwörterbuch daneben liegen hatte. Das war auch meine Lesesituation damals. Später habe ich von irgendjemand erfahren, dass ein Zögling einem der Erzieher ein Pflanzholz in den Hals gerammt hat. Wenn es stimmt, war es dann ein offener Ausbruch der latenten Aggression im System. Und für dieses System trug die Gesamtgesellschaft die Verantwortung und nicht nur ein paar Erzieher.

Ich habe weiter oben zitiert: „Rund 3.000 staatliche und kirchliche Heime gab es in der frühen Bundesrepublik.“ Das dürften nicht alles geschlossene Heime gewesen sein. Aber die Zahl sollte Anlass sein über den Markt für soziale Dienste nachzudenken. Nach meinem Eindruck hat sich hier ein Oligopol gebildet, mit dem vor allen die Kirchen unter der Fahne „Nächstenliebe“ ihren Einfluss auf die Gesellschaft und Politik sichern und leere Kirchenbänke kompensieren. Auch wenn hier oft Idealismus, Glaube und Aufopferung im Spiel sein mögen, letztlich geht es um Broterwerb, wie z. B. beim Arzt, Heizungsbauer, Bäcker oder Versicherungsvertreter. Ohne Kostenträger findet hier ein Mensch wohl nur äußerst selten eine Hilfe oder Aufnahme. Da mit staatlicher Aufsicht – die leicht zur Gängelung wird – alleine die Qualität der Sozialeinrichtungen nicht gesichert werden kann, scheint mir der Qualitätswettbewerb hier unverzichtbar zu sein. Dieser ist aber nicht zu erreichen, wenn zu viele Einrichtungen an einer religiösen oder sonstigen Kette hängen. Den Kirchen und auch den Verbänden, die einst im politisch linken Spektrum entstanden sind, muss nicht das Recht auf Betreibung von Heimen und Bildungseinrichtungen genommen werden, aber wohl die Wett-

48 Aus damaliger Sicht, wieder eine werden wollte oder den Status gerade mal wieder erreicht hatte.

bewerbsvorteile, die ihnen von der Staatsbürokratie eingeräumt wurden. Wenn wir wirklich eine marktwirtschaftliche Ordnung hätten, dann wäre es selbstverständlich, das weibliche und männliche Pädagogen, Sozialarbeiter und Kindergärtner – in Zusammenarbeit mit Eltern und anderen Interessierten - ihre Dienste in eigenen Heimen und Bildungsstätten anbieten könnten und zwar ohne Förderungsgesetze, die die Neugründungen behindern oder gar ausschließen. [49] Es wäre auch ein Fehler, alle Sozialeinrichtungen zu kommunalen Einrichtungen zu machen. So wie Kommunalpolitiker in der Regel keine Kompetenz für die Führung eines Kaufhauses, für eine Physiotherapie-Praxis oder eine Bäckerei haben, so haben sie auch keine für die Führung einer Schule, eines Kindergartens oder Heimes.[50]

Ich springe jetzt gedanklich in das Jahr 1960, als ich ein „Gastspiel" im Niedersächsischen Landesjugendheim gegeben habe. Aber vorher erzähle ich noch kurz, was zwischenzeitlich geschah. Zuerst bin ich nach meinem freiwilligen Einsatz in Freistatt von Bremen aus als Matrose auf dem schon erwähnten schwedischen Frachter gefahren, anschließend war ich im Internationalen Freundschaftsheim Bückeburg, danach bin ich von Ostfriesland (genauer von Elisabethfehn) aus mit einem Faltboot nach Schweden gepaddelt und gesegelt. [51] Ich hatte eine Kontaktadresse für eine Arbeit im Wald in Nordschweden, konnte diese aber nicht antreten, weil mir eine Arbeitsgenehmigung dafür fehlte. Vorher war eine mütterliche Freundin in mein Leben getreten, die in der Berufsberatung tätig war und für ein halbes Jahrhundert bis zu ihrem Tod „Bestandteil" meiner Familie wurde und geblieben ist. Im Freundschaftsheim [52] hatte mir ein dänischer Volkshochschullehrer von den deutschen Heimvolkshochschulen erzählt. Damit war der Besuch einer Heimvolkshochschule für mich ein neues Ziel. Es bestand aber die Notwendigkeit, vorher meine Geldbörse wieder aufzufüllen. Das geschah bei dem Fernsehgerätebauer Nord-Mende in Bremen am Fließband. Als ich dann eine Zusage für den Winterkurs 1958 /59 von der Bäuerlichen Volkshochschule in Raste erhalten hatte, glaubte ich, dass es gut sei, wenn ich mir noch Kenntnisse in der Landwirtschaft aneignen würde [53] und habe dann bis zum Kursbeginn auf einem großen Bauernhof am Jadebusen

49 Es gibt hier auch Wettbewerbsbeschränkungen, die die gleiche Wirkung haben wie die 5%-Klausel bei den Parteien.

50 Wenn ich hier für eine marktwirtschaftliche Lösung plädiere, dann sollte inzwischen klar sein, dass ich nicht von der Schaffung von Renditeobjekte spreche. Siehe auch: „Fragen zur Toleranz zwischen Gläubigen und Ungläubigen und eine Bewertung der Privilegien der Kirchen": http://www.tristan-abromeit.de/pdf/137.0.Fragen.der.Toleranz.Privilegien.Kirchen.pdf

51 http://www.tristan-abromeit.de/pdf/8 3.1.Mit.dem.Faltboot.nach.Schweden.pdf

52 Der Gründer, Pastor Mensching, hätte mich gerne als Hausmeister behalten, glaubte aber, mich nicht festhalten zu dürfen, weil ich meinen Weg gehen müsste.

53 Ich hatte vom Namen der Schule abgeleitet, dass dort vorwiegend Jungbauern unterrichtet wurden, das war aber nicht der Fall. Wir waren rund 60 Schülerinnen und Schüler. Es herrschte eine große Dynamik im

gearbeitet. Es folgte 1959 ein verlängerter Sommerkurs in der Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen, der mit einer „ Aufnahmeprüfung in Wohlfahrsschulen“ endete.[54] Für den Besuch oder das Studium an einer Wohlfahrtsschule fehlte mir aber das Geld. [55] Irgendwann hat mir ein Mensch gesagt, im Niedersächsischen Landesjugendheim in Göttingen könnte man arbeiten und gleichzeitig eine Ausbildung machen. Auf Nachfrage wurde das bestätigt. Ich habe mich beworben und wurde angenommen. Und so landete ich Anfang 1960 in diesem Heim in Göttingen. Das war auf dem Hintergrund meiner Erfahrungen in Freistatt kein Lotteriegewinn, aber ein Schritt vorwärts. Ich hatte bis dahin trotz aller Bemühungen an Land immer noch den Status des ungelernten Arbeiters. Der Status störte mich an sich nicht, nur mit ihm, so dachte ich, würde ich wohl keine Frau finden, die mir gefiele und sich an mich binden würde. Ich habe dann diese Stelle angetreten. Die Enttäuschung stellte sich bald ein. Die theoretische Ausbildung blieb aus, weil der interne Kurs schon für einen Anfänger zu weit fortschritten war. Eine Therapie oder Ausbildung der jugendlichen Heiminsassen konnte ich nicht feststellen. Der Arbeit, die von oder mit den Jugendlichen geleistet wurde, fehlte nach meiner damaligen Einschätzung der Ernstcharakter und war aus meiner Sicht nur „Beschäftigungstherapie“. Mir fehlte ein Ansatz, um mich sinnvoll in die Arbeit mit den Jugendlichen einbringen zu können. Ich kam mir wie ein Türschließer im Gefängnis vor. Die Anhäufung von Jugendlichen mit problematischer Persönlichkeitsentwicklung hielt ich für ungeeignet, diesen wirklich helfen zu können. Hinzu kam, dass meine damalige Freundin mir den Laufpass gab. Ich sah dann keinen Sinn mehr darin, länger dort zu bleiben. Im Zeugnis heißt es dann:

> Herr Tristan A b r o m e i t, geb. 21. Januar 1934 war Erzieher in unserem Heim für schwersterziehbare Kinder und. Jugendliche vom 2. Februar 1960 bis 30. Juni 1960. Es ging ihm darum, festzustellen, ob er für den Erzieherberuf geeignet sei. Sich selbst gegenüber ehrlich und anspruchsvoll genug, war er nicht bereit, sich mit Halbheiten zu begnügen und entschloß sich daher, sich zunächst einmal die wissenschaftlichen Grundlagen des sozialpädagogischen Berufes zu verschaffen. Sein Ausscheiden aus dem Dienst erfolgte daher auf seinen eigenen Wunsch.
>
> Wir bestätigen Herrn Abromeit gern, daß er sich vor sich selber über sein Tun gründlich Rechenschaft ablegte, seinen Dienst gewissenhaft versah und um das Wohl der ihm anvertrauten Jugend bemüht war. Wir wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.
>
> Göttingen, den 30. Juni 1960, gezeichnet Prof. Gerson

Haus. Gott und die Welt waren die Themen mit einer Reise nach Berlin und Vorträgen von Zeitungs-, Verbands-, Unternehmensvertreter und solche von Kulturvereinigungen.

54 Es war wohl damals die einzige Möglichkeit, uns Volksschülern (oder Schüler die andere Schulgänge abgebrochen hatten) ein Zertifikat zu vermitteln.

55 In dieser Zeit bin ich aus der Kirche ausgetreten, nicht weil ich ein Antichrist geworden war, sondern ein Agnostiker. Ich konnte das Glaubensbekenntnis der Kirche, in der ich - ohne gefragt zu werden – getauft wurde, nicht mehr als das eigene akzeptieren.

Der damals empfundene Mangel an theoretischer Ausbildung bedeutet nicht, das ich jeden ausgebildeten Erzieher mit staatlichem Examen für geeigneter halte als einen, der durch die Praxis in der Arbeitswelt geformt wurde. Aus beiden Aneignungsfeldern können sich Nieten wie auch Könner rekrutieren. [56]

Als positiv für das Landesjugendheim konnte ich verzeichnen, dass dort ein freiheitlicherer Geist herrschte, als in Freistatt, aber es fehlte dem Erziehungspersonal – aus der Rückerinnerung geurteilt – das vereinigende geistige Band, das in Freistatt spürbar war. Mir sind auch mal zwei Jugendlich davon gelaufen. Der Versuch scheiterte aber, weil ich schneller laufen konnte als sie. Als mir bei einem Arztbesuch ein Jugendlicher abhanden gekommen war, wurde davon kein Aufheben gemacht. Das Kollektiv der Jugendlichen musste das unerwünschte Verhalten einzelner Mitglieder nicht ausbaden. Als Negativposten empfand ich eben, dass mir bei den Arbeitseinsätzen der Jugendlichen der schon genannte Ernstcharakter fehlte. Ich habe mit ihnen z. B. in einer Ziegelei Steine umgestapelt, vermutlich ohne den Sinn erkennen zu können. Jedenfalls habe ich damals im Rückblick die Arbeit der Jugendlichen in Freistatt positiver empfunden, als die der Jugendlichen in Göttingen-Rosdorf. Aber man muss sich keiner Illusion hingeben. Geschlossene Heime sind Gefängnisse, wenn auch solche mit einen pädagogischen Auftrag. Ob dieser Auftrag gelingt, gelingen kann, hängt von vielen Faktoren ab. Die Leitung von Gefängnissen hat zwangsläufig einen autoritären Charakter. Menschen, die in autoritären Strukturen leben müssen, suchen – wie eingesperrte Tiere ein Loch im Zaun – nach Schwachstellen im System. Ein Erzieher in einem geschlossenen Heim ist dabei nicht frei in der Wahl des Umganges mir eingesperrten Jugendlichen, der Spielraum zwischen „an der Kandare halten“ und „frei laufen lassen“ ist eng. Die Neigung zur Gewalt speist sich auf Seiten der Erzieher und der Zöglinge aus dem System. Ich habe weiter oben berichtet, wir Schüler in der Volksschule, in der uns der Hauptlehrer an der Kandare hatte, den Junglehrer, der nach dem Krieg mit neuen Ideen in die Schule kam und uns laufen ließ, aber den Respekt verweigerten. Das gleiche passiert einem Erzieher, in einem geschlossenen Heim, der eine „weiche“ Tour fährt. Ich wurde in Göttingen einmal mit einem Trupp Jugendlicher in eine Gärtnerei geschickt, um einen Acker umzugraben. Damit ich nicht wie ein Aufseher herumstehen musste, habe ich selber zum Spaten gegriffen und gegraben. Ich habe mich den zu Beaufsichtigenden gleichgestellt. Dieses veranlasste die Gruppe dazu, eine neue Rangordnung herauszufinden. Das Mittel wäre in diesem Fall gewesen, mich zu verprügeln und mich mit ihren Spaten zu attackieren. Dass das nicht geschah, lag nur daran, dass ich gestützt auf den Spaten durch meine Körperhaltung klar zum Aus-

56 Das Berechtigungsunwesen und der Zertifikatsfetischismus ist ein gesondertes Thema.

druck brachte, das ich mich in einem solchen Fall mit meinem Spaten wehren würde. Hätten die Jugendlichen - die ja zum Teil meine Statur hatten – nicht klein beigegeben, hätte ich als rabiater prügelnder Erzieher dagestanden, obwohl ich innerlich auf ihrer Seite stand. Man soll also vorsichtig sein mit Urteilen über Heimerziehung und sich darauf konzentrieren, wie diese vermieden werden können [57]

Nun zu der **Gedenksitzung des Bundestages zur Erinnerung an die Opfer der „Euthanasie“** im NS-Staat am 27 1. 2017 im Reichstagsgebäude

Mit dem Link https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw04-de-gedenkstunde/490478 ist der Beitrag > Bundestag erinnert an die Opfer der „Euthanasie“ im NS-Staat < zugänglich. Die Zwischenüberschriften lauten:

- „Ein Beitrag zur Entstigmatisierung von Menschen“
- Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
- 300.000 Opfer des „Euthanasie“-Programms
- „Die Würde des Menschen ist unantastbar“
- „Die Erinnerung wachhalten“
- „Annas Todesurteil ein bürokratischer Akt“
- „Jahrzehntelang vom öffentlichen Gedenken ausgeschlossen“

Unter diesem Link
https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/48684060_kw05_holocaust_ausstellung/215036
ist folgender Bericht und die Einleitung zu lesen:

> **Die späte Erinnerung an die Opfer der Euthanasie**
>
> Welchen "Wert" hat das Leben des Einzelnen? Diese zutiefst unmoralische Frage war in der Zeit der NS-Herrschaft Ausgangspunkt zur Ermordung von mehr als 300.000 Menschen mit Behinderungen oder Nervenkrankheiten, deren Leben aus Sicht der Nationalsozialisten nicht lebenswert war. Sie wurden in extra dazu errichteten Lagern und Anstalten vergast, mit Schlafmitteln getötet oder systematisch in den Hungertod getrieben.
>
> Mit den Opfern – aber auch den Tätern dieser Vernichtungsstrategie beschäftigt sich die **Ausstellung "Erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus"**, die am **Montag, 27. Januar 2014**, von **Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt (SPD)** und Schirmherr **Bundespräsident Joachim Gauck** eröffnet wurde.

Die Zwischenüberschriften:

57 Bei der Suche nach einem Link auf das Jugendheim und nach Fällen von Pädophilie, von der ich gerüchteweise gehört aber nicht überprüft habe, habe ich gerade den Titel eines Vortrages entdeckt: „*Hilflose Helfer - Die Gewalt der Helfer gegen die Klienten*“. Siehe: https://www.uni-goettingen.de/de/137460.html Der folge Link könnte auch noch ergiebig sein: http://heimkinder-forum.de/v4x/index.php/Thread/8699-G%C3%B6ttingen-nieders%C3%A4chsisches-Landesjugendheim/

- Schmidt: Der Bundestag ist der richtige Ort
- "Das Schweigen in Gesellschaft und Familie"
- Opfer sollen zu Wort kommen
- Späte Aufarbeitung und Erinnerung
- Bundestagsvizepräsidentin fordert Inklusion von Anfang an

Solche Erinnerungsveranstaltungen und -ausstellungen haben solange ihren Sinn, wie sie nicht zu einem Ritual und eine Zwangserinnerung werden. Auch dürfen Hinweise auf das Versagen von im Nationalsozialismus befangenen Akteuren nicht dazu führen, die Politik der Demokraten in der Weimarer Republik, den Weg für die Nazis geebnet haben, außen vorgelassen werden. Die Rede von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hätte an zusätzlicher Glaubwürdigkeit gewonnen, wenn er darauf hingewiesen hätte, dass auch der von ihm präsentierte Bundestag seit seinem Bestehen durch Gesetze, die die Entwicklung an Vernichtungsverfahren (Forschung) und Tötungsmaschinen (Rüstung) ermöglicht bzw. mitgewirkt hat. Im einen Fall sprach man vom „unwerten Leben“, im anderen Fall spricht man vom Feind oder Terroristen. In beiden Fällen muss den Opfern das Menschsein abgesprochen werden. Aber dadurch, dass der Bundestag in Folge eine Ökonomie schützt, die massenweise Menschen in den Hunger, in Flucht oder in den Tod getrieben und Alternativen dazu verhindert hat, operiert er im Schatten des alten Reichstages, der heute sein Domizil ist.

In diesem Themenfeld zu argumentieren ist schwierig, weil man immer Gefahr läuft, in die eine oder andere Ecke gestellt zu werden. Wenn die Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt eine „Inklusion von Anfang“ an als Abwehr von Euthanasiegedanken fordert, dann kann das nur erreicht werden, wenn die jeweils Betroffenen das selbst vereinbaren. Ein Zwang zur Inklusion kann zum Gegenteil des Gewünschten oder Verlangten führen. Der Begriff hat einen schönen Inhalt:

> Der Begriff Inklusion hat seine Wurzeln im Lateinischen. Dort bedeutet das Verb *includere einlassen* und *einschließen*, das Sustantiv *inclusio* bedeutet *Einschließung* und *Einbeziehung*.
>
> Als **soziologischer Begriff** beschreibt das Konzept der Inklusion eine Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und gleichberechtigt und selbstbestimmt an dieser teilhaben kann – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft, von Religionszugehörigkeit oder Bildung, von eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen.
> In der inklusiven Gesellschaft gibt es keine definierte Normalität, die jedes Mitglied dieser Gesellschaft anzustreben oder zu erfüllen hat. Normal ist allein die Tatsache, dass Unterschiede vorhanden sind. Diese Unterschiede werden als Bereicherung aufgefasst und haben keine Auswirkungen auf das selbstverständliche Recht der Individuen auf Teilhabe. Aufgabe der Gesellschaft ist es, in allen Lebensbereichen Strukturen zu schaffen, die es den Mitgliedern dieser Gesellschaft ermöglichen, sich barrierefrei darin zu bewegen.

> So auch im Bereich der **Bildung**. Die **inklusive Pädagogik** beschreibt einen Ansatz, der im Wesentlichen auf der Wertschätzung der Vielfalt beruht. In einem inklusiven Bildungssystem lernen Menschen mit und ohne Behinderungen von Anfang an gemeinsam. Homogene und damit separierende Lerngruppen werden nicht gebildert. Von der Kindertagesstätte über die Schulen und Hochschulen bis hin zu Einrichtungen der Weiterbildung wird niemand aufgrund einer Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen. Vielmehr ist es die Aufgabe des Bildungssystems, durch Bereitstellen von speziellen Mitteln und Methoden einzelne Lernende besonders zu unterstützen und zu fördern. Nicht das Individuum muss sich also an ein bestimmtes System anpassen, sondern das System muss umgekehrt die Bedürfnisse aller Lernenden berücksichtigen und sich gegebenenfalls anpassen.
>
> *Autorin: Andrea Schöb, Juli 2013* http://www.inklusion-schule.info/inklusion/definition-inklusion.html

Die Anpassung des Systems an die Möglichkeiten aller Nutzer hat spätestens dann seine Grenze erreicht, wenn diejenigen, die die Systemanpassung durch eigene Leistung ermöglichen sollen, überfordert sind. Mein Eindruck ist, dass bei der Verabschiedung von Gesetzen viel zu wenig bedacht wird, unter welchen Bedingungen sie segensreich und unter welchen sie kontraproduktiv wirken. Es ist einfach naiv zu glauben, dass ein Gesetz schon dann gut ist, wenn es mit einer Mehrheit beschlossen wurde.

In „Bundestag erinnert ...“ ist zu lesen:

> Anna Lehnkering war die Tante von **Sigrid Falkenstein**, die in ihrer Gedenkrede dazu aufrief, die „Euthanasie“-Opfer in das familiäre und kollektive Gedächtnis zu holen: „Es wäre zugleich ein Beitrag zur Entstigmatisierung von Menschen, die heute von Behinderung oder psychischer Erkrankung betroffen sind.“

Das ist ein wichtiger, aber nicht leicht zu befolgender Aufruf. Genauso wichtig ist es, nicht jede Überlegung, wie man das Leid in Form von geistigen oder körperlichen Behinderungen bei künftiger Menschen vermeiden kann, in die Nähe der Nazi-Ideologie zu rücken. Man kann seine behinderten Kinder lieben. Man kann stolz darauf sein, dass sie trotz ihrer Behinderung Fähigkeiten entwickelt haben. Man kann aber nicht stolz darauf sein, dass sie behindert sind. Mein ältester Sohn, von dem ich berichtet habe, dass er behindert ist, drückte es neulich drastisch aus: „Ich habe die Arschkarte gezogen.“ Die Aufforderung von Behinderungen von Familienangehörigen in das kollektive Gedächtnis zu holen und gleichzeitig damit ihre Entstigmatisierung zu bewirken, zeigt doch, dass das Bedürfnis der Gesellschaft nach Aus- und Absonderung auch ohne Nationalsozialismus noch wirksam ist. Vielleicht ist die Ursache dafür die Angst, selber betroffen zu sein oder zu werden.

Ich zitiere einen Abschnitt aus: „**Wo soll das sagenhafte Glück denn zu finden sein?** / Meine Spu-

rensuche - kollektiv und ganz privat“, Von Dieter Dieterich [58] aus dem Gespräch aus der Ferne [59] , Heft 407 / Ausgabe II / 2014. Es geht hier um das Betroffensein einer Familie von der Schizophrenie eines Familienmitgliedes.

> *Glücklichsein als „Begleitmusik"*
>
> Eine ganz andere Sache ist Glücklichsein als eine gleichsam innere Begleitmusik zum ganz normalen täglichen Leben. Seit ich nicht mehr berufstätig bin und ich mich an den Töchtern und Enkelkindern eigentlich nur noch freue, bin ich so etwas wie dauer-glücklich. Nicht im Sinne der Glücksmoment-Spitzen, aber doch einer anhaltend gehobenen Stimmungslage. Wenn ich innehalte und mein Leben überdenke, kann ich manchmal das jetzige Glücklichsein gar nicht fassen. Ist es vielleicht nur der Kontrast zu jahrelangem Unglück, das nicht mehr von mir weichen wollte? Das mich bis zum völligen physischen und psychischem Zusammenbruch herausgefordert hatte?
>
> Ich spreche über dieses private Unglück natürlich ungern und nur in Andeutungen. Zum Verständnis des später Nachfolgenden will ich nur soviel sagen: Im Verlauf unserer Ehe geriet meine Frau, promovierte Ärztin, in den überwältigenden Griff einer schweren psychischen Erkrankung, die unter dem Sammelbegriff *Schizophrenie* bekannt ist. Therapeutische Maßnahmen und Klinikaufenthalte erwiesen sich letztlich als nicht wirksam. Es gab unauffällige „gesunde“ Phasen - zumindest äußerlich, aber auch immer mehr schlimme psychotische Zustände. Zum Zeitpunkt des erkennbaren Krankheitsausbruchs - dem erfahrungsgemäß Jahre latenter, kaum erkennbarer Vorerkrankung vorausgehen - waren unsere Kinder 5 und 3 Jahre alt. Ich selbst war von meiner beruflichen Arbeit als Forschungschemiker voll in Anspruch genommen, also abwesend, oft auch dann, wenn ich zuhause war.
>
> In den schlimmen Phasen der Erkrankung erlebten die Kinder unverständliche und völlig hilflose Eltern. Mir wurde gesagt, dass ich mit ähnlicher Erkrankung der Kinder im frühen Erwachsenenalter rechnen müsse; es handle sich um eine Erbkrankheit. Ich weiß inzwischen, dass das so einfach nicht zutreffend ist. Derartige familiäre Unglücksfälle, die sich über Jahre hinziehen, sind gar nicht so selten. Sie werden verschwiegen, weil man gar nicht weiß, wie man sie schildern könnte, wenn man vermeiden möchte, als Familie stigmatisiert zu werden. Vor zehn Jahren, als meine Frau noch lebte, hatte ich darüber nichts schreiben können. Soviel also zur Vorgeschichte des eigenen Zusammenbruchs und seiner Folgen.

Den Text benötigte ich als Mutmacher, um über die eigene diesbezügliche Geschichte in

58 Dr. Dieterich war Professor für Chemie. Den Text, aus dem ich zitiere, hat er 20 Jahre nach seiner Pensionierung geschrieben. Einen Link zur Personenauskunft kann ich nicht vermitteln. Dieser gibt auch einen Eindruck von seinem Denken: https://proreltue.wordpress.com/2014/09/08/zum-vortrag-von-prof-dr-dr-dieter-dieterich-was-mussen-religionen-und-weltanschauungen-zu-einer-globalen-friedensordnung-beitragen-thesenpapier/

59 Diese Zeitschrift ist nach dem Tod des letzten Redakteurs Dr. Günter Geschke (1931 – 2013) eingestellt worden. Siehe: https://chrismon.evangelisch.de/artikel/2014/guenter-geschke-ist-tot-21334
Und: http://www.whoswho.de/bio/guenter-geschke.html
Ich überlege noch, ob ich das letzte Heft einscanne und ins Netz stelle.

„Andeutungen“ zu schreiben. Die Schwierigkeit liegt nicht darin, dass ich nicht persönlich etwas preisgeben möchte, sondern darin, dass man darüber nichts sagen kann, ohne andere Familienmitglieder mit einzubeziehen. Das Thema berührt mich nicht nur, weil mein erstgeborener Sohn – ein Zwilling – behindert ist, ich ein Enkelkind mit Down-Syndrom habe und dazu drei erwachsene Kindern beruflich mit Hilfsbedürftigen arbeiten, sondern auch, weil die Schizophrenie als Krankheit in meiner Familie vorgekommen ist (vorgekommen sein soll). Ich habe das in meiner biographischen Notiz auf meiner Internetseite so beschrieben:

> **Das Besondere**
>
> Ich bin als zweites von vier Kindern meiner Eltern im Januar 1934 geboren. Ich wußte, daß ich als übergewichtige Leibesfrucht (über 12 Pfund) für meine Mutter eine schwere Geburt war, die eine Schwangerschaftspsychose [60] zur Folge hatte und von der sie sich nur langsam erholte.
> Ich wußte auch, daß einer der Brüder meiner Mutter mit seiner Familie sein Haus geräumt hatte, damit sich meine Mutter dort erholen konnte. Die Familie des Onkels bestand immerhin aus vier Personen und meine Tante war mit dem dritten von ihren vier Kindern schwanger. Mich hatte man in einen Wäschekorb gepackt und zu Verwandten nach Delmenhorst gebracht, wo man in der Nachbarschaft eine Amme für mich fand. Daß ich in der Zeit von Mutters Krankheit versorgt werden mußte, war mir immer einsichtig, die Maßnahme, meine Mutter vor der Öffentlichkeit zu verstecken, aber nicht. Neulich sagte mir nun eine um 10 Jahre ältere Kusine [61], die Familie mußte doch Deine Mutter und Dich vor den Nazis in Sicherheit bringen. Ich wollte nun überprüfen, wann dann die Euthanasiegesetze im Nazi-Deutschland beschlossen worden sind. Ich habe es mit vertretbarem Aufwand und den Quellen, die ich hier zu Hause habe, nicht herausgefunden. Und das Verrückte an der ganzen Sache ist, daß der Onkel, in dessen Familie ich Aufnahme gefunden hatte, nach jahrelanger Arbeitslosigkeit eine Anstellung bei der Geheimen Staatspolizei gefunden hatte. Mir scheint: Von diesen Widersprüchen ist die ganze Nazi-Zeit geprägt. Als Mitglied der Deutschen Jugend (Zur Hitlerjugend wechselte man mit 14 Jahren.) habe ich dann mit Spielkameraden – rücklings auf der Weide liegend – versucht, die feindlichen Bomber zu zählen, die Bremen und Hamburg anflogen. Wir stellten fest, daß die deutsche Abwehrflack und die deutschen Abfangjäger immer weniger zum Einsatz kamen und hofften, daß die Wunderwaffe des Führers -
> von der wir Knaben auch schon gehört hatten - bald eine Wende herbeiführen würde.

60 So wurden mir später von verschiedenen Frauen erklärt, was ich sehr unklar aus Erzählungen über die Vorgänge im Zusammenhang mit meiner Geburt wusste.

61 Diese Kusine hat im Krieg als Krankenschwester von Bomben geschundene Kinderleiber gepflegt und nach dem Krieg Überlebende aus Konzentrationslagern und sie ist dadurch für den langen Rest ihres Lebens selber leidend geworden. Die Gesundheit ihres verstorbenen Mannes wurde im KZ ruiniert. Ihr Sohn holte sich eine tödliche Krankheit beim Arbeitseinsatz in Afrika.

Zwischenbemerkung: Ich habe selbstverständlich überlegt, wie das in Bezug auf den Nationalsozialismus mit mir weitergegangen wäre. Zu der Deutschen Jugend [62] bin ich gerne hingegangen. Der Anführer war ein Nachbar, den ich bewunderte und sonst war das so, wie in jüngster Vergangenheit Söhne von mir die Pfadfinder erlebt haben, nur dass die Spiele kriegerischer angelegt waren. Nicht weil ich gut dastehen will, bin ich zu dem Schluss gekommen, wenn der Nationalsozialismus den Krieg überlebt hätte, hätte ich nicht den Nationalsozialismus überlebt. Meine Elternfamilie gehörte zur evangelischen Minderheit in dem katholischen Dorf Barßel und wir fünf Konfirmanden (unseres Jahrganges) mussten zur evangelischen Kirche in Elisabethfehn. In Barßel gab es gegen uns Vorbehalte, weil wir eben nicht katholisch waren und in Elisabethfehn (umgangsprachlich E-fehn) waren wir eben die Barßeler. Gefühlt hatten wir an beiden Orten nicht die gleichen Rechte wie die anderen. In dieser Situation beanspruchten die E-fehner den warmen Platz am Ofen im Konfirmanden-Saal. Es kam zu einem Krieg der Knöpfe [63] zwischen den Fehnjer Konfirmanden und uns aus Barßel. Die Langhaarigen waren die Zuschauer. Wir Barßeler waren dieser Mehrheit natürlich nicht gewachsen bzw. nicht überlegen. Und die Verteidiger-Gruppe wurde zudem von Begegnung zu Begegnung kleiner, weil meine vier barßeler Mitkonfirmanden kapituliert hatten. Da Fehntjer nicht einzeln gegen mich antreten wollten, blieb für mich als Verteidigung nach den Pflichtveranstaltungen im Konfirmanden-Saal und der Kirche nur die Flucht als Verteidigungsmaßnahme. Ich hatte also mit 13 Jahre schon einen Widerwillen gegen eine Unterwerfung. Die Geschichte – die gefühlt bestimmt ein Jahr dauerte - endete damit, dass ich Unterstützung bei meinen katholischen Mitschülern suchte. Drei erklärten sich auch bereit. Als die drei bei der nächsten Begegnung mit den Fehntjern auftauchten, haben die Fehnjer den Schwanz eingekniffen und sang- und klanglos den Krieg eingestellt. Interessant an der Geschichte ist noch, dass nicht die klügsten Mitschüler mir zur Hilfe eilten, sondern die „dümmsten“, das heißt, die die schlechten Noten hatten und darum in der Nähe des Pultes sitzen mussten. Der Notenspiegel war gleichzeitig die Sitzordnung in der Klasse. Die klugen Mitschüler haben nach „Kriegsschluss“ den fehntjer Anführer gefangen gesetzt, damit ich ihn verprügeln konnte. Als ich mich weigerte, weil der Krieg für mich aus war, waren sie sauer. Ihnen war dadurch ein Vergnügen entgangen, weil sie sich erhofft hatten, als Zuschauer eine schöne Schlägerei zusehen zu können. Und noch etwas: Meine Verteidiger aus Barßel hatten sich in einer Form aufgerüstet, das heutzutage ein Medienereignis gewesen wäre, das damals aber niemand groß aufgeregt hat. Meine Schlussfolgerungen aus dem da-

62 Die begann mit Erreichen des 10. Lebensjahr, die der Hitler-Jugend mit 14.
63 https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Krieg_der_Kn%C3%B6pfe_(1962)

maligen Geschehen und aus der Bewertung vieler anderer Lebenssituationen lauten jedenfalls, das mir ein Sieg eines nationalsozialistischen Deutschlands nicht gut bekommen wäre.

Die biographische Notiz, aus der ich oben zitiert habe, habe ich 2004 geschrieben. Ich habe mich bemüht, danach mehr Klarheit über die Vorgänge zu bekommen. Es war aber zu spät, um noch Erfolg zu haben. Die Zeitzeugen waren alle gestorben. Zum Beispiel weiß ich nicht, ob ich nach Delmenhorst gekarrt wurde, weil ich auch in einem desolaten Zustand war oder ob es einfach zu auffällig gewesen wäre, wenn in meinem Elternhaus ein schreiendes Baby ohne die dazugehörige Mutter zu hören gewesen wäre. Am 18. Februar 1934 war ich jedenfalls wieder in Barßel oder bei den Großeltern, weil ich an diesem Tag in der evangelisch-lutherischen Kirche zu Elisabethfehn getauft wurde. Von meiner schon genannten Kusine wurde mir erzählt, dass das, was mir von anderer Seite als Schwangerschaftspsychose beschrieben worden ist, ein schizophrener Schub war, dass die Familie der Großmutter mütterlicherseits vorbelastet sei und dass ein Bruder von fünf Brüdern meiner Mutter zwangssterilisiert worden sei. Und vom Arzt der Familie / meiner Mutter habe ich auch einmal die Diagnose Schizophrenie gelesen. Wenn man einmal nachschaut, was denn Schizophrenie sein soll, ist man schnell ratlos und es müssten viele Menschen davon befallen sein. Bevor ich darauf eingehe, erst einmal drei Ausschnitte aus einer langen Beschreibung dessen, worum es sich handelt. Wenn man das alles berücksichtigt, dann hätte sich der größte Teil der NS-Führungsriege in den Freitod stürzen müssen.

Definitionen

Als Psychose bezeichnet man allgemein eine psychische Störung, bei der ein struktureller Wandel im Erleben des Betroffenen feststellbar ist. Psychosen werden nach ihrer Entstehungsursache in organische und nicht-organische Psychosen eingeteilt. Bei den organischen Psychosen gibt es reversible und irreversible Formen. Die häufigste Form der nicht-organischen Psychosen ist die Schizophrenie. Auch die Schizophrenie wird in verschiedene Subtypen unterteilt. Sie werden auch oft als schizophrene Psychosen bezeichnet. Kennzeichnend für schizophrene Psychosen ist ein Nebeneinander von gesunden und veränderten Verhaltensweisen und Erleben bei den Betroffenen.

http://www.psychotiker.de/psychose.html

Thesen zum Verständnis von/für Psychosen

Es gibt keine eindeutige allgemeingültige Erklärung für Psychosen. Sicher ist, dass alle Erklärungen, die nur eine einzige Ursache verantwortlich machen, zu kurz greifen, egal, ob sie nun biologischer, sozialer oder psychologischer Natur sind. Alle Versuche der Wissenschaft, das komplexe Gesche-

hen auf eine einzige Ursache zu reduzieren, haben deutlich mehr Schaden als Nutzen gebracht.

Das gilt für die sogenannte "schizophrenogene" Mutter ebenso wie für den Hirnstoffwechsel. Schizophrenie ist mehr als eine Hirnstörung! Insgesamt werden so viele Menschen in so verschiedenen Situationen und Kulturen psychotisch, dass man davon ausgehen muss, dass es zur menschlichen Möglichkeit gehört und vermutlich immer gehören wird, in Krisen die Realitätsebenen zu wechseln und gedanklich oder stimmungsmäßig aus sich selbst herauszutreten.

...

Umgang mit Psychosen
Psychosen gehören zum menschlichen Repertoire, verweisen auf die "Brüchigkeit" unseres Daseins, sind "allzumenschlich". Doch das darf nicht bedeuten, sie zu verharmlosen. Die Spannweite der Möglichkeiten, wie Menschen sein und fühlen können, ist "irrsinnig" groß. Auch das unterscheidet uns von anderen Lebewesen.

...

Im Unterschied zu den affektiven Psychosen sind bei schizophrenen Psychosen vor allem die Wahrnehmungen, die Sprache und das Denken verändert. Man spricht deshalb auch von kognitiven Psychosen. Diese Bezeichnung hat den Vorteil, dass sie historisch nicht so belastet ist; denn in der Zeit des Nationalsozialismus wurden Menschen mit der Diagnose Schizophrenie als lebensunwert betrachtet und umgebracht. Diese grausamen Verbrechen der damaligen Psychiatrie beeinflussen das öffentliche Bild bis heute.

Mein Eindruck beim Lesen des ganzen Blocks an Informationen über Schizophrenie war: Ein nicht spezialisierter Mediziner dürfte mit einer richtigen Diagnose seine Probleme haben. Und abgesehen von der inhumanen Anmaßung im Nationalsozialismus, einfach über das Leben anderer bestimmen zu können, ist die *Diagnose Schizophrenie* damals in der Hand der Ur- und Verurteilenden ein reines Instrument der Willkür gewesen. Auch hier haben wir ungeklärte Sachverhalte, die zu erforschen wichtiger sind als den Mond oder die Planeten unseres Sonnensystems. Es ist keine Wunder, dass das Wort Schizophrenie Ängste auslöst wie eine gefährliche ansteckende Krankheit. Und die Vorstellung, dass man etwas in den eigenen Genen hat, was mit den eigenen Sinnen nicht wahrgenommen werden kann, aber auf die eigenen Kinder oder Enkel übertragen werden kann (oder worden ist) , ist beunruhigend. Ich habe jedenfalls meine Mutter als einen normalen und gesunden Menschen (bis auf Herz und Beinbeschwerden) erlebt. Sie hat nach der Erstgeburt meiner Schwester und meiner Geburt noch zwei weitere Kinder geboren, sie war zeitweise Haupternährerin, hat ohne Lehre den – nur durch Anleitung meines Vaters – den Damensalon betrieben und war die Kontakt-

person für beide Geschäfte. Sie hatte wohl ihre Eigenheiten, die ich aber als Merkmale ihres Charakters wahrgenommen habe. Unsere Wahlverwandte, drei Jahre jünger als meine Mutter und diplomierte Psychologin war, hat meine Mutter im Laufe der Jahre immer wieder erlebt, sie hat nie dahingehend geäußert, dass sie meine Mutter für schizophren gehalten hat.

17. Tag: Ist unsere Demokratie in Gefahr – Frage- oder Ausrufezeichen?

„*Gefühl schlägt Verstand, Glaube die Fakten*“ -

Mit Slogans wie diesem wird in letzter Zeit häufig die Meinung des Anders-denkenden diskreditiert.

Das Zitat und den Satz habe ich im Hauptstadtbrief Nr. 138 von MdB. Klaus-Peter Willsch vom 20. 1. 2017 gefunden. Das Zitat und das Zitat im Zitat macht deutlich: Hier kämpfen in Politik und auch in den Medien jene um die Deutungshoheit über das Zeitgeschehen und den Weg, den die Politik zu gehen hat, die sie bisher eindeutig über Jahrzehnte – wenn auch in konkurrierenden Variationen - bei uns hatten, gegen die, die ihr diesen Anspruch streitig machen. Der Verlauf dieser Auseinandersetzung ist offen, denn der Glaubwürdigkeitsverlust der bisherigen Politikerkaste ist groß. Der Versuch der bisher herrschenden Meinungsmacher ihrerseits dem Protestgemurmel innerhalb der Reihen, die bisher brav ihren Sprüchen gefolgt sind, ihre Ohren jetzt aber den alten Gesängen verweigern, die Glaubwürdigkeit zu nehmen, ist keine gute Strategie, denn sie wird noch mehr die Produktion von respekt- und lieblosen Pamphleten – als Ausdruck des Unbehagens oder der Notwehr - ankurbeln. Demokratie ist aber letztlich nur möglich, wenn eine Bereitschaft und Fähigkeit zum Gespräch auf gleicher Augenhöhe aller vorhanden ist. Aus einem Gespräch kann dann die Verständigung wachsen, wenn auf allen Seiten ein Minimum an Ehrlichkeit und Selbstkritik gegenüber dem eigenen Wort und Offenheit gegenüber dem Wort des anderen vorhanden ist. Solange ich politisch denke, habe ich diese Ehrlichkeit bei den Regierenden und auch bei der jeweiligen Opposition vermisst. Für mich ist es daher nicht verwunderlich, dass sich ein Teil der politisch engagierten Bürger von der bisherigen politischen Klasse und auch von Europa abwendet. Aber das, was als Unehrlichkeit wahrgenommen wird, ist häufig die Folge von selbstgeschaffenen Sachzwängen, Rücksichtnahme auf die eigene Partei oder politische Karriere und auch nicht selten eine Folge mangelnder Informationen auf beiden Seiten. Ein Mangel an Bereitschaft zum Zuhören ist auch die Ursache von Fehlplanungen und Fehlinterpretationen. Beide Seiten haben daher Grund, mit dem Vorwurf „Er oder sie lügt!“ vorsichtig umzugehen. Man darf sich mit so einen Vorwurf wohl mal Luft verschaffen, aber anschließend muss die nüchterne

Analyse ohne Rücksicht auf Partei-, Verbands- oder Religionszugehörigkeit erfolgen. Wenn auch nur 5% der Bürger arbeitsteilig und über das ganze Land verteilte Arbeitsgruppen bei der Analyse des Istzustandes unserer Gesellschaft und der Möglichkeiten ihrer Entwicklung mitmachen würden und von weiteren 20 % die Ergebnisse dieser Gruppen – die themenmäßig mehrfach gebildet werde können - zur Kenntnis genommen und verarbeitet würden, dann sollten wir unseren gesellschaftlichen Zustand zwischen autoritärem Staat und einer Demokratie, die ihren Namen verdient, überwinden können. Es geht nicht darum, alle Widersprüche in der Gesellschaft und im Wollen glatt zu reden, sondern sie als Ursache unseres Unbehagens offenzulegen und Wege zu suchen, wie sie ohne faule Kompromisse aufgelöst werden können. Gewalt in den Gesellschaften und zwischen den Gesellschaften entstehen nicht aus dem Nichts. Es sind Spannungen, die, wenn sie nicht vernünftig aufgelöst werden, ihre Auflösung in der Gewalt suchen. Demokratische Friedenspolitik bedeutet daher, die Spannungen frühzeitig zu erkennen und sie aufzulösen.[64] In der Regel läuft das darauf hinaus, dem einen seine Vorrechte zu nehmen und dem anderen in seine Rechte einzusetzen. Die Arbeit die zu leisten ist, ist nicht einfach. Wir Menschen neigen dazu, gegen vermutete oder tatsächliche Bedrohungen durch Bedroher eine Abneigung oder gar einen Hass zu entwickeln. Wir erleben das schon, wenn die einen eine Erkenntnis haben und die anderen die Erklärungen dazu nicht hören oder nachvollziehen wollen oder können. Diese Abneigungen, die da entstehen können, mögen manchmal eine Antriebskraft durch Widerspruch für die Suche nach Lösungen eines Problems sein, meistens sind es aber Blockaden. Es muss bei der Lösungssuche wie unter befreundeten Rechtsanwälten zugehen, die sich vor Gericht heftig streiten, um für ihre Mandanten ein günstiges Urteil herausholen zu wollen, aber danach wieder ein gemeinsames Hobby pflegen können oder gemeinsam für ein anderes Anliegen kämpfen.

Die Übertragung eines Dissens, einer Meinungsverschiedenheit in der Sache auf die Personen in Form der Abneigung oder Abwertung der Personen, die den Widerspruch ihre Sprache verleihen, ist nicht nur unklug, lösungshemmend sondern auch überheblich und herabsetzend seitens jener, die die Übertragung vornehmen. Aber Kritik an Wirkungen und Ergebnissen einer Politik setzt nicht voraus, dass der Kritiker alles besser machen kann. Man sollte daher auch die Fähigkeiten und den Einsatz von Personen anerkennen, deren Politik und deren Ergebnisse man ablehnt oder sie sogar höher als die eigenen Fähigkeiten bewerten können, Ich

64 Deutschland hat diese Arbeit seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges versäumt und wundert sich heute über den entstandenen Migrationsdruck.

schätze unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel schon deshalb, obwohl ich ihre Politik für Deutschland und Europa nicht förderlich halte, weil ich in ihrer Kanzlerrolle vermutlich ein großer Versager wäre. (Und nebenbei, weil ich selber mit einer Frau des A.M.-Typs verheiratet bin.) Ich sehe doch, wenn auch nur medienvermittelt, dass sie ein enormes Arbeitspensum leistet und guten Willens ist. Ich mag Sigmar Gabriel, obwohl ich das ganze Politikmodell der Sozialdemokratie für eine Vergeudung von Idealismus und als eine Bremse der Entwicklung unserer Gesellschaft halte. Ich halte die Parteiendemokratie für eine Fehlentwicklung und kann doch zustimmen, dass sich in den Parteien prächtige Menschen organisieren, um Gutes für Teile oder der Gesamtheit unserer Gesellschaft zu bewirken. Ich schätze den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert für seine Amtsführung, obwohl er nach meinem Demokratieverständnis und meiner Lesart des Grundgesetzes eine verfassungsfeindliche Institution leitet. Ich schätze Sahra Wagenknecht schon, als sie noch „reine kommunistische" Positionen vertrat. Ich schätze Walter Steinmeier, den Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten [65], obwohl ich das ganze Wahlverfahren für einen Verrat demokratischer Prinzipien halte und er ein Repräsentant der sich überlebten Parteiendemokratie ist. Auf mich machen die Bundesverfassungsrichter einen guten Eindruck, obwohl sie doch erkennen müssten, dass sie auf der Grundlage eines Grundgesetzes urteilen, das sein Verfallsdatum schon lange hinter sich hat. Mir scheint an den Hochschulen wird zu viel Rechtstechnik und zu wenig Rechtsphilosophie gelehrt.

Ich komme zu unserem scheidenden Bundespräsidenten Joachim Gauck: Joachim Gauck hat von mir schon Post mit Informationsschriften bekommen, als er noch Sprecher des Neuen Forums in Rostock war. Der Eingang wurde mir mit der Post vom 31. 1. 1990 bestätigt. Ich habe vor seiner Wahl als Bundespräsident geschrieben, dass ich ihn mir gut als Bruder vorstellen könnte, und das war als Lob gemeint, denn meine Zuneigung zu meinem leiblichen Bruder, Jahrgang 1939, ist groß. Ich habe Vorbehalte gegen seine Wahl als Bundespräsidenten gehabt, weil ich meinte, dass er aufgrund seiner Biographie die Lage der westdeutschen Bürger in dem von westdeutschen Politikern geprägten neuen Deutschlands nicht richtig einschätzen könnte. Das war aber nicht in einem abwertenden Sinn gemeint. Für seine Fähigkeiten als Redner hat er meine Bewunderung. Heute muss ich sagen, dass er sein Amt gut ausgefüllt hat, wenn er auch kein Verständnis dafür haben wird, wenn ich sage, dass er einen demokratisch nicht legitimierten Staat gedient hat. Ich bringe erst einmal Ausschnitte aus zwei Texten von mir, die sich mit ihm befassen.

65 Der zwischenzeitlich gewählt wurde.

>>**Europas kulturelle Vielfalt erhalten**!
Was können wir Alten zur Verbesserung unserer Welt noch beitragen?<<
ein Titel von Hans Bremer in *Das Gespräch aus der Ferne*
im Heft 397 / Ausgabe Herbst 2011 / www.gadf.de
Anmerkungen dazu von Tristan Abromeit / März 2012 / Text 100.0

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/100.0%20Vielfalt%20erhalten.pdf

… Bei einer Besorgung habe ich mir heute auch das kleine Buch „Freiheit – Ein Plädoyer“ von unserem Präsidentschaftskandidaten Joachim Gauck mitgebracht. Auf der Seite 3 ist zu lesen:

> **Zum Geleit**
> Wer heute danach fragt, was unsere Gesellschaft ausmacht, was sie prägt und ihr Gestalt verleiht, wird auf diese drei Wesensmerkmale stoßen: Freiheit, Verantwortung und Toleranz. Inwiefern sie zugleich Grundlage einer globalen Leitkultur sein können, werde ich zu umreißen versuchen - will aber gleich vorab erklären: Ich bin weder ein Prophet noch ein Weisheitslehrer. Vielmehr werden Sie einen Zeitzeugen erwarten können und natürlich - auf eine ganz einfache Formel gebracht - einen Liebhaber der Freiheit.

Ich habe das Buch „ Winter im Sommer – Frühling im Herbst“, diverse Berichte über Auftritte von Gauck gelesen, einen Vortrag von ihm gehört und komme zu dem Schluß, daß er einen anderen Freiheitsbegriff hat als ich. Gaucks Freiheitsbegriff ist geprägt von dem Gefängnis, das die DDR für ihn war. Und dieses Gefängnis - wo er ein privilegierter Gefangener war -, hatte seine Wurzeln schon im 19. Jahrhundert. Am Anfang stand eine Idee von Gerechtigkeit und Freiheit, die aufgrund von Mängeln in der Analyse und Lösung gesellschaftlicher Probleme zur Rechtfertigung von Entmündigung und Terror wurde.
Mein Freiheitsbegriff ist geprägt von einer unbändigen Sehnsucht in Jugendjahren, von Impulsen des guten Amerikas, aus alter Literatur und eigenem Nachdenken. Das uns versprochene und suggerierte freie (West-)-Deutschland war aber nie frei. Deutscher, bürokratischer, durch Schuld gedemütigter Geist und us-amerikanische Missionshaltung, die die Fehleinschätzungen ihrer eigenen gesellschaftlichen Strukturen verkannte (und verkennt) haben auch aus Westdeutschland ein Gefängnis gemacht. Die Menschen haben es meistens nicht gemerkt, weil sie die Grenzen hin und her (außer nach osten) jederzeit übertreten konnten, sofern ihre Reisekasse gefüllt war.
Wir in Westdeutschland waren Freigänger. Bezogen auf Joachim Gauck will ich es mal so beschreiben: Wir haben beide in dem gleichen gesellschaftli-

chen Gefängnis mit unterschiedlichen Sicherheitszonen gelebt. Dieses Gefängnis hatte zwei Sicherungsmauern, den inneren und äußeren Ring. Joachim Gauck hat im inneren Ring gelebt und ich im äußeren. Er hatte das Gefühl, die Freiheit erlangt zu haben, als der innere Ring fiel und sich innerhalb des äußeren bewegen durfte. Mein Gefühl war immer, wir müssten beide Ringe überwinden, um wirklich frei zu sein. Den äußeren Ring zu überwinden ist aber schwieriger, weil er den meisten Menschen unsichtbar ist. Er besteht aus suboptimalen, untauglichen gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen. ...

oooooooooo

„ Eingreifen statt wegducken: *Gauck will neue Außenpolitik*"

Offener Brief an den deutschen Bundespräsidenten,
Herrn Dr. h.c. Joachim Gauck
von Tristan Abromeit, 4. Februar 2014, Text 119

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck,
ich habe in den Nachrichten die Meldung gehört, dass Sie auf der 50. Sicherheitskonferenz in München eine neue Rolle Deutschlands in der Welt gefordert haben. So eine Forderung auf einer Konferenz, bei der es in der Hauptsache um eine militärische Sicherheit geht, kann ja nur so interpretiert werden, dass Sie einen größeren Einsatz der Bundeswehr im Ausland fordern. Da sträubten sich bei mir die Nackenhaare, nicht weil es um das deutsche Militär geht, sondern weil immer noch die Vorstellung wirksam ist, dass militärische Einsätze die Welt verbessern könnten.
Ich habe dann überlegt, ob ich Ihnen einen persönlichen Brief in dieser Angelegenheit schreiben soll, habe aber die Chance, dass sie diesen zu lesen bekommen, als gering eingeschätzt. Die Chancen, dass ein Offener Brief Sie erreicht, sind auch nicht größer, aber ein Offener Brief hat die Chance von anderen MitbürgerInnen gelesen zu werden. Hier kann ich auch gleich den Unterschied der DDR, an der Sie berechtigt keine guten Erinnerungen haben, und der BRD verdeutlichen. In der DDR hätte so ein Offener Brief Kerker bedeutet, hier in der alten und neuen BRD verpufft so ein Brief in der Narrenfreiheit. Diese Narrenfreiheit gedeiht aber – das ist zu bedenken - in Systemen mit subtilern Unterdrückung. …
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/119.OffenerBriefBundespraesident.Febr.2014.pdf

oooooooooo

Nun hörte ich in einem Bericht der Fernsehnachrichten Töne vom Bundespräsidenten anlässlich seiner Reise in die Niederlande, wo er einmal mehr die Doktorwürde verliehen bekommen hat, die zeigen, dass er in der fünfjährigen Amtszeit mit seinem Denken auch nicht stehengeblieben ist. Ich habe mich im Netz umgesehen um nach einer schriftlichen Form der

gehörten Nachrichten zu suchen. Ich habe die nachfolgende Meldung gewählt:

Gauck in Niederlanden: Europäer müssen sich von den USA emanzipieren

Eine der letzten Reisen als Bundespräsident führt Joachim Gauck in die Niederlande: Im Mittelpunkt seine Rede zum 25. Jubiläum des EU-Vertrags von Maastricht, brisant gerade angesichts der Turbulenzen in Washington.

„Lassen Sie uns Europa wieder stärker zu unserer eigenen Sache machen, zur Sache der Bürgerinnen und Bürger". Und: "Wir dürfen die Werte, auf denen das europäische Projekt beruht, nicht aufgeben": Bei einem Festakt in Maastricht anlässlich der Unterzeichnung des EU-Vertrags vor 25 Jahren forderte Bundespräsident Joachim Gauck mehr Engagement für das gemeinsame Europa. Und im Schatten der aktuellen Verunsicherung durch den neuen US-Präsidenten Donald Trump fügte er mahnend hinzu: "Es ist an der Zeit, dass die europäischen Staaten und besonders auch Deutschland, die sich lange unter dem Schild der amerikanischen Führungsmacht eingerichtet hatten, selbstbewusster und selbstständiger werden."

Mehr für Rüstung ausgeben?

Ein Schock könne „heilsam sein", meinte das deutsche Staatsoberhaupt, dem während seines zweitägigen Aufenthalts in den Niederlanden in Maastricht die Ehrendoktorwürde der Universität verliehen wurde. Zu Recht werde diskutiert, wie Europa seine Verteidigungsbereitschaft erhöhen könne. Europa müsse im Zeitalter von rasantem technologischem Wandel, wegen des anhaltenden Migrationsdrucks, des internationalen Terrorismus und einer instabilen Weltordnung entschiedener zusammenrücken.

Rechtsstaat verteidigen

Ohne den Namen Trump zu nennen, forderte der Bundespräsident: „Wir wollen erhalten, was mühselig in der Geschichte errungen wurde und einen Kernbestand der Demokratie ausmacht: Keine Macht steht über dem Recht. Auch die Macht ist an das Recht gebunden." Trump hatte sich im juristischen Streit über sein Dekret für befristete Einreiseverbote für Bürger aus islamisch geprägten Ländern abfällig über Gerichtsentscheidungen und einzelne Richter geäußert.

Zum Jubiläum des Maastrichter EU-Vertrags räumte Gauck auch gerade vor dem Hintergrund des erstarkenden Rechtspopulismus selbstkritisch Fehler in der EU ein. Probleme seien teils verschleppt worden, bis heute sei etwa die Währungsunion nicht hinreichend stabil. Der am 7. Februar 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht machte den Einstieg in eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik möglich.

„In einer klaren Sprache"

Seit Jahren sei in Europa „eine wachsende Entfremdung zwischen politischen Eliten und Bevölkerungen" zu beobachten, beklagte Gauck. Die EU stecke heute in der größten Vertrauenskrise seit ihrer Gründung. „Die Europäische Union kann nicht im Alleingang der Eliten gestaltet werden", sagte

> der Bundespräsident. Daher sei es eine der wichtigsten Aufgaben der Regierungen, europäische Vorhaben zu erklären, „in einer klaren, anschaulichen Sprache, ohne dabei übertriebene Erwartungen zu wecken“.
>
> Sein Resumée: Was auf nationaler Ebene besser geregelt werden könne, solle auch dort geregelt werden.
>
> http://www.dw.com/de/gauck-in-niederlanden-europ%C3%A4er-m%C3%BCssen-sich-von-den-usa-emanzipieren/a-37446246

Meine Anmerkungen dazu beginne ich mit einer Schlagzeile der HAZ vom 19. Januar 2017, die da lautet: „Gauck sieht Demokratie unter Beschuss“. Ich gehe davon aus, dass unser Bundespräsident uns nicht etwas in die Tasche lügen wollte, also davon ausgeht, dass wir eine Demokratie haben. Das ist aber eine Fehlannahme. Die Grundannahme bei der Demokratie ist, dass alle Gewalt vom Volk ausgeht. In unserm Fall würde das bedeuten, dass die Rest- oder Westdeutschen 1949 insgesamt das Grundgesetz formuliert und beschlossen hätten, genauso eine Verfassung im Vereinigungsprozess der beiden deutschen Republiken von den Bürgern in ihrer neuen Gesamtheit. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, die Einführung des Euro, die Öffnung der Grenzen für Menschenmassen, die unsere Gesellschaft verändern, wären ein Ausdruck des Willens des Volkes (bzw. der gewachsenen Gesellschaft von Menschen die sich die Deutschen nennen) sein müssen. Das alles ist aber nicht der Fall. Wenn Joachim Gauck wirklich von der Herrschaftsform der Demokratie überzeugt wäre, hätte die Schlagzeile der HAZ lauten müssen: „Gauck sieht diejenigen unter Beschuss, die bis heute die Demokratie verhindert haben.“ So konnte es die HAZ aber nicht berichten, weil er so nicht gesprochen hat. Ich vermute aber, er hätte so gesprochen, wenn er nicht in der Opposition zu der DDR-Herrschaft ein politischer Mensch geworden wäre, sondern einer in der Opposition zur BRD-Herrschaft, die ihn gehätschelt hat.

Gaucks Worte in Niederlanden geben aber der Hoffnung Nahrung, dass er ein Verbündeter werden könnte von jenen, die auf dem Weg zur Demokratie sind. Der Satz:

> "Es ist an der Zeit, dass die europäischen Staaten und besonders auch Deutschland, die sich lange unter dem Schild der amerikanischen Führungsmacht eingerichtet hatten, selbstbewusster und selbstständiger werden."

Der Satz klingt ja direkt revolutionär in Anbetracht, dass die deutschen Politiker bisher den Eindruck machten, dass sie in einer hündischen Abhängigkeit von den USA stehen, diese Abhängigkeit aber den Bürgern als Freundschaft verkauften. Ich wiederhole: Ich predige hier

keinen Anti-Amerikanismus, sondern sage nur das, was bei dem US-Präsident Trump - Amerika zuerst! - so anstößig klingt: Was im Sport und in der Wirtschaft bei aller Fairness selbstverständlich ist, nämlich dass die Führung einer Mannschaft oder eines Unternehmens zu aller erst die eigenen Belange vertreten muss, das sollte doch bei der Führung der Deutschen / der Europäer auch so sein. Diesen Eindruck konnte man nach dem verlorenen Krieg und der jüngsten Vergangenheit nicht haben.

„Ein Schock könne heilsam sein“ steht unter der Zwischen-Überschrift > Mehr für die Rüstung ausgeben? < Es ist anzunehmen, dass Gauck hier zitiert wird. Trump, der Brexit und auch das Erstarken rechtsgerichteter Parteien sind Schocks und wenn sie richtig gedeutet werden und die richtigen Reaktionen auslösen, sind sie unser Glück, denn, wenn alles beim Aalten geblieben wäre, wäre die Politik weiter in die falsche Richtung gelaufen – vermutlich bis zum großen Knall. So wie es jetzt läuft, bleibt noch eine kurze Zeit der Besinnung und des Umsteuerns. Gegenpropaganda hilft da aber nicht.

Wenn Gauck aber meint, dass mehr Rüstung zu mehr Sicherheit führt und die Bedrohung durch Terrorismus und Migration abwehren kann (Es geht nicht eindeutig aus dem Bericht hervor.), dann ist er auf dem Holzweg. Einmal ist es nicht möglich, die Welt mit militärischen Mitteln in eine friedliche Ordnung zu bringen. Und zum Zweiten macht der Migrationsdruck bei der Auslegung des Asylrechts und den Verlockungen durch unser staatliches soziales Sicherungssystems das Militär zu einem Milliardengrab für die von der Arbeit erpressten Steuern. Wir müssen auch erkennen, dass wir Deutschen bei der Entstehung des Migrationsdrucks, des Terrorismus und der neuen Bedrohung aus dem Osten selber – als Gefangene untauglicher Analysen und Vorstellungen - Mitverursacher sind. Der Nordatlantikpakt z. B. hätte mit dem Fall des Eisernen Vorhanges aufgelöst oder in ein rein europäisches Verteidigungsbündnis umgewandelt werden müssen. Russland wurde geradezu durch eine falsche Ökonomie-Beratung und nicht das Nicht-loslassen-können von militärischen Denkfiguren des Westens in die heutige Lage getrieben. Die ökonomischen Aufklärungsversuche von freiwirtschaftlicher Seite waren aufgrund der organisatorischen und finanziellen Schwäche einfach zu gering

oooooooooooooo

<u>Einschub 6</u> (Brief und Antwort Oberster Sowjet)

In meinem nachfolgenden Brief an den Vorsitzenden der Obersten Sowjets von Russland, Herrn Boris Jelzin vom 5. Sept. 1990 habe ich die Informationsquelle zum Bodenrecht, die vom Seminar für freiheitliche Ordnung (www.sffo.de) erarbeitet wurde, nicht aufgeführt, weil sie mir nicht bekannt waren oder erst später erstellt wurden. Es gab vom SffO für unsere Verhältnisse eine größere Informationsaktion in Russland, die aber auch zu schwach war, um Wirkungen zu zeigen. Ich nenne hier zwei Titel, die für das deutsche Publikum – besonders in den neuen Bundesländern - gedacht war. Es sind die Schriften „*Privatisierung der Grundstücksnutzung durch Vergabe von Erbbaurechten*“ und „*Argumente für das Erbbaurecht als Instrument der kommunalen Bodenpolitik*“. Nachfolgend drei Links zu dem Archiv für Geld- und Bodenreform:

http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/archiv_geld-_und_bodenreform.html

http://www.bis.uni-oldenburg.de/startseite/profil-des-bibliotheks-und-informationssystems/archive-und-sammlungen/archiv-fuer-geld-und-bodenreform/

http://userpage.fu-berlin.de/roehrigw/onken/bibliothek/

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
3057 Neustadt 1
Bundesrepublik Deutschland

5. September 1990

An den
Vorsitzenden der Obersten Sowjets
von Rußland
Herrn Boris Jelzin

Moskau

UdSSR

Informationen zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Sehr geehrter Herr Jelzin,

bei uns in der BRD wird viel berichtet über die Schwierigkeiten die die Menschen allgemein und die Politiker speziell mit den Folgen der begrüßenswerten und notwendigen Perestroika haben.

Es wäre anmaßend von hier aus irgendwelche Vorschläge zur Lösung der vielfältigen Probleme machen zu wollen mit denen sich die Bürger der Sowjetunion abplagen müssen. Da nun aber richtigerweise als Voraussetzung eines positiven gesellschaftlichen Wandels die Offenheit über Tatbestände der vergangenen und gegenwärtigen Zeit und Möglichkeiten einer künftigen Gesellschaft als Bedingung begriffen wird, mag es doch berechtigt sein, auf das Modell einer dezentralen Gesellschaft, auf eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus hinzuweisen.

Es ist sicher so, daß die kapitalistisch geknebelte Marktwirtschaft humaner und effektiver ist, als das, was viele Menschen als "realexistierenden Sozialismus" erleiden mußten. Es ist aber auch so, daß die Menschen nicht in ihrem sozialen und ökonomischen Optimum leben dürfen, weil geistige Fehlleistungen und ein weitverbreiteter Struktur-Konservativismus auch bei uns den Weg in eine bessere Zukunft blockieren.

Wenn ich Ihnen als Anlage verschiedene Schriften sende, so habe ich nicht die Erwartung, daß Sie die selber lesen. Ich gehe davon aus, daß unter Ihren Beratern solche sind, die die deutsche Sprache lesen können und sich in der Ökonomie auskennen. Ich wäre dankbar, wenn ich eine kurze Eingangsbestätigung erhalten würde. Ich hoffe, daß die Perestroika schon so weit in der UdSSR fortgeschritten ist, daß der Geheimdienst sich nicht mehr als Zensor begreift.

-1-

Als Anlage füge ich bei:

- "Freiwirtschaft: Ein Ausweg aus dem Planungschaos" von Dirk Löhr

- "Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik"
- "Darauf kommt es an! ..."
- "Darauf kommt es an! II - Ergänzungen"
- "Offener Brief an die Mitglieder der Volkskammer der DDR und die Mitglieder des Bundestages der BRD" jeweils vom Absender dieses Briefes

Weitere Schriften sind lieferbar:

- "Überlegungen zu einer modernen Wirtschafts- und Währungsordnung in der DDR" von Elimar Rosenbohm

- "Offener Brief an die ReformerInnen in Osteuropa" von Werner Onken

- "Quo vadis DDR und Bundesrepublik? Gibt es einen Dritten Weg zwischen Markt und Plan, zwischen Kapitalismus und Sozialismus?" von Helmut Creutz

Weitere zahlreiche Schriften und Bücher älteren und neueren Datums zu den Themen "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" und "Föderative Gesellschaftsgestaltung" sind in diesem Jahrhundert erschienen. Die meisten Autoren dieser offiziell ignorierten Literatur rechnen sich der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftschule zu. Meine mir selbst gestellte Aufgabe ist es, Sie und ihre politichen Freunde auf das Modell "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" hinzuweisen. Was Sie mit diesen Informationen machen, ist ihre Angelegenheit.

Ich hoffe, daß die Entwicklung in der UdSSR und ihren auf Autonomie pochenden Republiken freiheitlich und human ist. Ich befürchte aber - sicher mit vielen Beobachtern gemeinsam -, daß die ganze Entwicklung umkippen wird, wenn es den Menschen in der UdSSR nicht gelingt, ihre Ökonomie in Ordnung zu bringen. Daß darauß eine erneute Bedrohung für Westeuropa entstehen könnte, liegt auf der Hand. Mein Engagement ist daher nicht nur idealistischer Natur, sondern auch ein Akt der Gefahrenabwehr.

Mit freundlichen Grüßen

T. A.

Anlagen

ГРУППА ЭКСПЕРТОВ
ПРЕДСЕДАТЕЛЯ ВЕРХОВНОГО
СОВЕТА РСФСР

N _____
от "21" 12. 1990г.
на N _____

Дом Советов РСФСР
103274 Москва, К-274,
Краснопресненская наб., 2, к. 334
Тел.: 205-68-80

Geeherter Herr Abromeit!

Ich danke Sie für eine geschickte interessanteste Literatur. Gesagten Überlegungen sind uns ungefähr ähnlicn. Ich bin versichert, das diese Ideen uns in Lösung unserer Problemen eine Hilfe leisten werden.

Im Auftrag B. N. Elzin

Chef der Expertgruppe,
Doktor der Ökonomiewissenschaften

Igor Nit

Einschub 6 Ende

oooooooooooooooooo

Den Rechtsstaat kann nicht dadurch verteidigen, dass Gesetze und Verordnungen, die nur Symptome korrigieren sollen, wie am Fließband produziert werden und die wenigen Gesetze, die zur Befriedung des Volkes bzw. - der Völker - in Freiheit und Gerechtigkeit nicht einmal diskutiert werden, nicht beschlossen werden. Bevor der Präsident eines anderen Staa-

tes ermahnt wird, sich an das Recht zu halten, sollte man überlegen, ob denn die Vertreter des eigenen Staates sich immer an das Recht halten.

Ich wiederhole den Absatz mit der Überschrift „In klarer Sprache“ :

> Seit Jahren sei in Europa "eine wachsende Entfremdung zwischen politischen Eliten und Bevölkerungen" zu beobachten, beklagte Gauck. Die EU stecke heute in der größten Vertrauenskrise seit ihrer Gründung. "Die Europäische Union kann nicht im Alleingang der Eliten gestaltet werden", sagte der Bundespräsident. Daher sei es eine der wichtigsten Aufgaben der Regierungen, europäische Vorhaben zu erklären, "in einer klaren, anschaulichen Sprache, ohne dabei übertriebene Erwartungen zu wecken".
>
> Sein Resumée: Was auf nationaler Ebene besser geregelt werden könne, solle auch dort geregelt werden.

Das erscheint mir wie ein Ausbruchsversuch aus einem altens Denken, der nicht richtig gelingt. Auch wenn zu akzeptieren ist, dass die Menschen in einer Demokratie mit unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten ausgerüstet sind und diese Unterschiede akzeptiert werden müssen, wenn das Individuum in seinem Sosein nicht unterdrückt werden soll, muss doch gefragt werden, was sind heute Eliten? Sind es diejenigen, die es in den Parteien und Bürokratien ganz nach oben geschafft haben oder diejenigen, die uns von ihren Lehrstühlen oder vom Chefredakteurs-Sessel aus sagen dürfen, wo es lang geht? Eine Eliten-Demokratie ist ein Widerspruch in sich. Und gesellschaftliche Regeln und Gesetze, die nur einer kleinen Minderheit von Spezialisten verständlich sind, sind schlichtweg antidemokratisch. Nun werden diejenigen, die eine verständliche Gesellschaftsordnung (zur Rettung der Demokratie) fordern auch schon unter die Populisten einsortiert, weil sie als Vereinfacher diffamiert werden. Dabei sind diejenigen, die behaupten, dass die Welt eben kompliziert geworden ist und daher komplizierte Regelungen bedarf, die eigentlichen Demagogen, die entweder nicht gründlich nachgedacht haben oder mit komplizierten Regelungen Sonderrechte verteidigen wollen.

Das Resumée vom Bundespräsidenten klingt gut, muss aber ergänzt werden und bedarf einer Art Revolution. Die Ergänzung muss lauten: „ ... Was auf der individuellen und privatrechtlichen Ebene geregelt werden kann, muss auch dort geregelt werden!“ Wir wären dann beim

Subsidaritätsprinzip [66], das seit langem vom Institutionsabsolutismus [67] untergepflügt worden ist.

Ich will mich jetzt mal von unserem „Noch-Bundespräsidenten“ verabschieden und eine Pause machen, indem ich ein Gedicht einfüge. Auf die Idee bin ich gekommen, als ich neulich in seinem Buch „Winter im Sommer - Frühling im Winter“ die Stelle gesucht habe, wo es um die Lieder seines Vaters in dessen Gefangenschaft ging. Gauck schreibt auf der Seite 42:

> Ich war ein ziemlich großmäuliger Schüler, der seiner pubertären Aufmüpfigkeit wahrscheinlich weniger Schranken setzte als andere, weil ich das Recht und die Moral auf meiner Seite sah. In der Oberschule buhlte ich besonders bei der geliebten jungen Deutschlehrerin Frau Krause um Aufmerksamkeit - mal mit einem guten Aufsatz oder Zitaten von Rainer Maria Rilke, Hermann Hesse und anderen sensiblen, feingeistigen Autoren, mal mit reinem Blödsinn und Übermut.

Kurz vorher war mir bei einer kleinen Wanderung mit meiner Familie in nebeliger Landschaft der Anfang eines Gedichtes von Hermann Hesse über das Wandern im Nebel eingefallen. Ich habe dann meine Geschichte erzählt, die mich mit dem Gedicht verbindet. Das Gedicht *Im Nebel* habe ich in einem Mini-Buch entdeckt, welches mir die Hausmutter der Bäuerlichen Volkshochchule nach Abschluss des Winterlehrganges 1958/59 geschenkt hatte. Sie hatte eine Widmung [68] hineingeschrieben, die mit „Für den mitdenken Bruder … „ anfing und der weitere Freundlichkeiten folgten, die ich vergessen habe. Vielleicht war es das einzige Mal, wo ich als guter Mensch beschrieben wurde. In Zeiten, in denen der Selbstzweifel unangemessenen Raum einzunehmen droht, kann so eine Zuschreibung tröstlich und aufbauend sein.

Etwa Ende 1977 kam ich an einer Bank im Park hinter dem Neuen Rathaus in Hannover vorbei, auf der sich zwei Rücksack-Touristinnen aus den USA zum Schlafen für die Nacht einrichten wollten. Das fand ich doch ziemlich unbequem. Ich habe ihnen daher mein Bett, das ich für Wahrnehmung von späten Terminen in der Stadt noch hatte, für die Übernachtung angeboten. Später waren sie dann bei uns auf dem Land zu Gast. Zum Abschied habe ich dann der einender beiden jungen Frauen das Minibuch als Geschenk mitgegeben, einmal, weil es

---

66 http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/subsidiaritaet.html

67 Das ist ein Begriff, den ich von dem Staatrechtslehrer, Prof. Erich Reigrotzki übernommen habe.
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.5%20OB%20Lt.%20Doku%2005.pdf
Siehe auch: Erich Reigrotzki, Der Ombudsmann,
http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-663-02813-0_21#page-1

68 Ich weiß gar nicht, ob dieser Begriff hier passt.

leicht im Rucksack verstaut werden konnte, zum anderen, weil es mir persönlich wertvoll war. Die Geschichte mit dem Minibuch und das Gedicht sind mir jetzt wieder eingefallen, weil uns die USA zur Zeit so beschäftigt und weil wir uns gesellschaftlich auch in einem Nebel bewegen. Und nun das Gedicht von Hermann Hesse:

Im Nebel

Seltsam, im Nebel zu wandern!
Einsam ist jeder Busch und Stein,
Kein Baum sieht den anderen,
Jeder ist allein.

Voll von Freunden war mir die Welt,
Als noch mein Leben licht war;
Nun, da der Nebel fällt,
Ist keiner mehr sichtbar.

Wahrlich, keiner ist weise,
Der nicht das Dunkel kennt,
Das unentrinnbar und leise
Von allem ihn trennt.

Seltsam, im Nebel zu wandern!
Leben ist Einsamsein.
Kein Mensch kennt den andern,
Jeder ist allein.

oooooooooooooo

<u>Einschub 7</u> (Mehr Demokratie e.V. zu Trump, Erdogan u. Armut)

Heute erhielt ich den Newsletter von dem Verein ***Mehr Demokratie e.V.***, deren Mitglieder sich schon mehrere Jahrzehnte für ein direktes Stimmrecht der Bürger einsetzt:

Sehr geehrter Herr Abromeit,

die Demokratie steckt weltweit in der Krise. Demokratie ist die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk (Abraham Lincoln). **Heute herrschen nur noch wenige für die wenigen:**

1. **Trump** meint, Politik sei im Wesentlichen ein guter Deal, ein Geschäft. Wer nicht seiner Meinung ist, wird gefeuert.

2. **Erdogan** möchte im April per Referendum ein System durchsetzen, das mehr an eine Monarchie als an eine demokratische Verfassung erinnert. Kritiker werden als Vaterlandsverräter denunziert oder gleich verhaftet.

3. **Künstliche Intelligenz** aus dem Silicon Valley dringt unaufhaltsam in die Politik ein. Roboter machen Meinungen in den sozialen Medien und entmündigen uns.

4. **Acht Menschen besitzen so viel wie die Hälfte der Menschheit.** Diese ungeheuerlichen Milliardenvermögen bescheren einer kleinen Elite eine kaum noch kontrollierbare Macht.

Dabei wird die Welt zerrissen zwischen Arm und Reich. **Die wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten können nicht mehr zugekleistert werden.** Viele Menschen sind verunsichert, orientierungslos und suchen Halt. Populisten nutzen dies gnadenlos aus und bieten simple Rezepte an.

Wer den Weg der Demokratie nicht verlassen will, muss sich damit befassen, wie löchrig er ist:

1. Die rein repräsentative, parlamentarische Demokratie gelangt an ihre Grenzen.

2. Das politische System wird sich kaum selbst reformieren.

3. Ein „weiter so“ wird zum riskanten Spiel, das die Krisen weiter verschärft.

4. Die Antwort kann nicht weniger, sondern muss mehr Demokratie sein.

Wie soll der Weg der Demokratie gepflastert sein?
Es liegt an uns!

Die Politik braucht Hilfe!

Wir brauchen dringend Reformen, wenn wir die Ursachen der Krise bearbeiten wollen. **Wir wollen die Parlamente gegenüber den Regierungen stärken, die Kastrierung der Demokratie durch Wirtschaftsinteressen beenden und vor allem die Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Entscheidungen verbindlich beteiligen.** Entscheidungen sollten möglichst bürgernah, dezentral und auf Basis umfassender Informationen zu Stande kommen.

Demokratie ist die einzige Regierungsform, die erlernt werden muss – aber nicht nur von den Eliten, sondern von uns allen. Immer wieder.

Wir vertrauen den Menschen. Die meisten Menschen wollen selbstbestimmt leben, ihr Leben gestalten und gleichzeitig etwas Positives in die Welt tragen. Angst, Aggression, der Ruf nach dem „starken Mann“ entstehen, wenn Menschen das Gefühl haben, dass sie abgemeldet sind. Erleben sich Menschen als verantwortlich, werden sie diese Verantwortung auch tragen. Lernen beginnt damit, den Menschen etwas zuzutrauen!

Im Jahr der Bundestagswahl wollen wir mit den Menschen über die Demokratie reden. Und wir werden **am Tag nach der Bundestagswahl einen groß angelegten Aufruf starten**, um unsere Forderungen an die Koalitionäre heranzutragen.

Was Sie tun können!

Angesichts der Aufgaben, die sich uns stellen und denen wir uns stellen wollen, sind wir noch zu klein. Wenn wir gemeinsam in einem starken Bündnis die Phase der Koalitionsverhandlungen beeinflussen wollen, müssen wir mehr werden. Bisher abonnieren 117.000 Menschen unseren Newsletter und verfolgen darüber unsere Arbeit. **Wir haben uns vorgenommen, bis zur Bundestagswahl 200.000 Menschen über unseren Newsletter zu erreichen.** Dann werden wir nach der Bundestagswahl ein kräftiges Signal setzen können.

Wir bitten Sie daher, diesen Newsletter jetzt an Ihre Freunde, Verwandten und Arbeitskolleg/innen weiterzuleiten. Helfen Sie mit, dass wir bald schon 200.000 sind. **Empfehlen Sie unseren Newsletter Menschen aus Ihrem Umfeld weiter.**

https://www.mehr-demokratie.de/ http://www.omnibus.org/historie.html

Einschub 7 Ende

oooooooooooooooooooooo

18. Tag: Verfassungsfeindlichkeit und Parteienverbot

Ich will mich kurz auf Probleme unseres politischen Systems, Verfassungsfeindlichkeit und Parteienverbot einlassen. Als Erinnerungsposten habe ich mir die Titelseite der HAZ vom 18. Januar mit der Schlagzeile „Niedersachsen enttäuscht über Scheitern des NPD-Verbots“ aufgehoben.

Eine politische Mitte ist nicht denkbar ohne politische Ränder. Es ist aber zweckmäßig, sich die politischen Positionen nicht auf einer Strecke vorzustellen, sondern auf einen Kreis. Die Kompassrose ist mir dabei eingefallen. Da gibt es nicht nur Nord und Süd, sondern auch Ost und West und dazwischen Abstufungen wie Nordost und Südwest usw.. Dieses Bild von der Kompassrose ist aber nur eine Annäherung an das, was ich zum Ausdruck bringen will. Die Sternenkarte, wie sie immer wieder in der Zeitung zu sehen ist, ist eine weitere Annäherung. Es gibt ein Nord und Süd, aber die Sterne bilden weder eine gerade Linie noch einen Kreis, sondern sie sind verstreut in der Fläche. Und das was auf der runden Fläche des Sternenhimmels zu sehen ist - mit Sternen, die mal schwächer und mal stärker leuchten - wandelt sich im Ablauf der Jahreszeiten. Aber dieser Wandel wiederholt sich mit immer den gleichen Sternen. Der politische Sternenhimmel, bei dem die Sterne aus Ideen und Bestrebungen bestehen, wandelt sich im Laufe der Zeit auch. Nur manche Sterne verglühen hier und neue entstehen, manche verändern ihre Position im System oder das Farbspektrum ihres Lichtes ändert sich. Das Gemeinsame haben die politischen Sterne mit den Himmelskörpern, dass man sie nicht einfach verschwinden lassen kann, wenn sie einem nicht gefallen. Die Sterne am Himmel kann man nicht mit einem Tuch verhängen und die politischen Sterne, die einem nicht gefallen, schafft man nicht mit einem Verbot aus der Welt. Auch wenn ein Verbot gelingt, damit ist die Wirkung des verbotenen politischen Sterns nicht ausgelöscht, denn

Die Gedanken sind frei,
wer kann sie erraten,
sie fliehen vorbei
wie nächtliche Schatten.
Kein Mensch kann sie wissen,
kein Jäger erschießen,
es bleibet dabei:
die Gedanken sind frei.

Der verbotene Stern stellt seine Wirkung nicht einfach ein, sondern wird Mieter bei einem

anderen Stern. Das Licht von einem politischen Stern, das einem unangenehm leuchtet, kann man nur dadurch zum Erlöschen bringen, indem man es dem Licht von anderen Sternen aussetzt, die ihn durch ihren Glanz überstrahlen.

Das ist aber nur ein Aspekt des Sachverhaltes. Die politische Mitte und ihre Ränder bilden eine Einheit und wirken wechselseitig aufeinander ein. Der Ausschluss einer Partei ist ein Vorgang, eine Amputation, die das ganze System betrifft. Wenn ein Teil oder der ganze Rand zu groß oder zu unangenehm wird, ist das ein Zeichen dafür, dass in der Mitte etwas faul ist. Wenn die Ränder ganz zu verschwinden drohen oder nicht mehr sichtbar sind, dann schlafen im ersten Fall ihre Vertreter und im zweiten Fall werden sie unterdrückt. Beide Erscheinungen sind dann ein Alarmzeichen, denn die politische Mitte balanciert in diesem Fall auf ein Hochseil ohne Balancierstange.

Ein dritter Aspekt der gleichen Sache bzw. des gleichen Vorganges ist folgender. Politische Parteien sind im System Konkurrenten um politische Gestaltungsmacht. Die Fairness eines Wettbewerbes gebietet aber, dass die starken Teilnehmer nicht die Bedingungen des Wettbewerbes diktieren und zu ihren Gunsten verändern können. Über so ein Ansinnen wird in der schon erwähnten Ausgabe der HAZ vom 18. 1. 2017 berichtet:

> Innenminister Pistorius sprach sich dafür aus, die NPD bei der Parteienfinanzierung so weit wie möglich einzuschränken. Auch Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) forderte, die Erstattung von Wahlkampfkosten für die Partei zu beenden.

Die Spielregeln eines Wettbewerbes sind unabhängig davon zu beurteilen, ob einem ein Teil der Wettbewerber passen oder nicht. Es ist ein Unding, wenn starke Teilnehmer – in diesem Fall die starken Parteien, die gut in den Parlamenten vertreten sind - schwache Teilnehmer benachteiligen können und so dafür sorgen, dass der Wettbewerbsdruck auf sie abnimmt. Das wird so nicht formuliert, sondern man spricht dann von Gefahrenabwehr für die Demokratie. Aber die Demokratie ist gefährdet, wenn die Parlamente nicht die Streuung der Zielvorstellungen der Bürger widerspiegelt. Schon die 5%-Klausel schränkt die Erneuerung der Parlamente - mit der falschen Begründung, dass die Weimarer Republik an den vielen Parteien zugrunde gegangen ist - überflüssig ein. Wenn dann noch die Wahlkampfkostenerstattung nach dem Wahlerfolg bemessen wird, trägt das zur Verfestigung der großen Parteien, die von Natur aus gegen Erneuerungen zögerlich sind, bei. Die Parteienfinanzierung durch den Staat

sollte ganz abgeschafft werden oder in eine Form gebracht werden, die den Wählerwillen stärkt. Dies kann dadurch geschehen, dass die Wähler einen bestimmten Betrag ihrer jährlichen Steuerschuld auf eine politische Vereinigung ihrer Wahl ohne Einschränkungen übertragen können.

Was ist eigentlich verfassungsfeindlich und sind unsere Parteien, die die „verfassungsfeindlichen“ Parteien benötigen, um mit Verweisen auf sie von ihren Fehlern und Schwächen ablenken zu können, verfassungstreu? Diese Frage wird in den Medien nicht behandelt und das ist ein Indiz dafür, dass an der Bezeichnung „Lügenpresse“ etwas dran ist. Gehen wir von der Ausgangsannahme aus. Das Volk ist der Ausgangspunkt aller staatlichen Gewalt und dadurch der Verfassungsgeber. Durch den Beschluss einer Verfassung gibt das Volks die Rolle als Verfassungsgeber aber nicht auf. Denn, wenn es diese Rolle aufgäbe, würde der Begriff Demokratie zu einer inhaltslosen Worthülse. Folglich kann das Werben für eine andere Verfassung auch nicht verfassungsfeindlich sein. Wenn solche Verbote in der jeweils geltenden Verfassungen stehen, sind sie demokratiefeindlich. Ewigkeitsklauseln in der Verfassung begründen die Herrschaft der Toten (Thomas Jefferson) und sind eine Unterdrückung der Lebenden. Wer wirklich Demokrat sein will, kann das nicht wollen. Eine Verfassung kann ein Volk auch nicht davor schützen, dass es in einer Diktatur landet – das hat bei uns die Weimarer Verfassung bewiesen -, sondern nur eine Gesellschaftsordnung, die keinen Anlass dazu gibt, nach einer solchen zu streben oder solchen Propagandisten einer Diktatur nachzulaufen, die ihnen die Erlösung von ihrer Drangsal versprechen.

Dass im Grundgesetz steht, dass das Parlament selbst seine Handlungsgrundlage ändern darf, ist nur aus der Zeit der Entstehung des Grundgesetzes und aus der Vorstellung der Mitglieder des Parlamentarischen Rates, dass das Grundgesetz nur eine vorläufige Verfassung ist, zu verstehen. Dass eine politische Partei oder einzelne Bürger eine andere Verfassung wollen, kann also nichts verfassungsfeindliches sein. Solche Forderungen sind in einer lebendigen Demokratie erforderlich, damit sich das Bestehende gegen das Kommende, das erst nur als gedankliches Konstrukt in der Welt sein kann, behaupten muss.

Dass die Parteien, die im Bundestag sind (einschließlich der FDP, die wieder dahin strebt) schon deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie das Verfassungsgebot im Artikel 146 im Zusammenhang mit der Präambel missachtet haben und weiterhin missachten, ergibt sich

aus dem Grundgesetz selbst. Im GG Art. 20 (2) steht:

> Alle Gewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Da die Parteien durch ihre Vertreter im Bundestage die Abstimmungen, die Volksentscheide, schon seit 1949 verhindern, erweisen sie sich als Verfassungsfeinde.[69] Aus dem Satz „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. ...“ GG Art. 21 (1) haben die Parteien ein Monopol gemacht, denn ohne Parteimitgliedschaft und ohne Zustimmung der Parteien kommt kein Bürger in den Bundestag. Das werte ich als Bruch des Grundgesetzes. Das Wort Fraktion kommt im Grundgesetz nicht vor. Die Bildung von Fraktionen sind ebenfalls ein Verstoß gegen das Grundgesetz, denn eine Kartellisierung der Meinungs- und Willensbildung schränkt die Unabhängigkeit der Abgeordneten ein. Und die Bindung der Abgeordneten an Parteitagsbeschlüsse ist ein Verstoß gegen den Artikel GG 38 (1) dort heißt es nämlich:

> Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Ein Abgeordneter der sich zu oft an dem von der Fraktion vorgegebenem Abstimmungsverhalten nicht hält und auch nicht Parteitagsbeschlüsse respektiert, hat keine Chance, ein zweites Mal in den Bundestag gewählt zu werden. Was ist das anderes als Verfassungsfeindlichkeit.[70]

Wenn wir die Repräsentative Demokratie erhalten wollen, dann müssen wir sie dringend reformieren und durch die direkte Demokratie ergänzen. Parteien darf es dann zwar zur Werbung für bestimmte Ideen und Aufklärung über Missstände im Start geben. Aber mit Eintritt in ein Parlament oder die Regierung müsste das Parteimitglied aus der Partei austreten oder wenigstens für die Dauer seines Mandates oder Amtes die Mitgliedschaft ruhen lassen. Auch müssen Regierung und Parlament getrennt gewählt werden, weil die Gewaltenteilung durch die Wahl der Bundeskanzlerin / des Bundeskanzlers mittels Parlamentsmehrheit aufgehoben wird. In der jetzigen Situation ist die Opposition ein zahnloser Tiger und die Parlaments-

69 Ich habe keinen anderen Grund gefunden, worauf sich die Abstimmungen sonst beziehen könnten.
70 Nicht vergessen! Ich schreibe hier nicht aus Hass gegen Personen, sondern eher aus Traurigkeit darüber, dass wir Deutschen uns nach dem Krieg gedanklich so verrennen konnten.

mehrheit eine Legitimationsmaschine der Regierung.

oooooooooooo

Einschub 8 (Jefferson – Herrschaft der Toten)

… Im Jahr 1789 schrieb Thomas Jefferson einen langen Brief an James Madison. In einem Gedankenexperiment kombinierte er Geburts- und Sterblichkeitsraten mit der Idee politischer Selbstbestimmung: Weil jede Generation das Recht habe, ihre Angelegenheiten frei zu entscheiden, müsse eine Verfassung (wie jedes Gesetz) von selbst außer Kraft treten, und zwar nach 19 Jahren. Die amerikanische Verfassung erfüllt diese Bedingung nicht, im Gegenteil: Sie gilt unbefristet, und ihr Artikel fünf erlaubt eine Verfassungsänderung nur unter strengen Voraussetzungen wie der Zustimmung von drei Vierteln der Staaten. Es wundert also nicht, dass die amerikanische Bundesverfassung aus dem Jahr 1787 viel seltener Änderungen erfahren hat als das Grundgesetz von 1949, das sich unter anderem mit einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat begnügt. Sieht man von den ersten zehn Amendments über die Grundrechte aus dem Jahr 1791 ab, gab es im Schnitt alle zwölf Jahre eine Ergänzung der amerikanischen Verfassung. Das Grundgesetz dagegen wurde etwa ein Mal pro Jahr geändert. …
14.01.2009, von Andreas Funke und Bernd J. Hartmann
in: **Die Macht der Toten über die Lebenden**
Verfassung mit Verfallsdatum? Lehren für die Grundlage der Europäischen Union
http://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/gastbeitrag-die-macht-der-toten-ueber-die-lebenden-1756106.html

Ende Einschub 8

oooooooooooooooooooooo

19. Tag: CDU-Abgeordnete wirft Kanzlerin Rechtsbruch vor / Die Bewegung Reichsdeutsche

Erika Steinbach, Mitglied des Deutsche Bundestages ist nach "mehr als vierzigjähriger Mitgliedschaft aus der CDU ausgetreten, weil sie die Politik der Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht mehr mittragen will oder kann. Sie ist darum aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen worden und hat im Bundestag einen abgesonderten Platz zugewiesen bekommen. Ich hörte eine Stimme aus den Reihen der CDU, Steinbach möge doch auch ihr Mandat zurückgeben, sie hätte es von der CDU bekommen. Ist die Forderung berechtigt? Ich finde, die Forderung ist nicht berechtigt. Wenn sie ein Direktmandat erhalten hat, dann ist das Nein ganz klar. Bei einem Listenplatz kann man ins Grübeln kommen. Hat der Wähler die Partei gewählt oder Abgeordnete für die die Partei die Organisation übernommen hat. Ich denke, die Abgeord-

nete(n) wurde gewählt. Die Liste ist nur eine Hilfskonstruktion, um eine andere Streuung der Mandatsträger zu bekommen, als mit der ausschließlichen Direktwahl. Hier und auch bei dem Gerangel um die Listenaufstellung wird deutlich, dass wir ein Wahlrecht benötigen, das die Abhängigkeit der Kandidaten von einer Partei aufhebt und zu einer direkten Verantwortung der Abgeordneten gegenüber ihren Wählern führt, ohne dass daraus ein imperatives Mandat wird.

Erika Steinbach ist nicht aus der CDU ausgetreten, weil ihr die CDU nicht mehr rechts genug ist, sondern - wie sie in einem Interview sagte, weil ihr die CDU nicht mehr rechtsstaatlich genug ist. Ich folge mal kommentierend ihrer Begründung für den Austritt, für die ich folgende Quelle gefunden habe:

Erika Steinbachs CDU-Austrittserklärung im Wortlaut: „Das ist nicht mehr meine Partei“ Epoch Times16. January 2017 Aktualisiert: 16. Januar 2017 12:46
http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/erika-steinbachs-cdu-austrittserklaerung-im-wortlaut-das-ist-nicht-mehr-meine-partei-a2025060.html

> … Der Grundsatz, dass kein Euroland finanziell für ein anderes einstehen muss, hoch und heilig dem Deutschen Bundestag und dem eigenen Volk bei der Einführung des Euro versprochen und in europäischen Verträgen verankert, wurde über Bord geworfen. Deutschland ist in Folge horrende finanzielle Verpflichtungen und Haftungsrisiken von über 700 Milliarden Euro eingegangen.

Ob die Zahl stimmt, kann ich nicht beurteilen. Ansonsten deckt sich die Aussage mit dem, was die Medien vermittelt haben. Dabei geht es offensichtlich auf der Seite der verantwortlichen deutschen Politiker nicht um böswillige Außerachtlassung von Verträgen mit Gesetzeskraft, sondern um Reaktionen der Hilflosigkeit. Man nahm Schaden an der eigenen Glaubwürdigkeit und der Gesetzestreue in Kauf, um vermeintlichen größeren Schaden abzuwenden. Auch an dieser Stelle wird der Mangel in der Theoriebildung im Währungsbereich deutlich. Die Überschuldung und die Zahlungsunfähigkeit eines Staates kann die Währung nicht gefährden, wenn die Zentralbank die Gefährdung nicht durch regelwidriges Verhalten gefährdet. Und ein Konkurs eines Staates ist für die Demokratie weniger gefährlich als die Entmündigung durch Kreditgeber. Das gilt besonders dann, wenn die neuen Kredite nicht eine Hilfe für die Bürger des betreffenden Landes sind, sondern für die Gläubiger, die aus den Kredit gewährenden bzw. aus den bürgenden Ländern kommen.

> Der abrupte Ausstieg der Bundesregierung aus der Atomenergie im März 2011 innerhalb von ganzen drei Tagen nach der Fukushima-Katastrophe im fernen Japan erfolgte ohne jegliche Rechtsgrundlage und ohne akute Gefahr, dass in Deutschland ein ähnliches Ereignis zu befürchten sei. Kurz zuvor hatte die Aufsichtsbehörde gerade die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke bescheinigt. Weder die CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch das Parlament wurden damit befasst, obwohl nur fünf Monate zuvor der Deutsche Bundestag eine Laufzeitverlängerung beschlossen hatte. Nur er wäre legitimiert gewesen, eine solche Entscheidung zu fällen.

Auch unter Berücksichtigung, dass mich der Ausstieg aus der Atom-Energie-Erzeugung freut. Das gewählte Verfahren des Ausstieges sehe auch ich als Verfassungsbruch. Der Bundestag hat eindeutig versagt, als er einfach zur Tagesordnung übergegangen ist und keinen Misstrauensantrag gegen die Kanzlerin eingebracht hat. Ich sehe nach demokratischen Maßstäben aber auch eine Kompetenzüberschreitung des Bundestages, als er den Bau von Atomkraftwerken bewilligt hat: a) weil das Risiko der Anwendung von Atomenergie nicht auf die Anwender und Eigentümer begrenzt ist, sondern die ganzen Bewohner unseres Landes und die der Nachbarländer bedroht. b) weil die Entsorgung des strahlenden Abfalls nicht gelöst war und auch noch nicht ist. Ich denke, bei Fragen, bei denen es um die Existenz des ganzen Volkes geht (dazu gehört auch der Krieg), hört die Kompetenz des Bundestages auf und das Volk muss mit qualifizierter Mehrheit selbst direkt entscheiden. c) Weil die Kosten einer Versicherung – wenn sie überhaupt möglich ist -, die das Gefahrenpotential der Anwendung von Atom-Energie-Erzeugung abdeckt von den Betreibern wahrscheinlich nicht getragen werden können.

> Das alles wurde 2015 durch die einsame Kanzlerentscheidung in den Schatten gestellt, mehr als eine Million Migranten ungesteuert und unüberprüft monatelang nach Deutschland nicht nur einreisen zu lassen, sondern sie auch noch mit Bussen und Zügen hierher zu transportieren, obwohl viele aus einem sicheren Herkunftsland kamen und praktisch alle über andere EU-Länder eingereist waren, und demgemäß nach geltendem EU-Recht (Dublin Abkommen) hätten zurückgewiesen werden müssen.
>
> All das widersprach unserer geltenden Rechtslage, und hat Deutschland zudem aufgrund des unabgestimmten Vorgehens in Europa isoliert. …
>
> … Das Bundesamt für Migration hat zudem bei rund 2000 festgestellten falschen Pässen keine Strafanzeigen gestellt, sondern die betrügerischen Migranten einfach auf die Bundesländer verteilt. Es ist dabei anzunehmen, dass keine Bundesbehörde einen solch massenhaften Rechtsbruch aus eigenem Antrieb und in eigener Verantwortung begeht. Üblicherweise stehen bis zu fünf Jahren Haft auf Fälschung solcher Dokumente. Zudem wäre damit das Anrecht auf Asyl verwirkt. Das Vertrauen in unseren Rechtsstaat

> wird ausgehöhlt, wenn Strafmandate für falsches Parken konsequent eingetrieben werden aber derart gravierende Straftaten zulasten unseres Staates vorsätzlich entgegen der Rechtslage ignoriert werden und ohne jegliche Sanktionen bleiben. …
>
> … Die Integration des Millionenheeres von Menschen aus vielfältigen anderen Kulturkreisen wird viele Jahre dauern, wenn sie denn überhaupt gelingt. Sowohl religiös, kulturell als auch wirtschaftlich. Die rein materiellen, berechenbaren Kosten dafür belaufen sich auf mindestens 20 Milliarden Euro pro Jahr über einen längeren Zeitraum hinweg. …

Leider kann ich auch hier Frau Steinbach nicht widersprechen. Und urteilen kann man hier nicht unter Berücksichtigung des Elends der Kriegs- und Hunger-Flüchtlinge, sondern auf dem Hintergrund des geltenden Rechts und wiederum auch auf dem Hintergrund des Demokratieprinzips. (Wenn das Volk als Ganzes zugunsten einer Vertretung entmündigt wird oder sich entmündigen lässt, dann kann es für sich nicht beanspruchen, eine Demokratie zu sein.) Die Idee der Gewaltenteilung besagt, dass die Exekutive das durchführt, was die Legislative beschließt. Der Artikel 65 des Grundgesetzes Art. 65, erster Satz

> „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.“ [71]

kann daher nicht bedeuten, dass die Kanzlerin in die Rechte des Parlaments eingreifen darf, besonders nicht in sein Recht über den Etat zu bestimmen.

… Fazit

> Der frühere Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier konstatierte, dass „die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit noch nie so tief wie derzeit“ gewesen sei „und die „Leitplanken des deutschen und europäischen Asylrechts gesprengt“ worden seien. Der Verfassungsrichter Udo di Fabio stellte in seinem Gutachten zum Thema einen fortdauernden Rechtsbruch fest.
>
> Leider trifft diese Diagnose nicht nur auf das Asylrecht zu, sondern auch auf die Euro-Rettungspolitik.

Man könnte hier die An- oder Einsicht anwenden, dass Amtsinhaber erst dann mutig werden, wenn sie nicht mehr im Amt sind. Aber in diese Kategorie möchte ich die genannten Richter nicht ohne Prüfung – die ich nicht vornehmen kann – einsortieren. Ich sehe daher keinen Grund, dass Frau Steinbach bei der Bewertung des Geschehens nicht auf die ehemaligen Verfassungsrichter verweisen durfte.

71 Ist das Wort *Verantwortung* hier mehr als eine Ausschmückung? Als Haftung kann es ja wohl nicht gelesen werden, denn sie würde ja die Möglichkeiten der Kanzlerin weit überschreiten

> Vor diesem Hintergrund war es mehr als befremdlich, im Grunde sogar unverfroren, dass die Kanzlerin eine gute Zusammenarbeit mit dem zukünftigen amerikanischen Präsidenten Trump in ihrer Gratulation an „den Respekt vor dem Recht“ knüpfte. Eine Anforderung, der sie selbst wiederholt und in eklatantem Ausmaß nicht entsprochen hat.

Die Aussage kann man gelten lassen, man muss nur bedenken, dass hier der Spruch von dem Splitter im Auge des anderen und von dem Balken im eigenen Auge gilt.

> Es ist erkennbar, dass die Bundeskanzlerin und Vorsitzende der CDU ihre Entscheidungen im Sinne ihrer Perspektive und politischer Auffassungen notfalls auch unter Außerachtlassung von Recht und Gesetz trifft. Es ist dabei für sie offenkundig unerheblich, ob Grundlagen und Beschlüsse der eigenen Partei konterkariert werden, ob verabschiedete Koalitionsvereinbarungen davon betroffen sind oder ob dadurch geltendes Recht verletzt wird. Mit ihrer Reaktion auf dem Bundesparteitag der CDU zum Beschluss der Delegierten bezüglich der doppelten Staatsbürgerschaft, hat sie das unverblümte Signal gesetzt, dass für sie Beschlüsse der eigenen Partei völlig unerheblich sind, ja, dass sie überhaupt nicht daran denkt, ihre Politik danach auszurichten. Eine derartige Missachtung der eigenen Parteibasis, von der sie getragen wird, habe ich zuvor von noch keinem CDU-Parteivorsitzenden erlebt. …

An Recht und Gesetz ist die Bundeskanzlerin gebunden, an Parteiprogramme und Parteitagsbeschlüsse nicht. Um Verletzungen eines Koalitionsvertrages hat sich vor allem der Koalitionspartner zu kümmern. Wenn der Verstoß den Part betrifft, der die Interessen der Partei der Kanzlerin betrifft, kann diese Parteifraktion – bei Unnachgiebigkeit der Kanzlerin – nur mit einem Misstrauensvotum gegen die selbst gestellte und gewählte Kanzlerin reagieren.

Mir macht etwas anderes Sorgen. Ich mache dazu meine Anmerkungen ohne Abneigung der betroffenen Personen, die in diesem Zusammenhang gehandelt haben oder noch handeln.

a) Das System der Gewaltenteilung hat in und nach der Krise mit den Flüchtlingen nicht richtig funktioniert. Wenn die Kanzlerin aus Mitgefühl mit den Flüchtlingen gehandelt hat, hätte man ihr ein Denkmal setzen können, aber man hätte sie abwählen müssen. Wenn der Grund aber gar nicht die Nächstenliebe war, sondern zum Beispiel im Motiv der Vermeidung einer langen und schwierigen Debatte eines Einwanderungsgesetzes, dann hätte das Parlament die Wähler aufklären und die Kanzlerin ebenfalls abwählen müssen.

b) So habe ich, wie die Sache abgelaufen ist, den Eindruck bekommen, der Bundestag

würde in einer noch schwierigeren Situation als die mit den Flüchtlingen auch einen neuen > Führer < akzeptieren. (Wobei ich davon ausgehe, dass er nicht das Hakenkreuz am Rockaufschlag oder an einem Arm tragen würde.)

c) Ich kann mir nicht recht vorstellen, dass die deutschen Geheimdienste, der Regierung nicht gemeldet haben, was da auf Deutschland zukommt. Wenn sie nichts beobachtet und gemeldet haben, können wir uns die Kosten sparen, die sie verursachen, indem sie aufgelöst werden. Im anderen Fall gehören diejenigen unter den Regierenden, die die Meldungen unterschlagen haben, an den Pranger gestellt.

d) Die Auslegungen des im Grundgesetz formulierte Asylrecht und die Genfer Konventionen für den Fall eines bewaffneten Konfliktes wie im vorliegenden Fall werden spätestens dann fraglich, wenn das aufnehmende Land durch die Zahl der Asylsuchenden selber in Gefahr gerät. Offensichtlich wurde eine falsche Auslegung des Asylrechtes mit Verweis auf das Grundgesetz vorgenommen. Ich bin in meinem Text 141.0 http://www.tristan-abromeit.de/pdf/141.0.Fluechtlinge.Frieden.Verfassung.pdf auf eine Arbeit mit dem Titel "Das konstitutive Asylrecht in Deutschland" von Dr. Dr. Paul Tiedemann, Richter und Lehrbeauftragter, aus dem Jahr 2009 eingegangen. Der Artikel wird wie folgt eingeleitet:

> Spätestens mit Inkrafttreten der so genannten Qualifikationsrichtlinie und der damit verbundenen Vergemeinschaftung des meteriellen Flüchtlingsrechts hat das verfassungsrechtliche Asylrecht (Art. 16a GG) in Deutschland jegliche Funktion verloren.

In dieser Arbeit (S. 10) weise ich auch darauf hin, dass ich schon Anfang der 80er Jahre mit einem Freund diskutiert habe, ob das auf uns zukommende Flüchtlingsproblem besser dadurch bewältigt werden könnte, wenn alle Grenzen aufgemacht werden und nach der dann eintretenden Vernichtung der Wohlstandsinseln ein Neubeginn für die übrig gebliebenen Menschen bei Null gestartet wird oder ob von den unter Schutz stehenden Wohlstandsinseln weitere gebildet werden, bis aus ihnen ein geschlossenes Festland geworden ist. Wir haben uns damals für die zweite Variante entschieden, weil wir annahmen, dass auch bei einem Start bei Null sich erst Inseln des Wohlstandes bilden werden. Und in meinem Text 139 http://www.tristan-abromeit.de/pdf/139.Fluechtlingspolitik.pdf habe ich geschrieben:

> An dem Flüchtlingsthema wird deutlich, dass der Mensch sich gar nicht politisch engagieren kann, ohne in der einen oder anderen Weise schuldig zu werden. Die heute sich weiter entwickelnden Zustände waren im Zeitraum der Parteigründung (der Grünen) vor 35 Jahre schon vorhersehbar.
> Und die Tragik des Prozesses liegt darin, dass der Zustrom von Flüchtlingen und

> Asylsuchenden um so größer wird, je menschenfreundlicher sie in Europa aufgenommen werden und je kleiner das Risiko des Todes im Mittelmeer wird. Wenn sich nicht Maßgebliches in den Herkunftsländer und in der Weltökonomie ändert, wird der Tag kommen, in dem das allgemeine Hauen und Stechen bei uns und in ganz Europa beginnt. Dabei ist es doch so, bei der Betrachtung jedes einzelnen Flüchtlings haben wir doch das Gefühl, der habe doch unsere Hilfe nötig und unser Willkommen verdient. Wir benehmen uns wie Ärzte, die überlebensnotwendige Operationen unterlassen, weil sie den Patienten die nicht vermeidbaren Schmerzen nicht zufügen mögen.

Zur Erinnerung: Meine Ausgangsbasis bei meiner Argumentation ist, dass in dem von Silvio Gesell formulierten Modell der Freiwirtschaft alle Menschen die gleichen Ansprüche auf die Mutter Erde als Voraussetzung ihrer Existenz haben. In Gesells Denken sollten Grenzen nur noch Verwaltungsgrenzen sein. Offene Grenzen kann es aber nur geben zwischen Ländern, die ökonomisch im Gleichgewicht sind, wo keine Menschen aus prekären Verhältnissen zu den staatlichen Speisetöpfen drängen. Ich berücksichtige aber auch in meiner Argumentation das vom verstorbenen Astrophysiker Peter Kafka formulierte Grundgesetz vom Aufstieg[72], das da lautet: „Vielfalt, Gemächlichkeit und Selbstorganisation“.
Das gleiche Recht an Mutter Erde für alle Menschen wurde in der Vergangenheit und Gegenwart bei uns von jenen Kräften sabotiert, die heute in gedämpfter Lautstärke und gediegener Umgebung ihr Versagen auf die Populisten in aller Welt zu übertragen versuchen. Und gleichzeitig sabotieren sie den Aufstieg, weil sie die Menschen zu einer kulturellen Einförmigkeit zwingen wollen. Sie merken nicht, dass das genauso ein Rassismus ist, wie jener, der alles separieren will und dann noch Vorrechte für Teile der Menschengemeinschaft sichern will. Dieser Rassismus hat nur ein anderes Vorzeichen. Wichtig ist, dass die Menschen individuell ohne Hunger, ohne Krieg und nicht zu Lasten anderer wählen können. Und diese Wahlmöglichkeit ist vor allem eine ökonomische Frage, die nach eine Antwort sucht.

20. Tag: Anmerkungen über den Umgang mit Außenseiterpositionen

Ich erlebe die deutsche Streitkultur als primitiv, nicht nur wenn sie Sprüche in unflätigen Worten produziert, sondern auch dann, wenn sie in wohlgesetzten Worten von Menschen in maßgeschneidertem Anzug oder Kleid daher kommt. Wer aus der Reihe der Durchschnittsmeinung tanzt, muss fertig gemacht werden. Die Frage: „Warum tanzt der Andere oder die Anderen aus der Reihe?“ wird selten gestellt. Statt zu fragen, verbirgt sicher hinter einem

72 Das ist ein Buchtitel aus dem Jahr 1989.

auffallenden Verhalten ein wichtiges Anliegen oder Hinweise auf Probleme, die von der Mehrheit übersehen wurden, wird selten gestellt, der Auffällige / die Auffälligen werden gleich verteufelt. Dabei ist es ein Zeichen einer freien Gesellschaft, dass die Mehrheit das ausgewogene Urteil und die Aufgeschlossenheit gegenüber dem Neuen vertritt, aber ohne das Verlangen, den Menschen, die sich in der Mitte nicht einordnen wollen oder können, den Mund zu verbieten oder sie auszusondern. So viel größer der Druck der Mitte auf die Ränder wird, um so wahrscheinlicher ist es, dass die Mitte „Dreck am Stecken" hat. Das heißt dann, sie hat irgendwelche Probleme oder ein eigenes Fehlverhalten verdrängt und fühlt sich unangenehm von den Außenseitern daran erinnert. „Haltet den Mund oder wir bringen Dich zum Schweigen!", ist dann die Devise. Ich komme darauf, weil der Name Erika Steinbach auch mit dem Bund der Vertriebenen verbunden ist und dieser Bund oft als reaktionär eingestuft wird. Und außerdem, weil in letzter Zeit die Menschen, die sich Reichsdeutsche nennen, als neuer Buhmann der Politik herhalten müssen. Mir geht es hier gar nicht um eine Bewertung dieser Gruppen, wobei ich auch Gruppen vom linken Rand einbeziehen könnte, sondern um den Umgang mit ihnen. Dass Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten mussten oder vertrieben wurden, zu den Teilen Deutschlands, die durch den letzten Krieg verloren gingen, ein anderes Verhältnis hatten (und heute teilweises ein besseres) als die Menschen, die ihre angestammte Heimat nicht verloren haben, ist doch ohne weiteres einsehbar. Dass sie lange Zeit den „Nicht-Heimat-Verlieren" mit ihren Forderungen lästig waren, weil diese sich dadurch gestört fühlten, scheint mir auch klar. Aber waren dadurch die Anliegen der Vertriebenen politisch rechts oder unberechtigt nur deshalb, weil sich andere in ihrem politischen Geschäft gestört fühlten. Hätten die, die sich durch die Forderungen der Vertriebenenverbände gestört gefühlt haben anders reagiert, wenn Teile Deutschlands im Norden bis zur Weser, im Süden bis an den Schwarzwald den westlichen Nachbarn zugeschlagen und sie selbst vertrieben worden wären? Hinzu kommt doch, dass die politische Opposition durch Engstirnigkeit der Liberalen und Konservativen im Marxismus gelandet war und daher die Vertreiber eher als Verbündete sah und nicht als Rechtsbrecher. Und wenn deutsche Flüchtlinge auf ihr Leid hinwiesen, bekamen sie doch zur Antwort, sie hätten doch selber schuld, sie hätten doch Hitler zugelassen. Es geht hier nicht um eine Rollerückwärts in der Geschichte, sondern um den Umgang mit Menschen, die geschichtliche Ereignisse anders werten als die herrschende Politik. Meinem Empfinden nach hatte westdeutsche Politik nie ein Gespür für die verlorenen Teile des Landes im Osten und die Beschäftigung damit war nur ein Störfaktor. Ich erinnere mich an einen SPIEGEL-ARTIKEL, wo es um den Rückkauf von dem Königsberger

Gebiet (der Oblast Kaliningrad) gegen Schuldenerlass ging, was nicht auf die Gegenliebe der Bundesregierung stieß.[73] Ob die Chancen real bestanden haben, weiß ich nicht. Die EU hätte aber das nördliche Ostpreußen zu einem Scharnier zu Russland machen können. Ich habe vor Jahrzehnten einen Bericht über die Vertreibung aus völkerrechtlicher Sicht gelesen, darin stand, dass die Vertreibung eindeutig ein Bruch des Völkerrechts wäre. Solche Berichte müssen doch diskutiert (oder auch widerlegt) werden können, ohne dass daraus einer rückwärts gewandte Politik eine rechtsradikale Gesinnung abgeleitet wird. Europas Zukunft muss sowieso darin liegen, dass sich jeder Europäer an jedem Ort in Europa niederlassen kann. Immer wieder wird die Offenheit im Denken und Urteilen eingefordert. Mein Verdacht ist, dass Offenheit mit ausschließlicher Zustimmung zum eigenen Urteil gemeint ist. Für mich war und sind das Zeichen dafür, dass unsere Politik immer noch von der Angst, die die Rolle der Schuldbeladenen erzeugt, dominiert wird. Diese Angst verhindert, dass wir ein normales Verhältnis zum eigenen Staat finden. Es ist ein Klima, das den Rechtsradikalismus fördert, weil die, die über das Recht und die tatsächlichen Abläufe in der Geschichte und Politik nachdenken oder sprechen wollen in die rechte Ecke gedrückt werden und dann dort tatsächlich landen, wo sie gar nicht hinwollten. Ich spreche natürlich nicht von denen, deren Leben so verlaufen ist, dass sie sich nur noch in Form von Gewalt oder der Verdrehung der Wirklichkeit äußern können. Aber diesen kommt man auch nicht bei, wenn man sie wie Monster behandelt. Aber auch hier gilt für die „Bösen“ wie für die „Guten“, jeder erntet das, was er säte. Und auch nicht die Saat aller Schlips- und Titelträger bringt solche Früchte zur Reife, die das Leben fördern.

Zu den Reichsbürgern: Ich habe schon vor längerer Zeit von ihnen gehört und dass sie behaupten, das deutsche Reich bestünde immer noch und die Bundesrepublik Deutschland stände auf tönernden Füßen. Mehr wusste ich auch nicht. Vor allem hatte (und habe) ich keine Ahnung, wie stark die Gruppe ist. Neuerdings höre und ich lese ich, dass sie von den Politikvertretern als Gefahr für die Demokratie eingestuft werden und man habe sogar Waffen bei Vertretern dieser Vorstellung gefunden. In einem Blog las ich dann, dass die Reichsbürger im Rahmen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes argumentieren. Die Frage ist also, ob die etablierte Politik nur einen weiteren Buhmann gefunden hat, auf dem sie ihr Politikversagen abwälzen kann. Ich habe mich im Netz umgeschaut und erst einmal festgestellt, dass das Wort Reichsbürger mehrere Begriffe beherbergt. Die Reichsbürger von

73 Hier habe ich einen Bericht vom 2. 1. 2001 gefunden.
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kaliningrad-koenigsberg-fuer-eine-hand-voll-euro-a-113527.html

denen hier die Rede ist, werden daher in Wikipedia unter *Bewegung Reichsbürger* abgehandelt.

Für mich ist die Frage, was für eine Funktion hat so eine Gruppe in einer freien Gesellschaft. Ich denke, sie sind ein Fragezeichen in dem offiziellen Geschichtsbuch. Eine Aufforderung, das eigene Geschichtsbild oder den Status der eigenen Gesellschaft zu überdenken. Und hier hilft keine gegenseitige Diffamierung, sondern nur die Fakten auf einen öffentlichen Tisch zu legen und zu überprüfen und zu bewerten. Wenn das gelingt, hat unabhängig vom dem Ergebnis der Überprüfung eine solche Gruppe ihre Existenzberechtigung nachgewiesen. Man kann dabei nicht erwarten, dass solch eine Gruppierung formvollendet nach dem Geschmack der etablierten politischen Kräfte in Erscheinung tritt. Die Opposition, der Widerspruch gegen das Bestehende, gegen das Gültige entsteht ja als Gefühl oder Erkenntnis in einzelnen Menschen. Wenn es in mehreren Menschen entsteht, dann ist damit ja nicht gesagt, dass alle, in denen dieses Gefühl oder die Erkenntnis auftritt, den gleichen Charakter und den gleichen Umgang mit einem Widerspruch haben. Wenn es zu einer Gruppenbildung kommt, dann ist das meistens ein Prozess mit Widersprüchen und Ungereimtheiten. Diese Prozesse sind doch aus Parteigründungen bekannt. Bei einem oder ein paar Mitgliedern der Bewegung Reichsbürger hat man nun Waffen gefunden. Wenn es eine Tatsache ist, sollte das nicht mit ihren Inhalten gleichgesetzt werden. Vermutlich wird man in allen politischen Gruppen Mitglieder finden, die ein Faible für Waffen haben oder gar Waffennarren sind. Die Gefahr der Gewaltanwendung entsteht hier aus dem Ungleichgewicht der in Konkurrenz zueinander stehenden Ideen, Ansichten, Deutungen. Einer herrschenden Idee steht der ganze Staat als Waffe zur Verteidigung seiner Rolle als Platzhirsch zur Verfügung. In einer Gruppe, die sich als Ideenträger versteht, deren Idee neu oder nur von einer geringen Anzahl von Menschen vertreten werden, können Vorstellungen von Gewaltanwendungen entstehen, die das Ungleichgewicht im Ringen um Anerkennung von Gedanken ausgleichen sollen. Um solch motivierte Gewaltausbrüche zu reduzieren oder besser zu vermeiden, sollten Träger der „staatstragenden“ Ideen immer fair mit Trägern von Ideen von Außenseitern umgehen, auch wenn sie absonderlich erscheinen. Das heißt nicht, dass man Äußerungen, die man selbst für absonderlich hält, teilen muss, sondern dass man sie nicht mit Hilfe des Staatsapparates unterdrücken sollte. In einer freien Gesellschaft muss sich der Unsinn durch den Konkurrenzdruck qualifizierterer Ideen von selber aussortieren – auch wenn man daran zweifeln kann, weil sich der Unsinn im religiösen Bereich Jahrtausende halten kann. Jedenfalls sind herr-

schende Ideen nicht schon deshalb richtig, weil sie herrschen, denn dann wären die Ideen ja auch im NS- und SED-Staat richtig gewesen und der neue Präsident der USA bräuchte nicht so heftig kritisiert werden, weil seine Ideen jetzt den Präsidentenstuhl einnehmen. Und umgekehrt: Ideen von Außenseitern sind nicht deshalb falsch, weil sie keine oder noch keine Mehrheit in den Parlamenten, in den Regierungen oder bei den Wählern finden. Herrschende wie auch die nicht herrschenden Vorstellungen müssen anderweitig ihren Wahrheitsgehalt offenbaren.

Ich übertrage nun Ausschnitte aus Wikipedia zu dem Stichwort Reichsbürgerbewegung:

> Die **Reichsbürgerbewegung** umfasst mehrere uneinheitliche[1], sektenartige Gruppen[2] von Verschwörungstheoretikern und Rechtsextremen in Deutschland, die sich selbst als „Reichsbürger", „Reichsregierung", „Staatsangehörige des Freistaates Preußen" oder „Natürliche Personen" bezeichnen.[3] Sie entstand in den 1980er Jahren und tritt seit 2010 verstärkt in Erscheinung.[4]
>
> Zu ihrer Ideologie gehört die Ablehnung der Demokratie und häufig die Leugnung des Holocaust.[4] Ihre Anhänger behaupten, das Deutsche Reich bestehe fort, aber – entgegen ständiger Rechtsprechung[5] und herrschender Lehre[6][7] – nicht in Form der Bundesrepublik Deutschland. Vielmehr werde das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 (oder den Grenzen von 1914, je nach Gruppe) durch eine „kommissarische Reichsregierung" (KRR) oder Ähnliches vertreten, welche verschiedene, nicht-homogene Gruppen für sich beanspruchen.[8] Die Reichsbürgerbewegung wird daher auch als „KRR-Szene" oder „Reichsideologenszene" bezeichnet.
>
> In anderen Ländern gibt es – ausgehend von den Vereinigten Staaten – ähnliche Gruppierungen wie die *Freemen on the Land* oder *One People's Public Trust*. Letztere ist im deutschen Sprachraum besonders in Österreich aktiv.[9] (Ohne Quellennachweise!)
>
> https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsb%C3%BCrgerbewegung

Ob die Beschreibung richtig ist, kann ich nicht beurteilen. Ich weiß nur, dass bei „politischen" Artikeln Vorsicht auf sachliche Richtigkeit geboten ist, weil nach meinem Eindruck bei den Verfassern ein Kampf um Deutungshoheit nicht ausgeschlossen werden kann. Mich interessiert mehr der nächste Ausschnitt:

Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches

Eine der wichtigsten Argumentationsgrundlagen dieser Gruppierungen ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1973 (BVerfGE 36, 1 ff.) – wohlgemerkt lange *vor* der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für Gesamtdeutschland im Hinblick auf die „normative Kraft des Faktischen“ (Jellinek) –, in der es in erster Linie um die Frage der Rechtmäßigkeit des sogenannten Grundlagenvertrags zwischen der Bundesrepublik (Westdeutschland) und der DDR ging. Im Rahmen dieser Entscheidung stellte das Gericht auch dar, welche völkerrechtlichen Probleme sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Teilung Deutschlands hinsichtlich des deutschen Staates *(„als Ganzes“)* aufgetan hatten. Die für die „Reichsregierungen“ wichtigsten Sätze des Urteils lauten:

> „Das Grundgesetz – nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! – geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 [277]; 3, 288 [319 f.]; 5, 85 [126]; 6, 309 [336, 363]), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. […] Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert (vgl. Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates – Sten-Ber. S. 70). Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches […].“

Die diversen „Reichsregierungen“ sehen sich nun als die laut Bundesverfassungsgericht fehlenden Organe an und behaupten, durch ihre Existenz das Deutsche Reich auf der Grundlage der ihrer Meinung nach noch gültigen Weimarer Verfassung wieder handlungsfähig gemacht zu haben. Zudem stützen sie sich auf die Aussage, die Bundesrepublik sei nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Daher, so die „Reichsregierungen“, habe sie auch keinerlei Befugnisse, für das Deutsche Reich zu handeln. Bemerkenswert ist, dass der letzte Satz der oben zitierten Passage allerdings noch etwas weitergeht und daher vollständig lautet (vgl. ergänzend hierzu die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung von 1987 (Az.: 2 BvR 373/83 = BVerfGE 77, 137 ff.)[15]):

> „Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘, – in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘, so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht.“[16] (Ohne Quellennachweise)

Unabhängig von dem, was die Bewegung Reichsbürger äußert, ist nach meinem Eindruck den meisten Bürgern unserer Republik ihr rechtlicher Status, ihre Rechte, Einschränkungen, Verpflichtungen und Forderungen gegen einzelne andere Staaten oder gegenüber der Staatengemeinschaft ein Buch mit sieben Siegeln. Wie sollen aber die Bürger ein vertrauensvolles Verhältnis zu ihrem Staat und den Medien – in einer Situation, wo sich die Blindgläubigkeit verflüchtigt hat – bekommen, wenn hier keine sachgerechte Aufklärung erfolgt, die Otto Normalverbraucher auch nachvollziehen kann. Eine Aufklärung seitens des Staates wird aber schon schwierig werden, weil sich der Glaube an seine sachlich richtige Aufklärung abgenutzt hat.

Ein Teil der Aufklärung über die Vorgänge in der Weimarer Republik und nach dem Zweiten Weltkrieg kann sicher auch in unterhaltsamen Spielfilmen geleistet werden. Dann brauchen nicht so viele Krimis gesendet werden, wo ständig gezeigt wird, dass der Artikel 13 GG „Die Wohnung ist unverletzlich“ ohne Folgen missachtet wird. Aber die Unsicherheit über den Status Deutschlands könnte am Besten dadurch überwunden werden, indem alle Deutschen über ihre Verfassung beraten und beschließen dürfen und nicht länger das Gefühl haben müssten, sie lebten in einer „Parteiendiktatur“.

21. Tag: Der Messias von Würselen / der neue Bundespräsident / der Präsident des Niedersächsischen Landtages

Die HAZ brachte am 9. Februar 2017 einen Bericht von Udo Röbel über den Kanzlerkandidaten der SPD, Martin Schulz unter Schlagzeile und folgendem Vorspann:

> **Der Messias von Würselen**
>
> Kaum ist Martin Schulz Kanzlerkandidat der SPD, schnellen die Umfragewerte der Genossen nach oben. Was hat er, was Sigmar Gabriel nicht hatte? Und was hat das mit seiner Heimatstadt zu tun? Eine Spurensuche.

In einer Grafik wird dargestellt, dass seit der Ausrufung von Martin Schulz als Kanzlerkandidat durch Sigmar Gabriel die Zustimmungswerte für die SPD von 21 (am 25. 1.) über 26 (am 1.2.) auf 31 Prozent (m 8.2.) gestiegen sind. Ich kann mir gut vorstellen, dass die Mitglieder der Parteibasis, die ja durch den Bedeutungsverlust der SPD in den letzten Jahren gebeutelt ist, nach Jubel zumute war und ist. Eine ehrenamtliche Arbeit für ein Gemeinschaftsanliegen

ist ja über die Jahre nicht ohne kleine Erfolge zu verkraften. Ich weiß, wovon ich spreche. Auch die Wähler der SPD sind doch steigend verunsichert worden. Mir fällt ein befreundeter selbständiger Handwerksmeister ein, der sein Leben lang seine politischen Hoffnungen auf die SPD gesetzt hat. Der kam sich schon verprügelt vor und glaubte auf das falsche Pferd gesetzt zu haben. Natürlich freuen sich auch die hauptamtlichen Mitarbeiter im Parteiapparat, denn mehr Zustimmung verspricht ein besseres Wahlergebnis. Ein besseres Wahlergebnis bringt mehr Geld und mehr Posten und Aufstiegsmöglichkeiten. Ist Martin Schulz deshalb auch ein Hoffnungsträger für die ganze Republik? Ist die Hoffnung, die Martin Schulz vermittelt, gut fundiert. Man mag sein Lachen mögen und ihn untadelig finden, die Zweifel sind angebracht. Und diese Zweifel liegen gar nicht so sehr im Charakter der Person von Martin Schulz als vielmehr in der SPD. Nach meiner Einschätzung [74] zieht der inhaltliche Charakter einer Partei Mitglieder und Wähler an, die in der oder durch die betreffende Partei ihr Verlangen, ihre Bedürfnisse gefördert sehen. Ich denke, es ist kein böswilliges Urteil über die SPD, sondern ein realistisches, wenn ich sage, der Staat ist im *Modell Sozialdemokratie* der Übervater oder wie ich früher einmal gesagt habe, der Gutsherr und die SPD sein Verwalter, der dem Gesinde, den Knechten und Mägden das ihre an Lohn und Zuwendung zuteilt und das Nötige für das Gut abverlangt. Wenn der Verwalter gut und gerecht ist, dann kann das Modell für jene, die darin leben wollen, durchaus Geborgenheit vermitteln. Das Bedürfnis nach Gerechtigkeit und Sicherheit ist voll berechtigt und sollte in der Politik nie unterschätzt werden, aber für viele Bürger (und letztlich auch für die SPD-Wähler) ist das ein unvollständiger Forderungskatalog. Die Freiheit – nicht die Narrenfreiheit, sondern die haftende Gestaltungsfreiheit – ist eine weitere Forderung, die in dem Gutsverwalter-Modell zu kurz kommt.[75] Ich sage nicht, dass hier ein böser Wille der Sozialdemokraten zum Ausdruck kommt, sondern, dass für die Freiheit in dem Gutsverwalter-Modell nicht genügend Platz ist.[76]

Die ehrenhafte Geschichte der SPD beginnt doch mit ihrem Versuch, die Arbeitnehmer vom kapitalistischen Joch zu befreien und sie scheiterte schon in der Weimarer Republik, weil der Marxismus [77] sie an Vorstellungen von der Wirtschaft fesselte, die es ihr unmöglich machte,

74 Ich mache diese Einschränkung, weil ich mich nicht als ein Papst der Politik verstehe und Recht auf Irrtum auch für mich in Anspruch nehme.
75 Dass dies auch bei der CDU und FDP – die propagandistisch über die Freiheit reden – auch so ist, steht auf einem anderen Blatt.
76 Solche bildhafte Vergleiche leite ich nicht aus der Literatur ab, sondern von eigenen Erfahrungen.
77 Marx selber – so habe ich an zwei voneinander unabhängige Quellen gelesen – verstand sich nicht als Marxist.

auf die Krisen, die durch den Pfusch in Währungspolitik der Verantwortlichen ausgelöst wurden, sachlich richtig zu reagieren. Die SPD hat so und entgegen ihrem Wollen an den Untergang der Weimarer Republik mitgewirkt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die SPD immer noch im Marxismus gefangen und konnte so die Chancen für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, die im Modell der Sozialen Marktwirtschaft angelegt waren, nicht sehen. Und deshalb konnte sie die Sabotage des Modells *Soziale Marktwirtschaft* durch Kräfte, die der CDU/CSU und der FDP zuzuordnen sind, nichts entgegensetzen. Die SPD floh in Umverteilungs-Modelle, die letztlich zu Lasten derer gingen und gehen, die gefördert werden sollten. Sie vergeudete ihre Kräfte in einem Staatsinterventionismus, der dem Kapitalismus nichts anhaben konnte, aber alles bürgerliche Leben in eine unendliche Kette von Verwaltungsakten umformte. Martin Schulz hat dieses Denken mit in die Europäische Union genommen und dieses politische Gestaltungsprinzip – das dort schon herrschte – kräftig verstärkt und somit (sicher gegen den eigenen Willen) mit dafür gesorgt, dass die Idee vom vereinten Europa am Rande des Konkurses steht. Wieso soll er da der Mann sein, der Deutschland auf einen guten Kurs führt, zumal er ja nicht aus der Partei Lotsen gestellt bekommt, die ihm helfen könnten, die Klippen – die aus altem SPD-Denken bestehen – zu umschiffen. Die SPD, die ja einst eine Partei der Boden(rechts)reform genannt werden konnte [78], hat diesbezüglich ihre Ambitionen aus Machterhaltungsgründen alle über Bord geworfen. Zur Zeit steht eine Reform der Grundsteuer an, hier hätte sie die Ansätze für eine sachgerechte Lösung unterstützen können, statt dessen will sie ein Modell durchsetzen, dass noch mehr Probleme schafft als das abzulösende Modell.[79]

In dem oben genannten Bericht von Udo Röbel ist zu lesen:

> Wie muss sich Gabriel fühlen? Die Rede, die er dann hält, dauert nicht viel länger als eine halbe Stunde. Es ist nicht so, dass er die Sozialdemokraten mit unerhörten Thesen und Ideen überrascht. Viel Gefühl, wenig Konkretes. Eigentlich ist es die Kurzfassung dessen, was er am Sonntag zuvor im Wil-

78 http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.29%20SPD%20Bodenreform.pdf Unter diesem Link ist eine Programmatische Aussage zum Bodenrecht des Parteitages Hannover 1973 der SPD zu finden. Zur Qualität der Aussagen kann ich ohne erneute Prüfung nichts sagen.

79 8. 2. 2017 / Sehr geehrte Unterstützerinnen und Unterstützer des Aufrufs "Grundsteuer: Zeitgemäß!",
die Online-Plattform "Campact" will Martin Schulz um ein Gespräch bitten, um mit ihm über die Erwartungen der rund zwei Millionen Campact-Aktiven zu diskutieren. …
Der Gesetzentwurf zur Reform der Grundsteuer darf im Bundestag nicht beschlossen werden! Er verteuert das Bauen und Wohnen und fördert die Bodenspekulation. Unterstützen Sie "Grundsteuer: Zeitgemäß!" www.grundsteuerreform.net
Das Wohnen ist schon heute zu teuer! Der Bundesratsentwurf zur Reform der Grundsteuer verteuert das Wohnen weiter, bestraft den Neubau und fördert die Bodenspekulation. Dieser Gesetzentwurf darf nicht Gesetz werden! www.grundsteuerreform.net
Nein zum Gesetzesantrag des Bundesrates zur Reform der Grundsteuer! Nein zur Bodenspekulation, nein zur Verteuerung des Wohnens! Ja zur Grundsteuer als reine Bodensteuer! Unterstützen Sie "Grundsteuer: Zeitgemäß!" www.grundsteuerreform.net

… Henry Wilke / Referent für Siedlungsentwicklung Koordination „Grundsteuer: Zeitgemäß!"
NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V. / Bundesgeschäftsstelle Charitéstraße 3, 10117 Berlin
info@grundsteuerreform.net Henry.Wilke@NABU.de www.grundsteuerreform.net

> ly-Brandt-Haus in Berlin bei seiner Vorstellung als Kandidat gesagt hat und seitdem bei passender Gelegenheit wiederholt. Stets um das Wort „gerecht“ kreisend und gipfelnd in dem Satz: „Die Menschen, die mit harter Arbeit ihr Geld verdienen, dürfen nicht schlechtergestellt sein als die, die nur ihr Geld für sich arbeiten lassen.“
> Ein Satz, den wir bis zur Wahl jetzt jeden Tag von Martin Schulz hören werden. Ein Satz, der so oder ganz ähnlich auch von Sigmar Gabriel stammen könnte. Nur mit dem Unterschied, dass Sigmar Gabriel damit keinen Genossen von der Couch locken würde. Was hat also Schulz, was Gabriel und die anderen nicht hatten? „Er ist ein Typ, bei dem man sofort weiß, wo man dran ist“, versucht Michelle Müntefering, die Bundestagsabgeordnete aus Herne und Frau von SPD-Urgestein Franz Müntefering, eine Erklärung.

Ist der Satz, der wohl von Martin Schulz bis zur Wahl jeden Tag zu hören sein wird, wirklich klar? Nach meiner Wahrnehmung ist der Satz verschleiernd taktisch formuliert oder drückt die Unkenntnis der ökonomischen Zusammenhänge von Martin Schulz aus.

1. Das Geld kann nicht arbeiten: Arbeiten im ökonomischen Sinn kann nur der Mensch. (Zur Arbeit gehört auch der selbständige Unternehmer.) Wenn mit Geld auch Erträge „erwirtschaftet“ werden können, so hängt das mit dem Kapitalismus zusammen, der durch Fehler im System der Marktwirtschaft ermöglicht wird. Diese Fehler zu erkennen und zu überwinden, haben sich die Sozialdemokraten sich bisher - seit ihrer Gründung - verweigert.
2. Wenn die Arbeit nicht schlechter gestellt werden soll als das Geld (hier als Kapital verstanden), dann ist aus dem Gedanken allenfalls eine Gleichstellung abzuleiten. Das bedeutet dann, die Hälfte des jährlichen Volkseinkommens für das Kapital und die Hälfte für die Arbeit. Das ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Und bei dem Zinseszinseffekt unter dem das Kapital sich akkumuliert, bleibt bald nichts mehr übrig.
3. Die Formel von Martin Schulz ist ein Verrat dessen, was ursprünglich der Begriff *Sozialismus* meinte, denn der meinte nicht eine Politik, die sich an der Zentralverwaltungswirtschaft orientiert, sondern die Erringung des vollen Arbeitsertrages. Und wenn das Ziel mit tauglichen Mitteln errungen worden wäre, dann bliebe für das Kapital 0% Ertrag übrig und wir wären in der Marktwirtschaft als System des dezentralen Leistungsaustausches angekommen.

Die Linken in der SPD, im Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und auch in der Partei Die Linke lassen die Fehler im System zu, weil sie sie nicht erkennen und wollen stattdessen über hohe Steuersätze den Fehler ausgleichen. Dass das nicht funktioniert, sollten sie doch aus der Ge-

schichte gelernt haben. Und auch der Streik ist ein ungeeignetes Mittel, der zudem zu Lasten von Dritten geht, die nichts mit dem Konflikt zu schaffen haben. Die Linken sind politisch gesehen die Konservativen mit größter Wirkung. Sie drehen sich inhaltlich seit dem Ende des 19. Jahrhundert im Kreise, haben keine Krise und keinen Krieg verhindern können, aber die Arbeit in Abhängigkeit vom Kapital gehalten.

Ich füge ein Zitat und einen Zeitungsartikel als Stütze meiner Bewertung der Linken ein. Das Zitat habe ich als Fußnote 9 meines Textes mit der Kennziffer 144.0 gesetzt. Die Quelle für den ganzen Ursprungstext wird mitgeliefert.

> >> Der moderne Sozialismus war im Grunde genommen nur eine natürliche Fortsetzung der großen liberalen Gedankenströmungen des 17. und 18. Jahrhunderts. Der Liberalismus hatte dem System des fürstlichen Absolutismus den ersten tödlichen Schlag versetzt und das gesellschaftliche Leben auf neue Bahnen gelenkt. Seine geistigen Träger, die in dem Höchstmaß der persönlichen Freiheit den Hebel jeder kulturellen Neugestaltung erkannten und die Betätigung des Staates auf die engsten Grenzen beschränken wollten, hatten damit der Menschheit ganz neue Ausblicke ihrer zukünftigen Entwicklung eröffnet, die unbedingt zu einer Überwindung aller machtpolitischen Bestrebungen und zu einer sachkundigen Verwaltung gesellschaftlicher Dinge hätte führen müssen, wenn ihre wirtschaftliche Einsicht mit ihrer politischen und sozialen Erkenntnis gleichen Schritt gehalten hätte. Das aber war leider nicht der Fall. <<
> Aus: „Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus“ von Rudolf Rocker. ((Rudolf Rocker (* 25. März 1873 in Mainz ; † 19. September 1958 nahe Crompond, Westchester County) war deutscher Historiker und Anarchosyndikalist. http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Rocker)) << Hier übernommen aus: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/120.Handelsblatt.Wagenknecht.Marktwirtschaft.pdf

Neulich kam mir ein Artikel mit der Überschrift *Das Wunder* von Claudia Schmidt aus der HAZ vom 23. /24. 10. 1971 wieder vor die Augen. Ich dachte, ich hätte schon in meiner ersten Arbeit, die bei mir auf meiner Internetseite steht, darauf hingewiesen. Ich habe Hinweise nur in anderen Arbeiten gefunden, z.B. in meinem Text mit dem folgenden Link auf der Seite 11: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/27.0%20Zeit-Brief%20.%202.%2003.pdf

Auf die erste Arbeit möchte ich aber trotzdem hinweisen, um zu zeigen, wie zähflüssig der Erkenntnisprozess um die Themen Arbeislosigkeit und Kapitalismusprobleme ist. Der Titel lautet: *„Arbeitslosigkeit – Ursachen – Wirkungen – Lösungen und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung“,* Ende 1971.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.1%20Arbeitslosigkeit%201977.pdf

Ich wollte mit dem Text innerhalb der FDP eine Diskussion auslösen. Ich bin damit voll

aufgelaufen, obwohl ich noch den Text „*PLÄDOYER für die Diskussion der theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen*“ hinterher geschoben habe.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf

Warum ist mir nun der Artikel von Claudia Schmidt aus der HAZ vom Oktober 1971 an dieser Stelle so wichtig, dass ich soviel Aufhebens davon mache? Ich komme darauf zurück, wenn ich ein Zitat und eine Grafik hier eingefügt habe.

DIE WIRTSCHAFT 1 (HAZ vom 23./24. Oktober 1971)
Das Wunder
Von Claudia Schmidt

Eine Art von Wunder nannte der große britische Nationalökonom John Maynard Keynes einst das Phänomen, daß im Wettlauf von Löhnen und Gewinnen die Löhne es nicht schaffen, ihre Position entscheidend zu verbessern. Die Lohnquote, das heißt der Anteil aller Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen, ist, so meinte man lange Zeit, „ehern“. Diesen Umstand führte man auch gegen die Gewerkschaften zu Felde. Es hieß, wenn die Gewerkschaften einen höheren Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen durchsetzen wollten, dann könnten sie dies - wenn überhaupt nicht auf dem Wege von Lohn- und Gehaltserhöhungen erreichen. Als Ursache wurde und wird auch heute noch vorgebracht, daß übertriebene Lohnerhöhungen nur zu Preissteigerungen führen - den Unternehmern also über die Verkaufskasse das wieder zufließen lassen, was sie aus der Lohnkasse „zuviel“ bezahlt haben.

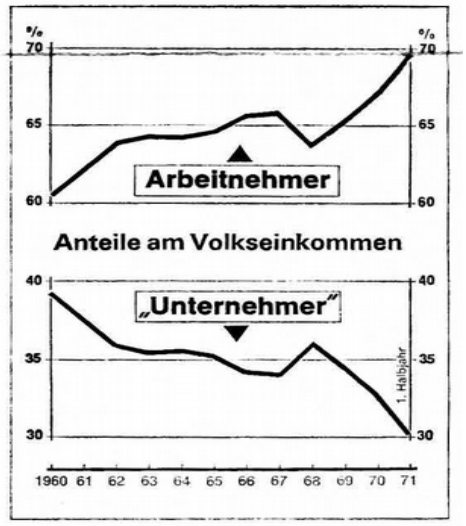
Um diese „naturgesetzliche Unabänderlichkeit“ der Lohnquote, an der man so lange Jahre festgehalten hat, ist es bei uns inzwischen still geworden; denn heute kann in der Bundesrepublik von einer ehernen Lohnquote keine Rede mehr sein. Seit 1960 nämlich konnten sich die Arbeitnehmer einen immer größeren Brocken am Volkseinkommen erobern. Lag die Lohnquote oder, wie die Statistiker es nennen, der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 1960 noch bei dem als unabänderlich angesehenen Wert von rund 60 Prozent - von 1950 bis 1960 war er nur wenig von dieser Zahl abgewichen -, so erreichte er im ersten Halbjahr 1971 fast 10 Prozentpunkte mehr, und zwar 69,8 Prozent.

Die Arbeitnehmer konnten ihre Position in den vergangenen zehn Jahren fast ständig ausbauen. Nur zweimal, nämlich 1964 und 1968, also jeweils zu Beginn eines Konjunkturaufschwungs, mußten sie relative Rückschläge einstecken. Im ersten Halbjahr 1971 aber verbuchten die Angestellten und Arbeiter einen besonderen Erfolg: Während das Volkseinkommen gegenüber der gleichen Vorjahrszeit um 10,6 Prozent auf 273,3 Milliarden DM stieg, wuchsen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um fast 15 Prozent auf 190,7 Milliarden DM.

Diese starke Verbesserung der Stellung von Arbeitern und Angestellten ist im wesentlichen eine Folge der Entwicklung der gesamten Bruttolohn- und Gehaltssumme, die sich im ersten Halbjahr 1971 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 14,5 Prozent erhöhte. Davon lassen sich - darauf weist das Statistische Bundesamt hin - etwa 13,5 Prozent auf den Anstieg der Durchschnittsverdienste und 1 Prozent auf die Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer zurückführen.

Der letzte Umstand war auch früher von Bedeutung; denn das Heer der unselbständig Beschäftigten wächst seit Jahren, während es immer weniger Selbständige gibt. Seit 1960 hat sich der Anteil der Unselbständigen an der Zahl aller Erwerbspersonen von etwa 77,5 Prozent auf 82,5 Prozent erhöht. Die Ursache liegt in den Abwanderungen aus der Landwirtschaft und in Betriebsstillegungen im Handwerk, Groß- und Einzelhandel. Die Verbesserungen der Einkommen der unselbständig Beschäftigten bleibt aber dennoch beachtlich.

Der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Volkseinkommen ist, wenn man es genau nimmt, sogar noch höher als die genannten 69,8 Prozent. Zur Gegenseite, die gewöhnlich als Unternehmer bezeichnet wird, gehören nämlich teilweise auch Arbeitnehmer. Dies liegt daran, daß die Statistiker als Gegenpol zu den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ermitteln. Diese sogenannten Unternehmereinkommen enthalten nun ein Sammelsurium, nämlich nicht entnommene Gewinne sowie Gewinnentnahmen kleinster und größter Unternehmen, vom Tante-Emma-Laden bis zur Aktiengesellschaft, ferner Dividenden und Zinsen aus Wertpapieren, Spar-und Bankzinsen, Mieteinkommen oder Nutzungswert von Eigenheimen. Und da immer mehr Arbeitnehmer auch Wertpapiere, Bankkonten und Wohnhäuser besitzen, beziehen sie mit zunehmendem Maße Einkommen als „Unternehmer“, was die Einkünfte der tatsächlichen Unternehmer zu hoch erscheinen läßt. Solche Vermögenseinkünfte beliefen sich 1970 auf rund 20 Milliarden DM, das ist fast ein Viertel der gesamten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.



Wir wissen heute, dass die Annahme von Claudia Schmidt, dass die eherne Lohnquote aufgehoben ist, eine irrige Annahme war. Eine weitere irrige Annahme ist, dass Unternehmer über die Preisgestaltung die gewährten Lohnerhöhungen wieder abschöpfen können. Hier spielt die Behauptung eine Rolle, es gäbe eine Lohn-Preis-Spirale, die zur Inflation führe. Das Thema soll hier aber nicht verfolgt werden. Beachtet werden muss, dass die Aufteilung des Volkseinkommens in die Kategorien Arbeitnehmer und Unternehmer mehr Verwirrung als Aufklärung schafft. Claudia Schmidt weist schon auf Mängel der statistischen Darstellung hin. Die Grafik zeigt, dass die Verteilungskurven gegenläufig sind. Die Grafik wäre aber aussagefähiger, wenn der Unternehmerlohn bei dem Einkommen der Arbeitnehmer – einmal als gemeinsame Summe und einmal anteilig – erscheinen würde und die Gegenseite einfach Kapitaleinkommen hieße. Hier könnte dann auch noch differenziert werden in Kapitaleinkommen der Unternehmer, der Arbeitnehmer und der Anleger, die nicht zu den ersten beiden Gruppen zu rechnen sind. Denn die Problematik liegt nämlich nicht zwischen dem Einkommen von Unternehmern und Arbeitnehmer, sondern in der Verteilung zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen. Aber auch aus der fehlerhaften Verteilungsdarstellung in der Grafik kann man schon entnehmen, dass das Anwachsen des Anteils der Arbeit am Volkseinkommen – das aufgrund der Vollbeschäftigung und nicht aufgrund gewerkschaftlicher Streikfähigkeit erfolgte – in absehbarer Zeit (aus damaliger Sicht) sich umkehren würde. Denn der Kurvenverlauf macht das Sinken der Profitrate (Marx), die drohende Liquiditätsfalle (Keynes) oder den Zeitpunkt, wo das Geld seinen Dienst versagt und in Horte geht (Gesell) vorhersehbar. Die Folge ist, dass das Saysche Theorem [80], das besagt, dass die Produktion ihre eigene Nachfrage schafft, nicht mehr stimmt. Die Folge ist Unterbeschäftigung mit Arbeitslosigkeit. Gesell war es, der klar herausgearbeitet hat, warum es immer wieder zu dieser Situation kommt. Eine Periode Vollbeschäftigung fördert die Kapitalbildung, was zur Folge hat, dass der Preis für den Kapitaleinsatz in Form von Zins oder Rendite sinkt. Sinkt das Zinsniveau auf drei Prozent (jährlich) oder darunter wird es für die Menschen, die ihr Geld nicht unmittelbar für die Lebenskosten benötigen, verlockend, das Geld dem Kreislauf nicht wieder zuzuführen, sondern es für spekulative Einsätze zu horten. Keynes hat diese Beobachtung bestätigt. (Bei Marx sollen sich solche Beschreibungen auch finden, die ich aber nicht referieren kann.) Der Unterschied zwischen Keynes und Gesell liegt in der Lösung des Problems. Keynes empfahl, das privat nicht mehr nachfragende Geld durch eine Fiskalpolitik in der Form zu ersetzen, dass sich a) der Staat mit einem für die Anleger attraktiven Zinssatz verschuldet und die ausfallende private Nachfrage durch die des Staates ersetzt.

80 https://de.wikipedia.org/wiki/Saysches_Theorem

Dies führt in die Staatsverschuldung mit zunehmender Zinslast, die über die Steuern finanziert werden müssen. b) Die zweite Lösung ist, dass die Notenbank das brachliegende Geld durch neues Geld ersetzt. Diese Maßnahme führt automatisch zu einer Inflationierung der Währung, weil das brachliegende Geld ja nicht seine Ansprüche auf Güter im Markt aufgegeben hat. Es ist eine Methode, die heute die Europäische Zentralbank auch anwendet, aber noch schlechter als die früheren Versuche mit dieser Idee funktioniert. Und das ist so, weil der Zins schon bei Null oder im negativen Bereich liegt und das zusätzliche Geld ebenfalls in Horte geht oder in Sondermärkte mit Spekulationsobjekten fließt. Die SPD, die sich die beiden Methoden des Keynesianismus zu eigen gemacht hat, ist damit gescheitert. Und die EZB wird uns noch eine Inflation bescheren, die die Bürger den Euro verfluchen lässt. Die Methode Gesells respektiert den Kaufanspruch des brachliegenden Geldes, macht dem Geld aber Beine, dass es seinen Dienst nicht mehr versagen kann. Die Konjunktur kann von dieser Seite nicht mehr unterbunden werden, der Zins behält seine Preisfunktion, kann aber auf Null oder darunter sinken, wenn ein solcher Preis für die Kreditaufnahme die Marktlage widerspiegelt. Wenn ein Zins, der aufgrund der Marktlage – und nicht aufgrund von Manipulationen der Zentralbank - um 0 % pendelt und mit der Maßnahme der Abschöpfung der Grund- oder Bodenrente ergänzt wird, dann haben wir eine ganz andere, eine leistungsbezogene, eine marktwirtschaftliche Einkommensverteilung. Für die Verteilung der Erträge aus der Bodenrente (Erträge aus der Nutzung aller natürlichen Ressourcen) gibt es verschiedene Modelle: a) die Verteilung pro Kopf als Ausgleichszahlung für die unterschiedliche Nutzung von Mutter Erde; b) die Verteilung an die Mütter (nach Gesell) – weil sie mit ihrer Leistung – Kinder zu gebären – dafür sorgen, dass der Boden überhaupt einen Preis hat; c) für die Finanzierung des Staates (nach Henry George), damit alle anderen Steuern, die auf der Arbeit und dem Konsum lasten, wegfallen können.

Dieser ganze Komplex wurde von der SPD und von den ihr nahestehenden Wissenschaftlern trotz des Fiaskos mit den Zauberworten wie *„konzertierte Aktion“* ihres ehemaligen „Superministers“ Karl Schiller [81] nicht aufgearbeitet. Wieso soll die SPD (und unter diesem Gesichtspunkt auch die konkurrierenden Parteien) etwas Besseres liefern als in den letzten Jahrzehnten. Die Fähigkeiten, die Jesus gehabt haben soll, nämlich Wasser in Wein zu verwandeln, werden Martin Schulz ja nicht nachgesagt. Es ist mir daher nicht ersichtlich, worauf Jakob Augstein, Herausgeber von *„Der Freitag / Das Meinungsmedium*“ seine Hoffnung gründet, dass eine rot-rot-grüne Regierung eine Besserung unserer Verhältnisse bringen wür-

81 https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Schiller

de.[82] Genau sagt Jakob Augstein im Interview mit Jakob Buhre in der HAZ vom 16. 2. 2017, S.25, auf die Frage :

> **Werden Sie zur Bundestagswahl im „Freitag“ eine Wahlempfehlung aussprechen?**
> Nein. Wir haben keine Wahlempfehlung für eine konkrete Partei, aber wir haben eine klare Vorstellung von einem politischen Projekt für Deutschland. Rot-Rot-Grün ist das von uns favorisierte Bündnis.

Am 11. Februar titelte die HAZ unter Politik:

> **„Spitzensteuersatz kann steigen“** / Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil über soziale Gerechtigkeit, VW und Managergehälter

In dem Interview von Wolfgang Büchner, Volker Goebel und Dieter Wonka ist dann zu lesen:

> Der Spitzensteuersatz kann in Richtung 50 % gehen.

Im Grunde will die SPD ein leckes Schiff mit Pumpen über Wasser halten. Für eine Weile kann sie damit auch das Schiff vor dem Versinken bewahren und in einem Schwebezustand halten. Fahrtüchtig wird das Schiff dadurch nicht. Und als Retter dieses Schiffes mit dem Namen *Soziale Gerechtigkeit* sind sie unglaubwürdig, denn sie wollen das Leck nicht zur Kenntnis nehmen oder leugnen, dass es abgedichtet werden kann. Beide Varianten ihrer Blindheit haben die gleiche Wirkung, nämlich, dass sie scheitern.

Schon am 13. Februar 2017 meldete die HAZ:

> **Steinmeier: „Deutschland macht Mut“** / Sozialdemokrat wird der zwölfte Präsident der Bundesrepublik – und sagt: Wir haben gezeigt, dass es besser werden kann.

Im Text heißt es dann von Jörg Blank und Dieter Wonka:

> Der künftige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat zum Kampf gegen den weltweit wachsenden Populismus und für Freiheit und Demokratie in Europa aufgerufen. „Dieses Fundament, das wollen, das müssen wir miteinander verteidigen: Es ist nicht unverwundbar, aber ich bin fest davon überzeugt, es ist stark“, sagte der 61-jährige Sozialdemokrat am Sonntag nach seiner Wahl zum Nachfolger von Joachim Gauck in Berlin. Sieben Monate vor der Bundestagswahl am 24. September brachten Union und SPD ihren gemeinsamen Kandidaten in der Bundesversammlung mit gut 75 Prozent der Stimmen durch. ...

Medienvermittelt scheint mir Frank-Walter Steinmeier ein feiner Mensch zu sein. Also habe

82 Mit dieser Aussage gebe ich keine Empfehlung für ein anderes Bündnis.

ich gegen den Menschen, der unser neuer Präsident ist, keine Einwände vorzutragen. Meine Einwende, die ich trotzdem habe, beziehen sich auf das Auswahlverfahren der Kandidaten für das Präsidentenamt und auf das Wahlverfahren selbst. Es ist schwierig darüber zu urteilen, ob er für uns in unserer Zeit der richtige Präsident ist. Wenn der Populismus nicht nur ein Wort ist, mit dem nach Belieben jeder jeden politischen Gegner diffamieren kann, sondern eine echte Gefahr für unsere und andere Gesellschaften, dann vergisst der neue Bundespräsident, dass er selbst zu den Kräften gehört, die die Gefahr heraufbeschwört haben. Denn nichts geschieht auch in der Politik ohne Ursache. Eine negative politische Strömung kann in der (den) Gesellschaft(en) nur entstehen, wenn das Klima dazu von der (jeweils) etablierten Politik dazu geschaffen wird. Unsere ganze politische Elite tut aber so, als wären sie an der Erzeugung des Klimas für Populismus unbeteiligt und es genüge, ihn zu verurteilen, um ihn aus der Welt zu schaffen.

Dass Frank-Walter Steinmeier sich für den Kampf für Freiheit und Demokratie einsetzen will, ehrt ihn. Das Problem ist, dass er vermutlich mit Freiheit und Demokratie das meint, was in der Bundesrepublik seit Ende des Krieges gelebt wurde. Und wenn das wirklich befriedigend wäre, hätte es die 68er, die grüne Bewegung, die Gründungen der grünen Partei, Die Linke und auch nicht die der AfD gegeben. Und da es die Korrekturversuche auch in anderen Ländern gegeben hat und gibt, werden dort ähnliche Ursachen zu finden sein, wie in Deutschland. Donald Trump in den USA ist eben keine Laune der Geschichte, sondern die Konsequenz einer Fehlentwicklung, die diejenigen, die Entscheidungsträger oder Meinungsführer waren oder sind, geschaffen aber nicht wahrhaben wollen. Es ist schon viel gewonnen, wenn Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident die Lage nicht verschlimmert.

„Was heißt ungehorsam? Wir sind das Parlament“

Landtagspräsident Bernd Busemann (CDU) spricht im HAZ-Interview über mangelndes Selbstbewusstsein

Herr Busemann, wir erleben in diesenTagen einen US-Präsidenten, der Macht von den Parteien weg zum Volk geben will. „Berufspolitiker“ ist zum Schimpfwort geworden – steckt der Parlamentarismus in einer Krise?

Ich glaube nicht, dass er in einer Krise steckt. Er wird allerdings seit einiger Zeit von antiparlamentarischen Kräften mit demagogischen Mitteln angegriffen. Damit müssen wir uns hart, aber sachlich auseinandersetzen. Ich denke, ein funktionierender Parlamentarismus ist auf jeden Fall die beste Garantie für den freiheitlichen Rechtsstaat.

Aber woher dann die heftige Kritik? Gerade hauptamtliche Politiker werden scharf angegangen.

Ich bin ja selbst ein Berufspolitiker, obwohl ich dagegen immer Vorbehalte hatte. Aber die Arbeitsbelastung ist auch so angestiegen, dass es zu einem Beruf geworden ist. Und wenn sie dann gute Arbeit abliefern, dann ist es auch in Ordnung. In einem Repräsentativsystem lässt sich das vielleicht gar nicht anders organisieren, und ich denke unverändert, dass unsere repräsentative Demokratie am Ende die besten Ergebnisse für alle Bürgerinnen und Bürger bringt.

Hat der Parlamentarismus nicht selbst Schuld, dass er als schwach gilt? Es läuft doch immer gleich ab: Die Regierung macht Pläne, das Parlament ändert vielleicht Details, setzt sie aber sonst zuverlässig um. Urheber von Politik ist hier die Regierung, nicht das Parlament.

Da haben die Beobachter nicht ganz unrecht. Man kann auch sagen: Wir sind eine Gesetzgebungsorganisation, das muss funktionieren, es kann nicht drunter und drüber gehen. Trotzdem hätte ich manchmal gern mehr Situationen gehabt, in denen wir uns als Parlament als Ganzes verstehen und an der einen oder anderen Stelle der Regierung sagen: Hört auf, da machen wir nicht mit. Die Gefolgschaft der Mehrheitsfraktionen in Richtung Regierung – egal, wer es nun gerade ist – ist offenkundig und muss nicht so sein. Man kann auch mal sagen: Liebe Leute, so nicht. Oder man kann sagen: Aus dem Parlament heraus bestehen so nachhaltige Vorstellungen, dass wir das in Bewegung bringen und sagen, du, liebe Regierung, setz' das jetzt um. Und wenn es schwierig wird, gibt's Ärger.

Brauchen wir mehr Selbstbewusstsein und Ungehorsam von den Abgeordneten?

Selbstbewusstsein in jedem Fall, Ungehorsam …

Nun, dass man dem Fraktionszwang nicht folgt, der verlangt, dass immer alle gleich abstimmen müssen.

Das ist eine Sache von Selbstbewusstsein, nicht von Ungehorsam. Außerdem: Was heißt ungehorsam? Wir sind das Parlament! Das ist die Legislative, die erste Gewalt im Staat.

Aber das merkt man nicht. Muss es nicht deutlicher werden, dass das Parlament die Entscheidungen trifft?

Das würde ich gerne mal sehen, dass wir das mal hinkriegen. Die Hoffnung habe ich schon länger, aber die gelebte Wirklichkeit gibt das noch nicht her. Und immer verstehen sich die Regierungsfraktionen als verlängerter Arm der Regierung. Das hat meine Partei auch so gemacht, als sie regiert hat.

Weil es effizient ist. Aber führt zu viel Effizienz nicht dazu, dass es als stromlinienförmig wahrgenommen wird?

Ja, und als langweilig. Und dann sagen die Leute: Da haben die wieder die Köpfe zusammengesteckt und das eisern durchgezogen, obwohl wir Bürger das nicht so wollen. Es wäre schön, wenn mal ein Thema aus dem Parlament heraus entwickelt wird und die Landesregierung aufgefordert wird, einen Entwurf zu machen. Und der wird dann verabschiedet. Oder abgelehnt. Das Recht würde das hergeben, aber wir sind da sehr eingefahren.

Zeigt die Landesregierung zu wenig Respekt gegenüber dem Parlament? Viele Regierungsmitglieder lesen lieber Akten als der Debatte zuzuhören.

Das ist noch der geringste Vorwurf, den man da machen kann, dass man da arbeitende Ministerinnen und Minister sieht. Die müssen auch arbeiten. Aber wenn sie der Sache sonst folgen und dem Parlament den notwendigen Respekt entgegenbringen, hätte ich damit gar kein Problem. Aber es ist ein bisschen so, dass die Regierenden schon meinen, dass der Laden organisiert ist und man da irgendwie auch so durchkommt.

Wird der Ton im Landtag gegenwärtig weniger rau?

Ich hatte schon zu Beginn dieser Legislaturperiode den Eindruck, dass die Angriffe über Gebühr rau sind. Das war in Teilen sogar richtig daneben. Nun gibt es zwei Bewandnisse, die das zum Besseren gedreht haben: Der neue Plenarsaal hat eine bessere Atmosphäre. Das Zweite ist, dass man zunehmend etwas pfleglicher miteinander umgeht. Es könnte damit zu tun haben, dass in noch nicht einmal einem Jahr Wahlen sind und man dann mit Partnern reden können muss, mit denen man jetzt noch nicht gern redet.

Sind Sie manchmal selbst genervt, wenn Sie oben auf dem Präsidentenplatz sitzen?

Ja. Natürlich hat der Präsident einen guten Ablauf im Kopf. Wir wollen das in einer gesitteten Form über die Bühne bringen. Aber wenn die Dinge manchmal entgleisen oder dümmlich laufen, dann sitzt man oben manchmal mit geballter Faust und kann nur das tun, was die Geschäftsordnung zulässt. Man kann nicht in den Saal hineinrufen: Das hättet ihr mal lieber bleiben gelassen. Oder: Diese Fragestunde war völlig überflüssig und völlig uninteressant.

HAZ vom 14. Februar 2017, Seite 8 *Interview: Heiko Randermann*

Ich habe dieses Interview von Heiko Randermann in volle Länge gebracht, a) weil er gute Fragen stellt und b) weil es ihm gelingt, dass der Präsident des Niedersächsischen Landtages, Bernd Busemann, mit der Antwort auf die dritte Frage das hinter sich lässt, was als heute als „Politikersprech“ verstanden wird. Busemann kann aber wohl nur so frei sprechen – das heißt ohne Rücksicht auf seine Partei, die CDU - weil sie Teil der Opposition ist und nicht Regierungspartei. Busemann bestätigt, was ich schon weiter oben geschrieben habe. Die Wahl einer Regierung durch die Mehrheit eines Parlamentes entmündigt das Parlament. Das schafft nicht nur Unbehagen in den Parlamenten, sondern auch außerhalb der Sitzungssäle. Da braucht man sich gar nicht wundern, wenn sich antidemokratische Kräfte entwickeln. Es gibt ja auch das böse Wort von den Parlamenten als Schwatzbude [83], das hat aber seine Wurzeln schon in der Zeit vor der Herrschaft der Nationalsozialisten und deutet auch ein Parlamentsversagen an. Und wenn Busemann die Entwicklung zum Berufspolitiker bedauert, dann vergisst er zu sagen, dass diese Entwicklung von den Parlamenten ausgelöst wurden und gefördert werden. Die Länder, der Bund und auch die EU werden doch wie Konzerne geführt, die Parlamente haben doch nur die Rolle von Aufsichtsräten, aber von solchen, die mehr das Honorar gelockt zu haben scheinen und die nicht wissen, was sie eigentlich Beaufsichtigen sollen. Es fehlt auch auf der Landesebene die klare Vorstellung davon, in welcher Ordnung wir leben wollen. Und darum werden Gesetze beschlossen und es wird regiert nach Tageseinfällen und -bedürfnissen. Über ein paar Jahrzehnte kann man sich so durchmogeln, auf Dauer geht das schief. In der „Vorläufigen Niedersäsischen Verfassung“ vom 13. April 1951 steht im Artikel 61

83 Ich habe hier anregende Anmerkungen gefunden: (http://johanneshampel.online.de/2011/02/10/schwatzbude-reichstag/

(1) Diese Verfassung tritt am 1. Mai 1951 in Kraft.
(2) Diese Verfassung tritt ein Jahr nach Ablauf des Tages außer Kraft, an dem das Deutsche Volk in freier Entscheidung eine Verfassung beschließt.

Auch in Niedersachsen haben sich die Parteien nach der Vereinigung als das Volk definiert, um die Niedersachsen von dem Verfassungsgebungsprozess ausschließen zu können. Die Parteien haben schlicht Angst, dass das Volk etwas anderes beschließt, als sie für richtig halten.[84] Wer ist hier eigentlich demokratie- und verfassungsfeindlich? Es ist bitter für mich, dass sich auch die Parteien FDP und DIE GRÜNEN, in der ich viel an Zeit, Energie von dem wenigen Geld, das ich hatte, investiert habe, an diesem Verrat beteiligt haben.[85]

22. Tag: Utopien als Modell-Analysen

Ich habe mich ja im Dezember des vergangenen Jahres schon mit dem Gedanken herumgeschlagen noch einmal mein Unbehagen darüber, wie die Entwicklung unserer Republik und Europas verläuft und über die Art, wie die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit geführt wird, zu „Papier“ zu bringen. Ich wusste, dass das für mich kein Vergnügen werden würde. Um mir selber Mut zu machen, habe ich gedacht, ich bräuchte ja nur ein paar Seiten schreiben. Aber wenn man ein solches Thema anfängt, weitet sich die Zahl der Nachrichten und sonstigen Quellen sehr schnell aus. Die Wochenzeitung DIE ZEIT hatte für die Ausgabe 52 / 2016 das Thema ***Utopie*** angekündigt. Da Proteste, Bewegungen, Terror, Revolutionen und auch das Verfassen von Utopien den gleichen Ursprung haben, nämlich die Unzufriedenheit mit dem Gegenwärtigen, das unbefriedigend oder untragbar erscheint, habe ich mir die Ausgabe gekauft. Das Verfassen und Lesen von Utopien erscheint mir dabei als eine nützliche und friedliche Art, fällige Erneuerungen vorzubereiten. Auf zwei Artikel aus der genannten ZEIT-Ausgabe gehe ich hier ein. Auf die Idee den Begriff Utopie mit dem Begriff Modell-Analyse zu verbinden, bin ich kommen, als ich die schon erwähnte Räumung eines Bücherregals vornehmen musste. Dabei kamen mir Exemplare der einer Schriftreihe der Akademie für Wirtschaft und Politik in die Hände, die sich als Modell-Analysen versteht. Ich habe hier als Beispiel ein Exemplar aus der Reihe C „Staat und Politik“ vor mir liegen. In dem Heft 2 analysiert Hans-Joachim Winkler die „Sicherung der Parteiendemokratie (durch) Parteiver-

84 Die Sorge ist nicht unberechtigt, da den Bürgern nie Modelle von einer wirklich freien Gesellschaft vermittelt wurden. Zu häufig werden die Begriffe, Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft nur genutzt, um dem Kapitalertrag zu rechtfertigen.

85 Ich kann mich erinnern, dass ich 1990 zur Grünen Fraktion gefahren bin, um zu mahnen, den Demokratieverrat nicht mitzutragen. Man hat mich abgewinkt, als trüge ich eine Nebensache vor.

bote und Fünfprozentklausel“. Ich will hier gar nicht erörtern, ob der Autor eine gute Arbeit abgeliefert hat, sondern ermuntern, dass sich viele Bürger lesend oder ausarbeitend an historische und neue Utopien wagen. Da das Neue nur beschrieben werden kann, wenn man das Alte benennt, kann es auch zur Aussöhnung mit dem Bestehenden kommen, weil man einsieht, dass das mögliche Neue nicht besser ist als das bestehende Alte. Es ist jedenfalls eine Methode, sich auf den ewigen Wandel in der Gesellschaft einzustellen und nicht jeden neuen Gedanken zur Gesellschaftsgestaltung mit dem Ruf „Keine Experimente!“ oder mit irgendeinem Knüppel verhindern zu wollen. Die ZEIT-Redaktion hat die Artikel im Feuilleton untergebracht. Nach meinem Geschmack hätten sie auch unter Politik oder Wirtschaft stehen können, denn im Kern geht es nach meinem Dafürhalten um die Ökonomie und die Politik, also um die politische Ökonomie. Bei diesem Begriff ist mir Franz Oppenheimer eingefallen, denn er nahm an, dass die politische Ökonomie überwunden werden kann und durch die reine Ökonomie abgelöst wird. Da Franz Oppenheimer der Lieblingslehrer von Ludwig Erhard war und weil sein Denken insofern auf mich utopisch wirkt, weil das, was er auf uns zukommen sieht, noch keinen Ort hat, erwähne ich ihn und sein Denken hier. In dem Buch „*Franz Oppenheimer / Der Staat / Eine soziologische Studie*“, 1990, gibt es ein Nachwort von Hans-Jürgen Degen. Aus diesem Nachwort stelle ich eine Passage vor, um sehen zu können, worum es Oppenheimer ging:

> Franz Oppenheimer deutet die Geschichte als die eines »Selbstdomestikationsprozesses«. Ziel aber auch Ende der bisherigen Geschichte ist deshalb für ihn die herrschaftslose Ordnung der »Freibürgerschaft«: eine Welt mit nur noch gesellschaftlich notwendiger Bürokratie, ohne staatliche Organisationen und Exekutive, ohne Militarismus und Staatsgrenzen - eine Weltgesellschaft freier und friedlicher Völker. Die Basis dieser von Armut, Unterdrückung und jeglicher Ausbeutung freien Gesellschaften sind »freie Eigentümer«: Nur diese sind wirklich »frei« und deshalb können nur sie nach den Gesetzen der gegenseitigen Gerechtigkeit leben.
> Dieser ideale Gesellschaftszustand *muß* nach Oppenheimer mit naturgesetzlicher Notwendigkeit eintreten, da das eigentliche Triebwerk der Geschichte die Vernunft ist, die alle störenden Faktoren auf Dauer ausschaltet. Mit dieser deterministischen Geschichtsphilosophie, der Dialektik von Entwicklungsmechanik und Fortschrittsidee knüpft Oppenheimer sowohl an die frühen Soziologen, an Marx wie auch an die utopischen Sozialisten an. Oppenheimer hat die Affinität seiner sozialistischen Konzeption zu anderen sozialistischen Richtungen nie verleugnet. Dennoch gibt es gravierende Bruchstellen zu »autoritären« sozialistischen Schulen: Zu ihnen sind Oppenheimers spezifische Auffassungen von Staat und Gesellschaft, sein Entwurf eines »liberalen Sozialismus« und dessen Realisierung eindeutige Abgrenzungen. (S. 143)

Ich schwenke jetzt aber über zum Titelthema ***Utopotien*** der ZEIT vom 15. Dezember 2016. Ich kopiere erst die Erläuterung des Wortes *Utopi*e ein, dann Auszüge aus „Irgendwo im Nirgendwo“ von Thomas Assheuer nach meinen Anmerkungen dazu dann aus „Sehnsucht

ohne Ort? Von wegen!“ von Mohamed Amjahid und Gero von Randow.

Utopia

heißt die paradiesische Insel, auf der ein Menschheitstraum in Erfüllung geht: Das Leben ist gerecht und friedlich. Sogar das Geld ist abgeschafft. Ausgedacht hat sich die Staatsfiktion der englische Politiker und Gelehrte Thomas Morus (l478 bis 1535), der berühmteste Intellektuelle Europas. »Utopia« erschien 1516 in Löwen und ist - nach der Bibel - das meistgedruckte Buch der Welt. Der englische König Heinrich VIII. bewunderte Morus und ernannte ihn 1529 zum Lordkanzler. Doch dann kam es zum Bruch. Der Katholik weigerte sich, die anglikanische Kirche anzuerkennen. Nach langem Prozess ließ ihn Heinrich VIII. wegen Hochverrats zum Tode verurteilen. Als Morus am 6. Juli 1535 in London das Schafott bestieg, rief er: »Ich sterbe als des Königs treuer Diener, doch als Gottes Diener zuerst.«

Aus >**Irgendwo im Nirgendwo**< von Thomas Assheuer, DIE ZEIT, 15. 12. 2016:

… Von Utopien mag heute niemand mehr reden, sie haben ihre Unschuld verloren, und nichts ist antiutopischer als die chaotische Gegenwart. Was von den alten Traumenergien übrig blieb, scheint in die Technik abgewandert zu sein, in die Digitalmanufakturen des Silicon Valley und die Biotech-Labore in aller Welt. Mit Bienenfleiß arbeiten sie an der Überwindung des fehlerhaften Altmenschen. Sie nennen es Utopie.

Schuld an dem Wort ist der Humanist Thomas Morus, mit seinem fiktiven Bericht über eine perfekte kommunistische Demokratie hat er die Gattung der Utopie überhaupt erst begründet. Irgendwo im Nirgendwo, so erzählt sein Buch, existiert eine bessere Welt und macht das Unmögliche möglich. Deshalb war Morus nicht nur ein Heiliger der katholischen Kirche, er war auch ein Heiliger der Revolution. Jahrhundertelang ließ die schmale, nur gut hundert Seiten lange Schrift die Herzen derer höherschlagen, die das Unglück der Welt nicht als Ausdruck göttlicher Weisheit hinnahmen. …

...Verehrer wie Verächter glauben bis heute, Morus' Utopia sei eine Gebrauchsanweisung zur Weltverbesserung. Das ist falsch. Tatsächlich ist das Buch erst einmal bloß ein fantastisches Stück Literatur und besteht aus zwei Teilen: aus einer brachialen Abrechnung mit der englischen Gesellschaft des 16. Jahrhunderts und einem abenteuerlichen Reisebericht. ...

… Bald kommt die Rede auf die Lage der bäuerlichen Klasse. Den Armen in England geht es dreckig, ihr Elend schreit zum Himmel. Seitdem Schafwolle zum Exportschlager wurde, spielen die Märkte verrückt; mit Wolle lässt sich viel mehr Geld verdienen als mit verschrumpeltem Gemüse. Damit aber genügend Weideland zur Verfügung steht, treten Großinvestoren auf den Plan; die »Monopole« privatisieren gemeinfreies Land und reißen sich die Acker unter den Nagel. Sie kündigen Pachtverträge oder zwingen die Bauern, ihr Land zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Mit ihren Habseligkeiten fliehen die Bauern in die engen Städte, wo sie verhungern. Und wirklich: Schafe fressen Menschen.

Morus nimmt kein Blatt vor den Mund. Die Worte, die er Raphael sprechen lässt, sind messerscharf und politisch gefährlich. Die durch Land-Grabbing vertriebenen Bauern vagabundieren, sie betteln, stehlen, plündern und morden, sie saufen sich um den Verstand oder gehen am Glücksspiel zugrunde. Die Strafen sind grausam, denn die englische Klassenjustiz antwortet mit Law and Order, mit Schwert und Galgen. Der königlich-klerikale Komplex hingegen lebt in Saus und Braus. …

… Für Thomas Morus, den treuen Diener seiner Kirche, ist die Lage unerträglich. »Was soll

man dazu sagen, dass die Reichen von dem täglichen Lohn der Armen alle Tage noch etwas abzwacken, nicht nur durch privaten Betrug, sondern sogar aufgrund öffentlicher Gesetze?« Kein Christenmensch dürfe länger mitansehen, wie Hunger und Not die Menschen zu Verbrechern machten: »So setzt man fürchterliche Strafen für Diebe fest, während man viel lieber dafür sorgen sollte, dass sie ihr Auskommen haben, damit nicht einer in den harten Zwang gerät, erst stehlen und dann sterben zu müssen.« …

… Mit einem Wort: Utopia ist ein Freiluftgefängnis, eine große Ratio-Farm. In Morus' Menschenpark ist die Politik unpolitisch, es existieren keine politischen Alternativen, und über die Zukunft muss man nicht streiten, weil sie ja bereits verwirklicht ist. Es geht in der imaginären Inselrepublik nicht darum, Konflikte zu lösen, sondern sie erst gar nicht entstehen zu lassen. Mit einer Mischung aus Sozialtechnologie und Beglückungszwang behandelt die Inselrepublik ihre Bürger als Verwaltungseinheiten und unterwirft ihr Leben dem Kriterium kollektiver Nützlichkeit. Das Reich der Freiheit und das Reich der Notwendigkeit sind zwei Seiten derselben Rationalität: »Keine Ausschweifungen, keine Faulenzereien.« Will man da hin?

Wusste Thomas Morus nicht, dass die Würde des Menschen in seiner Unbestimmbarkeit liegt? Verwechselte er das Gerechte mit dem Guten? Man sollte annehmen, dass diese Fragen geklärt seien, schließlich hatten die Interpreten 500 Jahre Zeit, jede Zeile gegen den Strich zu bürsten.

Doch so ist es nicht. Noch immer wird über Utopia gestritten, christliche Interpreten sind anhaltend fassungslos darüber, dass ihr heiliger Thomas vom heidnischen Fieber befallen wurde und einer antikapitalistischen Selbsterlösungs-demokratie das Wort redete. Schon bei Erscheinen hielt die katholische Orthodoxie das Werk für einen Jux, was der Philosoph Ernst Bloch mit der Bemerkung konterte, die Kirche wolle Utopia desinfizieren und vom »Ludergeruch des Kommunismus« befreien. Nach dem Ersten Weltkrieg entdeckten deutsche Deuter in Utopia die »Niedertracht« des angelsächsischen Imperialismus - erst zwitschere er von »Gerechtigkeit«, dann zwinge er die Welt unters Joch seines Nutzendenkens. Auch in der eher langweiligen Utopiekritik eines Karl Popper kommt Morus schlecht weg, und für den Politologen Eric Voegelin sind die Grausamkeiten von Faschismus und Kommunismus Endpunkte einer Entwicklung, »deren Beginn gekennzeichnet ist von der spielerischen Grausamkeit des humanistischen Intellektuellen. Die christliche Erfüllung durch die Erlösung im Jenseits ist zur Teleologie einer innerweltlichen Vollendung von Glück geworden.«

Und heute?
Der Philosoph Martin Seel hat recht, wenn er schreibt, dass »von Utopien nur sprechen sollte, wer bereit ist, sie ernst zu nehmen«. Was man bei Thomas Morus ernst nehmen muss, ist die radikalste Idee, die er seinem Inselgarten eingepflanzt hat: nämlich die Abschaffung der Erbsünde. Weder Herrschsucht noch Selbstliebe soll es auf Utopia geben, keine Gier nach Macht und Größe. Nie wieder soll sich die »höllische Schlange« des Hochmuts »in das Herz des Menschen schleichen«. Deshalb lässt Thomas Morus die alte Feudalgesellschaft kurzerhand untergehen und wünscht die heraufziehende kapitalistische Gesellschaft zum Teufel. Überall dort, »wo es noch Privateigentum gibt, wird es kaum jemals möglich sein, gerechte oder erfolgreiche Politik zu treiben«. Mit anderen Worten: Ohne die geringste Vorstellung von ihm zu haben, gräbt Morus dem bürgerlichen Liberalismus das Wasser ab und macht in der Gründungsphase der Neuzeit auf spektakuläre Weise Front gegen die Gesellschaft der egoistischen Menschen. Seine Staatsfiktion greift ein Rechtssystem an, das den schrankenlosen »natürlichen« Willen des Einzelnen legalisiert und jenes Elend herbeiführt, das man in den schmutzigen Gassen Londons besichtigen kann.

Kurzum, für Morus war es undenkbar, dass eine Gesellschaft gut und gerecht genannt werden kann, die nicht auf sittlichen Idealen beruht, sondern auf Macht und Ökonomie - und auf einem Eigentumsbegriff, der dem Egoismus des Einzelnen keine Grenzen setzt. Wie verkommen müsse eine Gesellschaft sein, die »alles nach dem Wert des Geldes bemisst«, fragte er. Deshalb werden auf Utopia Recht und Gesetz radikal auf Gemeinwohlorientierung umgestellt. Die Menschen arbeiten nicht für die anonymen Anforderungen des Marktes; sie arbeiten für jene Bedürfnisse, die die Gesellschaft vorher festgelegt hat.

»Welch größeren Reichtum kann es geben, als wenn man frohen Herzens leben kann, ohne um sein tägliches Brot zu bangen?«

Thomas Morus ist ehrlich genug, um den Zweifel an seinem Gedankenexperiment gleich mitzuliefern, auch an der Idee von der Abschaffung des Geldes. Wenn er diesen Zweifel nicht offen ausspricht, dann versteckt er ihn in der ästhetischen Konstruktion seines Werks. …

… Am Ende misstraut Morus seiner eigenen Utopie. Er ahnt, um es mit dem Philosophen Rainer Forst zu sagen, dass die Verkehrung der verkehrten Welt selbst etwas Verkehrtes hat und in seiner Utopie die Dystopie schon lauert. Doch wie man es besser macht, das überlässt er der Fantasie der Nachgeborenen, also uns. …

… Morus spürte, wie die Statik seiner Epoche ins Wanken geriet, das Weltbeben der Reformation lag in der Luft. Auch heute scheint wieder eine Ordnung aus den Fugen zu gehen; der Liberalismus verliert an Boden, das historische Bündnis aus Kapitalismus und Demokratie könnte zerfallen und autoritären Retro-Utopien Platz machen. …

Ich danke Thomas Assheuer für seinen Beitrag zum Ursprung des Utopie-Gedankens, er gehört in unsere Zeit, weil wir ohne Nachdenken über unsere Gesellschaft und ihre möglichen Entwicklungen nicht einmal das erreichte Niveau der Entwicklung unserer Gesellschaft halten können. Der Rückblick auf die Zeit vor einem halben Jahrtausend mit Hilfe von Thomas Morus zeigt, dass die Grundprobleme menschlicher Gesellschaften bisher in der Herrschaftsform der Demokratie auch noch nicht gelungen ist. Da die Demokratie aber nicht einen Wert an sich hat, sondern nur im Hinblick darauf, was sie für die Individuen und ihre Gesamtheit als Gesellschaft leistet, wird sie ihre Zustimmung durch die Bürger nur erhalten können, wenn sie die anstehenden Probleme besser löst, als andere Herrschaftssysteme.

Genauso sieht es mit der Ökonomie als Wissenschaft aus, warum soll denn die Gesellschaft sie finanzieren, wenn sie bei der Lösung der Probleme Boden, Geld, Verteilung und Beschäftigung seit 500 Jahren keine Fortschritte zu verzeichnen hat. Wenn Morus versteckt zugegeben hat, dass sein Modell, (Damit es überhaupt einen reformerischen oder revolutionären Sinn bekommt, musste es sich ja wesentlich von dem unterscheiden, was damals Realität war.) nicht die Lösung ist, dann ehrt ihn das, weil er zugibt, dass er an seiner Erkenntnisgrenze angekommen ist, noch erkennt und zugibt, dass er nicht die Lösung gefunden hat, die es zu suchen gilt. Auch kann es sein, dass seine Einbindung in den Katholizismus ihn gehindert hat, bessere Lösungen zu finden. Auffällig ist, dass Christen und zentralistische Sozialisten einen neuen oder wenigstens einen geläuterten Menschen (Befreiung von der Erbsünde) benötigen, um ein (scheinbar) funktionierendes Gesellschaftsmodell zu formulieren. Beschämend für die Christen müsste eigentlich sein, dass sie durch ihre Einstellung zur Natur des Menschen ihrem Gott als Schöpfer unterstellen, dass er einen mangelhaften Menschen ge-

schaffen hat und diesen Mangel selbst nicht beheben kann. Ich selbst orientiere mich lieber an jenen Denkern, die da sagen, die Lösung liegt darin, dass die gesellschaftliche Ordnung der Natur des Menschen angepasst werden muss und nicht umgekehrt. Bei der Modellierung von Gesellschaftsmodellen nach diesem Prinzip sind auch Lösungen möglich, die im Ergebnis kein Gefängnis sind. Alleine schon dann, wenn der Eigentumsbegriff geklärt wird, steigen die Chancen einer Klärung der Zukunftschancen. Für Pierre-Joseph Proudhon [86], Silvio Gesell , Johann Heinrich Gossen [87] u.a. darunter auch Johannes Kleinhappl [88] ein mit Lehrverbot belegter Gegenspieler von Oswald von Nell-Breuning, den ich schon benannt habe, kann der Begriff Eigentum nur dann sinnvoll verwendet werden, wenn er auf die Güter beschränkt wird, die der Mensch selber schafft.

*** Fußnote 87:

> Daß GOSSEN den für das Verständnis der Wirtschaft so wichtigen Gleichgewichtszustand von Nutzen und Arbeitsleid höchst eindrucksvoll beschreibt und ihn auch geometrisch ableitet, ist in der Wissenschaft bekannt. Weniger deutlich erinnert man sich aber der Tatsache, daß GOSSEN, um eine wirklich freie, auf persönlichem Eigentum beruhende Wirtschaftsordnung zu sichern, eine radikale Bodenreform im Sinne einer völligen Verstaatlichung des Grund und Bodens vorschlug. Er kam auf diesen Gedanken, weil es ihm daran lag, die günstigste geographische Verteilung der landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe zu ermöglichen. Alle Betriebe sollten den von ihnen als Standort oder als Anbaufläche benötigten Boden vom Staate pachten und sich nach ihrer Fähigkeit, Rente zu zahlen, im Raume streuen. Mit Hilfe dieser - wie GOSSEN annahm - von Jahr zu Jahr wachsenden Renteneinnahmen des Staates könnten die Entschädigungen an die früheren Grundeigentümer im Laufe der Zeit getilgt werden. Mit dem Gedanken, jedem schöpferischen Menschen die Möglichkeit zu geben, ein Unternehmen ins Leben zu rufen, hängt auch der Plan zusammen, öffentliche Darlehnskassen zu errichten, die die dazu notwendigen Kapitalien kreditweise zur Verfügung stellen sollten. Die Hoffnungen, die GOSSEN mit diesem Plan verband, dürften wohl utopisch genannt werden.< Aus: Siegfried Wendt, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, 1961, S. 109

Gesell ergänzt in GW Werke Bd.16: >...Gossen erblickt in dieser Reform noch andere Vorteile: „1. Indem man den Privatleuten den Genuß der Rente nimmt, wird es vielen unmöglich gemacht, weiter zu leben ohne zu arbeiten, und man veranlaßt sie so, ihren Lebensunterhalt durch persönliche Arbeit zu bestreiten. 2. Die rechtlichen Verhältnisse des Eigentums werden außerordentlich vereinfacht. 3. Die Produzenten brauchen kein Kapital im Bodenerwerb anzulegen. 4. Die Grundrente wird in weitem Umfange die Steuern ersetzen und wird uns vor den Ungerechtigkeiten und den Plackereien der Steuererhebung schützen.“...<

Ich komme zu >**Sehnsucht ohne Ort? Von wegen!**< von Mohamed Amjahid und Gero Randow, Seite 46 /47, DIE ZEIT, Nr. 52 vom 15. Dezember 2016. Ich bringe den ersten und letzten Abschnitt. (Die ganzen Artikel werden sicher im ZEIT-Archiv zu finden sein.) Hier geht es ja nur darum, Impulse für das eigene Denken und Forschen der Leser zu geben.

> Die Rechnung, die Laura Meschede aufmacht, ist einfach: Es ist genug für alle da. Niemand muss im Elend leben. Die Leute müssten sich auch nicht so abrackern, wie sie es tun. Könnten mehr Zeit für Wissenserwerb haben, beispielsweise. Oder für andere schöne Sachen. Schließlich herrsche schon jetzt Überproduktion, und die mache den Planeten kaputt.
>
> Das alles bringt die 22-Jährige gut gelaunt und mit einer entwaffnenden Logik vor, nimmt nicht zu abstrakten Theorieschnipseln Zuflucht und ist auf Gegenfragen vorbereitet: »Ich

86 Pierre-Joseph Proudhon, Theorie des Eigentums, übersetzt von Lutz Roemheld mit einer Einleitung von Gerhard Senft, 2010.

87 *** Aus technischen Gründe Am Kopf der nächsten Seite.

88 Mir liegen von Kleinhappel fünf Bände vor, die von Ernst van Loe eingeleitet und herausgegeben wurden.Ich benenne hier einen Titel: Christentum und Kapitalismus, Analysen, Essays und Fragmente aus dem Nachlaß, 1992

habe ein Notizbuch bei mir, in das ich Argumente und Gegenargumente eintrage.«

Die Politikstudentin versteht sich ausdrücklich als Kommunistin, wenngleich sie keiner der übrig gebliebenen Traditionskompanien mit Hammer und Sichel angehört. Stattdessen zettelt sie Debatten im Freundeskreis an, macht in einer Gewerkschaft mit, hat in ihrer Heimatstadt München den »Slutwalk« gegen sexuelle Gewalt mit organisiert. Nein, Meschede lebt wahrlich in der Gegenwart, doch an ihrer kommunistischen Utopie hält sie fest: »Sie ist das Ziel. Auch wenn meine Tagesform schwankt. Manchmal bin ich eher deprimiert und zweifle, dass es zu erreichen ist. Wenn ich 50 Jahre alt bin, wie sieht dann die Welt aus? Wie viele Millionen Klimaflüchtlinge wird es geben? Mich schockiert diese Selbstverständlichkeit der heutigen Welt, und ihre Unlogik.«

Was wünscht sie sich am meisten? »Das Ende der Ausbeutung. Angstfreiheit. Keine Spaltung mehr.« Sie fügt hinzu: »Es kann doch nicht sein, dass keine Alternativen zur Realität von heute mehr diskutiert werden?«

Da hat sie recht. Es gibt nämlich einen merkwürdigen Widerspruch. Einerseits: Zurzeit weiß niemand, was die kommenden Jahre bringen werden. Rechtsradikale in der Regierung? Ein wild gewordenes Amerika? Krieg gegen Russland? Zerfall der Europäischen Union? Weltwirtschaftskrise? Massenflucht aus dem Süden in den Norden? Terroristisches Dauerfeuer? Bürgerkriegsszenen in Ostdeutschland? Klimakatastrophen ungeahnten Ausmaßes? All das ist möglich. Alles ist offen.
Andererseits: Nichts scheint offen. Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht von einer »unendlich gedehnten Gegenwart« und dem »Verlust des utopischen Denkens«. Kaum einer glaube noch, dass eine ganz anders organisierte, friedliche, gerechte und die Natur schützende Gesellschaftsordnung, also eine grundsätzlich bessere Welt als die heutige möglich sei. …

… **Die Utopie ist eine emotionale Tatsache. Sie kann die Körper bewegen**
Tatsache ist aber, dass der utopische Geist seither keinen Raum mehr hat im Politischen. Niemand gibt ihm Quartier. Nicht die Sozialdemokraten, nicht die Grünen, bei denen er früher wohnte. Sie haben ihn vertrieben, sicherlich zum eigenen Vorteil. Doch die Rolle des Weltverbesserers ist seither unbesetzt.

»Machen Sie sich keine Sorgen«, kommentiert Main Touraine. Der Nestor der französischen Soziologie erwartet für das 21. Jahrhundert massive Konflikte, deren Triebkraft die Moral sein werde. Touraine ist 91 Jahre alt, lehrt noch immer, schreibt unentwegt Bücher und mischt sich in die Politik ein. »Ich habe wahrlich Klassenkämpfe miterlebt», sagt er, »aber die Zeit ihrer Vorherrschaft ist vorbei. Heute kämpfen Individuen darum, dass es gut zugehe in der Welt und nicht böse.» Dass auch in Klassenkonflikten stets moralisch argumentiert wurde, hat einer wie Touraine nicht vergessen, aber heute träten ethische Motive nicht mehr bloß als Verbrämungen sozialer Interessen hinzu, sondern als eigenständige Gründe, zu handeln. Der Klimaschutz, die Ansprüche des Südens, der Kampf um die Menschenrechte würfen allesamt die Frage nach einer ethisch gerechtfertigten Weltordnung auf.

Wenn der große Touraine recht hat, dann wäre jetzt wieder die Zeit der utopischen Ideen, die Ansprüche an die Welt formulieren. »Es genügt nicht, über die Rettung der Demokratie oder der Umwelt nachzudenken«, sagt der Philosoph Michael Fœssel. »All das Bisherige hat doch dazu geführt, dass wir Katastrophen vor Augen haben. Nein, das Bestehende selbst muss kritisiert werden. Die Utopie«, führt er fort, »dient als Instrument, um die Gegenwart zu messen. Sie erzeugt eine Differenz zur Realität.»

Die Utopie stellt die Wirklichkeit infrage und fordert von ihr Rechtfertigung. Aber sie gründet nicht nur auf Überlegung, sondern auch auf Sehnsucht, sie ist eine emotionale Tatsache. Eine Macht, die den Körper bewegt. Den Bürger als Person. Hinaus auf die Straßen, die Plätze und sonst wohin. Sagen wir es so: Es ist an der Zeit, die Demokratie mit utopischen Ideen aufzufrischen.

Ich ergänze die Aussagen noch mit einem Ausschnitt aus der zweiten Hälfte der Buchbesprechung > **Die Revolution als Gespenst** / Wie europäische Staaten vor 200 Jahren in den Kampf gegen die »Phantome des Terrors« zogen und so beförderten, was sie verhindern wollten: Adam Zamoyski erzählt meisterlich von Angst, Hysterie und Verfolgungswahn < von Volker Ullrich. Der Beitrag steht ebenfalls in der ZEIT NR: 52 /2016:

> Selbst in England, dem Mutterland der Demokratie, grassierte die Angst vor revolutionärer Ansteckung, wurden die Verfechter einer Parlamentsreform und einer moderaten Ausweitung des Wahlrechts als »Jakobiner« verunglimpft und unnachsichtig verfolgt.
>
> So entstand ein Klima des allgegenwärtigen Verdachts. Wo immer nach 1815 Unruhen ausbrachen, sich Freiheitsbewegungen regten - ob in Italien, Spanien, Griechenland oder Polen -, galten sie als Beweis für eine internationale Verschwörung, die von einer Revolutionszentrale in Paris, einem *comittdirecteur,* gesteuert wurde. In gewisser Weise, so hebt der Autor hervor, wurden die Regierenden zum Opfer der Bedrohungsängste, die sie selbst geschürt hatten. Sie jagten einem Phantom nach, das nur in ihrer Einbildung existierte.
>
> Ironischerweise - das ist die Pointe dieses Buches - trugen sie damit dazu bei, gerade das zu befördern, was sie verhindern wollten. 1830 setzte die Julirevolution in Frankreich der restaurierten Bourbonen-Dynastie ein Ende. In mehreren Staaten des Deutschen Bundes kam es zu Aufständen. Der Versuch, durch eine abermalige Verschärfung der Repressivmaßnahmen noch einmal Friedhofsruhe herzustellen, scheiterte. 1848 krähte der gallische Hahn ein weiteres Mal. Auch in Österreich und Preußen siegte die Revolution. Metternich musste Hals über Kopf nach London flüchten.
>
> In diesem Buch erweist sich Adam Zamoyski erneut als ein glänzender Geschichtserzähler. Seine Porträts der führenden Akteure sind allesamt Kabinettstücke biografischer Verdichtung. Mit feinem Humor und einem Sinn fürs anekdotische Detail breitet er genüsslich aus, zu welchen Absurditäten die Überwachungsparanoia der Herrschenden führte. Das Ganze liest sich, trotz der ernsten Thematik, unterhaltsam, zum Teil ausgesprochen amüsant.
>
> Der Autor vermeidet vorschnelle Aktualisierungen, doch hält sein Buch eine eindringliche Lehre für unsere Gegenwart bereit: Auch in Zeiten des internationalen Terrorismus , sollten die Regierenden nicht der Versuchung erliegen, die Gefahrenlage zu dramatisieren, um unter Hinweis auf eine allgegenwärtige Bedrohung immer schärfere Gesetze durchzupauken und Freiheitsrechte zu beschneiden. - Denn sonst könnte es wiederum passieren, dass sie das Gegenteil dessen bewirken, was sie eigentlich beabsichtigt haben.

Die Zeilen sind hier in der Gedankensammlung selbsterklärend und benötigen keine Begründung, warum ich sie hier eingefügt habe. Weiter oben als ich beim Thema Bildung war, habe ich nach Büchern von Hartmut von Hentig und Ivan Illich gesucht. Weil ich sie nicht fand, erinnerte ich mich an ein Kursbuch, in dem ein Beitrag von Illich oder Hentig stehen müsste. Tatsächlich fand ich dann den Artikel „Ein Plädoyer für die Abschaffung der Schule“ von Ivan Illich im Kursbuch. Aber vorher entdeckte ich auf der Vorderseite des Einbandes des Kursbuches 53 das Leitthema *Utopien II / Lust n der Zukunft.* Ich staunte mal wieder, was ich alles ungelesen in den Regalen stehen habe. Die meisten Bücher stammen aus Haushaltsauflösungen, Flohmärkten, natürlich auch aus Buchhandlungen und ein Sonderposten aus ei-

nem Papiercontainer.[89] Mir ist bei diesem Bücherreichtum wieder eingefallen, dass ich bei Adolf Damaschke im zweiten Band seiner „Geschichte der Nationalökonomie“ ,13. Auflage, 1922, gelesen habe, das Karl Marx einmal Bücher aus seinem Bestand verkaufen musste, damit er die Beerdigung einer Tochter bezahlen konnte. Kaum niedergeschrieben, kam ich zum Schluss, dass es besser ist, hier genau zu zitieren. Also habe ich die Stelle gesucht und gefunden. Damaschke schreibt auf der Seite 128:

> Ich selbst erinnere mich lebhaft einer Schilderung des alten Liebknecht, wie er Bücher von Marx verkaufen mußte, um das Geld zu einem kleinen Sarg für ein verstorbenes Kind aufzubringen.
>
> Es erscheint töricht und ungerecht, solche Verhältnisse mit Stillschweigen zu übergehen. Ohne sie ist kein volles Verständnis möglich. Kein Mensch schafft im luftleeren Raum, und gerade für Werke der Volkswirtschaft hat es hohe Bedeutung, ob ihr Verfasser Not und Elend nur aus trockenen Zahlen errechnet und rein begriffsmäßig bildet, oder ob er irgendwie als Kind oder als Mann einmal das Leib und Seele verderbende hohläugige Gespenst der Armut selbst leiblich empfinden mußte. Für Marx ergibt sich zunächst ein Mehr an Bewunderung, daß er in solcher Lage sein Werk überhaupt beginnen und fördern konnte.

Zu meinem Glück ist mir noch kein Kind gestorben und dank einer tüchtigen Frau bräuchte ich in einer solchen Lage auch keine Bücher verkaufen. Da aber die industrielle Herstellung von Büchern diese heutzutage so billig gemacht hat, landen sie schon Stapelweise im Altpapier. Bei den Preisen, die das Sterben heute kostet, könnte meine Familie für meinen gesamten Bücherbestand vermutlich nicht einmal den billigsten Sarg eintauschen.

Als ich den Beitrag von Robert Jungk im Kursbuch 53 vom September 1978 las, kam mir ein Gespräch über das Thema „Teilnahme möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger bei der Verfassungsfindung, -formulierung und -verabschiedung“ in Erinnerung, das ich mit der Schriftstellerin Gudrun Pausewang („Die Wolke“, „Rosinkawiese – Alternatives Leben in den zwanziger Jahren“) bei einem Besuch in ihrer Wohnung geführt habe, in Erinnerung. Und im Dezember 1989, als noch nicht feststand, dass die DDR ihre Selbständigkeit aufgeben würde, habe ich in meiner Schrift „Darauf kommt es an! ...“ in der Empfehlung zum Punkt *Verfassung* geschrieben: (http://www.tristan-abromeit.de/pdf/6.1%20Darauf%20kommt%20es%20an%21%20HT.pdf)

> 6. Empfehlung:
>
> a) Sowohl die auf Erneuerung drängenden Mitglieder der SED, wie auch op-

89 Die Geschichte der zuletzt aufgezählte Bücheraneignung habe ich schon in einem anderen Text erzählt.

ponierende Einzelpersonen, Gruppen und Massendemonstrationen sollten darauf drängen, daß vor Neuwahlen eine verfassungsgebende oder -verändernde Versammlung nach demokratischen Spielregeln einberufen wird. Diese Versammlung sollte aber nur die neue Verfassung erarbeiten. In den Passagen, wo keine Einigkeit erzielt werden kann, sollten die betreffenden Artikel alternativ zur Abstimmung kommen. Die Inkraftsetzung der Verfassung sollte durch einen Volksentscheid erfolgen, der nach Möglichkeit eine Zustimmung oder Verwerfung einzelner Artikel zuläßt.

b) Die Massenmedien veröffentlichen zu Vergleichszwecken ein Dutzend Verfassungen und Verfassungsentwürfe mit kurzen Abrissen der jeweiligen Entstehungsgeschichte und Hinweise auf Stärken und Schwächen, damit sich jede Bürgerin und jeder Bürger der DDR, der interessiert ist, selber einen Überblick und damit eine Urteilsbasis schaffen kann.

c) Dezentral sollten sich Gruppen bilden, und zwar auch konkurrierend, die Verfassungsfragen intensiv bearbeiten und das Recht erhalten, bei der verfassungsgebenden Versammlung Eingaben zu machen, die diese zu prüfen hat. Weiter wäre es Aufgabe der dezentralen Verfassungs-Gruppen, die Diskussion vor und nach Beschlußfassung der Verfassungsvorlage der verfassungsgebenden Versammlung vor Ort mit den Bürgern anzuregen und zu organisieren, so daß vor dem Volksentscheid ein hoher Informationsstand erreicht wird. Diese Gruppen sollten natürlich nicht nur die unter b) empfohlenen Veröffentlichungen durcharbeiten, sondern auch jene, die in den Bibliotheken der DDR und der BRD zugänglich sind. In meinem Bücherregal steht zum Beispiel das „Bollwerk der Republik - Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung“ von Burton J. Hendrick (1937, deutsch 1953, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg), das Buch scheint mir im Themenzusammenhang interessant zu sein.

Als ich das geschrieben habe, hatte ich das von Robert Jungk geprägte Wort *Zukuntfswerkstatt* vermutlich schon gehört, kannte aber seinen Begriffsinhalt nicht. Jetzt, wo ich darüber lese, bin ich davon angetan. Ich bringe von Jungks Darlegungen die Abschnitte 1.,2. und den Schluß, das ist der 7. Abschnitt aus dem Kursbuch 53 vom September 1978.

Robert Jungk
Statt auf den großen Tag zu warten...
ÜBER DAS PLANESCHMIEDEN VON UNTEN. EIN BERICHT AUS »ZUKUNFTSWERKSTÄTTEN«
1
Die Utopie, wie wir sie bisher kennen, ist fast ausnahmslos das gedankliche Produkt Einzelner oder Weniger. Auch wenn diese Wenigen, wie das meist der Fall ist, das Glück der Vielen entwerfen, haben eben diese Vielen daran keinen unmittelbaren Anteil. Man denkt für sie, aber nicht mit ihnen, über eine andere Zukunft nach. Die »Wünsche der Bürger« werden von Eliten formuliert, die die Menschen erst nachträglich für Ideen zu gewinnen versuchen, deren Verwirklichung sie angeblich selber wollen oder wollen sollen.

Gewiß, gelegentlich werden in Parteizirkeln, auf Klubabenden, in Arbeitsgruppen Programme und Visionen diskutiert, die von den Fachleuten formuliert wurden. Aber dann sind die grundsätzlichen Entscheidungen meist schon längst gefallen. Die wichtigste Etappe auf

dem Weg zu einer Gestaltung der Zukunft, der gesellschaftliche Schöpfungsakt, bleibt immer noch denen vorbehalten, die für besonders qualifiziert gehalten werden, den Planern. Die »Betroffenen« - in diesem Wort wird ihre Passivität nicht nur suggeriert, sondern auch zementiert - kommen stets zu spät zu Wort. Sie regieren nicht, sie reagieren.

Diese Vorgehensweise gilt als ganz selbstverständlich. Sie wird auch von denen praktiziert, die sich für »bürgernah« und »demokratisch« halten. Dabei sollte es sie doch beunruhigen, daß die von ihnen »zur Mitarbeit« Aufgerufenen diesen Appellen so wenig Aufmerksamkeit entgegenbringen, daß der Mann oder die Frau von der Straße oder der »Lohnabhängige«, wie die Objekte geplanter Wohltaten herablassend genannt werden, nicht hinhören wollen.

Wie könnte das auch anders sein? Die geistige Vorbereitungsarbeit für eine künftige Gesellschaft ist ebenso autoritär gelenkt und fremdbestimmt wie die Arbeit im gegenwärtigen Produktionsprozeß. Die Entfremdung des Bürgers gegenüber der Zukunft ist sogar eher noch größer als die gegenüber seiner Arbeit, denn er kommt sich »zu klein«, »zu unwissend«, »zu ohnmächtig« vor, um über so »ferne« und »hohe« Ziele mitreden zu können. Und dies, obwohl doch gerade seine Erfahrungen und die daraus erwachsenden Wünsche für die Formulierung dieser Ziele unverzichtbar sind. Aber wo und wie könnte er sie einbringen? Wer fragt ihn danach? Wann und mit wem könnte er darüber sprechen?

Es ist höchste Zeit, daß jeder gesellschaftlich engagierte, an der Gestaltung der Zukunft interessierte Mensch seine schöpferischen Vorstellungen in den politischen Prozeß einbringen kann. Das soll und darf ihm kein »Vordenker« und schon gar nicht ein politischer Funktionär abnehmen. Die soziale Phantasie darf nicht mehr von Herrschaftsgruppen monopolisiert werden, sondern sollte, aus vielen Köpfen und Herzen kommend, in kommunalen, regionalen, gesamtgesellschaftlichen Konzepten ihren Niederschlag finden.

Um die Entbindung solcher durch Vorurteile, Routine und Zweifel am Wert der eigenen Gedanken verschütteten Quellen der sozialen Phantasie bemühe ich mich in sogenannten Zukunftswerkstätten. Diese Werkstätten sind Zusammenkünfte, bei denen die Teilnehmer gemeinsam versuchen, wünschbare, mögliche und auch vorläufig unmögliche Utopien zu erfinden, und die Durchsetzungschancen dieser von ihnen gemeinsam formulierten Konzepte prüfen.

Aus der nunmehr schon über zehnjährigen Praxis hat sich dabei eine Methode entwickelt, die ich später noch genauer schildern werde. Aber sie sollte nicht bindend sein. Denn es können vermutlich noch bessere oder den jeweiligen »Werkstätten« speziell entsprechende Vorgehensweisen gewählt werden. Entscheidend ist das Ereignis an sich: ein zukunftsorientiertes Zusammentreffen von Menschen jeden Alters, jeden Berufs, jeder Weltanschauung, die sich nicht nur kritisch, sondern auch durch das Entwickeln eigener Vorschläge mit dem Kommenden beschäftigen. Schon die Tatsache, daß sich Laien und »Geführte« kreativ an Probleme heranmachen, deren Lösung sie sonst an Experten delegieren, ist ein längst überfälliger Akt der Selbstbehauptung, ein erster Schritt zur Befreiung von der »Expertokratie«.

2

Ich selber verdanke die Werkstätten-Idee meinen Begegnungen mit dem sizilianischen Sozialreformer Danilo Dolci. Von ihm habe ich gelernt, mit denen zu sprechen und auf die zu hören, die von Intellektuellen und Akademikern meist nur »begrifflich« wahrgenommen werden: Fabrikarbeiter, Angestellte, Bauern, Monteure, Taxifahrer, Beamte, Lehrlinge, Landarbeiter, Packer, Postboten, Arbeitslose und viele andere mehr. Ich habe das niemals als »Dienst« oder »Opfer« empfunden wie manch anderer, der »zum Volk ging«, sondern stets als persönliche Bereicherung. Denn das Talent zum eigenen Nachdenken, zum phantasievollen Vorschlag, zur originellen Formulierung ist viel weiter verbreitet, als allgemein angenommen wird. Es fehlt den meisten nur an Ermutigung. Gibt man die Gelegenheit, so fangen sie an, über all das zu sprechen, was man ihnen sonst nicht abnimmt. Denn die Menschen sind in Wirklichkeit nicht so »dumm«, »primitiv«, »denkfaul«, »konsumsüchtig«, »passiv« und »verführbar«, wie von den Produzenten des gängigen Unterhaltungsklamauks oder der Werbung angenommen wird.

Wenn man Menschen auffordert, über ihre Zukunftsvorstellungen zu sprechen, reproduzieren die Angesprochenen in der Mehrzahl zunächst einmal die Vorstellungen, die man ihnen »von oben« angepriesen hat, und zeigen damit, wie sehr ihre Phantasie »von außen« gelenkt wird. Aber mit etwas Geduld erfährt man, daß unter dieser Schicht der fremden Wünsche auch eigene Ideen leben und ans Licht wollen. »So müßte man das machen, wenn's nach mir ginge. . . « Diesen Satz kann man oft hören, wenn man nur ein wenig Geduld aufbringt und es versteht, sich das Vertrauen der Angesprochenen zu erwerben. Wie ein Prospektor bei der Suche nach Erdöl erst durch viele Erdschichten dringen muß, ehe er auf eine sprudelnde Quelle stößt, muß der Moderator einer Zukunftswerkstätte erst nacheinander die fremdgesteuerten Haltungen vieler Jahre abtragen, ehe er hoffen kann, hinter diesen Haltungen die eigentlichen Zweifel und Hoffnungen der Angesprochenen auszugraben.

In einer Gruppe kommt es leichter und schneller zu einem solchen Durchbruch eigener Visionen, Konzepte und Pläne als beim Gespräch mit Einzelnen. Gelingt es, bei den Zusammengekommenen ein Gefühl des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, tritt meist noch der Spaß am Spiel mit den »verrückten Gedanken« hinzu. Ich habe es immer wieder erlebt, wie fünfzehn bis zwanzig Fremde bei einer solchen Übung binnen einer bis zwei Stunden zu Freunden wurden, wie Passive sich begeisterten und anfangs mürrisch Wirkende sich zur Überraschung der anderen als besonders ideensprühend erwiesen. Gemeinsames Phantasieren belebt, öffnet und schafft Selbstbewußtsein. Erst bei einem solchen Exerzitium merkt man, wie stark das Bedürfnis zum »Pläneschmieden« ist, und wie stark es bisher unterdrückt wurde.
…

7
Die krisenreiche Geschichte der zu erwartenden Zukunft wird also Zukunftswerkstätten auf vielen Ebenen der Gesellschaft erzwingen, ganz egal, ob wir diese Tätigkeit des sozialen Erfindens so oder ganz anders nennen werden. Eine Demokratisierung des utopischen Denkens wird notwendig.

Dieser Demokratisierung käme entgegen, wenn der Förderung der Phantasie eines jeden Einzelnen schon heute in den Schulen mindestens soviel Aufmerksamkeit gewidmet würde wie dem Erwerb von Wissensstoff. Aber da wir wissen, daß die Veränderung von Lehrplänen fast so schwer ist wie das Versetzen von Gebirgen, sollten wir mit der Einübung der sozialen Phantasietätigkeit wenigstens bei den Erwachsenen beginnen, ehe sie vollends in Passivität und Resignation versinken.

Ich mache jetzt auf ein Buch von Wera Wendnagel aufmerksam. Es trägt den Titel **Mama Moneta *oder die Frauenfolge.*** [90] Ich übertrage jetzt per Scann den Klappentext und dann die Aussagen über die Autorin. Der Text von Wera Wendnagel – ein Taschenbuch mit 201 Seiten – ist kein Theoriebuch, sondern eine interessante Geschichte, in der ökonomisches Wissen unaufdringlich eingebunden ist.

Frauen verstehen nichts von Wirtschaft! Dieses Vorurteil haben Männer und selbst manche Frauen so verinnerlicht, daß bis heute die höchsten wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremien, die Zentren der Geldmacht, fest in männlicher Regie sind. Kriege, Teuerungen, Elend, Armut vieler bei immensem Reichtum weniger, Massenarbeitslosigkeit, Schwarzmarkt, Bodenspekulation oder Mangelwirtschaft sind die Bilanz dieser männlichen Wirt-

90 Der Titel „Die Wunderinsel Barataria (= Der verblüffte Sozialdemokrat) von Gesell wäre hier auch noch zu benennen. Das wird mir aber zu viel. Ich mache davon vielleicht einen Anhang. Wenn ich mich recht erinnere, gibt es dazu eine Analyse von Joachim Starbatty, wenn ich die finde, ergänze den Anhang damit.

schaftssysteme voller Machtgeilheit und Praxisferne.

Die Praxis aber, das Wirtschaften und Haushalten, ist von altersher eine Domäne der Frauen. Ihre praktische Klugheit allein hat immer wieder für die Überwindung schlimmer Krisen der Menschheit gesorgt.

Heute aber sind wir durch die technische Entwicklung an einem Wendepunkt angelangt, und die ganze Tüchtigkeit weiblicher Menschen allein hilft uns nicht mehr, die Lebensbedingungen auf der Erde zu erhalten. Die Menschen müssen anders wirtschaften, wollen sie zusammen mit der übrigen Natur überleben! Sie müssen den Hauptfehler im System, den Zwang zum Wachstum des Profits, beseitigen, statt nur die Symptome zu kurieren.

Aber grau ist alle Theorie! Und so führt uns die Autorin das spannende Leben einer bunt zusammengewürfelten, auf sich gestellten Frauengesellschaft vor, die aufgrund eines abenteuerlichen Schicksals ohne Männer auf einer Insel zusammenlebt und wirtschaftet. Aus ihren gemeinsamen Erfahrungen und Konflikten, aus der Verschiedenheit ihrer Traditionen lernen diese Frauen. Immer wieder kommen sie zusammen, tauschen sich aus und beratschlagen anstehende Probleme. So sind sie nicht nur zu innigen Beziehungen fähig, sondern auch zum Aufbau einer ausbeutungsfreien, gerechten Ordnung für ihr Zusammenleben.

Ein spannendes Inselabenteuer schildert dieses Buch - und es eröffnet zugleich spielerisch und »im Vorüberlesen« wirtschaftsfachliche Einblicke. Das macht Lust und Laune auf mehr postkapitalistische, feministische Wirtschaftstheorie. Wir dürfen den aufgenommenen Faden weiterspinnen. Was ist aus ihnen geworden, wo gibt es sie noch, die klugen Überlebenden der utopischen Insel Barataria? Die Autorin gibt gerne Auskunft.

Anmerkungen zu Autorin und Text
Geboren im Jahr 1931, durchlebte Wera Wendna-gel eine bewegte Kindheit zunächst bei den Eltern und dann bei verschiedenen Pflegeeltern der unterschiedlichsten weltanschaulichen Richtungen. Insgesamt zehnmal mußte sie die Schule wechseln.

Die leiblichen Eltern kamen aus gegensätzlichen politischen Lagern, denn die Mutter ehörte einem »Physiokratischen Kampfbund« [1] und der Vater dem »Internationalen Sozialistischen Kampffiund. (ISK) an. Also auf mütterlicher Seite: Proudhon, Stirner, Silvio Gesell [2], auf väterlicher: Marx und Leonhard Nelson[3]. Gemeinsam kämpften beide aber gegen den Faschismus. Was den Vater das Leben und die Mutter die Freiheit kostete.

> 1 nach Physiokratie - griech.: Herrschaft der Natur. Die Physiokraten stellten im 18. Jahrhundert erstmals ein geschlossenes wirtschaftliches und soziales System auf.
> 2 Silvio Gesell (1862-1930) Kaufmann und Sozialreformer, Begründer der Freiwirtschaftslehre - Hauptwerk: »Die natürliche Wirtschaftsordnung.
> 3 Leonhard Nelson (1882-1927) Rechtsphilosoph und Staatstheoretiker. Seine Lehre war Grundlage des ISK.

Solchermaßen »heldische« Eltern prägten ihre Jugend, und besonders die überlebende Mutter beeinflußte sie auch später noch stark. Diese Mutter blieb, obwohl sie bald nach der Befreiung schwer erkrankte und frühzeitig an den Rollstuhl gefesselt war, eine wache und eigenwillige Analytikerin des politischen Geschehens. Ihre meisten Freunde vom ISK waren 1945 in die SPD eingetreten. Sie nicht. Sie sei Anarchistin, betonte sie damals.

So erschien ihr später auch die sogenannte 68-iger Bewegung recht vertraut. Pazifismus und Lebensreformbestrebungen hatte sie schon in ihrer Jugend unterstützt. Aber obwohl der Einfluß der Stirnerschen Philosophie darin deutlich wahrnehmbar war, glaubte sie nicht an einen dauerhaften Erfolg der neuen Bewegung. Sie warf deren Anhängern vor, daß sie keinen ökonomischen Sachverstand hätten und sich nicht mit der Natürlichen Wirtschaftsordnung. befaßten.
In einer körperlich völlig abhängigen und hoffnungslosen Lage versuchte sie verzweifelt, ihrer Pflegerin und fast einzigen Verbindung zur übrigen Welt, ihrer Tochter, ein Wissen zu vermitteln, daß offensichtlich verlorenzugehen drohte.

> Die Tochter wußte zunächst wenig anzufangen mit dieser scheinbaren Außenseiterposition. Aber das schwierige Erbe ließ ihr keine Ruhe. Sie mußte es verarbeiten - für sich und für andere - und machte daraus dieses Buch.

Von Wera Wendnagel liegt auch vor:
>**Mariannes Vermächtnis** Oder wie mir meine Mutter die Freiwirtschaft vererbte.<
352 Seiten.
Ausschnitte aus einer Notiz von mir aus dem Jahr 2011 über das Buch:

> ...Ich selber bin nun ein Literaturbanause und kann daher kein Urteil über die Form der Darstellung von „Mariannes Vermächtnis“ abgeben. Mein Eindruck ist aber, daß wir hier ein ehrliches Zeugnis vorliegen haben. Und für mich ist es auch spannend geschrieben. …
>
> … Mein Urteil über das Buch mit den vielen Handlungsorten, vielen Begebenheiten in einer Zeitspanne von 100 Jahren, ist, daß es eine gute Basis für ein Drehbuch zu einer zehnteiligen Fernsehserie ist.

23. Tag: Zu der Unterbewertung des Geldes als Triebkraft der Geschichte / Geschichtsgestaltung als politisches Instrument

Vor einiger Zeit las ich von einer Frau, die als Historikerin vorgestellt wurde, den Satz: „Die Geschichte sei immer eine gestaltete Geschichte.“ Geschichte ist in diesem Satz dabei als Geschichtsschreibung zu verstehen. Den Namen der Historikerin habe ich vergessen. Seine Kenntnis ist für den Wahrheitsgehalt des Inhalts der Aussage ihres Satzes auch nicht erforderlich. Da jeder Mensch nur einen kleinen winzigen Teil der Geschichte erlebt hat, die hinter ihm liegt und er zudem nur einen winzigen Teil selbst davon unmittelbar erfahren hat, was zu seiner Zeit in seinem Lebensumfeld oder auf der Erde geschah, kann Geschichtsschreibung zum großen Teil nur Geschichtsdeutung sein. Wenn es viele Quellen über bestimmte Ereignisse an einem bestimmten Ort oder Raum gibt, dann kann ihre Auswahl und Bewertung zum Problem werden. Liegen wenige schriftliche, bildliche oder gegenständliche Quellen vor, dann wird ihre Interpretation zu einer Kunst, die irrig sein kann. Wenn es glücklich bei der Entwicklung eines Geschichtsbildes bei privaten oder beruflichen Bildgestaltern verläuft, ist die Wahrheitsfindung die gestaltende Kraft. Aber der Wahrheitswille hat bei der Gestaltung von Geschichtsbildern fast immer Konkurrenz dadurch, dass die jeweils herrschende Politik ein Geschichtsbild benötigt, das ihren Herrschaftsanspruch bestätigt. Wer von der Geschichtsschreibung und -deutung leben will, kann das wohl nicht außer Acht las-

sen. Zu dem dürften auch Eitelkeiten bei den Geschichtsschreibern ein Störfaktor sein, denn Ruhm oder auch nur Beachtung erlangt man nur schwer, wenn man nur das bestätigt, was andere schon gesagt haben, also ist es verständlich, wenn andere Deutungen und Bewertungen ins Spiel gebracht werden.

Beim Lesen und Hören über Sozialpsychologie und Gruppendynamik ist bei mir hängen geblieben, dass die Gruppe (die kann klein oder riesig sein) zu den Leistungen des Suchens und Findens auf der einen Seite und der Fähigkeit des Festlegens auf der anderen Seite fähig ist. Die Gruppe braucht für ihre Handlungsfähigkeit und -sicherheit Klarheit über bestimmte Sachverhalte, wenn sie diese nicht über das Suchen finden kann, dann entscheidet sie sich dafür, eine Deutung als gültig festzulegen. Von diesem Finden oder Festlegen ist auch die Geschichtsbetrachtung betroffen. Kommt nun einer in der Phase, wo die Dinge festgelegt sind, auf die Idee, die Geschichte neu zu interpretieren, dann wird er als Revisionist beschimpft. Bleibt er alleine, wird er isoliert und auch von toleranten, human gesinnten Zeitgenossen gemieden. Bleibt der erste nicht alleine – weil die alte festgelegte Deutung nicht mehr trägt -, dann kann wieder der Prozess des Suchens einsetzen.

Ich kann und will hier kein neues Geschichtsbild entwerfen (Da würde ich mich selbst überfordern.), sondern nur wieder ins Bewusstsein rufen, dass unser Verständnis von der geschichtlichen Wirklichkeit vielen Fehlern unterliegen kann. Diese Fehler in der uns zeitnahen Geschichtsdeutung zu erkennen, ist besonders wichtig in unserer Jetztzeit, wo alle Orientierungspunkte im Nebel zu verschwinden drohen und wir, wenn wir nicht aufpassen ähnliche Fehler machen wie unsere Altvorderen. Ein selbständig denkender Demokrat kann sich in dieser Situation nicht erlauben, auf die Deutung seiner Partei oder die einer „anerkannten“ Autorität zu verlassen, sondern er muss sich bequemen, selbst auf die Spurensuche zu gehen. Die Literatur, die ich benenne, ist nur eine sehr begrenzte Auswahl und kann daher keine Allgemeingültigkeit beanspruchen, aber allein schon in der freiwirtschaftlichen Literatur werden sich weitere Quellen finden, die dem Suchenden weiterhelfen. Für mich hat sich aus diesen Quellen jedenfalls ergeben, dass völkisches Denken und ein vorhandener Antisemitismus nicht die Ursache für die Herrschaft des Nationalsozialismus war. Das Bedürfnis nach völkischem Denken kann vermutlich besser sozialpsychologisch erklärt werden als von der politischen Wissenschaft. Ich denke, es war auch ein Versuch, mit der Demütigung als Verlierer des Ersten Weltkrieges fertig zu werden. Außerdem ist es wohl so, dass jede Zeit ihre

eigenen gedanklichen Spinnereien hervorbringt. Unsere eigenen können wir nur noch nicht erkennen, weil wir Betrachter ohne zeitlichen Abstand sind. Der Antisemitismus war eine allgemeine Erscheinung und nicht auf Deutschland beschränkt und hat wie ich schon – Nahum Goldmann zitierend – berichtet habe, nicht verhindert, dass die Weimarer Republik eine hohe Zeit des Judentums ermöglicht hat.

Einen anderen als den üblich geschilderten Ablauf in der Weimarer Republik fand ich in dem Buch „**Inflation und Deflation**“ von Gehard Ziemer, 1971. Ich wusste schon aus der freiwirtschaftlichen Literatur, dass wesentlich die Inflation und Deflation zum Untergang der damaligen Republik beigetragen haben, aber diese Vorgänge von anderer Seite bestätigt zu bekommen, hat bestehende Zweifel bei mir beseitigt.

Ziemer geht in seinen ***Schlußfolgerungen*** auch auf die unterschiedliche Bewertung der Weimarer Wirtschaftskrisen ein und schreibt dann:

> Man kann fragen, ob es die Mühe lohnt, die voneinander abweichenden Ansichten der deutschen Historiker über die Wirtschaftskrisen der Weimarer Zeit beeinflussen zu wollen, da die Wirtschaftswissenschaftler, unsere Bundesbank und die für den Wirtschaftskurs ihrer Parteien verantwortlichen Politiker der Gegenwart ein sicheres Wissen über Konjunkturen und über das Instrumentarium der Krisenbekämpfung haben. Das ist richtig, wenn auch die Kenntnisse in Konjunktur- und Währungsfragen immer noch auf kleine Kreise beschränkt sind und Erörterungen über Gold, Stabilität, Wechselkurse, schleichende und angeblich bald galoppierende Inflationen auch in den Reihen der sonst Gebildeten oft seltsam unkundige Gedankengänge auslösen. Wie schwankend die breite Öffentlichkeit mit ihrer Presse in Deutschland reagiert, wurde deutlich, als de Gaulle die Wieder-Inthronisierung des Goldes verlangte. Erst die Stellungnahme der Bundesbank, die den französischen Vorschlag mit Recht ablehnte, klärte endgültig die Richtung unserer Pressekommentare. So mag auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht die Auseinandersetzung mit den Weimarer Krisen von Nutzen sein.
>
> Wichtiger ist aber etwas anderes. Wir haben in Deutschland den Wunsch, nach allem, was geschehen ist, der Umwelt und unseren eigenen nachfolgenden Generationen erklären zu können, warum in den dreißiger Jahren von einem arbeitsamen, vernünftigen und friedliebenden Volk 100 kommunistische und über 200 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete gewählt werden konnten. Wir müssen erklären können, warum auch die deutsche Mitte in der Billigung des Ermächtigungsgesetzes schließlich ihre Zustimmung zur Kanzlerschaft Hitlers gab. Das ist ohne das Elend der Massenarbeitslosigkeit, mit der die demokratischen Parteien nicht fertig geworden waren, nicht zu begründen. Die Dauer und das Ausmaß der Wirtschaftskrise aber waren keine höhere Gewalt, sondern

> beruhten auf dem Versagen politisch wohlmeinender, aber volkswirtschaftlich unkundiger Männer. Dieses Versagen war in den Motiven wieder zurückzuführen auf das Versagen anderer unkundiger Männer, die als verantwortliche deutsche Politiker die fünfjährige uferlose Inflation betrieben hatten. Inflationsangst und Deflationskrise hatten sich auf unheilvolle Weise miteinander verstrickt. Die deutsche Demokratie ist nicht an Ideologien, sondern an ihren Währungskrisen zugrunde gegangen. Das ist keine tröstende Erkenntnis. Sie ändert und rechtfertigt nichts an den Untaten, die Hitler und der Nationalsozialismus begangen haben, machen es aber verständlich, warum die Mehrheit des deutschen Volkes sich dem Nationalsozialismus untergeordnet hat. Er hatte zunächst für die Massen nicht Blut und Tränen, sondern nach langer Krise Arbeit und Brot gebracht.

Zu diesem Ausschnitt möchte ich nur Folgendes anmerken: Seine optimistische Einschätzung unserer Wissenschaftler, der Bundesbank und der verantwortlichen Politiker war nur auf den Start der Deutschen Mark bezogen gerechtfertigt. Er lobt zwar in einer Fußnote die Verdienste von Gesell. Hätte er sich aber mehr in die freiwirtschaftliche Literatur vertieft und die Entwicklung der Realwirtschaft im Zeitpunkt der Niederschrift seines Skriptes für sein Buch beobachtet, hätte er leicht feststellen können, dass das Lob der währungspolitischen Theoretiker einschränkend ausfallen müssen.

Ich stelle hier jetzt den Autor und dann einen der wenigen Verbündete der Freiwirtschaftler gegen die ökonomische Idiotie der Intelligenz und Führer in allen politischen Lagern vor. Weitere Auszüge aus Ziemers Buch befinden sich hier:

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/26.2%20Bruening%20Auszuege%20Ziemer%20pur.pdf

> Zur Person
> Auskunft des Seewald Verlages Stuttgart aus dem Jahr 1971 über den Autor: Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Finanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessorexamen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschaftssyndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.

Und jetzt wieder Ziemer selbst. Die Auszüge übernehme ich hier aus der oben mit einem Link angezeigten Auszugssammlung. Ich habe die einzelnen Abschnitte durchnumeriert :

> Aus dem Kapitel: **Schlußfolgerungen**
>
> GZ 94)
> Der Verfasser möchte das Buch mit Ausführungen des im Oktober 1968 ver-

storbenen Professors L. Albert Hahn 137) schließen, entnommen aus dessen großem Aufsatz in der Zeitung »Die Zeit« vom 5. April 1963. Hahn, zugleich überragender Währungswissenschaftler und erfahrener Bankier, war in der Deflationskrise einer der führenden Reformer. Hahn, der seinem Aufsatz die Überschrift gegeben hatte: »Brüning war an allem schuld - Eine falsche Wirtschaftspolitik ebnete den Weg für die Massenverführer« schreibt darin:

GZ 95)
»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die tragischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles, was seitdem geschah - Nazirevolution, Krieg, moralische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Statt dessen hat man, die Jüngeren werden sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen können, die Fortsetzung des Deflationsprozesses nicht nur geduldet, sondern (aus falsch verstandenen Gold- und Wechselkursrücksichten) gewünscht und mit einer prozyklischen Fiskalpolitik gefördert. Eine solche Politik mußte ein hoffnungslos gewordenes Volk in die Arme der Extremen treiben, die ihm die rasche Befreiung von der Pest der Arbeitslosigkeit versprachen - und dieses Versprechen durch Akzeptierung etwas >moderner< Praktiken auch hielten.

GZ 96)
Um dies vorwegzunehmen: Keine der damals in Regierung oder Reichsbank verantwortlichen Personen hat das Unheil bewußt herbeigeführt. Auch die unseligen Berater aus >Theorie und Praxis<, die die offizielle Politik stützten, waren gutgläubig, wenn auch manche Industrielle aus Angst vor dem Vorwurf des Inflationismus in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die ihrer mir privat geäußerten Überzeugung widersprachen. Ursächlich für die Deflations- oder wenn man es schonender ausdrücken will, für das Fehlen jeder bewußten Anti-Deflationspolitik, war vielmehr: Einerseits herrschte in den weitesten Kreisen eine völlige Unkenntnis über den Charakter von Wirtschaftskrisen als Deflationskrisen, andererseits ein erstaunlicher Mangel an >judgment<, an abwägendem Urteil darüber, ob der Vermeidung der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Deflationsfolgen oder gewissen formal-juristischen Erwägungen der Vorrang einzuräumen war. Wie unbegreiflich erscheint zum Beispiel heute, daß man eine Abwertung der Mark mit dem Hinweis ablehnte, daß im Young-Plan die Aufrechterhaltung der Goldparität stipuliert worden war. War doch seit der Einführung der Devisenzwangswirtschaft im Juli 1931 von einem Goldstandard überhaupt nicht mehr die Rede und die Mark im Verfolg der Pfundabwertung vom September 1931 gegenüber der zweitwichtigsten Weltwährung - und siebzehn der Pfundabwertung folgenden Nebenwährungen - tatsächlich um etwa 40 Prozent aufgewertet. Wie konnte es geschehen, fragt man sich heute, daß die

Industrie, die gegen die letzte fünfprozentige Aufwertung der DM so heftig opponierte, gegen jene Aufwertung der Reichsmark nichts einwandte?

GZ 97)
Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens jetzt, nach dreißig Jahren, noch dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts der offiziellen Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war, nicht - das hat wohl die spätere Entwicklung bewiesen – weil unsere Argumente falsch waren, sondern weil die Gegner wegen ihrer offiziellen Stellung oder auch nur wegen ihres Alters und angeblich größeren praktischen Erfahrung ein höheres Prestige genossen als wir Jüngeren, die obendrein noch vielfach Theoretiker waren.« (S. 229 / 231)

GZ 98)
Fußnote 137)
Professor Dr. Dr. Dr. h. c. L. Albert Hahn wurde am 12. Oktober 1889 in Frankfurt/M. geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Philosophie, erwarb in beiden Fakultäten den Doktorgrad, wurde Assessor und Rechtsanwalt und trat 1919 in den Vorstand der Deutschen Effecten- und Wechselbank in Frankfurt/M. ein, einer Gründung seiner Vorfahren. Im Jahre 1928 wurde Hahn neben seiner weiteren Tätigkeit als praktischer Bankier auf Grund seiner zahlreichen Veröffentlichungen über Themen des Geldwerts und der Konjunkturlehre Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M. Im Jahre 1936 ging Professor Hahn in die Emigration. Durch Gastvorlesungen in New York, später auch in Paris und Zürich, und durch Bücher und Aufsätze, die bis kurz vor seinem Tode erschienen, wurde Professor Hahn als Währungs- und Konjunkturwissenschaftler weltweit anerkannt. Er starb am 4. Oktober 1968 in Zürich. (Ende Ziemer)

Ich habe hier noch einen Beitrag zur Person Albert Hahn gefunden.

Professor Hahn: Ein Fazit
Rückblick auf fünf Jahrzehnte Währungspolitik
20. Juli 1962, 7:00 Uhr

Am 12. Juli wurde dem bekannten Bankier und Währungspolitiker, Professor L. Albert Hahn, in Marburg der Ehrendoktor rer. pol. verliehen. An der gleichen Universität war er vor fünfzig Jahren zum Doktor jur. promoviert – so daß denn der Dekan der Fakultät von einer einzigartigen Diplom-Kombination sprechen konnte. Da Hahn seinerzeit nach dem Doktor jur. auch noch den Doktor phil. absolvierte, ist er nunmehr in drei Fakultäten beheimatet. http://www.zeit.de/1962/29/professor-hahn-ein-fazit

Ich kann noch auf zwei weitere Professoren hinweisen, die ich schon in meinen Arbeiten zitiert habe. Den ersten aus der „ZEITSCHRIFT für das gesamte KREDITWESEN, 15. März 1980:

IN MEMORIAM Silvio Gesell
Professor Dr. Oswald Hahn, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg schreibt uns:
Am 11. März sind fünfzig Jahre seit dem Todestag von Silvio Gesell vergangen: Er starb fast genau 201 Jahre später als John Law. Beide Namen haben einst ihre Zeitgenossen in Aufregung versetzt, wissenschaftliche Schulen auseinandergebracht und andere zusammengeführt sowie Generationen von Studenten beschäftigt. Beide Namen sagen dem heutigen Studenten überhaupt nichts - etwas, was man nicht einer Geschichtslosigkeit der Jugend anlasten darf, sondern allein ihren akademischen Lehrern: Diese können das ihrerseits wieder nicht ihren Altvorderen vorwerfen. Dieses Faktum ist vielmehr Ausfluß einer Geisteshaltung, die mit dem Sonnen in der eigenen Genialität und dem angemeldeten Anspruch auf Zugehörigkeit zu einer dynamischen Disziplin zu erklären ist. …

Fortsetzung im Offenen Brief vom 1. Mai 2001 an den Niedersächsischen Landtag
Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil / Dokumentation 4
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.4%20OB%20Lt.%20Doku%2004.pdf

Zur Person von Oswald Hahn: *22.09.1999 14:50*
Prof. Dr. Oswald Hahn verstorben
Ute Missel Kommunikation und Presse
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Am 11. September 1999 verstarb Professor Dr. rer. pol. Dr. rer. soc. oec. h.c. Oswald Hahn, emeritierter Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, im Alter von 71 Jahren. … weiter unter: https://idw-online.de/de/news14019

Der nächste Hahn heißt Karl, das Buch durch das ich auf ihn aufmerksam wurde, heißt: „**Föderalismus Die demokratische Alternative**“ auf der ersten Seite ist der Titel ergänzt mit: „Eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanischem Freiheitsbegriff“. Es wurde 1975 veröffentlicht und hat 357 Seiten. Ich gebe den Text von der rückseitigen Umschlagseite (ohne Bild vom Autoren) wieder.

KARL HAHN, geb. 1937 in Zipplingen (Württemberg), studierte in Tübingen, Berlin und München Politik- und Erziehungswissenschaft, Philosophie und Geschichte und lehrt als ord. Professor der Politikwissenschaft in Aachen.

„Das XX. Jahrhundert wird **die Ära der Föderationen** eröffnen, oder die Menschheit wird wieder durch ein tausendjähriges Fegefeuer gehen.” (Proudhon) Denn: „Allein **der Föderalismus** gibt eine totale - nicht totalitäre - Antwort auf die historische Herausforderung, die die globale Krise unserer Kultur stellt." (Alexandre Marc in „La Révolution fédéraliste“.)

Die europäische Demokratie ist in der Tat vor die Alternative gestellt:

> entweder im Totalitarismus unterzugehen oder sich durch den Föderalismus zu erneuern. Die Unvereinbarkeit von Kapitalismus und zentralistischem Staat einerseits und Demokratie andererseits zeigt sich zunehmend, und der Sozialismus erweist sich, wie bereits Proudhon erkannte, eher als totalitäre Bedrohung denn als Rettung für die Demokratie. **Der Föderalismus** als **der Dritte Weg** stellt deshalb die für die Demokratie notwendige und einzig mögliche Alternative dar.

Anmerkung: Ich finde das Buch gut, aber hier in diesem Klappentext findet sich die unselige Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus wieder ein. Marktwirtschaft als ein dezentrales Wirtschaftssystem und die Zentralverwaltungswirtschaft schließen sich gegenseitig aus, nicht aber der Kapitalismus als ein System der Aneignung von Arbeitserträgen und ein zentraler Staat. Das war schon im Sowjetsystem zu beobachten und ist heute in China zu beobachten. Wir in Deutschland und in der Europäischen Union sind auch auf dem Weg dahin. Karl Hahn hat schon 1975 die Gefahr gesehen.

Ich habe Hahn in mehreren Texten zitiert, unter anderem in:

> „Haßtiraden und Herabsetzungen Andersdenkender sind keine Aufklärung / Der Untergang des realexistierenden Sozialismus ist kein Sieg des Privat-Kapitalismus. Die Transformation der Niederlage des Marxismus in einen Sieg mittels einer Jagd auf „Ökofaschisten“ wird nicht gelingen. Anmerkungen zur Ökonomie und Politik aus Anlaß eines Vortrages von Jutta Ditfurth am 27. Januar 1997 in Hannover von T. A. / Text: 15.0
> http://www.tristan-abromeit.de/pdf/15.0%20Hasstiraden%20...%20keine%20Aufklaerung.pdf

Jetzt Karl Hahn:

> Die dem autoritären Sozialismus und Kommunismus inhärente Diktatur ist nach Ansicht Proudhons nicht nur, wie Marx, Engels und Lenin behaupten, für die Übergangsphase notwendig, sondern ist, da der Kommunismus nur als Staatskommunismus möglich ist, unaufhebbar.
>
> Der entscheidende Differenzpunkt zwischen dem Kommunismus und Proudhons Konzeption des mutualistischen, freiheitlich-föderativen Sozialismus ist der, daß der Kommunismus „das Glück des Volkes trotz dem Volke herbeiführen, und der Regierung die größtmögliche Gewalt der Initiative geben will“. „Dasjenige von allen ihren unverständigen und retrograden Vorurteilen, mit dem die Kommunisten am meisten schöntun, ist die Diktatur. Diktatur in der Industrie, Diktatur im Handel, Diktatur über den Gedanken, Diktatur im sozialen und Privatleben. Diktatur überall: ... Er (sc. der Kommunismus) muß einen Mann haben. Nachdem er alle Einzelwillen unterdrückt hat, konzentriert er sie in einer obersten Individualität, die den Kollektivgedanken ausdrückt und wie der unsichtbare Beweger des Aristoteles alle untergeordneten Tätigkeiten treibt. So wird man durch die einfache Entwicklung der Idee unvermeidlich auf den Schluß hingeführt, daß das Ideal des Kommunismus der Absolutismus ist. Und vergeblich würde man als Entschuldigung vorbringen, dieser Absolutismus sei vorübergehend; weil wenn eine Sache einen einzigen Augenblick notwendig ist, sie es für immer wird, der Überg-

ang also ewig dauert.“ (S. 188)

(Pierre Joseph Proudhon lebte von 1809 – 1865.) Wir müssen uns also gar nicht wundern, wenn marxistische „Antifaschisten“ mit konkurrierenden Ideen nicht leben können, auch überhaupt nichts vom Wettbewerb und damit von der Freiheit der Anderen halten. [91]

Ich komme zu dem zweiten Namen, auf den sich die Freiwirte in ihrem Kampf gegen die Deflation in der Vor-Hitler-Zeit berufen konnten. Es ist Gustav Cassel, ein schwedischer Ökonom mit internationaler Reputation. In Wikipedia ist u.a. zu lesen:

> **Karl Gustav Cassel** (* 20. Oktober 1866 in Stockholm; † 15. Januar 1945 in Jönköping) war ein schwedischer Professor der Volkswirtschaft. Er studierte zuerst Mathematik in Uppsala und dann Ökonomie in Deutschland. Er lehrte Ökonomie in Stockholm von 1903 bis 1936. Er war Begründer der Stockholmer Schule zusammen mit Knut Wicksell und David Davidson. Cassel gilt als Wegbereiter der Kaufkraftparitätentheorie. Zu seinen Schülern gehören Eli Heckscher, Gunnar Myrdal und Bertil Ohlin.
>
> … Ebenso wie John Maynard Keynes warnte Gustav Cassel bereits in den 1920er Jahren vor einer Rückkehr zum Goldstandard und einer schweren deflationären Depression durch eine Senkung des Preisniveaus entsprechend der Goldparitäten der Vorkriegszeit. Er war in den frühen 1920er Jahren einer der bekanntesten Ökonomen, weshalb seine Warnungen vor dem Goldstandard nicht ohne weiteres ignoriert werden konnten. …
>
> … In seinen Publikationen wie etwa *Postwar Monetary Stabilization* (1928), *The Crisis in the World's Monetary System* (1932) und *The Downfall of the Gold Standard* (1936) sowie mehreren Vorträgen in dieser Zeit behandelte Gustav Cassel die von der Währungspolitik verursachten Probleme der Wirtschaft und plädierte zuletzt für ein vom Gold gänzlich unabhängiges Währungssystem. https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Cassel

Im Vorwort zur ersten Auflage seines Werkes „**Theoretische Sozialökonomie**“ schreibt Cassel:

> Die Abschaffung der Wertlehre und der direkte Aufbau der theoretischen Ökonomie auf einer Preisbildungslehre setzt mit Notwendigkeit eine Notwendigkeit eine neue Darstellung der Theorie des Geldes voraus. (Seite IV in der fünften Auflage von 1932)

Hier trifft sich Cassel inhaltlich mit Gesell, der den Wert eines Gutes für ein Gespenst hält und den Preis für etwas Reales.

> **Johann Silvio Gesell** (* 17. März 1862 in Sankt Vith, Rheinprovinz; † 11.

91 Ich denke, dass in diesem und anderen Texten von mir, Karl Hahn noch mehr zitiert wird. Bei Bedarf einfach mit der Suchfunktion und dem Suchwort Karl Hahn unter *Texte / Arbeiten* unter www.tristan-abromeit.de suchen.

März 1930 in der Obstbau-Genossenschaft Eden bei Oranienburg) war ein deutscher Kaufmann, Finanztheoretiker, Sozialreformer und Begründer der Freiwirtschaftslehre. https://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Gesell

Der Hinweis auf die Wertlehre und ihre Überwindung für die Erklärung der Wirkungen des Geldes ist nicht unerheblich, weil der Marxismus von der Wertlehre ausgeht und dadurch die linken politischen Kräfte in der Weimarer Republik die Kritiker der an Gold gebundenen Währung nicht verstehen und folgen konnten. Überhaupt, dass das Geld eine so zentrale Rolle hatte, war ihnen nicht einsichtig. Es ist erstaunlich, wie die Widersprüche in der Volkswirtschaftslehre über die Jahrhunderte bis heute nicht zur einer eindeutigen Klärung führten. Ich zitiere aus der „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ von Siegfried Wendt, 1961:

> Die Geldlehre ist auf der Grundlage des Gedankens, daß Geld eine „Anweisung" sei, von verschiedenen Schriftstellern entfaltet worden. In England hat JOHN LOCKE Wesentliches dazu beigetragen, die Funktionen des Geldes zu erkennen. Er hat auch nach den Bestimmungsgründen der Wertschwankungen des Geldes gefragt und ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die Geldmenge den Wert des Geldes entscheidend bestimme. Dieser - der einfachen Quantitätstheorie entsprechende - Gedanke ist vor ihm schon durch JOHANNES Bodinus (1530-1596) entwickelt worden. (S. 20)

Aber bis heute hat sich das noch nicht bei allen Ökonomen herumgesprochen, auch nicht bei den Verantwortlichen der Europäischen Zentralbank. Ebenso der Hinweis von Pierre Le Pesant de Boisguilbert (1646 – 1714), dass das Geld kriminell sei, solange es nicht wie ein Perpetuum mobile [92] funktioniere, wurde außerhalb der Freiwirtschaftsschule nicht erkannt.

https://de.wikipedia.org/wiki/Pierre_Le_Pesant_de_Boisguilbert
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/69.0%20Rueckgriff%20auf%20Oekonomen.pdf

Und Nicolaus Oresme (1325 – 1382) habe ich auch schon ausführlich zitiert. Er schreibt in seinem „Traktat über Geldabwertungen“:

> Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art, welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güte vor. Denn solche Änderungen erschüttern Autorität und Ehrfurcht vor den Gesetzen in hohem Maße, falls sie häufig vorkommen. Ärgernis und Murren im Volk und Gefahr der Auflehnung sind Folgen. Um wieviel mehr erst, wenn diese Wandlung zum Schlechten hin geschieht! Dann wäre sie völlig untragbar und ungerecht. Nun ist es aber so, daß der Wert der Zahlungsmittel in einem Königreich eine Art Gesetz und feste Bestimmung sein muß. Daß gewisse Ge-

92 Das ist nicht in seinem physikalischen Sinn gemeint. In der Freiwirtschaft wird dem Geld ein Impulsgeber für die Weitergabe eingebaut.

> hälter und Jahreseinkünfte dem Geldpreis entsprechend festgelegt wurden, nämlich auf eine bestimmte Summe von Pfund oder Silbermünzen hin, beweist es. Daraus ergibt sich, daß man nie eine Mutation der Zahlungsmittel vornehmen darf, außer in höchster Not oder mit offenkundigem Vorteil für alle Geldbesitzer. So lehrt auch Aristoteles im fünften Buch seiner Ethik, wo von Münzen die Rede ist: sie müssen in Wahrheit unverändert bleiben. (S. 47 in der Fassung von 1937, Hrsg. Edgar Schorer)

Dann habe ich noch eine jüngere Arbeit unter den alten aus dem Jahr 1934 vorliegen. Die spielt im Hinblick auf die Verteilung des Volkseinkommens eine Rolle. Der Titel lautet „Die Todsünde der Nationalökonomie“ Der Autor Dr. Otto Conrad war seinerzeit Privatdozent für politische Ökonomie an der Technischen Hochschule in Wien. Als Sünde versteht Conrad die Lehre von den drei Produktionsfaktoren. Nur der Mensch sei ein Faktor, der Werte schafft. Der Boden und das Kapital sind dabei nur Hilfsmittel.

Es ist auffällig, dass die Volkswirtschaftslehre mit einer eindeutigen Klärung der Hauptfragen der Ökonomie nicht vorankommt. Ich habe nicht vergessen, dass ich noch bei Gustav Cassel bin. Ich versuche ja zu erklären, warum die Gesellschaft unter der Leistungsschwäche der Ökonomen leidet, wobei es ja nicht meine Absicht ist, die Ökonomen zu verteufeln. Es ist auch nicht so, dass man nicht sagen kann: „Die Ökonomen sind faul!“ An ihren Veröffentlichungen gemessen, sind sie sogar fleißig. Zwischendurch habe ich notiert:

> Es muss ein institutionell bedingtes Gefängnis für Wissenschaftler geben, das ähnlich wirkt wie die ehemalige marxistische Ideologie vor dem Fall des Eisernen Vorhanges zwischen dem Westen und dem Ostblock , sonst ist die Leistungsschwäche der Wirtschaftswissenschaftler mit guten Konditionen nicht erklärbar.

Ich füge einen Abschnitt über Gustav Cassel aus der „Geschichte …“ von Wendt ein, der einen Verknüpfungspunkt zwischen Cassel und Gesell bildet:

> Der CASSEL'sche Ansatz des preistheoretischen Denkens bestimmt auch die Stellung der Theorie des Geldes in der allgemeinen Wirtschaftstheorie. Bei der Beschreibung des Preiszusammenhanges hat GUSTAV CASSEL eine Geldeinheit vorausgesetzt, in der alle Preise ausgedrückt werden können. In dem System simultaner Gleichungen, das die Bestimmung der Preise beschreibt, sind alle Rechengrößen miteinander verbunden. Konkret zu bestimmen sind die Preise aber erst, wenn die Recheneinheit, die als der multiplikative Faktor des Gleichungssystems angesehen werden kann, ökonomisch festgelegt wird. Zu erklären, wie da geschieht, ist die Aufgabe der Geldtheorie. Die geschichtliche Entwicklung des Geldes ist nach CASSEL dadurch bestimmt worden, daß zwei verschiedene Bedürfnisse des wirtschaftlichen Leistungszusammenhanges befriedigt werden mußten: Das Bedürfnis nach einer „Recheneinheit“ und das Bedürfnis nach einem „Tauschmittel“. Die Geldlehre hat nun zu untersuchen, wie die Zahlungsmittelversorgung in den verschiedenen möglichen Geldsystemen geregelt wird und wie die Kaufkraft der Recheneinheit durch die jeweils verwirklichte Knapphaltung der Versorgung mit Zahlungsmitteln bestimmt wird. Es ist deutlich zu sehen, daß von dieser Fragestellung aus das Problem des Geldwertes, der Kaufkraft der Recheneinheit nur quantitätstheoretisch gelöst werden kann, und zwar quantitätstheoretisch im strengen Sinne des Wortes. Ähnlich wie IRVING FISHER drückt GUSTAV CASSEL

> die funktionalen Beziehungen zwischen Geldmenge, Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, allgemeinem Preisstand und Größe der Warenumssätze in der einfachen Form der Verkehrsgleichung aus, die GUSTAV CASSEL zunächst in der üblichen Form T . P = M . V schrieb, wobei T die Gesamtmenge der auf den Markt gelangenden Waren, P den allgemeinen Preisstand M die Geldmenge und V die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes darstellt.

Soweit die Freiwirtschaftler dieses schon zu Weimarer Zeiten wahrgenommen haben, war das ein guter Grund dafür, dass sie sich in ihrem Kampf gegen die Inflation und Deflation auf Cassel berufen haben. Ich kann nicht sagen, ob es einen direkten Kontakt seitens freiwirtschaftlicher Akteure zu Cassel gegeben hat.[93] Im Registerband der Gesammelten Werke von Gesell sind im Namensregister Stellen, wo der Name Gustav Kassel vorkommt, zwanzigmal benannt. Im 17. Band der Gesammelten Werke von Gesell heißt es auf der Seite 38:

> *Cassel* vertritt in mehreren Punkten die gleichen Ansichten, die ich in meinem Artikel (Nr. 23 der „Freiwirtschaft“ 1926) entwickelte, und ich bedauerte, daß mir *Cassel*s Artikel unbekannt war, als ich den meinen niederschrieb, weil ich sonst gleich seinen Wert und seine Schwächen hätte aufdecken und Stellung zu seinen Forderungen hätte nehmen können. Jedoch die Arbeitslosigkeit ist wie die Arbeit kein Hase: Sie läuft nicht fort. Wir werden noch oft genug uns mit dieser Frage beschäftigen müssen. Leider!

Gesell ist ja 1930 verstorben. Ob man bei Kassel Bezüge auf Gesell findet, weiß ich nicht. Ich komme zu Cassels Buch von 1937 (englisch 1936). Der deutsche Titel lautet: „**Der Zusammenbruch der Goldwährung**“, der englische: „The downfall of the gold standard“. Ich gebe das Vorwort der englischen Ausgabe wieder:

> ***Vorwort zur englischen Ausgabe.***
> Es ist eine schwierige, aber sehr interessante Aufgabe, zu der sich sachgemäße Beobachtung immer hingezogen fühlt, sich eine allgemeine Vorstellung von den tatsächlichen Folgerungen der Ereignisse der Gegenwart zu bilden. Diese Aufgabe ist niemals anziehender und von größerer praktischer Bedeutung als dann, wenn wir uns mit der beispiellosen Währungsrevolution, die seit dem Weltkrieg stattfand, befassen. Der Durchschnittsmensch ist natürlich geneigt, diese Ereignisse vom Standpunkt der orthodoxen Doktrin, die ihm beigebracht wurde, zu beurteilen; er sieht daher nur gelegentliche Störungen und Abweichungen von dem, was er als einen normalen und natürlichen Lauf der Entwicklung ansieht. In einer größeren Perspektive gesehen, mag es jedoch möglich sein, zu erkennen, daß das Währungssystem der Welt einer tiefgreifenden und endgültigen Wandlung unterliegt - die unvermeidlich von mehr oder weniger heftigen Störungen begleitet ist. Tatsächlich sind viele Anzeichen vorhanden, welche die Ansicht bestärken, daß wir gerade eine solche Umformung erleben, die nichts weniger bedeutet als die endgültige Entthronung des Goldes von seiner Stellung als der Grundlage des Währungssystems der Welt.
>
> Um die Entwicklung richtig zu verstehen, muß man diejenigen Dokumente hervorholen, die uns am meisten über die tatsächlichen Ereignisse und die bedeutsame Änderung der Ansichten, die allmählich einsetzte, zu sagen haben. Der Mangel an Mitteilungen aus erster Quelle in dieser Hinsicht gab Anlaß zu viel Verwirrung und zu Fehlurteilen. Auf den folgenden Seiten wurden daher Originaldokumente angeführt, soweit es für nötig gehalten wurde, um den Leser mit dem Material zu versehen, das ihm die Bildung eines selbständigen Urteils ermöglicht.

93 Bei Johannes Schumann, der später von mir vorgestellt wird, findet sich ein Hinweis auf einen Brief von Cassel.

Ich hatte Gelegenheit, viel von dieser Entwicklung von innen her zu beobachten, und ich hatte auch meine Ansichten bei verschiedenen Gelegenheiten auf Konferenzen und in Ausschüssen, in Vorträgen, Büchern und in der Presse darzulegen. Die folgende Darstellung ist weithin auf dieser persönlichen Fühlungnahme mit dem Gegenstand begründet.

Die Ansichten, die ich hier über die Zukunft des Goldes vertrete, bildeten sich nicht rasch oder willkürlich. Ich verbrachte viele Jahre in harter Arbeit für die Wiederherstellung einer internationalen Goldwährung. Aber als der Erfolg nahe schien, setzten die Kräfte der Zerstörung wieder ein und schwemmten alles weg, was erreicht war. Eine sorgfältige Prüfung der späteren Ereignisse brachte mich zu der Überzeugung, daß ein neuer Versuch einer Wiederherstellung hoffnungslos ist. Aber noch mehr: Auf Grund unserer jetzigen Erfahrungen erscheinen die Unzulänglichkeiten und die Mängel des Goldstandards als so grundlegend. (laß selbst schon der Gedanke an eine Rückkehr zu einem solchen Geldsystem als äußerst gefährlich zurückgewiesen werden muß. Wir werden von nun an alle unsere Anstrengungen darauf zu richten haben, ein neues, vom Gold gänzlich unabhängiges Währungssystem aufzubauen.

Der Leser wird es daher auch natürlich finden, wenn ich mich gedrängt fühle, über meine Arbeit auf diesem Gebiet, während der letzten zwanzig Jahre Rechenschaft abzulegen und darzutun, daß meine Bemühungen in einem inneren Zusammenhang stehen, auch wenn sie sich mit dem ständig wechselnden Charakter des Währungsproblems naturgemäß änderten. Das Buch ist soweit notwendigerweise auch ein Stück Selbstbiographie.

Das Werk wurde nicht nur für Volkswirte und Bankleute geschrieben, sondern auch für alle diejenigen, die sich für eine Darstellung der verwirrendsten Ereignisse in der Geschichte des Geldes interessieren, wie auch dafür, einige Blicke auf die hervorragendsten Akteure in dem großen Drama, (las hier als „Der Zusammenbruch der Goldwährung“ beschrieben wird, zu werfen. Djursholm, Februar 1936. G. C.

Mir ist aufgefallen, dass Cassel den Begriff Kredit dort setzt, wo er eigentlich Geld schreiben müsste. Das lässt darauf schließen, dass er Geld und Kredit als Synonyme verwendet. Daraus kann ich folgern, dass die Verwirrung, die die Gleichsetzung der Begriffe anrichtet, eine lange Tradition hat. Ein paar weitere Stellen, an denen meine Augen hängen geblieben sind:

Was man auch immer zugunsten des Haltens von Goldreserven für Zwecke, wie sie gerade genannt wurden, sagen mag, es kann kaum behauptet werden, daß solche Goldbestände irgendeine notwendige Verbindung mit einem internationalen Geldsystem haben, das mit dem Ziele, den normalen Erfordernissen für Zahlungsmittel zu dienen, errichtet worden ist. (S.177)

§ 31. Der **Weg zur** Stabilität.

Keynes veröffentlichte in „Lloyds Bank Monthly" (Oktober 1935) einen Artikel: „The Future of the Foreign Exchanges", in welchem er sein Programm eines vorläufigen Goldstandards etwas mehr in den Einzelheiten entwickelte. „Die erste Bedingung," so schrieb er, „die erfüllt werden muß, ehe es der Mühe wert ist, eine Politik auf lauge Sicht zu diskutieren, ist die, daß die de facto-Wechselkurse, von denen wir ausgehen, in einem vernünftigen Gleichgewicht sein sollen.“ Dazu ist es notwendig, zu bemerken, daß die Aufrichtung eines inneren Gleichgewichts der Preise, welches einen Teil des britischen Währungsprogramms auf der Londoner Konferenz bildete und auf das Sir Henry Strakosch mit Recht so viel Gewicht legt, jeglicher Stabilisierung der Wechselkurse, zum mindesten im Prinzip, vorausgehen muß. Wenn das allgemeine Preisniveau in einem besonderen Lande zu niedrig ist, dann muß es so

weit erhöht werden, als erforderlich ist, um das Gleichgewicht zwischen den Warenpreisen und den Produktionskosten wiederherzustellen. Eine ähnliche Anpassung des inneren Preisniveaus - nach oben oder unten - muß in allen beteiligten Ländern durchgeführt werden. Gleichgewichts-Wechselkurse sind hauptsächlich von dem allgemeinen Preisniveau in den verschiedenen Ländern abhängig und können nicht bestimmt werden, ehe nicht diese Preislagen selbst ein vernünftiges Gleichgewicht erlangt haben.

Keynes verwirft die auf Großhandelsindizes aufgebaute Theorie der Kaufkraftparitäten und gibt eine lange Liste von anderen Faktoren, die berücksichtigt werden müssen, wenn man Gleichgewichts-Wechselkurse errechnet. Von Anfang an habe ich anerkannt, daß solche anderen Faktoren vorhanden sind und eine Bezugnahme auf sie macht meine Darlegung der Theorie der Kaufkraftparitäten nicht ungültig“). Die Untersuchung des Problems der internationalen Wechselkurse kann auch nicht viel gefördert werden durch eine bloße unterschiedslose Aufzählung von zusammenhangslosen Faktoren, einschließlich solch unwägbarer Dinge wie „jene Zölle usw., die ein ständiges Merkmal von nationaler Politik sind“, oder „die wahrscheinliche Bereitschaft und Fähigkeit . . . langfristig im Ausland zu leihen oder zu verleihen im Durchschnitt der nächsten Jahre“. Solche Faktoren sind nicht nur ungeeignet für jegliche quantitative Darstellung, sondern es bleibt auch noch unklar, wie sie im Endergebnis zusammenwirken. In jedem Fall muß eine Berechnung der Kaufkraftparitäten ein vorläufiger und sehr wichtiger Schritt bei jedem Bemühen sein, Gleichgewichtskurse zu ermitteln. (Seite 199 f.)

Die Aussage zu Wechselkursen deckt sich mit der der Freiwirtschaftsschule. Stabile Wechselkurse, die jeweils die Kaufkraftparitäten anzeigen, können nur zwischen Währungen entstehen, die für sich eine Preisniveaustabilität erreicht haben. Cassels Einschätzung von Hjalmar Schachts Verdienst erscheinen mir fraglich, wenn man dazu andere Quellen liest.

Das Halten von Goldreserven zum Zwecke des Ausgleichs der internationalen Zahlungsbilanz würde mutmaßlich in der Hauptsache eine Sorge für Schuldnerländer sein. Schuldnerländer leihen oft Gold direkt für diesen Zweck; auf jeden Fall schwillt aber ihre Auslandsverschuldung durch ihre Golderwerbungen an. Das Ausleihen von Goldfonds, um mögliche Fehlbeträge in künftigen Zahlungsbilanzen zu decken, kann kaum als eine Politik angesehen werden, die Vertrauen einzuflößen geeignet ist. Was man auch immer von Dr. Schachts Währungspolitik und seiner Art, die deutsche Währung unter der nationalsozialistischen Regierung zu manipulieren, denken mag, man muß ihm auf jeden Fall das große Verdienst zuerkennen, daß er ein für allemal den Humbug, eine Währung mittels geliehener Goldreserven zu „stärken“, entlarvt hat.

Eine Korrektur der Aussage von Cassel zu Schacht und weitere Auszüge aus „Der Zusammenbruch …“ von Cassel sind hier zu finden:

Die Bündnisgrünen und die Ökonomie
- Über die Fehlleistungen der Wirtschaftswissenschaft und -politik -
Offener Brief an Jürgen Trittin MdB von TA 24. August 2011 Text 96.3
Dokumentation (Quellen) zum Thema Inflation und Deflation in der Weimarer Republik zum Text 96.1 „Ergänzungen“ >Der Zusammenbruch der Goldwährung< von Gustav Cassel,

1937
Auszug: > Dr. Greely Hjalmar Schacht < aus > Geheime Mächte < von Will Noebe, 1965
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/96.3%20Doku.Noebe.Schacht.pdf

Ich zitiere jetzt aus „**Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker**“[94] von ***Fritz Schwarz***, Band II, 2. Auflage, Bern 1945 und beginne mit einem Abschnitt über Hjalmar Schacht:

- 207 -
Dr. Schacht und die Wiedereinführung der Goldwährung in Deutschland
Dr. H j a l m a r Schacht fand (Hjalmar Schacht: Die Stabilisierung der Mark, Berlin 1927, Seite 94), «die Vorstellung, daß neben dem internationalen Goldgeld ein inländisches Zahlungsmittel wie die Rentenmark sich in fester Wertbeständigkeit erhalten könnte, so absurd, daß ich nur einen einzigen Gedanken hatte: in welchem Tempo die Rückkehr zum Golde möglich sein würde.»
So war denn sein Erstes, nach seiner Ernennung sogleich zum Goldlieferanten Deutschlands, zu England, zu gehen, um dort mit Montagu Norman die Möglichkeit zu besprechen, Deutschland wieder von den Goldzufuhren Englands abhängig zu machen. Selbstverständlich waren die Engländer bereit, die Deutschen wieder an das währungspolitische Leitseil zu nehmen, obschon das, was Schacht als eine absurde Vorstellung weit von sich gewiesen hatte, unterdessen Wirklichkeit geworden war! Vom 15. November 1923 ab liefen die Noten der Rentenbank um, ohne Golddeckung! Indessen ging Dr. Schacht von einem zum andern und machte immer neu darauf aufmerksam, daß mit der Errichtung der G o l d b a n k nicht gezögert werden dürfe. Die vorläufige Stabilisierung der Rentenmark dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß man sich «in einem Stadium verhängnisvoller Agonie» befände. Die kleinen Leute konnten zwar wieder kaufen, aber die Unternehmer hätten kein Geld, um Rohstoffe einzukaufen und zu produzieren, weil die Notwendigkeit, die Währungsstabilität aufrecht zu erhalten, einer Ausdehnung der Geldscheinzirkulation durch Kreditgewährung im Wege stände; rasches Handeln sei deshalb geboten. Das sagte er am 22. Januar 1924. Die Kreditgewährung der Reichsbank in Rentenmark wuchs aber mit der neu einsetzenden Produktion weiter an. Sie betrug am 31. Januar 1924 bereits 1196,2 Millionen.

- 208 -
Es gelang daher Schacht nicht, die Kommission von der Notwendigkeit der Golddeckung zu überzeugen. Da entschloß er sich, in der 0 e f f e n t l i c h k e i t gegen die Rentenmark aufzutreten. Das geschah am 7. Februar 1924 in Königsberg, wo er so viel als möglich Mißtrauen gegen die Rentenmark zu säen suchte. Unterdessen ging aber der Handel mit Hilfe der Rentenmark munter fort. Es zeigte sich vom 15. November bis am 7. April 1924, wo Schacht endlich seinen Traum von der Golddiskontbank verwirklicht hatte, daß ein nicht mit Gold gedecktes Geld seine Aufgabe in jeder Hinsicht erfüllt hatte. Dann begann die Pfuscherei - mit der Goldmark.

«Am 7. April 1924 wurde die Stabilisierung (d. h. der Uebergang zur Goldwährung) durch die Kreditrestriktion endgültig gesichert.» «Der Großhandelsindex des statistischen Reichsamtes ging von 125,1 im April auf 122,5 im Mai, auf 115,9 im Juni und auf 115,0 im Juli zurück.» [64)]

So wurde also die Kaufkraft dieses Geldes erhöht, ohne daß es eine Unterlage von Gold gehabt hätte. Denn: «erst am 10. Oktober 1924 wurde durch den Zuwachs von 800 Millionen Goldmark aus der Dawesanleihe der Unterbau in einer für die Wirtschaft erwünschten Weise verbreitet.» [64)]

Es ergibt sich aus diesen Worten und aus der weiterfolgenden Entwicklung des Preisstandes in Deutschland die Tatsache, daß die Mark in der Zeit, in der sie nicht durch Gold ge-

94 Es soll Nachdrucke der Bücher von Fritz Schwarz auf dem Büchermarkt geben.

deckt war, fast ständig an Kaufkraft zunahm, während sie von da ab, wo sie mit Gold gedeckt war, lange Zeit an Kaufkraft verlor! Es kommt für die Kaufkraft des Geldes eben nicht auf den Geldstoff und noch weniger auf seine Gold-Deckung, sondern auf das Verhältnis zwischen Geldumlauf und Warenangebot an.
Originalfußnote 64) Schacht: a. a. 0. S. 144, 122 und 144.

oooooooooo

- 193 -
1923 - das Jahr der Geldvernichtung. Die Reichsbank berichtet darüber: [62)]
«Im Jahre 1923 büßte die deutsche Mark im Verlaufe der unheilvollen Inflation ihre Fähigkeit, Zahlungsmittel im Verkehr mit dem Auslande zu sein, nahezu vollständig ein; sie versagte aber auch im Inlandsverkehr mehr und mehr, nicht nur in ihrer Funktion als Wertaufbewahrungsmittel und Wertmesser, sondern schließlich an vielen Stellen sogar als Tauschmittel und Zahlungsmittel. Die Umlaufsgeschwindigkeit der Markzahlungsmittel hatte sich fieberhaft gesteigert, «Notgeld» war in unübersehbarer Buntscheckigkeit von öffentlich-rechtlichen und privaten Stellen zur Ausgabe gebracht worden. Die privaten Wirtschaftskreise hatten sich veranlaßt gesehen, Verträge aller Art in wachsendem Umfang nicht mehr auf Mark, sondern auf der Grundlage irgend welcher anderen Wertbestimmungen (marktgängiger Waren, Devisen, Edelmetalle, Indexziffern usw.) abzuschließen. Die Währungszerrüttung hatte wahrhaft verhängnisvolle Folgen. Sie lähmte Handel und Verkehr und führte die gesamte deutsche Wirtschaft dem völligen Ruin entgegen.»
Die Reichsbank verzichtet in ihrem Bericht auf die Darstellung der ziffernmäßigen Entwicklung. Sie betrachtet das als untunlich. Der Seltsamkeit halber seien einige Zahlen angeführt. Die Gesamtumsätze der Reichsbank im Jahre 1923 und ihrer angeschlossenen Reichsbankanstalten betrugen zusammen 61677,9 Trillionen Mark, Die Reichsbank bemerkt dazu: «Die Zahlen haben keinen Vergleichswert, da sie durch einfache Addition der Umsätze des ganzen Jahres in Papiermark entstanden sind, sich aber bei der fortschreitenden starken Markentwertung aus ganz verschiedenartigen Größen zusammensetzten,-,>
Original-Fußnote: 62) Verwaltungsbericht der Reichsbank für das Jahr 1923, Seite 3.13

oooooooooooooooo

Fritz Schwarz, ein Schweizer, hat mit einem anderen Blickwinkel als üblich die Geschichte betrachtet. Nicht jeweilige Herrscher oder Regierungssysteme standen im Fokus seiner Suche, sondern wie war die jeweilige Währungsverfassung und die Versorgung mit dem Geld als Voraussetzung der Arbeitsteilung und damit als Grad des Wohlstandes beschaffen. Er ist nicht der einzige Autor, der so vorgegangen ist. Karl Walker, ein Privat-Gelehrter, hat 1959 sein Buch „Das Geld in der Geschichte“ vorgelegt. Und 1953 erschien die Broschüre „Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesen“ von dem Arzt Hans Weitkamp. Im *Archiv für Geld- und Bodenreform* befinden sich vermutlich weitere Artikel. Irgendwann kam einer, dessen Name mir nicht einfällt, auf die Frage, warum die gotischen Dome in einem abgegrenzten Zeitraum in gehäufter Zahl gebaut wurden und zum Teil nicht vollendet wurden. Er kam zu der Antwort, dass im Mittelalter eine mehrhundertjährige Hochkonjunktur geherrscht hat, die dann einen Abbruch fand, der ohne die Betrachtung von der Geldseite her gesehen gar nicht erklärbar ist.
Ich habe die 800 Jahrfeier der Stadt Neustadt a. Rbge. zum Anlass genommen der Frage nachzugehen, ob hier Märchen erzählt werden oder wir es mit harten Fakten zu tun haben.

Mein Versuch, in der Evangelische Akademie Loccum das Thema für eine Tagung zu wählen, ist damals gescheitert. Für den Haupttext füge ich einen Link ein. Die Arbeit von Hans Weitkamp ist dort auch zu finden.

> **800 Jahre Neustadt am Rübenberge**
> **War die Gründung eine Wirkung der Brakteaten?**
> Und: Kann die Betrachtung der Brakteaten
> uns bei der Klärung unserer heutigen Währungs- und Finanzproblemen helfen?
> Und: „Die Brakteaten“, ein Text geschrieben im Dezember 1979 als Impulspapier für die Suche nach der Antwort auf die Fragen im Titel im Jahr 2015.
>
> Weitere Informationen Text 133.1 / 133.2 / 133.2.1 / 133.2.2 / 133.3
> http://www.tristan-abromeit.de/pdf/133.0.Brakteaten.800.Jahre.Neustadt.pdf

Ich füge hier noch eine Aussage von Fritz Schwarz zum Ersten Weltkrieg ein:

> - 37 -
> **Der Krieg von 1914 bis 1918 begann 1874.**
> Es ist kein Zufall, daß man für die Darstellung der Vorgeschichte des Weltkrieges immer in die siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Damals wurde tatsächlich der Grund zum Dreibund wie zur Tripelallianz gelegt. Alle Länder wurden mit Zollgürteln umschlossen. Selbst Bismark wurde seines Widerstandes gegen die deutsche Kolonialpolitik müde und bequemte sich dazu, für das deutsche Reich Kolonien zu erwerben. Jeder halbwegs anständige Staat strebte auch nach «Interessensphären». Damals wurde die Erde verteilt. Warum das alles? Weshalb diese Belastung der Bürger mit fremden Kolonien, die mehr Geld kosteten als sie einbringen konnten und mit «Interessensphären», wo man doch kaum mehr für seine eigenen Belange sorgen konnte?
>
> Wir haben im ersten Bande gesehen, wie sich in diesen Jahren infolge des Fehlens von Gold die Wirtschaft mehr und mehr verengerte. Die Völker fühlten das. Schließlich sollten sich alle Regierungen nach einem bessern «Platz an der Sonne» umsehen. Sie merkten nicht, daß nur der Mangel an G e 1 d die Völker zur Verzweiflung brachte. Die Herrschenden suchten überall nach Verbündeten; jedes Bündnis aber erweckte Mißtrauen bei andern und führte wieder zu Gegenbündnissen.
> Mit dem Jahre 1893 kam die Erlösung. Die Goldfunde stiegen wieder. Sie ermöglichten die Ausdehnung der Gütererzeugung, des Handels und des Verkehrs und die Entwicklung der Technik. Doch blieben die staatlichen Versuche zur Besserung der Lage bestehen. Die Bündnisse wurden nicht gelöst, die Kolonien nicht aufgehoben, die Zölle nicht abgebaut. Und was das Allerschlimmste war; die eintretende Besserung wurde sogar diesen sinnlosen Versuchen zugeschrieben. Man geriet auf diese Weise in eine ganz unheilvolle Täuschung hinein. Was der vermehrte Geldumlauf gebracht hatte, glaubte man selber geschafft zu haben. So kam man zu einer ganz schiefen Bewertung von Zöllen, Kolonien, Bündnissen und Rüstungen. Bei der ersten Schwierigkeit, die von der Wirtschaft her später auftauchen würde, war sicher anzunehmen, daß man ihr wieder mit den gleichen Mitteln entgegentreten würde, die ja vermeintlich - schon früher geholfen hätten! So konnte eine anhaltende, scharfe Krise schließlich den Krieg zur Auslösung bringen, den man 1893 vertagt

hatte.

oooooooooooooooo

Ich komme zu dem Zeitzeugen ***Hans Schumann*** für die Weimarer Republik und danach. Er hat 1986 die Schrift „**Gegen den Strom“** vorgelegt. Er wollte wohl Rechenschaft ablegen, wofür und wie er sich als politischer Mensch in seine Zeit eingebracht hat. Ich sehe da ein Motiv, das mich hier – wenigstens hintergründig – beim Abfassen dieses Textes auch antreibt. Seine erlebte Zeit hat ihn grantig werden lassen. Sein Kommunikationsstil war wenig werbend geworden und mit dem, was politisch unter „links“ gehandelt wurde, konnte er sich aufgrund seiner Erfahrungen wohl nicht anfreunden. So war es auch dazu gekommen, dass etliche Mitwirker aus dem Umfeld der Freiwirtschaftsschule auf Distanz zu ihm gegangen waren. Aber es ist nicht verwunderlich, dass ein Mensch seine Heiterkeit verliert, wenn er dauernd „verprügelt“ wird für ein Anliegen, das er als richtig und wichtig einstuft. Ich füge erst einmal die Personenbeschreibung vom Einband ein, dann Leitsprüche von Gesell, anhand dererSchumann deutlich macht, wofür er steht. Die weitere Auswahl wird sich dann beim Durchblättern mit Bezug auf Weimar ergeben.

> JOHANNES FRIEDRICH OTTO SCHUMANN wurde am 25. März 1902 in Meuselwitz, einer kleinen Stadt in Ost-Thüringen, als Sohn des Lehrer-Ehepaares Paul und Hedwig Schumann geboren. Nach Abitur und Besuch des Lehrerseminars in Altenburg lernte er schon frühzeitig die Lehre Silvio Gesells kennen und vertrat sie in der Jugendbewegung (Oster-Tagungen auf der Leuchtenburg an der Saale). Nach 1927 versuchte er vergeblich, als Funktionär der SPD diese für einen aktiven Kampf gegen die monetären (deflationären) Ursachen der anschwellenden Krise zu gewinnen und wurde deshalb 1932 von deren Vorstand ausgeschlossen. Nach 1933 scheiterten seine Versuche, nachzuweisen, daß das Ziel der „Brechung der Zinsknechtschaft" Maßnahmen gegen die Möglichkeit, Geld zurückzuhalten, erfordere, am Widerstand der Reichsbank. Als Soldat der Wehrmacht Gefangenschaft in Holstein, nach Rückkehr Berufsverbot, Ende 1948 Flucht aus der „Deutschen Diktatorischen Republik“, Lehrer in Hamburg-Meiendorf bis 1967, danach im „Unruhestand“.

oooooooo

Der Kampfgenosse
Erich Mäder
https://de.wikipedia.org/wiki/Erich_M%C3%A4der

Hier steht:

> Am 2. Mai 1933 wurde er bei einem Pogrom der Nationalsozialisten gegen Gewerkschafter und Abgeordnete der Arbeiterparteien verhaftet und so schwer misshandelt, dass er im Januar 1934 an den Folgen starb. Die Schwere der Tat wird als Rache der Nationalsozialisten

angesehen, weil Erich Mäder Adolf Hitler im Landtag peinlich verhört hatte.

Bei Schumann auf der Seite 53 ist zu lesen:

> Erich Mäder starb im Jahre 1934 nicht, wie die Kommunisten später behaupteten, als „Opfer der Nazis“, sondern an einer seltsamen Erkrankung, die ihn einige Jahre zuvor befallen hatte: Man fand den vorher kerngesunden ohnmächtig in seinem - schattigen - Garten. Den Rat „von oben“, er könne in der Politik alle Posten erreichen, wenn er „auf seine Geldpolitik verzichte", mißachtete er ebenso wie den auch ihm angedrohten „Strick des Gehängten“. Der Vorschlag des offenbar „präparierten“ Parteisekretärs W.Z., den Berliner Rechtsanwalt Klee an seiner Stelle als Reichstagskandidat aufzustellen, das werde „für die Wahlkosten günstig sein“, scheiterte. Nachdem Mäder den „Letzten Appell“ mit unterschrieben hatte, nahm man dies als Vorwand, ihn auszuschalten. Sein früher Tod ersparte ihm vieles - auch daß ihn bis heute die DDR als einen ihrer angeblichen Vorkämpfer feiert - für den Kommunismus!

Kritik aus eigenen Reihen
http://www.alternativen.homepage.t-online.de/erklaef2.htm
oooooo

Silvio Gesell 1918:

Trotz dem heiligen Versprechen der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz der Rufe der Millionen: „Nie wieder Krieg“ entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es, heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen, und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: „Arbeitsuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur die Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.“ Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedene, Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein. [95]
oooooo

Weder mit Gewalt, noch auf gesetzlichem Wege ist das marxistische Ziel zu erreichen. Die Natur des Menschen ist gegen dieses Zielgerichtet, bäumt sich dagegen auf. Der Kommunismus ist nur für die Armseligen anheimelnd. Für die, die sich nur einer Spur von Wohlstand einmal in ihrem Leben erfreut haben, ist er unerträglich. Der wohlhabende Mensch strebt nach Befreiung, nicht nach neuen Gebundenheiten. Und wenn der Kommunismus den Wohlstand aller bringen sollte, so hätte er damit auch schon alle gegen sich. Sein Zweck vernichtet also seine Mittel.
Wir kommen vom Kommunismus her, der Weg dahin ist also Reaktion. Das Ziel des Kommunismus ist also der letzte reaktionäre Schritt.

95 Siehe dazu die Seite 372 aus: Helmut Creutz, **Das Geldsyndrom,** Ausgabe von 1993 hier auf der Seite 309.

SILVIO GESELL 1922
oooooooo

Die Rentabilitätsforderung des Kapitals hieß 5%. Jenseits dieser 5% erstreckte sich das weite Gebiet der Krise, das Manöverfeld der Arbeitslosenbataillone, die Wüste, in der ungezählte Millionen von arbeitswilligen Menschen verhungerten und verdursteten. In diese Wüste, unter Tantalusqualen, nahmen die revolutionären Geister den Rachegeist auf, den Geist, der die Ausbeuter und Ausgebeuteten zusammen in den Abgrund reißt.

SILVIO GESELL 1922
oooooooo

Der Kriegsgeist ist nicht erst dann geboren, wenn man uns die Flinte in die Hand drückt und uns befiehlt, auf fremde, uns völlig unbekannte, vielleicht sogar sehr achtens-, ja lobenswerte, Menschen zu schießen. Der Kriegsgeist kam nicht plötzlich am 1. August 1914 in Gestalt einer Taube oder eines Raben über das deutsche, russische, englische, französische Volk. Der Kriegsgeist kommt auch nicht mit dem Wind von fern her. Nein, er wird am heimischen Herd, im eigenen Land erzeugt, genährt, gezüchtet. Er ist ein eheliches Kind unserer sozialen Zustände. Aus einer Mörderhöhle kann allein der Kriegsgeist stammen, und diese Mörderhöhle haben alle Völker sich in ihren wirtschaftlichen Zuständen geschaffen.

SILVIO GESELL 1920
oooooooo

Dazu die Aktuelle Meldung

Sündenbock-Rhetorik wie zu Zeiten der Nationalsozialisten

Die Menschenrechtsorganisatio → Amnesty International hat sich über weltweite, rechtspopulistische Parolen gegen Minderheiten und Menschenrechte alarmiert gezeigt. Die Sündenbock-Rhetorik mit Geschichten voller Schuldzuweisungen, Schüren von Ängsten und Hass habe 2016 „weltweit ein Niveau wie seit den 1930er Jahren nicht mehr“ erreicht – der Machtergreifung Adolf Hitlers in Deutschland. In ihrem 408 Seiten umfassenden Jahresbericht zögert Amnesty nicht, Namen zu nennen: Donald Trump in den USA, Recep Tayyip Erdogan in der Türkei, Viktor Orban in Ungarn, Rodrigo Duterte auf den Philippinen, allesamt Präsidenten ihrer Länder. Sie verfolgten eine „giftige Agenda, die ganze Gruppen von Menschen jagt, zu Sündenböcken macht und entmenschlicht“.

„Die Grenzen dessen, was akzeptabel ist, sind verschoben worden. Politiker legitimieren schamlos und aktiv alle Arten hasserfüllter Rhetorik und Politik auf Grundlage der Identität von Menschen: Frauenfeindlichkeit, Rassismus und Homophobie. Das erste Ziel waren Flüchtlinge, und wenn das 2017 weiter geht, werden andere ins Fadenkreuz kommen“, heißt es in dem Bericht. Die ungarische Regierung wies die Kritik zurück. Amnesty mache nichts, außer ständig zu Gesetzesbrüchen zu ermutigen“, so die Regierung. HAZ 23.2.2017, Seite 5

Ich habe geschaut, ob die Schrift „Gegen den Strom“ von Hans Schumann vielleicht im Netz steht, dann hätte ich mich auf ganz wenige Ausschnitte begrenzen können. Wobei es auch schwierig wäre, zu entscheiden, was die wichtigsten Aussagen sind. In diesem Abschnitt meiner Darstellung geht es ja um Weimar und warum diese Republik untergegangen ist. Und auch etwas darum, warum sich - als Weimar nicht mehr zu retten war – einerseits freiwirtschaftlich orientierte Menschen im Einsatz gegen die NSDAP zusammenschlagen ließen und andere sich dort noch einbrachten und glaubten, mit dem Einbringen ihres Wissens noch Gutes bewirken zu können. Mich ärgert bei diesem Thema auch der Hochmut der Nachgeborenen, die vom Ende des Ablaufes einer Zeitperiode alles genau wissen, was schief gelaufen ist und unterstellen, dass das Kommende für alle vorhersehbar war, aber selbst noch nicht vor einer dringenden, überlebenswichtigen Entscheidung gestanden haben, ohne zu wissen, was bei welcher Entscheidung herauskommt. In einer Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Thema „*ultrarechte Tendenzen bei den Grünen*“ schrieb mir im Dezember 1983 Dr. Arno Klönne, Professor in Paderborn und Faschismusforscher:

> Sehr geehrter Herr Abromeit, zu Ihren Bemerkungen über Freiwirte, NSDAP und Grüne kurz meine Auffassung:
> Die Wirtschaftsvorstellungen der Freiwirte in der Zeit vor 1933 sind eine Seite - die Positionen von Freiwirten zu den politischen Ideen und Strömungen der damaligen Zeit eine andere. Durchaus zutreffend schreiben Sie, daß manche Freiwirte klar gegen die NSDAP standen, andere aber Hoffnungen in eben diese Partei setzten. Das war bei der Jugendbewegung ähnlich, wie überhaupt bei den verschiedenen sozialen Reformbewegungen, die in den Zwanziger Jahren in Deutschland zwar Minderheiten darstellten, aber die Ideengeschichte und das gesellschaftliche Klima wesentlich beeinflußten. Insgesamt ging es diesen, vorwiegend aus dem gebildeten Bürgertum sich rekrutierenden Reformbewegungen um den Protest gegen das 'Industriesystem' und dessen Auswirkungen auf die Lebenswelt, und in diesem Protest spielten naheliegenderweise gedankliche Rückgriffe auf Bilder einer 'natürlichen', noch nicht durchrationalisierten Gesellschaftsordnung eine große Rolle. In alledem steckten Komponenten, an die der Nationalsozialismus in seiner 'idealistischen', noch nicht machtpolitisch etablierten Ausformung anknüpfen konnte, ohne die seine Attraktivität gerade bei der nachwachsenden Intelligenz der damaligen Zeit ja auch gar nicht erklärlich wäre. In diesem Kontext ordnet sich m.E. auch der Text von Hermann Müller ein, den ich in etlichen Punkten höchst problematisch finde, demgegenüber aber die Denunziation als 'faschistisch' nichts klärt und nicht weiterführt. Zu bedenken ist, daß in der Substanz ähnliche Gedankengänge in einer anderen Begrifflichkeit auch heute in den Reformbewegungen zu finden sind, auch bei manchen Grünen, vielleicht auch bei solchen, die ihrerseits (aufgrund semantischen Wandels) an dem Text von Hermann Müller Anstoß nehmen. 'Zivilisationskritische' Ideen sind der Sache nach vieldeutig, auch verführbar, 'verkehrbar'; dagegen bietet politisches Abstempeln keinen Schutz, sondern

nur kritische Diskussion, Weiterdenken." (Zweite Fassung des Schreibens vom 23. 12. 83 durch den Verfasser für die Veröffentlichung)

Der Verweis von Klönne auf das Wort „natürliche“ im Titel von „Natürliche Wirtschaftsordnung“ (NWO) gibt mit den Anlass, auf ein häufiges Missverständnis hinzuweisen. Mit dem Begriffsteil „natürlich“ sollte nach Gesell nur ausgedrückt werden, dass eine Wirtschafts- und / oder Gesellschaftsordnung auf die Natur des Menschen Rücksicht nehmen oder aufbauen muss. Er betont ausdrücklich, dass jede Ordnung, die der Mensch sich gibt, eine gesetzte Ordnung ist. Und ein weiteres Missverständnis besteht darin, dass die NWO neben den Ordnungsformen Markt- oder Verkehrswirtschaft und der Zentralverwaltungs- oder Kommandowirtschaft (nach Walter Eucken) eine eigene Ordnungsform ist. Das ist nicht der Fall. Die NWO ist eindeutig ein Modell der Marktwirtschaft, beansprucht aber für sich ein Ergänzungsprogramm zu sein, ohne dass die Marktwirtschaft gar nicht voll funktionsfähig ist.

Auf der Seite 57 unter dem Abschnitt „Verschleierte Vergangenheit“ ist von Schumann zu lesen, dass etwa 1960 noch frei über die Hintergründe des Zusammenbruchs von Weimar berichtet wurde, danach nicht mehr. Hier ist wahrscheinlich das geschehen, was ich als Gruppenleistung des Festlegens benannt habe. Ein eindeutiges Ergebnis blieb bei der Suche im Widerstreit der Interessen aus, also hat die meinungsbildende Gruppe in unsere Gesellschaft sich darauf festgelegt, wie es gewesen sein muss, damit das Handeln in der Gegenwart durch das Bild von der Vergangenheit gerechtfertigt ist. Wenn die Beobachtung von Schumann richtig ist, muss bei der Nutzung der Quellen zur Weimarer Zeit darauf geachtet werden, ob die Aussagen durch eine Festlegung oder durch ein Suchergebnis gerechtfertigt sind. Schumann und von ihm Zitierte benutzen für diesen Vorgang das Wort „präpariert“. Es verweist auf die da oben, die Anweisungen an die da unten geben können. Wobei mit „oben“ nicht unbedingt die politische Ebene gemeint sein muss, sondern auch die Macht des konzentrierten Kapitals.[96] Diese „Präparierung“ hat es sicher gegeben und gibt es auch in der Gegenwart. Ich denke, dass die Fehl- oder Falschinformationen aber wesentlich ein Ergebnis falscher Vorstellungen von Sachen und Prozessen sind.

96 Ich stieß heute, als ich nach Einträgen zu Johannes Schumann im Netz suchte, auf Beiträge zum Thema von Harald Schumann. Ich habe den Text nur angelesen. Er macht einen soliden Eindruck auf mich. Ich füge den Link daher hier ein:
Die Herrschaft der Superreichen / Die Macht der Geldelite und die Kapitulation der Politik von Harald Schumann https://www.blaetter.de/archiv/autoren/harald-schumann

Schumann ist auch nicht unkritisch gegenüber Gesell, die Freiwirtschaftslehre war nicht ein Glaubensinhalt von ihm, sondern er beansprucht für sich, seinen eigenen Kopf zu benutzen. Er sieht bei Gesell das politische Moment zu wenig berücksichtigt, hält wenig von Gesells Arbeiten über den Abbau des Staates und findet die Lösung der Umlaufsicherung durch das Aufkleben von Wertmarken auf die Geldscheine für nicht praktikabel.

Ich halte die Arbeiten über den Abbau des Staates nicht für überflüssig, weil sie zum Ausdruck bringen, dass man mit seiner Existenz, wie man sie vorfindet, nicht zufrieden ist. Nur wenn man modellhaft zeigt, auf was alles verzichtet werden kann, kann das Optimum einer Staatsform – die der Gesellschaft und dem einzelnen Bürger dient und nicht umkehrt – beschrieben werden. Warum haben wohl Marx oder auch Oppenheimer vom Verschwinden des Staates geschrieben? Ich selber denke, dass wir nicht auf einen Staat verzichten können, die Marktwirtschaft ist auf einen Normgeber und -durchsetzer angewiesen. Aber der Staat ist auch ein Zerstörer einer freiheitlichen Gesellschaft, wenn diese nicht auf das Notwendige beschränkt wird. Ich habe mich mit dem Thema im Text, der mit dem nachfolgenden Link zu erreichen ist, befasst:
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/113.4.Anarchie.Freiheit.Gleichheit.pdf (Seite 9 u.vorher)

Die Arbeit von Johannes Schumann ist gegliedert in:

I. Lehrjahre
II. Als Weimar scheiterte
III. "12 Jahre" und drei hinter dem eisernen Vorhang
IV. Im "freien" Westen

... Gesells unsterbliches Verdienst war, daß er sich nicht mit dem abfand, was auch andere, z. B. Friedrich Engels, erkannt hatten: daß es nicht die Unternehmer, die Besitzer der Produktionsmittel waren, die den Z i n s erpreßten und K r i s e n verursachten, sondern die „Schatzbildner von G e l d“, so daß er vorschlug, die M ö g l i c h k e i des Geldhortens durch geldtechnische Mittel zu verhindern. Gesell glich dem Großen Alexander - er wollte den gordischen Knoten der Sozialen Frage mit dem Schwert, dem „Freigeld", durchschlagen.

So genial dieser „einfache“ Gedanke war, so stumpf war das „Schwert“: Nur eifrige Fanatiker - zu denen auch ich damals gehörte - konnten (und können!) übersehen, daß die Gedanken zwar oft leicht beieinanderliegen, die Sachen aber sich hart im Raume stoßen. Wer sich und andere damit tröstet, daß es sich zunächst nur darum handele, das P r i n z i p (der Geld-Umlaufsicherung) anzuerkennen, und wo ein Wille sei, werde sich - später - auch ein Weg finden, ist ein Träumer. Die Menge des Volkes, auf deren Bereitschaft es schließlich ankommt, beurteilt nicht Prinzipien, sondern die Praxis. Und die praktischen Vorschläge Gesells und der damaligen Freiwirte - die Geldscheine mit bis zu 52 Marken zu bekleben oder den Verfall mit Tabellen zu berechnen —,waren trotz der Versuche oder gerade ihretwegen (WARA und WÖRGL) im großen Umfang nicht praktikabel. Selbst Gutwillige waren

hierfür nicht zu gewinnen. (Trotzdem werden sie heute noch verbreitet.[97]) Hinzu kam, daß Gesell seine Entdeckung verband mit zum Teil abenteuerlichen „akratischen“ Vorstellungen von einem total „abzubauenden Staat“.

Dieser übersteigerte Individualismus stieß viele ab und lockte Eigenbrötler an, die nicht erkannten, daß Politik „Kampf um die Macht“ bedeutete, und daß die Macht derer, die mit allen Mitteln das bestehende kapitalistische System oder das des „irrealen Sozialismus“ verteidigen, nur durch g e m e i n s a m e s Handeln“, also durch P o l i t i k überwunden werden kann.

Inzwischen hatte ich mich eingehend mit der Geschichte des Geldwesens beschäftigt und z.B. aus den Büchern des Schweizers Fritz Schwarz erfahren, daß bereits im alten Ägypten ein skrupelloser Finanzminister ein ganzes Volk von freien Bauern dadurch zu Sklaven, die „gerne Pharao leibeigen“ werden wollten, gemacht hatte, daß er „a 11 e s Geld im Bankhaus Pharao“ stillegte, um dann das ägyptische Volk zu „verteilen“ - zu „vergesellschaften“!

Hatte ich bisher angenommen, das antike Rom sei an der Sittenverderbnis seiner Bürger gescheitert, so erfuhr ich nun, daß diese Verderbnis nur die Folge falscher Wirtschaftsverhältnisse war: Strömte viel - erobertes - Gold ins Land, dann überschäumte die Wirtschaft, versiegten die Goldquellen, dann erlahmte die Wirtschaft - bis zuletzt Ziegen auf dem Forum romanum weideten.

Wie aber war es möglich gewesen, daß in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Goldwahn über alle Vernunft siegte? Wer hatte Bismarck geraten, vom besiegten Frankreich eine Zahlung in G o l d zu fordern - um anschließend im Reichstag die Einführung des Goldstandards zu fordern?
Man kann es nachlesen in den Protokollen des damaligen Reichstages. Da warnte der Abgeordnete Dr. Moll: „Wenn Deutschland die ausschließliche Goldwährung einführt..., bekommt es eine große Lücke in seinem Geldumlauf — notwenigerweise muß dadurch der Wert des Geldes sich erhöhen... Dadurch muß eine Umwälzung in den Vermögensverhältnissen zum Vorteil der Gläubiger und zum Nachteil der Schuldner eintreten. „... Mit der größten Naivität“ (oder Dreistigkeit! Sch.) „hat ja auch der Vertreter der Vereinigten Staaten von Nordamerika, als einer der größten goldproduzierenden Länder... gesagt: Jetzt oder nie müssen wir es durchsetzen (!), daß die Goldwährung in Europa eingeführt wird, denn als dann wird unser Gold eine ganz andere Kaufkraft in Europa haben, und wir werden die Gewinnenden sein - wie denn natürlich wir hier in Deutschland zu den Verlierenden gehören würden.“

Ihm aber entgegnete der Bankier Bamberger vom Bankhaus Bleichröder:
„Meine Herren, es ist unabweislich (!), keine Nation kann” (- darf!) „sich dagegen wehren, daß sie das Gold schließlich annehmen muß... Machen wir uns also durch Anhäufung von Argumenten die Sache nicht zu schwer und steuern wir rasch auf das Ziel los... Vieles ist nicht mehr zu diskutieren, und wir stehen heute vor einer ganz anders präparierten öffentlichen Meinung, als sie vor sechs Wochen war.“ Hier veriet jemand dreist die Methoden, wie man sachliche Argumente unterdrückt und die Meinungsmacher in den Massenmedien „präpariert“, d.h. k o r r u m p i e r t. (Bis heute!)

Und noch eine Äußerung aus dem Deutschen Reichstage ist kennzeichnend - und aktuell! Am 21. November 1871 bedauerte der Abgeordnete Dernburg laut Protokoll des Reichstages, daß „die folgenschwere Einführung des Goldstandards beschlossen wurde in vorgerückter Stunde und bei der so ermüdeten Stimmung des (Hohen) Hauses“.

Die Warner vor dieser Politik behielten Recht. Infolge des zuströmenden Goldes stiegen zunächst die Preise um 40%, und es kam zu den inflatorischen „Gründerjahren“. Dann aber sanken die Preise um 24 Prozent, die Hochkonjunktur, der „Zyklus“, brach zusammen, und die Sozialisten/Marxisten bekamen Auftrieb. Bismarck versuchte vergeblich, gegen diesen

97 TA: Um das Prinzip zu erklären, taugt die erste Methode der Umlaufsicherung immer noch. 1952 hat Karl Walker ins seiner Schrift „Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes“ die bis dahin entwickelten Methoden. Dort findet sich auch eine Abbildung der Stamp-Scrip-Note, die in Sedalia, Missouri im Umlauf war.

Strom anzugehen - mit Hilfe der „Sozialistengesetze“ und einer „sozialen Gesetzgebung“, die sich nur gegen die Folgen richtete und die Ursachen nicht antastete, bis er vom jungen Kaiser als Sündenbock zwar nicht in die Wüste, sondern nur in den Sachsenwald geschickt wurde.

Warum hatte er nicht rechtzeitig den U r h e b e r n das Handwerk gelegt? War auch er „präpariert“ worden? Der Bankier Wilhelm Radecke, der als junger Mann im Bankhaus Bleichröder gearbeitet hatte, berichtete von einer Begegnung mit dessen Schwiegersohn Herrn von Schwabach, der ihm stolz eine von Bismarck unterschriebene Quittung zeigte, aus der hervorging, daß Bismarck über das Bankhaus Bleichröder illegale Geschäfte gemacht und infolgedessen „manipulierbar“ war.

Bei Kriegsbeginn im August 1914 war die Einlösungspflicht der „Mark“ in Gold aufgehoben worden - „leider“, schrieb Gesell. Denn andernfalls wäre die gesamte Wirtschaft in allen kriegsbereiten Staaten sofort zusammengebrochen. Dem K r i e g e wurde geopfert, was man dem Frieden verweigerte. Den Krieg finanzieren alle mit neugedrucktem Gelde. Und als man das Deutsche Reich zur Strecke gebracht hatte, trieb man dort die Inflation praktisch bis zur Annullierung seines Geldwertes - und damit seiner Schulden. Aber da man ja die deutsche Kuh durch „Reparationen“ melken wollte, mußte man ihm zunächst die Alleinschuld am Kriege und an ungeheuren Kriegsverbrechen (,,abgehackte Kinderhände“!) zuschieben - und wieder „füttern“. Das geschah zunächst durch Einführung der „Rentenmark", eines reinen und trotzdem stabilen Papiergeldes. Genügend Gold besaß die Reichsbank nicht, denn das meiste Gold war inzwischen von den amerikanischen Banken kassiert worden und lag im „Fort Knox“. ...
Da aber schrieb der britische „Daily Expreß":

„Wenn die Goldwährung nicht nur in England, sondern auch in anderen europäischen Ländern aufgegeben würde, dann würden die Goldvorräte in den Gewölben der Banque de France und der Federal Reserve Banken nicht mehr den Platz wert sein, den sie einnehmen.“... (Seite 9 f.f.)

oooooooo

... „Die Reichsbank ist verpflichtet, Barrengold zum festen Satz von 1392 Reichsmark das Pfund fein gegen ihre Noten einzutauschen. Die Bank ist verpflichtet, eine Deckung von mindestens 40% in G o l d oder Devisen zu halten. Die Anteilseigner (der Reichsbank-Aktien Gesellschaft!) haben einen Anspruch auf eine jährliche Dividende von 8%.” Dieses Bankgesetz wurde von Ebert (SPD), Hamm und Dr. Luther (als Reichs-Finanzminister) erlassen.

Die Gefahr, daß die Welt am Beispiele der nationalen, stabilen Rentenmark lernen würde, ihre Wirtschaft ohne Gold aufzubauen, war damit gebannt. Die in den USA aufgehäuften Goldvorräte waren vor einer Entwertung gesichert, denn im Jahre 1925 wurden England, Ungarn und Finnland, 1926 Belgien und Luxemburg. 1927 Irland, Italien und Polen, 1928 Bulgarien, Griechenland und Frankreich, 1929 die Tschechoslowakei und Rumänien wieder an die goldene Kette gelegt - und so konnte der große Deflationsfischzug der sogenannten „Weltwirtschaftskrise“ beginnen - der im Zweiten Weltkriege endete.

Nur Silvio Gesell und seine wenigen Schüler kämpften damals gegen diesen 'goldenen' Strom - später schrieb John M. K e y n e s; der „vom Geiste Gesells gelernt“ hatte: „All die unglückseligen Ereignisse, die Reichtum und Glück auf der ganzen Welt so empfindlich getroffen haben, sind den Leitern der Notenbanken anzukreiden."
Und den Politikern, die ihnen freie Hand ließen.

Nun bekam ich als Lehrer eines Tages ein Werbeblatt der „Thüringer Staatsbank“ in Weimar mit dem Hinweis auf die „stabile Goldwährung“. In meiner Vertrauensseligkeit schrieb ich ihr, das sei wohl ein Irrtum, denn bei einer Bindung an das Gold könne eine Währung gar nicht stabilisiert werden. Die Staatsbank antwortete mir nicht, sondern gab - wie ich später erfuhr - meinen Brief an das Innenministerium weiter, das den zuständigen Gendarm beauftragte, über mich zu berichten. Der Bericht landete in meinen Personalakten - und so

konnte ich später erfahren, daß ich die Haare nach hinten kämme, eine Jacke trage, die nur bis zur Hüfte reiche (es war eine Ärmelweste!), barfuß gehe, (damals) kein Fleisch äße“ usw.

Leider war ich so unklug, diesen - internen! - Bericht in unserer Zeitschrift „Der Ring“ zu zitieren und zu verspotten und damit der Regierung das „Recht“ zu geben, mich fristlos zu entlassen. Das war im Jahre 1925.

Der Abschied von meinem Beruf schmerzte mich ebenso wie meine Schüler - manche schreiben mir heute noch, nach 60 Jahren. Ich fand sofort Arbeit als Hilfsarbeiter bei einer „Bauhütte“, die jedoch bald Pleite machte - und so war meine Zukunft höchst ungewiß. Inzwischen aber hatte ich Erich M ä d e r, einen jungen, 2 Jahre älteren Lehrer aus Altenburg, kennen gelernt, der in der SPD als deren Landtagsabgeordneter bereits eine gewisse Rolle spielte. Er war ein glänzender Redner. Ich konnte ihn schnell von der entscheidenden Rolle des Geldwesens überzeugen - und er überzeugte mich von der entscheidenden Rolle der politischen Macht: Wir müßten die bestehende politische Kraft seiner Partei für diese Aufgabe gewinnen - und dabei von der Basis ausgehen.

Mit zwei Freunden fuhr er nach Weimar und überredete denselben Minister, der mich „gefeuert“ hatte, dazu, mich wieder einzustellen, zwar nicht in Windischleuba, sondern in Schmölln, einem Industrieort in Ostthüringen mit etwa 15.000 Einwohnern. Am 1. Mai 1927 konnte ich dort beginnen - und wurde am gleichen Tage Mitglied der SPD. (S. 13 f.)

oooooooo

Über den fixierten Goldstandard pflanzte sich die sogenannte „Weltwirtschaftskrise“ insbesondere auf Deutschland fort, wo sie die Grundlagen der Weimarer Demokratiebe drohte. Durch Abkehr vom Goldwahn, durch Stabilisierung der Währung, durch Verhindern eines Geldstreikes hätte dies alles verhindert werden können.

Wir kämpften gegen diesen Strom:
Silvio Gesell schlug vor, die M ö g l i c h k e i t des Geldstreiks zu beseitigen, um den Kapitalismus zu überwinden ohne in die Sackgasse des Kommunismus zu geraten.
Sollte man nun nicht versuchen, diese Erkenntnisse i n n e r h a l b der SPD wirksam werden zu lassen, bevor auch die Weimarer Demokratie zwangsläufig scheitern würde? Wir, Erich Mäder und ich, wollten es versuchen.

Die Stadt Schmölln hatte damals ca. 15.000 Einwohner, von denen die meisten in kleinen Fabriken der Knopf-Industrie arbeiteten - und in der Mehrzahl SPD wählten. Etwa 800 waren Mitglieder dieser Partei. Mehr als ein Dutzend Mitglieder hatte bis zuletzt die KPD nicht. Die Zahl der Anhänger der NSDAP war schwer festzustellen, da sich diese zunächst sehr zurückhielten - manche tauchten erst nach dem 30. Januar 1933 plötzlich auf! Im Besitz der absoluten Mehrheit im Stadtparlament hatte der Ortsverein der SPD unter Vorsitz eines Gewerkschaftsfunktionäres dahingeschlummert. Kaum 25 Mitglieder besuchten ihre Jahreshauptversammlung.

Das änderte sich, als ich schon nach 2 Jahren zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde - im Krisenjahr 1929. Denn nun stieg auch in Schmölln die Zahl der Arbeitslosen schnell an. Aber anders als anderswo führte das zunächst nicht zur Lähmung, sondern zur Aktivität, denn inzwischen war es uns gelungen, nahezu alle Mitglieder davon zu überzeugen, daß die Krise nicht ein unvermeidbares Schicksal, sondern ein Verbrechen war, dessen Ursachen beseitigt werden könnten.

Die Basis wird erweitert
Bald wurden wir überallhin ins Reich zu Vorträgen gerufen. Der Vorsitzende des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, Otto H ö r s i n g, versprach mir nach meinen Darlegungen brieflich seine volle Unterstützung - und wurde kurz darauf, „wie es verabredet war“, gestürzt, nachdem er in der „Marxistischen Tribüne“ von einem Arkadij Gurland als angeblicher Infiationist beschimpft worden war.

Der damalige Präsident der „Deutschen Friedensgesellschaft“, Freiherr von Schoeneich - der über unsere Zusammenarbeit laufend im „Dortmunder Generalanzeiger“ und nach 1945 in seinem Buche „Mein Finale“ darüber berichtete - rief mich zu einem Vortrag über „Gold und Frieden“ zu einer Tagung auf dem Gute Trenthorst in Holstein, das dem Margarine-Fabrikanten Boelck gehörte - wo linke „Friedenskämpfer“ eine Aussprache verhinderten.

In Hamburg erklärte der Bezirkssekretär Adolf Biedermann: *„Wir müssen in Hamburg selber Geld machen, wenn die Idioten in Berlin das nicht kapieren.“*

Womit er Wels und Genossen meinte, die dann rechtzeitig emigrierten, während er nach 1932 aus einem fahrenden Zug „gefallen“ ist.
Die Schriftenreihe „Geld und Arbeit“ brachte auf Seite 223 folgende Berichte: (?? TA)

Ich sprach am 1. Oktober vor einem kleinen Kreise in Magdeburg, am 2. Oktober in Hamburg. Im Auftrage des Bezirksvorstandes Groß-Hamburg nahm Genosse Biedermann, M.d.R teil. Es wurde eine vollständige Übereinstimmung erzielt über die Frage der Wichtigkeit der Geldpolitik für die Arbeiterklasse und über die Grundzüge einer sozialistischen Geldpolitik.

*

In N e v i g e s (Rheinland) fand eine erweiterte Parteiversammlung statt. Ein Kommunist ließ die übliche Schallplatte laufen; alle anderen stimmten zu.

*

In B o c h u m sprach ich im großen Hörsaale der Verwaltungsakademie vor über 1.000 Menschen. In der Diskussion sprach ein Bergarbeiter-Verbandsangestellter, stellte einige schüchterne Fragen und bemühte sich, die ganze Sache „als bloße Theorie“ hinzustellen, worauf ihn die Versammelten auslachten! Drei Tage später erst hatte er die Sprache wiedergefunden und schrieb einen Artikel (oder ließ ihn schreiben?!?): „Die Illusion der Geldvermehrung“, in dem er nicht davor zurückschreckt, nach s e i n e n B e d ü r f n i s s e n mir Behauptungen zu unterstellen, die dämlichsten Gegenbeispiele zu erfinden, Tatsachen zu fälschen, was auf ein sehr robustes Gewissen schließen läßt! Ein sauberer Bruder, dieser Peter Zimmer! Die Westfälische Volkszeitung (Zentrum), der Bochumer General-Anzeiger, die Bochumer Volkszeitung (SPD!) brachten bereits am Tage nach der Versammlung sehr ausführliche und s a c h l i c h e Berichte. Die Parteizeitung schrieb: „Die überfüllte Versammlung spendete dem Redner am Schluß starken Beifall.“

*

In W u p p e r t a l - B a r m e n sprach ich wiederum vor mehr als 1.000 Zuhörern. Die dortige Parteizeitung schrieb u.a.:
„Es liegt ohne Zweifel viel Bestechendes in der Beweisführung des Genossen Schumann. Keiner kann sich der Durchschlagkraft einiger seiner Argumente entziehen ... Natürlich finden solche Gedanken, wie sie der Genosse Schumann in populärer und doch streng sachlicher Weise vorträgt, stärksten Widerhall.

Die Lehren, die wir daraus zu ziehen haben, sind vor allem: Mehr Beschäftigung auch mit den schwierigen Geld- und Währungsproblemen, damit wir auch prüfen können, wie weit eine Besserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse von der Lösung der geldpolitischen Machtfrage abhängig ist!“

oooooooo

Wie hilflos Spitzenfunktionäre der SPD gegenüber den U r s a c h e n der Krise waren, zeigt das Beispiel des damaligen Preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, der in seinem später in der Emigration in der Schweiz verfaßten Buche „VON WEIMAR ZU HITLER" auf Seite 185 schrieb:

„Am 24. Oktober 1930 hatte die preußische Regierung der Reichsregierung Vorschläge für Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterbreitet. Sie schlug vor, reichsgesetzlich festzulegen, daß Arbeiterentlassungen so lange verboten sein sollten, als noch für die Belegschaft des Betriebes für 40 Wochenstunden oder fünf Tagesschichten Beschäftigung vorhanden war.“ (Man kann sich eine derartige Naivität kaum vorstellen: Was sollten diese Betriebe tun, wenn ihre Einnahmen nicht ausreichten, die erforderlichen Lähne zu

zahlen, weil es allenthalben an G e l d fehlte! Sch.)

„Um das Zuströmen von Arbeitskräften zu verhindern, sollte die Schulpflicht um ein Jahr verlängert", (wofür wiederum das Geld für die Lehrkräfte fehlte! Sch.) „und keine ausländischen" (türkischen? Sch.),, Wanderarbeiter fü r die Landwirtschaft zugelassen werden. Auch legte sie eine große Anzahl fertiger Straßenbau- und Meliorationsprojekte vor, die mangels Finanzierung (!) nicht hätten ausgeführt werden können."

„Um die Finanzierung dieser Arbeiten, bei denen Hunderttausende von Arbeitslosen hätten beschäftigt werden können, zu ermöglichen, verhandelte ich mit dem Reichsbankpräsidenten Luther, der am 11. März 1930 an die Stelle Schachts getreten war. Er wehrte sich gegen jede Kreditausweitung, die die im Gesetz vorgeschriebene 40%ige Notendeckung gefährden könnte. Für die Durchführung dieser wirtschaftlich rationellen Vorhaben glaubte er die übrigens nur fiktiv vorhandene 40%ige Deckung nicht aufgeben zu können."

Dieser Dummkopf Luther war während der Inflationszeit Reichsfinanzminister gewesen. Über seine damalige Rolle berichtete am 17. Oktober 1949 die Zeitschrift des DGB „Welt der Arbeit":

„Im Oktober 1923 befand sich der Gewerkschaftsvorstand in düsterer Stimmung der Verzweiflung. In einer Sitzung des SPD-Vorstandes mit den Mitgliedern des Reichskabinetts herrschte die gleiche Ratlosigkeit. Tarnow und Wissell gingen zu Stresemann, der erschöpft und abgekämpft am Schreibtisch saß und sagte:

'Das Volk geht zugrunde, und hier sitzt eine Regierung, die auch nicht helfen kann. Wenn das Volk aufsteht und uns an die Laternenpfähle hängt - kann man ihm das verdenken?' Und dann stürzte L u t h e r (Reichsfinanzminister!) wie ein Gejagter ins Zimmer, rannte auf und ab und ließ sich mit einem Stöhnen der Erschöpfung in einen Sessel fallen.
Er nannte die Gewerkschaftsführer verbrecherisch, dumm und irrsinnig und meinte, Stresemann verstehe (auch) nichts von der Währung. Dann sprang er zur Tür und schlug sie krachend hinter sich zu. Und Tarnow und Wissell saßen da wie die betrübten Lohgerber, denen die Felle weggeschwommen waren."

Soweit aus dem Bericht Tarnows in der „Welt der Arbeit". Von d i e s e m Luther und diesen „Lohgerbern" hing also damals das Schicksal der jungen Weimarer Republik ab - i h n machte man dann zum Leiter der Reichsbank und Tarnow zum Sprecher auf dem Leipziger SPD-Reichsparteitag. (Seite 37)

oooooooooo

Nachdem wir feststellen mußten, daß auch alle maßgebenden Experten der SPD gegenüber der immer drohender werdenden Krise versagten, stellte ich das Material in einer Schrift zusammen und bat den Parteivorstand um eine Stellungnahme, bevor ich diese Schrift veröffentlichen würde. Dieser beauftragte damit jedoch die bereits erwähnte „Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik" am Schiffbauerdamm in Berlin - und sandte mir sicherlich gegen den Willen der Verfasser ihr „Bösachten", mit dem er sich identifizierte - offenbar in der Meinung, uns damit ausgeschaltet zu haben. Damit aber war das Schicksal der Weimarer Demokratie entschieden, und deshalb bringe ich dieses verhängnisvolle „Bösachten", das über das Schicksal von „Weimar" entschied, noch einmal in vollem Wortlaut.

Das Gutachten der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik zur Untersuchung der Währungsfrage

Das Manuskript des Genossen Schumann „Arbeiterklasse und Geldpolitik" fußt auf der währungstheoretischen Auffassung von Silvio Gesell und gipfelt in der Aufstellung entsprechender währungspolitischer Forderungen, die in das Heidelberger Programm einzubauen wären. Praktisch schlägt Schumann die Einsetzung einer Studienkommission zur Untersuchung dieser Fragen vor.

Es kann nicht der Zweck dieses Gutachtens sein, sich mit der Kritik auseinanderzusetzen, die

Schumann an den währungstheoretischen Auffassungen einzelner sozialistischer Theoretiker und Politiker übt. Es soll zugegeben werden, daß keine absolute Einheitlichkeit der Auffassungen über diese Fragen besteht.

Dasselbe gilt aber fest für alle theoretischen Fragen, auf die die Partei in ihrem weitverzweigten Tätigkeitsgebiet stößt, ohne daß sich deshalb der Parteivorstand genötigt sähe, zur Klärung all dieser Fragen Studienkommissionen einzusetzen. Die Partei will kein wissenschaftliches Gremium sein und sieht es erst recht nicht als ihre Aufgabe an, parteimäßig abgestempelte Theorien in Studienkommissionen zu produzieren, auf die die Mitglieder eingeschworen werden.

Etwas anderes wäre es natürlich, wenn es sich um die Entscheidung über eine schwerwiegende politische Frage handelte, deren Klärung durch wissenschaftliche Untersuchungen vorbereitet werden müßte. Das war z. B. der Fall bei der Schaffung des Agrarprogramms.
Aber ein solches Gewicht vermögen wir gegenwärtig der Währungsfrage nicht beizulegen. … (S. 38 /39)

… So heftig der Kampf gegen Schacht von unserer Seite auch geführt wurde, so beschränkte er sich doch im wesentlichen auf die Obergriffe Schachts über das Gebiet der Währungspolitik hinaus. Es wurde zwar auch an einzelnen seiner währungspolitischen Maßnahmen von unserer Seite Kritik geübt, aber diese Kritik ging niemals so weit, daß sie die Grundlage der Währung selbst, die Goldwährung, in Zweifel gezogen hätte. Im Gegenteil, es wurde von uns auf das entschiedenste betont, daß an der Stabilität der deutschen Währung - d. h. nach dem üblichen Sprachgebrauch: an der Stabilität gegenüber den anderen Goldwährungen - nicht gerüttelt werden dürfe. Irgendein aktueller Anlaß, in eine Untersuchung über währungspolitische Fragen einzutreten, liegt also nicht vor. … (S.39)

…Es soll dazu in diesem Zusammenhang nur folgendes gesagt werden: Die nationalökonomischen Theorien unserer Bewegung von Marx bis zur Gegenwart stimmen gewiß nicht in allen Punkten miteinander überein. Es kann, wie oben schon gesagt wurde, nicht die Aufgabe der Partei sein, eine solche restlose Übereinstimmung herbeizuführen. Aber über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg sind sie sich doch in einem Punkte einig: daß das Übel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht von der Geldseite, sondern von der Produktionsseite her angepackt werden muß; denn die kapitalistische Machtstellung beruht auf der Herrschaft über die Produktionsmittel.

Es sei nur nebenbei an den Kampf erinnert, den Marx gegen Proudhon geführt hat, dessen Verwandtschaft mit Silvio Gesell bekannt ist. … (S.40)

…Nun soll der Zweck dieser Feststellungen gewiß nicht sein, Autoritäten gegen den Genossen Schumann ins Feld zu führen; es soll damit nur festgestellt sein, daß sich unsere ganze Bewegung auf Theorien aufbaut, die denen des Genossen Schumann entgegengesetzt sind. Was sollte unter diesen Umständen die Einsetzung einer Studienkommission für einen Sinn haben? Sie könnte doch nur die Tatsache bestätigen, daß die Auffassung, man könnte durch eine Währungsreform die Macht des Finanzkapitals brechen, und die Partei müßte daher den Kampf um eine solche Währungsreform zu ihrer Hauptaufgabe machen, von niemand anderem geteilt wird als von dem kleinen Kreis um Silvio Gesell. … (S.40)

… Nun könnte man sich zwar vorstellen, daß eine Währungspolitik, die von dder Bindung an das Gold befreit wäre, einen noch stärkeren Einfluß auf die Konjunkturschwankungen ausüben könnte, als es heute möglich ist. Selbst wenn man diese Auffassung teilte, könnte man aber keinesfalls so weit gehen wie manche anglosächsische Nationalökonomen, die sich von einer solchen Währungsreform eine völlige Stabilisierung der Konjunktur, also eine Art konjunkturlose kapitalistische Wirtschaft versprechen.

Wir sind vielmehr fest davon überzeugt, daß die Konjunkturschwankungen nur mit der kapitalistischen Wirtschaft selbst verschwinden werden können. Immerhin, es mag sein, daß die Frage einer Loslösung oder zumindest einer gewissen Lockerung der Bindung vom Gold einmal auf die Tagesordnung gestellt werden wird, vielleicht dann, wenn die Befürchtungen einiger Nationalökonomen, daß die Goldproduktion allmählich der wachsenden Nachfrage nach Gold nicht mehr nachkommen kann und daher ein konjunkturell bedingter Preisdruck bevorstehe, wirklich einmal eintreffen sollten. Es hätte aber nicht viel Sinn, heute schon eine Studienkommission einzusetzen, die sich mit diesem Fall, dessen Eintreffen noch ungewiß ist und jedenfalls in ungewisser Ferne liegt, zu beschäftigen hätte. … (s. 40 / 41)

… Wenn die Alternative lautet: Stabilisierung der Preise, wie sie sich die Währungsreformer erhoffen - eine Hoffnung, die uns jedenfalls übertrieben erscheint - oder Stabilität der Devisen-

kurse, die nur durch Festhalten an der Weltwährung, d. h. für absehbare Zeit an der Goldwährung ermöglicht wird, dann kann es für ein Land von der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands überhaupt keine Wahl geben. … (S.41)

… Aus all diesen von uns angeführten Gründen sind wir der Auffassung. daß die Einsetzung einer Studienkommission, wie sie der Genosse Schumann verlangt, nicht nur, zumindest für absehbare Zeit, überflüssig, sondern im gegenwärtigen Zeitpunkt sogar aus wirtschaftspolitischen und taktischen Gründen bedenklich wäre.

(Kürzungen durch TA)

Für uns war es ein Leichtes, den Inhalt restlos zu zerpflücken und zu widerlegen, und wir gaben hierzu eine Schriftenreihe „Geld und Arbeit“ heraus, die eine Gesamtauflage von 45.000 erreichte.

Offenbar um uns von der Basis zu trennen, entsandte der Parteivorstand am 4. Januar 1931 seine beiden Star-Experten Dr. Fritz Naphtali und Dr. Rudolf Braunthal zu einer währungspolitischen Konferenz nach Altenburg. Während ich vor mehreren hundert großenteils arbeitslosen Teilnehmern, die zum Teil stundenweit zu Fuß gekommen waren, kurz die Forderungen einer aktiven Währungspolitik darlegte, las Naphtali provozierend in einer Zeitung, um dann zu erklären, parteischädigend sei der Grundkern meiner falschen Theorie, man könne durch einen richtigen Hebeldruck - ich hatte die Abkehr von der Deflationspolitik und unter Verzicht auf den Goldwahn eine echte Stabilisierung der Währung gefordert - die Krise beheben. Denn daraus würden die Massen folgern, es liege nur an den Führern, wenn das nicht geschehe. (S. 42)

Der Kampf müsse nicht auf die Geldpolitik, sondern auf die Arbeitslosenfürsorge - so auf die F o l g e n! - gerichtet werden.
Infolge der Krise seien die Löhne gesunken. Um den Reallohn der Arbeiterklasse wiederherzustellen, müsse man die Preise senken - was die Krise nur verschlimmern konnte - Dann aber erklärte Naphtali, man solle „im Hause des Gehängten nicht vom Strick reden“, er werde „dafür sorgen, daß die Partei nicht an der Währungsfrage verrückt werde“'
An ihr ging sie dann zugrunde. (S. 43)

Die Rolle der Gewerkschaften
Den Bock zum Gärtner machte auch der Bundesvorstand des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" - gez. Arons - indem er am 12.12.1930 eine Prüfung meines im SPD-Verlag erschienenen Buches „Arbeiterklasse und Geldpolitik" wegen dessen „Umfang" (200 Seiten) ablehnte und darauf hinwies, daß „die grundlegenden Fragen der Geldpolitik von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik behandelt" würden - die eine solche Behandlung verhinderte! (S.44)

Der letzte Appell

… Den Gipfel gezielter Verdummung aber erreichte jener Professor Dr. Nölting (M.d. R der SPD), der in seiner „Einführung in die Theorie der Wirtschaft" 1929 behauptete:
„Die Geldkrisen sind im wesentlichen interne Vorgänge im Bereich des Kapitals, häuslicher Hader der Bourgeoisie, ein sich in einer höheren Region vollziehendes und sich selbst aufhebendes Kampfspiel."

Dem dann *50* Millionen Menschen zum Opfer fielen. Nölting selber aber war emigriert und wurde nach 1945 SPD-Wirtschaftsminister in NRW, wo er die Freiwirtschaftler heftig bekämpfte - wegen schlechten Gewissens?

Wir setzten unsere Arbeit an der Basis fort, richteten aber Mitte 1932 noch einen *‚Letzten Appell“* an die Parteiinstanzen in Berlin. Ich bringe ihn als Faksimile vom Original: (S. 46)

(Das nachfolgende Faksimile wurde von mir mit einer Schrifterkennung eingescannt. TA)

Arbeit und Geldpolitik Nr. 6 Preis 10 Pf.
Hans Schumann
Letzter Appell!

„Die Tage der Zivilisation sind gezählt,
wenn der wirtschaftliche Aufstieg nicht bald beginnt."
(Prof. Cassel In Oxford)

Herausgeber: Erich Mäder, M.d.L., Hans Schumann
Verlag von Stritzke & Co., Altenburg Thür.

Letzter Appell!

Die Tage der Zivilisation sind gezählt, wenn der wirtschaftliche Wiederaufbau nicht bald beginnt. Vergeßt niemals, daß die Stunden, die uns zum Wiederaufbau gelassen sind, vielleicht kurz sind.

Prof. Gustav Cassel in Oxford.

Nur durch richtige Geldpolitik können wir Herren unseres wirtschaftlichen Schicksals werden.

Williams, Redakteur des „Daily Herald".

**An die Parteiinstanzen
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
z. H. Gen. Otto Wels, Berlin!**

Werter Genosse Wels!
Sie haben - offenbar erfüllt von Stolz auf die bisherigen Erfolge der Partei und auf die Lage, in die die Partei unter Ihrer Leitung (bzw. Ihrem Vorsitz!) heute gekommen ist - j e d e Diskussion mit den unbequemen Kritikern und Mahnern Mäder und Schumann abgelehnt. Sie haben selbst dann nicht reagiert, als im Namen von 10000 Thüringer Parteigenossen von Ihnen gefordert wurde, die in der Denkschrift „Krieg der Krise gemachten Vorschläge einer v o r - b e h a l t l o s e n Prüfung zu unterziehen.
Sie haben sich vielmehr dem Diktat der die Meinung der Partei b e h e r r s c h e n d e n Finanzsachverständigen Hilferding, Aufhäuser usw. gebeugt,

die nur Vorschläge erlauben, welche die Goldwährung nicht angreifen, die von der auf Baisse spekulierenden Hochfinanz gewünscht wird,

die den Preisabbau propagierten,
die den Young-Plan tarnten,
die die Verständigung mit „Frankreich", d. h. mit der französischen Hochfinanz, erstreben,
die „an die Geldmächte der Welt appellieren", die jeden beschimpfen und herunterreißen, als Nazi verdächtigen, Roßtäuscher, Gauner und Gassendreck nennen und nennen lassen, der dagegen rebelliert.

Wenn ich trotzdem immer und immer wieder, bis zur letzten Minute versuche, diese Verschwörung des Schweigens zu brechen, so geschieht es nicht, um diese Sachverständigen zu lehren, über ihren eigenen Schatten zu springen (das kann niemand!), sondern es geschieht, um wenigstens vor der Geschichte den Nachweis zu erbringen, daß es nicht am Wissen, sondern am Willen gelegen hat, wenn die Partei und die Arbeiterschaft in die Katastrophe geführt wird.

*

Die Brüning-Regierung ist gestürzt!
Man mag zu Brüning stehen, wie man will - jedenfalls hat er „ehrlich" versucht, das deutsche Volk nach der „ehrlichen" Golddecke zu strecken, die ihm die internationale Hochfinanz bzw. Dr. Luther zugestanden haben. Seine Lohnsenkungs- und Steuererhöhungspolitik war lediglich die Konsequenz aus der Deflationspolitik der Reichsbank.
Ein moralisches Recht, über Brüning zu richten, haben die Finanzsachverständigen nicht, die an der Deflations- Goldwährungs- = Goldwährungspolitik nicht rütteln wollen.

*

Jede neue Regierung (sei sie bürgerlich oder sozialdemokratisch), die zur Macht kommen sollte und nicht an der Deflation und an der Goldwährung rüttelt, m u ß den Lohnabbau und die Steuererhöhung weitertreiben - das heißt: sie wird das deutsche Volk in den Abgrund führen.

*

Wenn die N a z i s zur R e g i e r u n g kommen, werden sie - gestützt auf Gottfried Feder -

durch Landstraßen „gedeckte“ Geldmengen ausgeben und eine I n f l a t i o n hervorrufen. Auch dieser Weg führt in den Abgrund.

*

Sollte die Sozialdemokratische Partei maßgebenden Einfluß in irgendeiner kommenden Regierung haben, so ist zu befürchten, daß die Maßnahmen, die ihr von den heute maßgebenden Finanz-Sachverständigen vorgeschlagen werden, das Chaos noch schneller herbeiführen und damit ihr Schicksal besiegeln würden.
Das gilt von dem unglaublich naiven Plane, durch S t e u e r n Arbeit zu schaffen, das gilt von dem Plane, durch eine Goldlotterie Mittel für die Arbeitsbeschaffung aufzubringen, das gilt vor allem für den „Preisabbau“, den man bereits bisher gefordert hat, obgleich dadurch die Wirtschaft zugrunde gerichtet wird.

*

Ich warne Sie und jeden ehrlichen Sozialisten aber auch vor der Illusion, als ob für eine „Gemein- und Bedarfswirtschaft“ irgendwo realisierbare, konstruktive Vorstellungen oder gar Pläne vorhanden seien.

Wenn man uns entgegenhält, daß nicht durch „Geldexperimente, sondern nur durch den Kampf um eine sozialistische Plan- und Bedarfswirtschaft die Krise überwunden werden kann, dann ist das eine furchtbare Illusion.

Es gibt kein „Wirtschaften nach dem Bedarf“, da eine objektive Feststellung des subjektiven Bedarfes unmöglich ist. Es gibt nur einen Arbeitszwang und einen Verbrauchszwang, Methoden, die in Rußland zu einem furchtbaren Fiasko geführt haben. Wollen wir das deutsche Volk den Pfuschereien einiger wildgewordener Nationalökonomen unterwerfen, um nach Millionen Opfern doch wieder schrittweise zum freien Markt zurückzukehren wie die „Kommunisten“ in Rußland? Ich stelle fest, daß nirgends auch nur der allergeringste Ansatz für einen konstruktiven Aufbau einer sozialistischen Gemeinwirtschaft besteht, im allerwenigsten bei denen, die sie fordern, um vom Kampfe gegen die krisenmachende Hochfinanz abzulenken.

*

Wenn man - wie Sie - der Ansicht ist, daß „d e r S o z i a l i s m u s eine Wachstumserscheinung“ ist, dann muß man dafür sorgen, daß durch Ausschaltung der Krisen der Boden für das Wachsen des Sozialismus freigemacht wird. Solange aber die Möglichkeit besteht, das Geld aufzuschatzen, so lange beherrschen die Beherrscher der Zirkulationsmittel auch die Produktionsmittel, „mögen diese auch noch jahrelang dem Nameh nach als Eigentum der Wirtschafts- und Handelskommune figurieren“, schreibt Engels im Anti-Dühring - vielleicht wird er deshalb eines Tages auch noch als Nazi bezeichnet und „als Sozialist begraben“!

> Die Weltwirtschaftskrise hat geldpolitische Ursachen (Verringerung der umlaufenden Geldmenge im Verhältnis zur angebotenen Warenmenge!) und kann nur durch geldpolitische Maßnahmen wirksam bekämpft werden.

Auf dem Boden einer krisenfreien Wirtschaft mag dann jeder durch Vorbild und Beispiel für das arbeiten, was er für „sozialistisch“ hält. Wir haben zwar bisher nicht erreicht, die Parteiinstanzen zu einer selbständigen Prüfung der international diskutierten Forderung einer aktiven, d. h. geldpolitischen Konjunkturpolitik zu veranlassen bzw. ihre Prüfung durch unbelastete Sachverständige herbeizuführen.

Aber wir haben immerhin die Genugtuung, daß alle unsere wirtschaftlichen und politischen Prognosen auf Grund unserer Wirtschaftsansichten richtig -
und a l l e offiziellen f a l s c h waren.

Als die maßgebenden Sachverstandigen Auslandsanleihen forderten, haben wir vorausgesagt, daß wir uns damit der Gnade des Internationalen Finanzkapitals ausliefern!
- und heute?

Als die maßgebenden Sachverständigen die Unterzeichnung des Young-Planes forderten und alles taten, damit die Vorverhandlungen nicht „gestört“ würden
- haben wir gewarnt, den g o l d e n e n Blankowechsel zu unterzeichnen!

- und heute?

Als die offiziellen Sachverständigen den Preisabbau forderten
- haben wir das als Selbstmord bezeichnet!
- und heute?

Als Sie, Genosse Wels, noch davon sprachen, daß - wenn schon in Deutschland diktiert werden solle - wir diktieren würden,

- haben w i r vorausgesagt, daß „der stirbt, der vom Papste isset!", daß das Zentrum uns durch die Tolerierungspolitik verbluten lassen und dann den Mohrentritt geben wird!
- und heute?

Oder zweifelt jemand daran, daß die „Ernennung" von Papens, sein „Austritt“ aus dem Zentrum und die „Entrüstung“ der „Germania“" gegen den Willen des Prälaten Kaas geschehen sind? Glaubt jemand, daß die Reichstagsauflösung „zufällig“ in einem Augenblick erfolgt, wo die Preußenwahlen die Schwäche der Sozialdemokratie und die Stärke des Zentrums und der Nationalsozialisten gezeigt hat? Unter welchen Parolen wollen Sie denn den Wahlkampf führen?
Unter denselben, die im Preußenwahlkampf versagt haben?

Die Parole: R e t t e t d i e R e p u b l i k! muß versagen, wenn die Republik keine Arbeit schafft. Oder wollen Sie den Wahlkampf führen mit der Parole: Zeichnet Sparprämienanleihe!? Mehr als ein paar Winkelbankiers sind damit nicht zu gewinnen.
Oder mit der Parole eines Gewerkschaftsführers: „Wir wollen lieber arbeitslos bleiben, als an der Goldwährung rütteln!"?
Oder mit der Parole: „Wir appellieren an die Geldmächte der Welt, von deren Gnade wir leben."?
Die Partei wird am Papste sterben, der Faschismus wird Siegen. Wenn es nicht gelingt, die Parole „Krieg der Krise" zu unserer Kampfparole zu machen.

Der Ausweg!

1. Die Reichsbank-Aktiengesellschaft wird sofort verstaatlicht.
2. Um die Geldhortung zu beseitigen und Währungsspekulationen zu verhindern, wird das ausgegebene Geld unter Umlaufzwang gesetzt.
3. Durch Neuausgabe von Geld wird das Preisniveau von 1928 wiederhergestellt und mit Hilfe einer wissenschaftlichen Geldverwaltung dauernd stabilisiert.
4. Anschluß an die von der Englischen Arbeiterpartei und Professor Cassel geforderte Internationale Vereinigung aller das Preisniveau stabilisierenden Länder. Weitgehende Schleifung der Zollmauern zwischen diesen Ländern.
5. Sofortige staatliche Arbeitsbeschaffung, die nicht mit Hilfe von finanzkapitalistischen Goldlotterien, sondern aus den Mitteln der Währungsumstellung finanziert wird.

Da s a c h l i c h e Gründe gegen diese Forderungen nicht existieren, kann die Partei - gestützt auf ihren Organisations- und Presse-Apparat - in k ü r z e s t e r Zeit die Mehrheit des deutschen Volkes für dieses Programm gewinnen -
wenn ihre Führer w o ll e n.

Hans Schumann - Schmölln,
1. Vorsitzender des Parteivereins Schmölln, Bezirksleiter der Eisernen Front.
Mitglied der Arbeiter-Turner, der freien Gewerkschaften usw.
(Seite 47 - 52)

Dann aber wurde ich im Herbst 1932 zu 10 Vorträgen in die Schweiz gerufen. Die Schweizer SPS-Führung schickte als Gegenredner einen Dr. Emil Walter in eine überfüllte Versammlung in Zürich, wo er behauptete, ich sei ein Inflationist, weil ich die Goldwährung ablehne. Worauf ich ihm unter großem Beifall der Versammelten vorwarf, daß er schuld sei an der Massenarbeitslosigkeit und ihn fragte, woher er noch den traurigen Mut habe, sich „Sozialist" zu nennen.
Walter gab einen verlogenen Bericht an seinen Vorstand, der in einem Schreiben an die

Genossen in Berlin behauptete, ich hätte die SPD im Ausland beschimpft, und dieser schloß mich ohne Verfahren Ende Dezember aus der Partei aus, da „niemand zwei Herren dienen" könne.

Vier Wochen später war Weimar gescheitert.

Auf der Seite 53 listet Schumann auf, wie sich SPD- und Gewerkschafts-Funktionäre den neuen Herren anbiederten. Auf der Seite 54 wird deutlich, dass Schumann direkten Kontakt mit Gustav Cassel hatte. Es folgen dann Zitate von Funktionsträgern aus dem linken Lager, die alle die Deflationspolitik verteidigt haben. Dann kommt auf der Seite 57 der schon zitierte Hinweis von Schumann, dass bis „zum Jahre 1960 noch unabhängige Kritiker die Wahrheit sagen“ konnten. Ich bringe einen Ausschnitt von dem Abschnitt „Verschleierte Vergangenheit“:

Am 8. Mai 1985 sagte Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker in seiner Ansprache: Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart."
Dem kann man nur zustimmen, aber diese Vergangenheit beginnt eben nicht erst im Jahre 1933. Was danach an „Unmenschlichkeiten“ geschehen ist - und nicht nur von deutscher Seite! - wäre gar nicht möglich gewesen, wenn Weimar nicht gescheitert wäre. Über diese Vergangenheit konnten etwa bis zum Jahre l960 noch unabhängige Kritiker die Wahrheit sagen - während heute die Öffentliche Meinung offensichtlich anders „präpariert“ worden ist.
Damals konnte man noch lesen:

Der ehemalige Bundesfinanzminister Franz Etzel schrieb in seinem Buche „*Gutes Geld durch gute Politik* 1959 S. 27:
„Ich selbst vergegenwärtige mir an einem anderen Beispiel, wie doch die tragischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte hätten vermieden werden können, wenn wir in den Jahren 1929 bis 1933 in der großen Weltwirtschaftskrise bei uns die gleichen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse über Konjunkturpolitik gehabt hätten, die wir heute haben... Ohne die sechs Millionen Arbeitslose hätte es weder eine nationalsozialistische Machtergreifung noch einen Zweiten Weltkrieg mit allen ihren Folgen gegeben. Fundierte sozialwissenschaftliche Erkenntnisse sichern - und das ist die Erkenntnis aus dieser Betrachtung - Wohlstand und Frieden.

*

«Metall», die Zeitschrift der IG Metall für die Bundesrepublik, schrieb am 21.2.1953: „Zweimal wurde das soziale Gefüge des deutschen Volkes In den Grundfesten erschüttert: während der großen Inflation des Jahres 1923 und nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Ohne diese Katastrophen wäre der Nationalsozialismus niemals eine Macht geworden.“

*

In meinem Text „Flüchtlinge als Ausdruck des Unfriedens in der Welt und als Bedrohung des Bürgerfriedens und 25 Jahre Vereinigung von DDR und BRD“ vom Oktober 2015
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/141.0.Fluechtlinge.Frieden.Verfassung.pdf
habe ich geschrieben:

In diesen Tagen ist von dem Film „Der Staat gegen Fritz Bauer “ von Lars Kraume die Rede. Fritz Bauer, der als Staatsanwalt in Hessen gegen das Vergessen und Verdrängen der Schuld der Deutschen unter der Nazi-Herrschaft gewirkt hat, konnte sich nicht recht vorstellen, dass

die SPD in der Weimarer Republik ihre späteren Peiniger dadurch gefördert hat, dass sie aus marxistischer Befangenheit das Lösungsangebot der Freiwirtschaft unterdrückt hat.
Mein Briefwechsel mit Fritz Bauer ist hier ab Seite 9 zu lesen:
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/55.7%20Die%20etwas%20andere%20Sicht.Anhang%207.pdf

In dem Abschnitt „Hitlers Aufstieg und Untergang“ geht Schumann auch auf den Anteil der Siegermächte und Hjalmar Schachts am Aufstieg ein. Schumann verschweigt auch nicht, dass er dann in der NSDAP gelandet ist:

> Daß man mich aus der SPD ausgeschlossen hatte, gereichte mir zum Vorteil - so wurde ich trotz meiner Tätigkeit als SPD-Funktionär, trotz meiner Mitgliedschaft im Reichsbanner und in der „Eisernen Front“ nicht entlassen. Ich beschränkte mich darauf, neben meinem Beruf im Reichsluftschutzbund tätig zu werden - und so hätte alles ruhig weitergehen können -wenn nicht die Politik gewesen wäre. Im Jahre 1937 erreichte mich der „Vorschlag“, der NSDAP beizutreten - „oder die Gründe für eine Ablehnung anzugeben“. Das war nun nicht ganz einfach - denn bis auf zwei waren alle meine 40 Kollegen bereits „Pgs“ geworden. (Einer war abgelehnt worden, weil er Freimaurer gewesen war, der andere war einmal „wegen Mangels an Beweisen“ freigesprochen worden.)
> Ich schrieb also an den Ortsgruppenleiter, ich sei Anhänger der Lehre Silvio Gesells und daher Gegner des derzeitigen Reichswirtschaftsministers Schacht, dessen Tätigkeit in der Vergangenheit ähnliches in der Zukunft befürchten ließe und würde auch in Zukunft meiner Überzeugung treu bleiben - was er dem Gauleiter (Sauckel) mitteilen möge. - Was ich damals nicht wußte war, daß dieser ebenso ein scharfer Gegner Schachts und Anhänger der Lehre Gesells war. Und so wurde ich ohne mein Zutun „Parteigenosse“.
>
> Die Vorstellung, diese Partei sei eine verschworene Gemeinschaft Gleichgesinnter gewesen, ist völlig töricht. Zur Macht gekommen war sie durch die totale Unfähigkeit der Weimarer Politiker, - zusammengehalten wurde sie nur durch das Charisma des „Führers“, von dem niemand wußte, welche Ziele er erstrebe.
>
> Hinter vielen Idealisten verbargen sich die unterschiedlichsten Kreise: Manche wollten diese Bewegung für ihre klerikalen Ziele ausnutzen, andere für ihre kapitalistischen. Daneben gab es Planwirtschaftler reinsten Wassers, aber „Nationalsozialisten“ waren sie alle - solange es aufwärts ging. Der Bruch mit dem Goldstandard, dem die Weimarer Demokratie von ihren Politikern geopfert worden war, ermöglichte die Überwindung der Deflation und damit der Arbeitslosigkeit auch ohne Aufrüstung. Nachdem Hitlers Forderung einer allgemeinen Abrüstung von den anderen Mächten abgelehnt worden war, begann er mit der Aufrüstung.
>
> Ich führte einen umfangreichen Briefwechsel mit vielen Stellen der Partei und konnte immer wieder feststellen, welche unterschiedlichen Meinungen dort herrschten. Als ich jedoch eine Arbeit „Der Zins als Wahn und Aufgabe“ sozusagen als Test für die Ernsthaftigkeit der Parole „Brechung der Zinsknechtschaft“ erscheinen lassen wollte, wagte keine der Parteidienststellen bis zum damaligen persönlichen Referenten Dr. Josten des - neuen - Reichswirtschaftsministers Funk hierzu die Erlaubnis zu erteilen, bis ich schließlich erfuhr, daß die „Volkswirtschaftliche Abteilung der Reichsbank“ davor gewarnt hatte.
>
> Offenbar aber hatten später bei der politischen und einem Teil der militärischen Führung die imperialistischen Kräfte die Oberhand gewonnen, die die unter großen Opfern besetzten Gebiete nicht befreien, sondern unterwerfen wollten und so den Widerstand der betreffenden Völker geradezu hervorriefen. Allerdings konnte ich das nicht selber feststellen.
>
> Als die Westmächte 1939 nur Deutschland und nicht auch den Sowjets, die gleichzeitig in Polen eingerückt waren - und im Walde bei Katyn 6.000 polnische Offiziere ermordet hatten - den Krieg erklärten, war dieses im Verhältnis zu den anderen Staaten nur schwach gerüstet, leistete aber trotzdem 6 Jahre Widerstand bis zur bedingungslosen Kapitulation.

„Die Geschichte schreibt stets der Sieger", schrieb jener Dr. Dr. Heinemann, der nach 45 gemeinsam mit bzw. auf dem (finanziellen) Rücken des osthörigen „Bundes der Deutschen“ über den Rhein nach Bonn reiten wollte, aber hineinfiel. Und am 19. Januar 86 konnte man in „Bild am Sonntag“ einen Ausspruch des Sohnes russischer Emigranten Herman Wouk, der den 100 Millionen Mark teuren antideutschen Film „Feuersturm" inszenierte, lesen:
„Die Weltgeschichte kennt keine Moral. Die Sieger schreiben die Geschichte, verurteilen und hängen oder erschießen die Verlierer.“ (S. 65 / 66)

Wie aber steht es um die Moral derjenigen Besiegten, die diese „Urteile“ rechtfertigen und die eigene Vergangenheit vergewaltigen?

Dass ich hier so ausführlich auf das eingegangen bin, was Johannes Schumann in seiner Schrift vorgestellt hat, werden mir sicher Freunde aus dem NWO-Umfeld übel nehmen, weil sie fürchten werden, dass die Antifa daraus wieder einen Nachweis konstruiert, der rechtfertigen soll, dass alles, was mit der Freiwirtschaft zu tun hat, faschistisch oder zumindest faschistoid ist. Ich denke, dass es uns erbärmlich erscheinen lässt, wenn wir uns nach politischen Irrläufern – die ihre eigene faschistische Verleumdungsmethode nicht wahr nimmt – in unseren Äußerungen ausrichten.

Ich bringe jetzt als Abschluss zu Schumanns Bericht noch einen Abschnitt, in dem er sich zu der grünen Partei äußert. Hier kommt sein grantiger Stil, von dem ich schon gesprochen habe, gut zum Vorschein:

Die Neo-Grünen
Grün benutzte als Unterscheidung zu den Roten und Schwarzen die Gesell-Bewegung seit ihrem Entstehen; als einzige Partei plakatierte die FSU Grün bei Wahlen. Die gleichgeschalteten Massenmedien blieben ihr verschlossen.
Da „übernahm“ ein ehemaliges FSU-Mitglied - nach einer vorübergehenden Mitgliedschaft in der - roten - SPD - Grün in seine „Grüne Liste Umweltschutz“, die schnell von untergetauchten Roten, Chaoten. „Realos“ und „Fundis“ überrollt wurde.
Diese Neo-Grünen aber wurden und werden von den ferngesteuerten Massenmedien hochgespielt. Da schrieb DIE WELT am 10.1.1986:
„Über den raketenhaften Aufstieg des Umweltschutzes im öffentlichen Bewußtsein und in der Tagespolitik rätseln nicht nur die Meinungsforscher.“
Aber da habe nun ein früherer Staatssekretär im Bundesinnenministerium Günter Hartkopf auf einer Tagung des Deutschen Beamtenbundes ausgeplaudert, daß ein geheimnisvoller Zirkel von Beamten einen „Kampfverband“, den „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ BBU, „gebildet“ und dessen „Gründungsversammlung und noch einiges (?) mehr finanziert“ habe. Rückblickend habe Hartkopf eingeräumt: „Natürlich war allen Beteiligten klar, daß man einen z i e m l i c h w i l d e n Ha u f e n ins Leben gerufen hatte... Doch das eigentliche W a d e n b e i ß e n des Verbandes (BBU) fand immer in der richtigen Richtung statt.“
D a r a u f also kam es an: Der neogrüne „wilde Haufen“ sollte daran gehindert werden, etwa die richtigen Waden zu beißen, die gesellschaftspolitischen U r s a c h e n, die zur Zerstörung unserer Umwelt führen - in den b e i d e n herrschenden Weltsystemen.

Über die westdeutschen Parlamentarier spottete der Neo-Grüne Josef Fischer: „Daß die hier alle (auch.) nur mit Wasser kochen, war eine positive Überraschung“. Und sein Kollege Kleinert: „Keiner, kein einziger hat hier die Probleme im Griff... und alle haben Angst, dabei erwischt zu werden.“

Hierzu der SPIEGEL:
„Die beiden wußten die Schwächen (der anderen) zu nutzen. Schnell entdeckten sie eine Chance für die Grünen und die Möglichkeit zu politischen Karrieren für sich selbst. Zusammen mit Otto Schily wurden sie zu Vorkämpfern für die parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD.“
Die ja auch nur mit Wasser kocht und Angst hat, dabei erwischt zu werden, daß ihr„Sozialismus" ebenso ein Irrlicht ist wie der „demokratische Kommunismus“, den z.B. Otto Schily vertritt.
In einer „Materialverschickung“ schrieb der Vorstand der „Grün-Alternativen Liste“ (GAL) Hamburg am 9.2.1986:
Rotation, imperatives Mandat, Parität und Basisdemokratie wurden erstmal als sympathische, neue Ideen begriffen. Ein großer Teil der Wähler hat sicher dieses G e f ü h l 'GAL'gewählt und nicht unsere programmatischen Forderungen.
Die M e d i e n widmeten uns große und durchaus nicht unbedingt negative Aufmerksamkeit.
Wenn ein großer Teil der Wähler „gefühlsmäßig“ Leerformeln wählt, die man nicht „begreifen“ kann und gar nicht nach den hintergründigen sachlichen Forderungen fragt, dann ist das zweifellos das Ergebnis dieser „Medien“, deren Auftrag es ist, die Aufmerksamkeit der Wähler von einem dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus abzulenken.

Was hinter den „Leerformeln“ der Neo-Grünen steht, mit denen sie ihre nützlichen Mitläufer locken, kann man in ihrem Programm zum „Umbau der Industriegesellschaft“ nachlesen, mit dem sie „Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung“ überwinden wollen.

Die Erwerbslosigkeit wollen sie durch „gerechte V e r t e i l u n g der Arbeit“, also nicht durch Beseitigung der Erwerbslosigkeit bekämpfen.
Die „Mängel einer unregulierten Marktwirtschaft und deren Inflation und immer wiederkehrende Wirtschaftskrisen“ (also den Konjunkturzyklus) will man durch eine gesamtwirtschaftliche demokratische Rahmenplanung“, durch „Vergesellschaftung der Unternehmen“ und durch eine „bedarfsorientierte Produktionsumstellung“ beseitigen. Praktisch führen diese Forderungen in die Sackgasse des Sozialismus/Kommunismus und krümmen den Geldmächten kein Haar und genießen daher die Aufmerksamkeit der Medien.

Ich habe keine Neigung, mich jetzt inhaltlich mit den Aussagen zur grünen Partei auseinander zu setzen. Wer daran Interesse hat, findet auf meiner Homepage genügend Beiträge. Hier nur soviel: Das von Schumann genannte „ehemaliges FSU-Mitglied“ ist Georg Otto. Siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto

Dass von dem freiwirtschaftlichen Impuls und Ansatz bei den Grünen nichts oder nicht viel übrig geblieben ist, ist richtig. Die Berichterstattung aus der Gründungszeit der GLU und der Partei DIE GRÜNEN habe ich nicht als freundlich und förderlich in Erinnerung, sondern als abwertend. Dass die Strategie einzelner Grüner auf die persönliche Karriere ausgerichtet war und nicht auf ein gemeinsames Ziel, sehe ich auch so. Rudolf Bahro hat 1984 auf der Bundesdelegiertenversammlung der Grünen in Hamburg leidenschaftlich dafür plädiert, sich nicht auf die SPD einzulassen. Dass die Parteisignalfarbe grün von der Freiwirtschaft herkommt, ist richtig. Das kann auch bei Anna Hallensleben in ihrer Dissertation „Von der Grünen Liste zur grünen Partei?“, 1984, nachgelesen werden. Die Farbe *grün* bietet sich aber auch für eine Bewegung, die das Leben und die Erneuerung will, an. Der Originaltitel von „Die Welt wird jung“ von Charles Reich, 1971, lautet z.B. „The Greening of America“[98].

98 http://www.tristan-abromeit.de/pdf/146.3%20Verwirrung.Bedraengnis.Not.Charles.Reich.Die.Welt.wird.jung.pdf

Dass nicht jede Pflanze, die gesetzt wurde, grünt, ist im Fall USA sichtbar. Aber das, was tatsächlich von den Grünen geboten wird, kann jemand, der symbolisch unter grünen Fahne der Freiwirtschaft marschiert ist, nicht glücklich machen. Die Wirkungsmächte die im Geld- und Währungsbereich liegen, wurden in der Weimarer Republik von der SPD nicht verstanden und nach gut 80 Jahren werden sie immer noch nicht verstanden. Trotzdem glaubt der Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, dass ihm ein Gestaltungsauftrag für Deutschland zusteht. Damit das nicht als parteiische Aussage gewertet werden kann, schiebe ich hinterher: Auch die Führungsmannschaften der konkurrierenden Parteien sind so klug, dass sie einfache Zusammenhänge nicht mehr verstehen können. Es liegt vermutlich auch daran, dass ihr Denken durch Winkelzüge, durch die Kompliziertheit von Lösungen und die problemlose Übernahme von Vorurteilen geprägt ist. Merkwürdigerweise geht das einher mit dem Anspruch, ein kritischer Bürger zu sein.

oooooooooooooo

Einschub 9 (Grundeinkommen / Grundsteuerreform)

1.))

>> Liebe Generation Grundeinkommen,

«Manifest zum Grundeinkommen» - Heute, am 23. Februar 2017, erscheint unser neues Buch:
«WAS WÜRDEST DU ARBEITEN, WENN FÜR DEIN EINKOMMEN GESORGT WÄRE?»
Ecowin Verlag 2017

Nach der Schweizer Volksabstimmung im Juni 2016 trat der renommierte Ecowin Verlag an uns heran. Die Anfrage lautete, für ein breites Publikum ein Manifest zum bedingungslosen Grundeinkommen zu schreiben.

Das hat uns inspiriert. Wir freuen uns, heute ein Büchlein zu veröffentlichen, das anhand von «95 Thesen zur Befreiung der Arbeit» in die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens einführt.

Mit besten Grüßen,
Daniel Häni & Philip Kovce

Hintergrund:
Nicht ganz neun Monate nach der Schweizer Volksabstimmung wirft das Thema Grundeinkommen international Wellen wie noch nie. Der soziale Zusammenhalt steht vielerorts auf dem Spiel. Es geht ganz grundsätzlich um die Demokratie und einen neuen Gesellschaftsvertrag – dabei kommt das bedingungslose Grundeinkommen als mögliche Antwort immer öfter ins Spiel. Zu den prominenten Befürwortern gehören zum Beispiel Klaus Schwab, Gründer und Vorsitzender des Davoser Weltwirtschaftsforums, der französische Präsidentschaftskandidat Benoit Hamon oder neuerdings auch Elon Musk, der Silicon Valley Unternehmer und u.a. Gründer von Tesla. Als Kritiker taten sich zuletzt in Deutschland der Verdi-Chef Frank Bsirske oder Heinrich Alt, langjähriger Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, hervor. Die zugrundeliegende Frage lautet: Welche Erkenntnisse ziehen wir aus der digitalen Revolution und wie organisieren wir unsere Gesellschaft angesichts des technologischen Fortschritts so, dass dieser

nicht zum sozialen Desaster, sondern zur Erfolgsgeschichte wird.

In ihrem Buch bringen Daniel Häni und Philip Kovce die Frage nach der Zukunft der Arbeit mit 95 Thesen auf den Punkt. Für sie ist klar: Die Antwort auf die Industrialisierung war der Sozialstaat, die Antwort auf die Digitalisierung ist das Grundeinkommen. Dabei ist das bedingungslose Grundeinkommen weit mehr als nur eine finanzielle Versorgung angesichts massiver Umwälzungen auf den Arbeitsmärkten. Sie sehen das bedingungslose Grundeinkommen als Menschenrecht auf Wertschätzung und Würde ohne Leistungsnachweis und als Brückenschlag zwischen dem sozialen Herz und dem liberalen Verstand.

«Das bedingungslose Grundeinkommen ist die erste postideologische Idee des 21. Jahrhunderts. Es ist sozial und liberal. Es sichert die Existenz und ermöglicht Exzellenz. Es steht jedem zu, weil er Mensch ist, und es lässt jeden frei, weil er Mensch ist.»

Daniel Häni, 1966 in Bern geboren, ist Unternehmer, Mitbegründer des Basler Kultur- und Kaffeehauses «unternehmen mitte» sowie Mitinitiator der Schweizer Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen». Sie kam 2016 zur Abstimmung und löste ein weltweites Medienecho aus.

Philip Kovce, 1986 in Göttingen geboren, ist Philosoph, Publizist und Mitbegründer der Berliner «Bürgerinitiative bedingungsloses Grundeinkommen». Er forscht am Basler «Philosophicum» und gehört dem «Think Tank 30» des Club of Rome an. Seine Texte erschienen in der Zeit, der FAZ und der Süddeutschen Zeitung. <<

Ich selber halte nichts von einem bedingungslosen Grundeinkommen, weil es eine weitere Methode sein wird um die Arbeit auszubeuten. Wichtig ist aber eine Auseinandersetzung mit dem Thema, um zu einem sachlichen Urteil zu kommen. Neben dem Modell des bedingungslosen Grundeinkommens gibt es noch das Modell des Ausgleichseinkommens, hier würde pro Kopf zurück verteilt, was für die Nutzung der Güter, die die Natur zur Verfügung stellt, meistbietend gezahlt wurde. Ökonomisch gesehen hätte dann jeder Mensch den gleichen Anteil am Nutzen der Erde. Ökologisch hätte es die Wirkung des sparsamen Umgangs mit allen Naturgütern. Die nächste Meldung hat das gleiche Thema wie das Rückverteilungsmodell zum Thema, nur ist es da so, dass die Abschöpfung der Renten zu Gunsten des Staates dient, der dann den Ertrag dieser Abschöpfungssteuer in Form von Streichungen anderen Steuern an die Bürger weitergibt. TA

2.))

>> Sehr geehrte Aufruf-Unterstützerinnen und -Unterstützer!

Wir möchten Sie heute über den aktuellen **Stand der Grundsteuerreform** informieren. Der vom Bundesrat im Herbst 2016 beschlossene Gesetzentwurf zur des Bewertungsgesetzes und des Grundgesetztes (als erste Stufe der Grundsteuerreform) liegt dem Bundestag seit Dezember 2016 vor. Aber sowohl die erste Lesung im Plenum als auch die Beratung in den Ausschüssen wird immer unwahrscheinlicher. Denn die Regierungskoalition scheint unwillig, den Gesetzentwurf im Bundestag zu behandeln. So berichtet es Susanna Karawanskij (DIE LINKE), Mitglied im Finanzausschuss des Bundestag, in ihrer Pressemitteilung vom 15. Februar. Im Bundesrat stimmten Bayern und Hamburg gegen das Reformmodell auf Basis sogenannter Kostenwerte. Die Bundesregierung möchte aber, dass eine Reform von allen 16 Bundesländern getragen wird.

Wird die Grundsteuerreform bis Ende Juni nicht im Bundestag behandelt, so verfällt der Gesetzentwurf. Ein erneuter Beschluss im Bundesrat wäre dann erforderlich, um das Verfahren wieder aufleben zu lassen. Dabei ist Eile geboten, denn laut seiner am 23. Februar veröffentlichten Vorausschau beabsichtigt

das Bundesverfassungsgericht noch in diesem Jahr, über die Einheitswerte als Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer zu urteilen (Verfassungsbeschwerden gegen Einheitswertbescheide und Grundsteuermessbescheide (1 BvR 639/11, 1 BvR 889/12)).

Die der Grundsteuer zugrunde liegende Bewertung basiert auf Einheitswerten, die für die alten Bundesländer aus dem Jahr 1964, für die neuen Bundesländer sogar aus dem Jahr 1935 stammen. Das Bundesverfassungsgericht prüft seit Längerem die Einheitsbewertung für Stichtage ab dem 1. Januar 2008. Neue Einheitswert- und Grundsteuermessbescheide ergehen seit April 2012 daher nur vorläufig. Auch der Bundesfinanzhof hat 2015 dem Bundesverfassungsgericht die Frage vorgelegt, ob die Vorschriften über die Einheitsbewertung spätestens ab dem Bewertungsstichtag 1. Januar 2009 verfassungswidrig sind. Wenn die veralteten Einheitswerte für verfassungswidrig erklärt werden, droht schlimmstenfalls eine Aussetzung der Grundsteuer und damit ein Einnahmeausfall für die Kommunen, bis der Gesetzgeber ein verfassungskonformes Reformmodell verabschiedet. Mit Blick auf das von der Bundesratsmehrheit beschlossene, aber vermutlich erneut verfassungswidrige „Kostenwert"-Reformmodell erscheint die Untätigkeit der Regierungskoalition besonders abenteuerlich.

Henry Wilke
Referent für Siedlungsentwicklung
Koordination „Grundsteuer: Zeitgemäß!" info@grundsteuerreform.net
Henry.Wilke@NABU.de www.grundsteuerreform.net <<

Ende Einschub 9

oooooooooooooooooooooo

24.Tag: Akademietagungen und der ausbleibende aber mögliche ökonomische Fortschritt I

Ein kluger Kopf hat einmal gesagt: „Es ist erstaunlich, was für einen Unsinn man denken kann, wenn man für sich alleine denkt." Der Spruch besagt nicht, dass ein Mensch, der allein in der Wüste oder in einem Boot auf dem Ozean ist, nichts Sinnvolles denken kann, sondern dass jeder von uns zur Anregung und zur Überprüfung der eigenen Denkergebnisse anderer denkender Menschen bedarf.[99] Soweit diese schriftlich Zeugnis von ihren Denkergebnissen abgelegt haben, brauchen sie nicht einmal unter den Lebenden sein. Das gesprochene Wort eines lebendigen Menschen hat aber sein eigenes Gewicht, besonders auf Tagungen bezogen dann, wenn es außerhalb des Tagungsprotokolls gesprochen wird.

Ich habe schon mehrmals gehört oder gelesen, dass Hochschullehrer eines Faches zu wenig miteinander sprechen. Sie würden nur über die Literatur miteinander kommunizieren, was die Aktion und Reaktion eines Informations- oder Meinungsaustausches viel zu langsam mache. Fachtagungen in Akademien der Erwachsenenbildung mit einer kritischen Zuhörerschaft hätten da eine belebende Wirkung, nicht nur für die Referenten, sondern für alle Teil-

99 Ich will damit nicht sagen, dass es Menschen gibt, die nicht denken können. Das Denken ist Bestandteil des Menschen. Eine Tochter von mir kam im Vorschulalter nach Hause und fragte: „Mama, warum muss ich denken, wenn ich gar nicht denken will?" Hier geht es mir um das systematische auf ein Objekt oder ein Ziel ausgerichtetes Denken.

nehmer.

Ich habe ja schon berichtet, dass ich Kurse von Heimvolkshochschulen besucht habe und auch Abendkurse der Volkshochschulen[100] . Die Wirkung ist ähnlich, wenn auch hier nicht verschiedene Referenten mit den Aussagen des jeweils anderen konfrontiert werden. In Bezug auf Akademietagungen habe ich selber am häufigsten an Tagungen der Ev. Akademie Loccum teilgenommen und nicht nur, weil sie gute Tagungen geboten hat, sondern auch weil sie im übernächsten Dorf - von meinem Wohnort aus gesehen - ihr Domizil hat. Ich werde einige Tagungen aufzählen und dazu etwas sagen, wenn es etwas zu sagen gibt. Ich habe zu diesem Zweck meinen Ordner „Loccum“ hervorgeholt. Bei der Durchsicht habe ich festgestellt, dass ich nicht in jeder Teilnehmerliste von den Tagungen stehe, an denen ich teilgenommen habe. Der Grund ist, dass ich in diesen Fällen ohne Essen und Übernachtung teilgenommen habe oder nur einen Teil der Tagung anwesend war.
Das Problem dieser Tagungen ist, [101] dass meisten auch die Zuhörer Träger von Wissen und Informationen sind, die oft für das Gesamt-Publikum genauso von Interesse wären, wie das der Referenten. Das Einbringen des Wissens der Zuhören in eine Tagung ist aber nur begrenzt möglich. Der Grund ist die Dichte der Vorträge und die Zahl der Teilnehmer. Der zeitliche Raum für Diskussionen ist bei hundert Teilnehmern und mehr zu klein und das Problem mit Arbeitsgruppen zu lösen, hilft auch nur begrenzt. Ich habe für meinen Teil häufiger ein eigenes Informationspäckchen geschnürt und ausgelegt.

Ich beginne mit der Tagung „**25 Jahre Soziale Marktwirtschaft**“ vom 6. bis 9. Oktober 1972, die einen großen Eindruck auf mich gemacht hat.
Zu meinem Erstaunen fand ich noch die Durchschrift eines Begleitschreibens zu meiner Anmeldung. Als ich die jetzt las, war ich erst peinlich berührt. Ich erkläre diese Reaktion nach der Wiedergabe des Inhaltes dieses Schreibens.

Tristan Abromeit
3071 Mardorf
Auf dem Lindenberg 180

Hannover, den 5. 9. 1972

Evngelische Akademie
3055 Loccum

100Die in der Regel in kommunaler Trägerschaft sind.
101 Das bezieht sich auf alle Tagungen der Akademien der Erwachsenenbildung und da gibt es nicht nur evangelische.

Betreff: Tagung: 25 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Sehr geehrter Herr Dr. Storck,

als Anlage erhalten Sie meine Anmeldung zur o. a. Tagung. Da der Tagungsbeitrag von DM 125,-- meine finanziellen Möglichkeiten übersteigt, bitte ich um ein Angebot ohne Frühstück und Übernachtung.

Ich möchte aus drei Gründen an der Tagung teilnehmen:

1. bin ich ein engagierter und konsequenter Marktwirtschaftler, dem das Beiwort „sozial" in der Bezeichnung unserer Wirtschaftsordnung sehr verdächtig ist.

2. Ich möchte gerne einige der bedeutenden Referenten aus der Nahe kennenlernen; die Sockel, auf denen sie als lebende Denkmäler mit der Aufschrift Schöpfer der Marktwirtschaft stehen, scheinen mir sehr brüchig.

3. Als Gründungsmitglied der Freien Akademie Norddeutschland mit Sitz in Mardorf möchte ich die FAN Ihnen sozusagen als neuer Nachbar vorstellen.
Mit freundlichen Grüßen

T. A. / Anlage

Warum war mir meine Anmeldung peinlich, als ich sie jetzt las? Dass ich nicht einmal den stark runter subventionierten Preis für die Teilnahme zahlen konnte, weist mich zwar als „armen Schlucker" aus, war für mich als Darlehenssachbearbeiter in der LBS, damals noch eine Abteilung der Nord Lb mit vier Kindern ein Normalzustand. Heute frage mich nur, ob die Subventionierung dieses Teils der Erwachsenenbildung nicht ebenfalls eine Umschichtung des Einkommens von unten nach oben ist. Denn die Teilnehmer, die dieses Angebot annehmen, gehören wohl selten den Geringverdienern und denen der unteren Gehaltsgruppen an.

Peinlich war mir für einen Moment Punkt 3. Ich stelle mich als Gründungsmitglied einer Akademie vor und kann in einer bestehenden Akademie nicht einmal einen subventionierten Kostenbeitrag für eine Tagung bezahlen. „Was haben wir denn da für einen Spinner?" Müssen Storck und das Kollegium doch damals gedacht haben. Wie kam es zur Gründung des Vereins *Freie Akademie Norddeutschland*? [102] Im Studium an der AWP in Hamburg – das nicht auf eine bestimmte Berufstätigkeit ausgerichtet war - hatte sich für mich als Ziel die Arbeit in der Erwachsenenbildung herausgebildet. Ein Motiv war, dass ich das, was ich dort empfangen hatte, weiterreichen wollte. Ich hatte auch von einer Organisation die mündliche Zusage für eine Übernahme. Kurz vor dem Examen 1966 erhielt ich dann die Mitteilung,

102 Später habe ich erfahren, dass es noch einen gleichnamigen Verein gab, der wohl auch ohne Bedeutung geblieben ist.

man könne die Zusage nicht einhalten, weil öffentliche Mittel gestrichen worden seien. Es stellte sich für mich heraus, dass man für diesen Arbeitsmarkt am richtigen Ort in der richtigen Partei und möglichst auch in einer Gewerkschaft und / oder Kirche eingebunden sein musste. Ich war in dieser Beziehung freischwebend, also für diesen Markt ungeeignet. Auf Umwegen war ich bei der Nord Lb /LBS gelandet, um die auf 6 Köpfe angewachsene Familie versorgen zu können.[103] Von meinem Wissen über die Freiwirtschaft konnte ich bei der „Fließbandarbeit" als Darlehenssachbearbeiter nichts verwenden. Die Medien zeigten mir aber, dass dieses Wissen in der praktischen Politik fehlte. Hinzu kamen folgende Überlegungen: Das, was es an Institutionen in der Erwachsenenbildung gab, war nach dem Krieg auch alles klein und manchmal unter abenteuerlichen Bedingungen angefangen. Und so, wie man den Gründer einer Werkstatt, einer Bäckerei oder eines Handels nicht vorwerfen kann, dass sie mit ihrer Tätigkeit, ihr „Brot" verdienen wollen [104], so könnte man mir auch nicht vorwerfen, wenn ich mit einer Bildungseinrichtung mein „Brot" verdienen möchte. Da ich aber immer davon überzeugt war, dass das Denken mit dem Handeln verknüpft sein müsste, habe ich nach Mitstreitern für die Gründung einer Akademie gesucht. Bei diesem gescheiterten Versuch, der nicht weit über die Gründung eines Vereines hinaus kam – kann man mir Fehler anrechnen, die wesentlichste Ursache aber war, dass man ohne einen Verband im Hintergrund - bei den Fördergesetzen, die auf den Erhalt von Erbhöfen ausgerichtet sind - eine Neugründung nicht oder nur schwer möglich ist, wenn nicht ein beachtliches Startkapital vorhanden ist. Die Parteifreunde in der FDP wollten oder konnten sich nicht engagieren, vermutlich weil ein solches Projekt in Konkurrenz zur parteinahen Stiftung gestanden hätte. Ein wesentlicher Hemmschuh war auch, dass kein Geld vorhanden war, um sich eine öffentliche Aufmerksamkeit mit Anzeigen zu kaufen und dadurch eine tragbare Zahl von Mitwirkern zu gewinnen. Bei diesem Projekt und auch anderen hat das Internet gefehlt, das heute manches leichter macht.

Es gibt ja viele Zeitgenossen, die beklagen, dass alle Lebensbereiche kommerzialisiert werden. Soweit das Ziel solcher Gründungen ist, eine ordentliche Rendite zu erwirken, bin ich auf der Seite dieser Kritiker. Wenn es aber um die Freiheit in der Bildung und um die Mitbestimmung der Bildungsnachfrager, um den Abbau der Herrschaft der Verbandsmacht und der Bildungsbürokratie geht, bin ich für einen <u>wirklichen</u> Bildungsmarkt. Im übrigen fand ich

103 Ich habe weiter oben schon einen Teil meines Weges zur Ökonomie einfließen lassen. Ich greife den Faden später wieder auf. Hier geht es nur um eine Situationsbeschreibung.

104 Der Broterwerb, war wie meistens bei meinen Ideen, ein nachgeordnetes Ziel. „Wenn es sich ergeben würde, dann wäre es gut."

mich damals ideell von den Gedanken von Ivan Illich (Entschulung der Gesellschaft), Paulo Freire (Pädagogik der Unterdrückten) und durch Arbeiten von Hartmut von Hentig, zu dem ich damals einen brieflichen Kontakt knüpfte, unterstützt.

Ich füge jetzt auf der nächsten Seite das eingescannte Programm ein. Für diejenigen, die an damalige Presseberichte interessiert sind, nenne ich noch einige Quellen:

Hannoversche Presse vom 9. 10. 72, S. 20: „Soziale Marktwirtschaft kann Grundmodell für Europa sein"
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 7./8. 10. 72: „Nationale Währungspolitik ist tot" von Wilhelm Hankel
FAZ vom 10.10. 1972, S. 13: „Soziale Marktwirtschaft als dauernde Herausforderung"
DBB Auszüge aus Pressearti., Nr. 75, 12.10.72: „Marktwirtschaft und internationale Kapitalverkehr", H.J.Abst
DBB Auszüge aus Pressearti., Nr. 77, 20.10.72, „Die Notenbankpolitik in der sozialen Marktwirtschaft" von Dr. Leonhard Gleske, Präsident der LZB in Bremen.
Eine weitere Meldung scanne ich als Bilddatei ein.
Das sonst übliche Protokoll der Tagung wurde von der Ev. Akademie m.W. nicht herausgegeben, da die Tagung in dem Band „Marktwirtschaft und soziale Verantwortung" inhaltlich dargestellt wurde. Herausgeber ist Dr. Bodo B. Gemper in Verbindung mit der Ev. Akademie Loccum.

Ich habe mir das zuletzt genannte Buch im Jahr 2001 ausgeliehen. Mit meinem Schreiben vom 8.5.01 habe ich es an die Evangelische Akademie z. Hd. Herren Dr. Fritz Erich Anhelm zurückgereicht. Ich schrieb damals:

T.A. an
Evangelische Akademie Loccum
z.Hd. Herrn
Dr. Fritz Erich Anhelm
31547 Rehburg-Loccum
Neustadt, 08.05.01

Buchrückgabe / Agenda Niedersachsen 2001, 1. und 2. Teil
Sehr geehrter Herr Anhelm,
ich reiche das von der Akademie entliehene Buch „Marktwirtschaft und Soziale Verantwortung" mit Dank zurück. Damit Sie und Ihre KollegInnen erfahren, warum mich die Tagungsinhalte „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft" von 1972 interessiert haben, überreiche ich meine Texte „Agenda Niedersachsen 2001" Teil 1 und Teil 2 zur Information und Anregung. Ebenfalls erhalten Sie eine Kopie meines Schreibens an den Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, Herrn Prof. Wernstedt - der ja gleichzeitig Konventmitglied ist - zur Information.
Ich habe die Beitrage von Rosenberg und Frickhöfer aus dem Buch in meine Dokumentation (8) übernommen. Wenn mein Schrieb Beachtung findet, kann dadurch nochmals Aufmerksamkeit auf die Tagungsinhalte von 1972 gelenkt werden. Es ist aber eher wahrscheinlich, daß meine Bemühungen - wie die vieler anderer Bürgerinnen - ins Leere laufen und das Schiff „Deutschland" einmal mehr auf die Klippen fährt.
Ist Ihnen bekannt, ob es in einer der Akademien in der BRD eine Zwischenbilanz

zum Thema 50 Jahre „Soziale Marktwirtschaft" gegeben hat?
Mit freundlichen Grüßen
Tristan Abromeit
Anlagen: Agenda Niedersachsen 2001, Teil 1 = Hefte
Agenda Niedersachsen 2001, Teil 2 = Haupttext, Übersicht, Anschreiben, CD-ROM

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.8%20OB%20Lt.%20Doku%2008.pdf

E V A N G E L I S C H E A K A D E M I E L O C C U M

25 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Zwischenbilanz eines ordnungspolitischen Experimentes

kritische Analyse — zukünftige Gestaltung

Tagung vom 6. bis 9. Oktober 1972

Leitung der Tagung: Dr. Bodo B. Gemper, F.S.S., Köln/Siegen*)

Der Grundstein für die „Soziale Marktwirtschaft" wurde vor 25 Jahren gelegt, als im Jahre 1947 Alfred Müller-Armacks Veröffentlichung „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" erschien und Wilhelm Röpke sein Manuskript über „Die Ordnung der Wirtschaft" verfaßte. Zwei Jahre später hat sich die erste Bundesregierung für diese Ordnung des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik Deutschland entschieden. Seitdem ist das Grundprinzip der bewußt sozial gesteuerten Marktwirtschaft Grundlage der Wirtschaftspolitik.
Gegenwärtig wird der Vorwurf laut, daß auch die Soziale Marktwirtschaft die in sie gesetzten Erwartungen, zu einer Lösung der dringenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme beizutragen, nicht erfülle.

Die Evangelische Akademie Loccum lädt ein, eine Zwischenbilanz zu ziehen, das heißt,

- die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft sachlich und kritisch zu analysieren,
- Wege und Methoden zu erkunden, wie diese Wirtschaftsordnung auf veränderte Verhältnisse ausgerichtet werden kann,
- neue Ansätze für die zukünftige Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsordnung in einer freien und demokratischen Gesellschaft zu entwickeln und aus dem Rückblick der Erfahrungen mit der Wettbewerbswirtschaft,
- die Voraussetzungen zu definieren, die für die Realisierung dieser Ansätze angesichts der sich verändernden technischen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten zu schaffen sind.

Ziel dieser Tagung ist es, die ordnungspolitische Diskussion voranzubringen und den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen zu fördern.

Die wirtschaftspolitischen Erfahrungen anderer Länder, die sich bildende Staatengemeinschaft in Europa und die darüber hinausgehende Zusammenarbeit innerhalb des atlantischen und des östlichen Raumes werden dabei auch im Blickfeld dieser Zwischenbilanz liegen.

Pastor Dr. Hans Storck
Akademiedirektor

Dr. Bodo B. Gemper
Studienleiter

---

*) 5 Köln 1, Mainzer Straße 70, Tel.: (0221) 38 98 00

Freitag, 6. Oktober 1972

Soziale Marktwirtschaft — Eine Zwischenbilanz

14.00 Uhr Begrüßung
Pastor Dr. Hans Storck, Akademiedirektor

14.10 Uhr Staatsverfassung, Wirtschaftsordnung und nationales Selbstverständnis
– Einführende Betrachtungen zur Tagung –
Dr. et lic. rer. pol. Bodo B. Gemper, F.S.S., Gesamthochschule Siegen

14.30 Uhr Bilanz der ordnungspolitischen Experimente — 25 Jahre Soziale Marktwirtschaft
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Dr. h. c. Alfred Müller-Armack, Universität Köln

15.30 Uhr Kaffee

Samstag, 7. Oktober 1972

Stabilitätspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft

8.30 Uhr Morgenandacht
Pastor Dr. Hans Bolewski, Hannover

9.15 Uhr Die deutsche Finanzpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft — eine kritische Analyse
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Fritz Neumark, Universität Frankfurt am Main

10.15 Uhr Soziale Indikatoren — eine Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft
Dipl.-Volkswirt Ralf Zeppernick, Bonn

10.45 Uhr Verteilungspolitische Probleme der Marktwirtschaft
Rudolf Henschel, Vorstandssekretär, Abt. Wirtschaftspolitik, Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Düsseldorf

11.30 Uhr Wandlung oder Umbruch der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung?
Alt-Bundeskanzler Prof. Dr. Dr. h. c. mult.

Sonntag, 8. Oktober 1972

Sozialpartner und Soziale Marktwirtschaft

8.30 Uhr Morgenandacht
Pastor Dr. Hans Storck

9.15 Uhr Von der „Ökonomisierung der Finanzpolitik" zur „Konzertierten Aktion"
Dr. et lic. rer. pol. Bodo B. Gemper, F.S.S., Gesamthochschule Siegen

10.00 Uhr Unternehmen und Unternehmensführung in der Sozialen Marktwirtschaft
Dr. Friedrich A. Neuman, Vorsitzender der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens, Präsidialmitglied der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Düsseldorf

10.45 Uhr Die Stellung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft
Ludwig Rosenberg, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1962-1969), Düsseldorf

11.30 Uhr Gewerkschaften und demokratische Parteien in der Sozialen Marktwirtschaft
Dr. Ludwig Bußmann, Mitglied des Beraterstabes des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

12.15 Uhr Mittagessen

15.00 Uhr Kaffee

15.30 Uhr Organisierte Interessen und Soziale Marktwirtschaft
Prof. Dr. Christian Watrin, Universität Köln

16.15 Uhr Das Schicksal der Marktwirtschaft im separierten Teile Deutschlands (DDR)
Staatsminister a. D. Prof. Dr. Bruno Gleitze, Mitglied des Forscherkreises des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, Berlin/Bonn

17.15 Uhr Der westliche Industriestaat in kommunistischer Sicht
Prof. Dr. Hans Lades, Universität Erlangen-Nürnberg

18.00 Uhr Soziale Marktwirtschaft als permanente Herausforderung
Ministerialdirektor Dr. Otto Schlecht, Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bereich Wirtschaft, Bonn

19.00 Uhr Abendessen

20.30 Uhr Kann die Soziale Marktwirtschaft unsere dringenden gesellschafts- u. wirtschaftspolitischen Probleme lösen?

Ein kontradiktorisches Gespräch mit

- Wolfgang Frickhöffer, Vorsitzender des Vorstandes der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heidelberg
- Staatsminister a. D. Prof. Dr. Bruno Gleitze, Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (1954–1968), Köln/Düsseldorf
- Prof. Dr. Norbert Kloten, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Universität Tübingen
- Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Dr. h. c. Alfred Müller-Armack, Universität Köln
- Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Fritz Neumark, Universität Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Otto Pfleiderer, Präsident a. D. der Landeszentralbank in Baden-Württemberg, Stuttgart
- Ludwig Rosenberg, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1962-1969), Düsseldorf
- Ministerialdirektor Dr. Otto Schlecht, Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bereich Wirtschaft, Bonn
- Pastor Dr. Hans Storck, Direktor der Evangelischen Akademie Loccum
- Prof. Dr. Christian Watrin, Universität Köln

Leitung: Dr. Bodo B. Gemper, Gesamthochschule Siegen

Montag, 9. Oktober 1972

Verfassung und Soziale Marktwirtschaft

8.30 Uhr Morgenandacht

9.15 Uhr Chancen und Grenzen einvernehmlicher Regelungen in der Marktwirtschaft
Nationalrat Prof. Dr. Leo Schürmann, Olten (Schweiz)

10.00 Uhr Soziale Marktwirtschaft als staatliche Veranstaltung?
Prof. Dr. Erich Hoppmann, Universität Freiburg i. Br.

11.00 Uhr Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Aspekte des Wirtschaftsinterventionismus in der Sozialen Marktwirtschaft
Prof. Dr. Karl Heinrich Friauf, Universität Köln

11.45 Uhr Diskussion

12.30 Uhr Mittagessen

14.15 Uhr Wirtschaftsordnung und Grundgesetz
Dr. Ernst Benda, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Karlsruhe

15.00 Uhr Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft
– Infrastruktur, Umweltschutz, Demokratisierung –
Wolfgang Frickhöffer, Vorsitzender des Vorstandes der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heidelberg

Die Tagung endet um 16.00 Uhr

An die
Bundesbürger
Prof. Ludwig Erhard Prof. Karl Schiller 5300 Bonn 12
Postfach 120153

Ihre Anzeigenkampagne „Wir erklären zur Sache"

Sehr geehrte Herren,
das Gemeinsame zwischen Ihnen als Professoren und professionellen Politikern und mir, dem mit Bildung angehauchten Arbeiter und unbekannten Parteimitglied, ist, daß wir uns als Marktwirtschaftler verstehen.

Der wesentliche Unterschied zwischen Ihnen und mir wird aber sein, daß ich die Marktwirtschaft als ein nur in Ansätzen realisiertes revolutionäres Programm verstehe, dessen Energie unter evolutionärer Kontrolle gehalten werden kann, und Sie wohl meinen, mit etwas Tünche das Vorhandene und Erreichte verbessern zu können.

Da ich annehme, daß Sie nicht Ihr eigenes Geld in der Anzeigenserie verpulvern, sondern finanziell von den Arbeitgeberverbänden gefüttert werden, frage ich mich, was wollen Sie eigentlich bezwecken? Wenn es nur die Gefahr ist, die SPD könne Ihre marktwirtschaftliche Orientierung verlieren, so

ist Ihr Blick getrübt; denn mit der CDU und der FDP steht es nicht besser. Sie Herr Prof. Erhard müßten dann auch aus der CDU und ich aus der FDP austreten.
Diese Misere liegt doch nicht so sehr im politischen Wollen der Parteien (wenn auch schwache Charaktere Mitverursacher sind), sondern in dem trüben Zustand der Wirtschaftswissenschaften. Lesen Sie bitte einmal den beigefügten Entwurf eines Manifestes der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft von Karl Walker, vielleicht merken Sie dann, daß die Fronten anders verlaufen, als der Leser Ihrer Anzeigen vermuten muß. (Beachten Sie auch in diesem Zusammenhang den fotokopierten Beitrag von Karl Walker in den SG-Kommentaren vom Juli 1972)

Herr Prof. Erhard, ich habe auf der Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ der Evangelischen Akademie Loccum Ihre zehn Thesen zur Politik in der BRD vernommen. Glauben Sie wirklich, Sie würden die Anzeigen finanziert bekommen, wenn Sie mit Ihrem Bündnispartner Schiller, diese Thesen verwirklichen wollten ? Ich habe Sie auch gefragt, ob Sie als Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Ihre Ideen und Vorstellungen durchsetzen konnten. Sie haben gelacht und geantwortet, mit den Maßhalteappellen hätten Sie keinen Erfolg gehabt. Diese Frage könnte ich auch Ihnen, Herr Schiller, stellen. Der Mißerfolg mit den antimarktwirtschaftlichen Maßhalteappellen war erfreulicherweise genauso groß. Meine Frage zielte aber in eine andere Richtung. Nämlich: Wurde der Ex-Minister und -Kanzler daran gehindert, marktwirtschaftlich zu operieren oder hatte er keine marktwirtschaftlich adäquate Lösungsvorstellungen?

Um auf die Tagung in Loccum zurückzukommen: Die über zwei Dutzend Referate berühmter Leute haben den über Hundert Teilnehmern aus Wirtschaft und Lehre bezüglich der ordnungspolitischen und währungspolitischen Probleme keine Klarheit gebracht. Die Mehrheit mußte wieder mit leeren Händen nach Hause fahren. Nur für Kenner der währungs- und ordnungspolitischen Landschaft gab es im allgemeinen Nebel einzelne Lichtblicke.

Ihrem Kollegen Müller-Armack habe ich gesagt, daß kein Grund vorläge, die Soziale Marktwirtschaft zu feiern, weil sie eine verhinderte Marktwirtschaft wäre, ein konsequente Marktwirtschaft bräuchte keine schmückenden Beiworte, sie wäre in sich sozial.

Prof. Müller-Armack fragte dann, wie ich denn die bestehende Wirtschaftsordnung genauer bezeichnen würde. Ich habe geantwortet: „Sie ist ein willkürlich-punktuelles Interventionssystem."

Zum Schluß: Der rebellierenden Jugend und den älteren linken Kritikern wird u.a. auch von Ihnen vorgeworfen, sie würden die bestehende Ordnung verneinen, hätten aber keine Alternative anzubieten. Frage: Wo sind denn die liberalen Aufklärer, die eine Formulierungshilfe leisten könnten? Ich wiederhole meine Behauptung: unsere Marktwirtschaft wird nicht durch Sozialisten gefährdet, sondern durch die gefühlsduseligen Glaubensliberalen, denen brüderliches Mitempfinden und klares Denken abhanden gekommen

sind.

Uns fehlen Männer wie Alexander Rüstow, der sich im Ziel mit dem des Sozialismus einig weiß, aber einen besseren Weg als die Sozialisten mit vorbereiten half. Er sagte 1952 „Jeder, der mit intellektueller Redlichkeit und ethischer Leidenschaft sich bemüht, die Gerechtigkeitsforderung des Sozialismus auf freiheitliche und menschliche Weise zu erfüllen, soll uns als Mitstrebender willkommen sein.“ (in „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft" Vita-Verlag – Heidelberg-Ziegelhausen)
Und noch eins: Welche Chancen geben Sie denn eigentlich marktwirtschaftlich orientierten Rebellen? Haben Sie sich etwa andere Mitarbeiter als Ja-Sager ausgesucht?

Sie vergeuden Unsummen mit Ihren Anzeigen, wenn ich aber bei Ihnen anklopfen würde, um eine kleine Starthilfe für meine Initiative „Freie Akademie Norddeutschland e.V." zu erbitten, so würde ich sicher auch nur eine der sattsam bekannten Antworten bekommen.

Mit zornigen Grüßen
Tristan Abromeit

Anlagen Seite

Aus Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil / Dokumentation 4/
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.4%20OB%20Lt.%20Doku%2004.pdf

Anmerkung vom Februar 2017:

Ich war damals über die Maßhalteappelle empört, nicht weil ich das Maßhalten für schlecht hielt. Es ist ein durchaus sinnvolles Ziel. Diese Maßhalteappelle waren einfach eine Irreführung des Publikums. Hier wurde die Ursache der schleichenden Inflation von der Notenbank auf die Marktteilnehmer verschoben. Ich hatte einfach keine Erklärung dafür, warum Erhard und Schiller solchen Unsinn propagierten. Wenn das Publikum zur Hälfte mit Lohnverzicht und den reduzierten Preisen reagiert hätte, dann wäre das kein Beitrag zur Preisniveaustabilität gewesen. Die andere Hälfte wäre ohne Gegenleistung bereichert worden.

Ich wusste damals noch nicht, dass Erhard der Freiwirtschaftsschule nahe stand und ich habe auch nicht bedacht, dass Politiker, die ein marktwirtschaftliches Programm realisieren wollen und von lauter marktwirtschaftliche Ignoranten abhängig sind, bedauernswerte Menschen sind, denn sie werden dafür kritisiert, was durch die Blockade der anderen schiefläuft.
Wenn ich die Protokolle der Bundestage des Freiwirtschaftsbundes „Magna Charter der Sozialen Marktwirtschaft“ (1951) und „Das Programm der Freiheit“ (1952) genauer gelesen hätte, dann hätte ich seine Nähe zur Freiwirtschaft und den Ordoliberalen erkennen können.

Ich habe neulich in einem Brief formuliert: Die genannten Tagungen waren die Gebärmutter für die Aktion Soziale Marktwirtschaft, aus der die freiwirtschaftlichen Gründer herausgedrängt wurden.

Kritische Analyse der Sozialen Marktwirtschaft in der Evangelischen Akademie Loccum

Erhard: Nicht dort beginnen, wo „Das Kapital" aufgehört hat

Von unserem Korrespondenten

dh. **Hannover,** 8. Oktober

Vor dem Hintergrund der zunehmenden ideologischen Entfremdung zwischen Wirtschaft und bestimmten Gruppen der Gesellschaft analysierten Fachleute in der Evangelischen Akademie Loccum das ordnungspolitische Experiment „Soziale Marktwirtschaft". An der Spitze von Vertretern aus Industrie und Bürokratie zog der Vater dieser Wirtschaftsform, Alt-Bundeskanzler Ludwig Erhard, eine Zwischenbilanz.

Wenn auch einige Mißtöne in der Loccumer Idylle das Jubiläum störten — über die Soziale Marktwirtschaft, an der sich die Wirtschaft der Bundesrepublik seit 25 Jahren orientiert, urteilte Ministerialdirektor Otto Schlecht vom Bundeswirtschafts- und -finanzminsterium: „Opas Marktwirtschaft ist tot" —, wurde diese Wirtschaftsform selbst von ihren extremen Gegnern nicht in Bausch und Bogen verdammt.

Nicht in allen Punkten seien, so die Kritiker, die in sie gesetzten Erwartungen zu einer Lösung der dringenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme erfüllt. Vor allem der soziale Aspekt stand im Vordergrund dieser Kritik.

Doch diesen Einwürfen konnte Professor Müller-Armack, einer der Theoretiker und Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, entgegenstellen, daß dieses System eine Leistungsbilanz aufweise, wie sie von keiner anderen Wirtschaftsordnung in der Welt bisher erreicht worden sei. Es komme jetzt darauf an, diese Wirtschaftsordnung fortzuentwickeln.

Erwartungsvoll und mit großem Applaus empfingen die mehr als 100 Tagungsteilnehmer Prof. Ludwig Erhard. Der Alt-Bundeskanzler forderte: „Unsere Gesellschaft muß sich formieren und zu einer reiferen Gesinnung gelangen." Die Soziale Marktwirtschaft müsse als „Lebensform" begriffen werden, die trotz aller Anfeindungen nicht mehr überwunden werden könne. Man könne nicht wieder dort beginnen, wo Karl Marx mit seinem Standardwerk „Das Kapital" aufgehört habe.

Zu dem Vorwurf, er habe sich während seiner Amtszeit mehr an materiellen Gesichtspunkten orientiert, stellte Erhard fest, man hätte ihn nicht verstanden, wenn er zu jener Zeit des Hungers und der Entbehrungen gefordert hätte, darbt und hungert weiter, wir bauen Universitäten. Bis 1960 habe notwendigerweise die Versorgung der Bevölkerung im Mittelpunkt der Sozialen Marktwirtschaft gestanden.

Scharf attackierte der Alt-Bundeskanzler die Versuche radikaler Gruppen, die Ordnung unserer Gesellschaft umzustürzen. Eine „gespaltene Moral" warf Erhard „Schriftstellern von hohem Rang" in der Bundesrepublik vor, die einerseits die hier geltende Gesellschaftsordnung ablehnten, andererseits kein Wort für ihre von einem totalitären System bedrängten russischen Kollegen fänden.

An die Adresse der Gewerkschaften gewandt, forderte der Alt-Bundeskanzler eine klare Antwort auf die Frage, ob sie „auf einen entscheidenden Umbruch" hinarbeiten oder sich gar „zu der Methode eines Umsturzes" bekennen würden. In zehn Thesen, die bei seinen Zuhörern stürmischen Beifall fanden, umriß Ludwig Erhard Gedanken und Wesen der Sozialen Marktwirtschaft:

1. Endgültige Überwindung des sich wieder regenden Klassenkampfgedankens und Widerstand gegen eine bewußt künstlich gezüchtete Proletariermentalität;

2. verstärkte Anstrengungen, noch bestehende soziale und gesellschaftliche Spannungen und daraus resultierende Vorurteile dieser Art endgültig abzubauen;

3. optimale Verteilung des Volkseinkommens unter Berücksichtigung sozialer Gegebenheiten nach den Maßstäben einer fortschrittlichen Leistungsgesellschaft;

4. gleiche Bildungs-, Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten ohne ideologische Bindung nach dem Grundsatz: Freiheit der Wissenschaft;

5. freier Wettbewerb auf allen Gebieten menschlicher Betätigung ohne staats- oder parteipolitische Begünstigungen;

6. Beseitigung von Privilegien und künstlichen Rechtspositionen auf privater und staatlicher Ebene; systematischer Abbau von Subventionen, Verzicht auf Parteibuchkarrieren;

7. Ausbau und Erweiterung der Liberalisierung, Kampf gegen Nationalismus und Protektionismus. Allgemeiner Zollabbau auch über bestehende Wirtschaftsblöcke hinaus;

8. Sicherung beziehungsweise Wiederherstellung der wirtschaftlichen, sozialen und monetären Stabilität. Kampf gegen den Kollektivismus durch Sicherung einer individuellen freiheitlichen Lebensordnung. Durchsetzung einer breiten Vermögensstreuung;

9. Kampf gegen den Mißbrauch privater, aber nicht minder auch öffentlich-rechtlicher, wirtschaftlicher oder politischer Macht;

10. Politik des Friedens, aber eindeutiges Bekenntnis zur westlichen freien Welt und zur Charta der Vereinten Nationen.

Auf dieses Bekenntnis Erhards antwortete der frühere DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg (Düsseldorf), die Soziale Marktwirtschaft habe zwar die wirtschaftliche Lage des Arbeitnehmers verbessert, jedoch habe man mit ihr nicht jene gesellschaftspolitischen Ziele erreicht, die Voraussetzung für ein sinnvolles Leben seien. Die Hoffnungen und das Streben der Arbeitnehmer gehen nach Meinung Rosenbergs „den Weg der Reform — nicht der Revolution", die immer nur die Konsequenz verpaßter Reformen sei.

Soziale Marktwirtschaft

Der Grundstein für die nach dem Motto „So viel Wettbewerb wie möglich, so wenig Staat wie nötig" funktionierende „Soziale Marktwirtschaft" wurde vor 25 Jahren gelegt, als 1947 Alfred Müller-Armacks Veröffentlichung „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" erschien und der Nationalökonom Wilhelm Röpke sein Manuskript über „die Ordnung der Wirtschaft" verfaßte. Zwei Jahre später hatte sich die erste Bundesregierung für diese Ordnung des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik entschieden. Seitdem ist das Grundprinzip der bewußt sozial gesteuerten Marktwirtschaft Grundlage der Wirtschaftspolitik.

Seite 11: Eingriffe in den Kapitalverkehr

Kommentar zu den zehn Thesen von Ludwig Erhard im Artikel der Zeitung DIE WELT vom 9. 10. 72. Die Überschrift > ***Erhard: Nicht dort beginnen, wo „Das Kapital" aufgehört hat*** < ist schlecht gewählt. Gerade weil das Werk von Marx die Sozialisten in die Irre geführt hat, muss man dort anfangen, um auf der Suche nach Lösungen zu suchen. So wie Dieter Suhr mit seiner Arbeit „*Der Kapitalismus als monetäres Syndrom / Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie*." Das schließt ja nicht aus, dass man auch bei anderen ökonomischen Denkern nach einer Hilfestellung sucht. Aber Erhard hat 1972 in einer Zeit gesprochen, als bei uns in den Hochschulen und im parteipolitischen Umfeld der Marxismus Hochkonjunktur hatte. Aber warum hatte der Marxismus Hochkonjunktur? Weil das Modell Soziale Marktwirtschaft nicht das lieferte, was es versprochen hatte. Die APO (Außerparlamentarische Opposition) und der Studentenprotest hätte sich ja auch in liberaler Richtung formieren können. Aber in den Hochschulen und Parteien war niemand da, der über die Ursachen der Differenz zwischen Idee und Wirklichkeit aufklären konnte oder wollte. Marx hat also nur die Lücke gefüllt, die die Liberalen nicht füllen konnten.

Zur These 1:
Endgültige Überwindung des sich wieder regenden Klassenkampfgedankens und Widerstand gegen eine bewußt künstlich gezüchtete Proletariermentalität;

Eine Idee, die werbend in der Gesellschaft lebendig wird, braucht Symbole als Erkennungszeichen. Für den Marxismus war das der weisungsgebundene, ausgebeutete Arbeiter. Was haben denn die liberalen Schulen für ein Angebot zur Lösung der aufgekommenen Spannungen gehabt, nachdem sie das freiwirtschaftliche Angebot ignoriert oder gar unterdrückt haben? Und was hätten die Liberalen für ein Erkennungszeichen gehabt, wenn die Menschen sich von ihren Ideen eine Besserung der Lage erhofft hätten? Die Krämerseele, eine Karikatur des Kaufmannes? Wer damals politisch ernst genommen werden wollte, musste wenigstens nachweisen, dass der Vater oder Großvater ein Arbeiter gewesen war. Meine Formulierung in meinem Schreiben an Erhard und Schiller „ … dem mit Bildung angehauchten Arbeiter ..." entsprach zwar meiner Selbsteinschätzung, ist aber auch Ausdruck des damaligen Zeitgeistes.
Gesellschaftliche Klassen haben zu jeder Zeit ihre eigene Ausdrucksform. Eine Züchtung der Proletariermentalität ist nicht möglich, wenn es nicht eine entsprechende soziale Unsicherheit, ungerechte Verteilung beim Einkommen und beim Vermögen gibt. Anstatt auf Ideologen in solch einer Situation – wie sie bestand – zu schimpfen, wäre es besser gewesen, zu fragen, was schief gelaufen ist.

Zur These 2:
… verstärkte Anstrengungen, noch bestehende soziale und gesellschaftliche Spannungen und daraus resultierende Vorurteile dieser Art endgültig abzubauen;

Es mag Spannungen geben, die aufgrund von Vorurteilen entstehen. Die Spannungen die in der Zeit vor und nach dem 25. Jubiläum der SM bestanden und bestehen, haben ihre Ursache aber in der Verteilungsungerechtigkeit und der daraus entstehenden Chancenungleichheit. Diese Spannungen sind auch nicht zufällig da, sondern sind das Ergebnis der Kastration des Modells *Soziale Marktwirtschaft* schon in der Zeit ihrer Einführung. Es wurde also schon 1972 das geerntet, was man um 1950 herum gesät hatte.

Zur These 3:
optimale Verteilung des Volkseinkommens unter Berücksichtigung sozialer Gegebenheiten nach Maßstäben einer fortschrittlichen Leistungsgesellschaft;

Mir ist hier nicht klar, was mit sozialen Gegebenheiten gemeint ist. Ich gehe einmal davon aus, dass auch die Menschen Einkommen bekommen müssen, die im ökonomischen Sinn keine Leistung erbringen können. Wenn das gemeint ist, dann ist das richtig. Die optimale Verteilung im Sinne der Leistungsgesellschaft würde aber bedeuten, dass Kapitaleinkommen nicht länger durch das Recht ermöglicht oder gestützt werden dürfen. Wenn der Zins als Ausbeutungsrate der Arbeit überwunden aber als Preis für Liquidität erhalten werden soll, dann bedarf das einer wirklichen Geldreform.

Zur These 4:
Gleiche Bildungs-, Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten ohne ideologische Bindung nach dem Grundsatz: Freiheit der Wissenschaft;

Das Ziel ist mit dem heutigen Schul- und Bildungssystem nicht zu erreichen. Das Bildungssystem, welches wir haben, kann man als ein kommunistisches nennen. Die Ausbildungsgänge sind überreguliert und produzieren eine nicht übersehbare Fülle von Berechtigungen. Ein wirklicher Wettbewerb ist nicht möglich. Ein freies Bildungssystem müsste privatrechtlich konstituiert und durch ein staatliches Bildungsguthaben finanziert werden. Die Forderung, dass keine ideologische Bindung sein soll, kann nur durch einen Qualitätswettbewerb erfüllt werden. Wenn der Staat definiert, was jeweils als ideologische Bindung gilt, ist die Freiheit der Bildung aufgehoben. „Ideologisch“ müsste dann auch mit „religiös“ ergänzt werden.

Zur These 5:
freier Wettbewerb auf allen Gebieten menschlicher Betätigung ohne staats- oder parteipolitische Begünstigungen;

Dieses Ziel wird auf verschiedene Weise verhindert. a) Die Staatstätigkeit ist in einem Umfang gewachsen, dass der Staat die Bedingungen für eine Anstellung setzen kann und dadurch die Standards am Arbeitsmarkt dominiert. b) Weiter definiert der Staat die Berechtigungen für die viele Tätigkeiten und Tarifeinstufungen außerhalb staatlicher Tätigkeiten. So, dass meistens die Berechtigung wichtiger ist als das Können und die Leistung. c) Im gewerblichen Bereich kann es keinen chancengleichen Wettbewerb geben, weil zu viele Mono- und Oligopole den Markt beherrschen. d) Weiter behindert der stark unterschiedliche Zugang zum Kapital und die unterschiedlichen Kapitalkosten, die der einzelne Wettbewerber zu tragen hat, den Wettbewerb.

Zur These 6:
Beseitigung von Privilegien und künstlichen Rechtspositionen auf privater und staatlicher Ebene; systematischer Abbau von Subventionen, Verzicht auf Parteibuchkarrieren;

Die Thesen überschneiden sich in ihren Zielsetzungen oder in ihrem Ursachenbezug, so dass sich die Antworten auch überschneiden. Wenn Erhard 1972 den Abbau von Subventionen fordert, dann hätte er erst erklären müssen, warum er sie in seiner Wirkungszeit als Wirtschaftsminister und Kanzler zugelassen hat. Schon 1951 ist im Protokoll „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ in dem Beitrag von Otto Lautenbach auf der Seite 51 zu lesen:

> Damit sind wir bei einem weiteren Punkt unseres Programms angelangt: *bei der Steuerpolitik. Die Steuerpolitik ist heute ein bestimmender und entscheidender Faktor für die wirtschaftlichen Dispositionen geworden. Wir* müssen uns klar machen, daß es wohl kaum noch einen Unternehmer gibt, der nicht bei jedem größeren Geschäft, das er zu tätigen beabsichtigt, zuerst die Frage stellt, wie dieses geplante Geschäft unter steuerpolitischen Gesichtspunkten aussieht. So bestimmt also die Steuerpolitik die Entscheidungen der Unternehmer und nicht die wirtschaftliche Situation. Damit ist eine weitgehende *Verfälschung der Marktwirtschaft* gegeben. Die Steuerpolitik ist wirtschaftspolitisch und konjunkturpolitisch nicht mehr neutral.

Wenn die Forderung nach „*Beseitigung von Privilegien und künstlichen Rechtspositionen“* Substanz haben soll, dann ist eine Reform des Bodenrechts, der Währungsverfassung und des Patentrechtes unvermeidbar.

Zur These 7:
Ausbau und Erweiterung der Liberalisierung, Kampf gegen Nationalismus und Protektismus. Allgemeiner Zollabbau auch über bestehende Wirtschaftsblöcke hinaus;

Die These 7 klingt gut, birgt aber einen Haufen Fallstricke in sich. Der Satz – so wie er da

steht – könnte auch von Gesell sein. Der Nationalismus, der mehr ist als Selbstachtung und Zufriedenheit mit der eigenen Gesellschaft und dem eigenen Staat, entwickelt sich erst, wenn die Bürger sich in ihrer eigenen Gesellschaft nicht mehr zu Hause fühlen und von den Mitgliedern anderen Gesellschaft missachtet und ungerecht behandelt fühlen. Der Abbau von Protektionismus, Zollabbau und Streichung der Subventionen ist eine Bedingung des Freihandels, der zur Auflösung der Wirtschaftsblöcke führt. Man handelt sich dann keine Nationalismus dafür ein, wenn der gerechte Güteraustausch für alle Wirtschaftsteilnehmer in einer Gesellschaft und für alle der beteiligten Volkswirtschaften gegeben ist. Wenn aber ganze Gewerbe in einem Land zum Erliegen kommen, weil sie mit den niedrigen Löhnen in beteiligten anderen Ländern nicht konkurrieren können, dann wird es schwierig. Auch müsste der internationale Handel von Gütern freigehalten werden, die in Binnenländern subventioniert wurden, weil das auch den internationalen Wettbewerb verzehrt.

Zur These 8:
Sicherung beziehungsweise Wiederherstellung der wirtschaftlichen, sozialen und monetären Stabilität. Kampf gegen den Kollektivismus durch Sicherung einer individuellen freiheitlichen Lebensordnung. Durchsetzung einer breiten Vermögensstreuung;

Hier sind drei verschiedene Ziele in einer These vereint.

a) Für die monetäre Stabilität ist eindeutig die Zentralbank verantwortlich und nicht Preisforderungen der Arbeitnehmer und der Unternehmen.

b) Der Kollektivismus in Form staatlicher sozialer Sicherungssysteme und in der Kartellbildung der Arbeitnehmer mittels starker Gewerkschaften hat seinen relativen Erfolg dadurch erreicht, dass individuelle Lebensplanungen unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich und / oder zu sehr mit Risiken beladen sind. In der Marktwirtschaft sind privatrechtlich organisierte Kollektive in der Produktion, dem Handel, den Dienstleistungen im sozialen Bereich, der Bildung und auch in Absicherung von Lebensrisiken dann kein Störfaktor, sondern Ausdruck der Gestaltungsfreiheit, wenn die einzelnen Einheiten weder subventioniert noch marktbeherrschend sind. Der Sozialstaat wird heute ja dadurch definiert, dass die Lebensrisiken durch den Staat oder durch die vom Staat privilegierten Institutionen abgesichert werden. Das ist aber kein Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus, hat aber eine große Sozialbürokratie, die Herrschaft der Sozialpolitiker und Verbandsfunktionäre und die Zwangsverfügung über einen wesentlichen Teil des Einkommens der Arbeitnehmer installiert. Vergessen wurde dabei, dass alle staatlichen Leistungen aus dem Arbeitseinkommen finanziert werden müssen und dass die Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherungen ebenfalls Löhne

in anderer Form sind. Für die Überwindung dieses staatlich organisierten Kollektivismus, für die Gestaltungsfreiheit der Arbeitnehmer und die Entspannung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer (Unternehmen) fehlt noch weitgehend die Einsicht. Aufgrund einer mangelhaften Kapitalismus-Analyse und fehlerhaften Theoriebildung wurde und wird das Prinzip der Subsidiarität wie auch die „Föderation als demokratische Alternativ“ verraten und man verharrt im Kaiserreich, wie der nachfolgende Text zeigt:

> Daß der Reichskanzler zu Beginn des Jahres 1881 einen Gesetzentwurf einbringt, in dem für alle Arbeiter eine Unfallversicherung gefordert wird, bedeutet keinen Sinneswandel. Er hatte oft mit dem Gedanken gespielt, das liberale Bürgertum matt zu setzen, indem er die sozialistische Arbeiterschaft auf seine Seite zog. In der Begründung der Vorlage sagte er: »Der Staat muß sich nicht nur aus christlicher und humanitärer Gesinnung der Hilfsbedürftigen annehmen, sondern auch aus staatserhaltender Politik, die den Besitzlosen zeigt, daß der Staat auch eine wohltätige Einrichtung ist.« Schon jetzt stellte er Fürsorge auch bei Krankheit, Alter und Invalidität in Aussicht. Die Liberalen nun waren keineswegs Gegner einer sozialen Gesetzgebung. Gerade die Sicherung gegen Unfallfolgen hatten Männer aus ihren Reihen, Max Hirsch, Franz Duncker, wiederholt gefordert, ohne daß die Regierung dem Rechnung trug. Alle liberalen Gruppen nahmen daher zu dem Grundsatz positiv Stellung. Sie verlangten jedoch, daß die Kosten allein vom Arbeitgeber getragen würden, und dieser solle sich frei entscheiden, ob er die Prämien an eine Privatversicherung oder an neu zu schaffende Landesanstalten zahlen wolle. In der Debatte sagte Eugen Richter: »Wir verwerfen jedes Versicherungsmonopol und sind der Meinung, daß das eigene Streben auch auf diesem Gebiet am meisten tun und daß der Staat nur ergänzend eintreten kann. Alles, was das Genossenschaftswesen leistet, ist unendlich viel mehr wert, als das Staatsgesetz. Hier wird kategorienweise festgestellt, daß eine gewisse Klasse nicht imstande ist, sich selbst zu helfen, und deshalb aus öffentlichen Mitteln Zuschuß bekommt. Die Reichsregierung will die Kosten nicht aus den Erträgen der Industrie gewinnen, sondern aus dem allgemeinen Säckel nehmen. Wenn das Reich die Zuschüsse gibt, so zieht es sie aus den indirekten Steuern, die vorzugsweise von den ärmeren Schichten aufgebracht werden. So geben nicht die Reichen den Armen, sondern die Armen geben den Armen. « Bismarck entgegnete: »Ich würde nicht den Mut haben, den Versicherungszwang auszusprechen, wenn nicht auch der Staat einen Zuschuß leistet. Wenn Sie nicht in die Staatskasse greifen wollen, werden Sie nichts fertigbekommen. Nennen Sie dies Sozialismus, so ist mir auch das gleichgültig, für mich ist es praktisches Christentum.«

c) (Ich wiederhole wegen des langen Zitats: „*Durchsetzung einer breiten Vermögensstreuung;“:* Die breite Vermögensstreuung bekommt man nicht durch Sparprämien und anderen Subventionsschnickschnack, sondern nur durch eine Politik, die auf breiter Front die ökonomischen Renten bekämpft.

Zur These 9:
Kampf gegen den Mißbrauch privater, aber nicht minder auch öffentlich-rechtlicher Macht;

Den Mißbrauch privater Macht verhindert man dadurch, dass man diese Macht abbaut und keine neue entstehen lässt. Ich gehe davon aus, dass Erhard mit „öffentlich-rechtliche“ Macht jene meint, die von Institutionen ausgehen können, die sich in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft befinden. Soweit es die Sparkassen und Landesbanken betrifft, kann man sagen, dass ihre Existenz nicht dadurch gerechtfertigt ist, dass sie Mandatsträgern und Regierungs-

mitgliedern Posten in den Aufsichtsgremien liefern und auch nicht dadurch, dass sie ihren Gewährsträgern eine Rendite einfahren, sondern nur dadurch, dass sie etwas liefern, was privatrechtliche Banken (mit Ausnahme der Genossenschaftsbanken – soweit sie sich noch an ihrem Urspungsauftrag erinnern) nicht liefern können oder wollen. Und das ist die Förderung des wirtschaftlichen Wohls ihrer Kunden. Das ergibt sich auch aus den Gründungsanliegen der ersten Institute. Siehe dazu: „Die Sparkassen und Sterbekassen im Königreiche Hannover“ von Dan. Heinr. Ludw. Bening, 1840:
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/108.3.1_Spar.Sterbek.Bening.pdf
Dieses bedeutet heute, dass sie über sie ihre Kunden über die Wirkung von Inflationsraten, über die Wirkung von Zinssätzen bei Einlagen- und Kreditverträgen und über die Wirkungen der jeweiligen Notenbankpolitik aufklären können. Den Banken (also auch den Sparkassen) wir heute vorgeworfen, sie könnten Kredite schöpfen, das heißt letztlich Geld erzeugen und in den Verkehr bringen, für das dem Markt keine Güter hinzugefügt wurden. Wenn das richtig wäre, dann wären die Geschäftsbanken die größten Geldfälscher der Republik. Hier haben besonders die Sparkassen und Genossenschaftsbanken einen Aufklärungsauftrag und sie können sich als selbständige Institutionen dabei nicht mit Hinweisen auf die Zuständigkeit ihrer Spitzenverbände herausreden. Die Aufklärung muss eine Ehrensache des Berufsstandes der Bankkaufleute werden, schon um dem Imageschaden, den sie durch die ökonomische Wirklichkeit erlitten haben, auszugleichen.

Zur These 10:
Politik des Friedens, aber eindeutiges Bekenntnis zur westlichen freien Welt und zur Charta der Vereinten Nationen.

Ohne Klärung und Lösung der ökonomischen Probleme gibt es keinen Frieden. Das Bekenntnis zur Freiheit gilt immer noch, jenes zur „westlichen freien Welt“ ist brüchig geworden. Heute ist bei den Friedensbemühungen wichtig, die ganze Welt im Blickpunkt zu haben.

ooooo

Abschließend zu der Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ in Loccum im Jahre 1972 möchte ich aus meiner Erinnerung noch folgendes sagen: Der damalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Dr. Ernst Benda sagte, dass das Grundgesetz keine bestimmte Ordnung für die Wirtschaft vorschreibt. Das ist wohl richtig, nur die Anforderungen, die die Zentralverwaltungswirtschaft an die Gesellschaftsverfassung stellt, passen nicht zu einer freiheitlichen Verfassung. Von daher gesehen, bleibt tatsächlich bei der Wahl der Ordnung mit Blick auf das Grundgesetz nur die Marktwirtschaft übrig.

Ich bringe jetzt die **Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung** beschlossen auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes vom 6. und 7. November 1952 mit einer telegraphischen Zustimmung des Bundesministers für Wirtschaft Prof. Dr. Ludwig Erhard, Veröffentlicht im Protokoll des genannten Bundestages in „Das Programm der Freiheit“, 1952, Seite 173 f.f. .
Vom Freiwirtschaftsbund zur Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirschaft.

THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFTSORNDUNG

Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen.
Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die einzelnen Fragen wie das Notenbankgesetz, die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, das Kartellgesetz, die Steuerreform, die Wohnungswirtschaft und unzählige Einzelgesetze für wirtschaftliche Teilfragen mehr und mehr unter die wechselnden Konstellationen des Tages gerieten und zum Tummelplatz der Interessentengruppen wurden, die sich einmal mehr und einmal weniger durchsetzten.

Es wird oft übersehen und weit unterschätzt, daß diese Entwicklung den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft ständig verstärkt, die Demokratie unterhöhlt, so daß unsere Gesellschaftsordnung Zug um Zug dem Kollektivismus verfallen muß.

Diese Gefahr kann durch die soziale Marktwirtschaft als Wettbewerbsordnung überwunden werden. Die soziale Marktwirtschaft kann indessen nicht durch punktuelle Einzelmaßnahmen erreicht werden, sondern ihre Verwirklichung erfordert, daß die Wirtschaftsordnung als ein in sich geschlossenes Ganzes gesetzt wird.

Wir fordern deshalb ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft als freie Wettbewerbsordnung.

Dieses Bekenntnis soll die Bundesregierung verpflichten, in angemessener Frist alle Gesetze und Verordnungen, die ihm widersprechen, Zug um Zug aufzuheben und alle, die zu seiner Erfüllung notwendig sind, zu erlassen. (Seite -173 -)

Es ist noch zu wenig in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, daß mit der

Wirtschaftsordnung auch die Staatsform bestimmt wird. Die Demokratie erfordert als Grundlage unabdingbar eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft); Demokratie und Zentralverwaltungswirtschaft sind unvereinbar.

Die vollendete soziale Marktwirtschaft ist imstande, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich durchzuführen und den Verteidigungsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten. Unter allen denkbaren Wirtschaftsformen ist die soziale Marktwirtschaft diejenige, welche durch den unbehinderten Wettbewerb höchstmögliche Löhne, Gehälter und Einkommen für alle wirtschaftlich Tätigen, niedrigst mögliche Preise für die Verbraucher verwirklicht, und zwar wird dies in einem Ausmaß und Tempo geschehen, das heute noch von vielen als utopisch angesehen wird.

Wir fordern deshalb:
Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich:

1. Die *Währung* der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.

2. Der *freie Leistungswettbewerb* ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; so lange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden.

3. Die *Große Steuerreform* wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.

4. Die *Märkte für alle Waren und Dienstleistungen* (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen
(Seite - 174-)
ausschließlich der freien Vereinbarung auf der freien Preisbildung.

5. Der *Kapitalmarkt* ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. - Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Das *Mitbestimmungsrecht* der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unter-

nehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.

7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen *Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren- und Dienstleistungen.* Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist so lange freizugeben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungsunion (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden.

VORSTAND:
Vorsitzer: Otto Lautenbach, Herausg. der „Blätter der Freiheit", Heidelberg; stellvertretende Vorsitzer: Wilhelm Blum, Direktor, Frank'sche Eisenwerke AG, Adolfshütte, Niederscheid, Dillkreis); Dr. Johann Lang, Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Deiitzsch) e. V., Wiesbaden. - Walter Hoch, Druckerei Martin Hoch, Ludwigsburg; Dr. G. W. Kalbfleisch, Rechtsanwalt, Gießen; Dr. Alexander Meier-Lonoir, Rechtsanwalt und Notar, Wiesbaden; Heinrich Schwab, Firma Heinrich Schwab, Import-Großhandel, Gießen; Prof. Dr. Ernst Winkler, München-Gräfelfing.

BEIRAT:
Prof. Dr. Paul Diehl, Bürgermeister, München-Gräfelfing; Walter Großmann, Rektor a. D., Hanau; Dr. Hans Jlau, Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Franz Böhm, Frankfurt; Adolf Lindenkohl, Bankkaufmann, Göttingen; Dr. Oswald Mirbach, Bankhaus Vogeler & Co., Düsseldorf; Dr. Volkmar Muthesius, Wirtschaftsjournalist, Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg; Dipl.-Kaufm. K. K. Schürer, Wirtschaftsprüfer, Coburg; Dr. med. H. H. Vogel, Bad Liebenzell.

Zur Verwirklichung des Programms der Freiheit haben sich Frauen und Männer aus allen Ständen in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft zusammengeschlossen.
(Seite - 175 -)
Besorgt sehen wir in die Zukunft, weil der totalitäre Machtanspruch der Planwirtschaftler mit unverminderter Schärfe geltend gemacht wird, während die Vertreter der freien Wettbewerbsordnung, in die Defensive gedrängt, von einem Kompromiß in den anderen schlittern und dadurch die soziale Marktwirtschaft mißkreditieren.

Der Bundesminister für Wirtschaft, Prof. Dr. Ludwig Erhard hat in einem Telegramm vom 23. 1. 53 die Gründungsversammlung begrüßt: „Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg."

Wir wollen das Programm der Freiheit in populärer Form in das Volk hineintragen. Die Diskussion dieser Fragen in den Kreisen von Sachverständigen und Verbänden kann keine positiven politischen Ergebnisse erzielen, weil die große Mehrheit des Volkes keine blasse Ahnung davon hat, was eine

soziale Marktwirtschaft zu leisten vermag. Wir müssen die soziale Marktwirtschaft offensiv vertreten. Das Maß unserer aktiven Aufklärungsarbeit hängt davon ab, wie weit der Kreis der aus innerer Überzeugung für die soziale Marktwirtschaft Arbeitenden gezogen werden kann und welche Mittel ihm zur Verfügung stehen. Die Zeit drängt.

Wir rechnen auch mit Ihrem Entschluß, ideell und materiell in unserem Kreis für die Verwirklichung des Programms der Freiheit mitzuarbeiten, wozu wir Sie herzlich und dringend einladen.

(Seite - 176 – / Quelle: „Das Programm der Freiheit / Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 6. und 7. November 1952 in Heildelberg gehalten wurden.“)

Nachbemerkung von TA zur These 6 / Mitbestimmung. Mir wäre heute recht, wenn da stehen würde: „Mitbestimmung durch Anteilseigentum an die Unternehmen und durch Vollbeschäftigung.“ In der Situation der Vollbeschäftigung gehen Unternehmen am ehesten auf die Bedürfnisse ihrer Arbeitnehmer ein und bemühen sich, dass das Wissen der Arbeitnehmer im Unternehmen auch genutzt wird. Das ist keine Theorie, sondern Erfahrungswissen. Zur Zeit der Formulierung der Thesen bestand aber das Problem, dass die Gewerkschafter, die die Nazis und den Krieg überlebt hatten, von der Marktwirtschaft nicht viel wissen wollten und daher ein Modell anstrebten, das sich an die Zentralverwaltungswirtschaft anlehnte: Bei Ernst Winkler in „Ordoliberalismus und Freiwirtschaft“, FdF., Heft 273/4, 2006, ist auf der Seite 119 zu lesen:

Wirtschaftsdemokratie?
Der Deutsche Gewerkschaftsbund strebt das Mitbestimmungsrecht unter dem Schlagwort der zwanziger Jahre, dem Schlagwort von der Wirtschaftsdemokratie an. Man will demokratische Grundsätze, wie sie zum Beispiel im Parlament angewandt werden, auf den Betrieb übertragen. Das sind natürlich ganz verschiedene Dinge, denn man kann in einem Betrieb nicht alle Beteiligten darüber abstimmen lassen, was nun produziert, wie kalkuliert und wie verkauft werden soll.
Das Schlagwort von der Wirtschaftsdemokratie verfälscht übrigens die Begriffe. Die soziale Marktwirtschaft, die mit vollständig freiem Wettbewerb in einem stetigen Gleichgewicht gehalten wird, ist echte Wirtschaftsdemokratie, weil sie jedem das seine nach Leistung gibt und schließlich auch die Produktion, ihr Umfang und ihre Richtung von den Verbrauchern bestimmt wird. Wenn Demokratie Volksherrschaft heißt, so ist ihr bester Ausdruck jene Volksabstimmung, die jeden Tag morgens um 8 Uhr beginnt, wenn die Kaufleute ihre Läden öffnen, die Hausfrauen und alle übrigen Käufer das erwerben, was sie wünschen. Alle diese letzten Käufe der Konsumenten bestimmen die große Nachfrage nach einer jeden Ware.

Bei Winkler ist zum 25jährigen Jubiläum der Sozialen Marktwirtschaft folgendes zu lesen:

> … Denn im Rückblick auf fünfundzwanzig Jahre „Soziale Marktwirtschaft“ und auf zwanzig Jahre „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ offenbarte sich fast unverhüllt die tiefe Kluft zwischen dem hoffnungsvollen Konzept von einst und der fast hoffnungslosen Realität von heute.
>
> Ludwig Erhard bekannte sich zu einem theoretischen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das sich nach einem Ausspruch von Alexander Rüstow an „überwirtschaftlichen Werten einer Wirtschaftsordnung“, vor allem an den Werten der persönlichen Freiheit orientiert. Alfred Müller-Armack erklärte „das Besondere dieser Konzeption …, daß hier nicht nur die unverkennbaren sozialen Vorteile einer Wettbewerbswirtschaft im Vordergrund standen, sondern daß der Versuch gemacht wurde, Marktwirtschaft und soziale Sicherheit zu einer echten Synthese zu bringen, bei der die Kräfte des Marktes den Ausbau der sozialen Sicherung tragen, die soziale Sicherung ihrerseits wieder die Funktionsfähigkeit und das Fortbestehen des Marktes garantiert.“ Die Frage, inwieweit es sich dabei um eine „echte“ oder eine „problematische“ Synthese handelt, wurde noch brennender bei der zustimmenden Zitierung einer Denkschrift der „Hamburger Volkswirtschaftlichen Gesellschaft“ vom Mai 1948 über die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft, deren elf Punkte offenkundig Euckens „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ verwässern, indem sie das Schwergewicht von den „konstituierenden“ zu den „regulierenden Prinzipien“ und zur „humanitären Ergänzung" verlagern. … (S. 77 f.)

Das Gemeinsame und Trennende zwischen dem Ordoliberalismus und der Freiwirtschaft erläuter Winkler im Kapitel *IV. Ringen um die Vollendung der „Sozialen Marktwirtschaft“* im Abschnitt „*1. Zweckbündnis mit den Neoliberalen*“ anhand von Euckens sieben „konstituierenden Prinzipien“ und den drei „regulativen Prinzipien“. Ab Seite 56.

Siehe: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/27.3%20Zeit%20Anhang%20III%20Winkler%20ASM.pdf

Ende des Themas „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“

oooooooooo

25.Tag: Akademietagungen und der ausbleibende aber mögliche ökonomische Fortschritt II

Ich habe kein perfektes Archiv, nur weiß ich manchmal, wo ich suchen muss, um Unterlagen zu finden, an dien ich mich deutlich oder schwach erinnern kann. Ich habe alles, was ich zur Ev. Akdemie Loccum gefunden habe, auf unseremn großen Esstisch ausgebreitet, um mir eine Übersicht zu verschaffen. Es ist im Laufe der Jahre ein beachtlicher Posten geworden. Wenn ich die Münderner Gespräche (http://www.sozialwissenschaftliche-

gesellschaft.de/de/bisherige-tagungen.html) und andere Tagungen noch hinzuzähle, sind es im Rückblick nicht wenige. Bei den Tagungen und auch bei den gelesenen Büchern weiß man später selten, welche Inhalte zum Bestandteil des eigenen Denkens geworden sind.

Die Titel der Abschnitte 23. und 24. Tag sagen ja aus, dass die Akademietagungen [105] keinen wirklichen Fortschritt in der Ökonomie und auch nicht bezüglich des Zustandes unserer Demokratie gebracht haben, aber so meine Vermutung: Sie könnten ihn bringen – wenn … Dieses „Wenn“ besteht darin, dass die Akademien der Erwachsenenbildung in einer Art konzertierten Aktion eine politisch-ökonomische Erweckungsbewegung starten könnten. Wo sind wir? Wo wollen wir hin? Wie sieht unser Weg dorthin aus? Das ist aber nicht leicht, weil diese Akademien in der Regel eingebunden sind in Kirchen und Parteien und diese Einbindung verlangt Rücksichtnahme, diese muss zusätzlich gegenüber der finanzierenden Politik geübt werden. Diese Rücksichtnahme führt zu einer Art Selbstzensur, die sich in der Ausgewogenheit des Programms ausdrückt. Die Ausgewogenheit ist ja durchaus eine gute Eigenschaft. Wenn aber bestimmte Anliegen oder Probleme mit dem Brennglas beobachtet werden müssen, erzeugen sie eine Streuung der Strahlen, die dem Bild die notwendige Schärfe nehmen. Aber mit unscharfen Bildern, die in den Akademien erzeugt werden, können die Handlungswissenschaftler (Maihofer) in Hochschulen und Universitäten – die selber solche produzieren – nicht beeindruckt werden. Die Akademien müssten – je nach Problemlage – partiell oder zeitlich begrenzt den Mut zu Einseitigkeit aufbringen, um den Widerspruch als Antrieb zum Weiterdenken zu mobilisieren.

Ich mache jetzt eine Liste der Tagungen, so wie ich sie in meiner Ablage vorgefunden habe. Mann erkennt daraus, dass die Planer und Tagungsleiter durchaus guten Willens waren, die Themen ihrer Zeit aufzugreifen. In den meisten Tagungen, die ich besucht habe, konnte ich aber das Bremsen gegen eine Tiefbohrung in das jeweilige Problem feststellen. Da sind nicht nur die genannten Rücksichtnahmen Verursacher, sondern auch schlicht eine Unkenntnis der Zusammenhänge der zu behandelnden Probleme. Jeder von uns hat seine Erkenntnisgrenzen, meine haben manchmal die Wirkung von Zahnschmerzen, ohne die Aussicht eine Abhilfe von einem „Erkenntnis-Zahnarzt“ zu bekommen.

Der nächste Hinweis auf eine Tagung in der Evangelischen Akademie nach jener aus dem Jahr 1972 zur Sozialen Marktwirtschaft ist eine vom 8. bis 10. Dezember 1978. Warum da

105 Und hier muss man nicht nur an Loccum denken!

eine so große zeitliche Lücke ist, weiß ich nicht. Ich vermute Geld- und Zeitprobleme sind die Ursache. Da ich außer dem Programm von der Tagung im Dezember 1978 keine Unterlagen gefunden habe, gehe ich davon aus, dass ich sie nicht besucht habe. Wenn ich sie trotzdem erwähnte und die Tagungsbegründung von Hans May, Akademiedirektor und Dr. Henning Schierholz als Tagungsleiter nachfolgend wiedergebe, dann um zu zeigen, dass jede Zeit ihre Aufregerthemen hat. Das Dumme ist nur, dass man in keiner Zeit die Gewissheit hat, dass sich die Dinge von selber wieder glätten. Man sollte sich daher nicht von jeder Alarmmeldung aufschrecken lassen, aber auch keine verschlafen, denn dieses kann der Verlust des bürgerlichen Wohlseins, den Wechsel auf eine Gefängnispritsche oder den „Heldentod“ bedeuten.

Evangelische Akademie Loccum

Die junge Generation auf dem Weg zur Selbstausbürgerung?
Akademietagung über politisches Verhalten Jugendlicher heute
vom 8. bis 10. Dezember 1978

In der Debatte um Ursachen und Herkunft des Terrorismus ist zum ersten Mal die Desintegration vieler junger Leute (bezüglich ihrer Normen und Wertvorstellungen) in unsere Gesellschaft deutlich geworden. Beobachter machen auf abnehmendes politisches Engagement junger Erwachsener aufmerksam; in weiten Bereichen greifen Verunsicherung und Angst Platz.

Die etablierten gesellschaftlichen Institutionen (auch die Jugendorganisationen) scheinen ein hohes Maß an Ablehnung zu erfahren.

Für das Phänomen, daß sich Jugendliche in zunehmendem Maße außerhalb, ja gegen gesellschaftliche(r) Wertvorstellungen bewegen, gibt es bislang nur wenige zuträgliche Erklärungen. Die sozialwissenschaftliche Jugendforschung hat darauf bislang nicht adäquat zu reagieren vermocht. Die einen machen ein „selbstgerechtes Gesellschaftssystem“ verantwortlich, das nicht bemerkt, „in welchem institutionellen Niemandsland ein Teil der jungen Generation und ein Teil der Intelligenz heranwächst“ (Schmidtchen); andere sprechen von einem „neuen Sozialisationstyp“, der u. a. durch Ich-Schwäche, Bindungsverlust und Rückzugserscheinungen gekennzeichnet sei.

Mit der Tagung wird zum einen der Versuch gemacht, die Lage der Jugend in der Gesellschaft zu analysieren und dabei neue wissenschaftliche Erklärungsansätze zur Diskussion zu stellen. Die Anfrage an die sozialwissenschaftliche Jugendforschung soll verbunden werden mit der Frage nach ad-

äquaten politischen Handlungsstrategien.
Wir laden Sie zu der Tagung herzlich ein.

Hans M a y
Akademiedirektor

Dr. Henning S c h i e r h o l z
Tagungsleiter

oooooo

Bauordnung in der Entscheidung / Gerechtigkeit für den ländlichen Raum
September 1973

Hat die Marktwirtschaft Zukunft oder brauchen wir mehr Planung?
März 1974

Der Streit um die Neuordnung der Weltwirtschaft
Mai 1977

Mehr Arbeitsplätze durch gezielte Tarifpolitik
Dezember 1977

Die Bedeutung des Bodens für landwirtchaftlichen Strukturwandel
Februar 1978

Arbeitslosigkeit und 3. Weltwirtschaft
März 1979

Zürich und die Folgen / Fehlen den Jugendlichen die Zukunftsperspektiven?
November 1981

Keine Arbeit – keine Zukunft? Berufsstartprobleme Jugendlicher und politische Perspektiven zu ihrer Bewältigung
Juli 1982

Die Zukunft der Ökonomie / Wissenschaftliche Forschungsansätze im Vergleich *(gesonderte Darstellung am Schluss der Aufzählung)*
Mai 1984

„Die Erde ist des Herrn“ - Zusage und Auftrag
Vorbereitungstagung zum Kirchentag Düsseldorf '85
(Anmerkung am Schluss der Aufzählung)
September 1984

Armut auch bei uns / Eine Herausforderung für die Kirche
September 1984

Der West-Ost-Konflikt
Oktober 1984

Was leistet die Wirschaftswissenschaft zur Lösung von Umweltproblemen?
Juni 1985

Vermögensbildung und Vermögenspolitik
- Entwicklungen – Probleme – Perspektiven
(zus. mit Helmut Creutz teilgenommen)
Oktober 1985

Neue Berufsqualifiktionen für die Zukunftsperspektiven
Dezember 1985

Auf der Suche nach einer tragfähigen Agrarpolitik
Februar 1986

Jugend in der Region
Situationen und Perspektiven
Februar 1986

Bürgerwille und Parteienherrschaft
Für eine demokratische Aneignung von Politik
(gesonderte Darstellung am Ende der Aufzählung)
März 1987

Langzeitarbeitslosigkeit: Eine Herausforderung für die Gesellschaft
Mai 1987

Strukturwandel statt Protektionismus: Was kostet die Neuordnung
des Welthandels? *(Text am Ende der Aufzählung)*
Sept. 1988

Weiterbildung / Auf der Suche nach einem neuen Profil
Dezember 1988

Gottes Geist befreit zum Leben
Vorbereitungstagung zum Kirchentag Ruhrgebiet 1991 *(mit Helmut Creutz)*
September 1990

Die Zukunft der Sowjetunion
Juni 1991

Geld im Überfluss / Grenzüberschreitende Wirklichkeit und Ordnung der
globalen Finanzmärkte
Mai 1996

Nach uns die Kulturwirtschaft? … und was wird aus der Kulturpolitik?
Februar 2008

Bretton Woods reinvented? /
Das internationale Währungssystem nach der Krise
(Anmerkung am Schluss der Aufzählung)
November 2009

Aus dem Gleichgewicht / Außenwirtschaftliches Ungleichgewicht und die Lehren aus der Krise für die künftige Wirtschaftspolitik
März 2010

Friedenslogik statt Sicherheitslogik /
Gegenentwürfe aus der Zivilgesellschaft *(Hinweise am Schluss der Aufz.)*
März 2012

Die Rolle der Berufsbildenden Schulen
September 2014 *(letzte Anmerkung zu diesem Block)*

Anmerkungen und Hinweise zu einzelnen Tagungen.

I. Zur Tagung „Die Zukunft der Ökonomie“ vom 4. bis 6. Mai 1984

Vielfach wird in letzter Zeit ein Unbehagen am gegenwärtigen Zustand der Wirtschaftswissenschaften geäußert. In Politik und Öffentlichkeit wird die Unfähigkeit der Ökonomie beklagt, sich auf die aktuellen Probleme der Wirtschaftspolitik einzustellen und erfolgversprechende , konkret auf die derzeitige Situation abgestellte Problemlösungsmöglichkeiten anzubieten. Auf der anderen Seite ist die Selbstsicherheit der Ökonomie, für ökonomische Probleme stets eine passende ökonomische Formel anbieten zu können, nicht mehr ungebrochen.

Vor diesem Hintergrund scheint es angemessen und zunehmend notwendig zu sein, bestehende Theorieansätze eingehend auf ihre wirtschaftspolitische Problemlösungsrelevanz hin zu überprüfen und zugleich neue wirtschaftstheoretische Ansätze zu fördern, zu verfeinern und ihrerseits auf ihre theoretische und praktische Leistungsfähigkeit hin zu untersuchen. Nur ein ständiger Vergleich und ein „offener Wettbewerb“ unterschiedlicher ökonomischer Ansätze und Ideen mag schließlich geeignet sein, eine aktuell problembezogene Weiterentwicklung der Ökonomie und damit auch die politische Relevanz der Wirtschaftswissenschaft sicherzustellen.

Auf der Tagung sollen Theorieansätze vorgestellt, analysiert und erörtert werden, die auf verschiedenen Wegen versuchen, die wirtschaftliche Realität bzw. einzelne Aspekte des Wirtschaftsablaufs zu erklären, und die auf dieser Basis Handlungsempfehlungen an die Wirtschaftspolitik richten. Sie sind zu unserer Tagung herzlich eingeladen.Bitte machen Sie möglicherweise interessierte Freunde, Bekannte oder Kollegen auf unsere Veranstaltung aufmerksam.

Hans May Akademiedirektor Dr. Jan Jarre Tagungsleiter

Eine Übersicht der Referenten und ihre Themen befindet sich auf der nächsten Seite.

Von der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. (http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/) waren ohne eigenes Referat anwesend **Helmut Creutz,** Autor und Geldanalyst, **Heinz-Peter Neumann**, Erster Direktor der Landesversicherungsanstalt Berlin, **Klaus Wulsten**, Rechtsanwalt und Notar, Berlin und ich (als Nichtmitglied).

Ich selber konnte einen Beitrag für das Protokoll 15 / '84 liefern. Ich kopiere ihn nach der Übersicht ein.

Freitag, den 4. Mai 1984

14.00 Uhr *	Begrüßung und Tagungseröffnung Dr. Jan J a r r e , Loccum
	Ökonomische Theorie im Wandel Prof. Dr. Kurt W. R o t h s c h i l d , Johannes Kepler Universität, Linz Diskussion
16.30 Uhr	**Ökonomische Forschungs- und Theorieansätze im Vergleich** (1. Teil)
	Institutionalismus Dr. Rolf S t e p p a c h e r , Universität Genf
	Postkeynesianismus Prof. Dr. Werner M e i s s n e r , Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt
	anschl. Diskussion (in kleinen Gruppen)
19.30 Uhr	**Aktuelle Wirtschaftsprobleme, Wirtschaftspolitik und die Relevanz der ökonomischen Theorie** Podiumsdiskussion unter Beteiligung von
	Prof. Dr. Ernst H e l m s t ä d t e r , Universität Münster Prof. Dr. Rudolf H i c k e l , Universität Bremen sowie Wirtschaftspolitikern von CDU und SPD

Samstag, den 5. Mai 1984

8.30 Uhr	Einladung zur Morgenandacht; anschl. Frühstück
9.30 Uhr	**Ökonomische Forschungs- und Theorieansätze im Vergleich** (2. Teil)
	Neoklassische Kapitalismustheorie Prof. Dr. Winfried V o g t , Universität Regensburg
	Ökologisch orientierte Wirtschaftswissenschaft Prof. Dr. Hans Christoph B i n s w a n g e r , Hochschule St. Gallen
	anschl. Diskussion (in kleinen Gruppen)
13.20 Uhr	Einladung zur Besichtigung des ehemaligen Zisterzienserklosters Loccum (gegr. 1163)
15.30 Uhr	**Wirtschaftstheorie im Meinungsstreit** Prof. Dr. Herbert M e i s s n e r , Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin Diskussion
17.00 Uhr	**Ökonomismus als Okzidentalismus** Prof. Dr. Johan G a l t u n g , z.Z. Berlin Diskussion
19.30 Uhr	**Vertiefung der Diskussion** über die bisher in der Tagung behandelten Themenkomplexe **in Arbeitsgruppen.** Inhaltliche Schwerpunkte für die Arbeit in den verschiedenen Gruppen sollen während der Tagung in Abstimmung mit den Teilnehmern festgelegt werden.

Sonntag, den 6. Mai 1984

8.30 Uhr	Einladung zur Morgenandacht; anschl. Frühstück
9.30 Uhr	Berichte aus den Arbeitsgruppen
10.30 Uhr	**Ökonomische Theorie im Wandel?** Ein Tagungsresümee Sigrid M a t e r n - R e h m , "Wirtschaftswoche", Düsseldorf
	anschl. Abschlußdiskussion mit den Referenten und Teilnehmern
12.30 Uhr	Ende der Tagung mit dem Mittagessen

Diskussionsbeiträge im Anschluß an das Referat von Sigrid Matern-Rehm

Tristan A b r o m e i t, Neustadt

Im Programmkommentar von Dr. Jan Jarre heißt es u.a.: Die Auswahl der hier vorgestellten Forschungsrichtungen erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.
Er gibt dann der Hoffnung Ausdruck, daß andere theoretische Positionen, die dieses Mal nicht in Form eines eigenständigen Referates zum Zuge kommen ,durch Befragen und Kommentieren der Referenten seitens der Tagungsteilnehmer eingebracht werden.

Dieser Aufforderung sind mehrere Vertreter der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule - die, soweit mir bekannt, an keiner Hochschule gelehrt wird, aber trotzdem lebendig und aussagekräftig ist – nachgekommen.

Nun ist es unmöglich, in kurzen Diskussionsbeiträgen in einer mit Referaten gefüllten Wochenendtagung eine konkurrierende Idee, eine opponierende Schule vorzustellen. Ich für meine Person habe dies auch nicht versucht, sondern nur den Mit-Teilnehmern gesagt, auf welcher Grundlage ich meine Beiträge leiste.
Das Thema der Tagung „Die Zukunft der Ökonomie“ drückt ja indirekt eine Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Ökonomietheorie und -praxis aus. Da ich davon überzeugt bin, daß zwischen der ökonomischen Theorie und den realen ökonomischen Zuständen und Erscheinungen ein Zusammenhang besteht, zielten meine Fragen und Hinweise darauf hin, herauszufinden, wo die Ursachen für die geringe Leistungsfähigkeit der theoretischen Ökonomie vermutet werden, ob den einflußreichen Ökonomen bewußt ist, welche Wirkungen ihre Lehren und politischer, Empfehlungen haben und ich habe indirekt gefragt, ob die Ökonomen eine neue Ethik brauchen.

Um die mangelnde Leistungsfähigkeit der Wirtschaftswissenschaft zu verdeutlichen und herauszufinden, wie die künftige Leistungsfähigkeit der Wirtschaftswissenschaften durch die Ökonomen eingeschätzt wird, habe ich die Mondlandung als Leistung der Natur- und Ingenieurwissenschaft hingestellt und die Auflösung des magischen Drei-, Vier- oder Fünfeckes als eine entsprechende Leistung der Ökonomen. Dieses Beispiel wurde immer wieder aufgegriffen, aber kein Referent oder Diskutant mochte bekennen, daß den Ökonomen die Mondlandung möglich wäre. Dabei mußte eigentlich klar sein, da ich auf der Basis einer genannten Schule argumentierte, daß ich die Mondlandung der Ökonomen für möglich halte. Und für Ökonomen, die noch ein Gespür für ihre Verantwortlichkeit oder für jene, die noch einen Funken von Forschergeist in sich haben, gilt es herauszufinden, ob hinter einer solchen Einschätzung verwertbare Erkenntnisse oder prahlerische Anmaßung steht.
In der Podiumsdiskussion wies Prof. Rudolf Hickel nicht ohne Stolz in der Stimme darauf hin, daß die Alternativgutachter auch ohne gesetzgeberische Weihen und staatlicher Finanzierung gute Arbeit leisten. Prof. Ernst Helmstädter (Mitglied des Sachverständigenrates) konterte mit dem Hinweis, daß die Alternativgutachter ja auch Beamte seien und den Hochschulapparat zur Verfügung hätten. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Vertreter der Freiwirtschaftsschule ihre Arbeit völlig ohne öffentliche Mittel und oft im Widerstand

gegen den offiziellen Wissenschaftsbetrieb geleistet haben und als Dank Spott und Hohn geerntet haben.

Prof. Kurt Rothschild wies zwar darauf hin, daß etablierte Ökonomen auch um die Anerkennung ihrer Erkenntnisse und Lehren kämpfen müßten, gestand aber zu, daß die Freiwirtschaftsschule unter erheblich schwierigeren Bedingungen arbeiten müßte.

Mit diesen Aussagen von Betroffenen wurde m.E. auf eine wichtige Ursache für mangelnde Effizienz der Ökonomen hingewiesen. Freiheitlich orientierte Ökonomen weisen doch immer wieder auf den Wettbewerb als Stimulansmittel von Leistung hin. Definitionsmerkmale von Wettbewerb sind aber die Freiwilligkeit der Teilnahme, die Chancengleichheit und die Fremdbeurteilung der erbrachten Leistung. Ich denke, daß es in diesem Punkt viel zu analysieren und in Bezug auf die Verfassung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften viel zu reformieren gibt.

So wie es sich mit vollem Bauch gut über den Hunger diskutieren läßt, so lassen sich auch leicht aus Professoren-Wohlhabenheit heraus wirtschaftspolitische Maßnahmen empfehlen, die zu Lasten anderer gehen. Im Rausch der großen Zahl und bei der Griffigkeit oder verhüllender Abstraktheit wirtschaftspolitischer Empfehlungen wird häufig vergessen, daß jeder Prozentpunkt bei den Zinsen, Steuern, den Zwangsversicherungen und der Inflation nach oben oder unten die materielle Basis der einzelnen Menschen berührt wird. Die Vorgänge in diesen Bereichen haben oft den Charakter von Diebstahl, Raub und Entmündigung.

Helmut Creutz hat dieses mit eindrucksvollen Tabellen in der Arbeitsgruppe belegt. Und ich habe an Helmstädter gewandt gesagt: Wenn die Zinsen für die Eigenheimfinanzierung die Höhe der Arbeitslosenhilfe erreichen und man keine Möglichkeit hat, sich über die Runden zu mogeln, dann bleibt einem nur der Strick oder der Weg in den Terrorismus, denn nicht einmal verkaufen können die Betroffenen in der jetzigen Wirtschaftslage ihre Häuser. Ich habe in diesem Zusammenhang gesagt, daß es für mich keine Erleichterung wäre, daß ich die Zinsen an die BFG zahlen müßte. Dies sollte kein Seitenhieb auf Gewerkschaften und ihre Unternehmen sein, sondern signalisieren, daß ich Problemlösungsansätze gemeinwirtschaftlicher oder genossenschaftlicher Art in Bezug auf den Zins nicht sehe. Und die Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Bankensystemes bringt auch nichts als weitere Probleme.

Um zu verdeutlichen, daß ich nicht einseitig Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberinteressen vertrete, habe ich an einer Stelle gesagt, daß ich als jetziger Erwerbsloser ein potentieller Arbeitnehmer oder Unternehmer sei. Daß dieses nicht Rollenfixiertsein Verwunderung auslöste, ist nicht mehr verwunderlich, wenn man die Unklarheiten im Gebrauch der Begriffe von Kapital und Arbeit, von Arbeitnehmer und Unternehmer berücksichtigt. Es löst bei Funktionären der Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerorganisationen existenzielle Ängste aus, wenn sie sich Arbeitnehmer und Unternehmer als nicht rollenfixiert vorstellen sollen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einer als frei gedachten Gesellschaft wäre.

Weil in der Regel weder die marxistischen noch die bürgerlichen Ökonomen eine realitätsnahe Kapitalismusanalyse haben, können sie auch nicht sehen, daß Arbeitnehmer und Unternehmer meistens (vom funktionslosen Investor) ausgebeutete Ausbeuter sind. Ausbeuter sind sie insofern, weil für ihr Kapital beide Gruppen eine Rendite verlangen. Und in Bezug auf Ausbeutung besteht zwischen einem Sparbuch von DM 5000 und einer Produktionsanlage von DM 50 000 nur ein quantitativer und kein qualitativer Unterschied. Der Zins, die Rendite oder Kapitalertrag geht in jedem Fall zu Lasten des Arbeitsertrages. Da aber trotz gegenteiliger Behauptungen nur der Mensch im ökonomischen Sinn arbeitet, liegt hier eine Ursache für soziale Unruhen. Die kleinen Kapitalisten arbeiten gegen die eigenen Interessen, wenn sie das Zins-System stützen, da sie in allen Preisen Zinstribut an andere Kapitalisten leisten. Helmut Creutz hat errechnet, daß ein Haushalt etwa über das Vier-bis Fünffache seiner jährlichen Ausgaben als zinsbringendes Kapital verfügen muß, wenn er nicht mehr zu den Verlierern dieses bösen Renditespiels gehören will, das auch eine der Ursachen für die ökologischen Fehlentwicklungen ist. Alle diejenigen, deren Kapitalmasse jenseits dieser Grenze liegt - und das sind etwa 10 bis 12 % der Haushalte - gehören zu den Gewinnern und werden also ohne Mühe immer reicher.

Hier wird nun nicht für eine marxistische Sozialismuslösung argumentiert, sondern für die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Es ist auch nicht so, daß diejenigen böse sind, die Geld gegen Zinsen verleihen, genauso wenig wie diejenigen, die Subventionen oder die Sozialversicherungen nutzen, sondern unverantwortlich handeln jene, die aus theoretischer Rechthaberei oder aus einem Machtstreben heraus untaugliche Instrumente und Strukturen im sozialökonomischen Bereich stützen und bessere Lösungen verhindern.

Es ist meines Erachtens eine viel zu wenig beachtete Tatsache, daß herrschende, entthronte und auch untaugliche Theorien laufend Bewußtseinsspaltungen im rechtlich-ethischen Bereich der Menschen hervorrufen. Z.B.: Weil die die Realität prägenden Theorien keine sanften und ehrlichen Konfliktlösungsstrategien bei der Ausbalancierung der zum Teil gegensätzlichen Interessen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entwickelt haben, dürfen Streik und Aussperrung nicht mehr als das bezeichnet werden, was sie sind, nämlich Erpressung, Nötigung und Vertragsbruch, Instrumente des kalten Bürgerkrieges.

Eine Ökonomie, die Ehrlichkeit bei der Ausfüllung von Arbeitslosenhilfeanträgen etc. oder bei der Abgabe von Steuererklärungen zu einer Narretei degradiert, ist unmoralisch und gemeinschaftszerstörend.

Eine Ökonomie, die Wirtschaftsbürgern keine Wahlmöglichkeit bei der Erwerbsarbeit und die es zum Glücksfall werden läßt, ob der Erwerbstätige seine Arbeit in Übereinstimmung mit seinen Wertvorstellungen leisten kann, die zudem einem Teil der Bürger keine Erwerbsmöglichkeit gibt, diese z.T. sogar zu Bettlern macht (Der Status und die materielle Ausstattung von Sozialhilfeempfängern ist nicht wesentlich besser.), ist demütigend, entmündigend, einfach verfassungswidrig.

Sicher ist es falsch, alle Schuld an den desolaten Zuständen des Bereiches unserer Gesellschaft, den wir Wirtschaft nennen, den Ökonomie-Theoretikern zuzuweisen, zumal nicht auszumachen ist, ob die Verwirrung in der Ökonomie durch Erkenntnismängel oder auf gezielte Desinformation beruht. Die Ökonomen haben sich aber zu ihrem Teil an der Gesamtschuld zu bekennen, wenn sie sich als erwachsene Menschen, als sittliche Wesen verstehen.
Prof. Johan Galtung hat aufgezeigt, wie die Ökonomen mit Hilfe der Philosophie und der Beschäftigung mit anderen Kulturen die notwendige Distanz zur eigenen Wissenschaft bekommen können, und wie man sich davor bewahrt, Alibitheorien für die Ansprüche der Mächtigen und die politischen Fehlleistungen von Demokraten zu produzieren.

Ich habe Frau Sigrid Matern-Rehm nach ihrem Referat gefragt, ob die Fähigkeit zum Wandel der Wirtschaftswissenschaft einem Wunschdenken entspricht. Wenn nicht: Was muß geschehen, damit der Wandel eintritt und von Dauer ist.

Sicher hilft es dem Ökonomen weiter, wenn sie der Empfehlung Poppers folgen und nicht mehr ihre eigenen Theorien verteidigen, sondern sie selber angreifen.

Ich habe gefragt, wie wir es schaffen, die Demut des Wirtschaftswissenschaftlers zu belohnen, denn sie scheint mir eine bessere Voraussetzung für die Qualität ihrer Arbeit zu sein als die Eitelkeit und der Hochmut.

Sicher können Ökonomen bei der Entwicklung von Methoden, die die Fallstricke im Erkenntnisprozeß besser erkennbar machen, mitwirken. Auch könnten es Ökonomen zur Ehrensache erklären, daß die Voraussetzung für den Zugang zur Lehre und Forschung eine vielseitige Praxiserfahrung ist, und daß die Verbindung zur praktischen Ökonomie später nicht total unterbrochen wird.

Nur den Beamtenstatus - als Möglichkeit völlig am Bedarf der Studenten und der Bürger außerhalb der Hochschulen vorbei zu produzieren - wird man ihnen von außen nehmen müssen, denn ein freiwilliger Verzicht wäre wohl eine menschliche Überforderung. (Seiten 192 bis 197 der Loccumer Protokolle 15 / 84)

oooooooooooo

II. Zur Tagung „Die Erde ist des Herrn“ - Zusage und Auftrag / September 1984

Zu der Vorbereitung zum Kirchentag Düsseldorf '85

Hier könnte man spotten und sagen, deshalb hat der Herr die Kirchen zu den größten Grundeigentümern der Erde gemacht. Und mein Eindruck ist, dass die hauptberuflichen Christen - also die Mitglieder der flachen evangelischen und der steilen katholi-

schen Kirchenhierarchien - mehr auf die Erträge aus Land und Kapital und den Zuwendungen und den Hilfen des Staates bei den Steuereintreibung bauen als auf das Vertrauen in ihrem Gott. Der Spruch

> Sehet die Vögel unter dem Himmel an: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen; und euer himmlischer Vater nährt sie doch. Seid ihr denn nicht viel mehr denn sie? Lutherbibel 1912

gilt wohl nur für die gläubigen Habenichtse. Siehe auch:

> „Zum Reichtum unserer Erde gehört der Boden - das Land, auf dem wir leben. Lebensgrundlage ERDE - Laß uns über den Boden reden!“
> „Die Kirche ist der größte private Grundbesitzer der westlichen Welt“
> http://reich-sein.eu/das-geschaeft-mit-dem-boden/

„Papst Franziskus bezeichnet Kapitalismus als unerträglich.“ Er „verschärft seine Kapitalismuskritik. Damit das System fortbestehen könne, würden Kriege geführt, sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche.“ Wenn er es ernst meint, müsste er den kapitalistischen Geist aus der katholischen Kirche vertreiben und somit dem Heiligen Geist Platz verschaffen. Ich schätze, einen ernsthaften Versuch würde er nicht überleben.
http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2014-06/papst-franziskus-kapitalismuskritik

Ich übernehme hier aus dem Anhang zu meinen Offenen Brief an Bischöfin Frau Dr. Käßmann, „***aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken***“, vom 22. Januar 2002 den „Beitrag für (r)evolution oder CGW-Rundbrief [106] mit den Fußnoten von P. J. Proudhon aus seinem Werk „Was ist das Eigentum?“
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/24.2%20Aufruf%20OB%20K.%20Anhang%20Anlagen.odt.pdf

Beitrag für (r)evolution oder CGW-Rundbrief / 2. Januar 2002

Können die Kirchen Bündnispartner für eine gerechte Wirtschaftsordnung sein?

In der Ausgabe des Magazins „Der Spiegel" Nr. 49 vom 3. 12. 01 steht eine Buchbesprechung über die „Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland", Alibri Verlag, Aschaffenburg, 436 Seiten, DM 48,--. Zu lesen ist unter anderem; „Die Kirchen klagen über rückläufige Steuereinnahmen und leere Kassen. Doch ein Wissenschaftler hat errechnet: „Die Christen-Institutionen sind die reichsten Unternehmer der Republik.“ An anderer Stelle heißt es: „Beide Kirchen, so hat der Autor errechnet, besitzen alles in allem 6,8 Milliarden Qua-

106 Die Mitgliederzeitschrift (r)evolution heißt heute Fairconomy (www.inwo.de) und der CGW-Rundbrief ist das Mitglieder-Organ des Vereins Christen für Gerechte Wirtschaftsordnung. www.cgw.de .

dratmeter Grund und Boden - etwa dreimal so viel wie Bremen, Hamburg, Berlin und München zusammen. Allein auf evangelischen Boden stehen *75062* Gebäude. Mal auf Filetgrundstücken in der City, mal am Dorfanger. Die Katholiken vermochten keine Zahl zu nennen." Insgesamt hat der Verfasser 981,1 Milliarden Mark errechnet.

Das Problem ist nicht, daß die Kirchen Vermögen haben, sondern daß dieses Vermögen den gesellschaftlichen Einfluß und das Einkommen kirchlicher Funktionsträger sichern hilft. Die Bereitschaft zu Reformen wird man auch unter Kirchenangestellten finden. Nur wird es so wie bei der Kirchensteuer sein. Wenn sich innerkirchlich eine kritische Stimme erhebt und sagt, daß kirchliche Privilegien nicht zu einem weltanschaulich neutralen Staat und der Reichtum nicht zu der Lehre Jesu passen, wird diese sehr schnell vom jeweiligen Kassierer mit dem Hinweis, ob man denn auf sein Gehalt verzichten wolle, zum Schweigen gebracht. Wer von den Kirchen lebt, wird im Ernstfall selten zu den Reformern gehören. Das ist ähnlich so wie bei den Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, die sich auch gegen jede Änderung sträuben, die den eigenen Status gefährden könnte. Ob und wie man diese Haltung und Ängste ändern kann, weiß ich nicht. In der Regel bedarf es eines großen oder inneren Druckes, der sich aber unter Umständen nur in Jahrhunderten aufbaut. Zu diesem Schluß kann man kommen, wenn man bei P. J. Proudhon (1809 - 1865) in seinem Buch „Was ist Eigentum - Erste Denkschrift" folgende Fußnoten liest:

Es wäre ein interessantes und ausgiebiges Thema, die Schriftsteller der Reihe nach zu betrachten, die über den Wucher geschrieben haben oder, wie sich einige zweifellos euphemistisch ausdrücken, über den Kapitalzins. Die Theologen haben von jeher den Wucher bekämpft da sie aber immer die Legitimität des Pacht- und Mietzinses zugestanden und da die Identität des Mietzinses und des Darlehns auf Zinsen klar zu Tage liegt, haben sie sich in ein Labirinth von Subtilitäten und Unterscheidungen verirrt, daß sie schließlich gar nicht mehr wußten, was sie über den Wucher denken sollten. Die Kirche, die Herrin der Moral, ist in ihrem verblendeten Stolz über die Reinheit der Lehre, in einer beständigen Unwissenheit über die wahre Natur des Eigentums und des Wuchers verblieben: sie hat sogar durch den Mund ihrer Pontifizes die kläglichen Irrtümer darüber verkündigt.
Non potest mutuum, sagte Benedikt XIV. Locationi ullo pacto comparai. „Die Einrichtungen von Renten, meint Bossuet ist eben so weit vom Wucher entfernt wie der Himmel von der Erde“.Wie will man mit derartigen Ansichten Darlehen auf Zinsen verdammen? Wie will man vor Allem das Evangelium rechtfertigen, das doch den Wucher in aller Form untersagt? Daher ist die Mühe der Theologen auch grenzenlos: da sie den evidenten Beweisen der Nationalökonomen, die mit Recht den Kapitalzins dem Mietzins gleichstellen, Nichts zu erwidern wissen, wagen sie nicht mehr den Kapitalzins zu verurteilen und es bleibt ihnen Nichts übrig als zu erklären, daß - da doch das Evangelium den Wucher verbietet - doch wohl etwas Wucher sein muß. Aber was ist denn eigentlich der Wucher? Nichts ist vergnüglicher, als diese L e h r e r der N a t i o n e n zwischen der Autorität des Evangeliums, das, wie sie sagen, nicht umsonst gesprochen haben

kann, und der Autorität der ökonomischen Beweise hinundherschwanken zu sehen; meiner Meinung nach erhöht Nichts den Ruhm dieses Evangeliums mehr, als diese alte Untreue seiner angeblichen Lehrer. Salmasius, der den Kapitalzins dem Mietzins gleichstellte, wurde durch Grotius, Puffendorf, Burlamaqui, Wolf, Heineccius widerlegt; und was das Merkwürdigste an der Sache ist, Salmasius s a h s e i n e n I r r t u m ein. Anstatt aus dieser Gleichstellung des Salmasius zu schließen, daß jedes Eigentum widerrechtlich sei und von da aus zu dem Beweise der evangelischen Gleichheit zu gelangen, zog man grade den entgegengesetzen Schluß daraus: nämlich daß, da der Pacht- und Mietzins nach dem Urteil der ganzen Welt gestattet ist, und wenn man zugiebt, daß sich der Kapitalzins in Nichts davon unterscheidet, es gar nichts mehr gäbe, was man mit dem Namen Wucher belegen könnte und folglich das Gebot Jesu Christi eine T ä u s c h u n g, ein N i c h t s wäre, das man ohne Gottlosigkeit nicht zulassen dürfe.

Wäre mein Buch zu Boffuet's Zeiten erschienen, so hätte der große Theologe durch die heilige Schrift, die Kirchenväter, die Tradition, die Konzile und die Päpste bewiesen, daß das Eigentum göttliches Recht sei, der Wucher dagegen eine Erfindung des Teufels; und dies ketzerische Werk wäre verbrannt und der Autor in die Bastille gesteckt worden. (S. 214 /215)

„Ich verkünde das Evangelium, ich lebe vom Evangelium" sagte der Apostel, womit er bezeichnen wollte, daß er von seiner Arbeit lebe: der katholische Klerus hat es vorgezogen vom Eigentum zu leben. Die Kämpfe der Gemeinden im Mittelalter gegen die Äbte und Bischöfe, die großen Eigentümer und Herren, sind bekannt: die päpstlichen Exkommunikationen nicht weniger, die zur Verteidigung der kirchlichen Privilegien erlassen wurden. Selbst heutzutage behaupten die offiziellen Organe des gallikanischen Klerus noch, daß die Besoldung des Klerus keine Staats-Gehalte, sondern vielmehr eine Entschädigung für das, was er einst besessen und was ihm der dritte Stand im Jahre 89 entrissen hatte. Der Klerus will lieber einen Unterhalt dem Eigentumsrecht als der Arbeit verdanken.
Eine der größten Ursachen des Elends in Irland sind die ungeheueren Einkünfte des anglikanischen Klerus. Ketzer wie Orthodoxe, Protestanten, Papisten haben sich also nichts vorzuwerfen: alle haben in gleicher Weise in der Gerechtigkeit gerirrt, alle haben das achte Gebot verkannt: Du sollst nicht stehlen. (S. 218 /219)
--- TA ---

Anmerkung für die Redaktion: ...

Gruß *Tristan Abromeit*

Auf dem Kirchentag 1985 in Düsseldorf habe ich an einem Informationsstand zur Geld- und Bodenproblematik im Markt der Möglichkeiten mit gearbeitet und vorher hatte ich Zuhause die einzelnen Elemente für den Ausstellungsstand gebaut. Auf das Thema Bodenrecht wurde

zwar hingewiesen, kam aber zu kurz. Umso erfreuter war ich als ich einer Pause, die für einen Gang durch das Gelände genutzt habe, den Bischof Kurt Scharf über das Geld- und Bodenrecht sprechen hörte. In einem Brief an Walter Michel, einem Handwerksmeister, der für sein Interesse an das Thema zu DDR-Zeiten in Bautzen eingesperrt wurde, schreibt er:

> In meiner Bibelarbeit bekenne ich mich zur 'Schwundgeldtheorie' von G e s e l l und zur 'Bodenreform' von D a m a s c h k e .

Ich habe den Vorgang - einschließlich der Predigt von Scharf – im zweiten Anhang zu meinen Offenen Brief an die (damalige) Bischhöfin Frau Käßmann dokumentiert.
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/24.5%20Aufruf%20OB%20K.%20Erg.%20Anhang%20Scharf.pdf

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf meine Arbeit Text 22.1 „Das Boden(un)recht - Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit - Eine Sammlung fremder und eigener Texte“. Im Vorwort heißt es:

> Anlaß und Zielsetzung dieses Arbeitspapieres dieses Projekt wird als überregionaler Teil eines von Pastor Dr. Hans-Hermann Tiemann initiierten EXPO-Regionalprojekts „Boden“ verstanden, das von der Stadt Osnabrück mitgetragen wird. In dem Regionalprojekt soll verdeutlicht werden, wie geschichtliche Abläufe und gesellschaftliche Strukturen in den Bereichen Religion, Kultur, Landwirtschaft, Handwerk und Industrie auf den Raum Osnabrück bezogen gleichsam Schichten gebildet haben und weiter bilden, so wie sie auch geologisch - nicht nur dem geistigen Auge sichtbar - im Boden zu beobachten sind. Tiemann greift zurück auf Aristoteles, der Ontologie, die Lehre vom Seienden als solchem und dem, was wesentlich zu ihm gehört (Duden, Fremdwörterbuch) und auf den Philosophen Nicolai Hartmann (geb. 1882 in Riga, gestorben 1950 in Göttingen). „H. unterscheidet vom realen Sein eine Sphäre des idealen Seins, in der Werte und mathematische Gegenstände existieren. Das reale Sein sei geschichtet in eine anorganische, organische, seelische und geistige Schicht (regionale Ontologie). Die Philosophie habe die Grundbestimmungen (Kategorien) jeder Schicht aufzusuchen und in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit zu klären (Kategorialanalyse).“ (Lingen Lexikon) Ich vermute, Tiemann wird am geeigneten Platz auf seinen Arbeitsansatz eingehen und die Bedeutungen des Schichtungsgedankens für die Bewältigung unseres gesellschaftlichen Alltags erläutern. Da „Schicht“ aber auch ein soziologischer Begriff ist, gehe ich davon aus, daß auch die Prägung und der Wandel gesellschaftlicher Schichten dort einbezogen werden.
>
> Ich selber bemühe mich hier um das Thema Bodenrecht, das in seinen heutigen Formen fast an jedem Ort der Welt zu Problemen führt und eine wesentliche Ursache für ordnungspolitische Ungereimtheiten und Kriege ist. Es ist nicht meine Absicht, hier die ganze Bodenrechtsproblematik auszubrei-

ten. Ich werde soviel Zitate, fremde und eigene Texte bringen, daß die Neugier geweckt wird und die Leser dieser Zeilen alleine oder im Verbund mit anderen das Thema selbständig bearbeiten können.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.1%20Das%20Boden(un)recht%20Teil%20I.pdf

Anmerkung dazu im März 2017: Die Anregung zu dieser Arbeit kam von Dr. Hans-Hermann Tiemann auf der Fahrt zu oder von dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, die von Dr. Martin Cordes (Ev. Sozialwissenschaftlicher Verein in Hannover oder so ähnlich) organisiert wurde.

Aus dem Expo-Projekt für Osnabrück ist nichts geworden. Ich war der einzige, der ohne nach einem Lohn zu schielen, sich an die Arbeit gemacht hatte.

oooooooooooooooo

III. zur Tagung: Bürgerwille und Parteienherrschaft
Für eine demokratische Aneignung von Politik

Nach dm Grundgesetz wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. In der aktuellen Wirklichkeit spielen die Parteien in Staat und Gesellschaft aber eine so beherrschende Rolle, daß viele Beobachter glauben, ein „Macht- und Meinungsmonopol“ der Parteien feststellen zu können. Der Bürger - so lautet ihre Kritik - werde “zum Zuschauer degradiert“.
Die Tagung soll einen Beitrag zum Diskurs über Parteienherrschaft und Demokratie leisten. Zwei Fragenkomplexe werden im Vordergrund stehen.

* Welche Einflußmöglichkeiten haben die Bürger in politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen? Welche Defizite bestehen und wie wirken sie?

* Welche Möglichkeiten und Perspektiven gibt es, den Bürgerwillen in der politischen Willensbildung wirksamer einzubringen und die Teilhabe der Bürger an der Bearbeitung und Lösung gesellschaftlicher Probleme zu sichern, zu fördern und zu erneuern?

Zu der Tagung laden herzlich ein.

Hans May	Dr. Jörg Calließ
Akademiedirektor	Tagungsleiter

(Meine Tagungsübersicht taugt nicht für die Reproduktion. Bei Bedarf auf der Internetseite der Ev. Akademie Loccum suchen. www.loccum.de)

Es folgt mein Beitrag ***Die Lücke im Tagungsprogramm*** aus Loccumer Protokolle 8 / '87,

Tristan A b r o m e i t , Neustadt a. Rbge.

DIE LÜCKE IM TAGUNGSPROGRAMM

Sehr geehrte Tagungsteilnehmerinnen und Tagungsteilnehmer, sehr geehrte Referentinnen und Referenten, sehr geehrter Herr Dr. Calließ als Tagungsleiter.

Es gibt viele Motive, eine Akademietagung zu besuchen. Mein Motiv ist, für meine und meiner Kinder Freiheit zu arbeiten und für unsere Demokratie, die aus meiner Sicht bedroht ist, zu wirken.

Da ich meine Aussagen nicht kleinmütig und zaghaft formulieren werde, versichere ich gleich zu Beginn, daß es mir nicht darum geht, irgendjemandes Ehre zu verletzen. Ich bin auch davon überzeugt, daß viele Fehlentwicklungen ihren Ursprung in einem guten Wollen haben. Das, was ich zu sagen habe, ist nicht in ein paar Diskussionsbeiträgen - die sich zudem noch auf das vorher Gesagte beziehen sollen - unterzubringen. Daher lege ich Ihnen diese schriftliche Ausarbeitung vor.

Es ist mein demokratisches Selbstverständnis, daß die Veranstalter von Akademietagungen autonom den Inhalt und die Form der Tagungen bestimmen. Es sollte jedenfalls so sein. Die Wirklichkeit ist häufig so - aufgrund der finanziellen Abhängigkeiten der Erwachsenenbildungsinstitutionen von den Staatskassen -, daß die Parteien Einfluß auf die Inhalte zu nehmen versuchen.

Wir nehmen also an einer Tagung teil über das Thema Parteienherrschaft unter möglicher Einflußnahme von Parteienherrschaft. Diese Form der Parteienherrschaft findet meistens in subtiler Art statt. Sie dokumentiert sich in der häufig gehörten Forderung nach der politischen Ausgewogenheit einer Veranstaltung.

Ich empfinde es nun aber nicht als Lücke im Programm, daß nicht über die Herrschaft der Parteien über die Erwachsenenbildung gesprochen werden soll. Diese Anmerkungen sollen nur bewußt machen, daß Parteienherrschaft nicht etwas Abstraktes. Fernes, sondern etwas konkret Anwesendes ist.

> Die Lücke, die ich meine, müßte im Programm unter Ziffer 6 etwa lauten:
> DIE ÜBERWINDUNG DER PARTEIENHERRSCHAFT durch
> > Weniger Staat < (Buchtitel von Prof. Leopold Kohr, Eccon, 1965)
> oder durch den >. .Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft< (Denkschrift an die zu Weimar versammelten Nationalräte von Silvio Gesell, 1919, Freiwirtschaftliche Bibliothek. 2930 Varel)

Gehen wir die angekündigten Themen der Hauptreferate durch und fragen, ob der Bürgerwille (sowohl als Wille von Kollektiven wie von Individuen mit den angeführten Instrumenten zur Geltung verholfen werden kann.

1. Innerparteiliche Demokratie

Die innerparteiliche Demokratie ändert schon deshalb nichts an dem Problem, weil sie eine innere Angelegenheit von kleinen Minderheiten, den politischen Parteien ist. Ihr Wille, die Mehrheit mittels des Staatsapparates zu beherrschen, wird dadurch nicht gebrochen.

Die Innenverhältnisse der Parteien lassen sich sicher theoretisch verbessern. Den Glauben an praktische Erfolge habe ich durch langjährige Mitgliedschaft in der Freien Demokratischen Partei und den GRÜNEN und Beobachtung der anderen Parteien verloren.

Die Gründerzeit der GRÜNEN war geprägt von der Hoffnung, eine überschaubare, durchschaubare, kooperative, tolerante Partei zu gründen, in der sich ein Mensch wohlfühlen kann. DIE GRÜNEN sind aber de facto genauso wie die anderen Parteien geworden: Ein Grab für Idealismus und ein Tummelplatz für Machtgeilheit! Das Instrument der Mehrheitsabstimmung wird entgegen dem Gründungsgeist rücksichtslos zur Unterdrückung Andersdenkender eingesetzt, als hätte schon jemals durch Mehrheitsbeschluß die „Wahrheit“ das Licht der Welt erblickt.

Im Höhenflug der Gründungszeit ist eine Passage in der Satzung »§ 5 (3) 3« aufgenommen worden, die die programmatische Unterdrückung von Minderheiten verhüten und damit das Zusammenwirken der Mitglieder unterschiedlicher geistiger und politischer Herkunft ermöglichen sollte. In etwa zur gleichen Zeit, als Grüne sich für ein Bundesabstimmungsgesetz zum Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes stark machten, wurde ein Antrag in der Bundesversammlung der GRÜNEN in Hagen (22.123. 6. 1983) auf Beschluß von Ausführungsbestimmungen für das satzunsmäßig vorgesehene Minderheiten-Programm abgeschmettert mit dem Hinweis, diese Bestimmung sei überflüssig geworden. Die machtorientierten Strategen gingen wohl davon aus, daß der Zufluß an Stimmen und Mitgliedern wohl nicht mehr zu stoppen sei und der Einfluß des Marxismus nicht durch libertäre Elemente gefährdet werden dürfte. Die Methode des Rausgruhlens hatte sich ja auch schon bewährt. Diese Mitglieder der GRÜNEN sind aber zu feige oder zu „klug“, um eine entsprechende Streichung in der Satzung vorzunehmen. Jedesmal wenn ihre Machtbasis durch so entstandene innere Spannungen auseinander zu bröckeln droht, beschwören sie heuchlerisch das Gründungsmotto > Vielfalt in der Einheit <.

Die konsequente innerparteiliche Demokratie bleibt aber schon aufgrund der Allzuständigkeit der Parteien eine Illusion, denn diese erfordert eigentlich, daß alle Mitglieder hauptberuflich für ihre Partei tätig sein müßten, um die selbstgesetzen Aufgaben (die eine Selbstüberschätzung verraten) bzgl. der Quantität zu bewältigen und wegen der gleichen Teilhabe am Willensbidlungsprozeß. Tatsächlich dürfte aber nicht mehr als 10% der Mitglieder ständig für ihre jeweilige Partei aktiv sein. Aber die Kompetenz und der

mögliche oder gewollte zeitliche Einsatz dieser Minderheiten der Parteimitglieder (deren Gesamtheiten ja nur ganz kleine Minderheiten der Wähler darstellen) ist auch noch sehr unterschiedlich.

2. Auswahlverfahren für Funktions- und Mandatsträger der Parteien
Die Auswahlverfahren für die Funktionsträger der Parteien gehört von der Systematik her gesehen zum Thema innerparteiliche Demokratie. Die Freien Demokraten hatten in den Zeiten, als die Punkte hinter ihren Initialien gesetzt wurden, vor, die Wahlbürger an der Auswahl der Parlamentskandidaten zu beteiligen. Für das Scheitern dieses Vorhabens würde ich nicht nur die Lauheit dieser Partei verantwortlich machen. Es gibt auch erhebliche Verfahrensschwierigkeiten, wenn eine solche Stimmbürgerbeteiligung auf Parteiebene vonstatten gehen soll.

Vielleicht werden uns ja noch im betreffenden Referat Möglichkeiten aufgezeigt. Wichtiger wäre aber eine Antwort auf die Frage: Wie bekommen wir Mitglieder an den Parteien vorbei in die Parlamente. Auch wäre es doch sinnvoll hier und anderswo zu prüfen, welche Alternativen für die heutige Selektion und Wahl unserer Mandatsträger es gibt. Mir liegt das Buch > Die Staatslehre Artur Mahrauns - Sicherung des Friedens in Freiheit durch direkte Demokratie < (Verlag Wolfgang Lohmüller. München) vor. Hier wird ein ganz anderes Auswahlverfahren der Volksvertreter beschrieben.

Aber mir ist klar, daß durch eine andere Selektion der Volksvertreter die Erstickung der politischen Freiheit - die sich ja als Gestaltungsfreiheit offenbaren muß, wenn sie einen Wert haben soll - nur dann gestoppt und umgekehrt werden kann, wenn dadurch auch neue Inhalte in unsere Parlamente kommen. Dies kann nur dann geschehen, wenn eine gründliche Debatte mit dem Ergebnis einer Neuorientierung über die Ordnung, in der wir leben wollen, geführt wird. Die logische Reihenfolge ist aber wohl: Erst die ordnungspolitische Neuorientierung und dann ein neues Auswahlverfahren.

3. Petitionsrecht (Artikel 17 des Grundgesetzes) und Ombudsman

Das Petitionsrecht und auch der Ombudsman (Bürgeranwältin -anwalt) - der in diesem Zusammenang diskutiert werden müßte - sind sicher ausbaubare Instrumente, die in einer Vielzahl von Einzelfällen segensreich wirken können. Nur an der wuchernden Herrschaft der Parteien und Bürokratien ändern sie nicht viel.

4. Plebiszitäre Öffnung

Artikel 20 (2) G6: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtssprechung ausgeübt.' Ich hoffe, daß wir neben dem offiziellen Referat zum Thema noch eine Vertreterin der „Aktion Volksentscheid“ (Tel. 0880-500) hören werden. Denn diese könnte nicht nur über die theoretische Ausformung dieses Instrumen-

tes berichten, sondern auch über die praktischen Schwierigkeiten, die sich auftun, um den grundgesetzlichen Anspruch durchzusetzen.

Ich selber bin dafür, daß dem Volk - und das sind auch wir - das im Grundgesetz vorgesehene Abstimmungsrecht nicht länger vorenthalten wird. Ein Ausführungsgesetz müßte aber eine ausgeprägte Informationspflicht über den Gegenstand der Volksabstimmung enthalten. Ich halte die Hinweise auf mögliche Mißbräuche vorwiegend für eine Abwehrstrategie der Parteien, die um ihr grundgesetzwidriges Machtkartell fürchten. Die Volksabstimmung kann nur dann als Schleuse für ein totalitäres Regime mißbraucht werden, wenn die politische Mitte ihre Mittelmäßigkeit nicht überwindet und die Kraft nicht aufbringt, die Republik so zu gestalten, daß gar kein Wunsch aufkommt, sich von einem Diktator, welcher coleur auch immer, retten zu lassen. Die Demokratie kann sich durch die Verweigerung des Abstimmungsrechtes (und durch die 5%-Klausel) nicht schützen. Der einzige Schutz vor ihrem erneuten Untergang ist, daß wir unsere heilige Kuh >Der Kompromiß< schlachten und unsere selbstproduzierten politischen Probleme lösen. Durch ein Plebiszit kann dem Volk die wirkliche Gestaltungsfreiheit verliehen werden.

Durch ein Plebiszit kann über Krieg und Frieden entschieden werden. Das Plebiszit dürfte aber ungeeignet sein, die tausend Dinge des gesellschaftlichen Alltags zu regeln, die es zu regeln gibt. Und auch eine Annäherung an die Selbstbestimmung der Individuen dürfte vom Volk als Ganzes genausowenig gefördert werden wie von seinen gewählten Repräsentanten. Den Parlamentariern, wenn nicht vorher die Wege die dahin führen, im öffentlichen Bewußsein vorhanden sind.

5. Bürgerwille und Bürgerprotest

Der Bürgerprotest drückt den Bürgerwillen aus, sich nicht einfach alles oder bestimmtes klaglos gefallen zu lassen. Die Presse berichtet in diesen Tagen von dem Sieg der Bundschuh-Mitglieder, die sich nach zehnjährigem Kampf (vorerst) gegen den Bau der Teststrecke durch Daimler-Benz vor dem Bundesverfassungsgericht durchgesetzt haben. Der Bürgerprotest ist aber nicht immer einheitlich in einer Richtung zielend. Im oben geschilderten Fall haben auch Bürger für den Bau der Teststrecke demonstriert, weil sie dadurch ihr Erwerbslosigkeitsproblem - ein Problem, was nicht der liebe Gott geschaffen hat - zu lösen hofften.

Seinem Charakter nach ist der Bürgerprotest eine Notbremse und ein Indikator für Mißstände. Es ist eine bequeme Art und dumm dazu, daß jene, die politischen Mist produzieren, jene ins politische Abseits schieben wollen, die feststellen, daß der Mist stinkt. Nur, wenn das Instrument Bürgerprotest so häufig gebraucht wird (gebraucht werden muß mangels anderer Einwirkungsmöglichkeiten), dann verliert es an Wirkung.

Wir müssen die Gesellschaft eben so gestalten, daß der Protest eine seltene Ausnahme bleiben kann. Und damit komme ich zu der Lücke.

6. Die Überwindung der Parteienherrschaft durch Reduzierung staatlicher Tätigkeit

Zur Einstimmung zitiere ich Prof. Dr. Wolfgang Zeitler. Präsident des Bundesverfassungsgerichtes aus seiner Ansprache vom 12. Januar 1987 vor der IHK Mittlerer Oberrhein Über das Thema "Der Unternehmer im Wandel der Rechts- und Sozialordnung":

> „Die Gesetzgebung und Verwaltungspraxis ist voll von Beispielen, in denen versucht wurde, Besitzstände zu pflegen, Privilegien zu erhalten und Zunft- und Kastenstrukturen zu bewahren. Eine solche Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik ist ungerecht gegenüber der nachrükenden Generation, da sie ihr die gleichberechtigte Chance zum Erfolg vorenthält, und sie ist schädlich und unsozial gegenüber der Allgemeinheit, da sie im Interesse einiger weniger die wirtschaftliche Gesamtleistung mindert, Ressourcen fehlleitet und mögliche Kapazitäten unausgenutzt läßt. In nunmehr über 35 Jahrer seiner Rechtsprechung hat sich das Bundesverfassungsgericht darum bemüht, die Freiheitlichkeit und Offenheit unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gegenüber einem an einseitigen Interessen orientierten Strukturkonservatismus durchzusetzen, oftmal gerade auch gegenüber dem Willen von Parlamentsmehrheiten und Regierungen, die ihrerseits unter dem mächtigen Druck von einflußreichen Lobbies und Interessenverbänden standen.“

Die Schlagzeile „Das Steuer muß scharf herumgerissen werden“ der HAZ vom 14.1.87 ist ein Satz aus einer Rede des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow. Gorbatschow und seine Leute scheinen wenigstens eine Vorstellung davon zu haben, in welcher Richtung sich ihre Gesellschaft entwickeln muß. Sie wissen aus eigener Erfahrung, daß der Weg in den Zentralismus mit Unterwerfung und Tod verbunden ist. Die negativen Erfahrungen mit den bisher gegangenen Weg scheint ihnen auch die Kraft zu geben, neue zu suchen und zu gehen. Wenn hier bei uns in der Bundesrepublik der Bundeskanzler Kohl von der Wende spricht, dann hört sich das an, als rede er von einer Rolle rückwärts, zu der er und seine CDU keine Kraft haben. Die FDP ist voll damit ausgelastet, ihre Zielgröße „Verhinderung absoluter Mehrheiten“ zu konservieren und ihren Anteil an der Parteienherrschaft zu sichern. Die SPD, der überall Orientierungslosigkeit nachgesagt wird, hätte aufgrund dieser Tatsache am ehesten die Chance, neue Wege zu suchen und zu gehen, wenn nicht in den Köpfen ihre Mitglieder eingeätzt wäre, daß soziale Sicherheit nur im Bannkreis des Groß-Vaters Staates zu haben sei. Die SPD wollte sicher Emanzipation der Bürger, doch ist sie jene Partei, die am meisten dazu beigetragen hat, dass der einzelne Mensch dem Institutionsabsolutismus unterworfen wurde. (Ein Begriff der m.W. von Prof. Erich Reigrotski geprägt wurde.)

Seit Walter Eucken (>Grundsätze der Wirtschaftspolitik<, rororo 81) wissen wir klarer. daß sich eine Gesellschaft nur in zweierlei Weise organisieren kann, zentral oder dezentral. Die Instrumente der Koordination sind im ersten Fall der Befehl, die Unterordnung und im zweiten Fall die Einigung, der Vertrag. Da die reinen Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation Ideale

sind, die in der Realität nur annäherungsweise erreicht werden können, kommt es sehr darauf an, wohin sich eine Gesellschaft entwickelt. Wenn wir uns die Verkehrswirtschaft (Marktwirtschaft) und Zentralverwaltungswirtschaft (Kommandowirtschaft) jeweils als Pole vorstellen sind die vorhandenen Gesellschaften mit ihren jeweiligen Mischformen auf einer Strecke dazwischen angesiedelt, dann können wir sehen, daß wir uns seit der Entstehung der Bundesrepublik eher von der Marktwirtschaft weg als zu ihr hin entwickelt haben. Betrachten wir uns den Bildungsbereich als Teilordnung, so können nur politisch blinde die Konvergenz (Annäherung) mit den sozialistischen Ländern nicht sehen. Das, was uns heute aus der UdSSR berichtet wird, besagt nichts anderes, als daß dort in Teilbereichen ein Weg in Richtung Dezentralität ertastet wird. Wir müssen aufpassen, daß es durch unser Beharren, real in die falsche Richtung zu gehen, nicht noch mehr Konvergenzen der beschriebenen Art zu Lasten der Konvergenz mit der Dezntralität, dem Idealtyp Verkehrswirtschaft gibt. Uns Bundesrepublikanern wird eine Umkehr schwer fallen, weil der eine Hauptteil der manifesten Parteienherrschaft, die CDU, die Entwicklung unserer Gesellschaft in Richtung Marktwirtschaft von Anbeginn behindert hat (so Ludwig Erhard auf meine entspr. Frage am 7.10. '72 hier in der Ev. Akademie Loccum. So auch nachzulesen in der Titelgeschichte des >Spiegels< vom 9. Sept.1953) und unser heutiges Erscheinungsbild unserer Gesellschaft als eine marktwirtschaftliche Ordnung versteht, bzw. deklariert. Dies liegt auch daran, daß sie Unvereinbares gleichzeitig will: Marktwirtschaft mit seinem Leistungswettbewerb und Kapitalismus mit seinem Privileg arbeitsloses Einkommen zu erzielen. Der andere Hauptteil der manifesten Parteienherrschaft. die SPD hat sich nie ganz vom Marxismus gelöst und durch eine unselige Ausprägung des Keynesianismus in einen neuen Staatsaktivismus hineinmanöverieren lassen. Dieser Teil der Parteienherrschaft steht sich bei seiner Selbstauflösung durch Reduzierung staatlicher Aktivität ideologisch selbst im Wege. Und das tragische an unserer bundesrepublikanischen Entwicklung ist, daß jene, die sich mit der Restaurierung des Kapitalismus nicht abfinden wollten, die Marktwirtschaft als Befreiungsinstrument nie verstanden haben und Zuflucht beim Marxismus gesucht haben. Den Marxismus nennt Hermann von Berg „renomierter Wirtschaftwissenschaftler aus der DDR“ in seinem Buch >Marismus-Leninismus - Das Elend der halb deutschen halb russischen Ideologie< (Bund-Verlag 1996) ein geistiges Gefängnis. Auf Seite 23 schreibt er wörtlich: „Die Praxis zeigt: Der Marxismus ist eine lebensfremde, für die Interessen des Volkes schädliche und feindliche Ideologie.“ Er nennt ihn „Murxismus“.

Von Berg hat sich intensiv und ausdauernd mit den Grundlagen der Gesellschaft, der DDR, die er verlassen hat, auseinandergesetzt. Wo findet die Auseinandersetzung mit den Grundlagen unserer Gesellschaft in der erforderlichen Tiefe und Breite statt. Das meiste, was dazu gesagt wird, sind Zeugnisse eines ideologischen Stellungskrieges oder oberflächliches Geschwätz. Eine Klärung findet nicht einmal in den Hochschulen statt, schon lange nicht durch die Presse.

Soweit ich in die Materie eingedrungen bin und Urteilssicherheit gefunden habe (was ja nicht besagt. daß ich keinen Irrtümern aufsitzen kann) kann

sich der Bürgerwille, der sich ja gerade dadurch manifestiert, daß fast jeder seine eigene Vorstellung von den idealen Arbeitsbedingungen, des optimalen sozialen Sicherungssystemes, des humansten Bildungssystems usw. hat, nur dann gegen die Parteienherrschaft durchsetzen kann, wenn die Aktivitäten des Staates radikal reduziert werden und die Bürger ihre Belange durch privatrechtliche Zusammenschlüsse und Verträge regeln.

Was dem Staat bleibt und was er zu veranlassen hat:

Da eine dezentrale Ordnung, in der der Bürger sein eigener Herr, die Bürgerin als Frau ökonomisch vom Mann unabhängig ist, nur mit dem Koordinations- und Kooperationsinstrument Marktwirtschaft realisiert werden kann, hat er, da Marktwirtschaft kein Naturprodukt ist, die Rahmenbedingungen für ihr Funktionieren zu schaffen. Dazu gehören neben den ökologischen und wettbewerbsrechtlichen Daten nach der freiwirtschaftlichen Schule, die mir bei der Entwicklung meiner liberalsozialen / libertären Position sehr nützlich war, vor allem ein neues Bodenrecht und eine verbesserte Geldverfassung. Dadurch wird es möglich, eine Dauerbeschäftigung ohne Arbeitslosigkeit zu installieren. Auch löst sich dann ohne weitere Gesetzgebungsakte das Problem der Ausbeutung und Vermögenskonzentration auf. Dieses sind keine Glaubenssätze sondern durch Prüfung nachvollziehbare Erkenntnisse.

Der Staat hat dann noch die meisten Institutionen vom Arbeitsamt über Sozialversicherungen und Schulen bis hin zu den Zünften (Kammern) aus ihrer öffentlich-rechtlichen Trägerschaft zu entlassen, die Zwangsmitgliedschaften aufzuheben und nur noch eine Kontrolle im Sinne des Strafrechtes über die dann in Vielzahl entstehenden privatrechtlich organisierten dem Bürgerwillen entsprechenden Institutionen auszuüben.

Wie die Rahmenbedingungen für ein freies Bildungswesen aussehen könnten, ist den von mir formulierten >Thesen zur grünen Bildungspolitik< zu entnehmen, die in dem betreffenden Tagungsprotokoll zum 1. Niedersächsischen Bildungskongresses der GRÜNEN vom 24. - 26. Februar 1984 in Göttingen so ganz aus Versehen nicht wiedergegeben wurden.

oooooo

„Die Erziehung war ein wichtiges Werk des Staates und der Staat ein fortdauerndes Werk dieser Erziehung.“ Friedrich Schiller in: „Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus“ zitiert aus: „Bürger für die Gesetze“ von Friedrich Salzmann, Verlagsgen. Freies Volk Bern, 1949

THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK

vorgelegt aus Anlaß des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses der GRÜNEN vom 2. - 26. Februar 1984 in Göttingen

1. These

Wenn den Grundrechten Geltung verschafft werden soll, ist die Entwicklung

und Realisierung eines dezentralen Bildungssystems ein Auftrag des Grundgesetzes.
Unser jetziges Bildungs- und Schulsystem kann den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) nicht garantieren; die Freiheitsrechte (Art. 2) nicht waren, die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3) nicht herstellen. Die Freiheit der Lehre (Art.5) bleibt auf der Strecke und der Schutz der Familie (Art.6) wurde zur Entmündigung.

2. These

Art. 7 Abs. 1 des GG besagt: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates." Überall gilt, daß der Kontrolleur nicht gleichzeitig der zu kontrollierende Akteur sein kann. Nur im Bereich des Schulwesens gilt bisher diese Logik nicht.
Aber auch eine auf die Kontrolle reduzierte staatliche Tätigkeit im Bereich des Schulwesens ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie andere Grundrechte nicht einschränkt, d.h. letztlich, daß der Staat weder die Bildungsinhalte noch die Formen der Bildungsvermittlung vorschreiben kann, sondern nur darauf zu achten hat, daß für alle Beteiligten im Bildungsprozeß eine Chancengleichheit besteht, und daß allgemeine Gesetze eingehalten werden.

3. These

Ein dezentrales alternatives Bildungsystem ist nur erreichbar, wenn Schüler, Lehrlinge (Auszubildende) und Studenten (stellvertretend die Eltern) als Bildungsnachfrager autonom werden, so wie Lehrer und Schulträger als Bildungsanbieter autonom werden müssen. Letztlich heißt das, daß für die Bildungsnachfrager die Schulpflicht in der Gestalt des Schulzwanges aufgehoben werden muß, und daß sie ökonomisch in die Lage versetzt werden müssen, ihre Bildungsnachfrage selber (z.B. durch Bildungsguthaben [1]) zu finanzieren. Für die Bildungsanbieter folgt daraus, daß sie als Lehrer auf den Beamtenstatus verzichten müssen und als Institutionen auf eine Finanzierung oder Subventionierung durch den Staat verzichten müssen. Leistung und Gegenleistung wird dann durch privatrechtliche Verträge geregelt. Dafür, daß die Bildungsangebote den Bedürfnissen der Bildungsnachfrager entsprechen, sorgt darin der Wettbewerb.

4. These

Da Bildung auch den Zweck hat, daß die (Aus-)Gebildeten in die Lage versetzt werden, einem Broterwerb nachzugehen, hat ein dezentrales alternatives Bildungssystem auch zur Voraussetzung, daß die Zugänge zu den Berufslaufbahnen neu definiert werden. Denn bleiben hier die alten Normen erhalten, können keine noch so guten neuen Bildungsgänge ohne Verfälschung durch den Anpassungsdruck durchgehalten werden.

5. These

Die erfolgreiche individuelle (oder grupponmäßige) Bildungsplanung setzt einen kontinuierlichen berechenbaren Ablauf in der Wirtschaft voraus. Eine breit angelegte Bildung, die sich nicht auf die notwendigste Wissensvermittlung beschränken will, setzt ein Mindestmaß an ökonamischer Wohlhabenheit voraus. Beide Faktoren sind heute nicht gegeben, können aber mit ökonomischen Erkenntnissen, die seit der Jahrhundertwende vorliegen, bei

Wahrung ökologischer Belange erreicht werden.[2]

6. These

Auch wenn eine neue grüne Bildungspolitik nicht bei Null beginnen kann und für die Umsetzung parlamentarische Mehrheiten fehlen, ist es erforderlich die langfristigen Ziele zu baschreiben, weil sonst die Bildungs-Tages-Politik orientierunglos bleibt.

7. These

Zur Zielerreichung einer neuen emanzipatorischen Bildungslandschaft können Zwischenlösungen angestrebt werden. Wichtig ist, daß Eltern, die ihre Kinder einer privatrechtlich organisierten öffentlichen Schule anvertrauen wollen, finanziell genauso gestellt werden wie Eltern, die ihre Kinder weiterhin auf eine staatlich organisierte Schule schicken wollen.
Der (die) freie Lehrer(in) darf gegenüber den (der) beamteten Lehrer(in) nicht länger finanziell benachteiligt werden.
Die Städte und Gemeinden sind zu verpflichten - solange keine generell neue Bildungsfinanzierung eingeführt wurde - für die Schüler freier Schulen die gleichen Pro-Kopf-Sachkosten zu übernehmen wie für die Schüler staatlicher Schulen.

1) Das Bildungsguthaben ist eine Finanzierungsart der Bildung:

1. die Personen und nicht Institutionen subventioniert (Stärkung der realen Mitbestimmung der Schüler / Eltern und des Wettbewerbes der Schulen um Schüler);
2. die den Eltern / Schülern ein persönliches Bildungsguthabenkonto bei einer staatlichen Verwaltung (z.B. Finanzamt) einräumt;
3. die die anteiligen Personal- und Sachkosten des Bildungsganges voll oder zum Teil durch die Eltern / Schüler finanzierbar machen (Die Aufwendungen der Gemeinschaft werden gegenüber den jetzigen System nicht größer.);
4. die die Finanzierung der Bildung über den Staat zeitlich begrenzt (z.B. bis zur Vollendung des 18. o. 21. Lebensjahres.);
5. die nicht nach der Höhe der Kosten des jeweiligen Bildungsganges differenziert, sondern für alle Schüler, Lehrlinge und evtl. Studenten in den ersten Semestern pro Kopf
   z.B. 80 oder 90 % der (z.B. 10) teuersten Bildungsgänge zur Verfügung stellt. Nicht abgerufenes Guthaben wird dann nach Erreichen der Förder-Altersgrenze (z.B. als Existenzgründungsbeitrag) ausgezahlt.

2) Wenn wir nach zusätzlichen Mitteln zur Finanzierung eines freien Kulturlebens suchen, dann brauchen wir uns nicht mit einem Verweis auf den Rüstungsetat beschränken. Die Behebung und Vermeidung von Konjunkturkrisen macht ungeheuer viel Mittel frei. Es würden die Kosten der Krisen (Kapitalvernichtung durch Konkurse, Ausfälle bei den Steuern und Sozialversicherungen und die Arbeitslosenunterstützung) gespart und das Arbeitseinkommen kann zu Lasten des Kapitaleinkommens wesentlich erhöht werden.

Liberal-sozialer Arbeitskreis Dritter Weg: Georg Otto, 3221 Eberholzen Büchertisch; Tristan Abromeit, Gorch-Fock-Weg 3, 3057 Neustadt 1
Literatur: „Die Freie Berufsbildungs-Assoziation“, „Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung“ (je DM 4,50)
„Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft für die Gegenwart - sieben Thesen“, "Die Schule - Menschlichkeit durchpädagogische Freiheit“ u.a. Titel vom Seminar für freiheitliche Ordnung, Postfach 1105, 7325 Boll
„Haken krümmt man beizeiten, Schultagebuch eines Vaters“ von Helmut Creutz, Vorwort von Hans A. Pestalozzi, dtv Sachbuch DM 9,80) „Pestalozzi der Rebell“ von Bruno P. Schliephacke (Es geht um J.H.P.)

oooooooooooooo

IV. zur Tagung: Strukturwandel statt Protektionismus:
Was kostet die Neuordnung des Welthandels? Sept. 1988

Vor dem Hintergrund der internationalen Schuldenkrise, zunehmender Interessenkonflikte im Welthandel und der weitverbreiteten Forderung nach „Strukturanpassungen“ gewinnt die Frage nach den Gestaltungsmöglichkeiten für eine nicht-protektionistische Außenhandelspolitik bei gleichzeitigen binnenwirtschaftlichen Strukturanpassungen immer mehr an Bedeutung. Woran sollen Wirtschaftsstrukturen in Industrie- wie in Entwicklungsländern überhaupt angepaßt werden? An mehr (Welt-)Markt? An das Recht des Stärkeren? Bedeutet Strukturwandel notwendigerweise die Ausgrenzung ganzer Regionen, Branchen und Bevölkerungsgruppen aus dem Wirtschaftsgeschehen? Oder ist auch eine „vorausschauende“ Gestaltung des Strukturwandels denkbar? Was würde eine Neuordnung des Welthandels an Kosten für die einzelnen Ökonomien im Norden und im Süden mit sich bringen? Wer hätte die Kosten im einzelnen zu tragen? Was für eine Wirtschaftspolitik ist da gefragt - für ein Industrieland wie die Bundesrepublik, aber auch für die Entwicklungsländer?

Eingeladen sind Personen, die im Bereich von Gewerkschaften, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und der Strukturpolitik tätig sind sowie allgemein wirtschaftspolitisch und entwicklungspolitisch Interessierte.
Zur Tagung in Loccum laden herzlich ein

Hans May	Susanne Habicht-Erenler
Akademiedirektor	Studienleiterin

Und nun bin ich etwas ratlos. Ich fand hier einen ausgedruckten Text von mir, der sich nicht speziell mit dieser Tagung befasst, sondern einleitend mit den Problemen der Hochschulen und in der Hauptsache mit der Effizienz der Akademietagungen. Ich kann der Fußnote entnehmen, dass ich ihn nach der Tagung vom September 1988 geschrieben habe, weiß aber nicht mehr, wo ich ihn verwendet habe. Ich merke einerseits, dass sich auch bei mir Gedankensegmente in meinen schriftlichen Äußerungen wiederholen. Das ist für mich ein Signal,

beim Schreiben endlich mit dem Themenkomplex Gesellschaft und seine Strukturen und Institutionen aufzuhören. Ich füge den Text hier trotzdem ein, weil er ein Kooperationsmodell mehrerer Akademien der Erwachsenenbildung andeutet.

> Die Hochschulen machen in diesen Tagen Schlagzeilen. Die Probleme der Universitäten und der Studenten sind sicher zum größten Teil extern bedingt und haben ihre Ursache in ordnungs- und wirtschaftspolitischen Fehlleistungen des Bundes und der Länder. Wenn aber die Mitglieder des Lehrkörpers und der Forschungsinstitute nicht mit- und untereinander ihre Erkenntnisse austauschen und kontrollieren - wie der Mangel zumindest so in den Sozialwissenschaften besteht -, so sind diese Probleme mit negativen Folgen für die Gesellschaft teilweise intern verursacht.
>
> Akademien - wie z.B. die Ev. Akademie Loccum oder die Theodor-Heuss-Akademie - sind dann die einzigen Orte, wo Hochschulmitarbeiter gezwungen sind, miteinander zu arbeiten oder zu streiten. Der Typ der Tagung, der sich über 2 bis 5 Tage erstreckt und zu ganz speziellen sozialökonomischen Themen den aktuellen Stand eines Problems erarbeitet oder nur vermittelt und nur über veröffentlichte Protokolle mit den Ergebnissen anderer Spezialtagungen verknüpft ist, hat sich meines Erachtens bezüglich Effizienz totgelaufen. Da Tagungen aber genauso unbefriedigend sind, wenn zu viele Themen behandelt werden, habe ich bei meiner letzten Teilnahme in Loccum vorgeschlagen, den sozialökonomischen Themenbereich ganzheitlich in gekoppelten Tagungen abzuhandeln. Ganzheitlich und gekoppelt heißt hier, daß eine oder mehrere Akademien Tagungen anbieten die nicht auf spezielle Thementiefe verzichten, aber die Spezialthemen in jeder Tagung (etwa fünf) im Gesamtzusammenhang und im Verhältnis zu anderen Spezialaspekten darstellen. Diese Tagungen müßten im Sinne von Zukunftswerkstätten arbeiten und sich nicht in Parteienideologien verheddern. Wenn dann wenigstens 50% der Teilnehmer an allen Einzeltagungen teilnehmen und 25% an 3/4 der Tagungen und dann die letzte Tagung der Ergebniserarbeitung dient, dann werden Akademietagungen auch wieder ihre stimulierende Wirkung auf Wissenschaft und Politik zurückgewinnen.
>
> Nach der letzten Tagung +) hatte ich das starke Bedürfnis, für diese Idee zu werben. Ich habe meine Überlegungen hier in Kurzform dargestellt, weil der Alltag doch viele Impulse abwürgt und in Vergessenheit geraten läßt.
>
> +) "Strukturwandel statt Protektionismus: Was kostet die Neuordnung des Welthandels?" im Sept. 88 in Loccum

oooooooooooooooo

V. zur Tagung: Bretton Woods reinvented?
Das internationale Währungssystem nach der Krise Nov. 2009

Hier habe ich eine 16-seitigen Teilnehmer-Tagungsunterlage geschrieben. Ich weiß nicht

mehr, ob ich diese in ausgedruckter Form oder in digitaler Form auf CDs ausgelegt habe. Einer Notiz zur Folge, habe ich den Text als Basis für den Text 76.0 verwendet. Das ganze Schreibprojekt umfasst unter http://www.tristan-abromeit.de/texte.html folgende Dateien:

76.0 Das Programm / Zusammenfassung der Referate / Kurz-Biografien der Referenten in alphabetischer Reihenfolge (10 Seiten / 95 KB)

76.1 Teilnehmer -Tagungsunterlage I und II (16 Seiten / 454 KB)
(II = Internationale Valuta-Assoziation von Silvio Gesell)

76.2 Teilnehmer-Nachtrag (40 Seiten / 357 KB)

76.3 Ludwig Erhard und andere zur Bedeutung der Währung (20 Seiten / 353 KB)
War Ludwig Erhard ein Freiwirt?

76.4 PAPIER ZUR PERSONALVERSAMMLUNG DER NORD LB ABTEILUNG HANNOVER AM 6. 5. 1973 IM THEATER AM AEGI (22 Seiten / 134 KB)

76.5 Randbemerkungen (28 Seiten / 239 KB)

Unter 76.1 hat das Modell „Internationale Valuta-Assoziation“ von Silvio Gesell die besondere Beachtung verdient.

oooooooooooo

VI. zur Tagung: Friedenslogik statt Sicherheitslogik /
Gegenentwürfe aus der Zivilgesellschaft / März 2012

Hier habe ich nach meinen Unterlagen ein Informationsblatt mit Hinweisen auf Texte auf meine Internet-Seite gefertigt und ausgelegt.

99.0 **Ist ein Bürger- und Völkerfrieden ohne Lösung der ökonomischen Probleme möglich?**

Programme zu Tagungen der Ev. Akademie Loccum
und der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft
Texte von Silvio Gesell, Victor de Kowa
und Anmerkungen zur Friedensarbeit von Tristan Abromeit

Die Übersicht (3 Seiten)

99.1 Das Programm
Friedenslogik statt Sicherheitslogik
Eine Tagung der Evangelischen Akademie Loccum
vom 2. bis 4. März 2012 (3 Seiten / 821 KB).

99.2 Das Programm
50. Mündener Gespräche
150. Geburtstag von Silvio Gesell
Ein Tagung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V.
vom 16. bis 18. März 2012 (3 Seiten / 132 KB)

99.3 Gedanken zur Tagung "Friedenslogik statt Sicherheitslogik" von T.A.
(18 Seiten / 216 KB)

99.4 Kommentar zur Tagung "150. Geburtstag von Silvio Gesell" von T.A.
(11 Seiten / 163 KB)

99.5 Freiland, die eherne Forderung des Friedens.
Vortrag gehalten in Zürich am 5. Juli 1917
Der Sinn des Wortes Freiland.
von Silvio Gesell (22 Seiten / 218 KB)

99.6 Gold und Frieden?
von Silvio Gesell, Kapitel aus Natürliche Wirtschaftsordnung
(30 Seiten / 247 KB)

99.7 a) Offener Brief an die Berliner Zeitung am Mittag (1918)
(Vorhersage des nächsten Krieges durch Gesell. TA)
b) Die glänzenden Erfolge der staatlichen Erziehung des deutschen Volkes,
von Silvio Gesell - Beitrag in Letzte Politik Nr. 30, 1926
Über den Zusammenhang von Erziehung und Friedensfähigkeit. TA
c) Stabilisierung des Bürger- und Völkerfrieden
Beitrag für den Welt-Jugend-Friedens-Kongress in Eerde-Ommen (Holland)
17.–18. August 1928 (10 Seiten / 216 KB).

99.8 Katechismus des gesunden Menschenverstandes
von Victor de Kowa, 1948 (63 Seiten / 8597 KB)

99.9 Kyrie Eleison / Ich kann nicht anders / Bekenntnis und Vorschlag
Ein Vortrag von Victor de Kowa, o. J. (59 Seiten / 1890 KB)

99.10 Eindrücke von der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum (geplant)

99.11 Eindrücke von der Tagung 50. Mündener Gespräche
der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft (geplant)

52.3 Vom Untergang ... Anhang II
Die Freiwilligen / Ausbildung zur gewaltlosen Selbsthilfe und unmilitärischer Verteidigung von Bodo Mannstein und Nikolaus Koch, 1959 (35 Seiten / 3,8 MB)

93.5 Nach der Rückkehr II von III
1) Brief an Mehr Demokratie e.V. z. Hd. Claudine Nierth und Anne Dänner
18. Mai 2011 (Start)
Krieg und Frieden - eine Frage der Demokratie?
Tagung von Mehr Demokratie e. V. vom 20. bis 22. Mai 2011 in Eisenach
2) Berichte und Reflexion über den Verabschiedungsappell von Soldaten aus der Wilhelmstein-Kaserne in Luttmersen (Ort in der Stadt Neustadt a.Rbge.), über den Protest der Friedensgruppe und mein Weg zum und mein Verständnis vom Pazifismus (21.303 KB)

oooooooo

VII. zur Tagung: Die Rolle der berufsbildenden Schulen
Bildungsbeteiligung und Fachkräftesicherung, September 2014

Während über viele Jahre der im internationalen Vergleich zu niedrige Akademikeranteil in Deutschland als Gefahr für wirtschaftliche Innovation galt, kommt nun die Erosion des Berufsbildungssystems in den Blick. Nur noch 30 Prozent eines Jahrgangs nehmen eine duale Berufsausbildung auf.

Durch die strukturell und demographisch bedingten Veränderungen in der beruflichen Bildung wandelt sich auch die Rolle und Situation der berufsbildenden Schulen. Sie sind an vielen Standorten betroffen von rückläufigen Schülerzahlen, aber auch durch den Wegfall von Bildungsgängen, die in den vergangenen Jahren im Bereich des Übergangssystems entstanden sind und zunehmend weniger nachgefragt werden. In vielen Regionen sieht es danach aus, dass die berufsbildenden Schulen in einer Situation großer Veränderungen in der Bildungslandschaft zwischen Konkurrenz und Kooperation eine neue Rolle und Standortbestimmung finden müssen.

Es bedarf deshalb einer bildungsstrategischen Debatte, welche Aufgaben die Berufsbildenden Schulen künftig wahrnehmen sollen.

Die Tagung hat das Ziel, die Rolle der Berufsbildenden Schulen bei der Entwicklung von Strategien zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung und der Fachkräftesicherung zu klären und zu diskutieren, wie sie einen Beitrag zur Modernisierung des Berufsbildungssystems und zum Ausbau von regionalen Qualifizierungsstrategien und Bildungslandschaften leisten können.

Wir laden Sie herzlich zur Diskussion ein!
Andrea **Grimm,** Tagungsleiterin, Evangelische Akademie Loccum

PD Dr. Sybille **Stöbe-Blossey,** Abteilungsleiterin, Forschungsabteilung Bildung und Erziehung im Strukturwandel (BEST), am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen
Dr. Stephan **Schaede,** Akademiedirektor

Zu dieser Tagung habe ich folgendes zweiseitiges Informationsblatt gefertigt:

Themen Berufsbildung

unter
www.tristan-abromeit.de

DIE **FREIE BERUFS-BILDUNGS-ASSOZIATION**

VON TRISTAN ABROMEIT
Vorgelegt am l. Mai 1982

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/3.0%20Freie%20Berufsbildungs-Assoziation%203.04.pdf

***

Anhang III zu:
DIE GRÜNEN - Vom Hoffnungsträger zum Totengräber?

Plädoyer für die Abschaffung der Monopole der Berufsarbeit und der Berufsausbildung
Allseitige Betätigung als pädagogisches Leitkonzept der postindustriellen Gesellschaft
von Reinhard F r a n z k e 2
Abschnitt / Auszug aus:
DER DRITTE WEG - Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)
- ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
- erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken
3.3.4 Soziales Netz 9
3.4.2 Bildung 11

THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK
vorlegt aus Anlaß des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses der GRÜNEN
vom 24. - 26. Feb.1984 in Göttingen vom liberal-sozialen Arbeitskreis DRITTER WEG ..14

Vom Modell Arbeiten und Lernen zum Modell Trainieren und Starten 9/84 18

Neue Berufsqualifikationen für die Zukunft
Anmerkungen zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum
vom 29. 11. bis 1. 12. 1985 24

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/28.3%20MdB%20Gruene%201.5.03%20Anhang%20III.pdf

***

Die Schwäche unseres Bildungssystems
ist die Schwäche unserer Verfassung und unseres
Verfassungsbewußtseins
Schreiben an die Niedersächsischen Landtagsabgeordneten
und weiteren Empfängern
von
Tristan Abromeit
August 2010
www.tristan-abromeit.de
Text 84.0

T e i l 1
An die Abgeordneten
im Niedersächsischen Landtag
Änderung des Status der Berufsschulen
Bezug: Bericht von Daskia Döhner in der HAZ vom 19. 8. 2010
„Berufsschulen werden selbständig“
20. 8. 2010 Seite 2 bis 6

T e i l 2
Änderung des Status der Berufsschulen
Versuch, das Thema ökonomisch, verfassungs- und
ordnungspolitisch zu fassen.
25. 8. 2010 Seite 7 bis 19

Anhang 1 (Text 84.1)
a) Stoppsignal / Zum Leitartikel Der Charme der Gemeinsamkeit, 21. Juli 2010
(Ordnungspolitische Lehren aus der Hamburger Volksabstimmung)
Von Eckehard Behrens
b) Kommentar zum Thema Bildungsguthaben, Bildungsgutschein,
Bildungs-Chip-Karte, Bildungscard
Von Tristan Abromeit

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/84.0%20Bildungssystem%20Titel.pdf

***

Redaktion Leine-Zeitung
Bericht in der Ausgabe vom 4. August 2014

Leserbrief zu:
> Es fehlt an Hoffnungsträgern <

„Ich frage mich: Wo sollen die zukünftigen Lehrlinge herkommen?“ So wird Kreishandwerksmeister Thomas Hinze zitiert. Neulich war in einer Zeitung (vermutlich die HAZ) zu lesen, dass es erstmals mehr Studierende als Auszubildende gibt. Mit dem auch von der Bundesregierung gelobten dualen System der Berufsausbildung, das

obendrein als Exportartikel angeboten wird, kann also etwas nicht stimmen. Das liegt nicht am bösen Willen der Ausbildungsbetriebe sondern an ihrer Überforderung, ihren selbstgewählten Ausbildungsauftrag – aus verschiedenen Gründen – nachzukommen. Hier hilft auch kein Jammern und Klagen und auch nicht auf Programme der politischen Parteien zu setzen, sondern selber unternehmerisch tätig zu werden und gemeinsam qualitativ bessere Ausbildungsstätten zu gründen und nach dorthin die theoretische Ausbildung und die Aneignung beruflicher Fähigkeiten zu verlagern, so dass nur die praktische Anwendung – wie bisher – in den Betrieben bleibt. Wichtig dabei ist, dass die handwerkliche und kaufmännische Ausbildung keine Sackgasse bleibt, die oft mit der Gesellenprüfung endet und dass sie der Konkurrenz der Berufsausbildungen in den Fachhochschulen stand hält. Letzteres schließt nicht aus, das auch Bildungsgänge für praktisch begabte aber theoretisch minderbegabte Jugendliche angeboten werden. In Neustadt könnte die Abteilung *berufliche Bildung* der Volkshochschule in eine solche neue Ausbildungsstätte eingebracht werden.
Anregungen zu so einem Modell finden sich in meiner Schrift > Die Freie Berufsbildungs-Assoziation < von 1982. Der Text ist zu finden unter: http://www.tristan-abromeit.de/texte.html
Text 3.0

Tristan Abromeit / 4. August 2014

Informationsblatt Ende
oooooooooooo

26.Tag: Aktuelle Bücher

Ich habe eine ganze Strecke lang über Gedachtes und Geschehenes aus der Vergangenheit berichtet. Die Ursache ist nicht eine Flucht in oder Lust auf die Vergangenheit, sondern der Grund ist mit den Rückgriffen auf sie, die Gegenwart besser verstehen zu können. Dabei kann die Vergangenheit nie als Blaupause für die Zukunft dienen. Die Handlungsskizzen und Strukturzeichnungen für die Zukunft sind dann immer Originale, nicht in dem Sinne, dass ein Genie sagt, wo es lang geht, sondern eher so, dass konkurrierende Zukunftsmodelle, die aus der Vergangenheit gelernt haben, zu einem Ergebnis kommen und eine auf Einsicht aufbauende (nationale und weltweite) demokratische Zustimmung führen. Das ist keine Prophetie sondern eine Hoffnung! Es sollte sich nicht wiederholen, was uns mit Marx passiert ist. Er wurde den bedrängten Menschen zu einem weltlichen Erlöser, ohne dass er verstanden wurde und womöglich auch nicht verstanden werden konnte. Da er den Menschen, die auf ihn für ihre Zukunft setzten, keinen Weg in das Reich der Freiheit beschrieben hat, bauten sie sich selbst einen und daraus wurde für unzählige Menschen ein Weg in die Hölle für die anderen ein Weg der Enttäuschung und des Mangels an allem, was das Leben erleichtert und schön macht. Es sieht so aus, als seien die Menschen, die jetzt auf einen Weg zu einer besse-

ren Ökonomie sind, sich bewusstwerden, welche Gefahren und Fallstricke auf sie bei ihrer Suche lauern. Auch die, die den Kapitalismus verdammen und nicht nur die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreien, wollen nicht eine Form anstreben, die als real existierender Sozialismus bezeichnet wurde. Die Suche und die Beschreibung wäre leichter wenn zuerst geklärt würde, was denn nun Marktwirtschaft und was Kapitalismus ist. Außerdem käme mehr Klarheit in die Erörterungen, wenn vorher festgestellt würde, welche Möglichkeiten von reinen Ordnungsformen es denn überhaupt gibt. Hier zeigt sich noch ein Mangel, es ist die Erforschung, was in vergangener Zeit liberale Denker auf dem Feld der Ökonomie wollten. Die Mängel des Neoliberalismus zweiter Prägung (Chicagoer Schule) ist nämlich besser mit marktwirtschaftlich geprägten Ökonomen zu erkennen und zu kritisieren als mit jenen, die vom Marxismus herkommen.

Ich hatte nun vor, etwas länger auf die Bücher > ***Postkapitalismus – Grundrisse einer kommenden Ökonomie*** < von **Paul Mason**, deutsch 2015, 429 Seiten und auf > *Der Faktor / Warum die Globale Finanzwirtschaft uns zerstört* < von Michael Hudson, deutsch 2016, 670 Seiten, einzugehen, da beide Autoren aber eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihrem Werk verdienen, und ich das jetzt nicht packe, begnüge ich mit Auszüge, die ich - wenn nötig - aus meiner Sicht kommentiere.:

Paul Mason ist laut Klappentext 1960 geboren und ein „vielfach ausgezeichneter englischer Fernsehjournalist. Er hat lange für die BBC und Channel 4 gearbeitet.“ Mein Sohn Ruben war in England auf das Buch aufmerksam geworden und hat es mir geschenkt, als es auf Deutsch herauskam. Auf dem Klappentext ist zu lesen:

> **Drei Dinge wissen wir:**
> Der Kapitalismus hat den Feudalismus abgelöst, seither durchlief er zyklische Tiefs; spätestens seit 2008 stottert der Motor
>
> **Was wir nicht wissen:**
> Erleben wir eine der üblichen Krisen oder den Anbruch einer postkapitalistischen Ordnung?
>
> Paul Mason blickt auf die Daten, sichtet Krisentheorien - und sagt: Wir stehen am Anfang von etwas Neuem. Er nimmt dabei Überlegungen auf, die vor über 150 Jahren in einer Londoner Bibliothek entwickelt wurden und laut denen Wissen und intelligente Maschinen den Kapitalismus eines Tages »in die Luft sprengen« könnten. Im Zeitalter des Stahls und der Schrauben, der Hierarchien und der Knappheit war diese Vision so radikal,

> dass Marx sie schnell in der Schublade verschwinden ließ. In der Welt der Netzwerke, der Kooperation und des digitalen Überflusses ist sie aktueller denn je.

Ich halte es für richtig, dass bei den Rück- und Ausblicken keine Tabuschranken beachtet werden sollten. Und es ist auch wohl jeder Forscher oder Autor damit überfordert, den Sternenhimmel der Ökonomen und die Höllen, die sie verursacht oder nicht verhindert haben, zu überblicken. Auch hier zeigt sich der Segen des Wettbewerbes; nämlich dadurch, dass sich nicht gleich eine Sichtweise der Dinge als Staatsdoktrin etablieren kann, ist jeder Entwickler eines Modells gezwungen, der Kritik, die ein anderes Modell darstellt, auszuhalten, zu widerlegen oder sein Modell durch eine Korrektur oder Erweiterung anzupassen. Bei Paul Mason heißt es auf der Seite 60:

> Bevor wir also einen »Grünen New Deal«, die Verstaatlichung der Banken, kostenlose Hochschulen oder dauerhafte Nullzinsen fordern, müssen wir herausfinden, ob und wie diese Eingriffe in das entstehende Wirtschaftssystem passen. Leider sind wir sehr schlecht gerüstet, um das herauszufinden. Eine Wirtschaftsordnung ist beschädigt, aber die herkömmliche Wirtschaftswissenschaft hat keine Ahnung, wie groß der Schaden ist.
>
> Wir brauchen einen Ausgangspunkt für die Neuausrichtung, doch das Bild des »finanziellen Herbstes eines Imperiums im Niedergang« ist zu unbestimmt, und die Theorie der Zyklen von Expansion und Krise ist zu beschränkt. Stattdessen brauchen wir eine Theorie, die erklärt, warum der Kapitalismus in den vergangenen zwei Jahrhunderten mehrere Metamorphosen durchgemacht hat und wie genau der technologische Wandel die Batterien des kapitalistischen Wachstums wieder auflädt.
>
> Wir brauchen eine Theorie, welche die gegenwärtige Krise in ein Gesamtbild des Schicksals des Kapitalismus einordnet. Die Suche danach wird uns über die Grenzen der herkömmlichen Volkswirtschaftslehre und weit über die herkömmliche marxistische Theorie hinausführen. Die Geschichte beginnt im Jahr 1938 in einer Gefängniszelle in Russland.

Und in dieser Gefängniszelle sitzt Nikolai Kondratjew. Im Abschnitt „Vor dem Erschießungskommando“ heißt es bei Madson:

> Der Häftling schlurft, er kann nicht gehen. Er ist halb blind, leidet unter einer chronischen Herzkrankheit und klinischer Depression. »Ich kann mich einfach nicht zum systematischen Denken zwingen«, schreibt er in einem Brief. »Ohne aktive Arbeit mit Material und Büchern und aufgrund der Kopfschmerzen fällt es mir sehr schwer, überhaupt wissenschaftlich zu denken.«

> Als er diesen Brief schrieb, hatte Nikolai Kondratjew bereits acht Jahre als politischer Häftling in einem Gefängnis östlich von Moskau verbracht. Er durfte nur Bücher und Zeitungen lesen, die von Stalins Geheimpolizei genehmigt worden waren. Er hatte in den eisigen Wintern gefroren und in den schwülen Sommern geschwitzt, aber sein Leiden sollte bald ein Ende haben. Am 17. September 1938, am Tag, als seine Haftzeit endete, wurde Kondratjew ein zweites Mal angeklagt, im Eilverfahren wegen »antisowjetischer Umtriebe« zum Tode verurteilt und in seiner Einzelzelle von einem Erschießungskommando hingerichtet.
>
> So endete einer der bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Kondratjew stand auf einer Stufe mit einflussreichen Denkern wie Keynes, Schumpeter, Hayek und Gini. Seine »Verbrechen« waren frei erfunden: Die subvesive „Landarbeiterpartei", die er angeblich anführte, existierte nicht. (S. 62 f.)

Warum diese Grausamkeiten? Weil Kondratjew Dinge gedacht und gesagt hatte, die zu der Zeit in der Sowjetunion herrschenden Marxismusideologie nicht passte. Ich weiß nicht, ob ein ähnliches Schicksal ein Kritiker des Kapitalismus erleiden musste. Interessant ist die McCarthy-Ära in den USA zu vergleichen aber auch die Berufsverbote in der BRD:

> **McCarthy-Ära** (auch: **McCarthyismus**), benannt nach dem US-amerikanischen Senator Joseph McCarthy, bezeichnet einen Zeitabschnitt der jüngeren Geschichte der Vereinigten Staaten in der Anfangsphase des Kalten Krieges. Sie war durch einen lautstarken Antikommunismus und Verschwörungstheorien geprägt[1] und ist auch als „Second Red Scare" (deutsch „Zweite Rote Angst") bekannt. Obwohl McCarthy nur von 1950 bis 1955 öffentlich in Erscheinung trat, wird der gesamte Zeitraum der Verfolgung echter oder vermeintlicher Kommunisten und deren Sympathisanten, der so genannten Fellow travellers, von 1947 bis etwa 1956 heute als McCarthy-Ära bezeichnet.
> https://de.wikipedia.org/wiki/McCarthy-%C3%84ra
>
> **Radikalenerlass**, auch *Extremistenbeschluss* oder kritisch *Berufsverbot* ist die verbreitete Bezeichnung für den Gemeinsamen Runderlass der Ministerpräsidenten und aller Landesminister zur Beschäftigung von rechts- und linksradikalen Personen im öffentlichen Dienst vom 18. Februar 1972.
>
> https://de.wikipedia.org/wiki/Radikalenerlass

In der Regel sind die Methoden der Unterdrückung anders denkender Ökonomen im Kapitalismus aber subtiler Art. Bei dem Aufbau seiner Karriere darf ein Ökonom sich nicht zu weit vom Mainstream entfernen, wenn er auf einen Lehrstuhl oder in eine leitende Position in der Staats- oder Unternehmensbürokratie landen will. Ich habe es wohl schon in einem anderen Text geschrieben: Ein Professor der Volkswirtschaftslehre gestand mir: „Als Assistent bin ich

auf Gesell gestoßen. Man hat mir aber bedeutet, dass ich ihn schnell vergessen solle, wenn mir meine Berufskarriere lieb wäre.“ Auch die Haltung von Marxisten wirkt bis heute weiter, so dass die Freiwirtschaftsschule von zwei Seiten unter Beschuss steht und unterdrückt wird, nämlich von den ideologischen Kapitalisten und den ideologischen Marxisten.
Paul Mason nimmt bei seiner Suche nach einem postkapitalistischen Wirtschaftsmodell auch Anleihen bei der Arbeitswerttheorie. Er schreibt u.a.:

> Und Theorien ermöglichen uns Voraussagen. Alle Zweige der Wirtschaftswissenschaft akzeptieren, dass sie notwendig sind. Angesichts der Schwierigkeit, eine Theorie zu entwickeln und sich mit ihren Auswirkungen auseinanderzusetzen, wandte sich die Ökonomie jedoch Ende des 19. Jahrhunderts von der wissenschaftlichen Methode ab.
>
> Frage: Warum kann man Wert, Mehrwert und Arbeitszeit nicht »sehen«? Sind sie nicht nur ein geistiges Konstrukt? Schließlich tauchen sie in den Bilanzen der Unternehmen nicht auf und werden von den Volkswirten nicht erfasst.
>
> Antwort: Man könnte es auch raffinierter ausdrücken und wie die Garnbridge-Ökonomin Joan Robinson erklären, die Arbeitswerttheorie sei »metaphysisch« - sie sei ein geistiges Konstrukt, dessen Richtigkeit unmöglich widerlegt werden könne. Dasselbe sagte Robinson auch über den »Nutzen«, das zentrale Konzept der herkömmlichen Ökonomie, wobei sie jedoch einräumte, Metaphysik sei besser als gar nichts.'
> Aber die Arbeitswerttheorie ist mehr als Metaphysik. Es ist richtig, dass sie auf einer abstrakten Ebene arbeitet: Teile der Realität werden herausgefiltert. Beispielsweise ist sie ein Modell eines reinen Kapitalismus, in dem jedermann für einen Lohn oder ein Gehalt arbeitet - es gibt also keine Sklaven, keine Bauern, keine Gangster und keine Bettler. Diese Theorie beschreibt einen Prozess, der »hinter dem Rücken« der wirtschaftlichen Akteure stattfindet: Niemand kann berechnen, ob sie mehr oder weniger als die erforderliche Arbeitszeit aufwenden - obwohl es für das Produktivitätsmanagement unverzichtbar geworden ist, diesen Aufwand annähernd richtig einzuschätzen.
>
> In der Arbeitswerttheorie ist der Markt der Übertragungsmechanismus zwischen diesem tiefen, unergründlichen Prozess und dem Ergebnis, das an der Oberfläche zu sehen ist. Nur der Markt kann die individuellen Entscheidungen zu einer Gesamtwirkung verschmelzen, nur der Markt kann uns sagen, welches die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist. In diesem Sinn ist die Arbeitswerttheorie die beste Markttheorie, die je formuliert wurde. Sie sieht im Markt und nur im Markt den Mechanismus, der die zugrundeliegende Realität greifbar macht.
>
> Ja, diese Theorie ist abstrakt, aber sie ist nicht abstrakter als Adam Smith' »unsichtbare Hand« oder Einsteins allgemeine Relativitätstheorie, die im

Jahr 1916 formuliert, aber erst in den sechziger Jahren empirisch bewiesen wurde.

Die **Arbeitswerttheorie** (Kurzform AWT, auch *Arbeitswertlehre*) ist ein Ansatz aus der klassischen Nationalökonomie. Danach wird der Wert einer Ware durch die Arbeitszeit bestimmt, die zu deren Produktion gesellschaftlich notwendig ist. Außerdem muss die Ware einen Gebrauchswert aufweisen. ...

… 1927 hatte der spätere Nobelpreisträger Gunnar Myrdal mit seiner Kritik der AWT promoviert.[5] Eberhard Feess-Dörr suchte 1988 in seiner Dissertation Ricardo gegenüber Marx wieder ins rechte Licht zu rücken sowie die Redundanz der AWT gegenüber dem neo-ricardianischen Ansatz nachzuweisen. Nils Fröhlich hat 2009 wieder die Aktualität der recht verstandenen AWT zu beweisen unternommen.[6][7]

Tatsächlich wird die AWT von Adam Smith ziemlich inkonsistent verwendet. Ob bzw. wie David Ricardo die AWT einsetzt, ist umstritten. Wie auch all die damit verbundenen Kontroversen ausgehen mögen, so wird die AWT nach wie vor ein wichtiger Bezugspunkt im Theorievergleich[8] innerhalb der Politischen Ökonomie sowie den angrenzenden Wissenschaftsdisziplinen bleiben. … https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitswerttheorie

Im vorliegenden Text (etwa Seite 167) habe ich schon darauf hingewiesen, dass Gustav Cassel und auch Silvio Gesell sich von der Werttheorie des Geldes gelöst hatten und die Preistheorie (vermutlich unabhängig voneinander) entwickelt haben. Da nicht nur Paul Mason, sondern auch Michael Hudson und der hervorragende Vertreter der Freiwirtschaftstheorie, Karl Walker – gegen Ende seines Lebens – auf die Arbeitswerttheorie zurückgreifen, scheint mir ein Klärungsbedarf vorhanden zu sein, den ich jetzt aber nur ganz begrenzt leisten kann. Deswegen sei hier nur soviel gesagt:

a) Die Marktwirtschaft als kybernetisches System kommt mit einer Informationsgröße, den Preisen, für die Steuerung nicht aus. Der Preis ist die Istgröße. Der Arbeitswert wäre dann die Sollgröße. Dieser Arbeitswert ist wegen der mangelnden Bestimmbarkeit zu Gunsten der Kosten aufgegeben worden. Nur wenn die Preise in der Regel über die Kosten liegen, werden die betreffenden Produkte oder Dienstleistungen dauerhaft angeboten. Die Arbeitswerttheorie geht davon aus, dass im Markt nur Äquivalente (Gleichwertiges) getauscht werden. Von Gesell habe ich in Erinnerung, dass er sagt, wenn den Marktteilnehmern ihre Ware gleichwertig sind, kommt es gar nicht zum Tausch. Zum Tausch kommt es, wenn jeder die Ware des anderen höher bewertet als die eigene. Das trifft meines Erachtens aber nicht den Kern des Problems. Es geht um den gleichwertigen Arbeitsaufwand, der auf keiner Seite zu kurz kommen soll. Wenn diese Werte unterschiedlich sind, müssten die Differenzen ausge-

glichen werden. Es ist eine Gerechtigkeitsfrage. In der Werttheorie hat das Kapital keinen Anspruch auf einen Teil des Tauschergebnisses. Die Preistheorie des Geldes umschifft diese Schwierigkeit, indem sie die Gerechtigkeitsfrage ausklammert. Es wird einfach zusammengerechnet, was die Herstellung oder der Einkauf des Produktes für Kosten verursacht hat und welche Kosten bis zum Abschluss des Verkaufsaktes (Tauschaktes) noch anfallen. Das Ergebnis muss (mit Ausnahmen) in jedem Falle kleiner sein als der Preis, der im Markt durchgesetzt werden kann. Die Differenz zwischen Werttheorie und Kostentheorie des Geldes besteht darin, dass in den Kosten eines Produktes auch die Kapitalkosten (-Ansprüche) eingerechnet sind. Sollte es gelingen, die Kapitalkosten gegen Null zu drücken, dann dürfte die Differenz zwischen Wert- und Kostentheorie nur noch darin bestehen, dass die Werttheorie von Annahmen und die Kostentheorie von konkreten in Zahlen ausgedrückten Werten ausgeht.

In der Währungstheorie spielen nach Karl Walker solche Überlegungen insofern eine Rolle, weil beim Papiergeld zu leicht vergessen wird, dass die Banknote oder auch die Münze ein Gegenwert zu der gelieferten Ware darstellt. Bei der Warenwährung – zum Beispiel bei der Goldwährung – ist das noch unmittelbar sichtbar. Bei der Goldwährung drückt sich der Arbeitsaufwand für die Gewinnung einer Münze – wenn die Menge der umlaufenden Münzen nicht berücksichtigt wird – in dem Arbeitsaufwand für die Menge der Ware aus, die man dafür eintauschen kann. Karl Walker formuliert daher für das Papiergeld (was auch für das digitale Geld gilt): Keiner darf zu Geld kommen, wer nicht vorher dem Markt Werte in gleicher Höhe hinzugefügt hat. Die Politik der EZB, die darauf keine Rücksicht nimmt, ist daher ein großer staatlich organisierter Betrug an allen Wirtschaftsteilnehmern.

Obwohl Paul Madson eine Kapitelüberschrift wie die folgende wählt: „Der Kapitalismus unterdrückt den Markt“ und schreibt

> Nur der Markt kann die individuellen Entscheidungen zu einer Gesamtwirkung verschmelzen, nur der Markt kann uns sagen, welches die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist.

misstraut er dem Markt und sucht ein anderes Koordinations- und Kooperationssystem. Er glaubt, wenn ich richtig verstanden habe, es in der neuen Informationstechnologie und der Netzplantechnik[107] gefunden zu haben:

107 Paul Mason spricht nicht von Netzplantechnik, sondern von vernetzte Daten und vernetzter Arbeit. Mir war der Begriff beim Lesen seines Textes eingefallen, weil mir Anfang der 70er Jahre in Hannover ein Mensch an einem Informationstisch erklärte, dass man mit der Netzplantechnik das System Marktwirtschaft ersetzen

> Der Informationskapitalismus beruht auf einer Asymmetrie: Die globalen Konzerne verdanken ihre Marktmacht der Tatsache, dass sie mehr wissen als ihre Kunden, Lieferanten und kleineren Konkurrenten. Der Postkapitalismus sollte auf dem einfachen Grundsatz beruhen, dass Informationsasymmetrien schlecht sind - es sei denn, es geht um Privatsphäre, Anonymität und Sicherheit. (S. 365)
>
> Unser Ziel sind rasche technologische Sprünge, welche die Produktion von Gütern verbilligen und diese in den Dienst der gesamten Gesellschaft stellen. Die Aufgabe der Entscheidungsknoten in einer vernetzten Wirtschaft (von der Zentralbank bis zur örtlichen Wohngenossenschaft) besteht darin, das Wechselspiel zwischen Netzwerken, Hierarchien, Organisationen und Märkten zu verstehen, sie in Modellen in verschiedenen Zuständen darzustellen, eine Veränderung vorzuschlagen, ihre Auswirkungen zu beobachten und die Vorhaben entsprechend anzupassen.
>
> Aber es wird kein kontrollierter Prozess sein, so sehr wir uns auch um ein rationales Vorgehen bemühen. Die bedeutsamste Leistung der Netzwerke (und ihrer individuellen Mitglieder) besteht darin, dass sie alle übergeordneten Strukturen aufbrechen. Angesichts von Gruppendenken und der Tendenz zur Angleichung - sei es im Entwicklungsstadium oder in der Ausführung eines wirtschaftlichen Vorhabens - eignen sich Netzwerke sehr gut, um nicht nur abweichende Vorstellungen zu äußern, sondern sie erlauben uns auch, uns abzuspalten und einen anderen Weg einzuschlagen.
>
> Wir müssen ungeniert unsere Utopien verfolgen. Genau das taten die erfolgreichsten Unternehmer im Frühkapitalismus und sämtliche Pioniere der Befreiung der Menschheit. (S. 367)

Das Buch ist reich an Informationen und Anregungen, doch verorte ich den Autor noch auf der Suche nach dem Weg zu dem Postkapitalismus und nicht schon auf dem Weg. Schade! Ich vermute, dass die mangelnde Unterscheidung von Marktwirtschaft und Kapitalismus dem Autor den Blick auf sein Ziel versperrte. Außerdem ist mir aufgefallen, dass sein Geldbegriff genauso unklar ist wie bei den meisten Autoren, die ökonomische Probleme bearbeiten.

Ich komme zu „***Der Sektor / Warum die globale Finanzwirtschaft uns zerstört***“ von **Michael Hudso**n, deutsch, 2016, 670 Seiten.

Bei dem, was Michael Hudson mitzuteilen hat, fühle ich mich besser aufgehoben als bei dem, was Paul Mason schreibt. Ich sage das, ohne einen Zweifel an der Aufrichtigkeit von Paul Mason als Autor zu haben. Beobachtende Zeitgenossen sind auf unterschiedlichen Wegen unterwegs und da ist es ganz natürlich, dass auch Unterschiedliches beobachtet wird.

könnte. Ich halte diese Aussage für falsch. Auch Mason erweitert die beiden alternativen Modelle Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft nicht mit einem dritten Modell der Koordinierung.

Und wenn sie dann versuchen, aus ihren Teilansichten ein ganzes Bild von der Wirklichkeit zu zeichnen, dann gelingt das nicht immer in schlüssiger Weise. Auf das Buch von Hudson bin ich von meinem Freud Rolf, ein Bootsbauer-Kollege, aufmerksam gemacht worden. Ich fertige jetzt keine Buchbesprechung an, sondern füge die Klappentexte und einige Auszüge als Leseprobe ein. Meine Auswahl wird sich nicht jedem erschließen, aber diejenigen Leser, die sich schon in freiwirtschaftlicher Literatur umgesehen haben, werden verstehen, warum ich diese Passagen hier wiedergebe. An ein paar Stellen werde ich Anmerkungen machen. Ich beginne mit dem Klappentext:

MICHAEL HUDSON
geboren 1939, lehrt Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri in Kansas City; daneben ist er Finanzanalyst und Berater an der Wall Street. Er gehört zu dem Teil der Occupy-Bewegung, die sich aus Finanzexperten und Ökonomie-Professoren zusammensetzt. Im Mai 2006 sagte Michael Hudson im Harper's Magazine in seinem Beitrag »Der neue Weg in die Leibeigenschaft« den Zusammenbruch der Immobilienblase in den USA voraus - noch heute ein prognostisches Meisterwerk.

Michael Hudsons Prognosen erregen weltweit Aufmerksamkeit: als Erster und Einziger hat er vorausgesagt, dass die fatale Immobilienblase in den USA platzen werde. Eindringlich analysiert er, wie die internationale Finanzwelt die Errungenschaften der klassischen Ökonomie verspielt.
An historischen Beispielen erläutert Hudson, was »Schulden« sind, und eröffnet neue Perspektiven auf dieses Menschheitsproblem. Schonungslos entlarvt er die Vorstellung, die Verschuldung könne gemanagt werden, indem man sie den Bürgern aufbürdet. Denn die Finanzwelt betreibt heute eine neue Art der Kriegsführung gegen das Volk, die unsere Gesellschaften polarisiert. Hudson sagt auf Grund seiner historisch fundierten Analyse voraus, dass weltweit Bürger revoltieren werden, weil die Interessen der Gläubiger nicht die der Demokratie sind. Für den Autor ist die heutige Krise noch immer eine Frage des politischen Wollens und keine schicksalhafte Notwendigkeit: Das Bankensystem muss wieder der Wirtschaft dienen und nicht umgekehrt.

Aus der > **Einleitung – das Thema unseres Zeitalters** <

Während meiner Tätigkeit an der New School suchte ich drei Jahre lang nach einer Antwort auf die Frage, warum die Weltwirtschaft nicht konvergiert, sondern sich stattdessen immer weiter polarisiert. Ich entdeckte, dass die »merkantilistischen« Wirtschaftstheorien des 18. Jahrhunderts dem heutigen Mainstream einiges voraus hatten. Und ich stellte fest, um wie viel klarer die Ökonomen früherer Zeiten erkannt hatten, wie problematisch es ist, wenn sich Regierungen (und andere Instanzen) auf die politische Beratung durch Gläubiger verlassen. Darauf hat schon Adam Smith aufmerksam

gemacht:

> Doch hat ein Kreditgeber des Staates an sich kein Interesse daran, ob irgendein Stück Land gut angebaut oder ein bestimmtes Kapital wirtschaftlich eingesetzt wird. ... Er kann diese Dinge nicht beaufsichtigen und kann sich auch nicht um sie kümmern. Über den Zusammenbruch eines einzelnen Projektes erfährt er in vielen Fällen überhaupt nichts, und er berührt ihn auch nicht direkt.

Anleihegläubiger sind einzig und allein daran interessiert, schnellstmöglich so viel Geld wie möglich zu erbeuten, ohne Rücksicht auf die Schäden, die sie in der Gesellschaft damit anrichten. Und dennoch ist es ihnen gelungen, den Glauben zu verbreiten, souveräne Staaten seien ebenso wie Individuen moralisch dazu verpflichtet, ihre Schulden zurückzuzahlen und sogar die Interessen der Gläubiger vor die ihrer eigenen Bevölkerung zu stellen.

Meine Warnung, die Länder der Dritten Welt würden ihre Schulden nicht zurückzahlen können, war dem damaligen Dekan der Fakultät, Robert Heilbroner, ein Dorn im Auge. Er fand, dies sei absolut undenkbar, und beschwerte sich, dass der Schwerpunkt, den ich auf die Frage der finanziellen Gemeinkosten legte, die Studenten von der wichtigsten Form der Ausbeutung ablenke: nämlich die der Lohnarbeiter durch die Arbeitgeber. Selbst die marxistisch orientierten Dozenten, die er einstellte, interessierten sich nicht sonderlich für Themen wie Zinsen, Schulden oder Kapitalerträge.

Eine ähnliche Aversion der politischen Linken gegenüber dem Schuldenproblem begegnete mir, als ich zu verschiedenen Konferenzen am Institute for Policy Studies in Washington eingeladen wurde. Als ich anregte, den Weg für einen Schuldenerlass der Dritten Welt zu ebnen, sagte Marcus Raskin, der Kodirektor des Instituts, eine derart verschrobene Idee könnten sie unmöglich unterstützen. (Es sollte noch ein ganzes Jahrzehnt dauern, bis diese Problematik ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte, genauer gesagt bis 1982, als Mexiko die lateinamerikanische Schuldenkrise auslöste, indem es, wie oben bereits erwähnt, bekanntgab, seine Schulden nicht begleichen zu können.) (Zitat 1, Seite 26)

Die Probleme mit marxistisch-gläubigen Köpfe kennen die freiwirtschaftlich geschulten Köpfe zur Genüge. Das Anliegen der Marxisten ist die Befreiung der Arbeiterklasse. Ihre Wirkung ist, dass sie diese an zusätzliche Ketten gelegt hat und immer neu legt – nicht aus Böswilligkeit, sondern aus Blindheit. In einer Buchbesprechung von Beate Bockting von der INWO (www.inwo.de) heißt es:

> Für Hudson steht fest: „Geld ist kein Produktionsfaktor“ (S. 102). Erfreulich daher, dass Der Freitag das Werk im November zum Buch der Woche kürte und auch einige interessante Interviews mit Hudson verlinkte: www.freitag.de/buch-der-woche/der-sektor U.a. hat auch Sahra Wagenknecht, die Fraktionsvorsitzende der Linken, Michael Hudson interviewt.

Ist das ein Hoffnungszeichen dafür, dass nichthaltbare dogmatische Positionen von den Linken aufgegeben werden?

> Im Jahr 2004 stellte ich in Kansas City mein eigenes finanzielles Grundmodell vor. Dazu entwarf ich ein Diagramm, das ich auch in dem im Mai 2006 als Titelgeschichte im *Hai-per's Magazine* erschienen Artikel verwendete. Die *Financial Times* druckte dieses Diagramm 2009 abermals ab, als sie mich als einen der acht Ökonomen würdigte, die die Finanzkrise von 2008 vorhergesehen hatten. Aber es ging mir nicht nur darum, die Krise vorherzusagen. ***Schließlich hatte jeder andere außer den Ökonomen sie kommen sehen.*** Mein Diagramm erklärt vielmehr auch die exponentielle Finanzdynamik, durch die solche Zusammenbrüche unausweichlich werden. In der Folge schrieb ich eine Reihe von Kolumnen für die *Financial Times,* in denen ich mich mit Lettland und Island auseinandersetzte und die jeweiligen Krisen dieser Länder als Generalprobe für das restliche Europa und die Vereinigten Staaten bezeichnete.
> Welch lähmende Wirkung Schulden haben, erkannte man im 18. und *19.* Jahrhundert sehr viel deutlicher. Das hat dazu geführt, dass Ökonomen, die gewohnheitsmäßig die Partei der Gläubiger ergreifen, die Entwicklungsgeschichte des ökonomischen Denkens aus dem Lehrplan ausklammern. Die vorherrschende ökonomische Meinung zensiert alles, was nicht pro Gläubiger, pro Austerität (also für Sparmaßnahmen und gegen die Arbeitnehmer) und gegen staatliche Einmischung ist (mit Ausnahme der Rettungsmaßnahmen, mit denen ihrer Ansicht nach der Steuerzahler die größten Banken und Anleger vor dem Bankrott bewahren muss). Dennoch hat diese ökonomische Sichtweise die Politik des amerikanischen Kongresses, die Universitäten und die Massenmedien für sich eingenommen und sie dazu gebracht, ein vollkommen verfälschtes Bild von der Funktionsweise einer Volkswirtschaft zu zeichnen. Das ist der Grund, warum die meisten Menschen die Realität so sehen, wie sie von dem »Einen Prozent« der Reichsten festgeschrieben - und verzerrt - wird. Es handelt sich um eine Entstellung der Wirklichkeit.
> (Zitat 2, Seite 32)

(Hervorhebung durch Kursivschrift + Fettschrift durch TA.)

> **Die Finanzwelt übernimmt die Regierungsmacht**
> Zentralbanken wurden eigentlich geschaffen, um es den Regierungen zu ersparen, Kredite bei privaten Anleihegläubigern aufnehmen zu müssen. Aber mit den Haushaltsdefiziten stieg auch die Macht der Finanzlobbyisten. Sie übten Druck auf die Regierungen aus, um die Steuerprogression wieder abzuschaffen und die Kapitalsteuern zu senken. Statt das nötige Geld für »Defizitfinanzierungen« zur Verfügung zu stellen - also für Ausgaben, die die Einnahmen der öffentlichen Haushalte übersteigen -, drucken die Zentralbanken hauptsächlich zu dem Zweck Geld, um es den Banken zu leihen, die damit wiederum die Schuldenlast der Wirtschaft erhöhen. Seit 2008 hat die Federal Reserve, die US-amerikanische Notenbank, vier Billionen Dollar durch expansive Geldpolitik (*quantitative easing, quantitative Lockerung*) geschaffen, die als Kredite an die Banken geflossen sind. Ziel ist das erneute

> Aufblähen von Vermögenspreisen - Immobilien, Aktien und Anleihen -, die die Finanzinstitute (und das Eine Prozent) als Sicherheiten halten, und nicht etwa die Stärkung oder Genesung der Realwirtschaft. (Zitat 3 / Seite 66)

Was die Notenbanken machen und das, was ihnen per Theorie oder Gesetz zugedacht wird, sind verschiedene Dinge. Theorie und Gesetz können dabei falsch sein. Aus freiwirtschaftlicher Sicht, kann die Noten- oder Zentralbank keine Geschäftsbank (Kreditbank) sein, auch nicht für den Staat. Sondern ihre Aufgabe ist, wirksame Geld im Umlauf und mit der Gütermenge, die im Mark ist, im Gleichgewicht zu halten. Dazu braucht sie ein Maß, den Preisindex und ein Instrument zur Umlaufsicherung des Geldes. Die Preisniveaustabilität kann nur von der Geldseite gesichert werden, da die Notenbank auf die Gütermenge, die im Markt angeboten wird, keinen Einfluss hat.

> Es hat eine kulturelle Gegenrevolution stattgefunden. Und das ist nur deshalb so wenigen Leuten aufgefallen, weil der Finanzsektor die Geschichte umgeschrieben und die öffentliche Meinung darüber, was unter ökonomischen Prozessen und einer fairen Gesellschaft zu verstehen ist, neu definiert hat. Der von der Finanzwirtschaft geprägte Gegenentwurf zur klassischen Ökonomie ist der sogenannte »Neoliberalismus«. Dabei handelt es sich jedoch um das Gegenteil dessen, was die ursprünglichen liberalen Reformdenker der Aufklärung unter dem Begriff »liberal« verstanden. Die Grundrente ist eben nicht im Machtbereich der Regierung verblieben, und mehr und mehr öffentliche Dienstleistungen sind privatisiert worden, um eine wirtschaftliche Monopolrente aus ihnen herauszupressen. Die Banken haben die Kontrolle über die Regierungen übernommen, und ihre Zentralbanken schaffen nur dann Geld, wenn es darum geht, die Verluste der Gläubiger aufzufangen und nicht, wenn es um die Finanzierung öffentlicher Ausgaben geht. (Zitat 4 Seite 69)

Die Schuldzuweisung an den Neoliberalismus ist mir zu einfach. Bislang ist noch jede Ökonomie-Schule aufgrund der Mängel in den Vorgängerschulen entstanden. Und der Neoliberalismus (zweiter Prägung) konnte sich nur durchsetzen, weil Schwächen des Keynesianismus offen zu Tage lagen und in den Herrscharen von Ökonomen keine Alternativen in einer Form angeboten wurden, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden.

KAPITEL 2
Der lange Kampf, um Volkswirtschaften vom Rentier-Erbe des Feudalismus zu befreien
...

Die klassische Ökonomie war Teil eines Reformprozesses, der Europa aus der Feudalzeit ins Industriezeitalter führen sollte. Dazu war es zunächst einmal notwendig, die Macht des Landadels, der Bankiers und der Monopole zu brechen. Sie sollten nicht länger unfaire Forderungen erheben dürfen, die nicht durch tatsächliche Arbeitskraft oder Geschäftstätigkeit gerechtfertigt waren. Man hielt ihre Einkünfte für »unverdient«.

Bei dem ursprünglichen Kampf für einen freien Markt ging es darum, sich von der Ausbeutung derer zu befreien, die sich durch Rentenextraktion bereicherten: der Eigentümer von Grundstücken, natürlichen Ressourcen, Monopolrechten und Geldvermögen, die ein Einkommen erbrachten, ohne dass dafür entsprechende Arbeit geleistet und meist auch keine Steuern bezahlen wurden. Während sich die reiche Aristokratie von ihrem geerbten Einkommen ernährte, wurde ein Großteil der Steuerlast auf die arbeitende Bevölkerung und die Industrie abgewälzt, zusätzlich zu ihren Pacht- und Mietzahlungen und ihrem Schuldendienst. (Zitat 5 / 72)

Die beste Methode, um diese Gegenrevolution wieder rückgängig zu machen, besteht darin, auf die klassische Unterscheidung zwischen verdientem und nicht verdientem Einkommen zurückzugreifen und sich daran zu erinnern, wie man damals das Verhältnis zwischen Hochfinanz und Schuldnern als ein die Gesamtwirtschaft aushöhlendes Konzept definierte (insbesondere was die Frage der Zinseszinsen anging). Diese ursprüngliche Kritik an den Grundherren, den Bankiers und Monopolisten wurde aus der gegenwärtigen politischen Debatte ausgeklammert und durch eine Haltung ersetzt, die man bestenfalls als eine »Pseudo-Ökonomik des Trickle-down-Effekts« bezeichnen kann - also eine vollkommen unbrauchbare Wirtschaftslehre, die den Glauben vertritt, die Armen würden vom Wohlstand der Reichen profitieren, indem das angehäufte Geld irgendwann bis zu ihnen nach unten durchsickert *(trickle down)*.(Zitat 6 / Seite 73)

Es dauerte vier Jahrhunderte, bis man das Konzept des »gerechten Preises« auch auf die Grundrente ausdehnte, die den Grundbesitzern bezahlt werden musste. Zwei Jahrzehnte nach der normannischen Invasion Englands im Jahr 1066 ordnete Wilhelm der Eroberer 1086 die Erstellung des sogenannten »Domesday Book« (Buch des Jüngsten Tages) an. Anhand der darin gesammelten Daten wurde eine steuerliche Abgabe für Grundbesitz erhoben, die vom Landadel zur Grundrente umgewandelt und somit privatisiert wurde, als dieser sich gegen den habgierigen König Johann Ohneland (reg. 1199-1216) erhob. Auch die Revolte, die 1215 zur Abfassung der Magna Carta führte, sowie der »Erste Krieg der Barone« gingen hauptsächlich vom Landadel aus. Man wollte so einer Besteuerung entgehen, die Grundrente selbst einstreichen und die Steuerlast der arbeitenden Bevölkerung und den Städten aufbürden. Daher war die von ihnen erhobene Grundrente ein Vermächtnis aus den Zeiten, als Kriegsherren in Europa nach militärischen Eroberungen den Ernteüberschuss der unterworfenen Länder als Tribut forderten. (Zitat 7 / Seite 77)

Die heutige Monopolisierung des Reichtums seitens der Rentier-Klasse, die

Steuern und staatliche Regulierungen umgeht, indem sie sich die Kontrolle über die Regierung erkauft, ist das gleiche Problem, mit dem es schon die klassischen Ökonomen zu tun hatten. Ihr Kampf um die Erschaffung einer gerechteren Gesellschaft brachte äußerst nützliche ökonomische Erkenntnisse hervor, anhand derer man auch nachvollziehen kann, warum heutige Volkswirtschaften immer weiter polarisiert und immer unproduktiver werden. Die Physiokraten sowie Adam Smith, David Ricardo und ihre Nachfolger lieferten eine bemerkenswert klare Analyse, wie das »Rent-Seeking« dem wirtschaftlichen Kreislauf Mittel entzieht. (Zitat 8 / Seite 80)

Doch die Verteidiger der Grundbesitzer wehrten sich. So behauptete zum Beispiel Thomas Malthus, Grundbesitzer würden die Rente nicht einfach passiv einziehen, sondern sie stattdessen produktiv investieren, um die Wirtschaft anzukurbeln. Spätere Apologeten klammerten das unverdiente Einkommen einfach aus ihren Modellen aus und hofften, es möge dadurch unsichtbar bleiben und somit auch nicht besteuert oder reguliert werden. Ende des 19. Jahrhunderts definierten John Bates Clark in den USA und ähnlich trivialisierende Denker in anderen Ländern jegliches Einkommen als verdient, allein deshalb, weil es aus einem freimarktwirtschaftlichen Verhältnis hervorgegangen sei. Die Begriffe »Schuldendienst« und »ökonomische Rente« tauchen in solchen Modellen so gut wie nie auf, es sei denn, sie werden im Zusammenhang des »Durchsickereffekts« der allgemeinen Marktnachfrage oder im Hinblick auf die Finanzierung neuer Investitionen erwähnt. (Zitat 9 / Seite 81)

Die Geschichte der Eigentumsaneignung ist auf Gewalt und politische Intrigen gegründet - und nicht auf der Arbeitskraft ihrer gegenwärtigen Besitzer. Dabei waren die reichsten Eigentümer von Vermögenswerten oftmals auch die gierigsten - wie etwa kriegerische Eroberer, Angehörige des Landadels, Bankiers, Anleihegläubiger und Monopolisten. Die Besitzrechte, die es ihnen ermöglichen, eine ökonomische Rente für Grund und Boden, Bergwerke, Patente oder monopolisierte Handelsgeschäfte zu erheben, beruhen auf juristischen Privilegien eines Rechtssystems, das von ihnen kontrolliert wird - und sind keineswegs die Früchte der eigenen Arbeit. So war es etwa im Mittelalter üblich, die engsten Gefährten des Herrschers als Dank für ihre politische Treue mit Ländereien zu belohnen.

Und diese Form der Landzuweisung setzte sich nicht nur während der Kolonialzeit fort oder im Amerika des späten 19. Jahrhunderts bei den mächtigen Eisenbahnbaronen. In den meisten Ländern gab es die ein oder andere Form von politisch motivierten Geschenken an Gefolgsleute, oft in Gestalt von Bestechungen oder anderen Formen der Korruption. So überließ man zum Beispiel in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in den postsowjetischen Volkswirtschaften den politischen Insidern Privatisierungsrechte für Öl-, Gas- und Mineralvorkommen sowie Immobilien und Infrastruktur zu Schleuderpreisen. Russland und andere Länder der Region folgten dem Rat der USA sowie der Weltbank, Besitzrechte an Einzelpersonen einfach zu verschenken, ganz so als würde man dadurch automatisch einen effizienten frei-

en Markt nach westlich-europäischer Prägung schaffen. (Zitat 10 / Seite 87)

Genau das, was Hudson über Russland nach dem Fall des Eisernen Vorhanges sagt, ist eine der Ursachen, die uns die heutigen Probleme, die wir mit Russland haben, eingebracht haben.

Bis zum Ende des Jahrhunderts gab es zahlreiche Vorschläge, wie die ökonomische Rente, die Grund und Boden abwarfen, am besten zu besteuern oder zu verstaatlichen sei. Unter anderem trugen Patrick Dove, Alfred Wallace, Herbert Spencer und Henry George zu der ungeheuren Vielzahl journalistischer und politischer Werke bei, die zu diesem Thema erschienen. Doch auch sie schreckten vor einer Verstaatlichung des Landbesitzes zurück und folgten grundsätzlich der Logik Mills:

> Der erste Schritt müsste sein, alles Grundeigentum des Landes zu schätzen; sein gegenwärtiger Wert müsste von der Steuer frei bleiben, aber nach Verlauf einiger Zeit, während dessen die Bevölkerung und das Kapital des Landes zugenommen haben, könnte ein allgemeiner Überschlag der von selbst entstandenen Vermehrung der Rente seit jener früheren Schätzung vorgenommen werden [So] ließe sich annähernd schätzen, wie viel die Grundstücke in Folge natürlicher Ursachen an Wert zugenommen haben, und wenn man danach eine allgemeine Grundsteuer anlegte würde man die Sicherheit haben, diejenige Vermehrung des Einkommens aus Grundstücken nicht zu treffen, welche durch verbesserte Bewirtschaftung oder Kapitalauslagen seitens der Eigentümer bewirkt worden ist. (Zitat 10 a / Seite 93)

Die exponentielle Vervielfachung von Schulden

Jeder Zinsatz bedingt eine »Verdopplungszeit« - also die Zeit, nach der die Summe der gezahlten Zinsen genauso hoch ist wie der ursprüngliche Darlehensbetrag. Etwa 2000 V. Chr. erhielten angehende babylonischen Schriftgelehrte folgende Übungsaufgabe: Sie sollten ausrechnen, wie lange es dauert, bis sich ein Mina Silber aufgrund des üblichen Zinssatzes von einem Schekel pro Mina je Monat verdoppelt hat. Die Antwort darauf lautete: fünf Jahre - also die damals gebräuchliche Laufzeit eines Darlehens, das ein Geldgeber einem Händler, der auf eine Handelsreise aufbricht, gewährt. Für eine Fracht ins Ausland, die in Silber oder andere Importwaren eingetauscht wurde, schloss man üblicherweise einen Vertrag über fünf Jahre (6o Monate) ab. Ein zu diesem Zinssatz ausgeliehener Mina würde also in fünf Jahren 6o Schekel abwerfen und damit die ursprüngliche Darlehenssumme verdoppeln. Die Darlehensverträge der Assyrer waren in jener Zeit so ausgelegt, dass ein Kapitalgeber 2 Mina Gold vorstreckte und fünf Jahre später 4 Mina zurückerhielt.

Diese Art von exponentiellem Wachstum findet in einem ägyptischen Sprichwort Ausdruck: »Wenn du deinen Reichtum dorthin bringst, wo er Zinsen trägt, kommt er verdoppelt zu dir zurück.« In einem Bild aus babylonischen Zeiten wird die Vergabe eines Kredits mit der Geburt eines Säuglings vergli-

chen. In dieser Parallele spiegelt sich auch der Umstand wider, dass das Wort für »Zinsen« in jeder Sprache des Altertums für ein Neugeborenes steht: ein kleines Zicklein (mash) im Sumerischen oder ein junges Kalb sowohl im Griechischen (tokos) als auch im Lateinischen (foenus). Der als »Neugeborenes« gezahlte Zins wurde vom Silber oder Gold »geboren«, und nicht etwa vom geliehenen Vieh (wie einige Ökonomen früher glaubten, die übersahen, dass es sich hier um eine Metapher handelte). Geboren wurde der »Säuglings«-Anteil der Leihsumme, und zwar jeden Monat 1/60stel. (In Griechenland wurden die Zinsen zum Neumond fällig.) Das Wachstum war dabei rein mathematischer Natur, und die »Trächtigkeitsdauer«, nach deren Ablauf eine Verdopplung stattgefunden hatte, wurde durch den Zinssatz festgelegt.

Das Konzept des Zinseszinses geht auf die Sumerer aus dem dritten Jahrtausend vor Christus zurück, die damals bereits den Begriff mashmash kannten: »Zinsen (mash) für Zinsen«. Die Schüler sollten ausrechnen, wie lange es dauert, bis sich ein Mina 64 Mal vervielfacht hat, also den Wert 2^6 angenommen oder - mit anderen Worten - sechs Verdopplungszyklen von jeweils fünf Jahren Dauer durchlaufen hat. Für die Lösung musste man mit Potenzzahlen rechnen ($2^2 = 4$, $2^3 = 8$ und so weiter). Ein Mina vervielfacht sich in 10 Jahren vier Mal (zwei »Trächtigkeitszeiten«), in 15 Jahren acht Mal (drei Trächtigkeitszeiten), in 20 Jahren sechzehn Mal (vier Zeiten) und in 30 Jahren 64 Mal. Der Zeitraum von 30 Jahren umfasste daher also sechs fünfjährige Verdopplungsphasen.

… Die mathematischen Berechnungen zu verzinslichen Darlehen und ihrem Wachstum über einen längeren Zeitraum hinweg wurden erheblich vereinfacht, als der schottische Mathematiker John Napier 1614 den Logarithmus erfand (von griechisch, »logos« - Verhältnis, Berechnung, Lehre, und »arithmos« - Zahl). In seinem zweiten Werk, Rabdologiae von 1617 beschrieb er das exponentielle Anwachsen von Schulden und illustrierte dieses Prinzip an einem Schachbrett, auf dem jedes Feld die Zahl des vorherigen Feldes verdoppelte, bis alle 64 Felder verdoppelt waren - also nach der ersten Verdopplung in einem Verhältnis von 2^{63}.
Drei Jahrhunderte später, im 19. Jahrhundert, illustrierte der deutsche Ökonom Michael Flürscheim diese exponentielle Verdopplung und Verdreifachung anhand eines persischen Sprichworts: Ein Schah wollte einen seiner Untertanen belohnen, der das Schachspiel erfunden hatte, und fragte ihn, was er sich wünschte. Der Mann erbat sich lediglich ein einzelnes Weizenkorn, das auf das erste Feld des Schachbretts gelegt und auf jedem folgenden Feld verdoppelt werden sollte, in einer Reihe von 1, 2, 4, 8, 16, 32, 64 und so weiter.

Zunächst war das Königreich noch in der Lage, die sich immer höher anhäufenden Weizenkörner zu bezahlen, auch dann noch, als man schon das zwanzigste Feld erreicht hatte. Aber als das hypothetische Schachbrett zur Hälfte gefüllt war, begann sich die Vervielfachung in riesigen Sprüngen fortzusetzen. Der Schah erkannte, dass er hier etwas versprochen hatte, was er nicht halten konnte, da alle Schatzkammern seines gesamten Königreichs es nicht zu kaufen vermochten.

Die Moral von der Geschichte ist, dass der erwirtschaftete Gewinn, unabhängig davon, wie viel Technologie man einsetzt, um die menschliche Produktionskraft zu erhöhen, unweigerlich von den Schulden überholt wird. Denn durch die Macht des Zinseszinses wachsen diese immer schneller an. Die Hauptquelle für die Vergabe weiterer Kredite sind die Mittel aus der Rückzahlung bestehender Kredite, die ihrerseits weiterverliehen werden, um neue Kredite zu finanzieren - oft mit steigendem Risiko, weil das Kontingent an »soliden Projekten« erschöpft ist.

Genauer gesagt sind es die Sparvermögen, die sich anhäufen, und nicht die Schulden selbst. Die Schuld eines jeden Individuums wird irgendwann in der ein oder anderen Form beglichen, doch die Gläubiger verwenden ihre Zins- und Tilgungszahlungen für neue verzinsliche Darlehen. Das einzige Problem für die »Sparer« ist die Frage, ob sie genug Schuldner finden, die gewillt sind, neue Verpflichtungen einzugehen.

Die 72er-Regel
Ein mathematisches Prinzip, das man die »72er-Regel« nennt, liefert eine nützliche Faustformel, mit der man solche Verdopplungszeiten berechnen kann: Dazu muss man nur die Zahl 72 durch den jährlichen Zinssatz teilen, und schon hat man die Zeitspanne, in der sich die Summe verdoppeln wird. Wenn man wissen möchte, wie lange es dauert, bis sich eine zu 8 Prozent Jahreszins angelegte Summe verdoppelt, teilt man 72 durch 8.

Die Antwort lautet: 9 Jahre. In weiteren 9 Jahren hat sich die ursprüngliche Kreditsumme vervierfacht und in 27 Jahren verachtfacht. Ein Darlehen zu 6 Prozent verdoppelt sich in 12 Jahren und eines zu 4 Prozent in 18 Jahren. Mit dieser Regel kann man also rasch berechnen, wann sich eine Summe zu jedem beliebigen Zinssatz verdoppelt haben wird.
(Zitat 11/12/13 S.104 f.)

Der Name Michael Flürscheim ist im Namensverzeichnis des Buches nicht zu finden. Mir ist der Name aufgefallen, weil er in der freiwirtschaftlichen Literatur vorkommt. Ich habe im Registerband der Gesammelten Werke von Gesell nachgeschaut. In 10 Bänden mit 44 Nennungen ist Flürscheim vertreten. In der ersten Quelle, im Band 3, befasst sich Gesell mit einem Buch von Flürscheim. Da muss Flürscheim wohl die Professorenschaft der Ökonomie hart angegangen sein. Gesell nimmt die Professoren in Schutz. Ich bringe die Stellen, wenn ich mit den Auzügen von Hudson fertig bin.

Die letzte Nennung von Flürscheim findet sich im Band 18 in einem Brief an Otto Maaß vom 16.7.1929 aus Eden. Es heißt dort:

Flürscheim. Wenn Sie Damaschke ärgern wollen, so publizieren Sie den letzten Brief Flürscheims an Damaschke, wo er sich beklagt, daß Damaschke Flürscheims Buch wegen der Druckfehler nicht empfehlen kann. Er zeigt die ganze Armseligkeit Damaschkes. Diesen Brief verfaßte ich, weil Flürscheim totkrank war und mich zu

sich an die Ostsee berufen hatte, um die Lage mit ihm zu besprechen.

Vorher ist in diesem Brief zu lesen:

> Die letzten Korrekturen der „*New Economic Order*“ sind dem Übersetzer dieser Tage zugeschickt worden. In drei Wochen dürfte das Buch fertig sein. Es kommt zu einer sehr günstigen Zeit auf den Markt. Die Erfolge, wenn sie nicht gänzlich ausbleiben, werden stark auf Deutschland reperkutieren. Die Indexwährung in Amerika, *Briands* Paneuropa, die Verlegenheiten der englischen Arbeiterregierung, alles bläst mit Macht in unsere Segel.

Silvio Gesell wird von Michael Hudson nicht erwähnt. Auch wenn im englischsprachigen Raum vermehrt auf Gesell Bezug genommen wird, das wäre nicht verwunderlich, wenn Hudson irgendein Ökonom wäre. Aber bei seinem speziellen Blick auf die Ökonomie, die ja auch das Interesse an bestimmter Literatur bestimmt, ist es schon merkwürdig, wenn er nicht auf Gesell gestoßen sein sollte. Immerhin zitiert er Irving Fisher dreimal und der hat mit seinem Assistenten Hans Cohrssen („Einer der Auszog die Welt zu verändern“,1996) dafür gesorgt, dass die Spuren der Freiwirtschaft in den USA für spezielle Sucher sichtbar sind.) In einem kleinen Buch mit Titel „Irvin Fisher / FESTE WÄHRUNG / Illusion und Wirklichkeit“, 1948 ist im Vorwort des Verlages zu lesen:

> In Deutschland ist die Stabilisierung des durchschnittlichen Preisstandes eine Forderung des Freiwirtschaftsbundes, der sich auf die Theorien von Silvio Gesell stützt. Irving Fisher hat, ebenso wie John Maynard Keynes (England), als einer der wenigen Volkswirtschafter von internationalem Ruf die Theorien Silvio Gesells anerkannt und sich dafür eingesetzt. Er schrieb von sich, er sei nur „ein bescheidener Apostel des Kaufmanns Silvio Gesell“.
> Die vorliegende Schrift besteht aus einigen Kapiteln, die dem unter Mitarbeit von Hans R. L. Cohrssen geschriebenen Buche „Stable Money“ entnommen sind, das 1934 in den USA und 1937 in Deutschland unter dem Titel „Feste Währung - Zur Entwicklungsgeschichte der Idee erschienen ist. Die Auswahl wurde so getroffen, daß die grundlegenden Gedanken des Verfassers zur Geltung kommen und ein Überblick über die Lebensarbeit des Gelehrten möglich wird.

Ich fahre jetzt fort mit Michael Hudson:

> Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die britischen und amerikanischen Banken lediglich daran interessiert waren, ihren eigenen kurzfristigen Vorteil zu maximieren - und nicht daran, eine bessere und produktivere Wirtschaft zu schaffen, indem sie für die Zukunft planten. Die meisten Banken arbeiteten vorzugsweise mit Kreditnehmern zusammen, die in großem Umfang in Immobilien, Eisenbahnen und Versorgungsunternehmen investierten und deren Einnahmestrom sich einfach vorhersagen ließ. Ein herstellendes Unternehmen erhielt erst dann eine nennenswerte Unterstüt-

zung durch Banken- oder Börsenkredite, wenn es schon über ein relativ großes Geschäftsvolumen verfügte.(Zitat 13 a / Seite 170)

Weltweit vollzieht sich eine wachsende Polarisierung der Volkswirtschaften. Wir sehen, dass diese Tendenz in der nationalen Politik der meisten europäischen Länder und anschließend der Vereinigten Staaten unausgesprochen enthalten war: Die führenden Industrienationen haben ihre industriellen und technologischen Vorsprünge behalten. Und sie haben eine Kombination aus finanziellen und militärischen Druckmitteln eingesetzt, um andere Länder in Abhängigkeit zu bringen, statt dort jenen wirtschaftlichen Fortschritt zu fördern, wie er in den am höchsten entwickelten Industrie- und Finanzregionen erreicht worden ist. (Zitat 14 / Seite 593)

Am Ende des Zweiten Weltkriegs besaßen die Vereinigten Staaten 40 Prozent des weltweiten Bestandes an Währungsgold. Sie unterstützten Klientel-Oligarchien, die bereit waren, sich bei Handels- und Finanzgeschäften abhängig von US-Investitionen zumachen, und die Weltbank und den IWF bei der Durchsetzung gläubigerfreundlicher Regeln. Sie wandten sich gegen Landreformen und Selbstversorgung mit Nahrungspflanzen (und dazu gehörte auch der anfängliche Widerstand gegen die Gemeinsame Agrarpolitik Europas). Die daraus resultierende Handelspolitik, monetäre Abhängigkeit und Abneigung gegenüber demokratischen Reformen verhinderte es, dass andere Länder die gleiche Entwicklung wie die Vereinigten Staaten und Europa durchliefen.

Die Weltwirtschaft entwickelte sich also nicht als Einheit in die gleiche Richtung, sondern sie polarisierte sich. Dem Fortschritt der führenden Industriestaaten und Gläubigermächte entsprach die Export- und Finanzabhängigkeit der Entwicklungsländer. Ein Kern demokratischer Gläubigerstaaten hatte sein Pendant in ausländischen Oligarchien, die in immer größere Abängigkeit gerieten.

Ironischerweise wurden die Vereinigten Staaten selbst in den I970er-Jahren zur führenden Schuldnernation der Welt. Beginnend mit dem Koreakrieg im Jahr 1951 verzeichneten sie ein ständig größer werdendes Zahlungsbilanzdefizit. In den 1970er-Jahren war das US-Zahlungsbilanzdefizit gänzlich auf militärische Ausgaben im Ausland, nicht auf private Handelsgeschäfte und Investitionen zurückzuführen. Diese Defizite zwangen die Vereinigten Staaten dazu, den Londoner Goldpool zu schließen und im Jahr 1971 den Goldstandard aufzugeben. (Zitat 15 / Seite 524)

Während die US-Strategie die grenzenlose Schöpfung von Dollar-Währung erlaubt, hat sie den Euro zu einer Satelitenwährung gemacht. Dadurch, dass es die Regeln der Eurozone den Zentralbanken der Mitgliedstaaten untersagen, Haushaltsdefizite selbst zu finanzieren, zwingen sie Staaten Kredite bei Banken und Anleiheinhabern aufzunehmen. Dann müssen Staaten öffentliche Defizite durch »interne Abwertung« zurückzahlen; dies be-

deutet niedrigere Löhne und Lebensstandards, ergänzt durch die Veräußerung öffentlicher Vermögenswerte. Dies steht im Widerspruch zur Staatlichen *Theorie des Geldes* sowie zum Effizienzlohngrundsatz.
(Zitat 16 / Seite 595)

Die Kreditschöpfung der Banken dient größtenteils der Vergabe von Hypothekenkrediten und der Aktienspekulation, nicht der Bildung von industriellem Sachkapital. Die Vereinigten Staaten waren das Zentrum der Finanzblase, und ihr Aktienboom basierte auf Aktienrückkäufen, der Ausgabe von Ramschanleihen und der Ausweitung der Verschuldung, nicht auf steigende Ertragkraft der Unternehmen. Die Deregulierung der Finanzmärkte nach 2001 führte zu einer Explosion bei der Vergabe von Ramschhypotheken.
(Zitat 17 / Seite 595)

Vor allem das Recht von Banken, Kredit zu schöpfen und die Geldmenge zu steuern, soll privatisiert werden. Dies beraubt Staaten ihrer Fähigkeit zur Eigenfinanzierung. Und gewissermaßen als Krönung der Enteignung des öffentlichen Vermögens durch die Finanzmärkte sollen selbst die im gesetzlichen Rentenversicherungssystem angehäuften Ersparnisse privatisiert und in den Aktienmarkt investiert werden.

Damit die Öffentlichkeit nicht gegen diese Machtaneignung Sturm läuft, wurde die Geschichte der Industriellen Revolution und ihrer ökonomischen Strategie umgeschrieben, um den langjährigen Kampf für die Senkung der Kosten der Lebenshaltung und der unternehmerischen Tätigkeit durch Verstaatlichung der Renteneinnahmen generierenden Vermögenswerte, die der Feudalismus privatisiert hatte, zu hintertreiben. Die heutige Umkehr progressiver Werte markiert einen historischen Übergangspunkt, ähnlich jenem, der sich beim Übergang von der Römischen Republik zum Kaiserreich ereignete, während des Jahrhunderts des Bundesgenossenkriegs, 133-129 v. Chr. Die Schuldner und Plebejer Roms mussten in einer Welle politischer Gewalt eine Niederlage hinnehmen. Durch Mord vereitelte die Partei der Oligarchen die Reformen des Tiberius Gracchus in Rom nach 133 v. Chr. Julius Cäsar erlitt im Jahr 44 v. Chr. ein ähnliches Schicksal, nachdem er den demos auf seine Seite gezogen hatte. Andere Politiker, die einen Schuldenerlass forderten, wurden ebenfalls ermordet.

Rom überlebte nicht durch Wohlstand im Innern, sondern auch durch das Ausplündern ausländischer Regionen. (Zitat 18 / Seite 598 f.)

Ähnlich wie das antike Rom vor 2000 Jahren steht die westliche Welt heute an einem Wendepunkt, was das Verhältnis zwischen Gläubiger- und Schuldnerinteressen anlangt - es ist eine Auseinandersetzung über die Frage, welche Art von Wirtschaft und Gesellschaft wir uns in Zukunft wünchen. Samuel Huntington prägte im Jahr 1992 den Ausdruck »Zusammenprall der Kulturen«. Damit meinte er aber nicht den finanziellen Bürgerkrieg, den die heutige Oligarchie innerhalb der westlichen Gesellschaften selbst führt, um das Programm der Aufklärung - die Befreiung des Industriekapitalismus von

postfeudalem Rent-Seeking und Finanzialisierung - rückgängig zu machen.

Neoliberale stellen die heutige Neo-Rentier-Gegenaufklärung als das Ende der Geschichte dar, so, als wäre der Konflikt beigelegt worden und als könnte das klassische Streben nach einer gerechteren Wirtschaftsordnung nicht wiederbelebt werden.
(Zitat 19 / Seite 599 f.)

Die heutige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung weist ökonomische Renten nicht gesondert aus. Es wird ein irreführendes Bild des Wirtschaftsgeschehens gezeichnet, um die Aufmerksamkeit von der tatsächlichen Dynamik abzulenken. Dieses Buch beschreibt, wie die Hochfinanz ihren Griff nach der Macht politisiert hat, indem sie den Finanzsektor und seine Renten abschöpfenden Klienten auf der Grundlage einer Fehlinterpretation ökonomischer Zusammenhänge als »Schöpfer von Arbeitsplätzen«, nicht als Arbeitsplatzvernichter darstellt. Ihre Moralphilosophie, die sich einer Rhetorik »persönlicher Verantwortlichkeit« bedient und die Opfer für ihre Verschuldung verantwortlich macht, lautet, dass Schulden in voller Höhe zurückgezahlt werden müssen, selbst wenn dies die Gesellschaft zerreißt.
Es gibt eine Alternative. Um sie zu verwirklichen, muss man die Dynamik, die hier am Werk ist, verstehen und zwischen (durch eigene Arbeit) »verdientem« und »unverdientem« Einkommen, zwischen produktiven und unproduktiven Formen der Vermögensbildung unterscheiden. Dann ließe sich der Griff nach der Macht durch die Neo-Rentiers abwehren.
(Zitat 20 / Seite 601)

Nicht alle Aussagen von Michael Hudson scheinen mir gut begründet zu sein, das kann aber an meiner begrenzten Einsichtsfähigkeit liegen. Wichtig erscheint mir, dass er sich an ökonomische Themen heranwagt, die andere Ökonomen meiden. Ich bringe jetzt das Zitat von Gesell, das ich bei der Suche nach Spuren von Michael Flürscheim in den Gesammelten Werken von Gesell gefunden habe.

Die Geldreform

Bd. 1. April 1903 Nr. 9.

Michael Flürscheim's neues Buch

[Clue to the Economic Labyrinth by Michael Flürscheim London: Swan Sonnenschein & Co.,
Paternoster Square. 547 Seiten.]

Das Buch behandelt die Boden- und Geldreform: Es zielt auf die Beseitigung von Zins und Rente, auf die Sicherung des Handels vor Krisen, auf die Herabsetzung des Handelsgewinnes, kurz auf die Sicherung und Verbilligung des Produktaustausches.
Flürscheims Bestrebungen haben also mit denen der Geldreform eine

merkwürdige Verwandtschaft.
Wenn auch die Theorien Flürscheims in bezug auf das Geldwesen in wesentlichen Punkten ungenau sind und infolgedessen auch seine praktischen Vorschläge einer gründlichen Nachprüfung bedürfen, so erkläre ich doch, daß ich selten ein so lehrreiches Buch gelesen habe. Das Buch wimmelt von sympathischen Gedanken, wenigstens für die Freunde der persönlichen Selbständigkeit.
...

Auch sehe ich nicht ein, warum der Verfasser so oft gegen den Professor und namentlich den deutschen Professor loszieht. Die Professoren sind doch fast die einzigen Mitarbeiter bei der theoretischen Behandlung der Fragen, die Flürscheim beschäftigen. Wenn dabei die Professoren oft zu Resultaten gelangen, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmen, so muß man ihnen die höchstmangelhafte Vorbildung zugute halten: Jedenfalls kann man hier absolute Ehrlichkeit voraussetzen; jedenfalls stehen ihre Leistungen nicht unter dem Niveau ihrer ökonomischen Vorbildung und statt der Vorwürfe verdienen sie Anerkennung; denn wahrlich, es gehört Mut und Kraft, wenn man nach solcher geisttötenden Lehrzeit, mit solchem Material und solchem Werkzeug überhaupt sich an das Unternehmen wagt.
Wenn jemand in dieser Angelegenheit einen Vorwurf verdient, so ist es vielleicht der Kaufmann, der über manchen Vorgang genaue Beobachtung wohl anstellen könnte, wenn sich nur in ihm das Bedürfnis regen wollte, die Frage nach dem Warum seiner Handlungen zu beantworten. Doch auch hier wollen wir mit den Vorwürfen sparsam sein, denn der Kaufmann wird durch seinen Beruf derart in Beschlag genommen, daß Zeit und Ruhe für geistige Sammlung in der Regel fehlt. Trotzdem kann man sagen, daß der Kaufmann mehr als bisher leisten könnte. Vielleicht wird mit der Zeit die Intensität des Konkurrenzkampfes den Nutzen der Theorie zur Geltung bringen. Wie dem nun auch sei, so wollen wir uns der Mitarbeit freuen, von welcher Seite sie kommen mag, und wenn wir nicht verstanden werden, wenn man über unsere Vorschläge den Kopf schüttelt oder gar an unserer geistigen Zurechnungsfähigkeit zweifelt, so schlagen wir an unsere Brust und bekennen einfach: mea culpa, mea maxima culpa. Ideen sind ja billig, billig wie Brombeeren; die eigentliche Arbeit, das Verdienst besteht darin, sie anderen verständlich zu machen. Die Wahrheit ist immer einfach und durchsichtig, warum denn, wenn wir die Wahrheit predigen, versteht uns nicht jeder Professor, jeder Bauer, jeder Krämer?

Der erste Teil des Flürscheim'schen Werkes beschäftigt sich mit der Landfrage oder Bodenreform. Er wendet sich gegen die Singletaxer (allmähliche Konfiskation der Rente durch progressive Grundsteuer) und befürwortet den Rückkauf des Landes, die Entschädigung der Besitzer. Das ist sehr vernünftig. Auf solcher Grundlage haben die Bestrebungen der Bodenreformer jedenfalls mehr Aussicht auf Erfolg, und auf den Erfolg kommt es an. Man kann ja fragen, ob es gerecht ist, daß man den Grundbesitzer, nachdem er Jahrhunderte ruhig im Genuß seines Raubes belassen wurde, jetzt obendrein noch entschädigt? Aber was nützen solche Phrasen, was ist Gerechtigkeit, was ist Raub? Wenn die Grundrente in der Staatskasse klingt, die Seele in den Himmel springt: Die Frage nach der Gerechtigkeit überlassen

wir den Engeln und den Spatzen. ...
(Silvio Gesell / Gesammelte Werke, Bd. 3, Seite 184 f.)

27. Tag: Weitere Zeitungsberichte

Ich beginne mit einer Meinungsäußerung von Gabor Steingart im Handelsblatt Morning Briefing vom 3. März 2017. Da ist zu lesen:

> Heute Abend wird die Chefin der amerikanischen Notenbank, **Janet Yellen**, ihre Sicht auf die **US-Volkswirtschaft** darlegen. Erwartet wird ein Signal für die **Zinspolitik**. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Zeit des billigen Geldes zu Ende geht, taxieren die Händler auf rund **70 Prozent**. Gott sei Dank! Die Sparer haben unter der **Nullzinspolitik** genug gelitten. Sie sind von allen Bevölkerungsgruppen die genügsamste. Hätte man die Arbeitseinkommen ähnlich rasiert wie die Zinseinkommen, wäre in der westlichen Welt die **Revolution** ausgebrochen.

Gabor Steingart ist nach meiner Wahrnehmung ein kluger Mann und ich mag seinen Schreibstil, aber das, was er da schreibt (oder was unter seinem Namen geschrieben wurde), grenzt an ökonomischer Dummheit. Flotte Sprüche ersetzen keine Analyse. Folgendes möchte ich anmerken.

1. Die Banken und Sparkassen haben nicht nur Einlagenkunden, sondern auch Kreditkunden. Das, was die Sparer erhalten, zahlt nicht der liebe Gott, sondern die Kreditkunden müssen dafür blechen.

2. Die Sparer verlieren Vermögen, wenn die Inflationsrate höher ist als der Zins für Spareinlagen.

3. Hier sollten auch im Hinblick auf die steigende Inflationsrate Indexklausel für alle Forderungen und Verbindlichkeiten - die auf Geld lauten - eingeführt werden. Die oft ins Gespräch eingebrachte inflationäre Wirkung der Indexklauseln sind ein Märchen. Die Indexklauseln würden auch Streiks vermeiden helfen.

4. 80 bis 90% der Geldanleger gewinnen aber bei einem Zinssatz von Null (oder sogar noch darunter), wenn das allgemeine Zinsniveau auch auf den niedrigen Satz sinkt. Das liegt daran, dass Zinskosten in allen Preisen eingerechnet sind. Der Anteil des Zinses betrug vor der Niedrigzinspolitik der EZB 30 bis 40 % des Nettoeinkommens der Bürger. Zu den Zinsgewinnern gehörten nur die, die ein höheres Zinseinkommen als die genannten 30 bis 40 % hatten. Unter www.helmut.creutz.de finden sich dazu anschauliche Grafiken.

5. Die relativ gute Binnenkonjunktur ist auch mit auf das niedrige Zinsniveau zurückzu-

führen, weil ein niedriger Zins den Schuldner mehr Geld für den eigenen Konsum lässt. Michael Hudson benutzt für den umgekehrten Effekt bei hohen Zinsen den Begriff *Schuldendeflation.* Ich habe den Begriff erst gar nicht verstanden, bis ich eine Erläuterung gefunden habe. Hudson schreibt auf der Seite 245:

> „Der Begriff »Schuldendeflation« wurde erstmals 1933 von Irving Fisher verwendet. Er wollte damit erklären, wie die Insolvenzen, die sich häufen, wenn die Schulden nicht mehr bezahlt werden können, dazu führen, dass die Banken ihre Kreditvergaben einstellen und die Kaufkraft schwindet, was wiederum die Wirtschaft hindert, Investitionen zu tätigen und neue Arbeitskräfte einzustellen.[7]
> Ben Bernanke, der von 2006 bis 2014 die Federal Reserve leitete, hatte diese Problematik nicht verstanden. Seiner Ansicht nach wird durch den Schuldendienst ganz einfach nur die Kaufkraft vom Schuldner auf den Gläubiger übertragen, ohne dass sich dadurch die allgemeinen laufenden Ausgaben verändern. Doch das setzt voraus, dass die Gläubiger das Geld, das sie aus dem Schuldendienst erhalten, in gleicher Höhe für Konsumausgaben aufwenden, wie es die verschuldeten Konsumenten und Arbeitnehmer getan hätten.“

Mit meinen Worten: Gemeint ist damit, dass Schuldner mit Bedarf durch die Zahlungen für Zinsen und Tilgung weniger einkaufen können. Wenn die Zins- und Tilgungsraten zu einem Gläubiger gelangen, der keinen Bedarf hat, sein Geld hortet oder in der Spekulation einsetzt, dann fehlt dem Konsumgütermarkt die nachfragende Kaufkraft. Da das kein Einzellfallphänomen ist, kann es zum Preisverfall im Konsumgütermarkt kommen.

6. Wenn aber das Geld mit einer Umlaufsicherung versehen würde, dann würde das Geld aus Zinseinnahmen und Tilgungen wieder in die Nachfrage nach Investitions- oder Konsumgüter gehen, die Konjunktur stützen und die Kapitalbildung vorantrei ben, so dass der Zins nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage auch gegen Null sinken oder um Null pendeln würde.

7. Untersuchungen zum Sparverhalten der Bürger – die ich in der Vergangenheit gelesen habe - besagten, dass der Zins keine oder eine untergeordnete Rolle für die Sparer spielt. Gespart wird auch noch bei einem negativen Zins. Die Rechtfertigung eines Zins unter Null lässt sich marktwirtschaftlich auch eher begründen als ein Zins über Null, der ein arbeitsloses Einkommen und für die kapitalistischen Konzentrationspro zesse verantwortlich ist. Natürlich enthält der Kredit für den Gläubiger auch das Risiko, dass er notleidend wird. Aber der Schuldner transportiert für den Gläubiger Ansprüche an den Markt in die Zukunft. Da für ihn die Zukunft auch unsicher ist, trägt auch er ein Risiko, das nicht kleiner ist, als jenes, das der Gläubiger trägt. Wenn der Schuldner aus irgendwelchen Gründen die Zins- und Tilgungsraten nicht mehr zahlen kann, verliert er sein Vermögen, das er als Sicherheit verpfändet hat. Bedenkt man, dass das Sparen in der Geldform im Vergleich mit dem Sparen in Form von Gütern bequem und ohne Verluste und Aufbewahrungskosten ist, dann ist der Nullzinssatz noch ein Geschäft für den Sparer.

8. Wenn der Zins aber wieder ein funktionierender Preis für die Überlassung von Liquidität werden soll, dann muss die Notenbank aufhören, durch ihre Geldmengen vermehrung (ohne Rücksicht auf die Preisniveaustabilität) und ihrer „Zinspolitik“ künstlich das Zinsniveau abzusenken. Wenn die Notenbank zusätzliches Geld gegen Zins in den Verkehr gibt, dann muss der Zins über den Marktzinssatz liegen, damit zuerst alles Geld, was nicht im Umlauf ist, zuerst nachfragewirksam wird. Das funktioniert aber nur richtig, wenn die schon angesprochene Umlaufsicherung des Geldes eingeführt wurde.

9. Der Zinspolitik der Notenbanken liegt ja auch die irrige Annahme zugrunde, dass das Giralgeld (das sind Forderungen auf Geld) auch zur Geldmenge gehört und sie - die Notenbank - über ihre Zinssätze gegenüber den Geschäftsbanken einen Einfluss auf die Menge des Giralgeldes nehmen kann. Sie fuscht dadurch nur in der Kostenrech nung autonomer Wirtschaftsteilnehmer herum.
   Auf das Thema komme ich später noch zurück. Die Zinspolitik der Notenbank sind illegitime Eingriffe in den Markt für Liquidität.

oooooooo

Ich suche mir jetzt noch aus meinen aufbewahrten Zeitungsseiten jene heraus, die mir im Hinblick auf meinen Schlussteil interessant erscheinen. Mich interessieren dabei nicht die ganzen Artikel, sondern nur bestimmte Aussagen der Verfasser, der Zitierten oder der Interviewten. Ich würdige also nicht die Berichte in ihrer Ganzheit, sondern nur deren Teilaspekte, die mich interessieren:

Badische Zeitung vom 28. November 2016:

>> „**Es gibt große Fortschritte**“ / BZ-Interview mit dem Ökonomen Markus Brunnenmeier zur Eurozone und dem schwierigen deutsch-französischen Verhältnis <<

> **BZ:** *Herr Brunnenmeier, wie viele Jahre geben sie dem Euro noch?*
> **Brunnenmeier:** 160 Jahre. (lächelt)
> **BZ:** *Woher rührt Ihre Zuversicht?*
> **Brunnenmeier:** Danach haben wir wahrscheinlich ganz andere Verfahren, um den Gütertausch abzuwickeln. Möglicherweise gibt es Hunderte von elektronischen Kleinwährungen.

Es ist der letzte Satz, über den ich gestolpert bin. Der Professor geht hier sehr leichtfertig mit dem Begriff *Währung* um. Viele konkurrierende Währungen in einem Wirtschaftsgebiet können nur als Warenwährungen (von Gold bis zu den Zigaretten) installiert werden, bei denen ihr schwankender Marktwert den Tauschwert mit anderen Gütern bestimmt. Es ist nicht möglich, sie mit einer Preisniveaustabilität auszurüsten. Jeder diese Währungen hat dann noch einen Wechselkurs zu jeder anderen Währung. Jedes Geschäft wird zu einem risikoreichen Abenteuer. Digitale Währungen ohne eine haftbare Instanz und ohne vorher definierte

Regeln, die auch durchgesetzt werden können, sind gar nicht möglich. Es kommt nicht nur darauf an, dass Zahlen in einem bestimmten Programm stehen, sondern dass diese Zahlen tatsächlich einen - und nicht nur von einigen Marktteilnehmern zugeschriebenen - Anteil auf Güter im Markt repräsentieren.

Frankfurter Geldschwemme
Die Entscheidung der Europäischen Zentralbank ist nicht der Anfang vom Ende des billigen Geldes in der Badischen Zeitung vom 9. Dezember 2016 von Von Rolf Obertreis

> Nein, anders als nun einige Beobachter meinen, ist das nicht der Einstieg in den Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik in der Eurozone. Der Beschluss der Europäischen Zentralbank (EZB), das umstrittene Anleihenkaufprogramm zu verlängern, aber im Volumen herunterzufahren, ist auch alles andere als ein Signal für möglicherweise demnächst wieder steigende Zinsen.
> Mario Draghi und seine Kollegen im EZB-Rat pumpen über März nächsten Jahres hinaus weiter gigantische Beträge in den Finanzmarkt. Und möglicherweise läuft das für die Geldschwemme verantwortliche Anleihekaufprogramm entgegen heutiger Aussagen weiter wie bisher. Die Notenbanker halten sich alle Türen offen. Sie senden derzeit nicht einmal ein Signal, dass sie die Käufe ab Anfang 2018 tatsächlich nennenswert herunterfahren. EZB-Chef Draghi behauptet zwar standhaft, seine Geldpolitik kurbele die Kreditvergabe an, sorge für mehr Investitionen und neue Arbeitsplätze. Faktisch geht das aber alles sehr langsam, während die negativen Folgen dieser Geldpolitik immer deutlicher zu Tage treten - etwa in Form von stark steigenden Preisen auf manchen Immobilienmärkten.
> Die Zinsen werden noch lange niedrig bleiben. Das ist nach der letzten Sitzung der EZB-Räte in diesem Jahr sicherer als zuvor. Ob die EZB überhaupt noch in diesem Jahrzehnt die Zinsen erhöht, ist fraglich. Selbst 2019 soll die Inflationsrate nur bei 1,7 Prozent liegen. Das ist Draghi zu niedrig. Die Räte halten knapp zwei Prozent für angemessen. Erst wenn die erreicht sind, dürften sie die geldpolitischen Zügel anziehen. Also womöglich erst 2020 und damit nach dem Ende von Draghis Amtszeit, die 2019 ausläuft.

Das die Öffentlichkeit – hier insbesondere die Parlamentarier, die Medien und die Mehrzahl der Ökonomie-Theoretiker hilflos hinnimmt, was die EZB unter Mario Draghi macht, kann wohl nur zurückgeführt werden auf die Verwirrung, die in geldtheoretischen Fragen herrscht. Zu sagen ist hier:

1. Vom demokratischen Standpunkt aus hat eine Zentralbank kein Recht, Politik zu betreiben, weil sie nicht demokratisch legitimiert ist. Die Zentralbank als 4. Gewalt in ein demokratisches Regierungssystem einzufügen, macht auch erhebliche Schwierigkeiten, weil ihre Entscheidungen mit denen des Parlamentes kollidieren (könnten).
2. Die Bundesrepublik und die EU haben sich auf ein marktwirtschaftliches Wirt-

schaftssystem verpflichtet. Jedes Monopol – das nicht auf die Erträge bezogen neutralisiert ist – ist eine Teilzerstörung der Marktwirtschaft. Auch wenn das notwendige Monopol direkt in den Geld- und Kreditmarkt eingreift, ist das ein Angriff auf die Marktwirtschaft.

3. Der Ankauf von staatlichen Schuldtiteln ist auch dann ein Verstoß gegen die EU-Verträge, wenn Geschäftsbanken als Zwischenglieder eingefügt werden.[108]
4. Ebenso ist es ein Verstoß gegen den EU-Vertrag, ein Inflationsziel von 2% festzusetzen.[109] Eine Inflationsrate von 2 % ergibt in 10 Jahre 20 % (Und mehr, weil die jährliche Rate ja immer von dem Niveau des Vorjahres ausgeht. 2 % von 100 % / 2 % von 102% usw.) Auf längerfristige Verträge, die auf Geld lauten und für die keine Indexklauseln vereinbart sind, hat das eine die Verträge verfälschende Wirkung.
5. Die EZB strebt nicht ohne Grund eine Inflationsrate von 2 % an, denn bei einer Inflationsrate von Null, geht ohne Umlaufsicherung ein Teil des umlaufenden Geldes in die Horte und löst dadurch eine Deflation mit einer folgenden Unterbeschäftigung aus.
6. Wenn der Apparat *Europäisches System der Zentralbanken* (ESZB) korrekt arbeiten würde, würde es den Bürgern sagen, dass zur Umlaufsicherung des Geldes nicht 2 % Inflation ausreichen, sondern dass es 5% sein müssten, damit das Geld konstant im Kreislauf fließt. Indexklauseln könnten dann die gröbsten Ungerechtigkeiten vermeiden helfen, hätten aber zum Nachteil, dass ein ständiger Streit über den Zeitpunkt der Preisanpassung herrschen und dass sich die Marktdaten ohne tatsächliche Veränderungen ändern würden und umständlich auf die Basis 100 zurückgerechnet werden müssten.
7. Es ist einfach unglaubwürdig, dass die Institutionen ESZB und EZB (Europäische Zentralbank nichts von dem korrekten Verfahren der Geldumlaufsicherung durch eine Geldbenutzungsgebühr weiß. Das gilt besonders dann, wenn dieses Verfahren im eigenen Umfeld diskutiert wurde. Da diese Quellen in der Regel in Englisch abgefasst sind, stehen sie mir nicht zu Verfügung.[110] (Anfragen zu dem Thema über

108 http://www.handelsblatt.com/downloads/8135244/3/ezb-gutachten.pdf Hier bescheinigt Prof. Dr. Frau Schorkopf in einem Gutachten vom 1.1.2013 der EZB rechtmäßiges Handeln.Siehe auch Urteil des Bundes-verfassungsgerichtes:https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2016/06/rs20160621_2bvr272813.html
Ich denke, wenn Institutionen und Verfahrensregeln sich nicht inhaltlich für eine dreiviertel Mehrheit erschließen, dann fehlt ihr die demokratische Legitimität.

109 Protokolle zum EU-VERTRAG, Artikel 2 mit Verweis auf Artikel 105 Absatz 1.

110 In der Zeitschrift für Sozialökonomie Folge 190/191 vom Oktober 2016, S. 40 fand ich

http://www.inwo.de/kontakt/)

8. Die jetzige EZB-Politik steht berechtigt unter dem Verdacht, dass sie als Ziel „Arbeitsplätze schaffen“ angibt, aber Entschuldung der Staatshaushalte – besonders jene der Südländer meint.
9. Die Einschleusung von zusätzlichem Geld, ohne zusätzliche Vermehrung der Güter im Markt, um den Nachfrageausfall, in Form von Geld das in den Horten liegt, zu ersetzen, bedeutet ein hohes Inflationspotential. Das liegt daran, dass das gehortete Geld immer noch legitime Ansprüche an Güter im Markt sind, sobald das gehortete Geld dann in Bewegung kommt, tauchen am Markt mehr Abrufberechtigungen auf, als Güter vorhanden sind.

oooooooooooo

Die Badische Zeitung vom 13. Dezember 2016 bringt einen Artikel unter der Überschrift „**Gut angelegtes Geld**“ von Jörg Buteweg. Es heißt dort unter anderem:

> Deutschland hat im vergangenen Jahr sein Ziel erreicht: Drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts wurden für Forschung und Entwicklung ausgegeben.
>
> Rund 90 Milliarden Euro flossen 2015 in Forschung und Entwicklung. Unter diesem Begriffspaar werden die Forschung an Hochschulen und in Firmen sowie die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren in Betrieben und Forschungsinstituten zusammengefasst. Gut zwei Drittel - 62,4 Milliarden Euro - finanzieren private Firmen, der Rest kommt vom Staat.
>
> Das Ziel, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts - das Maß für die Wirtschaftsleistung eines Landes - für Forschung und Entwicklung auszugeben, hat sich die EU im Jahr 2000 vorgenommen. Damals wollte die Union bis

---

folgendes Zitat: **>> Prof. Dr. Kenneth Rogoff über Silvio Gesell**

„Eine Idee, die vor mehr als hundert Jahren von dem herausragenden deutschen Wirtschaftswissenschaftler Silvio Gesell entwickelt wurde, ist die Zahlung kleiner periodischer Steuern auf das Bargeld, das man besitzt. Auch wenn die Idee ziemlich unpraktikabel erschien, als er sie vorschlug, wurde sie während der Weltwirtschaftskrise ausprobiert. Und dank moderner Technologien gäbe es heute viel weniger mühselige Möglichkeiten, sie umzusetzen. ... Während der Weltwirtschaftskrise waren führende Denker von John Maynard Keynes bis zu Irving Fisher von Gesells Idee sehr angetan. Sie erkannten, dass negative Zinssätze ein mächtiges Werkzeug sein konnten, um die Weltwirtschaft aus der Deflation zu befreien. ... Gesells Idee ist eine brillante Überlegung, aber sie ist nur ein Teil der Lösung."

Der Fluch des Geldes - Warum unser Bargeld verschwinden wird, München 2016, S. 14-15, 206 und 213-218.<<

Die Nutzungsgebühr auf Geld als Zins zu bezeichnen ist nicht korrekt. Die Einschränkung, die Kenneth macht, verrät nicht, was ihm zur Lösung des Problems noch fehlt. Es kann auch die scheinbar erforderliche Distanzierung zu Gesell sei, damit man nicht als Gesellianer gilt.

> 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt werden. Das ist gründlich schief gegangen. Weder wurde das Drei-Prozent-Ziel erreicht, noch ging es mit der Wettbewerbsfähigkeit der EU aufwärts.
>
> Deutschland, immerhin, gibt nun drei Prozent seines BIP für Forschung und Entwicklung aus, wenn auch mit ziemlicher Verspätung. Die EU insgesamt ist davon weit entfernt, auch wenn Länder wie Finnland oder Schweden mehr als drei Prozent für Forschung und Entwicklung aufwenden, ganz zu schweigen von Südkorea, das mehr als vier Prozent in die Forschung steckt. ...

Wenn ich über Forschungsprojekte und Forschungsergebnisse in den Medien höre oder lese, dann habe ich noch nie etwas über Projekte oder Ergebnisse in dem Hauptsteuerungsbereich Währung der Marktwirtschaft mit großen Auswirkungen für Freiheit, Wohlfahrt und Frieden vernommen. Das gleiche gilt für die Wirkung von ökonomischen Renten, ihre Vermeidung oder Neutralisierung, wenn sie nicht aufgelöst werden können. Wenn hier überhaupt etwas zu verzeichnen ist, dann wurde das aus Kassen von privaten Haushalten einer kleinen Gruppe von „Idealisten“ finanziert.
Die Liste der Träger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften ist da auch nicht besonders aussagefähig oder auskunftfreudig.
https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Tr%C3%A4ger_des_Alfred-Nobel-Ged%C3%A4chtnispreises_f%C3%BCr_Wirtschaftswissenschaften

Im Januar 2017 lag eine Zeitungsbeilage des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in der HAZ. Der Titel lautet: > **Zukunfts*orte /*** Wo aus Forschung Fortschritt wird <. Bei der Vorstellung der Projekte ist keines dabei, das sich der Schwächen der Ökonomie im Allgemeinen und dem Währungsbereich im Besonderen widmet. Auf der letzte Seite steht:

> „Wir fordern neue Ideen heraus“
> Staat und Wirtschaft gegen heute so viel Geld für Forschung und Entwicklung aus wie nie zuvor. Im Gespräch mit Journalist Peter Hahne erklärt Bundesforschungsministerin Johanna Wanka die Hightech-Strategie der Bundesregierung.

Auch hier ist nicht zu erkennen, dass die Ministerin oder ihr Ministerium einen Forschungsbedarf in Bereich Wirtschaft allgemein oder im Währungsbereich im Besonderen sieht. Da man keine so große Blindheit unter soviel beteiligten Leuten vermuten kann, bleibt nur noch der Zugriff zu einer Verschwörungstheorie, die ich aber verwerfe, weil sie unbefriedigend ist. Eine andere Möglichkeit ist noch das Schweigen aus Urteilsunsicherheit. Wenn hier eine Ministerin oder ein Mitarbeiter aus dem Forschungsministerium einen Vorschlag für ein Forschungsprojekt unterbreiten würde, müsste sie oder er es ja auch theoretisch begründen. Bei

der Gelegenheit würden dem oder der Vorschlagenden wenigstens eine und ein halbes Dutzend Theorien um die Ohren geschlagen werden, die seinen Vorschlag als Unsinn hinstellen würden. Wer will sich schon freiwillig einer solchen Situation aussetzen? Und wie viel Mitglieder des Bundestages einschließlich des Petitionsausschusses würden einen Hinweis auf ein Forschungsprojekt zur Klärung von Arbeitslosigkeit, instabiler Konjunkturen, mangelnde Preisniveaustabilität und Vermögenskonzentration ernst nehmen und für diesen Bereich ein Forschungsprojekt befürworten, wenn gesagt würde, dass die Währungsverfassung als Verursacher der Mängel überprüft werden müsste. Ich denke es würden keine fünf sein. Und die, die sich als Einsichtige zu erkennen geben, würden ihre Ohren vor dem Hohngelächter der anderen schützen müssen.

oooooooo

Einschub 10 (Konstam über Negativzins)

Dominic Konstam über die Wirkung von Negativzinsen

Zu verstehen, wie Negativzinsen das Wirtschaftswachstum unterstützen könnten, ist sehr viel komplexer als die meisten Notenbanker und Investoren annehmen. Letzten Endes entsteht die Verwirrung aufgrund unterschiedlicher Perspektiven auf die Geldtheorie. Aus klassischer Sicht ergibt die Geldmenge multipliziert mit einer konstanten Umlaufgeschwindigkeit das nominale Wirtschaftsprodukt bzw. -wachstum. Aus Keynesianischer Sicht ist die Umlaufgeschwindigkeit nicht notwendigerweise konstant – bei Keynes gibt es ausdrücklich eine Funktion der Geldnachfrage (Liquiditätspräferenz) und somit eine Zinstheorie, die eine Liquiditätsfalle zulässt, in der eine Ausweitung der Geldmenge nicht mehr zu höherem nominalen Wachstum führt, da das zusätzliche Geld gehortet wird. Die Zinsrate (der Kehrwert der Anleiherenditen) klebt sozusagen fest, weil bei niedrigen Zinsen, wegen infinitesimaler Erwartungen steigender Anleihepreise und eines weiteren Falls der Zinsen, die Geldnachfrage unendlich wird. Aus Gesells Perspektive ergibt sich für die Geldmenge selbst eine inverse Korrelation zur Umlaufgeschwindigkeit, dies aufgrund von Eigenschaften des Geldes, die es den Waren oder Rohstoffen überlegen machen. Es gibt Lagerhaltungskosten, die das Geld nicht hat, und so setzt der Zins für Geldkapital eine Hürde für den Zins für das Realkapital, mit dem die Waren produziert werden. Das ähnelt Keynes' Konzept der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, die sich vom Zins unterscheidet. Für Gesell ist das Produkt von Geld mal Umlaufgeschwindigkeit gleich effektive Nachfrage (nominales Wachstum), doch wegen der Überlegenheit des Geldkapitals über das Realkapital**, geht eine Geldmengenausweitung zulasten der Umlaufgeschwindigkeit. Das zusätzliche Geld wird gehortet, da wenn die Zinsen fallen, auch die erwarteten Kapitalerträge wegen des Überangebots fallen** – weil die Waren der Wirtschaftsakteure für das Geld unattraktiv bleiben. Die Geldnachfrage nimmt daher zu, wenn die Umlaufgeschwindigkeit abnimmt. Dies ist ganz einfach eine Deflationsspirale, Konsumenten zögern ihre Käufe hinaus, horten Geld, erwarten weiter sinkende Preise, bevor sie gewillt sind, sich von ihrem Geld

zu trennen.

Für eine Wirtschaft, die unter Nachfragemangel leidet, bringt es nichts, die Zinsen zu senken, wo dadurch einfach nur die Erträge des Realkapitals durch Überproduktion gesenkt werden. Der Schieferöl-Boom in den USA ist dem billigem Geld zu verdanken. Gesell argumentierte auch, wo Marx falsch und Proudhon richtig lag, dass man, um den Kapitalismus zu zerstören, keine Arbeiterstreiks und Fabrikschließungen bräuchte**; stattdessen sollten sich die Arbeiter organisieren und neben der Fabrik des Kapitalisten eine weitere Fabrik bauen. Die Produktionsmittel sind nichts anderes als kapitalisierte Arbeit**. Überangebot zerstört den Kapitalismus auf natürlichem Wege. Aus dieser Perspektive ist das Verschwinden positiver Zinsen womöglich nichts anderes als eine Reaktion der globalen Wirtschaft auf ein chronisches Überangebot an Waren infolge der Globalisierung, einschließlich der Öffnung einst geschlossener Wirtschaftsräume und ständigem technischen Fortschritt.

Natürlich ist es keine Lösung, die Zinsen anzuheben. (…) in einem Umfeld steigender Zinsen ist die Nachfrage zu gering, bei gleichzeitig sinkender Geldmenge, unabhängig von Veränderungen der Umlaufgeschwindigkeit. Die Verzinsung des Realkapitals könnte zunehmen, womöglich sogar die stabilen Warenpreise endlich anziehen, aber zu Lasten hoher Arbeitslosigkeit und sozialer Not. (…)

Aus Keynesianischer Perspektive wäre es bei unzureichender Nachfrage die Aufgabe der Fiskalpolitik, die Nachfrage wiederherzustellen. Geldpolitik wird einfach nicht funktionieren, wenn es eine Liquiditätsfalle gibt und die Nachfrage nach Geld unendlich ist. Die Zinsen können nicht weiter gesenkt werden, um die Nachfrage zu stimulieren. (In Gesells Terminologie fällt das Produkt von Umlaufgeschwindigkeit mal Geldmenge, d.h. die effektive Nachfrage, immer weiter.) Aus Gesells Sicht muss nun das Geld ansich besteuert werden, um Geldhortung zu vermeiden und den Geldwert dem der Waren anzupassen. Wenn Bargeld besteuert wird **(und er schlug laut Keynes eine jährliche Gebühr von 5,2 Prozent vor), dann stabilisiert sich die Umlaufgeschwindigkeit, die Geldnachfrage nimmt ab und die Nachfrage nach Gütern erholt sich**. Die Tendenz zum Überangebot impliziert allerdings in einer Wirtschaft, die frei von Privilegien ist, dass die Zinsen im Gleichgewicht gegen null tendieren. Die Geldgebühr ist gezielt dazu da, ein effektives Nachfragedefizit zu bekämpfen.

Quelle: www.zerohedge.com/news/2016-03-12/deutsche-bank-negative-rates-confirm-failureglobalization

(Konstam zitiert von »Tyler Durden« Übersetzt von Beate Bockting, Redakteurin der Mitgliederzeitschrift *Fairconomy* / www.inwo.de)

Einschub 10 Ende

oooooooo

2,3 Billionen / Für so viel Geld kauft die Europäische Zentralbank bis Ende 2017 Anleihen, um Europas Wirtschaft anzuschieben. Leben die Notenbanker in einer ganz eigenen Welt? (**DIE ZEIT**, Nr. 52 vom 15.12. 2016, S.22)
Ein Gespräch mit **EZB-Chefvolkswirt Peter Praet**
(Die Fragen stellten Lisa Nienhaus und Mark Schieritz)

DIE ZEIT: Herr Praet, Sie sind Direktor der Europäischen Zentralbank (EZB) und damit Teil einer Elite, die von den neuen rechten Bewegungen regelrecht gehasst wird. Fühlen Sie sich bedroht?

Peter Praet: Nein, aber ich mache mir Sorgen. Wir als europäische Institution schauen darauf, wie sehr uns die Menschen vertrauen. Die Menschen mögen den Euro, aber die jüngste Eurobarometer-Umfrage der EU-Kommission zeigt, dass das Vertrauen in die europäischen Institutionen in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen ist. Das gilt für ganz Europa und auch für nationale Institutionen, nicht nur für die EZB. Aber eben auch für uns.

ZEIT: Kein Wunder, wenn die Sparer keine Zinsen mehr bekommen!

Praet: Daran liegt es nicht. In den vergangenen Jahren, also in der Niedrigzinsphase, haben sich die Zustimmungswerte nicht wesentlich verändert. Der starke Rückgang kam 2008 infolge der Finanzkrise. Damals stürzte das Vertrauen ab. Das hat vor allem ökonomische Gründe: Wir und die meisten Ökonomen hatten vorhergesagt, dass der Euro-Raum weiter kontinuierlich wachsen würde. Doch dann kam die Rezession nach der Finanzkrise, und wir haben die vorausgesagte Wirtschaftskraft nie erreicht. Kurz danach folgte die Staatsschuldenkrise, die zweite Rezession und die Rettungsprogramme mir ihren Sparauflagen. Es wurden viel zu hohe Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt wurden. Das ist eine große Enttäuschung für viele.

ZEIT: Also ist an allem die Finanzkrise schuld, und die EZB selbst hat nichts damit zu tun?

Praet: Auch die Zentralbanken haben die Krise nicht frühzeitig kommen sehen. Das Kreditwachstum war in den Jahren vor der Krise sehr hoch, nicht nur in Europa, begünstigt durch ein relativ niedriges Zinsniveau in einigen Ländern. Wir haben damals mehrfach vor der übermäßigen Liquidität auf den Märkten gewarnt. Als die Krise dann ausgebrochen ist, stellte man fest, dass Europa auf eine solche Situation nicht richtig vorbereitet war.

ZEIT: Was fehlte?

Praet: Das Instrumentarium war unzureichend, um auf krisenhafte Entwicklungen reagieren zu können. Es fehlte die gemeinsame Bankenaufsicht, es gab keine Institutionen für die Stabilisierung oder Abwicklung von Banken oder den Umgang mit Kreditexzessen. Das hat die Auswirkungen der Krise verstärkt. Zentralbanken haben ein wesentliches Instrument, um Preisstabilität zu erreichen - den Zins. Allein mit diesem Instrument in einer komplexen Gemengelage gegenzusteuern ist schwierig. Aber wir sind gut damit vorangekommen, die Währungsunion auf eine stabilere Basis zu stellen.

ZEIT: Das reicht offenbar nicht. War am Ende der Euro selbst der Fehler?

Praet: Nein. Die Krise hat nur deutlich gemacht, dass der Euro innerhalb ei-

nes unvollständigen institutionellen Rahmens geschaffen wurde. Wir sollten auch nicht vergessen, was wir dem Euro verdanken. Vor der Währungsunion gab es immer wieder ökonomische Schocks, wegen der starken Schwankungen der Wechselkurse. Das führte zu Handelsbarrieren. Außerdem muss man immer die Alternative mitdenken. Nehmen wir das Beispiel Deutschland: Ohne den Euro hätte in der Finanzkrise die Währung sehr stark an Wert gewonnen. Für ein Land, das viel exportiert, ist das problematisch. Dass es dem Land damit besser gehen würde als jetzt, das wage ich zu bezweifeln - und wahrscheinlich wären auch in diesem Fall die Zinsen sehr stark nach unten gedrückt worden.

...

Ergänzend dazu aus der HAZ vom 7 3. 2017:

Herausforderungen nehmen für Banken kein Ende

Beim Bundesbank-Neujahrsempfang in Hannover geht es um Nullzins, Regulierung und Digitalisierung

Von Stefan Winter

Hannover. Wenn sich die niedersächsischen Banker zum Neujahrsempfang der Bundesbank in Hannover versammeln, ist das schon länger kein entspanntes Stelldichein mehr. Jedes Jahr geht es um die Folgen von Finanzkrise, Niedrigzins und Regulierungsaufwand, und selten endet eine Rede ohne den Ausblick auf „große Herausforderungen“.

Stephan Freiherr von Stenglin, Präsident der Bundesbank-Hauptverwaltung, erinnerte seine Gäste am Montag an das Jahr 2007, in das „die ersten Einschläge der Finanzkrise“ fielen. „Und auch zehn Jahre danach befinden wir uns noch im Krisenmodus.“ Eben deswegen könne man auch noch nicht auf eine expansive Geldpolitik verzichten – wohl aber über Ausmaß und die von der Europäischen Zentralbank (EZB) eingesetzten Mittel streiten. Die bekannt kritische Sicht der Bundesbank sei im EZB-Rat „bislang leider nicht mehrheitsfähig“, aber sie müsse deshalb ja nicht falsch sein. „Die Normalisierung der Geldpolitik bleibt eine schwierige und kontroverse Angelegenheit.“

Als Aufsichtsbehörde wünscht sich die Bundesbank ohnehin keine schnell steigenden Zinsen, denn auch die hätten heikle Folgen für die Bankbilanzen, sagte Gastredner Andreas Dombret, im Frankfurter Bundesbank-Vorstand unter anderem für die Bankaufsicht zuständig. Er mahnte die Geldinstitute, mehr für ihre Rentabilität zu tun und ihre Kapitalausstattung weiter zu verbessern. Dass die Niedrigzinsen so gravierende Auswirkungen hätten, sei auch eine Folge der grundsätzlichen Ertragsschwäche.

Die zweite große Herausforderung, den von den Banken oft beklagten Aufwand für Überwachung und Regulierung ihrer Geschäfte, verteidigte Dombret: Die „Revolution in der Aufsicht“ sei kein Selbstzweck – „eine Aufweichung darf und wird es nicht geben“. Allerdings sprach sich auch der einstige Investmentbanker dafür aus, die Umsetzung für kleine Institute drastisch zu vereinfachen. „Die Regulierung darf keine Gruppe grundlegend überfordern.“

...

Wenn EZB-Chefvolkswirt Peter Praet feststellt; „dass das Vertrauen in die europäischen Institutionen in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen ist“, dann liegt das ja wohl nicht am Charakter der handelnden Personen, die machen doch einen sympathischen, Vertrauen weckenden Eindruck. Auch ändern sich Charaktere nicht so schnell, wie das Vertrauen in europäische Institutionen und allgemein in Politiker gesunken ist. Es muss also an den Inhalten der Handlungen der Personen liegen, die die europäischen Institutionen leiten und die Politik gestalten. Dabei kann man unterstellen, dass alle Personen, die Vertrauensschwund für die von ihnen vertretene Institution oder Politik feststellen und / oder beklagen, nicht leichtfertig oder gar böswillig das Vertrauen aufs Spiel setzen. Also muss das, was sie wollen und machen in Teilen oder als Ganzes falsch sein. Und das Falsche muss bei den Akteuren in ihren Vorstellungen von dem liegen, was sie für richtig halten. Und das Maß dafür, was der Mensch für richtig hält, bildet sich dadurch, was er gelernt, erfahren und sich gedanklich erarbeitet hat. Auf allen drei Wegen der Herausbildung eines Maßstabes können sich Fehler einschleichen. Diese Fehler lassen sich um so schwerer korrigieren, wie der einzelne Urteilende sich im gleich institutionellen Umfeld bewegt, in dem das Falsche von gleich Urteilenden, als das Richtige eingestuft wird. Die Anwendung des Falschen kann aber nicht zu dem Richtigen führen. Die Ursachen von dem Falschen in dem als richtig Geglaubten in der Politik liegen meines Erachtens, dass sich nicht jede Generation erneut auseinandersetzt, was denn die optimale Gesellschaftsform und ihre Teile sind. Wir alle müssten lernen, in Ordnungsformen zu denken, damit nicht nur Spezialisten, sondern die Mehrheit der Bürger erkennen kann, ob eine staatliche Maßnahme oder ein Gesetz, die gewählte Ordnung stützt oder sabotiert. Ich will versuchen, es mit einem kleinen Beispiel zu verdeutlichen, das nicht unmittelbar mit meinem Thema in diesem Abschnitt zu tun hat.

Ich las in der Lokalpresse, dass die Stadt ihren Strombezug europaweit ausschreiben muss. Dass die EU-Behörde dafür sorgen will, dass in einer Marktwirtschaft der Wettbewerb eingehalten wird und dass sowohl Angebots- wie auch Nachfragemonopole nicht entstehen, ist in Ordnung. Wenn sie das aber mit einer Verordnung oder Richtlinie erzwingen will, dann ist das falsch, weil eine solche Richtlinie die Kompetenz eines kommunalen Organs in einer föderativen Ordnung beschneidet. Die Vertretung der Kommune muss selber herausfinden, ob sie für einen Bedarf eine lokale oder europaweite Ausschreibung für sich am vorteilhaftesten hält. Und in solchen Entscheidungen müssen auch andere Aspekte als der Preis berücksich-

tigt werden können.[111] [112]

Aber zurück auf die Ebene EZB – Bundesbank – Geschäftsbanken. Aus beiden Zeitungsmeldungen ist ersichtlich, dass die Aufsicht der Banken durch die Zentralbank und die Bankenregulierung in der seit Jahrzehnten an den Hochschulen gepflegten Vorstellung von der Fähigkeit zur Kreditschöpfung durch die Geschäftsbanken haben. Wenn das aber nicht richtig ist, dann wird da eine Bankenpolitik betrieben, die Marktwirtschaft zum Teil aushebelt, ohne die eigentlichen Währungsprobleme zu beheben. Und damit die Banken und Sparkassenvertreter endlich aufwachen und die Dinge klarstellen, wünsche ich mir, dass sie jeden kleinen Konsumentenkredit von einem Vertreter der EZB abzeichnen lassen müssen. Auf das eigentliche Problem der Geld- oder Kreditschöpfung durch die Banken und die Bedingungen für ein rein digitales Geld gehe ich später ein.

Im ZEIT-Interview ist vom Chefvolkswirt der EZB, Praet zu lesen:

> Wir haben damals mehrfach vor der übermäßigen Liquidität auf den Märkten gewarnt.

Sie soll verantwortlich gewesen sein für die Krise von 2008. Aus dem Bericht der HAZ vom 7. 3. 2017 wiederhole ich:

> Stephan Freiherr von Stenglin, Präsident der Bundesbank-Hauptverwaltung, erinnerte seine Gäste am Montag an das Jahr 2007, in das „die ersten Einschläge der Finanzkrise“ fielen. „Und auch zehn Jahre danach befinden wir uns noch im Krisenmodus.“ Eben deswegen könne man auch noch nicht auf eine expansive Geldpolitik verzichten – wohl aber über Ausmaß und die von der Europäischen Zentralbank (EZB) eingesetzten Mittel streiten.

---

111 Am 8. 3. 2017 wird auf der Seite Neustadt (früher Leine-Zeitung) der HAZ das Thema erneut theamatisiert.
>> **Parteien sind sich uneinig über Stromausschreibung.** Neustadt. Die Nachricht war schwer verdaulich: Wegen Beratungsbedarf haben die Fraktionen im Verwaltungsausschuss am Montag die Entscheidung über eine europaweite Ausschreibung der Stromversorgung für städtische Gebäude und Abwasserbehandlungsbetriebe vertagt. …
(Lechner) „Dafür gibt es gewichtige Argumente: „Es würde ja den Wettbewerb verzerren, wenn die Stadt über einen beliebigen Strompreis indirekt ihre Stadtwerke subventioniert“, sagte er. … Dominic Herbst von den Grünen hingegen bedauert zwar, dass europaweit ausgeschrieben werden muss. „Aber das ist geltendes Recht. Wir können ja nicht unsere Stadtverwaltung auffordern, dagegen zu verstoßen.“ … Der Wettbewerb ist wichtig, aber hier geht es um den Zentralismus, der von den Mitgliedsstaaten in die EU geschleppt wurde und Europa zu sprengen droht. (siehe Brexit) Ein Verstoß gegen EU-Recht kann klärend wirken und die Idee vom vereinten Europa schützen. Wir können den föderativen Aufbau vergessen, wenn jede unter Ebene ihr Handeln von den darüber liegenden Ebenen genehmigen lassen muss. Eine Aufsicht darf hier nie zu einer Entmündigung führen.

112 Eine Leserin schrieb am 9. 3.17 in der Regionalbeilage *Neustadt* der HAZ: Wenn die stadteigenen Stadtwerke bei der Ausschreibung nicht zum Zuge kämen, dann würde der Gewinn kleiner sein, der dem Stadtkämmerer zufließt. Diese Logik stimmt nur, wenn der vorhandene Apparat Stadtwerke durch die Lieferung von Strom für den Eigenbedarf der Stadt bei einem höheren Preis, als Konkurrenten ihn fordern, ausgelastet würde. Ansonsten würde der höhere Gewinn, den die Stadt erhält, von der Stadt selbst bezahlt.

Hier soll also mit einer erhöhten (überflüssigen) Liquidität die Krise vermieden werden. Das ein Zuviel oder Zuwenig an Liquidität nur von der Zentralbank kommen kann, wird nicht gesagt. Dass eine Geschäftsbank auch illiquide werden kann, hat keine währungstechnischen sondern betriebswirtschaftlichen Gründe. Und wenn Geschäftsbanken unter zu viel an Liquidität leiden, weil die Kreditnachfrage zu gering ist, dann fehlt noch ein neues Geschäftsmodell, das auf Zinsen unter Null für kurzfristige Einlagen aufbaut.

oooooooooo

Einschub 11 (Walker, Neue Euro. Währungsordnung)

KARL WALKER

NEUE
EUROPÄISCHE
WÄHRUNGSORDNUNG

Indexwährung - flexible Wechselkurse – Europa-Mark

Eine kritische Untersuchung und ein Vorschlag

RUDOLF ZITZMANN VERLAG – 1962

Resümé und Konsequenzen

Wenn wir richtig unterrichtet sind, hat *Lenin* einmal zum Ausdruck gebracht, daß die Zerrüttung des Geldwesens den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems herbeiführen oder beschleunigen werde.

Lenin wußte, was er damit meint. Die Zerrüttung des Geldwesens ist in der Tat ein Vorgang, mit dem schlechthin die Fundamente der freiheitlichen, auf Marktgesetzlichkeit gegründeten Ordnung zerstört werden - so daß die Alternative der zentralgelenkten Ordnung sich mit Notwendigkeit von selbst ergibt.

Marktwirtschaftliche Ordnung ist eben eine *auf das Geldwesen gegründete autonom funktionierende Zirkulations- und Verteilungsordnung.* Das hat die Konsequenz, daß im selben Maße, in dem das Versagen des Geldwesens die autonome Zirkulation und Verteilung in Unordnung bringt, nur noch die dirigistische, planmäßige Verteilungsweise übrig bleibt; diese erfordert dann aber logischerweise auch eine planmäßige Produktion, planmäßigen Arbeits- und Kräfte-Einsatz, eines nach dem anderen. Das ist der Weg zum Kollektivismus, auf den man auch einbiegen kann, ohne sich bewußt zu werden, wie das Endziel aussehen mag.

Unsere heutige Politik ist, wie mehrfach bemerkt, weniger an Leitvorstellungen orientiert, als vielmehr von Augenblickseinfällen geprägt. Niemand überlegt, wohin die nächstbeste Lösung ihrer prinzipiellen Tendenz nach gehört. Dem kommunistischen Leitgedanken, „Jedem nach seinem Bedürfnis", kann man auch auf amerikanisch - beispielsweise auf der Linie von Professor Galbraiths Vorschlägen - näher kommen. Derartige Entscheidungen werden eben akut, wenn das System der monetären Verteilung, dessen Funktionieren schlechthin die Vorbedingung der

freiheitlichen Dispositionen des Individuums darstellt, der Zerrüttung verfällt.

Das Bestürzende an unserer heutigen Situation ist nun aber, daß der Westen diese Zerrüttung der Fundamente seiner freiheitlichen Ordnung auf Grund einer unglaublichen wissenschaftlichen Verirrung - ohne das geringste Bewußtsein von den Fragwürdigkeiten in den herrschenden Lehren - mit doktrinärer Hartnäckigkeit selber betreibt. Und er betreibt dieses Geschäft auch gleich in so globalem Ausmaß, daß der Gleichschritt in den währungspolitischen Fragwürdigkeiten auch die globale Chance des Ostens, daß hieraus eine Systemzerstörung - und nicht nur ein nationales Mißgeschick - hervorgehen wird, durchaus in den Bereich der Möglichkeiten rückt. Nun kann man der zur Debatte stehenden Tatsache selbstverständlich nicht mit Vorwürfen und Beschuldigungen an die Adresse der Verantwortlichen beikommen. Dieser Sinn sollte auch der bisweilen harten und schonungslosen Kritik, die in den vorliegenden Untersuchungen an der herrschenden Lehrmeinung geübt wurde, nicht beigelegt werden. Der Irrtum, der über unsere Welt gekommen ist, der Wahn, daß wir mit unserer skurrilen modernen Theorie vom Geld und der darauf gegründeten Währungspolitik unsere marktwirtschaftliche Ordnung intakt halten und mit diesem ständigen und immer verzweifelter werdenden Improvisieren in unserem Kreislaufsystem dem Kollektivismus gewachsen sein könnten, hat eine so phantastische Verbreitung gefunden, daß das Ganze nur als soziologisches Phänomen - ähnlich einem Massenwahn - begriffen werden kann. Eben deshalb kann man nicht mit Vorwürfen und Beschuldigungen dagegen angehen.

Das ändert aber nichts daran, daß dieser Wahn aufgelöst werden muß; es ist besser, wir zerstören die Einbildungen unserer Experten, als daß wir uns der Erfüllung der Lenin'schen Erwartungen entgegentreiben lassen. (S. 128 f.)

Einschub 11 Ende

oooooooo

Bitcoin:
Rekordhoch, dann Absturz
Frankfurt. Die Digitalwährung Bitcoin ist gestern vorübergehend auf ein Rekordhoch gestiegen. Der Kurs kletterte auf 1161 Dollar - stürzte dann jedoch am Nachmittag wieder um mehr als 200 Dollar ab. Der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2013 hatte bei 1137 Dollar gelegen. Schon in der Vergangenheit hatte es häufig enorme Kursschwankungen gegeben.
Bitcoin ist eine virtuelle Währung, die im Internet entstanden ist. Es gibt sie seit dem Jahr 2009. Bitcoins werden in komplizierten Rechenprozessen auf den Computern der Nutzer erzeugt. … (HAZ 6. 1. 2017, Seite 11)

Der Bitcoin ist ein Tauschmittel wie ein beliebiges Wirtschaftsgut ein Tauschmittel sein kann, wenn sich Vertragsschließende darauf einigen. Wenn ein Tauschmittel wiederholt von verschiedenen Vertragspartner eingesetzt werden kann – wie zum Beispiel gemünztes Silber und Gold - dann kann von Natural-Währungen gesprochen werden. Der Unterschied zu einer Währung im modernen Sinn liegt darin, dass die Menge der umlaufenden Münzen – mangels Material – nicht so manipuliert werden kann, dass die umlaufenden Münzen im Gleichgewicht mit den Gütern im Markt gehalten werden können. Perioden der Inflation (Minde-

rung der Kaufkraft der Münze) und der Deflation (Steigerung der Kaufkraft der Münzen) sind nicht vermeidbar. Den Bitcoins fehlt die Manipulierbarkeit und ihnen fehlt die öffentliche Aufsicht über den vorher definierten Rahmen der Manipulation. Der Bitcoin ist daher keine Währung sondern nur ein Zahlungsmittel, dessen Einsatz von den Vertragspartnern abhängt. Man kann den Bitcoin in dieser Beziehung mit dem limitierten Druck einer im Markt hoch bewerteten Grafik eines bekannten Künstlers vergleichen. Solange der Vertragspartner, der den Bitcoin als Zahlungsmittel akzeptieren soll, diesem einen angenommenen Wert zumisst, erfüllt er auch seine Zahlungsmittelfunktion. Wenn nicht, dann nicht! Auf die Bedingungen, die eine Währung erfüllen muss, komme ich noch zurück.

oooooooo

Ungeliebte Münzen: Sparda-Bank will kein Hartgeld mehr
Hannoversches Institut nimmt in 23 von 25 Filialen kein Kleingeld mehr an. Andere Banken tun das noch, wenn auch vielfach gegen Gebühren
Ein Bericht von Albrecht Scheuermann (HAZ vom 11. Januar 2017)

Diese Aufmerksamkeit hat sich die Sparda-Bank Hannover bestimmt nicht gewünscht. Die (nur halb wahre) Nachricht, dass sie als erste Bank hierzulande keine Münzen mehr annimmt, schlug am Dienstag in ganz Deutschland Wellen. Die Sorge, dass bald alle Geldhäuser ihre Kunden mit Hartgeld wieder unverrichteter Dinge nach Hause schicken, ist jedoch unbegründet. Die Konkurrenz in Hannover nimmt weiterhin die Cent- und Euro-Rundlinge an, allerdings nicht unbedingt kostenlos. Wer viel Hartgeld abgibt, muss dafür eine Gebühr bezahlen. ...

… Banken und Sparkassen begründen die Gebühren mit den Kosten, die ihnen durch das Geschäft mit Bargeld und insbesondere Münzen entstehen. Dies hängt auch mit verschärften gesetzlichen Vorgaben zusammen. Seit Anfang 2015 müssen auch Münzen auf ihre Echtheit und ihren Zustand geprüft werden.

Für Schausteller bleiben Münzen unersetzlich
Manches im Leben ist ohne kleine Münze nicht denkbar. „Wenn es irgendwann kein Hartgeld mehr gibt, gibt es kurze Zeit später auch keine Schausteller mehr', sagt Arthur Armbrecht, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Volksfeste in Hannover. Bei Schützen-, Frühlings oder Oktoberfest ist Münzgeld das wichtigste Zahlungsmittel. Bisher haben die Betriebe auch keine Schwierigkeiten, das Geld einzuzahlen - zumindest dort, wo es Sparkassen und Volksbanken gibt.

Dass Münzen oder sogar Bargeld insgesamt eines Tages durch elektronische Bezahlsysteme verdrängt werden, glaubt Hans-Jürgen Wittkopf nicht. Er ist Vorsitzender der Gemeinschaft Bothfelder Kaufleute (GBK), die im

Quartier beispielsweise den Herbstmarkt organisiert. …

Als ich Anfang der 60er Jahre d. v. Jahrhunderts Bankkaufmann gelernt habe, ist wohl keiner auf die Idee gekommen, das Bargeld in der Münz- oder Notenform abzuschaffen. Es wurde in Spar- und Darlehnskassen Sorge dafür getragen, dass die Kaufleute auch nach Geschäftsschluss noch mittels „Geldbomben“ Bargeld einzahlen konnten. Ich habe mir einen Kleiderbügel aufgehoben, darauf ist gedruckt „Barkauf ist Sparkauf“, das ist nach meiner Interpretation ein Hinweis darauf, dass die Kosten der bargeldlosen Zahlung als Rabatt beim Barkauf gezahlt wurden. Der Spruch „Bargeld lacht!“ geht auch in diese Richtung. Die Kosten des Kreditkaufes trugen ja nicht die Händler, sie hatten von daher gesehen, keinen Grund für den Barkauf zu werben. Eine Rolle könnte auch noch die Rolle der Unsicherheit bei der Bezahlung mit dem Scheck gespielt haben. Es muss sich also bei den Banken in ihrer Einstellung gegenüber den Banken etwas geändert haben. Vielleicht gibt die Schlagzeile > > **US-Kanzlei will deutsche Banken verklagen** / Geldinstitute sollen von Händlern überhöhte Gebühren für EC-Karten-Zahlungen verlangt haben. << (HAZ vom 9. 1. 2017) Dass den Banken bei den Gebühren ein Preiskartell zugebilligt wurde, ist ja schon erstaunlich. Da das Kartell offiziell bewilligt wurde, dürfte Klage auf Gebührenerstattung, aber wenig Erfolgsaussichten haben. Aber in der Meldung deutet sich doch an, dass die Banken heute im Gegensatz zu früheren Zeiten bei der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs netto mehr verdienen als im Verkehr mit (Bar-)Geld.[113] Geld verursacht bei der Annahme, Verwaltung, Aufbewahrung und Transport Kosten. Wenn die Kosten nicht über Bearbeitungsgebühren ausgeglichen werden können, dann ist die „Abneigung“ der Banken gegenüber dem (Bar-)Geld verständlich. Auf die Frage, ob aber das (Bar-)Geld überhaupt ganz abgeschafft werden kann, gehe ich später ein. Hier will ich nur der Frage nachgehen, ob die Münzen überflüssig gemacht werden können.

Wenn alles so bleibt wie es ist, muss man den Banken auch die Entscheidung überlassen, ob sie die Kosten der Vorrat- und Verwaltung des Geldes als Werbung für andere ertragreiche Dienste der Banken sehen, oder ob sie sich diese vergüten lassen. Das sind rein kaufmännische Entscheidungen, in der kein Aufsichtsgremium oder der Gesetzgeber eingreifen muss. Wichtig ist, dass bei der Handhabung nicht wieder ein Preiskartell entsteht.

113 Mit dieser Darstellung bringe ich zum Ausdruck, dass nur das bare Geld Geld ist und das Giralgeld kein Geld ist sondern nur Forderungen auf Geld, die als Zahlungsmittel eingesetzt werden können.

Da die Münzen zur Geldmenge gehören, ist die absolute Kontrolle der Notenbank über den Umfang der Prägung und die Art der Einschleusung in den Verkehr erforderlich.

Zu der Frage, wie weit die Geldkarten die Münzen verdrängen, kann ich nichts sagen, da ich dazu keinen Informationen über den Stand und die Entwicklung der Nutzung der Geldkarte habe. In den Geldkartenchip könnte auch eine Umlaufsicherung eingebaut werden.

Eine Einstellung der Metall-Münzen kann nur mit einer längeren Vorlaufzeit erfolgen, sonst haben die Automatenaufsteller einen Anspruch auf Regress.

Die Münzen könnten auch aus Plastik hergestellt werden, das würde ihr Gewicht reduzieren.

Es wäre zu prüfen, ob die Anzahl der Münzsorten reduziert werden könnte. Die 1-Cent-Münzen dürften in der Hauptsache doch nur dafür dienen, um die Käufer zu täuschen. Subjektiv sind € 19,99 viel weniger als € 20,--. Die kleinste Münze könnte auf 5 oder 10 Cent lauten. Die 20-Cent-Münze ist verzichtbar, weil ja mit zwei 10-Cent-Münzen gezahlt werden kann. Das gleiche gilt für die 2-Euro-Münze, die ja durch zwei 1-Euro-Münzen ersetzbar sind. Auf die 5 Euromünzen kann verzichtet werden, weil es eine 5-Euro-Note gibt. Keineswegs sollte man Änderungen vornehmen, ohne vorher das Nutzerverhalten geprüft zu haben. Im Hinblick auf eine Umlaufsicherung könnte eventuell eine Veränderung bei den höherwertigen Münzen genügen.

oooooo

Kommunen fürchten um Einfluss / Strengere Regeln bei Sparkassen geplant?
(HAZ vom 7. Februar 2017)

> Frankfurt. Bürgermeister und Landräte fürchten um ihren Einfluss in Verwaltungsräten deutscher Sparkassen. Sie laufen Sturm gegen eine drohende Verschärfung der Auswahlkriterien für solche Posten. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, forderte angesichts der Bestrebungen von Aufsehern in den „Ruhr Nachrichten" Rückendeckung von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU): „Wir brauchen auch in Zukunft die Erfahrung und den Sachverstand unserer Bürgermeister und Landräte in den Verwaltungsräten der Sparkassen."
> Die europäische Bankenaufsicht EBA und die Europäische Zentralbank (EZB) als Bankenaufsicht für den Euro-Raum nehmen seit Herbst die Kriterien unter die Lupe, nach denen Posten in Vorstand und Aufsichtsräten von Kreditinstituten besetzt werden: Sind die Kandidaten ausreichend qualifiziert? Haben sie genügend Zeit für die Kontrollaufgabe? Können Interessenkonflikte ausgeschlossen werden?

„Seit Jahrzehnten bewährt"
In einem gemeinsamen Brief an das Finanzministerium, die Bundesbank und die Finanzaufsichtsbehörde Bahn warnten die kommunalen Spitzenverbände und die Sparkassen Ende Januar: „Diese europäischen Vorschläge enthalten Anforderungen an Mitglieder von Aufsichtsorganen, die mit dem öffentlichen Bankenwesen in Deutschland nicht vereinbar sind."
Strengere Vorgaben blendeten „die spezifischen öffentlich-rechtlichen Strukturen der Sparkassen aus", monieren Städtetag, Landkreistag, Städte- und Gemeindebund sowie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband in dem Schreiben. Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister hätten sich in den Kontrollgremien seit Jahrzehnten bewährt. Eine Sprecherin der
bewährt. Eine Sprecherin der EZB-Bankenaufsicht betonte, Mitglieder der Leitungsorgane einer Bank müssten „ausreichende Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben besitzen."

Die Fragen: > Sind die Kandidaten ausreichend qualifiziert? Haben sie genügend Zeit für die Kontrollaufgabe? Können Interessenkonflikte ausgeschlossen werden? <" und der Hinweis: > Mitglieder der Leitungsorgane einer Bank müssten „ausreichende Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben besitzen." < sind allgemein gesprochen berechtigt. Sie sind es aber dann nicht, wenn mit der Bankenregulierung der Hang zum Zentralismus gefördert werden soll und wenn die theoretischen Annahmen, was eine Bank oder Sparkasse in Bezug auf ihre Fähigkeit zur Kreditschöpfung machen kann, falsch sind. Im ***Einschub 12*** kann gelesen werden, was ich zum Bankensektor 1977 geschrieben habe.

oooooo

Einschub 12 (Neuordnung der Banken 1977)

SG-Kommentare

zum wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Zeitgeschehen

Nr. 9 März 1977

Herausgeber: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft

Neuordnung des Bankwesens

Von Tristan Abromeit

Unter der Schlagzeile „Gewerkschaften gegen Bankenverstaatlichung berichtet die Deutsche Sparkassenzeitung in der Ausgabe vom 18. 2.77 über das 12. Kamingespräch des Instituts für das Spar- und Kreditwesen. Aus dem Referat von D. B. Simmert vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB ging hervor, „daß für die Gewerkschaften die gegenwärtigen Probleme in der Kreditwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in einem nicht kontrollierbaren Machtpotential der Banken liegen.

Aus der Sicht marxistischer Systemkritiker wird der Bankenapparat als eine Stütze des Kapitalismus gekennzeichnet und als Problemlöser die Verstaatlichung gefordert. Im liberalen Lager wird immer häufiger die Frage gestellt, ob unser Bankensystem zu einem Störfaktor der Marktwirtschaft wird.

Es geht u. a. um das Depotstimmrecht, die Beteiligungen an Nichtbanken, die Verflechtungen über Aufsichtsratsmandate und um die gewichtige Frage, ob der Bankenapparat (ausschließlich Bundesbank) Geld und Kredit schöpfen kann oder nicht. Mit anderen Worten: ob die Banken eine Ursache für Inflation und Krise sind.

Eine Sonderrolle in der Bankendiskussion spielen die öffentlich- rechtlich organisierten Landesbanken und Sparkassen.

Dieses Thema kann man am besten mit einer Schlagzeile aus dem Wirtschaftsmagazin "Capital (März 77, S. 26) charakterisieren. „Die Verluste der Norddeutschen Landesbank - Niedersachsens Steuerzahler müssen die verlustreichen Finanzaffären der Nord-LB ausbaden."
Bereits die Verluste der Hessischen Landesbank haben innerhalb der F. D. P. eine Diskussion um die Neuordnung der Landesbanken und Sparkassen ausgelöst. In einer Situation der angespannten öffentlichen Haushalte und sicher auch angeregt durch die Privatisierungsdiskussion entstand der Gedanke der privaten Kapitalbeteiligung an Sparkassen und Landesbanken.

Daneben wird auch gefragt, ob der öffentlich-rechtliche Charakter dieser Institute es nicht geboten erscheinen lasse, die Geschäftstätigkeit der Sparkassen und Landesbanken auf ihren ursprünglichen Tätigkeitskatalog zurückzuführen.

Folgendes ist zu bedenken:

1. Auch wenn sich die Sparkassen und Landesbanken nur mit Hilfe der Kommunen und aufgrund staatlicher Privilegien zu Universalbanken mit beachtlichem Geschäftsvolumen entwickeln konnten, so bringt es niemandem einen Nutzen, das Sparkassenverbundsystem im Umfang und in der Art der Geschäftstätigkeit zu stutzen.

2. Die Demokratie ist bereits jetzt durch die teilweise Aufhebung der Gewaltenteilung, der Verwischung der Grenzen zwischen privater und staatlicher Aktivität und durch die immer undurchschaubarer werdenden Institutionen bedroht.

3. Eine Vermischung von öffentlichem mit privatem Recht kann diese Verfallserscheinung nur verstärken und beschleunigen.

4. Ordnungspolitisch gesehen gibt es - wenn die Marktwirtschaft als Kooperations- und Koordinationstechnik im Bereich der wirtschaftlichen Aktivitäten der Bürger gelten soll - keine stichhaltige Begründung für die öffentlich-rechtliche Trägerschaft der Sparkassen und Landesbanken, auch nicht wenn die Möglichkeit privatrechtlicher Beteiligung geschaffen wird.

5. Wenn ein chancengleicher Wettbewerb unter den Kreditinstituten veranstaltet werden soll, dann muß sich staatliche Aktivität in diesem Bereich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen und auf die Mißbrauchskontrolle beschränken. Keine der verschiedenen Arten der Kreditinstitute darf dann durch Haftungsübernahme, Steuerprivilegien und Bevorzugung durch die Finanzministerien und Stadtkämmereien begünstigt werden.

Die Versuchung, mit den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten Parteipolitik und Politik unter der Umgehung der Parlamente zu machen, ist groß.

1. Beispiel:
Bei einer Kommunalwahl erreicht keine der drei erfolgreichen Parteien die Mehrheit um alleine den Bürgermeister wählen zu können. Die Partei A sagt zu der kleineren Partei C: "Wir haben bisher gut zusammengearbeitet, wählt unseren Bürgermeisterkandidaten. Wir gestehen Euch dann folgendes zu ...". Die Partei B sagt zu der Partei C: "Was die von der Partei A Euch bieten, das erhaltet Ihr auch von uns. Da wir aber die Mehrheit im Kreistag haben, können wir Euch auch noch einen - wohlgemerkt - einträglichen Verwaltungs- bzw. Aufsichtsratssitz in der Kreissparkasse anbieten, außerdem noch einen Sitz im AR der Stadtwerke."

2. Beispiel:
In den vergangenen Tagen wurde die Nachricht verbreitet, daß ein ehemaliger Ministerpräsident von einem Staatsanwalt der passiven Bestechung beschuldigt wird. Er habe in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender einer Landesbank für seine Partei zinslose Darlehn erhalten.

3. erfundenes Beispiel:
Ein Mitglied einer Landesregierung, das Aufsichtsratsmitglied in der betreffenden Landesbank ist, kommt in der eigenen Fraktion und im Parlament mit einem Subventionsprogramm für seinen Wahlkreis, für einen Wirtschaftszweig oder für einen Konzern, dem er verpflichtet ist, nicht durch. Er benutzt jetzt sein AR-Mandat dazu, um die Landesbank zu veranlassen, eben diese Gruppe von Unternehmen oder diesen Konzern bei der Einräumung der Konditionen oder bei der Sicherheitenstellung für gewünschte Darlehn zu begünstigen. Selbstverständlich wird eine wirtschaftspolitische Begründung mitgeliefert.

Wenn dieses Thema diskutiert wird, so sollte es gründlich geschehen. Die ordnungs- und gesellschaftspolitischen Aspekte sollten voll ausgelotet werden, auch wenn die daraus resultierenden Forderungen sich politisch noch nicht verkaufen lassen.

Die Umwandlung der Sparkassen und Landesbanken als Körperschaften des öffentlichen Rechts in Aktiengesellschaften oder eingetragene Genossenschaften und der Verkauf der Gesellschaftsanteile an Privatpersonen wäre:

1. ein Beitrag zur Entschuldung der Kommunen und der Länder, die den Gestaltungsspielraum der Parlamente wieder vergrößern würde;

2. ein Beitrag zur Auflösung des gigantischen Konzerns „Staat“ (Bezeichnung wurde von Charles Reich geprägt), der heute die Gesellschaft und seine Individuen erdrückt und den Begriff freie Gesellschaft' zur Phrase gemacht hat.

3. eine Möglichkeit, einen Beitrag für eine erfolgreichere Gesellschaftspolitik zu leisten.

Dies soll in wenigen Sätzen erläutert werden. Die Mitbestimmung in der praktizierten Form enthebt nur die gewählten Vertreter der Arbeitnehmer geringfügig der Fremdbestimmung, für die große Mehrzahl der Arbeitnehmer ist die Mitbestimmung heute eine hohle Nuß. Durch den Erwerb von Gesellschafteranteilen hätten die Arbeitnehmer der Sparkassen und Landesbanken eine qualitativ bessere Mitbestimmungsmöglichkeit. Sie würden gleichzeitig mehr ihrer Berufsbezeichnung „Bankkaufmann“ gerecht. Die noch anzutreffende Bankbeamtenmentalität würde schneller abgebaut.

Mitgliedern des sogenannten Mittelstandes, die Gesellschafteranteile erwerben, erhielten die Möglichkeit, die oft schicksalsbestimmenden Kreditentscheidungen zu kontrollieren.

Arbeitnehmer außerhalb der Sparkassen hätten eine sinnvolle Anlagemöglichkeit für die freien Spargelder, die durch das Vermögensbildungsgesetz gefördert wurden.
Um von vornherein der weiteren Konzentration im Kreditgewerbe einen Riegel vorzuschieben, dem Regionalprinzip gerecht zu werden und die persönliche Bindung an die Sparkasse zu begünstigen, ist die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (eG) der Aktiengesellschaft (AG) vorzuziehen.

Für die Landesbanken spricht wohl mehr die Rechtsform der AG, deren Aktien von den genossenschaftlichen Sparkassen und den Arbeitnehmern der Landesbanken gezeichnet würden. Der Sparkassenverbund und die Firmierung könnte beibehalten werden. Das Konkurrenzverhältnis zwischen den gewerblichen und ländlichen Genossenschaften einerseits und den Sparkassen andererseits bliebe bestehen.

Einschub 12 Ende
oooooooooo

Ein Artikel zum Goldbestand der Bundesbank ist mir verloren gegangen. Ich habe mir daher im Netz einen Ersatz gesucht. Es folgen Auszüge:

> **216 Tonnen Bundesbank holt Gold schneller nach Deutschland**
> Die Verlagerung der Goldreserven aus dem Ausland nach Deutschland wird schon in diesem Jahr abgeschlossen - zwei Jahre früher als geplant.
> von Rolf Obertreis …
>
> … Vor vier Jahren hatte sich die Bundesbank – auch wegen des öffentlichen Drucks und auf Drängen des Bundesrechnungshofes – entschlossen, bis 2020 insgesamt 674 Tonnen der bundeseigenen bei den Notenbanken in New York und Paris gelagerten Goldbestände nach Frankfurt am Main zu holen. Auf streng geheimen Wegen ist das Edelmetall seitdem nach und nach in die Tresore auf dem Gelände der Bundesbank-Zentrale im Norden Frankfurts gelangt. Alles sei reibungslos verlaufen, sagt Thiele. „Es gab keinerlei Beanstandungen." …
>
> ## Lagerung im Ausland hat historische Gründe
>
> Seit den fünfziger Jahren wurden die durch den wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik und die Exporterfolge in den USA eingenommen Dollar gegen Goldforderungen eingetauscht, was zum Anwachsen der Reserven in New York führte - aber auch in London und Paris - wo es jeweils von den Notenbanken sicher verwahrt wurde. Der Bundesrechnungshof allerdings bemängelte 2012, dass die Bundesbank die Goldreserven im Ausland noch nie "körperlich aufgenommen und auf Echtheit geprüft" habe. Obwohl sie nie Zweifel gehegt und mit den Notenbanken in den USA, Frankreich und England immer eng zusammen gearbeitet hatte, entschied sich der Bundesbank-Vorstand vor vier Jahren zu einer eingehenden Prüfung und dazu, Teile des Goldschatzes in ihre Tresore zu holen. Dieser Prozess soll im laufenden Jahr und damit zwei Jahre früher als geplant abgeschlossen werden.
>
> http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/216-tonnen-bundesbank-holt-gold-schneller-nach-deutschland/19372050.html

Dazu ist anzumerken: Das Gold hat nicht die Bundesbank erwirtschaftet sondern alle Deutschen, die von 1952 bis 1968 mit einer Entwertung der DM dafür bezahlen mussten. Das hängt mit dem Bretton-Woods-System zusammen.[114] Das war ein internationales Währungssystem, bei dem der Dollar an Gold gebunden war und alle anderen Teilnehmer-Währungen mit einem fixierten Kurs an den Dollar. Zusätzlich bestand für alle beteiligten Notenbanken der Zwang Dollar bei Vorlage zu dem festgelegten Kurs anzukaufen. Die Wirkung war, dass die deutschen Exporteure und die Dollar-Investoren in Deutschland mehr für ihre Dollars be-

114 http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/bretton-woods-abkommen/bretton-woods-abkommen.htm
https://de.wikipedia.org/wiki/Bretton-Woods-System

kamen, als sie gemessen an ihrer Kaukraft wert waren. Der deutsche Export und die Dollar-Investoren erhielten eine Prämie, eine Subvention, die von keinem Parlament beschlossen wurde. Die Kehrseite des Geschehens war, dass im Binnenmarkt zu viel DM in den Verkehr kamen, für die keine Güter im Markt waren. Die Folge war die schleichende Inflation. Zum Glück hat die Bundesbank für die auf diese Weise erworbenen Dollar von dem Eintauschrecht – Dollar gegen Gold – Gebrauch gemacht. Wenn sie nämlich nur „Schrottpapiere“ gekauft hätte, dann wäre die von Deutschland erbrachte Leistung vermutlich nichts mehr wert. Die Ansammlung von Gold fand von 1952 bis 1968 statt. Die USA haben nämlich 1968 die Einlösepflicht – Dollar gegen Gold – aufgehoben.

Die Vorstellung, Geld müsse einen inneren Wert haben oder an einen Wert gebunden werden, hat sich lange gehalten. Ich habe ja schon weiter oben berichtet und zitiert, wie sich die Weimarer Republik aufgrund dieser Vorstellung das Genick gebrochen hat. Tatsache ist, dass eine Währung keinen inneren (intrensischen) Wert haben muss. Der Mann, der da schrieb, dass es idiotisch sei, Gold mit Mühe und Menschenopfern aus der Erde zu buddeln, um es dann mit hohen Kosten wieder in die Keller von Notenbanken einzugraben, hat recht. Weder die EZB noch die Bundesbank braucht Gold, um den Euro kaufkraftstabil zu halten. Die Bundesrepublik könnte also nach und nach den Goldbestand verkaufen und mit dem Erlös Schulden tilgen oder den Bürgern Steuererleichterungen gewähren.

Eine Goldreserve für die Deutsche Bundesbank hat auch wenig Sinn, weil der Euro ja keine Nationalwährung mehr ist. Wenn sich jetzt herausstellen würde, dass die im Rahmen der EZB-Politik getätigten Ankäufe von Schuldtiteln ihren Wert verloren haben und daher bei Fälligkeit keine Euro im ursprüngliche Beleihungswert an die EZB zurückfließen, dann kann die Bundesbank ja nicht einfach über Goldverkäufe das überflüssige ausgegebene Geld einziehen. Wenn sie es täte, würde sie Vermögen des deutschen Staates ohne Mitwirkung des Bundestages europäisieren. Im Eurosystem macht das Gold nur dann einen Sinn, wenn die Bundesbank ihr Eigentumsanteil an die EZB mit Gold (zu welchem Preis?) erwirbt bzw. die getätigte Bezahlung gegen Gold austauscht.

oooooo

Einige Großkunden zahlen schon Negativ Zinsen

Hannoversche Volksbank will Privatkunden möglichst lange mit solchen Zahlungen verschonen / … Von Lisa Malecha / HAZ – Wirtschaft -, 9. Februar 2017

Hannover. Eine Bilanzsumme, die erstmals die 5-Milliarden-Euro-Marke überschreitet, mehr Kredite und wachsende Einlagen - die Hannoversche Volksbank sei zufrieden mit ihrer Geschäftsentwicklung, sagte gestern Vorstandssprecher Jürgen Wache. Die von der Europäischen Zentralbank (EZB) betriebene Zinspolitik dürfte jedoch eine Herausforderung bleiben. Diese sieht unter anderem vor, dass Banken für Geld, das sie bei der Notenbank parken, einen Strafzins zahlen müssen.

Individuelle Vereinbarungen

Bei einigen Geldinstituten müssen inzwischen Großanleger ebenfalls solche Negativzinsen für ihre Einlagen entrichten - Privatkunden sind bisher verschont geblieben. „Wir sind bei der Einlagenverzinsung bei null angekommen, der nächste Schritt wären Negativzinsen', sagte Wache. Bisher werden bei der Volksbank nur bei institutionellen Kunden wie Versicherungen Zinsen auf ihre Guthaben fällig. „Bei den größten unserer Top-Firmenkunden, die große Einlagen haben, werden individuelle Vereinbarungen getroffen", erklärte Wache. Bei dem gewerblichen Mittelstand werde die Volksbank Negativzinsen so lange wie möglich vermeiden - wie lange das allerdings möglich ist, sei unklar. …

… Trotz niedriger Renditen kann die Bank noch reichlich Einlagen einsammeln, „Unsere Kunden vertrauen uns im höchsten Maße und parken ihr Geld als Tagesgeld oder Spareinlage - inzwischen sogar ohne Zinsertrag", sagte der Volksbank-Chef. Immerhin wuchsen die Einlagen - also die Verbindlichkeiten gegenüber den Kunden - um 6 Prozent auf 3,86 Milliarden Euro.

… Für das Jahr 2017 sieht der Vorstandssprecher große Herausforderungen - die anhaltende Niedrigzinsphase, die den Zinsüberschuss zusammenschmelzen lässt, sowie Regulierungen und Meldevorschriften, die zu Kostensteigerungen führen. …

Probleme mit Baukrediten, Boom bei Wertpapieren

Sparda-Bank zieht solide Bilanz / Keine Strafzinsen für Kunden geplant / Einlagen steigen um 100 Millionen Euro

Von Albrecht Scheuermann (HAZ – Wirtschaft -, 9. März 2017<)

Hannover. Die neuen Regeln für die Finanzierung von Wohnimmobilien haben bei der Sparda-Bank Hannover vergangenes Jahr das Kreditgeschäft stark beeinträchtigt. Nach Angaben einer Sprecherin wurden rund 20 Prozent weniger Baukredite vergeben. Inzwischen habe sich der Trend aber wieder gedreht.

Vor einem Jahr war die EU-Wohnimmobilienrichtlinie in Deutschland inkraft getreten. Banken und Sparkassen müssen seitdem die langfristige Zahlungsfähigkeit ihrer Kunden genauer prüfen und sich nicht nur auf den Wert der Immobilie als Sicherheit verlassen. Viele Kreditinstitute hatten über die dadurch ausgelöste Verunsicherung geklagt und über Geschäftsrückgänge berichtet. Die Bundesregierung hat wegen der Proteste inzwischen jedoch eine Entschärfung beschlossen.

> Im Gegensatz zum Kreditgeschäft boomt bei der Sparda-Bank Hannover jedoch das Wertpapiergeschäft. Dies war der Hauptgrund für den Anstieg des Provisionsüberschusses um 47 Prozent auf 3,6 Millionen Euro. Dies entspricht den Zielen der Bank, weil das Zinsergebnis wegen des allgemeinen Zinstiefs immer weiter schrumpft. Die Minizinsen für Einlagen hielten die Kunden dennoch nicht davon ab, ihr Geld zur Bank zu tragen. Immerhin stiegen die Einlagen um 100 Millionen Euro auf 3,8 Milliarden Euro und übersteigen damit den Kreditbestand von 3,4 Milliarden Euro.
>
> Für die Bank ist das starke Einlagengeschäft jedoch eher unerfreulich, weil sie selbst für ihr überschüssiges Geld bei der Bundesbank 0,4 Prozent Strafzinsen bezahlen muss. Diese kosten die Sparda-Bank 1,2 Millionen Euro im Jahr, sagte Vorstandsmitglied Jochen Ramakers. Dennoch blieb die Kundschaft bislang von Negativzinsen verschont, und diese sind nach Angaben einer Sprecherin „aktuell auch nicht geplant“. ...

Meine Anmerkungen dazu:

1. Beiden Berichten ist zu entnehmen, dass auch bei null Prozent Zins gespart wird. Frühere Untersuchungen - in Zeiten, wo das Sparguthaben gut verzinst wurden -, die zum Schluss kamen, dass die Neigung zum Sparen nicht vom Zins abhängig ist, werden damit bestätigt. Die Erklärung, der Zins sei der Preis für den Konsumverzicht, mit der seine Existenz erklärt wurde, sind damit eindeutig hinfällig. Über Jahrhunderte konnte beobachtet werden, dass nach einem Zusammenbruch einer Wirtschaft und seinem Neustart der Zins in die Höhe schießt, weil einfach das Kapital knapp ist. Im Laufe der Jahre sinkt mit der zunehmenden Kapitalbildung der Zins wieder. Das ging bisher immer so lange, bis der sinkende Zins die „eherne Grenze“ von 3 % erreicht hatte. Hier schnappt dann die Liquiditätsfalle zu, der Hang zur Liquidität ist dann größer als der Hang zur Investition. Das ist dann die Krisenlage einer Volkswirtschaft mit sinkender Beschäftigung und der steigenden Arbeitslosigkeit. Der Vorgang wird hier mit dem Engländer John Maynard Keynes [115]erklärt. Vor ihm hatte Silvio Gesell diesen Vorgang schon beschrieben und die Ursache dafür in der Überlegenheit des Geldes gegenüber der Ware gefunden. Noch vor ihm hat der Franzose Pierre-Joseph Proudhon [116]die Tauschungleichheit zwischen dem Geld und der Ware beobachtet und wollte durch eine Warenbank die Nachteile der Ware gegenüber dem Geld damit ausgleichen. Gesell kam dann – vermutlich aufgrund seiner Erfahrung als Kaufmann – auf die Idee, das Geld auf die Stufe der Ware herunterzustufen, weil das umgekehrt nicht geht. Und diese Idee besteht darin, das Geld mit demn durchschnittlichen

115 https://de.wikipedia.org/wiki/Liquidit%C3%A4tsfalle
116 https://en.wikipedia.org/wiki/Pierre-Joseph_Proudhon

Schwund, den die Ware durch Lagerung etc. erleidet, auf das Geld zu übertragen. Hier rührt auch der missverständliche Begriff *Schwundgeld* her. Missverständlich ist der Begriff deshalb, weil die einzelne Banknote einen Verlust erleiden soll, nicht aber die Währung. Der Schwund der einzelnen Währungseinheit ist sozusagen die Gebühr oder der Preis für die Nutzung des Verkehrsmittels Geld. Sie bewirkt nicht nur, dass die Konjunktur beim Fallen des Zinses unter 3 % nicht abbricht, sondern auch, dass der Geldkreislauf ein geschlossener ist, der nicht mehr durch Horte / Liquiditätsfallen gemindert werden kann. Jetzt erst kann die Notenbank mit Hilfe eines Index [117] die Menge des Geldes bestimmen, die für die Aufrechterhaltung eines stabilen Preisniveaus erforderlich ist. Die Bedeutung der Preisniveaustabilität (Geldwertstabilität) wird in der Freiwirtschaft sehr hoch eingeschätzt.

2. Normalerweise löst die Liquiditätsfalle – wenn sie im größeren Maß zuschnappt - eine Deflation aus. Das heißt, das Geld wird gemessen in den Waren, die man dafür bekommt, teurer (die Kaufkraft wird höher), die Waren werden billiger. Die Ursache ist, dass das umlaufene Geld durch die Horte geringer wird. Eine verringerte umlaufende Geldmenge und schon die Verzögerung in der Weitergabe des Geldes (geringere Umlaufgeschwindigkeit des Geldes) verursacht die Wertverschiebung zwischen dem Geld und den Gütern, die im Markt sind. Mit einem steigenden Preisniveau können Konsumenten, der Handeln und produzierende Unternehmen noch umgehen, sofern die Geldentwertung nicht zu hoch ist. [118] Mit einer Deflation, bei der der Wert des Geldes steigt und die Waren billiger werden, tritt ein sich selbstverstärkender Trend ein. Der Handel fährt die Lagerhaltung herunter und schiebt Bestellungen hinaus, und die produzierenden Unternehmen reduzieren die Produktion, weil sie nicht wissen, ob die Preise von morgen oder der nächsten Woche noch ihre Kosten decken werden. Und die Konsumenten zögern ihre nicht zum Lebenserhalt notwendigen Einkäufe hinaus, weil sie annehmen, morgen noch mehr für ihr Geld zu bekommen. Auf das Preisniveau wirken sich immer aus: auf der einen Seite die Gütermenge, die im Markt ist,[119] auf der anderen Seite das Geld, das im Umlauf ist und die Umschlaghäu-

117 https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Preise/Verbraucherpreisindizes/Methoden/verbraucherpreisindex.html
https://de.wikipedia.org/wiki/Preisindex

118 Daher rührt auch der Vorschlag, Deflationen und Unterbeschäftigung mit einer Inflationsrate von 5 % zu bekämpfen - die von EZB angestrebte Rate von 2 % ist zu gering – weil das zur Weitergabe des Geldes reizt. Um den Verlust der bei allen Forderungen, die auf Geld lauten, eintritt ausgleichen zu können, sollen dann Indexklauseln eingeführt werden, die den Verlust für die Vertragspartner berechenbar machen. Die Methode ist machbar, aber nicht optimal.

119 Güter, die noch nicht verkaufsreif sind, werden zwar wie die Güter, die den Markt schon durchlaufen haben, in oder mit Geld bewertet, haben aber keinen Einfluss auf das Preisniveau.

figkeit / Umlaufgeschwindigkeit, die aber nicht schneller sein kann, als der Takt der Leistungs- oder Produktionserstellung. Es kommt auch nicht auf eine maximale Umlaufgeschwindigkeit an, sondern auf eine konstante. Gehortetes Geld, das in der Summe größer ist als die Summe der Geldhaltung für den täglichen Gebrauch, ist ein Unsicherheits- und Störfaktor. Die häufig – bei der Aufzählung der Funktion des Geldes – genannte Wertaufbewahrungsfunktion ist dabei eine Sabotage der Tauschfunktion.

3. Der Autor Steffen Henke, (http://lust-auf-neues-geld.de) weist in seinem Artikel „**Geld muss fließen**“ (www.humane-wirtschaft.de) darauf hin, dass die Bezeichnung negativer und positiver Zins nicht nur eine Bezeichnung dafür ist, dass der Zins über oder unter 0 % liegt, sondern dass die Worte negativ und positiv gleichzeitig eine Bewertung vornehmen. Das ist offiziell in der Berichterstattung vielleicht nicht so gemeint, aber wenn geschrieben wird, dass der Sparer durch einen Zins von Null oder darunter enteignet wird, dann kommt dabei eine solche Bewertung heraus. Bei dem ganzen Zinsproblem muss berücksichtigt werden, dass es nicht nur die Schuldner und Gläubiger berührt, sondern alle Wirtschaftsteilnehmer. Das ist so, weil in allen Preisen die Zinskosten enthalten sind. Wenn nun alle Wirtschaftsteilnehmer bei der Saldierung von Soll- und Habenzinsen gleichviel Aufwand und Ertrag hätten, dann wäre der Zins verteilungsneutral, das ist er aber nicht. Bei der Einteilung der Bürger in 10 Einkommensgruppen sind 9 Gruppen die Verlierer, für eine Gruppe kommt plus-minus-null heraus und was 80% an Verlust haben, das können 10 % als Ertrag verbuchen. Hier liegt die Ursache der Vermögenskonzentration vor, die die Marktwirtschaft automatisch zerstört. Ein hoher Zins mag im Start nach einer Zerstörung des Marktes in Grenzen eine positive Wirkung haben, weil er dann bei der herrschenden Kapitalknappheit ein zusätzlicher Anreiz ist, seinen Konsum hinauszuschieben und dadurch Investitionen finanzierbar macht. Insgesamt hat der positive Zins eine negative Wirkung. Die fällt im Start einer Wirtschaft nicht auf, weil das verzinsliche Kapital insgesamt dann noch niedrig ist. In einer alternden Wirtschaft wird für eine Mehrheit von 80 % der Bevölkerung und darüber immer größer. Wenn die Grenze des „ehernen Zinses“ nicht gesprengt werden kann, dann sprengt der Zins irgendwann die Gesellschaft in die Luft. Ein negativer Zins ist - unter der Bedingung, dass er das Geld nicht in die Horte treibt - eher ökonomisch und ethisch positiv zu bewerten, a) weil der Schuldner für den Gläubiger Ansprüche in die Zukunft transportiert und b) weil es besser ist, Bürger mit Bedarf aber leeren Kassen einen Zu-

schuss in Form des Zinses zu geben als Bürgern ohne Bedarf, aber mit vollen Kassen.

4. Die EZB versucht die Vermeidung der Deflation durch die Sprengung der Grenze in Form des „ehernen Zinses“ dadurch zu bewirken, dass sie einfach die Geldmenge ohne Rücksicht darauf, ob im Markt Güter dafür vorhanden sind, vermehrt. Das ist ein riskanter Weg, weil die gehorteten Gelder ja alle legitime Ansprüche an den Markt repräsentieren. Wenn die illegitimen durch zusätzliche Geldschöpfung entstandenen Ansprüche mit den legitimen auf dem Markt auftreten, dann ist doch logisch, dass jeder Euro – der bezüglich seiner Legitimität nicht erkennbar ist – dem Markt dafür weniger Ware entnehmen kann als zuvor. Die EZB hat dann eine Inflation in einer Höhe verursacht, die sie nicht wollte. Und das alles, weil sie die sachgerechte Lösung nicht anwenden will oder darf.

   Das Verfahren, das Gesell ursprünglich vorschlug – der Inhaber einer Banknote beklebt sie mit einer Gebührenmarke, damit das Geld seinen Nennwert behält – mag zu umständlich oder aufwendig sein. Aber den Aufwand kann man nicht mit viel oder wenig bemessen, sondern mit seiner Wirkung und diese wäre die Überwindung von Inflationen und Deflationen, die Vollbeschäftigung und eine leistungsgerechte Einkommensverteilung. Außerdem: Neben dem ursprünglichen Modell sind bis heute weitere Modelle entwickelt worden. Auf die Arbeit von Karl Walker aus den 50er Jahren habe ich schon hingewiesen. Mein verstorbener Freund Elimar Rosenbohm, der lange in der volkswirtschaftlichen Abteilung einer LZB (heute Hauptverwaltung der Bundesbank) gearbeitet hat, sagte wiederholt: In der Bundesbank wäre soviel Intelligenz vorhanden, wenn sie den Auftrag erteilt bekäme, würde sie in Kürze eine brauchbare Lösung präsentieren. Die Aussage ist schon ein paar Jahrzehnte alt. Zwischenzeitlich sind viele Mitarbeiter durch Hochschulgänge gelaufen, die nicht unbedingt das einst gewonnene Wissen bewahrt und weiter entwickelt haben.

   Das zusätzlich Ärgerliche an dem jetzigen EZB-Verfahren ist, dass sie den Preismechanismus für die Überlassung von Liquidität, das der Zins auch darstellt, durcheinander gebracht oder außer Betrieb gesetzt hat. Ob ein negativer oder positiver Zins das Angebot und die Nachfrage nach Liquidität widerspiegelt, kann man auf Grund von Einzelfällen nicht beurteilen. Der Kreditmarkt bildet aber - wenn die EZB da nicht hinein fuscht und die Grenze des „ehernen Zinses“ gefallen ist – die marktgerechte Höhe des Zinses wieder.

5. Die Banken waren auf die heutige Marktsituation nicht vorbereitet. Das hängt auch damit zusammen, dass ihr Schulungs- und Führungspersonal in Teilen ihres Wissens falsch „programmiert“ wurde.

   Traditionell haben die Banken aus der Differenz zwischen Soll- und Habenzins ihren Ertrag für die Kosten und den Gewinn erwirtschaftet. Abgesehen von den Provisionen und sonstigen Erträgen, mussten die Kreditnehmer die ganze Last des Bankgeschäftes tragen. Das ist eine Ungerechtigkeit, die sich durch die Jahrhunderte bis heute fortgepflanzt hat. Außerdem: Der Zins muss in Zukunft wirklich die Marktlage und nicht die der Manipulationen der Notenbank und die Grenzsperre des „ehernen“ Zinses widerspiegeln. Ansonsten muss die Bank sich die Kosten ihrer Dienste von jenen erstatten lassen, die sie in Anspruch nehmen. Nebenbei: Wenn der Gesetzgeber die Banken zwingt, für alle Bürger, die nicht solvent sind, ein Jedermannskonto zu führen, und die den Banken höhere Kosten verursachen als Erträge einbringen, dann müsste der Staat dafür auch die Kosten übernehmen.

6. Aber sowohl bei der Beurteilung des Instrumentariums der Zentralbank und ihren Maßnahmen (die, weil ihr die demokratische Legitimation fehlt, keine Politik sein sollte), wie auch bei der Abwehr von Kontrollen und Einschränkungen, die kaufmännischer Natur sind, erscheint es mir erforderlich, dass die Banken sich ein besseres theoretisches Fundament von dem Geld und der Währung verschaffen. Viele Kontrollen und Einschränkungen, die den Banken auferlegt bzw. gemacht, wurden habe mit der Vorstellung zu tun, dass Banken Kredite schöpfen könnten. Wenn das wahr wäre, müssten alle Geschäftsbanken Filialen der Zentralbank werden.

7. Geschäfte mit Wertpapieren, die auf Betrug hinauslaufen, sollten die Banken im eigenen Interesse vermeiden und bekämpfen.

8. Bei dem Ausweichmanöver ins Wertpapiergeschäft, um die Schwäche des Ertrages aus dem Kreditgeschäft zu kompensieren, sollte bedacht werden, dass bei anhaltendem Niedrigzins auch hier die Erträge schrumpfen werden, weil es ein Zusammenhang zwischen den Erträgen aus Geld- und Sachkapital gibt.

9. Bei der Einführung einer Umlaufsicherungsgebühr auf (Bar-)Geld würde sich ein negativer Zins auf das Giralgeld automatisch entwickeln, weil die Banken die Übernahme der Umlaufsicherungsgebühr bei Bareinzahlungen kompensieren wollen /müssen. Im Gegensatz zu der Umlaufsicherungsgebühr – die bei 5% p.a. liegen mag – wird

der negative Zins auf das Giralgeld keine feste Höhe haben, sondern ein Marktpreis sein.

10. Der negative Zins auf Giralgeld wird diese Kundeneinlagen in längerfristige Anlageformen treiben (Stichwort Zinstreppe), so dass für Spekulationen nicht mehr so viel freiverfügbares Giralgeld vorhanden ist. Die Wirkung auf die Börse wird besser sein als eine Transaktionssteuer.

Auf der Suche nach einer Datei kam mir ein abgespeicherte E-Mail von Amsel Rapp vor meine Augen. Amsel Rapp und ich haben eine E-Mail-Liste begründet, über die sich Interessierte über die Themen der Geld- und Bodenreform gedanklich austauschen. **Anselm Rapp** ist Techniker oder auch Informatiker, das weiß ich nicht so genau. Nach seiner Pensionierung hat er den Faden der Geld- und Bodenreform, den sein Großvater, **Georg Blumenthal**, und sein Vater, **Arthur Rapp**, schon folgten, wieder aufgenommen.

Zu Georg Blumenthal siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Blumenthal_(Schriftsteller)

Zu Amsel Rapp siehe seine Internetseite. www.nwo.de

Es gibt viele Einzelne, die ohne Rückgriff auf große Organisationen oder Verbände, die Zeit, Kraft und Geld in die Klärung und Bewahrung dieses zentralen ökonomischen Wissens „investiert“ haben. Wenn man von dem Gründungsgedanken der Gesnossenschaftbanken (Raiffeisen und Schulze-Delitzsch) und den Sparkassen ausgeht, dann wäre die Freiwirtschaftstheorie für diese beiden Sektoren der Bankenwirtschaft das richtige Rüstzeug. Ich habe aber noch nie vernommen, dass in der Zeit die ich überblicke, eine Sparkasse oder Genossenschaftsbank in irgendeiner Weise dieses Projekt gefördert hätte. Dabei war in der vom Freiwirtschaftsbund gegründeten A*ktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* (ASM) Dr. Johann Lang, Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) in den Beirat gewählt worden.[120]

Das Buch, auf das ich hier aufmerksam mache, ist von einem Theologen. Bei manchem Theologen sind durch ihr anders geformtes Denkvermögen durchaus Denkbarrieren bei Nichttheologen aufzuweichen (klinkt nicht so brutal wie aufbrechen). Ich vermerke dabei, dass ich keiner Glaubensgemeinschaft angehöre und auch keine Vermisse. Ich habe noch einen Link zu einem Wikipediabeitrag zu Duchrow gesucht und gefunden:
https://de.wikipedia.org/wiki/Ulrich_Duchrow

120 Siehe: Das Programm der Freiheit, Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 6. un 7. November 1952 in Heidelberg gehalten wurden. Seite 175

Ulrich Duchrow
Gieriges Geld
Auswege aus der Kapitalismusfalle
Befreiungstheologische Perspektiven
Gebundenes Buch, Pappband, 288 Seiten, 13,5 x 21,5 cm
ISBN: 978-3-466-37069-6

Finanzkrise? „Die gierigen Banker sind schuld“ und es gibt keine Alternative, wird propagiert. Doch der Autor, Theologe und Attac-Aktivist, zeigt: Wenn wir aufhören mit dem Streben nach immer mehr auf Kosten anderer, ist auch Schluss mit dem Gier-System. Diese Befreiung haben seit jeher die Religionen mit ihrer spirituellen Sprengkraft zum Ziel.
»Gieriges Geld ist eine brillante Analyse und Kritik der westlichen Zivilisation, die sich globalisiert hat. Ulrich Duchrows Buch ist eine hoffnungsstiftende Botschaft: Eine anderes Welt ist möglich – eine neue Achsenzeit ist nötig.« (Franz Segbers)
zeitzeichen (03.10.2013)
"Gieriges Geld - Wie uns weisgemacht wird, dass Geld alles ist"
Interview mit Ulrich Duchrow auf ERF plus (knapp 5 Minuten)

http://www.erf.de/index.php?node=5865&content_item=3085

oooooo

Höhere Hürden beim Gehalt

Der VW-Konzern reagiert auf Kritik – und ändert sein Vergütungssystem für Vorstände. Damit sollen in Zukunft Exzesse vermieden werden.

Von Stefan Winter

Darf künftig nicht mehr als 10 Millionen Euro im Jahr verdienen: VW-Chef Matthias Müller nach der Aufsichtsratssitzung. Foto: dpa
Hannover. Ein Jahr Arbeit steckt im neuen Vergütungssystem für die Spitze des VW-Konzerns. Als Vorstände Anfang 2016 trotz des Diesel-Skandals auf hohe Boni pochten, war auch dem Letzten im Aufsichtsrat die Reformbedürftigkeit des alten Systems klar. Das war erst 2011 eingeführt worden, zeigte nach dem Katastrophenjahr 2015 aber seine Kehrseite: Auch die Rekordjahre vor dem Skandal schlugen sich noch im Gehalt der Konzernspitze nieder. … (HAZ 25. Februar 2017, S. 9)

Vom Hartz-IV-Empfänger, über den Arbeiter am Fließband bis hin zum höheren Regierungsbeamten, Inhaber einer selbständigen Existenz können sich wundern über das Entgelt von Vorständen großer Konzerne. Sie werden sich beim Vergleich mit ihrem eigenen Einkommen auch fragen, ob die Manager, von denen Jahreseinkommen in mehreren Millionen Euro Höhe bekannt sind, soviel mehr leisten als sie selbst. Da läuft aber offensichtlich etwas schief. Aber was? Wenn Künstler Gagen in gleicher Höhe kassieren, hört man das kritische Geraune nicht. Mein Eindruck ist, bei Künstlern wird eine hohe Entlohnung als Zeichen ih-

rer hohen Kunst gewertet; mit dem Steigen ihrer Gage steigt ihr Ansehen beim Publikum. Keine Angst, ich will hier nicht die hohen Vergütungen von Managern verteidigen, sondern nur darauf aufmerksam machen, dass hier ein Phänomen sehr unterschiedlich bewertet wird.

Bei Künstlern mit Gagen, die für einen Normalverdiener unvorstellbar hoch sind, kann man einen Glücksmoment vermuten, der darin besteht, dass er neben den vielen Hungerleidern etwas zu bieten hat, was gerade beim Publikum groß ankommt / aufgenommen wird. Bei den Top-Managern in den Konzernen geht es weniger darum, ob sie Lieblinge eines großen Publikums sind, sondern darum, ob sie gut auf dem Klavier – Konzern genannt – spielen können, dass dabei die Kasse der Aktionäre gut klingt. Wenn hier das Ergebnis gut ist, dann ist die Vergütung der Vorstände nicht zu hoch. Problem wird die hohe Vergütung nur, wenn die Spieler auf dem Konzernklavier Verträge ausgehandelt haben, die auch bei schlechten Ergebnissen ihres Spiels eine hohe Vergütung fällig werden lassen. Das ist die eine Betrachtung der Geschichte.
Die andere Betrachtung fragt mehr nach den Ursachen und weniger nach einer Rechtfertigung. Da die hohe Vergütung offensichtlich von der Höhe des eingesetzten Kapitals und der Summe der zu verteilenden Dividende abhängt, ist doch zu fragen, ob kleinere Unternehmens- oder Konzerneinheiten ihren Vorständen auch so hohe Vergütungen zahlen könnten und würden. Wenn man die Vorstandsvergütungen von VW und anderen Unternehmen, die in dieser Größenklasse spielen, einmal versuchen würde, in die Jahresbilanz von Unternehmen, die nur eine halbe, eine viertel, ein Zehntel oder ein Hundertstel der Größe haben wie VW, dann wäre dafür kein Platz. Also ist doch zu fragen, wenn die hohe Vergütung der Vorstände von Konzernen ein Problem sind, ob es dann nicht besser wäre, die Größe von Unternehmen und ihren Zusammenschlüssen zu Konzernen zu begrenzen. Das wäre sicher eine Lösung, aber ließe diese sich mit gesetzgeberischen Mitteln durchsetzen? Ich denke, dass kann nicht ohne große Reibungsverluste funktionieren. Aber was ist zu tun?

Es heißt ja, einen Gegenstand der zu beschreiben oder zu beurteilen ist, soll man aus verschiedenen Perspektiven ansehen. Liegen Unternehmen und Gruppen von Unternehmen, die in einem Konzern (Mutter und Töchter) zusammengeführt wurden eigentlich in ihrem technischen oder in ihrem organisatorischen Optimum? Ich weiß nicht, ob es hier eine Maßeinheit gibt, mit der sich das genau bestimmen lässt. Zu vermuten ist, dass mit der Größe auch die Reibungsverluste steigen. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung würde die Größe einer

Unternehmenseinheit in dem Moment im Wachstum gestoppt, wenn sie ihr Optimum in technischer und / oder organisatorischer Hinsicht überschreite, weil das die Chance für die Konkurrenz – die ihr Optimum noch nicht überschritten hat - wäre, diesen wachsenden Nachteil für sich zu nutzen. In der kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft ist diese Wachstumsbremse außer Kraft gesetzt, weil der Hang zur Marktmacht größer ist, als die Wahrung des Optimums. Woher nimm der Hang zur Marktmacht seine Stärke, dass die Rücksichtnahme auf das Unternehmensoptimum unterbuttern kann? Die Marxisten sagen, es ist die dem Eigentum an Produktionsmittel innewohnende Kraft. Wenn das richtig wäre, müsste mit dem Zuwachs an Produktionsmitteln auch diese Kraft wachsen. Das tut sie aber nicht, jede neue Fabrik, jedes neue Mietshaus reduziert die Macht von deren Eigentümern und hat die Neigung, den Zuwachs an solchen Kapitalien abzubremsen. Ein Wirtschaftsgut hat nur solange eine Kapitaleigenschaft, wie es aus seiner Existenz und seinem Einsatz einen Ertrag erzwingen kann. Das Kapital kann es nur solange einen Ertrag erpressen, wie es knapp ist. Und sein Ertrag muss es von dem Arbeitsertrag nehmen. Die nächste Frage ist: „Wieso ist das Kapital dazu in der Lage und wieso kann es seinen Status der Knappheit erhalten?“ Und die Folgefrage ist dann: „Wieso können die Arbeitnehmer eines Unternehmens – in größerem Umfang als bisher – sich nicht gegen den Abzug von ihrem Arbeitsertrag zu Gunsten des Kapitalertrages wehren und mit vom Kapital beanspruchten Anteil sich nicht selbst als Miteigentümer ihrer Arbeitsstätten etablieren. Ich habe weiter oben geschrieben, dass der Zins dann ein geringeres Problem wäre, wenn bei der Saldierung von Soll- und Habenzinsen (Zinsen, die man bezahlt und Zinsen, die man erhält) für alle gleich viel herauskäme. Diese Aussage gilt auch, wenn man zu dem Geldkapital das Sachkapital und den Boden hinzuzählt. Aber auch wenn alle Arten des Kapitaleinkommens addiert und auf die Köpfe verteilt werden, stellt sich heraus, dass die Kapitalerträge sich nur bei einer kleinen Minderheit konzentrieren. Und diese Minderheit sind dann die Eigentümer der großen Unternehmen. Wenn Arbeitnehmer die Absicht hätten, sich mit Streiks gegen diesen Trend zu wehren, würden sie sich selber ärmer machen und Eigentümer der Unternehmen reicher. Der Streik ist tendenziell eine Kapitalvernichtung, der Knappheit des Kapitals größer macht. Im Einzelfall kann das einem Unternehmen vielleicht schaden, der systembedingten Gier des Kapitals stärkt das aber den Rücken. Eine wirkliche Hilfe wäre eine Vollbeschäftigung, die nicht von der Kapitalseite unterbrochen werden könnte, weil diese das Kriterium der Knappheit von dem Kapital auf die Arbeit verlagern würde. Die Wirkung wäre: Steigerung des Arbeitseinkommens und das Fallen des Kapitaleinkommens. Dieser Zustand kann aber mit den bisher zur Verfügung stehenden Mit-

teln nicht erreicht werden und schon lange nicht mit Hilfe von staatlichen Programmen zur Vermögensbildung. Die Frage ist nun: „Woher nimmt der Kapitalismus seine Stärke und wie schützt er sich vor dem Verlust des Kapitalertrages - nicht des einzelnen Unternehmens, das Pleite gehen kann, sondern vor dem Verlust des Kapitalertrages des Systems, das ein Krebsgeschwür im Körper der marktwirtschaftlichen Ordnung ist?“ Um hier eine Antwort geben zu können, müssen wir erst einmal aufzählen, worauf die Fähigkeit zum Bezug zum Kapitalertrag beruht: **a)** Da ist zum einen das Bodeneigentum, (eine Verortung, die wir mit den Marxisten gemeinsam haben) und dessen Knappheitspreis, die hier die Grund- oder Bodenrente heißt. Dieser Preis kann nicht durch den Wettbewerb herunter gedrückt werden. Sondern diese können nur durch eine steuerliche Abschöpfung oder durch ein neues Bodenrecht ökonomisch neutralisiert werden. **b)** Das zweite ist unsere Geldordnung. Dies liegt daran, dass das Geld in einer arbeitsteiligen Wirtschaft eine zentrale Stelle innehat, so wie die Nabe in einem Rad. Die Nabe frisst sich an der Achse fest, wenn sie nicht gut geschmiert wird. Das Geld büßt heute seine Zirkulation ein, wenn sie nicht mit dem Zins geschmiert wird.[121] Und heute ist es so, dass jeder Geldinhaber sein Geld, das er nicht für den unmittelbaren Lebenserhalt benötigt, nur dann zur Verfügung stellen kann, wenn ihm der Zinsertrag ausreichend erscheint. Fällt der Zins infolge der Kapitalvermehrung, dann tritt das Geld in den Streik und zerstört Kapital durch Kriege, Pleiten und Arbeitslosigkeit, bis das zinstragende Knappheitsverhältnis wieder hergestellt ist. Erst dann kommt das Geld wieder zum Fließen, eine Voraussetzung dafür, dass das Geld segensreich wirken kann. **c)** Ein weiterer Grund dafür, dass die Produktionsmittel den Kapitalcharakter haben, ist das Patentrecht, das ursprünglich den Lohn des Erfinders schützen sollte, heute aber in der Hauptsache zur Ausbeutung der Konsumenten und Produzenten, die diese Patente nicht haben, dient und somit zur Bildung von Kapital beiträgt. **d)** Aber staatlich verliehene Rechte oder Lizenzen können eine Stütze des Kapitalismus sein. Alle Möglichkeiten der Ausbeutung der Arbeit gehören zur Rentenökonomie, deren Rolle laut Michael Hudson und Dirk Löhr die moderne Ökonomie vergessen oder verdrängt hat.

Anzumerken ist hier noch, dass den Vätern der Idee der Sozialen Marktwirtschaft – den Ordoliberalen und den Freiwirten - ökonomische Renten verdächtig waren. Unsere Konzerne wie den der Volkswagen AG sollten eigentlich vermieden werden. Die Freiwirte hatten das Instrumentarium für die Verhinderung. Mir ist nicht klar, ob dieses und ihre Notwendigkeit nicht verstanden wurde oder weil die Mehrheit sagte „Wir wollen die Marktwirtschaft!“ aber

121 In diesem Vergleich ist das Geld - weil es zirkuliert – das Rad, aber was wäre die Achse?

meinte „Wir wollen den Kapitalismus“.

oooooooo

<u>Einschub 13</u> (Rentenökonomie, D. Löhr / Geleitwort, G. Scherhorn)

Prinzip Rentenökonomie
Wenn Eigentum zu Diebstahl wird / von Dirk Löhr

Ökonomische Renten: Dies sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen - wenigstens einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Sie differenziert nicht zwischen Eigentum, das auf Leistung gründet und solchem, das ursächlich auf Usurpation beruht. Die "Erbsünde" ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten. Land stellt die Blaupause für die "Einfriedung" weiterer Allmenden dar, deren Inwertsetzung aber zu Lasten der Allgemeinheit geschieht. Die Entkopplung von Nutzen und Kosten in der Rentenökonomie wäre daher nicht ohne die Entkopplung von Leistung und Gegenleistung im Steuerstaat möglich. So wird z.B. Infrastruktur öffentlich finanziert, die ökonomischen Renten hieraus werden aber privatisiert. Entkoppelt man aber einerseits in der Rentenökonomie Nutzen und Kosten, droht hier Marktversagen; entkoppelt man andererseits im Steuerstaat Einnahmen und Ausgaben, ist die Folge dort Staatsversagen. Nötig ist daher eine Politik, die konsequent und gegen den Widerstand von Interessengruppen die Reziprozität von privaten Nutzen und Kosten sowie staatlichen Einnahmen und Ausgaben herstellt. (Verlagstext)

.-.-.-.

Geleitwort (zu „Prinzip Rentenökonomie) *von* ***Gerhard Scherhorn***

Die Rechtsinstitution des Privateigentums hat in der Neuzeit den Aufstieg der Bürger zum dritten Stand ermöglicht. Adel und Klerus waren lange durch den Schutz ihrer ererbten oder verliehenen Privilegien sozial gesichert, das Bürgertum erreichte diese Sicherheit durch den Schutz seiner eigenen Leistung, des Eigentums.

Allerdings gab es neben der Leistung auch eine andere Quelle des Eigentums, die Aneignung. Angeeignet wurde Eigentum im Krieg durch Eroberung, im Fernhandel durch Übervorteilung von Handelspartnern – den „ungleichen Tausch“ – und in der Abwicklung des Feudalismus durch das *enclosement,* die Einzäunung der Allmenden, als die feudalen Grundherren das abgestufte Miteigentum (Meyer-Abich 1996) der ihnen lehnspflichtigen Bauern nicht mehr anerkannten und deren Land – mit Billigung der Regierungen – als ihr Privateigentum beanspruchten.

Die Usurpation wurde nachträglich gerechtfertigt mit dem Mythos, dass der Privateigentümer mit seiner Sache sorgsam umgeht, der Nichteigentümer aber verantwortungslos. Auf diesem Mythos baut die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung auf. Doch kann sie sich nur auf ihn berufen, wenn sie selbst für verantwortliches Handeln sorgt. Der Mythos des Privateigentums gilt nur für *das* Eigentum, das permanent durch eigene Leistung gerechtfertigt wird. Die Finanzkrise hat

das wieder ins Bewusstsein gebracht. Wenn dieses Bewusstsein politische Wirkung haben soll, brauchen wir einen Namen, der das leistungslose Gegenteil der Marktökonomie treffend bezeichnet. *Dirk Löhrs* Rückgriff auf den Begriff der Rentenökonomie kommt zur rechten Zeit.

Denn „Renten" im Sinn der klassischen Ökonomik sind die leistungslosen Zahlungen, die Eigentümern aus der Ausbeutung von Vermögenswerten zufließen; es sind die Teile von Vermögenserträgen, die deren Opportunitätskosten übersteigen; es sind Erträge, die, wenn überhaupt, der Allgemeinheit zustünden.

Präziser aber umständlicher formuliert geht es zum einen um die Entschädigungen, die der Eigentümer dafür verlangen kann, dass er knappe Vermögenswerte wie Land, Wasser, Immobilien, Infrastruktur, Patente, Geld besitzt und anderen zur Verfügung stellt. Zum anderen geht es um die geldwerten Vorteile, die er daraus erzielt, dass er solche „Güter der Allgemeinheit"[1] – zu denen beispielsweise auch die Artenvielfalt, die Bodenfruchtbarkeit, das Klimasystem, die irdischen Rohstoffvorräte gehören – selber nutzen und dabei abnutzen kann, aber nicht wiederherzustellen braucht, also die „Ersatzinvestitionen" unterlassen darf, die zu ihrer Erhaltung nötig wären, und folglich seine Produkte billiger herstellt und in größeren Mengen absetzt als er müsste, wenn er nachhaltig wirtschaften würde.

---

1 Diesen Begriff verwendet das Bundesverfassungsgericht im Wasserpfennig-Urteil, siehe BVerfGE 93, 319.

Für die erste dieser beiden Kategorien hatten die klassischen Ökonomen das Wort *Rente*, die zweite Kategorie kannten sie noch nicht. Wir bezeichnen sie heute als *Externalisierung* von Kosten auf Allgemeingüter. Diese gelten als „extern", weil der Eigentümer zwar auf sie zugreifen kann, denn sie gehören ja allen, aber nicht für ihre Erhaltung verantwortlich ist. Im Fehlen der Verantwortung liegt das eigentliche Problem, und zwar für beide Kategorien. Denn wenn es gerecht zugeht, steht die Rente nicht dem Eigentümer zu, sondern der Allgemeinheit. Das Eigentumsrecht darf sie nicht einschließen, sondern muss bestimmen, wem sie zusteht und an wen sie abzuführen ist. Und Externalisierungserträge dürfen niemandem gehören, weil Externalisierung gegen nachhaltige Entwicklung verstößt; sie muss untersagt werden. Das Eigentumsrecht muss die Nutzung der Gemeingüter unter den Vorbehalt stellen, dass die Nutzer angemessen in ihre Erhaltung investieren.[2]

Aber das Eigentumsrecht folgt weiterhin der von *John Locke* erdachten Fiktion, das Eigentum auf die Leistung des Eigentümers zurückzuführen, und erkennt trotz gegenteiliger Beweislage (Gladwin 2009) noch immer nicht, welch großen Anteil die Gesellschaft an den Leistungen der Individuen hat.

Offenbar ist das auf die Philosophie der Stoa zurückgehende Muster für die Rechtfertigung der jeweils herrschenden Verteilung ungebrochen. Die Stoiker haben die jeweilige Ungleichheit der Einkommen, Vermögen und Ansprüche als „naturgemäß" verteidigt und es als unzulässigen Eingriff betrachtet, die gewachsene Verteilung von Macht und Reichtum ändern zu wollen. Sie schrieben die Verteilung „einer (göttlichen) Vernunft" zu,

> *„die in der Natur wirkt und die tatsächlich die Einheit und Harmonie des Kosmos garantiert."* (Fleischmann 2010, S. 155).

Seit *Adam Smith* hat der liberale Hauptstrom der Wirtschaftswissenschaft sich an diesem Denkmuster orientiert. Und das neoliberale Wirtschaftsdenken betrachtet die auf Privateigentum und Renten gegründete Ungleichverteilung der Einkommen erst recht als sakrosanktes Ergebnis des Wettbewerbs auf Märkten, die sich angeblich am besten selbst regulieren. Es ist damit zwar katastrophal gescheitert, hat das aber bisher nicht eingesehen.

Das darf nicht das letzte Wort sein. Wir müssen das Abdriften der freiheitlichen Wirtschaftsordnung in den Rentenstaat rückgängig und die nachhaltige Entwicklung möglich machen, indem wir das Eigentumsrecht modernisieren. Es hat bewirkt, dass das kapitalistische Prinzip die marktwirtschaftliche Ordnung unterwandern konnte.[3] Wie wir heute erkennen, führt das zu zunehmender Ungleichverteilung und verhindert die nachhaltige Entwicklung. Denn das prägende Merkmal des Kapitalismus ist nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln,[4] sondern der Vorrang der endlosen Kapitalakkumulation. Um die Akkumulation voranzutreiben, benötigt der Kapitalismus „stets einen Vorrat von Vermögenswerten außerhalb seiner selbst", die er sich aneignen kann (Harvey 2005, S. 137).

---

2 Die Einführung einer Eigentumspflicht wird begründet unter www.nehmenundgeben.de, und dort insbes. unter /die_vorgeschlagenen_gesetzesaenderungen.

3 Von allen Wirtschaftshistorikern hat Braudel (1986) am entschiedensten den Unterschied zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft betont.

4 Das wäre z.B. auch in einer genossenschaftlichen Wirtschaftsordnung gegeben!

Nimmt man ihm die Renten und die Externalisierungsgewinne, so schwindet der Primat der Kapitalakkumulation, und die Marktwirtschaft kann sich nachhaltig entwickeln.
Mannheim, Februar 2013

Hinweise:
Prof. Dr. Gerhard Scherhorn war nach meiner Zeit als Student der AWP Rektor der Hochschule Wirtschaft und Politik, Hamburg (Umbenennung von AWP in HWP)
http://wupperinst.org/c/wi/c/s/cd/109/
Dr. Dirk Löhr ist Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld
http://www.dirk-loehr.de/
https://de.wikipedia.org/wiki/Dirk_L%C3%B6hr

Einschub 13 Ende

oooooooo

Inflation steigt wie lange nicht
Nahrungsmittel und Energie deutlich teurer

Wiesbaden. Ein kräftiger Sprung der Energiepreise hat die Inflation in Deutschland im Februar angeheizt und auf den höchsten Stand seit viereinhalb Jahren getrieben. Die Verbraucherpreise stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Prozent, wie das Statistische Bundesamt gestern anhand vorläufiger Zahlen mitteilte. „Eine solch hohe Inflationsrate wurde zuletzt im August 2012 gemessen."

… Die Politik der EZB ist vor allem in Deutschland umstritten, auch weil sie Sparer belastet. …

Höhepunkt erreicht

Allerdings rechnen Ökonomen nicht damit, dass die Teuerung weiter anzieht

> – im Gegenteil. „Die Inflationsrate ist momentan Spielball des stark schwankenden Ölpreises im letzten Jahr“, sagte KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner und mahnte zur Gelassenheit. Der Ölpreis dürfte nun nicht mehr viel Luft nach oben haben. Die Inflation habe vorerst ihren Höhepunkt erreicht, erklärte auch die Commerzbank. Im weiteren Jahresverlauf werde sie wieder Richtung 1,5 Prozent fallen. … (HAZ vom 2. März 2017)

Die Ursache der Inflationsrate ist – wie so oft in der Vergangenheit – falsch dargestellt. Bei unverändertem Güterstrom, der durch den Markt fließt, kann es nur eine inflationäre Wirkung des Geldes geben, wenn die Zentralbank, das Geld vermehrt, einen Teil der Geldhorte aufgelöst wird und / oder sich das Tempo des Geldumlaufs erhöht. (Der Geldumlauf kann sich aber nicht beliebig erhöhen. Seine höchste Taktgeschwindigkeit ist gleich dem Produktions- und Dienstleitungstakt. Nur bei Auflösung von Schuldnerketten kann sich das Geld schneller bewegen, weil hier der Gegenzug an Waren und Leistungen schon in der Vergangenheit getätigt wurden.)

Bei konstantem Geldvolumen und konstanter Umlaufgeschwindigkeit ohne Geldhorte, die sich auflösen (könnten), kann sich ein höherer Preis für eine dominante Ware nur durchsetzen, wenn Preise für andere Waren nachgeben. Der Begriff Preisniveaustabilität besagt, dass die Summe der Preise aller Waren, die im sogenannten Warenkorb vertreten sind, gleich bleibt. Die Verantwortung für Preisniveau-Steigerungen hat immer die Zentralbank und nicht die einzelnen Akteure im oder auf dem Markt. Weil das so ist, hatte Ludwig Erhard mit seinen Maßhalteappellen auch keinen Erfolg.

Wir hätten schon längst eine galoppierende Inflation, wenn all das Geld, welches die EZB in letzter Zeit „ausgespuckt“ hat, auf dem Markt als Nachfrage aufgetaucht wäre. Aber bei 0 % oder in der Nähe von 0 % Zinsen ohne Umlaufsicherung des Geldes lohnt es sich, die Spekulationskassen zu füllen. Diese Neigung der Marktteilnehmer hat eine stärkere Inflationierung des Euro verhindert. Das ist aber keine Garantie, dass es so bleibt. Ziehen die Preise allgemein an, weil gehortetes Geld in Bewegung kommt, dann verstärkt sich diese Bewegung – wie bei der Deflation – von selbst, weil viele noch zu den alten Preisen einkaufen wollen. Solange die Notenbank nicht über eine gut funktionierende Umlaufsicherung des Geldes verfügt, ist sie dem Treiben hilflos ausgeliefert. Alle Aktionen, die ihr noch zur Sicherung der Geldwertstabilität einfallen mögen, sind dann bürokratische Eingriffe in den Geldmarkt, die nicht wirklich helfen.

2 oder 2,5 % Inflation p.a. reichen für die Umlaufsicherung nicht aus. Ich habe wohl schon darauf hingewiesen, dass die Rate wenigstens 5 % sein müsste. Aber 1, 2, oder 5 % Inflation per anno sind eben auch eine Renten- und Lohnkürzung in gleicher Höhe. Bei jedem Prozentsatz Inflation wäre eine Indexbindung der Verträge angebracht, um die Ungerechtigkeit einer Inflation auszugleichen. Die elegantere und weniger konfliktträchtige Methode ist, die Belastung des (Bar-)Geldes mit einer Benutzungsgebühr. Wenn die Notenbankleitungen davon noch nichts gehört haben, sind sie fehl am Platz und wenn sie das Wissen um diese Technik bewusst nicht einsetzen, dann gehören sie in die Wüste geschickt.

Bei einer schleichenden Inflation sind die Gewinner die Schuldner – besonders die Staaten in dieser Rolle -, aber auch Mieter aller Art, deren Verträge nicht indexgebunden sind. Und die Verlierer sind die, die Forderungen haben, die auf Geld lauten. Arbeitnehmer und Rentner habe ich schon benannt. Hier haben Sparer – anders als bei einem niedrigen Zinsniveau - dann wirklich einen Schaden an der Substanz ihres Vermögens. 2% per anno sind in fünf Jahren schon beachtliche 10 %. Bei einer Schuld oder Forderung von 500.000,- € machen 2 % jährlich eine Vermögensverschiebung von 10.000 € aus. Dass das ein Konfliktstoff für die ganze Gesellschaft ist, das sollte jedem „Normalbürger“ einleuchtend sein.

28. Tag: Nachträge zu Gesell, die Kirchen und die digitale Welt

Ergänzung zu: **Gesell 1918** (*Vorhersage des nächsten Krieges*) weiter oben auf Seite 174 f.

Man muss hier zu der Fehlsteuerung der Wirtschaft, die durch einen niedrigen Zins ausgelöst wurde und wird und die heute durch die Flutung des Marktes mit Geld durch die Zentralbank verhindert werden soll, für die Zeit der Weimarer Republik die Verarmung und Vermögensumschichtung durch die Inflation und die Zerstörung des Marktes allgemein und die des Arbeitsmarktes durch die Deflation im besonderen hinzurechnen, um sich ein Bild davon zu machen, warum die Republik untergegangen und die NSDAP aufgestiegen ist.

oooooo

Ich gebe hier die Seite 372 aus ***Das Geldsyndrom / Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft*** von *H*elmut Creutz, aus der Auflage von 1993 wieder:

Hat der Zins tatsächlich mit Krieg zu tun?

In der Kundenzeitschrift »Sparkasse« erschien im Dezember 1988 ein hochinteressanter Nachdruck, entnommen aus einem Vorläufer der gleichen Zeitschrift aus dem Jahr 1891. Dieser vor 100 Jahren geschriebene Artikel befaßte sich mit der Zinsentwicklung, schwerpunktmäßig mit jener des 19. Jahrhunderts. Dabei wurde vor allem der damals zu registrierende Trend sinkender Zinsen beklagt und erklärt:

»Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, daß die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben.«

Um den damals bei drei Prozent liegenden Zinssatz vor weiterem Fall zu bewahren, müßten, so hieß es weiter:

»... ***die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch europäische Capitalien erschlossen werden, damit einem solchen Sinken begegnet werde.«***

Doch da auch das zu einer Umkehr des Zinstrends nicht ausreichen würde, schließt der 1891 erschienene Artikel mit folgenden Sätzen:

»So spricht denn alles dafür, daß wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen. Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.«

Dieser Schluß scheint ungeheuerlich. Aber er hat sich - wie wir wissen - seit 1891 zweimal erfüllt: Zwei »allgemeine europäische Kriege«, die man sogar weltweit ausdehnen konnte, haben dem »Sinken des Zinsfußes Halt geboten«

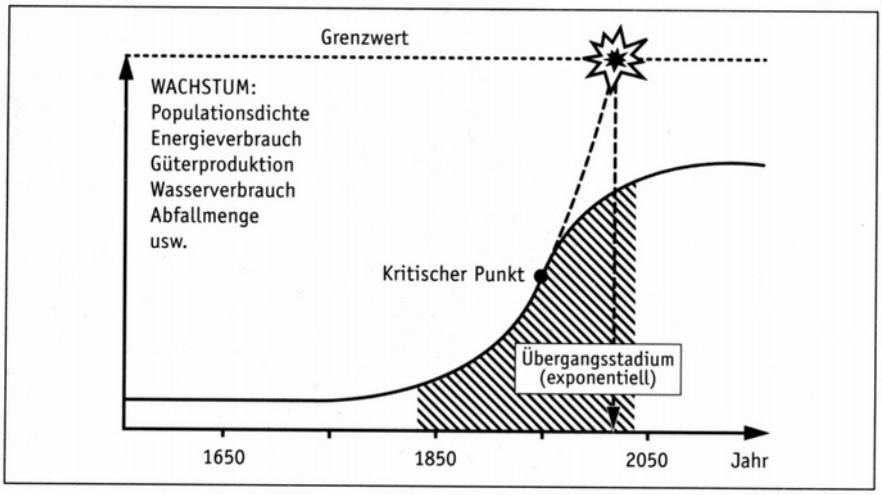
oooooooooooooo

Aus Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung

Eine Einführung in Leben und Werk von Werner Onken, 199, Zum Band 18 S. 147 f.

… Obwohl Gesell vielfach die Befürchtung geäußert hatte, daß sein Werk wieder verloren gehen könnte, hatte er selbst dennoch Vorbehalte gegen den ihm von Paul Diehl unterbreiteten Plan einer Gesamtausgabe aller seiner Bücher, Broschüren und Aufsätze: Das, was ich schreibe, sind Banalitäten wie alle Wahrheiten. Sobald sie begriffen worden sind, kümmert sich kein Mensch noch um die Herkunft derselben. Sie gehen wie die Erfindung des Hosenknopfes in das Inventar menschlichen Besitzes über. ... Wer würde heute noch seine Zeit verlieren, die gesammelten Werke eines Theologen oder Mediziners aus dem vorigen Jahrhundert zu lesen?" [70] Obwohl Gesell sich Ende der 20er Jahre wieder auf einen sehr langen Weg zu seinem Ziel eingestellt hatte und ahnte, daß er wie Moses den gelobten Zukunftsstaat nicht mehr selbst miterleben würde, hielt er Diehl entgegen, daß die Anerkennung seiner banalen Wahrheit' an "jedem Tag" möglich sei; deshalb verwarf er den Plan einer Gesamtausgabe seiner Werke. … (S.146)

… Wie notwendig es inzwischen geworden ist, daß sich nicht nur Wirtschaftswissenschaftler, sondern auch Historiker, Juristen, Politologen, Psychologen, Theologen und Philosophen im Rahmen ihres Nachdenkens über gangbare Wege in die Zukunft auch mit Gesells Erkenntnissen beschäftigen und sie weiterentwickeln, möge abschließend ein Schaubild des bekannten Naturwissenschaftlers Prof. Frederic Vester zeigen:



Demnach haben Erde und Mensch lange Zeiträume einer schöpferischen Evolution zurückgelegt. Aus dieser langen quasi-stationären Entwicklung, die bis in das 19. Jahrhundert hineinreichte, ragen nur der Aufstieg und Niedergang der antiken Kulturen heraus, die Gesell mit der Ausbreitung von Arbeitsteilung und Geldwirtschaft und der damit bislang verbundenen 6000 Jahre alten Krankheit der Mammonherrschaft in Verbindung brachte. Gegenwärtig befinden wir uns in einer Übergangsphase zwischen dieser langen quasi-stationären Entwicklung und der Zukunft, die zwar noch offen, aber dennoch stark durch das gleichsam krankhafte exponentielle Wachstum von Geldvermögen und Schulden, Güterproduktion, Ressourcenverbrauch und Bevölkerung gefährdet ist. An einem 'kritischen Punkt' innerhalb dieser Übergangsphase wird sich entscheiden, ob die Menschheit weiterhin auf ihrem falschen Weg durch Krisen und Kriege einer globalen Katastrophe entgegengeht oder ob es ihr gelingt, ihre weitere Entwicklung in einem neuen ökonomisch-ökologischen Gleichgewicht zu stabilisieren. Das Wachstum der Geld- und der Realwirtschaft ist zu einem Tumor im Gesamtorganismus von Erde und Mensch geworden, der den Fortbestand des Lebens gefährdet. Ein jährliches Wachstum von *3 %* bedeutet eine Verdopplung des Sozialprodukts in knapp 24 Jahren, ein Anwachsen auf das Tausendfache in 235 Jahren und auf das Millionenfache in 470 Jahren! Doch was sind 24, 235 oder 470 Jahre in einer Evolution von Millionen von Jahren? Die Entscheidung zwischen Katastrophe oder Neuordnung des menschlichen Zusammenlebens erfordert bald nach der Jahrtausendwende die Lösung ökonomischer und politischer Kernfragen. Diese schließen auch die weltanschauliche Frage nach dem Sinn unseres Daseins ein: Woher kommen wir Menschen, welchen Auftrag haben wir auf Erden, und wohin gehen wir danach? Die Herausgabe von Silvio Gesells Gesammelten Werken möge dazu beitragen, daß tragfähige Antworten auf diese existentiellen Fragen entwickelt werden. (S. 147 f.)

oooooooooooooooo

Heute am 20. März 2017 melden die Medien, dass Martin Schulz mit 100 Prozent der Stimmen der SPD-Delegierten zum Vorsitzenden der Partei und als Kanzlerkandidat gewählt

wurde. In dem HAZ-Artikel „Mister 100 Prozent“ von Andreas Niesmann (Ausgabe vom 20.3.,S. 2 und 3) ist zu lesen:

> … Schulz greift ganz tief in die Schublade mit der SPD-Prosa. Er bewerbe sich um den Vorsitz einer Partei, die den Nationalsozialismus bekämpft habe, die in der DDR verboten gewesen sei. Die das Frauenwahlrecht erkämpft und die Teilnahme Deutschlands am völkerrechtswidrigen Irak-Krieg verhindert habe. Jeder einzelne Satz wird begeistert beklatscht, selbst Banalitäten führen zu Jubelstürmen. Vermutlich könnte Schulz auch das örtliche Telefonbuch vorlesen, die Delegierten wären trotzdem aus dem Häuschen. Ein ergrauter Sozialdemokrat sagt es nachher so: „Wie damals bei Willy.“ Tatsächlich fällt der Name des großen Vorsitzenden an diesem Tag noch öfter. Auch Schulz bezieht sich in seiner Rede ausdrücklich auf Willy Brandt. Natürlich liegt darin auch eine Gefahr. Dass Schulz die riesigen Erwartungen, die nun an ihn gerichtet werden, am Ende enttäuscht. Die Wahrscheinlichkeit ist nicht mal klein: Denn während der frühere Bürgermeister des freien Berlins seinerzeit den Aufbruch in eine demokratischere und friedlichere Zukunft verkörperte, steht der frühere Bürgermeister von Würselen für das Versprechen, die gute, alte Bundesrepublik wiederherzustellen.
>
> Am Ende eines aus SPD-Sicht gelungenen Tages bleibt die Frage, wie Schulz jetzt eigentlich weitermachen will. Die innerparteiliche Euphorie ist inzwischen so groß, dass sie sich kaum noch steigern lässt. Schon in der vergangenen Woche hatte SPD-Urgestein Rudolf Dressler in einem Radiointerview mit der Antwort gezögert, als ihm die Frage gestellt wurde, ob Schulz über das Wasser laufen könne. Immerhin sei es ja schon ein kleines Wunder, was der Kandidat bewirkt habe, meinte er. ...

Es ist zwar richtig, dass die SPD gegen den Nationalsozialismus gekämpft hat, aber genauso richtig ist, dass sie ihn mit den falschen Mitteln bekämpft hat und die richtigen Mittel bekämpft hat, von daher geurteilt ist die SPD ein Mitverursacher der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Das Schlimme ist, dass die SPD ihr Versagen – das weiter wirkt – nicht eingesehen hat und sich in ihrer Opferrolle sonnt. Ich erinnere an den Zeitzeugen Johannes Schumann, den ich weiter ober ausführlich zitiert habe. Eine Gesellschaft im Ganzen oder in Teilen, die sich für nichts – oder auch nicht für eine Person - mehr begeistern kann, ist etwas Alarmierendes, das auf eine gesellschaftliche Depression verweist. Aber auch eine Gesellschaft oder ein Teil von ihr, wie es eine Partei ist, die einem politischen Menschen zujubelt ohne dass dieser zu erkennen gibt oder zu erkennen geben kann, wie er denn den Weg in die Zukunft besser gestalten will als seine Konkurrenten und Vorgänger innerhalb und außerhalb der SPD, ist besorgniserregend. Schon bei der Meldung vom 24.07.2008: „Millionen Deutsche hörten Rede / **Berlin machte Barack Obama fast zum Präsidenten**“ [122] habe ich mich

122 http://www.morgenpost.de/berlin/article102952233/Berlin-machte-Barack-Obama-fast-zum-Praesidenten.html

gefragt, ob die Deutschen immer noch ein Bedürfnis nah einem GröFraZ (Größter Führer aller Zeiten) haben. Ich kann ja den Jubel der SPD-Mitglieder verstehen. Aber der Jubel ist keine Lösung der Probleme unserer Gesellschaft und der Weltgemeinschaft. Wenn politische Parteien noch eine Berechtigung haben sollen, dann dadurch, dass sie Problemlösungen befördern oder entwickeln, ohne zu vergessen, dass sie in einer repräsentativen Demokratie nicht der Gesetzgeber sind und diesem auch nicht gebieten können, was dieser zu tun und zu lassen hat. So wie die Dinge jetzt laufen, bin ich unsicher im Urteil darüber, ob wir uns mehr für die Wirkungen eines Martin Schulz, einer Angela Merkel oder Frauke Petry fürchten müssen.[123] Ich kann mir auch keine Regierungskoalition vorstellen, die uns wirklich weiterbringt, weder rot-rot, rot-rot-grün, rot-grün, schwarz-grün, schwarz-gelb-grün oder schwarz-gelb. Und wie die Schwüre aller halten, mit der AfD nicht zu koalieren, zeigt sich erst nach der Wahl. Wir haben bei Obama gesehen, dass es nicht genügt, Außenseitermerkmale, Attraktivität und Glaubwürdigkeit zu besitzen. Besonders in der Demokratie müssen Kurskorrekturen in der Politik mit der Wirkung einer neuen Gesellschaftsgestaltung auf breiter Basis – über die Parteigrenzen hinweg - vorbereitet werden, damit daraus für das Parlament eine Verpflichtung wird. Ein „Heiliger“ oder einer „der über das Wasser gehen kann“, bringen da gar nichts, außer eine deutsche Ausgabe von Donald Trump als seinen Nachfolger.

Gerechtigkeit ist das Thema von Martin Schulz. Die SPD hat das Thema schon weit über 100 Jahre auf ihre Fahne geschrieben und hat das Ziel nicht erreicht, warum soll es der Kanzlerkandidat denn schaffen, wo nicht einmal die Ursachen für die ungleiche Vermögens- und Einkommensverteilung von ihm benannt werden.

> **Bildung** Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Studium, das ist Schulz' Kernforderung in der Bildungspolitik bisher. Er wolle für mehr Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Bildung sorgen. Als gelernter Buchhändler sei es ihm wichtig, dass dabei die musische Bildung und die Investitionen in Bibliotheken und Theater nicht vergessen würden, sagte Schulz.

Das las ich soeben im Netz. [124] Gebührenfreiheit klingt schon besser als kostenlose Bildung, wenn unentgeltlich gemeint ist. Bildung kostet viel! So oder so. Der Staat bezieht sein Einkommen, das er für die Bildung ausgibt, nicht aus einer produktiven Arbeit, sondern aus der produktiven Arbeit der Arbeitnehmer und Unternehmer. Also auch, wenn die Bildung gebührenfrei angeboten wird, zahlen Eltern für die Bildung ihrer Kinder. Wenn sie Glück haben,

123 Ich habe bewusst von den Wirkungen und nicht von den Personen geschrieben, weil ich keine Abwertungen der Personen betreiben will. Ich denke, jede ist auf ihre Art davon überzeugt, das Richtige zu tun.

124 http://www.rp-online.de/politik/deutschland/martin-schulz-das-steht-auf-der-agenda-steuern-bildung-arbeitsmarkt-aid-1.6572384

zahlen sie nicht die vollen Kosten, weil auch kinderlose Eltern und Eltern die ihr Kinder schon durch die Bildungszeit hindurch gebracht haben, einen Teil der Kosten tragen. Wenn erwachsenen Kindern die unentgeltliche Bildung versprochen wird, dann kollidiert das mit der Gerechtigkeitsfrage, denn das Geld für die Kostendeckung müssen ja von denen erarbeitet werden, die im Produktionsprozess stehen und sich selber weiterbilden müssen / müssten – aber häufig nicht können - um nicht ihren Arbeitsplatz oder ihre Position im Markt zu verlieren. [125]

Aber das wichtigste wäre, dass das Geld, das über den Staat für Bildung für jedes Rechnungsjahr ausgeben wird, die Form von Bildungsguthaben annehmen würde, über das die Berechtigten selber als Bildungsnachfrager verfügen könnten. Dann wäre es möglich, in Deutschland eine wirkliche freie Bildungslandschaft entstehen zu lassen. Aber das hat keine Partei zum Ziel, weil alle die Herrschaft über die Inhalte in den Köpfen der Bürger anstreben. Ich nenne das den heimlichen Faschismus der (Schein-)Demokraten.

Ooooooooooo

Einschub 14 (FAIRCONOMY-Newsletter / Niedrigzins)

Am 21. 3. 2017 erhielt ich das **FAIRCONOMY-Newsletter** Nr. 62, März 2017

Darin wird u. a. auf einen Beitrag in DIE ZEIT hingewiesen:

Macht der Niedrigzins arm?
Die Behauptung: "Die Sparer verlieren allein in diesem Jahr 100 Milliarden Euro", sagt Bayerns Finanzminister Markus Söder. Schuld daran sei die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Er unterschlägt, dass viele Menschen davon profitieren.
Von Mark Schieritz
11. März 2017 DIE ZEIT Nr.11/2017, 9. März 2017
http://www.zeit.de/2017/11/geldpolitik-ezb-sparer-markus-soeder-niedrigzins-fakt-fake/komplettansicht
Bestellen kann man den Fairconomy-Newsletter hier: http://www.inwo.de/seite-nicht-gefunden/

Einschub 14 Ende

oooooooooooooooo

„Wir wollen gemeinsam glauben“

Lange haben sich Katholiken und Protestanten angefeindet – in Hildesheim feierten Kardinal Marx und der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm Versöhnung. Wie weit geht die Annäherung?

So betitelte die HAZ vom 13. 3. 2017 ein Bild der genannten, sich umarmenden Kirchenführer. Michael Berger schreib dazu in seinem Leitartikel auf der Seite 2 u.a.:

125 Ich argumentiere nicht als ein Wohlhabender, sondern als einer, dem selbst Bildungsgänge verschlossen waren, weil das Geld fehlte.

> Heilt die Zeit doch alle Wunden? In der niedersächsischen Provinz, in Hildesheim, ist nun ein Zeichen gesetzt worden, das sogar in die große katholische Weltkirche abstrahlen soll: Die obersten Protestanten und Katholiken Deutschlands feierten in einem anheimelnd stimmigen Fernsehgottesdienst ein Versöhnungsfest, das einen vorläufigen Schlussstrich unter eine 500-jährige Geschichte des Streits, der Trennungen, der gegenseitigen Beschimpfungen und Verurteilungen setzen sollte. Zweifellos eine ehrenwerte Absicht. Aber wird sie Folgen haben? …
>
> … Doch das Gerede von der Großen Koalition der Kirchen stimmt schon deshalb nicht, weil diese gewaltig geschrumpft sind. Waren Ende des Zweiten Weltkrieges noch über 90 Prozent Christen, sind es heute noch etwa 60 Prozent. Mitgliederschwund und Traditionsabbruch sind so gewaltig, dass christliche Familien Mühe haben, Paten zu finden, sowie beide ehemals großen Kirchen theologischen Nachwuchs. Und so wächst auch angesichts zunehmender Verweltlichung die Ökumene. Dabei wird es aber wohl nicht so weit kommen, dass sich Katholiken und Protestanten bald gemeinsam an einen Abendmahlstisch setzen. Da müssten sich die Katholiken noch einen größeren Ruck geben. Denn auch der freundliche Papst Franziskus rüttelt wenig an den römisch-katholischen Grundsätzen. Doch es geht derzeit auch ohne Abendmahl schon gut voran. Nicht nur in Hildesheim.

Ich hatte den Bericht schon aussortiert, weil ich mich zum Schluss auf die Ökonomie konzentrieren wollte. Ein Ausflug hat den Artikel in meinem Kopf reaktiviert. Ich war mit einem meiner vier Söhne nach Hamburg gefahren, um die jüngste Tochter, die am Rande von Hamburg in einem Recyclingunternehmen ihr Praxissemester macht, zu besuchen. Bei der Gelegenheit wollte ich meinen Kindern zeigen, wo ich (und zeitweise auch meine erste Frau und unsere Zwillinge) in einer Gartenlaube 1964/ 66 in der Zeit des Studiums an der AWP gewohnt habe. Die Hütte haben wir nicht mehr gefunden. Aber die Spurensuche nach einer freundschaftlichen Beziehung aus der damaligen Zeit war zum Teil erfolgreich. Ich hatte gehofft, die Eheleute **Gisela** und **Klaus Timm** noch lebend anzutreffen. Gisela – so stellte es sich heraus – ist vor 10 Jahren in Hamburg gestorben, nachdem sie lange Zeit mit ihrem Klaus in Finnland gelebt hat. Und Klaus – mein Jahrgang – saß im Rollstuhl. Er hat sich von einem Schlaganfall soweit erholt, dass er eine Kunstgalerie auf seinem Anwesen betreiben kann. Auf seiner Visitenkarte steht stolz: Architekt – Baumeister – Chronist – Publizist und Barfußgalerie. Die Webadresse lautetet www.barfuss-galerie.de . Die aktuelle Ausstellung ist von dem Maler Jürgen Bätz (www.baetz-images.de / info@baetz-images.de). Die Skulpturen im Garten und der Schlaganfall von Klaus Timm erinnerten mich dann an **Friedrich Müller-Reißmann,** dem ich nie persönlich begegnet bin, obwohl er in der Zeit seiner Tätigkeit im Pestel-Institut in Hannover (http://www.pestel-institut.de/) in der Nähe meines Wohnortes mit seiner Familie gewohnt hat. Auf seiner Hompage (http://www.mueller-

reissmann.de/)ist zu lesen, dass er 1940 geboren wurde, eine Ost-West-Ost-Biographie hat und ein Studium der Physik (Leipzig, Saarbrücken), ev. Theologie (Tübingen, Bonn), theoretische Informatik (Karlsruhe) studiert hat. Weiter: „April 2010 Schlaganfall, seitdem linksseitig gelähmt. Noch denkfähig und nachdenklich, aber nicht mehr arbeitsfähig. Seit 2014 in einem Pflegeheim in Berlin-Pankow.“ Friedrich hatte sich nach der Pensionierung der Holzbildhauerei zugewandt. Eine Tätigkeit, die mit dem Schlagfall zu Ende ging. Der Klaus im Rollstuhl und die Skulpturen im Garten machten mir bewusst, dass ich die Korrespondenz mit Friedrich vernachlässigt habe. Wieder Zuhause angekommen, klappte eine Kontaktaufnahme über E-Mail und Telefon nicht, so dass ich auf seiner Internetseite nach Lebenszeichen von ihm suchte und auf seinen folgenden Text stieß:

Friedrich Müller Reißmann / friedrich.mr@gmx.de / 01 2015

Jetzt erst recht?
Religionskritik und Pressefreiheit Religion muss kritisiert werden (dürfen)
Was macht aus meiner Sicht Religionen problematisch? Nicht der Glaube an Gott oder eine andere „übernatürliche“, „unsichtbare Wirklichkeit, wodurch unser Bild von der „Realität“ in seiner Relativität erkannt und in Frage gestellt wird, sondern im Gegenteil der Hang zu einer geschlossenen, ein für allemal abgeschlossenen monolithischen Weltanschauung mit Welterklärungsanspruch, bei der man nur die eigene Wahrheit kennt, das Streben nach Macht über die Gewissen der Menschen, die autoritäre Einflussnahme auf die Lebensführung der Menschen durch geeignete Institutionen und Rituale und der missionarische Eifer, der Menschen anderen Glaubens als Dorn im Auge empfindet und sie deshalb umzustimmen trachtet, nicht selten mit unfairen Mitteln.
Häufig gehört zu dieser religiösen Geisteshaltung ein Hang zur Übererfüllung - in Form von vorlaufendem Gehorsam, rigider Kasuistik, überängstlich-korrekter Lebensführung, Moralismus, argwöhnischer Beobachtung der Nachbarn bis hin zum Denunziantentum usw., um sich bei den maßgebenden „Mächten“ Liebkind zu machen, und Vorteile zu verschaffen und (in Religionen, die mit furchtbarer Bestrafung des Ungehorsams drohen) auf „Nummer Sicher“ zu gehen, nur ja nicht das Los der Verdammten teilen zu müssen. Ich sehe in der von Religionen erzeugten Angst vor ewiger Verdammung, mit der Menschen jahrhundertelang erfolgreich „terrorisiert“(!) wurden, die wohl unverzeihlichste Schuld von Religionen bzw. denen, die sie in exponierter Stellung vertreten, mit ihr Macht ausgeübt haben und durch sie ein privilegiertes Leben führen konnten.
Monolithische, machtbesessene und missionarische Religionen und ihre willigen Nachahmer in den Pseudoreligionen der radikalen Weltverbesserer wie der radikalen Anbeter von Ego, Macht und Geld verdienen unerbittliche Kritik, auch die ganze Schärfe von Satire und Karikatur. ...

… Religionskritik ist eine Frage politischer Verantwortung für den Frieden. Wenn jetzt nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe von „Charlie Hebto“ nach dem Attentat vom 7.1. 2015 die Welle der Empörung in der islamischen Welt aufbrandet und zu gewalttätigen Ausschreitungen führt, bei der Kirchen niedergebrannt werden und Menschen ihr Leben verlieren, dann kommen mir an meiner „schönen Theorie“ Zweifel. Ich stimme zwar nicht einem grundsätzlichen Schutz religiöser Gefühle durch internationale gesetzliche Regelungen zu, wie sie von islamischen Rechtsanwälten gefordert werden. Auch Muslime werden lernen müssen, dass ihnen der eigene Glauben nicht durch die, die diesen Glauben nicht teilen und ihn sogar missachten,

nicht wirklich genommen werden kann, aber ein solcher Lernprozess braucht seine Zeit. Man führe sich nur einmal vor Augen, was in unserem Kulturkreis für komplizierte und schmerzhafte Umbrüche, Reformation, Aufklärung, französische Revolution, russische Revolution usw., erkämpft und erlitten werden mussten, bevor ein gewisses „Aufgeklärtheitsniveau“ von Mehrheiten erreicht wurde, das uns als selbstverständlich und gesichert gilt. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns zum Lehrmeister aufzuschwingen über die, deren historischer Hintergrund ein ganz anderer ist. An uns ist es vielmehr, darauf zu achten, unser Erbe nicht zu verspielen sondern zu bewahren und für eine gemeinsame Zukunft fruchtbar zu machen. ...

… Der notwendige tiefgreifende Lernprozess im Raum des Islam steht erst am Anfang, so wie bei uns die notwendige tiefgreifende Auseinandersetzung mit der Ideologie des „westlichen“ Kapitalismus noch ganz am Anfang steht. Die Vorstellungen von der Heilsnotwendigkeit des Wachstums, von der Alternativlosigkeit des Zinsgeldes, vom automatischen Vorteil von immer mehr Freihandel, von der glücksbringenden Wirkung grenzenlosen Konsums und all die anderen Mythen und Dogmen des Ökonomismus und Neoliberalismus sind auch nicht „im Himmel“ geschrieben worden. Sie müssen im Interesse unserer Zukunftsfähigkeit in Frage gestellt werden. Ich weiß nicht, wer da vor der größeren Herausforderung und schwierigeren Aufgabe steht, die islamische Welt oder der Westen.

Der ganze Text ist hier zu finden:
http://www.mueller-reissmann.de/wp-content/uploads/2015/04/Jetzt-erst-recht.pdf

Friedrich Müller-Reißmanns [126]Text hat mich dann bewegt, die Aufforderung zur Ergänzung und zum Widerspruch, die in dem Titel „Wir wollen gemeinsam glauben“ von Michael Berger steckt, zu folgen und ein paar Zeilen dazu zu schreiben. Natürlich sind die Kirchen auch ein ökonomisches Thema a) Kirchen als Großgrundbesitzer, b) Kirchen als Kapitalhalter, c) Kirchen als Oligopolisten im Markt für soziale Dienstleistungen, d) Kirchen als „Profiteure“ der Nichttrennung von Staat und Kirche, e) Kirchen als angebliche Spezialisten in Sa-

126 Inzwischen erhielt ich ein Lebenszeichen. F.M-R ist weiterhin auf Hilfe für alles angewiesen. Er kämpft weiter gegen die Folgen des Schlaganfalles an. Ein Freundeskreis aus vergangener Zeit trifft sich bei ihm. „So haben wir z.B. über den Islam gesprochen oder über die Zerstörung der Demokratie durch den Neoliberalismus.“ Und er hat trotz Sprachstörung schon kleine Vorträge gehalten.

chen Ethik. Das sind alles Themen, die eine spezielle Bibliothek füllen können. Im letzten Absatz von Friedrich Müller-Reißmann klingt das Thema e) schon an, obwohl er nicht von den Kirchen als seine Adressaten schreibt, sondern vom Westen. Und das Titelblatt der Mitgliederzeitschrift *Fairconomy* Nr. 1 vom März 2017 zeigt ein Luther-Bild mit dem Zitat von ihm: „Der Zins ist ein in der Wolle gefärbter Dieb"! Wenn man den Ausspruch zum Maßstab nimmt und beobachten konnte, wie in den letzten Jahrzehnten die ev. Kirche ihre Mitglieder aufgerufen hat, Stiftungen zu gründen, um von den Zinserträgen zu profitieren, dann feiert die evangelische Kirche einen Mann, den sie verraten hat. Dieser Spur will ich gar nicht folgen, auch nicht der von a), b) und c). Auf die Spur d) werde ich mich einlassen, aber nicht so, dass daraus eine Abhandlung entsteht. In der Hauptsache geht es mir hier um erlebte Kirchen. Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich in diesem Text schon berichtet, dass ich als Sohn einer evangelischen Familie in einem katholischen Dorf geboren worden und aufgewachsen bin und schon in den 50. Jahren aus der Kirche austrat, weil ich das Glaubensbekenntnis nicht als das meine erkennen konnte. Ich äußere mich hier aber nicht als ein Anti-Christ, sondern als einen Nicht-Christen im weiteren Sinn als ein Agnostiker. Wenn ich mich heute in die Kirche setze, wo ich getauft und konfirmiert wurde, fühle ich mich nicht fremd und als Enkel von mir in einer katholischen Kirche an der Erstkommunion teilnahmen, war das nicht etwas Bedrohliches sondern Versöhnliches. Das war nach dem Zweiten Weltkrieg, als die NS-Ideologie den konfessionellen Konflikt nicht mehr überlagerte, anders - wenigstens im in meinem Geburtsort Barßel, einem Ausläufer des Oldenburger Münsterlandes an der Grenze zu Ostfriesland und dem Ammerland. Als ich mit 16 Jahren als Schiffsjunge auf einem Küstenmotorschiff angemustert habe, hatte ich im Gepäck das Gefühl, man hätte mir in meinem Geburtsort das Heimatrecht verweigert. Und dieses Gefühl hat lange gedauert. Dabei kann ich keine schriftlichen Quellen präsentieren, die die Ursache dieses Gefühls begründen können. Aber wenn Spielkameraden mir berichteten, dass Barssel wieder rein katholisch werden soll und wir Evangelischen daher von Barßel wegziehen müssten, dann werden sie es sich nicht ausgedacht, sondern am elterlichen Tisch erlauscht haben. Heute sind diese Gefühle lange verflogen und ich freue mich jedes Mal, wenn ich eine vertraute Person aus vergangener Zeit sprechen kann. Meine jüngere Schwester versorgt mich von dort hin und wieder mit dem gemeinsamen Kirchenblatt „Unsere Brücke - Ökumenisches Gemeindeblatt". Das war in meiner Jugendzeit undenkbar, da mussten in Elisabethfehn, das zur Gemeinde Barßel gehörte, Schüler lange Schulwege auf sich nehmen, um in die evangelische oder katholische Schule gehen zu können, auch dann, wenn die „falsche"

Schule auf dem Nachbargrundstück stand. Dass das heute anders ist, finde ich erfreulich. Insofern ist **„Wir wollen gemeinsam glauben!“** eine gute Sache**,** wenn aber der Glaube zum Dogma wird und die Erkenntnisfähigkeit - die ja für den Gläubigen auch eine Gabe Gottes ist – geleugnet oder verdrängt wird, dann wird der Glaube an einen Gott zum Übel.

Wenn heute die evangelische und katholische Kirche ein Stück zusammenrücken, dann ist das sicher nicht nur dem Umstand zu verdanken, dass immer mehr Bürger sich von den Kirchen trennen oder eine Distanz zu den hauptamtlichen Christen und deren Glaubensinhalten (oder - Glaubensformeln) entwickeln, sondern auch, dass sie jetzt mit dem Islam auch eine ernsthafte Konkurrenz im Lande haben. Neben der Bereitschaft der offiziellen Kirchenvertreter, den Islam als Glaubensgemeinschaft zu akzeptieren, gibt es bestimmt auch einen Neid auf die Glaubensintensität der Muslime.

Die Religionsfreiheit oder auch die Freiheit von Religionen erscheint uns heute selbstverständlich, und etwas auf Anordnung glauben zu müssen, wirkt befremdlich oder gar ungeheuerlich. Und doch ist es so, dass die wenigsten Menschen aus freiem Willen ihre Religion gewählt haben. Die Tradition, in der wir hineingeboren wurden, spielt heute die Hauptrolle, davor aber auch die Abhängigkeit der Menschen von den Mächtigen, die ihnen befahlen, was sie als Untertanen zu glauben hatten. Diese Mächtigen verstanden es dann auch – wenn der Glaube sich in den Köpfen der Untertanen festgesetzt hatte – den Glauben für den Machterhalt und die Machterweiterung zu nutzen. Und da, wo ein Glaube sich organisiert, wird auch dieser zu einem Machtfaktor, der sich der staatlichen Strukturen zum Machterhalt und Machterweiterung bedient. Die Anwesenheit von Bundespräsident Joachim Gauck und der Bundeskanzlerin Angela Merkel bei dem Versöhnungs-Gottesdienst am 11. 3. 2017 in Hildesheim mit den Würdenträgern der evangelischen und katholischen Kirche machen den gegenseitigen Machtmissbrauch von Staat und Kirche symbolhaft deutlich.

Um den gegenseitigen Machtmissbrauch von Staat und Kirche zu verhindern und die Glaubwürdigkeit beider Institutionen zu erhöhen, wäre eine strikte Trennung von Staat und Kirche erforderlich. Zahlreiche Verträge (Konkordate) haben die Verflechtung zwischen Staat und Kirche verfestigt statt gelöst. Und es ist kein Vorteil, wenn andere Glaubensgemeinschaften in dieses Geflecht eingebunden werden. Der Parlamentarische Rat im Jahr 1949 hat wohl nicht die Kraft gehabt, das Verhältnis von Staat und Kirchen eindeutig in Richtung Trennung

zu regeln und hat mit Artikel 140 GG einfach die Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 übernommen. Dort steht zwar im Artikel 137 „Es besteht keine Staatskirche“ und die Religionsfreiheit wird auch gewährt. Im Artikel 137 der Verfassung von 1919 steht aber auch: „Die Religionsgemeinschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechtes, soweit sie solche bisher waren.“ Es ist auch möglich, dass diese Übernahme aus der alten Verfassung in das Grundgesetz Ausdruck einer Machtbalance der Mitglieder des Parlamentarischen Rates war. Ein Studium der Protokolle zu den Beratungen des Parlamentarischen Rates gibt vielleicht darüber Auskunft. Ich finde die Konstituierung der Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts als ein Unterlaufen des ersten Satzes in Artikel 137 (alt) „Es besteht keine Staatskirche“. Und ich schätze, dass die Kirchen nichts unterstützen werden, was diesen Sachverhalt ändern könnte. Sie werden somit die Gültigkeit des Grundgesetzes, das seine Verfallszeit hinter sich hat, verteidigen und sich in die Reihe der Institutionen einreihen, die sich als Demokratiefeinde entwickelt haben.

> Körperschaft des öffentlichen Rechts
> **4. Staatsferne Körperschaften öffentlichen Recht**s
> … Eine Ausnahme bilden die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die kraft Verfassung nicht-staatliche Körperschaften des Öffentlichen Rechts sind. Begründet wurde dieser Sonderstatus im sogenannten Weimarer Kirchenkompromisses, den das Grundgesetz als Verfassungsrecht übernommen hat. Das Parlament verzichtete in der Verfassung von 1919 auf eine Trennung von Staat und Kirche nach französischem Vorbild (Laizismus). Statt dessen wurde religiösen Gemeinschaften unter gewissen Voraussetzungen der Körperschaftsstatus zugebilligt. Dieser Status war und ist für alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften geöffnet. In Artikel 137 Absatz 5 der Weimarer Verfassung heißt es: "Die Religionsgesellschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechtes, soweit sie solche bisher waren. Anderen Religionsgesellschaften sind auf ihren Antrag gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten." …
> http://www.juraforum.de/lexikon/koerperschaft-des-oeffentlichen-rechts

oooooooooooooooo

Lösung ökonomischer Probleme durch Digitalisierung? Nein!

Digital-Konferenz, der SXSW in Austin / CeBit Hannover 2017

Ich habe schon von der Tagung *Die Zukunft der Ökonomie* in der Ev. Akademie Loccum in 1984 berichtet. Damals habe ich die Frage gestellt, ob die Wirtschaftswissenschaften zu einer

Leistung fähig wären, die der Mondlandung der Naturwissenschaften vergleichbar wäre. Resignierend wurde das von den hochkarätigen Referenten mehr oder weniger verneint. Heute wird von den Wissenschaftlern, die den naturwissenschaftlichen Fakultäten zugerechnet werden können, der Flug zum Mars in Angriff genommen. Die Wirtschaftswissenschafler sind in der seit 1984 vergangenen Zeit erst zu den Vorüberlegungen gekommen, ob es ihnen in den nächsten Jahrzehnten gelingen kann, einen ökonomischen Heißluftballon zu starten. Dabei sagte Gesell vor langer Zeit, es geht um Erkenntnisse, die „sind Banalitäten wie alle Wahrheiten. Sobald sie begriffen worden sind, kümmert sich kein Mensch noch um die Herkunft derselben. Sie gehen wie die Erfindung des Hosenknopfes in das Inventar menschlichen Besitzes über.“ [127] Ich will nicht ausschließen, dass die Computer-Technik keine Hilfe bei der Lösung ökonomischer Probleme sein kann, im wesentlichen müssen wir aber mit unserer Denkkraft die Lösungen erarbeiten. Und hierbei ist unser Vorstellungsvermögen offensichtlich wichtiger als die Rechner. Und hinderlicher als Partial-Interessen – die immer eine Rolle spielen – sind vermutlich veraltete Vorstellungen vom Inhalt ökonomischer Probleme und ihren Lösungen. Ich kann mich an eine Rede vom verstorbenen, ehemaligen Bundespräsidenten (1984 – 1994) von Richard von Weizsäcker aus Anlass der Eröffnung einer Messe in Hannover [128] erinnern, wo er von der Bedeutung der Kommunikationstechnik zur Lösung ökonomischer Probleme sprach. Ich habe mich damals darüber geärgert, dass er die Kommunikationstechnik und nicht die Kommunikationsinhalte betonte. Ich habe damals an die Amateurfunker zu Zeiten des Eisernen Vorhanges erinnert, die – um ihre Lizenz in Ost und West nicht zu verlieren - sich darauf geeinigt hatten, nicht über Themen zu sprechen, die einen politischen Inhalt haben. Was nützt einem die tollste Funktechnik, wenn sie nicht das freie Wort transportieren darf? Und was nützt uns die digitale Technik, wenn wir damit nicht bis zum Kern unsere ökonomischen Probleme vordringen können.

Die Ankündigungen im Handelsblatt Morning Briefing vom 18. 3. 2017 über die Berichte der 47 Teilnehmer, die mit zur WirtschaftsWoche oder dem Handelsblatt in Texas auf der weltgrößten Digital-Konferenz, der SXSW, in Austin waren, lassen vermuten, dass alle Teilnehmer Interessantes zu berichten haben, aber nichts, was uns bei der Lösung unserer ökonomischen Probleme weiterhilft. Nicht einmal welche zusätzlichen Probleme uns die Digitali-

127 Siehe weiter oben Seite 310 f. In diesem Text.

128 Unter Reden im Verzeichnis http://www.bundespraesident.de/DE/Die-Bundespraesidenten/Richard-von-Weizsaecker/Reden/reden-node.html habe ich sie nicht gefunden. In einem Beitrag zum Thema Marketing fand ich in einer Fußnote den Hinweis, dass er auf der Hannover-Messe 1986 eine Eröffnungsrede gehalten hat.

sierung in Verbindung mit dem bestehenden Patentrecht gebracht haben und weiter bringen, wird durch eine Vorankündigung angezeigt. Die Mannschaft zweier publizistisch-ökonomischen Organe scheinen technikverliebt und ökonomisch blind in Texas gewesen zu sein. Drei von 47 Artikelankündigungen habe ich ausgewählt, um sie hier zu zeigen. Die Auswahl ist aber kein Urteil über die anderen Beiträge und steht unter dem Vorbehalt, dass die Ankündigungen auch den Inhalt der einzelnen Beiträge richtig zusammenfasst.

Gerrit Schumann, Chief Digital Officer, Verlagsgruppe Handelsblatt

XSW ist inspirierend und auf jeden Fall eine Reise wert. Die Bandbreite an Vorträgen und das Networking sind einmalig. Die Schwerpunktthemen bei der Interactive Conference waren Künstliche Intelligenz, Digital Health, die Zukunft des Autos und vor allem eine kritische Auseinandersetzung mit den Folgen des technologischen Wandels und der Nachhaltigkeit im Zeitalter von steigender politischer Unsicherheit.

Eine für mich sehr spannende Paneldiskussion beschäftigte sich mit dem Thema #Blockchain und dessen Entwicklung über den Finanzbereich hinaus. Bekannt durch die digitale Währung Bitcoin, hat die Technologie das Potenzial, zum globalen Protokoll für den Austausch von Daten und Werten zu werden. Durch die dezentrale und parallele Datenhaltung sind einmal in einer Blockchain gespeicherte Informationen nicht mehr manipulierbar. Daraus ergeben sich riesige Anwendungsfelder, zum Beispiel:

- Sichere Transaktionen mit Waren, Informationen und Daten
- Grundlage zur sicheren digitalen Identität für Personen in einem globalen „Staat ohne Grenzen“. Für digitale Transaktionen, aber auch für die über 1,5 Milliarden Menschen, die heute gar keine rechtlich überprüfbare Identität haben.
- Bekämpfung von Fake News durch eine nachvollziehbare Informationskette

P.S.: In Estland kann man jetzt schon offiziell e-Resident werden und eine Digital Identity beantragen. Geplant ist die Verknüpfung mit der Blockchain-Technologie, um weitere Anwendungen zu ermöglichen. Hier finden Sie weitere Infos und können sich anmelden.

Jens Koenen, Handelsblatt-Redakteur, Leitung Büro Frankfurt

Mein persönliches Highlight war es, den schier unglaublichen Drang zu erfahren, eine Zukunft gestalten zu wollen, die eigentlich noch unvorstellbar ist. Ein einprägsames Beispiel dafür war ein Panel, auf dem Vertreter der NASA ihre Pläne für eine Landung auf dem Mars vorstellten. Schon ab 2030 soll es so weit sein, angesichts der notwendigen Vorarbeiten ein super ehrgeiziger Plan. Denn mit der bisherigen Technik wären solche Reisen ein „Never-Come-Back-Trip“, sicher keine überzeugende Idee, räumt Robert Ambrose, Chef der NASA-Abteilung Software, Robotik und Simulation im Johnson Space Center in Houston, ein. Erst müsse man eine gewisse Infrastruktur auf dem Mars aufbauen. Erledigen sollen das, so der verrückt klingende Plan der Forscher, Roboter. Die sollen Treibstoffvorräte, Wohnräume und Labore aufbauen und dann an die Erde melden: „Wir sind bereit für die Menschen.“ Ein unglaubliches Unterfangen angesichts der Tatsache, dass es bis heute noch keine Rakete gibt, die in der Lage ist, mit dem ganzen Material sanft auf dem Mars zu landen. Und noch unglaublicher, wenn man berücksichtigt, dass eine Reise zum Mars zwei Jahre dauert, man bis 2030 also nur eine sehr begrenzte Zahl von Versuchen haben wird. Als Journalist müsste man den NASA-Leuten zurufen: „Lasst es, das wird eh nichts.“ Doch als Technikfan sage ich lieber: „Versucht es, ohne solche verrückten Ziele gäbe es keinen Fortschritt.“

Sabine Reuss, Vice President M&C, Capgemini

SXSW ist ein Erlebnis, nicht nur eine Konferenz – inspirierend! Neben Zukunftsthemen rund um Blockchain und Artificial Intelligence wurden diesmal die ethischen Dimensionen intensiv diskutiert und das kritische Auseinandersetzen (Critical Thinking) gefordert – zu Recht. Auch Emotionen werden technisch messbar gemacht. Es bleibt spannend.

Ich kann nicht sagen, dass auf der CeBit in diesem Jahr nichts gesagt wurde, das ökonomisch von Bedeutung wäre, sondern nur, dass ich solch Bedeutungsvolles den von mir genutzten Medien nicht entnehmen konnte. Am 20.03.2017 schrieben Jonas Jansen und Thiemo Heeg in der FAZ u.a.:

> … Die Cebit ist in den vergangenen Jahren mächtig geschrumpft. Von 755.000 Besuchern wie vor gut zwei Jahrzehnten, als Bill Gates in Hannover das Microsoft-Betriebssystem Windows 95 vorstellte, können die Veranstalter heute nur träumen. Die Deutsche Messe AG ist schon froh, wenn 200.000 Menschen das ausladende Messegelände bevölkern. …
>
> **… Schutz smarter Systeme im Blickpunkt**
>
> Und so gehört das Thema Internet der Dinge, nach der englischen Bezeichnung mit IoT abgekürzt, zu den ganz großen Themen der Cebit. Die konkreten Schätzungen liegen um viele Milliarden auseinander, aber ob es bis zum Jahr 2020 nun 20 Milliarden vernetzte Geräte sind oder 50 Milliarden, das ist letztlich nicht wichtig. Entscheidend ist die Erkenntnis, die sich von Halle 3 im Nordosten bis Halle 12 im Südwesten zieht: Alles ist online.
>
> Die einen betrachten diese Entwicklung als die größte Bedrohung der Menschheit überhaupt, als Datenschutz-GAU, als Ende der Privatsphäre, wie wir sie kennen. In Hannover stellt man naturgemäß eher die Chancen heraus. Die mit der Vernetzung entstehenden „unzähligen neuen Anwendungen und Geschäftsideen“ sollen die Besucher anregen und faszinieren – von der Straßenlaterne, die Schadstoffe misst, bis zum Weinberg, der dem Winzer den Reifegrad der Reben automatisiert mitteilt: „IoT ohne Grenzen“, jubelt die Industrie.
>
> Aber sie weiß auch: Unsicherheit kann das System rasch kollabieren lassen. Ein Blick auf die Cyberangriffe der jüngsten Zeit macht klar: Wenn Systeme durch Hacker angegriffen werden und stundenlang ausfallen, wird es teuer. Ganz zu schweigen von Angriffen auf reale Dinge wie Autos: Hier geht es um Menschenleben und um das generelle Vertrauen in die Technik. ...
>
> http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/cebit/cebit-2017-in-hannover-das-sind-die-themen-der-computer-messe-14932577.html

Ich sehe auch hier keinen Ansatz zu den zentralen Themen der Ökonomie: Wie überwinden wir den Hunger in der Welt? Wie vermeiden wir die ökonomischen Ursachen für Kriege?

Wie stoppen wir die Massenwanderungen von Menschen, deren Ursache in einer unterentwickelten Ökonomie liegen? Wie schaffen wir eine Ökonomie, die kein Feind ökologischer Belange ist? Wie befreien wir die Ökonomie von ihrem selbstzerstörerischen Wachstumsdruck? Wie vermeiden wir, dass die Zahl der Wohlfahrtsempfänger steigt. Wie verhindern wir, dass Spezialisten und das Führungspersonal ständig überfordert wird. Wie verhindern wir, dass der moderne Staat sich immer mehr zum Raubrittertum entwickelt? Wie schaffen wir uns die Muße in Freiheit, als Voraussetzung der Teilhabe an der Kultur und der Demokratie? Alle Fragen hängen mit den Problemen im Bodenrecht, dem Geldwesen, dem Patentrecht und den falschen Eingriffen des Staates in der Wirtschaft und Bildung zusammen. Und auf keine dieser Fragen gibt uns die Digitalisierung eine Antwort. Alle Antworten müssen wir in unseren Köpfen finden. Wir dürfen dabei Hilfsmittel benutzen, ob Rechner immer die richtige Hilfe sind, ist zweifelhaft, weil wir ökonomische Prozesse und Aktionen verlangsamen müssen, um sie im wörtlichen Sinne begreifbar zu machen. Karl Walker hat in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein volkswirtschaftliches Planspiel entwickelt, das diese Voraussetzungen annähernd erfüllt. Als ihm angeboten wurde, das Spiel einen (auf den damals möglichen) Rechner zu übertragen, hat er abgewinkt, weil dann wieder die Sichtbarkeit und das Begreifbare wieder verloren gehen würde. Mir erscheint ein solches Modell, das auf die heutigen Gegebenheiten angepasst wurde, dringend erforderlich. Siehe: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/82.1%20Walker%20Planspiel%20Prospekt.pdf

○○○○○○○○○○○○○○○○○○○○○

Pressemitteilung
Attac Deutschland
Baden-Baden, 17. März 2017

* Steueroasen schließen, Steuerkonkurrenz stoppen!

* Prominent besetzte Pressekonferenz des Europäischen Attac-Netzwerkes zu G20-Finanzministertreffen

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat die Bundesregierung und die anderen G20-Staaten aufgefordert, wirksam gegen Steuervermeidung und Steuerkonkurrenz aktiv zu werden. Die meisten bisher ergriffenen Maßnahmen – sei es auf nationaler, EU- oder OECD-Ebene – sind unzureichend, waren sich die Teilnehmer der Pressekonferenz des Europäischen Attac-Netzwerkes am heutigen Freitag in Baden-Baden einig. Anlass war das heute beginnende G20-Finanzministertreffen in der Stadt.

Dominique Plihon, Sprecher von Attac Frankreich und Professor (em.) der Wirtschaftswissenschaften an der Sorbonne, sagte: "Steuerflucht und Steuervermeidung gehören zu den größten Bedrohungen für unsere Gesellschaft und Demokratie. Sie sind Hauptgründe für die Haushaltsdefizite und Verschuldung von Staaten. In Frankreich entspricht der Betrag, der dem Staat durch nicht gezahlte Steuern entgeht, in etwa dem Haushaltsdefizit.

Steuerflucht und -vermeidung bedrohen die Demokratie, weil sie die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen verstärken. Wir fordern eine Steuerbehörde der Vereinten Nationen, die auf demokratische Weise global gerechte Steuernormen festlegt und die internationale Steuerkooperation fördert."

Sven Giegold, Steuerexperte und EU-Abgeordneter der Grünen, der auf Einladung des Europäischen Attac-Netzwerkes ebenfalls an der Pressekonferenz teilnahm, sagte: "Die Finanzkrise ist nicht vorbei. Die Reformen am globalen Finanzsystem haben nur die Oberfläche beruhigt. Die Finanzreformen müssen weitergehen, statt rückabgewickelt zu werden. Der automatische steuerliche Informationsaustausch ist ein Durchbruch gegen die internationalen Steuersümpfe. Das Prinzip der Steuertransparenz muss nun konsequent auf alle Kapitaleinkommen ausgeweitet werden. Wirtschaftliche Eigentümer von Firmen, Halter von Lebensversicherungen und Immobilienbesitzer müssen grenzüberschreitend transparent werden. Der Missbrauch des globalen Finanzsystems für Steuerhinterziehung und Geldwäsche muss beendet werden. Großunternehmen müssen veröffentlichen, in welchem Land sie Gewinne erwirtschaften und wie viele Steuern zahlen."

Alfred Eibl, Steuerexperte von Attac Deutschland forderte: "Wir brauchen eine Ungleichheitsbremse statt einer Schuldenbremse in Deutschland. Unternehmensprofite und Kapitalerträge werden hierzulande faktisch nicht oder nur sehr gering besteuert. Das führt zu einer immer unerträglicheren Aufspaltung der Einkommen und des Reichtums in unserer Gesellschaft. Als Maß für diese Ungleichheit haben die G20 und OECD den Gini-Koeffizenten vereinbart. Die Politik muss verpflichtet werden, der gesellschaftlichen Spaltung und damit dem Anstieg des Gini-Koeffizienten wirksam entgegenzutreten. Es ist eine Frage des politischen Willens, Profite aus Unternehmenstätigkeit und Erträge aus Kapitalbesitz angemessen zu besteuern. Das Beispiel unserer nördlichen Nachbarn zeigt, dass eine ertragreiche Steuerbelastung und wirtschaftlicher Wohlstand vereinbar sind."

Attac setzt sich seit Jahren für eine konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Steuervermeidung ein – unter anderem mit einer Kampagne für eine einheitliche Gesamtkonzernsteuer. … www.attac.de/g20-baden-baden/

Diese gutgemeinte Nachricht macht mich traurig, weil hier hundert- oder tausendfacher guter Wille fehlgeleitet wird. Wenn wir eine Ungleichheitsbremse benötigen, dann ist erst einmal zu benennen, was die Ungleichheit verursacht.

Wenn die Steuervermeidung und Steuerflucht vermindert werden soll, dann ist die Voraussetzung dafür, dass der Staat zur Steuerbescheidenheit verpflichtet wird.

Es ist unlogisch, eine institutionelle Bereicherung eines Teils der Wirtschaftsteilnehmer nicht zu erkennen oder als nicht änderbar hinzustellen und den Ausgleich über individuelle Besteuerung zu suchen, die für die Betroffenen nicht einsehbar sind. Es ist kein Wunder, dass Steuerbürger – wenn das Risiko des Entdecktwerdens nicht zu hoch ist – illegale Steuervermeidungsstrategien nutzen. Den Steuersünder zu verurteilen, ohne den Staat in der Rolle als Wegelagerer und die Parlamentarier, die gerne Spendierhosen tragen, nicht im Blick zu haben, ist unredlich. Soviel mehr Aufwand und Ertrag entkoppelt werden, um so mehr steigt bei den Bürgern das Gefühl, sie müssten selber dafür sorgen, zu ihrem Recht zu kommen.

So wie die Dinge jetzt laufen, setzt das Erfordernis der Rentabilität der Unternehmen – besonders der großen - die Grenze für ihre steuerliche Belastbarkeit. Kassiert der Staat zu viel, muss er, um die Unternehmen bei Laune zu halten, mit Subventionen auf der anderen Seite für einen Ausgleich sorgen. Wenn man daran nichts ändern will, sind Kampagnen zur Steuerehrlichkeit und für Steuererhöhungen Kraft- und Zeitverschwendung.

So ehrenwert die Motive der Aktivisten von Attac sein mögen, wenn sie in die Rolle des Gesetzgebers kommen würden, fürchte ich, würden wir in dem totalen Überwachungsstaat landen. Wer die ökonomischen Probleme nicht in Freiheit lösen will oder kann, sollte sich besser zurückhalten, weil er sonst bald in einem Gefängnis sitzen könnte, das er selber mit gebaut hat.

oooooooooo

29. Tag: Mündener Gespräche und mehr

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft

59. Mündener Gespräche:

"Möglichkeiten und Grenzen des Vollgeldes" (11. und 12. März 2017)

(http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraeche.html)

Einführung

Auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 reagierten die beiden US-Ökonomen Irving Fisher und Henry Simons mit dem Vorschlag eines „100%-Money“. Durch die Notwendigkeit, Giroguthaben zu 100 % mit Zentralbankgeld zu unterlegen, sollte den Geschäftsbanken die Möglichkeit genommen werden, „Giralgeld“ auf dem Kreditwege selbst zu schöpfen. Denn in dieser Möglichkeit sahen Fisher und Simons den entscheidenden Treibsatz für die damalige Krise. Zur Versorgung der Wirtschaft mit Geld sollten allein die Zentralbanken berechtigt und natürlich auch verpflichtet sein.

Diesen Vorschlag baute der Ökonom und Soziologe Joseph Huber 1998 in abgewandelter Form zum Konzept eines „Vollgeldes“ aus. Seit einigen Jah-

ren wird er dabei von der Organisation „Monetative e.V.“ unterstützt, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, sein Konzept weiterzuentwickeln und in die wissenschaftliche Diskussion einzubringen, um so zur Überwindung der seit 2008 anhaltenden zweiten großen internationalen Finanz- und Staatsschuldenkrise beizutragen. Eine Vollgeld-Initiative in der Schweiz hat über 100.000 Unterschriften gesammelt, die dort erforderlich sind, um eine Volksabstimmung über die Einführung von Vollgeld herbeizuführen. Auch auf Island gibt es gleichgerichtete Bestrebungen.

Die Diskussion über die Notwendigkeit einer Geldreform wird mittlerweile sehr stark vom Vollgeld-Konzept bestimmt. Daneben gibt es auch noch den von Silvio Gesell begründeten Geldreformansatz des Freigeldes, der durch die neuere Negativzinsentwicklung und die Diskussionen über die Zukunft des Bargeldes wieder an Aktualität gewonnen hat. Eine Synthese beider Geldreformkonzepte könnte eine angemessene Antwort auf die aktuellen Krisenentwicklungen sein.

Aus der Perspektive des Freigeldes gibt es noch Fragen an die Verfechter des Vollgeldes, über die bei dieser Tagung ergebnisoffen diskutiert werden soll. In den Blick genommen werden sollen auch kritische Vorbehalte, die von keynesianisch orientierten Ökonomen gegen das Vollgeld erhoben werden.

Und schließlich wollen wir die Frage stellen, ob sog. Kryptowährungen und Online-Bezahlsysteme wie Bitcoin, Paypal & Co. ganz neue Möglichkeiten einer Entgrenzung der Geldschöpfung eröffnen und was ihre Ausbreitung sowohl für das Vollgeld als auch für das Freigeld bedeutet. Gleichzeitig soll diskutiert werden, ob virtuelle Währungen eine Vollgeld- und/oder Freigeld-Alternative darstellen können.

Die Referate:

Begrüßung und Einführung in die Tagung
Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude

Theoretische, politische und praktische Aspekte einer Vollgeldreform
Prof. Dr. Johann Walter, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen

Kritische Analyse des Vollgeldes aus (monetär)keynesianischer Perspektive / Dipl.-Kfm. und Dipl.-Volksw. Ferdinand Wenzlaff, Hamburg

Vollgeld oder lieber doch nicht? - Robinson und die Eichhörnchen
Prof. Dr. Dirk Löhr, Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld

Vom Freigeld zum Vollgeld und vom Vollgeld zum Freigeld
Dipl.Kfm. Thomas Betz, Berlin

Buchvorstellung „Ökoroutine“
Dr. Michael Kopatz, Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie

Bitcoin, Paypal & Co. - Entgrenzung der Geldschöpfung oder Möglichkeit für ein alternatives Vollgeld-/Freigeld-System?
Dr. Beate Sauer, Universität der Bundeswehr München

Diskussion zum Vortrag und zusammenfassendes Rundgespräch

Ich habe an der Tagung bzw. den 59. Mündener Gesprächen [129] teilgenommen, um meine Einstellung zu dem Thema Vollgeld / bzw. Monetative zu überprüfen. Die 59. Mündener Gespräche sind vom Tagungsort (Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Wuppertal), von der Form und vom Gesprächsklima her gesehen zu loben. Inhaltlich bin ich trotz guter Referatstechnik und freudschaftlicher Zuneigung zu einem Teil der Referenten unzufrieden nach Hause gefahren. Die Klarheit über das Geld, die einst in der Vertretung der Freiwirtschaftsschule herrschte, ist verflogen. Da hier ja nicht auf einer Parteilinie diskutiert wird, ist dieser Verlust auch offen anzusprechen. Den Gegnern der Freiwirtschaft mag dieses Eingeständnis eine Freude sein, für die Gesamtgesellschaft ist das ein Verlust. Mich würde dieser Verlust gar nicht beunruhigen, wenn die Wirtschaftswissenschaften im Sinne effektiver Forschung wirklich funktionieren würden. Denn was richtig ist, ist auch später noch richtig, wenn es durch Irritationen zeitweilig verloren geht. Ich muss hier aber ergänzen, dass das Thema der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken den losen Verbund der Vertreter der Freiwirtschaftsschule schon lange belastet. Da die Annahme, dass die Geschäftsbanken Kredit oder Giralgeld schöpfen können, nicht nur Modelle wie die Monetative hervorrufen, sondern auch die praktische Politik des Bankensektors und der Zentralbank geprägt haben und bestimmen, ist eine baldige Klärung äußerst dringend. Wenn die Banken tatsächlich Kredite aus dem Nichts schöpfen können, dann können sie nicht als Wirtschaftsunternehmen weiter geführt werden, sondern müssen alle Abteilungen der Zentralbank werden. Wenn sie aber keine Kredite schöpfen können, dann sind ihre Gängelung durch den Gesetzgeber eher schädlich als nützlich. Im Fall, dass sie keine Kredite schöpfen können, kann der Konkurs einer Bank - sei sie groß oder klein - auch nicht das Währungssystem gefährden. Wenn die Europäische Zentralbank die Finanzierung von Staatshaushalten unterlässt, besteht auch kein Zusammenhang zwischen der Staatsverschuldung und der Währungsstabilität. Einzelne Europäische Staaten können in den Konkurs gehen, ohne dass dadurch das Europäische System der Zentralbanken und die EZB funktionsunfähig wird.

oooooooooooooooo

129 Ursprünglich fanden die Mündener Gespräche in Hannoversch-Münden statt, daher der Name.

Einschub 15 (Verbotene Staatsfinanzierung?)

Donnerstag, 10. Dezember 2015

Verbotene Staatsfinanzierung? EZB soll Geheimabkommen offenlegen
Die Bundesbank fordert die EZB auf, dass ein umstrittenes Geheimabkommen veröffentlicht wird. Es erlaubt den nationalen Notenbanken, im großen Stil Anleihen zu kaufen. In Deutschland nimmt die Kritik daran zu.

Eine unter Verschluss gehaltene Vereinbarung zwischen der Europäischen Zentralbank und den nationalen Notenbanken der Eurozone sorgt für Ärger. Dabei geht es um das so genannte Anfa-Abkommen, das den Zentralbanken offenbar erlaubt, im großen Stil Staatsanleihen aufzukaufen. Im Raum steht nun der Verdacht, dass es zur verdeckten, unerlaubten Staatsfinanzierung missbraucht wird. Dazu hat nicht zuletzt EZB-Chef Mario Draghi beigetragen. Er hatte vergangene Woche auf Nachfrage gesagt, es "sei sehr schwer zu verstehen", warum nationale Notenbanken "bestimmte Anleihen" kaufen. Was gekauft werde, wolle er aber nicht sagen. Zugleich versicherte er, es handele sich nicht um Staatsfinanzierung. ...

weiter unter: http://www.n-tv.de/wirtschaft/EZB-soll-Geheimabkommen-offenlegen-article16541666.html

ooooo

Warum ist eine Staatsfinanzierung durch Gelddrucken verboten?

Die Bundesbank und die Europäische Zentralbank (EZB) haben den klaren gesetzlichen Auftrag, Geldwertstabilität zu sichern. Würden die Notenbanken Geld drucken, um damit die Haushalte von Krisenstaaten zu finanzieren, könnte sie diesen Auftrag langfristig nicht erfüllen. Denn auf längere Sicht führt eine solche Staatsfinanzierung über die Notenpresse zu einer höheren Inflation – dies lehren die historischen Erfahrungen Deutschlands und vieler anderer Länder. Käme es zu einer solchen monetären Staatsfinanzierung in der Eurozone, geriete der Euro als stabile Währung unweigerlich in Gefahr. Genau aus diesem Grund hat man die monetäre Staatsfinanzierung in den EU-Verträgen verboten.

Die Ankäufe des Eurosystems von Staatsanleihen am sogenannten Sekundärmarkt sind hingegen – anders als Ankäufe am Primärmarkt – nach den EZB-Statuten erlaubt. Allerdings wurde mit diesen Ankäufen das Mandat der Geldpolitik erheblich gedehnt und die Grenze zur Finanzpolitik verwischt.

https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/FAQs/Wissenswert/Staatsschuldenkrise/11_warum_ist_eine_staatsfinanzierung_durch_gelddrucken_verboten.html

Einschub 15 Ende

oooooooo

Die Literatur zum Thema ist so zahlreich, dass sie für den einzelnen Interessenten schon unübersichtlich ist. Ich nenne hier nur wenige Titel:

100 % - Money / 100 % - Geld von **Irving Fisher**, Verlag für Sozialökonomie, 2007.

Eine Kritik dazu findet sich in:

Das Buchgeld / Ein Beitrag zur theoretischen Klärung, von **Karl Walker**, 1951

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/77.2%20Das%20Buchgeld.pdf

Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung /
Kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie, von **Martin Scheytt**, 1962
Hier: Anhang Text 147.3.

Geldschöpfung in öffentlicher Hand von **Joseph Huber / Jamses Robertson**
Verlag für Sozialökonomie, 2008

Vollgeld: Ein Blick zurück nach Wuppertal im Blog Rent Grabbing von **Dirk Löhr**
https://rent-grabbing.com/

Ich bin zwischenzeitlich noch auf ein Protokoll zum Workshop „Einhundert Prozent stabil?“ gestoßen: http://geld-und-nachhaltigkeit.de/wp-content/uploads/workshopprotokoll-einhundert-prozent-stabil.pdf

Es folgt ein Link, der zum **Archiv für Geld- und Bodenreform** führt:
http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/archiv_geld-_und_bodenreform.html

Ich verweise auch noch auf eine Veröffentlichung von Karl Walker von 1962, damals hat sich Walker schon ein Buch mit dem Titel „**Neue**(n) **Europäische**(n) **Währungsordnung“** verfasst. Es hätte dem Euro gut getan, wenn seine Überlegungen da eingeflossen wären. Die letzte Arbeit von Walker trägt den Titel „**Das Weltwährungssystem** – Eine Kritik an den Grundlagen und ein Entwurf zur Reform. Am Ende seines Wirkens hat Walker noch Zweifel an der Quantitätstheorie des Geldes bekommen. Es zeigt sich daran, dass er nie ein „gläubiger“ Theoretiker war, sondern auch sein Denken der eigenen Kritik aussetzte. Ich denke, dass Walker sich in Bezug auf die Quantitätstheorie verrannt hat. Aber indem er auf die Arbeitswerttheorie des Geldes zurück greift, fördert er das Verständnis dafür, dass eine Währung nicht beliebig gestaltet werden kann. Ich bringe jetzt einen Ausschnitt aus dem Kapitel *„Die Bankgeld- und Kredittheorie in der Währungspolitik“* aus *„**Neue Europäische Währungsordnung**“*:

> Wenn es dem Verfasser erlaubt sein mag, auf eine eigene frühere Publikation zurückzugreifen, könnte hier die Einleitung aus einer 1951 erschienenen Untersuchung [130] am besten zeigen, in welche Probleme die westliche Welt durch die Praktizierung umstrittener geldtheoretischer Vorstellungen hineingeraten ist. In der modernen Geldtheorie haben sich nämlich „vornehmlich im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte“ - so konnte man 1951 sagen - „gewisse Vorstellungen verbreitet, denen mit guten Gründen nachgesagt werden muß, daß sie eine schon fast vorhandene Klarheit und Einmütigkeit in der Geldtheorie wieder in Verwirrung gebracht haben... Zweifellos spielt hierbei

130 Das Buchgeld – ein Beitrag zur theoretischen Klärung, S. 9 f.

die auch in der Nationalökonomie verständliche Neigung mit, die Äußerungen von hervorragenden Gelehrten - im Vertrauen auf deren in vielen anderen Fragen bewiesene überragende Sachkenntnis - einfach kritiklos zu übernehmen. So stehen die bedeutendsten Köpfe auf jedem Fachgebiet auch immer der Gefahr am nächsten, daß neben ihren wertvollsten Einsichten auch ihre möglicherweise folgenschweren Irrtümer die größte Verbreitung finden. Diesen Mangel an fruchtbarer Kritik hat wohl auch *J. M. Keynes* im Auge gehabt, als er im Vorwort zu seinem gewichtigsten Werk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ mit freimütiger Offenheit bekannte: „Es ist erstaunlich, was für einfältige Sachen man vorübergehend glauben kann, wenn man zu lange für sich allein denkt ..."[131]

„ … Das Thema, mit dem wir uns hier befassen wollen, ist sicher eines der schwierigsten Themen der Wirtschaftswissenschaft überhaupt. Gleichzeitig sind aber die praktischen Folgerungen für die Währungspolitik, die sich auf die widerstreitenden Ansichten aufbauen, so grundverschieden, daß es nicht gleichgültig sein kann, ob die eine oder die andere zur Geltung kommt. Damit berühren theoretisch-wissenschaftliche Fragen die Grundlagen des öffentlichen Wohls, und es wird offenkundig, daß die Klärung unumgänglich ist. In der Theorie handelt es sich zunächst um die Frage:

ist Bargeld + Buchgeld = Geldmenge?

Mit der Beantwortung dieser Frage steht und fällt die nächste:

können die Banken Geld (Buchgeld) machen; und können sie es 'aus dem Nichts schöpfen'?

Wenn diese beiden Fragen nicht eindeutig verneint werden können, dann stehen wir in der Währungspolitik vor ganz anderen Aufgaben, als bisher angenommen worden war.“

Nun, in den nachfolgenden Untersuchungen waren diese beiden Fragen zwar verneint, was aber praktisch nichts daran zu ändern vermochte, daß die Keynes'sche Buchgeld- oder Bankgeld-Theorie in unzähligen fachwissenschaftlichen Werken, in Diplom- und Doktorarbeiten als die „moderne Geldtheorie“ interpretiert und verfochten wurde. Ein relativ bescheidener Kreis von Theoretikern ist freilich nicht mitgegangen; andererseits hat sich aber - um einen Begriff von Keynes zu variieren - „der Hang zur Modernität“ durchgesetzt, so daß die Theorie in die Praxis einsickerte, wo sie heute mit ihrem Versagen beträchtliche Probleme schafft. (S. 55 f.)

In dem Buch „**Das Moneyfest** Ursachen und Lösungen der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise“ 2., akutalisierte Auflage, 2015 von **Helge Peukert** [132] fand ich eine Beilage, die in Kurzform das Moneyfest wiedergibt. Schon unter der ersten Forderung wird deutlich, in welchem Spannungsfeld die Autoren Walker und Peukert das Thema Geldschöpfung der Banken abhandeln. Es folgen die 11 Forderungen des Moneyfestes <u>ohne</u> Kommentar meinerseits:

Das Moneyfest

131 Diesen Satz habe ich wohl schon zitiert, ohne Urheber, der mir nicht mehr in Erinnerung war.

132 https://de.wikipedia.org/wiki/Helge_Peukert Ich habe Peukert als angenehmen Referenten erlebt. TA http://www.metropolis-verlag.de/Das-Moneyfest/1140/book.do

11 Forderungen:

1. Ja, beenden wir das Geldschöpfungsprivileg der Banken und stellen wir die Staatsfinanzierung auf eine neue Grundlage!

Ein wichtiger Schritt ist die Einführung eines Vollgeldsystems: nur die Zentralbank darf Geld in Umlauf bringen, das gewinnträchtige Privileg der Giralgeldschöpfung durch Privatbanken ist abzuschaffen. Nur so können manisch-depressive Phasen überschießender Kreditvergabe und darauf folgende restriktive Kreditklemmen an der Wurzel eingedämmt werden. Gefordert wird eine Geldschöpfung über „Geschenke“ der Zentralbank an die Staatshaushalte ohne Tilgung und Zinsen. Um Kreditexzesse und Inflation durch übermäßige Zuteilungen auszuschließen, ist die Geldschöpfung an der Wachstumsrate der Volkswirtschaft zu orientieren. Im Gegenzug könnte eventuell die Neuverschuldung über die Ausgabe von Staatsanleihen entfallen. Nur ausnahmsweise, z.B. bei einem starken Konjunktureinbruch, würden besondere Staatsanleihen jenseits anonymer Kapitalmärkte ausgegeben. Über ihr Volumen wäre demokratisch abzustimmen. Sie dürften ausschließlich von Bürgern des ausgebenden Landes mit einer Mindesthaltedauer (z.B. der Hälfte der Laufzeit) erworben werden. Die Verzinsung betrüge nur *0,5 - 1* Prozent, hinzu kommt ein ausgleichender Zins in Höhe der nationalen Inflationsrate (Inflationsindexierung), so dass Regierungen eine zu expansive Haushaltspolitik durch die Inflationssicherung unmittelbar spüren würden.

2. Ja, begrenzen wir die Größe der Banken!

Einzuführen ist ein absolutes Größenlimit von 100 Milliarden Euro Bilanzsumme, d.h. Zerschlagung systemrelevanter Großbanken und ihres politischen Erpressungs- und Drohpotentials.

3. Ja, erhöhen wir drastisch das Eigenkapital der Banken!

Erforderlich ist eine Verzehnfachung der Eigenkapitalanforderungen bei allen Geldhäusern auf 30 Prozent der Bilanzsumme (inklusive Schattenbanken, also z.B. Hedge- und Geldmarktfonds). Die bisher bei den internationalen Vereinbarungen zum Eigenkapital (Basel III) eventuell vorgesehenen, maximalen 3 Prozent erlauben eine 97prozentige Schuldenfinanzierung. Das ist viel zu viel. Angesichts fragwürdiger Risikogewichtungen (z.B. kein Eigenkapitalerfordernis für das Halten von Staatsanleihen) und den Möglichkeiten des Gesundrechnens durch die Anwendung bankintemer Risikomodelle sollte Basel III am besten ganz abgeschafft werden.

4. Ja, führen wir ein Trennbankensystem ein!

Eine konsequente, auch institutionelle Aufspaltung und Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken ist nötig. Investmentbanken dürfen nur durch Aktien und Anleihen finanziert werden, da Geschäftsbanken bei Kreditvergabe ansonsten die Risiken der Investmentbanken mit tragen. Zur Vermeidung von Interessenkonflikten ist eine Trennung der Institutionen, die Aktien und Anleihen begleitend emittieren von solchen vorzunehmen, die diese verkaufen oder Eigenhandel und Kundenberatung betreiben, da man sich ansonsten z.B. der eigenen Aktienfehleinkäufe durch die „Beratung“ von Kunden zum Ankauf dieser Aktien entledigen kann.

5. Ja, verbieten wir Leerverkäufe und Kreditausfallversicherungen und schrumpfen wir den Finanzsektor!

Ein generelles Verbot von Leerverkäufen und von Kreditausfallversicherungen (CDS) ist wichtig, da ihre Nachteile überwiegen. Insbesondere ungedeckte Leerverkäufe und CDS, bei denen man sich gegen den Ausfall oder Wertverluste von Aktien, Anleihen usw., die man gar nicht selber besitzt, versichern kann, laden zur Spekulation ein. Die Wirkung der Erlaubnis nur gedeckter Leerverkäufe ist angesichts von Wertpapierleihen usw. begrenzt. Nicht über Börsen transparent gehandelte und abgewickelte (Ver)Käufe (Over-The-Counter-Transaktionen) sollen nicht mehr einklagbar sein, d.h. bei Nichterfüllung gibt es keinen Rechtsschutz. So dürfte ihr Handelsvolumen ohne größeren bürokratischen Kontrollaufwand stark schrumpfen. Für Derivate (Wetten auf Preisveränderungen von Aktien, Wechselkursen usw.) sind deutlich höhere Sicherheitseinzahlungen zu leisten. Eine durch diese Maßnahmen zu erwartende starke Schrumpfung des Volumens von Derivaten und des Finanzsektors insgesamt ist erwünscht und für eine krisenfreiere Zukunft unumgänglich.

6. Ja, besteuern wir Finanztransaktionen und beenden wir den Hochfrequenzhandel!

Die Erhebung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer und einer ergänzenden Gewinnbesteuerung in Abhängigkeit von der Haltedauer fuhren zu mehr Steuergerechtigkeit und einer Drosselung der kontraproduktiven Transaktionsgeschwindigkeit. Sie bedeuten u.a. das Ende des Hochfrequenzhandels, wenn z.B. der Steuersatz bei einer Haltedauer von unter einer Minute (einer Stunde) 100 Prozent (90 Prozent) beträgt.

7. Ja, stoppen wir den Verkauf von schädlichen Finanzprodukten an Kleinanleger!

Der Verkauf undurchsichtiger und für den (Klein)Anleger renditeschädlicher Finanzprodukte (z.B. Zertifikate) und Provisionszahlungen für Finanzanlageberatungen ist einzustellen.

8. Ja, bauen wir die Schuldenberge auch über Reichensteuern ab und begrenzen wir die

Vermögen!

Die Schuldenberge fast aller Industrie- und Schwellenländer sind längerfristig volkswirtschaftlich nicht tragbar, denn die Summe der Schulden der privaten Haushalte, der (Finanz)Unternehmen und der Staaten belaufen sich in fast allen Ländern auf mehrere Hundert Prozent des BIP. Über Verbote der Staatsneuverschuldung (Schuldenbremsen) und Sparprogramme können diese Summen nicht getilgt werden. Zur Abschmelzung der Schulden und zur Eindämmung der zunehmenden Vermögenskonzentration ist eine erhebliche Vermögensabgabe von womöglich 30 Prozent der Geldvermögen oder mehr (Reichensteuer) am Besten im Rahmen einer europäischen oder internationalen Schuldenkonferenz ins Auge zu fassen. Längerfristig bedarf es EU-weiter Mindeststeuersätze v.a. für Kapitalerträge und die Körperschaftssteuer und eine progressive Besteuerung von Erbschaften und Vermögen. Hinzu kommen muss die Austrocknung von Steueroasen, länderspezifische Bilanzierungen von multinationalen Unternehmen usw. Störmanövern der Kapitalmärkte gegen diese Maßnahmen durch Verweigerung des Ankaufs von Staatsanleihen ist leicht durch - wenn es sein muss beherzte - Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB zu begegnen. Durch Einführung des Vollgeldes kann auch ein Teil der Staatsschulden abgebaut werden. Nach dem Schuldenabbau ist nur durch die Überwindung des schädlichen Steuerwettbewerbs auch zwischen EU-Mitgliedsländern die solide und gerechte Fianzierung eines funktionsfähigen öffentlichen Sektors möglich

9. Ja zu demokratischen und sozialen Reformen der EU. Halten wir die falsche Form der Globalisierung, z.B. durch die WTO und das geplante TTIP auf? Keine weiteren strukturkonservierenden Insolvenzverschleppungen und Rechtsbrüche!

Die Einführung von Rettungsschirmen, Eurobonds und einer Fiskalunion kann frühestens nach demokratischen und sozialen Fundamentalreformen der EU-Institutionen erfolgen, z.B. durch die Einführung des im nationalen Rahmen selbstverständlichen Gesetzesinitiativrechts des EU-Parlaments. Die bisherige Schuldenkollektivierung über Rettungsschirme usw. ist rechtlich fragwürdig, denn es gilt laut EU-Vertrag das No bail-out-bzw. Nichtbeistandsgebot. Diese Insolvenzverschleppungen zu Lasten europäischer Durchschnittsbürger und Steuerzahler, sind einzustellen. Rechtmäßige und geordnete Banken- und Staatsinsolvenzen müssen möglich sein, um dem heutigen Schlendrian in Zukunft vorzubeugen. Doch eine demokratische und ökosoziale Vision Europas erfordert mehr. Lohndumping (z.B. durch das Verbot von Gewerkschaften) und die grobe Missachtung ökologischer Standards in vielen Schwellenländem führen zu einem globalen, falschen und unfairen Wettbewerb, der die Sicherheit der Einkommensentstehung in allen EU-Ländern gefährdet. Er ist durch EU-Grenzausgleichsabgaben (Zölle) zu beenden, die die unfairen Vorteile durch die Nichteinhaltung von Mindeststandards ausgleichen sollen. Nur so ist auch eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik in der EU auch zur Vermeidung größerer Ungleichgewichte zwischen den Ländern hinsichtlich Import- oder Exportüberschüssen (Leistungsbilanzungleich-gewichte) und die Gesundung der Krisenländer ohne Unterschreitung des sozialen Minimums (Hunger, keine Krankenversicherung, sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit usw.) möglich.

10. Ja, retten wir den Euro - aber richtig und wenn es sein muss mit Parallelwährungen!

Wie sich am Beispiel Griechenlands zeigt, kann die Sicherung der Einkommensentstehungskraft eines Landes ohne den Einsatz einer flexibleren Währung als dem Euro und ohne mehr oder weniger dauerhafte Transferzahlungen nur schwer oder gar nicht gelingen. Deshalb sollte eine länderspezifische Währungspolitik nicht tabuisiert werden, was aber mutige begleitende Maßnahmen wie z.B. Kapitalverkehrskontrollen und Schuldenschnitte erfordert. Der Euro kann unter den gegebenen Bedingungen nur erhalten werden, wenn auch die Währungspolitik ihren für die Einkommenssicherung eines Mitgliedslandes nötigen Beitrag leistet und einen zeitweisen länderspezifischen Übergang zu einer gesonderten Landeswährung einschließt. Es handelt sich um eine Art nationales Regiogeld, das den inländischen Einkommenskreislauf nicht zwangsläufig schrumpfen lässt und bei dem Anpassungen über den Wechselkurs erfolgen können. Ein solcher Schritt dürfte dem Euro als Gemeinschaftswährung nicht dauerhaft schaden. Solche temporären Parallelwährungen könnten auch zu interessanten Experimenten genutzt werden, wenn man sie z.B. als Vollgeldsystem konzipiert.

11. Ja, halten wir die Zerstörung unseres Planeten auf!

Vor unseren Augen wird durch weltweites Wirtschaftswachstum die Biosphäre zerstört. Den ökologischen Grenzen der Erde muss durch eine schlanke, mit weniger materiellen Gütern und ohne Wachstum auskommende Wirtschaft Rechnung getragen werden (Postwachstumsökonomie), was auf die Verringerung unseres Ressourcenverbrauchs auf etwa ein Drittel hinausläuft. Nur durch ein solches Schrumpfen, das einen anderen kulturellen Wertehorizont als den des heutigen Konsumkapitalismus voraussetzt, ist die Zukunft unseres Planeten zu sichern.

Beilage zu Helge Peukert: Das Moneyfest, 2. akt. Auflage 2015, Metropolis-Verlag

oooooooooooooooo

Bevor ich den Absprung vom fahrenden Zug, der beladen ist mit einem Teil der Geschichte unserer Demokratie, die ich erleben durfte, und mit einem weiteren Teil, der das Ringen um eine freiheitliche und gerechten Wirtschaftsordnung verdeutlicht, wage, möchte ich noch auf Dieter Suhr hinweisen, der leider viel zu früh verstorben ist. Ich weiß, viele aus den Reihen der Ökonomie- und Gesellschaftsreformer – besonders von den jüngeren - hätten auch verdient, von mir erwähnt zu werden. Ich habe niemanden bewusst ausgeschlossen, sondern mich nur gezwungenermaßen im Bereich meiner Darstellungsmöglichkeiten bewegt. Ich habe Dieter Suhr erlebt und mit ihm korrespondiert. Ich bedauere, dass ich das Thema Giralgeld nicht mit ihm bis zur Klärung erörtern konnte. Wir waren uns hier nicht einig. Ich habe den Innentitel, das Inhaltsverzeichnis und die redaktionelle Einführung des Heftes 285 der ***Fragen der Freiheiheit*** (www.sffo.de) eingescannt und diese durch vier Titel von Schriften ergänzt und nachfolgend einkopiert.

Dieter Suhr (* 1939 in Windhoek, Südwestafrika; † 28. August 1990 in Chania, Kreta) war ein Jurist und Professor für öffentliches Recht. https://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Suhr

Einen Nachruf von Jobst v. Heynitz / Dr. Heinz Hartmut Vogel findet man hier:

http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft206/suhr-leben.htm

Der Mensch hat Kraft der Vernunft, mit welcher er begabt ist, die Fähigkeit, seine Würde in der Person seines Nebenmenschen zu fühlen wie in seiner eigenen Person und in dieser Beziehung seine Identität mit ihm zu bejahen. Die Gerechtigkeit ist das Produkt dieser Fähigkeit; sie ist die spontan empfundene und gegenseitig garantierte Achtung der menschlichen Würde, in welcher Person und unter welchen Umständen sie gefährdet sein und welchen Gefahren uns ihre Verteidigung aussetzen mag.

P. J. Proudhon

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 285

Dezember 2016

seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73
Internet: www.sffo.de

Inhaltsverzeichnis

Seite

Redaktion
Dieter Suhr – Philosoph, Jurist und Ökonom. Zu seinem 25. Todesjahr 3

Eckhard Türk
Wir in mir. Grundprobleme der modernen Hirnforschung und das Menschenbild Dieter Suhrs ..... 4 – 22

Jürgen Borchert
Transferausbeutung der Familie: Dieter Suhr und der Verfassungsboykott des Gesetzgebers ..... 23 – 33

Hans-Peter Michler
Der Waldschadensprozess der Stadt Augsburg: Verfassungsrechtliche Aspekte des Umweltschutzes ..... 34 – 52

Dieters Suhr †
Grundrechte gegen die Natur – Haftung für Naturgüter? ..... 53 – 76

Publikationen von Dieter Suhr ..... 77 – 80

Dieter Suhr – Philosoph, Jurist und Ökonom
Zu seinem vom 25. Todesjahr

Dieses Heft dokumentiert überwiegend eine Tagung, die vom Seminar für freiheitliche Ordnung vom 7. bis 8. November 2015 in Bad Boll zum 25. Todesjahr von Dieter Suhr veranstaltet wurde. Was wir damals im Tagungsprospekt schrieben, wollen wir auch diesem Heft voranstellen:

Vor 25 Jahren ist Dieter Suhr, Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik an der Universität Augsburg, im Alter von 51 Jahren unerwartet gestorben. Die Welt verlor mit ihm einen Sozialdenker, der auf den verschiedensten Gebieten Bahnbrechendes für eine Gesellschaft geleistet hat, deren Fundament er in der Idee gleicher Freiheit aller (so der Titel eines seiner Bücher) sah.

Dieter Suhr hat das für ihn zentrale Thema: die Herstellung von Bedingungen, die allen Menschen eine Begegnung unter Gleichen in Freiheit ermöglicht, mit großer denkerischer Energie und analytischer Schärfe verfolgt. Sein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn ließ ihn auf verschiedenen Gebieten gesetzgeberischer und gesellschaftlicher Wirklichkeit auf Gleichheitsverstöße aufmerksam werden, die sonst nicht im Brennpunkt wissenschaftlichen Interesses standen. So griff er die Transferausbeutung im sog. Generationenvertrag ebenso auf wie die Asymmetrien unseres Geldwesens mit ihren verteilungspolitischen Wirkungen.[1] Auch hat ihn sein Verständnis der Grundrechte, insbesondere sein Freiheitsverständnis weit in die Philosophie und das Verfassungsrecht geführt – und überall hat er Wesentliches zur Entwicklung einer Ordnung beigetragen, in deren Zentrum die Versöhnung von Freiheit und Gleichheit steht.

Sein Engagement blieb nicht wissenschaftlich. Insbesondere mit dem Projekt Netzwerk Neutrales Geld strebte er, zunächst unter dem Namen Oekonomia Augustana für die Stadt Augsburg, dann aber auch für andere Regionen eine währungspolitische Innovation an, von der er sich eine Senkung sowohl der Arbeitslosigkeit als auch des Zinssatzes versprach.

Mit dieser Tagung sollen die Leistungen von Dieter Suhr auf den verschiedenen Gebieten seiner wissenschaftlichen Betätigung – zum Teil von Mitstreitern – in Erinnerung gerufen und zugleich der Frage nachgegangen werden, was aus seinen Bestrebungen und Anstößen geworden ist oder noch werden kann.

Red.

[1] Der Beitrag von Johannes Priesemann, der auf der Tagung über „Dieter Suhrs Impulse für eine gerechte, freiheitliche Geldordnung" referierte, folgt in einem der nächsten Hefte.

Dieter Suhr
Gleiche Freiheit
Allgemeine Grundlagen
und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft
Reihe Wissenschaft
METTE VERLAG

DIETER SUHR
GELD
ohne Mehrwert
Entlastung
der Marktwirtschaft
von monetären
Transaktionskosten
FRITZ KNAPP VERLAG

Dieter Suhr
Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus
Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Vernunft
Basis Verlag

Helmut Creutz, Dieter Suhr, Werner Onken
Wachstum bis zur Krise?
Drei Aufsätze
Basis Verlag

Was ist zu tun?

Unsere Verfassung und die von Europa auf demokratischer Weise neu fassen und legitimieren; dem Individuum dabei soviel Freiraum lassen, wie möglich ist und unsere Ökonomie freiheitlich, sozial und ökologische gestalten!

Das ist leicht geschrieben, aber nur schwer zu realisieren. Sind wir denn wenigstens auf dem Weg dorthin? Ich weiß es nicht. Die Entwicklung zum Guten und zum Bösen hin ist offen. Ich vermute, dass in der Evolution ein Druck zur gesellschaftlichen Optimierung angelegt ist, aber keinen Automatismus in dem Sinne, dass es ohne Zutun der Menschen besser wird. In der ersten Republik haben die Deutschen ihre Optimierungsaufgabe nicht gelöst, die Deutschen und die Welt wurde dafür mit der NS-Katastrophe bestraft. Und nach dem Zweiten Weltkrieg haben weder die zwei deutschen Republiken noch die vereinigte deutsche Republik ihre Optimierungsaufgabe richtig angepackt. Wir wissen noch nicht, womit wir bestraft werden. Ich werde es vermutlich nicht mehr erleben. Dabei ist zu bedenken, dass es kein Gott ist, der uns bestraft, sondern es sind die von uns Bürgern verursachten Fehlstellungen, die das gesellschaftliche Getriebe erst heißlaufen und dann krachen lässt.

Also, was ist zu tun? Jammern und klagen hat wenig Sinn. Zu sagen: „Wir können gar nichts machen!“ ist auch falsch. In Panik geraten bringt schon gar nichts. Vertrauen in unsere Gestaltungskraft sollten wir haben bzw. entwickeln, das wäre – mit Hilfe eines Gottes oder ohne - schon mal gut. Wir müssen uns auf den Weg machen, aber ohne zu hetzen. Wenn wir wirklich eine Demokratie werden wollen, dann genügt es nicht, dass ein kleiner Zirkel sich der großen Aufgabe der Gestaltung unserer Gesellschaft und Europas annimmt, sondern es müssen möglichst viele Bürger [133] sein, nicht nur bei der Abstimmung über das Ergebnis, sondern schon bei der Entwicklung der Ziele und der Verfassung. Damit es nicht hinterher heißt „Viele Köche verderben den Brei!“, muss zuerst eine passende Arbeitsform für diese Aufgabe gefunden werden. Nebenher müssen wir an der Überwindung unseres Blockdenkens arbeiten, sonst wird das Neue nur ein Spiegelbild des Alten. Wenn unsere Parteien im Vereinigungsprozess das Grundgesetz verraten haben, dann sicher auch aus Furcht, dass eine neue Verfassung für die jeweiligen Machtinhaber nachteilig sein könnte. Die Angst vor einem Machtverlust oder die Lust auf Machtzuwachs darf die Arbeit nicht leiten. Bevor ein erster Satz für eine neue Verfassung formuliert wird, muss erst einmal arbeitsteilig erkundet /

133 Natürlich immer in weiblicher und männlicher Form gedacht.

erforscht werden, welche Möglichkeiten der Gesellschaftsgestaltung mit welchen Auswirkungen wir denn überhaupt haben. Eine Gefängnisordnung lässt sich relativ leicht formulieren, eine Ordnung, in der alle Beteiligten sich frei bewegen und tätig werden können, will wohl bedacht sein.

Vor allem muss erst einmal der jetzige Zustand überwunden werden, in dem sich die etablierten Mandats- und Amtsinhaber als die guten Demokraten verstehen und die sich in unterschiedlicher Weise artikulierenden Unzufriedenen als die Antidemokraten hingesstell werden. Ich wiederhole, wenn man den Satz von der Souveränität des Volkes ernst meint, dann steht dem Volk auch zu, sich für eine Diktatur zu entscheiden. Wer das nicht möchte, muss mit für ein besseres Angebot für die Unzufriedenen sorgen. Aber auch die bunte Opposition außerhalb der Parlamente hat keinen Grund, die Staatsbesetzer mit Amt und in Würden als das schlimmste Übel unserer Republik hinzustellen. Soweit wir Menschen nicht von restlichen Instinkten und Trieben geleitet werden, bestimmen Ideen unser Handeln. Es ist ein mühsamer Prozess, um herauszufinden, welche Ideen uns zum Ziel in einer besseren Zukunft führen.
Mir ist das bekannte Lied von Franz Josef Degenhardt eingefallen:

Spiel nicht mit den Schmuddelkindern,
sing nicht ihre Lieder.
Geh doch in die Oberstadt,
machs wie deine Brüder!
So sprach die Mutter, sprach der Vater, lehrte der Pastor.
Er schlich aber immer wieder durch das Gartentor
und in die Kaninchenställe, wo sie Sechsundsechzig spielten
um Tabak und Rattenfelle -
Mädchen unter Röcke schielten -
wo auf alten Bretterkisten
Katzen in der Sonne dösten -
wo man, wenn der Regen rauschte,
Engelbert, dem Blöden, lauschte,
der auf einen Haarkamm biß,
Rattenfängerlieder blies.
Abends am Familientisch, nach dem Gebet zum Mahl,
hieß es dann: Du riechst schon wieder nach Kaninchenstall.
Spiel nicht mit den Schmuddelkindern,
sing nicht ihre Lieder.
Geh doch in die Oberstadt,
mach's wie deine Brüder! … [134]

Wenn ich Degenhardt richtig verstehe, hat er gegen den Dünkel der Leute in der Oberstadt

134 http://www.songtexte.com/songtext/franz-josef-degenhardt/spiel-nicht-mit-den-schmuddelkindern-53cf13f9.html

an gesungen und über den Druck, sich an die da oben anzupassen. Es gibt aber auch den Dünkel in der Unterstadt bei den Eltern der „schmuddeligen“ Kinder. Hier wird die Abgrenzung nicht so sehr von der Angst vor dem materiellen Verlust und dem sozialen Abstieg diktiert, sondern von der Kränkung ihres Gerechtigkeitsgefühls (manchmal auch des Neides) und den Mangel an sozialen Aufstiegsmöglichkeiten. Und hier ist – wenn von Gerechtigkeit die Rede ist - die ökonomische Gerechtigkeit, die Leistungsgerechtigkeit gemeint, die durch leistungsloses Einkommen (und auch durch Arbeitslosigkeit) torpediert wird und nicht durch leistungsloses, wohlfahrtsstaatliches Einkommen kompensiert werden kann. Wenn der Mensch noch nicht durch die Verhältnisse ganz verbogen ist, hat der selbstverdiente Euro einen subjektiv höheren Wert als 10 Euro aus der Wohlfahrtskasse des Staates. Diese mangelnde Gerechtigkeit – an der unsere heutige(n) Gesellschaft/en) krankt bzw. kranken - lässt sich aber nicht einfach mit Umverteilungspolitik herstellen, sondern nur durch Kappung der faulen, fruchtlosen Äste am Baum des wirtschaftlichen Ertrages.

Andreas Niesmann schreibt in seinem, Leitartikel der HAZ vom 24. 3. 2017 mit dem Titel „Aus dem Lot geraten“:

> Von allen Fragen, die unsere Gesellschaft beschäftigen, gibt es eine von besonderer Bedeutung. Sie ist wichtiger als die nach der Integration oder die nach der Digitalisierung. Sie beschreibt die größte Herausforderung, vor der wir in den kommenden Jahren stehen. Von der Antwort wird abhängen, wie wir künftig zusammenleben. Ob es einen gesellschaftlichen Grundkonsens gibt. Und wie es um die Legitimation unserer Wirtschaftsordnung bestellt ist. Die Frage lautet: Wie organisieren wir es, dass alle Schichten vom stetig wachsenden Wohlstand profitieren? ...

Und er endet seinen Leitartikel wie folgt:

> … Was also tun? Mehr Umverteilung wäre eine schlechte Antwort, höhere Löhne für staatlich bezahlte Pfleger und Kinderbetreuer wären allenfalls ein erster Schritt. Zielführender wäre da schon die stärkere Besteuerung großer Erbschaften. Selbst Ordoliberale wie Walter Eucken hatten das einst gefordert. Allerdings unter einer Bedingung: dass die Einnahmen einer solchen Steuer in das Bildungssystem flössen – und dort für mehr Chancengleichheit sorgten.
> Selbst wenn einige im bevorstehenden Bundestagswahlkampf das Gegenteil behaupten werden: Eine einfache Antwort auf die schwierigste aller Fragen gibt es nicht.

Solange höhere Löhne für Pfleger und Kinderbetreuer nicht aus dem Besitzeinkommen bezahlt werden können, sind diese auch keine Lösung des Verteilungsproblems. Die Ungleichverteilung wurde schon mit dem ökonomischen Start nach dem Zweiten Weltkrieg institutio-

nalisiert, 1. weil die Ungleichheit im Start in Kauf genommen wurde und 2. nichts an den Systemfehlern in unserer Wirtschaftsordnung geändert wurde. Mir liegt der Protokolldienst 18 / 85 der Evangelischen Akademie Bad Boll vor. Die Tagung lief unter dem Motto „Wer hat, dem wird gegeben …? / die Verteilung des Volksvermögens in unserer Gesellschaft“ [135] (15. bis 17. März 1985) Die Probleme, die heute diskutiert werden, waren 1985 auch schon bekannt. Dass sich die Probleme seit dem verstärkt haben, ändert nichts an der Aussage. Wenn wir fragen, wie unser politisches System darauf reagiert hat, kann man – abgesehen von dem Verweis der untauglichen Sparförderung - nur antworten: „Mit der Verdrängung des Problems aus Machterhaltungsgründen!“ Es mag keine einfachen Antworten geben, aber diese Aussage, darf nicht zu der Schutzbehauptung führen, dass es keine gibt.

Ich habe schon zum Ausdruck gebracht, dass ich ein Versagen der Wirtschaftswissenschaften für den Zustand unserer (und der Welt-)Ökonomie sehe und ich kann die angrenzenden Wissenschaften von diesem Versagen nicht ausschließen. Ich weiß, das ist eine kühne Behauptung auf dem Hintergrund meiner gesellschaftlichen Rolle und meines Bildungsstandes. Ich verlasse mich dabei auf meine Intuition. Außerdem ist die Realität ja zu besichtigen und die hält einem Vergleich mit dem Ideal von der Marktwirtschaft in einer freien und sozialen Gesellschaft in keiner Weise stand. Ich betone aber nochmals, es geht mir mit diesem Urteil nicht darum, Personen herabzusetzen. In der Regel ist ein Ökonom, egal in welche Funktion, ein sympathischer und fleißiger Mensch. Ich vermute die Ursachen ihrer Fehlleistungen in falschen Anreizen, in den Forschungsmethoden und in der Struktur des Wissenschaftsbetriebes. Die Ökonomen waren in der DDR Gefangene einer Herrschaftsideologie, im gewissen Sinne gilt das auch für die alte und neue BRD. Ich habe schon gesagt, dass ich es für die Allgemeinheit gefährlicher finde, junge Menschen ins wirtschaftswissenschaftliche Studium zu schicken, als sie einem Hassprediger auszusetzen. Der Grund ist der, dass die Ökonomen mit ihren Fehlleistungen den Mist liefern, auf denen die Saat der Hassprediger aufgeht. Hätten die Ökonomen im vorigen Jahrhundert ihre Arbeit gut gemacht, hätten wir heute keinen IS und keine Flüchtlingswellen aus Nahost und aus Afrika und nicht das unsägliche Leiden oder die berechtigte Sehnsucht nach einem besseren Leben der dortigen Menschen. Aber hier eine bessere Moral der Ökonomen zu predigen, hilft gar nichts. Zu fordern, dass ihnen alle Mittel gestrichen werden, ist auch eine Illusion, weil die, die das durchsetzen müssten, durch ihre Schule oder durch die der juristischen Fakultäten gegangen sind. Juristen, Soziologen und

135 Teile des Protokolls findet man sicher mit der Suchfunktion in einem Text von mir unter www.tristan-abromeit.de

Anrainer-Wissenschaften haben dem Treiben der Ökonomen gläubig-ungläubig zugesehen und dadurch Verfälschungen ihrer eigenen Bemühungen in Kauf genommen. Die Studenten müssen ihr Studium – wie zu Zeiten der 68er - wenigstens zum Teil selbst organisieren, wohl Marx lesen, aber nicht ihre Zeit mit dem Marxismus verschwenden soweit er im Zentralismus verharrt, sondern diesmal sich die liberalen Denker vorknöpfen. Hier gibt es noch viel zu entdecken, auch Fehleinschätzungen sowohl der liberalen Denker wie auch der Menschen, die sich ihnen zuwenden zu korrigieren. Man sieht an meinen Vorschlägen, dass ich auch nicht (genau) weiß, was zu machen ist.

Die Journalisten könnten in ihrer Rolle als Beobachter und Berichterstatter einen Beitrag zur Klärung der Sachverhalte leisten. Es wäre eine Wiedergutmachung an die Gesellschaft, nachdem sie die brennenden Themen jahrzehntelang ignoriert oder mit zu wenig Nachdruck bearbeitet haben. Bei den anstehenden Wahlen müssten sie nur den Kandidaten der verschiedenen Parteien wiederholt nur wenige Fragen stellen: **a)** Wann dürfen die Deutschen sich als gesellschaftliche Gesamtheit eine Verfassung geben? **b)** Soll uns ein Europa als zentralistische Einheit, in der die Eigenentwicklung der Regionen und die Gestaltungsfreiheit der Individuen erstickt wird aufgezwungen werden oder dürfen wir ein dezentrales, offenes Europa, mit individuelle Gestaltungsfreiheit und Freizügigkeit für alle Europäer wählen? **c)** Soll die Ökonomie in Deutschland und in Europa in Richtung Marktwirtschaft ohne Kapitalismus oder in Richtung Zentralverwaltungswirtschaft mit Kapitalismus und Entmündigung des Individuum entwickelt werden? Wenn ein Kandidat bei der 10. Wiederholung der Fragen (an verschiedenen Plätzen mit Berichterstattung in den Medien) nur Antworten stammeln musste, weil er nichts Gescheites antworten konnte, dann wird er und andere Kandidaten die eigene Partei alarmierend um Nachhilfe bitten. Die Reaktionen der Parteien, die nicht von einer Reformfreude sondern von einer Angst um Wählerstimmen gespeist werden, können dann wiederum mobilisierend auf die Gesamtgesellschaft wirken, indem sie ein großes Palaver unter den Deutschen (und Europäern) auslösen, in der endlich gefragt wird: „Wo kommen wir her?“, „Wo sind wir jetzt?“, „Wo wollen wir hin?“ und „Wie erreichen wir mit welchen Mitteln unser Ziel?“.

Wichtig scheint mir, dass Banken – besonders die Genossenschaftsbanken und Sparkassen – sich nicht nur von der Politik und der EZB treiben lassen, sondern die Klärung der Zusammenhänge - die viele Menschen in Bedrängnis gebracht haben, bevor sie selbst in Be-

drängnis gekommen sind - selbst in die Hand nehmen. Der Ruf des Bankkaufmannes rangiert doch heute auf der Höhe eines Zuhälters, damit kann man doch nicht den Nachwuchs gewinnen, den man für eine positive Entwicklung der Banken benötigt. Die Banker müssen nur umschalten von „Mit Geld Geld verdienen!“ auf „Mit Geld die Zukunft positiv gestalten!“ Ohne Arbeitsteilung hat die Mehrzahl der Menschen keine Überlebenschance. Und ohne ein solides Geld gibt es keine reife und störungsfreie Arbeitsteilung. Auch hier gilt, wenn die Vorstände zu lahm oder ängstlich sind, dann müssen die unteren Ränge – vorweg die Lehrlinge (klingt besser als Azubi) – die nötige Aufklärung selbst organisieren.

Schlussbemerkung zur eigenen Person

Als ich diesen Text begonnen habe, habe ich überlegt, ob ich meine Botschaft für die Leser interessanter machen könnte, wenn ich autobiografische Begebenheiten in meiner Schilderung einfließen ließe, um so deutlich zu machen, warum mich ökonomische Fragen so bewegen. Zwischendurch habe ich diesen Ansatz fast vergessen und nun passt eine solche Schilderung nicht mehr in meine restlichen Ausführungen. Ich mache daher meine Angaben in Kurzform ohne große Erklärungen. Wenn ich mich richtig erinnere, war ich mit meiner Schilderung zur eigenen Person bis zu meinem „Gastspiel“ im Niedersächsischen Landesjugendheim gekommen. Davor waren folgende Stationen: Volksschule im und nach dem Krieg (Ein Schulwechsel musste wegen Kriegseinwirkungen rückgängig gemacht werden.); danach abgebrochene Lehre zum Fotografen bei meinem Vater; Ausbildung zum Matrosen in der Seeschifffahrt ohne Berufsschule; Arbeitseinsätze in der Familie, Bergbau, Binnenschifffahrt, Industrie, und Sozialeinrichtung und Lernender im Internationalen Freundschaftsheim in Bückeburg und Heimvolkshochschulen bei Göttingen und in Rastede.Für jede weitere Station gab es eine Notwendigkeit oder Chance. Nach dem Abschied (Juni 1960) aus dem Nieders. Landesjugendheim gab es für mich eine Arbeit auf dem Gemüsegroßmarkt in Bremen und Gelegenheitsarbeiten in Bremerhaven. Dazwischen lag ein Halbjahres-Kurs an einer privaten Handelsschule in Bremen. Es folgte eine Bankkaufmannslehre in zwei Spar- und Darlehnskassen in Süd-Niedersachsen (27. - 30.Lebensjahr). Ein Zwischenspiel als Matrose auf einem Küstenschiff war eine Sicherungsmaßnahme für einen weiteren Bildungsgang, ich wollte für den Fall, dass es mit der Aufnahmeprüfung an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg nicht klappen würde, noch ein Patent in der Handelsschifffahrt machen. Nachdem ich den positiven Bescheid aus Hamburg erhalten habe, habe ich bis zum Beginn des Studiums im Oktober 1964 als Bankkaufmann in einer Sparkasse in Alsfeld in Hessen

(Wohnort meiner späteren Frau) gearbeitet. Nach dem Examen 1966 an der AWP (erste Rezession nach dem Krieg) gab es für mich mit meinem Profil keine Arbeit und keine Wohnung für die ungeplante Familie mit drei Kindern. Wir haben eine Wohnung in Bremerhaven angenommen, dort gab es aber keine Arbeit, weder in einer Bank noch auf dem Bau. Ausgewichen bin ichauf eine Außendiensttätigkeit (als Klinkenputzer) für eine Versicherungsgesellschaft – ein wesentlicher Teil des Einkommens beruhte auf einer Provisionsbasis. Weil die Abschlüsse – mit Rücksicht auf die Kunden und weil ich zu viel Politik im Kopf hatte - zu gering waren und in Bremerhaven nicht einmal Hilfsarbeiterstellen zu haben waren [136], habe ich in Bremen auf dem Hochbau als Eisenflechter gearbeitet, später in einem Betonwerk in der Nähe von Bremerhaven. Weil der Ertrag nicht dem Aufwand und dem Bedarf der Familie entsprach, bin ich als „Wirtschaftsflüchtling" nach Hannover ausgewichen. Dort konnte ich als Bankkaufmann arbeiten. Zwischendurch habe ich (4 mal eine Woche) an einer Fortbildung „Ausbildung der Ausbilder" in Essen teilgenommen. Ausstieg aus der Arbeit als Darlehnssachbearbeiter September 1977, weil ich am falschen Arbeitsplatz festgenagelt war und unter zunehmenden Kopfschmerzen litt. Intensive Arbeit in einer Arbeitslosenzeit vor und nach einer Umschulung zum Bootsbauer (46. - 48.Lebensjahr) an Alternativprojekten, Parteiaufbau der grünen Partei, Abbau einer Kaufhalle in Hannover mit einer Arbeitsloseninitiative, danach Aufbau eines Wohnhauses aus dem Material der abgebauten Kaufhalle für eine neue Familie. Ende der Erwerbsarbeit als Bootsbauer-Geselle am Jahresende 1992 wegen einer Allergie gegen einen wichtigen Werkstoff der Bootswerft. Da keiner meine gesammelten Erfahrungen und Kenntnisse anderweitig anzapfen wollte, folgte die Flucht in die Rente. Natürlich habe ich auch Fehler gemacht, überhaupt ist die Aufzählung der beruflichen Stationen nicht der Versuch, mich als Zu-kurz-gekommener oder gar als Opfer aufzupolieren, sondern nur zu dokumentieren, dass ich viele Aspekte der Ökonomie aus eigenem Erleben kenne und nicht nur aus der Literatur wie die meisten Theoretiker. Was mich ein wenig an meinem Lebensverlauf ärgert, ist die Tatsache, dass das Politische so viel Raum eingenommen hat, so dass ich weder meine Neigung zum Wassersport noch den Wunsch zum eigenen Unternehmen ausgelebt habe.[137] Ich denke, wenn ich mir mit einer Würstchenbude das Startkapital für ein eigenes Unternehmen erarbeitet hätte, um danach ein solches zu gestalten [138] , wäre das die Sahne auf der vielschichtigen Torte, die mein Lebenslauf darstellt, gewesen.

136 Mit einer Sozialarbeiterausbildung – wie sie meine Frau hatte und in Teilzeit anwenden konnte – hätte ich diese Probleme nicht gehabt. Dafür hatte mir vorher aber das Geld gefehlt.

137 Dass mein Engagement und Experimente meine Familie belastet haben, ist ein weiterer Negativposten.

138 Auch als Produktivgenossenschaft, nicht aber in der Rechtsform der Genossenschaft, weil diese für Produktionbetriebe zu einengend ist.

Natürlich wäre es auch toll gewesen, wenn es mit einem der Projekte zur Berufs- oder Erwachsenenbildung geklappt hätte. Aber die Erkenntnis, dass in diesem Bereich zu viele Abhängigkeiten von Geldgebern, Uneinsichtigen, Verbands- und Parteiinteressen bestehen, ist ja letztlich auch ein Gewinn, den ich – so meine Hoffnung – als gedanklichen Baustein für den Entwurf einer freien Gesellschaft weitergereicht habe. Die Gesellschaft der Freien (Franz Oppenheimer) und die gleiche Freiheit aller (Dieter Suhr) sind immer noch keine Wirklichkeit, sondern ein Zukunftsprojekt.

***Schlussbemerkung zur eigenen Person* Ende**

oooooooooooo

Einschub 16 Bankpolitik / Gutachten von W. Stützel / Auszug

BANKPOLITIK heute und morgen
Ein Gutachten von Dr. Wolfgang Stützel, o. Professor an der Universität des Saarlandes
RITZ KNAPP VERLAG FRANKFURT AM MAIN 1964

EINLEITUNG
1) Der Bundesminister für Wirtschaft hatte mir Ende 1958 im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Kreditwesengesetzes von 1961 den Auftrag erteilt, ein Gutachten zu erstatten über „Die Aufgaben der Banken in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik und die demgemäß anzustrebende Organisation des Bankenapparates". Ergänzend wurde eine Reihe von Einzelfragen formuliert, deren Behandlung im Zusammenhang mit dem Gesamtthema erwünscht war.

2) Im Laufe der Beschäftigung mit den angeschnittenen Fragen erwies es sich als notwendig, eine Fülle überkommener Vorstellungen und Begriffe neu zu überdenken und umfangreiche literarische und statistische Untersuchungen anzustellen. Als Ergebnis dieser Überlegungen und Untersuchungen habe ich die mir gestellten Fragen nach den Aufgaben der Banken in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik und der demgemäß anzustrebenden Organisation des Bankenapparates wie folgt beantwortet:

Erster Teil
SICHERUNG DER ÖFFENTLICHEN ORDNUNG
IM HINBLICK AUF DIE FUNKTIONEN DER
BANKEN
A. SONDERSTELLUNG DER BANKEN
IN DER RECHTSORDNUNG?

3) Nach der Gewerbeordnung von 1869 unterlagen nur wenige gewerbliche Tätigkeiten einer besonderen gewerbepolizeilichen Kontrolle: jede Tätigkeit, aus der dem Publikum Geräuschs- oder Geruchsbelästigungen drohten, die Ausübung von Heilberufen, die Herstellung von Schießpulver, der Betrieb eines Theaters, einer privaten Krankenanstalt, einer privaten Irrenanstalt. Der Betrieb eines Bankgeschäfts mochte in Einzelfällen, der besonderen Rechtsform des Trägers wegen (öffentlich-rechtliche Anstalt, konzessionierte Aktiengesellschaft), gewissen staatlichen Kontrollen unterliegen. Die bankgeschäftliche Tätigkeit als solche indes genoß uneingeschränkte Gewerbefreiheit. Jeder mündige Bürger, der es sich zutraute, Bankgeschäfte zu betreiben, konnte frei über die Zahl und den Ort der Niederlassungen entscheiden (Niederlassungsfreiheit), frei die Art seiner Geschäfte sowie die Zusammensetzung seiner Aktiven und seiner Schulden und deren Verhältnis zueinander bestimmen (freie Bestimmung der Geschäftsstruktur), frei seine Beschaffungspreise kontrahieren (Habenzinsfreiheit) und - von den Beschränkungen durch den allgemeinen Wucherschutz abgesehen - frei seine Absatzpreise vereinbaren (Sollzinsfreiheit).

4) Seit der großen Krise von 1931 erscheint es für die Ordnungspolitik auf dem Gebiet des Kreditwesens weithin als selbstverständlich, daß das Betreiben von Bankgeschäften besonderen staatlichen Regelungen unterworfen und von besonderen Staatsorganen kontrolliert werden müsse. Man hat sich an die Auffassung gewöhnt, dem Bankgewerbe komme neben anderen Gewerbezweigen in der Wirtschaftsordnung eine Sonderstellung zu. Diese Auffassung ist erst in den letzten fünf oder sechs Jahrzehnten entstanden. Sie ist das Produkt dreier Fak-

toren.

5) Zunächst kam es in dieser Zeit in der Wirtschaftswissenschaft (mit der sogenannten Kreditschöpfungstheorie und gewissen monetären Konjunkturtheorien unter unkritischer Gleichsetzung des modernen Kreditgeldes mit dem früheren Warengeld) zu einer eigenartigen Wiederbelebung der Naiven Quantitätstheorie. Nach dieser „Geldmengenphilosophie“, die den landläufigen Vorstellungen über die Bedeutung der Banken bis in unsere Tage das Gepräge gibt, entscheiden die Banken von sich aus, einseitig, über den Umfang der Bestände an Zahlungsmitteln, die in einem gegebenen Zeitpunkt in Brieftaschen und Tresoren oder als Giroguthaben gehalten werden, und entscheidet der Umfang dieser Zahlungsmittelbestände wiederum ebenso einseitig über die Stärke des Stroms der Auftragserteilungen und der Gesamtausgaben und damit über den Beschäftigungsgrad und das Preisniveau einer Volkswirtschaft. Deshalb kommt es nach dieser „Geldmengenphilosophie" zur Steuerung des Beschäftigungsgrades und des Preisniveaus in erster Linie darauf an, die Produktion von Zahlungsmitteln, also von Banknoten und Giroguthaben, unter öffentlicher Kontrolle zu halten. Staatliche Einschränkungen der Dispositionsfreiheit der Bankgewerbetreibenden - z. B. Zwang zur Haltung von Mindestreserven oder zur Einhaltung von Richtsätzen - erscheinen nicht mehr als branchenbezogene gewerbepolizeiliche Regelungen, sondern als Installation von Schalthebeln zur Steuerung der Geldversorgung und damit der Konjunktur und des Preisniveaus. Man spricht nicht mehr von Kaufleuten, die das Bankgewerbe betreiben. Vielmehr erscheint die Gesamtheit der Banken („Bankenapparat“) als ein riesiger, staatlicher Lenkung bedürftiger Geldversorgungsapparat.

6) Zum zweiten herrschte seit Beginn des ersten Weltkrieges unter dem Einfluß planwirtschaftlicher Regelungen an vielen Leihgeldmärkten häufig eine Marktspannung, ein Markt-Ungleichgewicht besonderer Art. Die Zinsen wurden künstlich niedrig gehalten. Dadurch kam es zu der vom Preisstop auf Warenmärkten her bekannten Situation. Die Nachfrager standen Schlange. Die Anbieter mußten zur Kontingentierung übergehen. Es herrschte eine besondere Form des Verkäufermarkts, ein Kreditgebermarkt. Die Banken, bis dahin Unternehmen, die wie alle anderen glücklich waren, wenn sie ihre Ware günstig verkaufen konnten, wurden zu gnädigen Verteilern quasi-öffentlicher Leistungen. Praxis und Theorie sahen in ihnen nicht mehr Gewerbebetriebe, die unter dem Druck der Konkurrenz und unter dem Zwang, Verluste und Insolvenz zu vermeiden, für ihre Mittel Anlagemöglichkeiten zu ordentlichen Zinsen bei angemessenen Sicherheiten suchen müssen, sondern Glieder einer riesigen Verteilungsorganisation, Organe eines Kreditversorgungsapparates. Was man früher als Einschränkung der Gewerbefreiheit bezeichnet hätte, erscheint unter dem Eindruck solcher Kreditgebermarkt-Situationen als Einrichtung von Schalthebeln zur Steuerung der Kreditversorgung und damit zur Steuerung der Wirtschaftsstruktur und des Wirtschaftswachstums.

7) Schließlich haben seit Beginn des ersten Weltkrieges verschiedene Aktionen von hoher Hand die eigenartige Vorstellung genährt, daß Bankguthaben nicht gewöhnliche Geldforderungen seien, also Forderungen, die allen privatrechtlichen Regelungen und Risiken unterliegen, sondern Vermögensobjekte besonderer Art, Forderungen mit öffentlich garantierter Bonität. Das begann mit den Appellen, im Interesse der Nation Bargeld zur Bank zu bringen, damit es dort „arbeite“, also möglichst von der Barzahlung zum Giroverkehr überzugehen, Appellen, die nur bei Goldumlaufwährung und gleichzeitigem Mangel an Devisen sinnvoll waren (Gold für Einfuhrgüter!), im Zeitalter des Papiergeldes aber einen unsinnigen Anachronismus darstellten. Erklärt es ein Staat zur Bürgerpflicht, Geld zur Bank zu bringen, so erweckt er die Erwartung, daß er das Forderungsrisiko abdecken werde. Tatsächlich entsprach der Staat in der Bankenkrise 1931 dieser Erwartung, indem er die Rolle des großen Konkursversicherers übernahm. Ihren Höhepunkt erreichte die Tendenz, eine Forderung gegen eine Bank als eine Forderung sui generis anzusehen und nicht mehr nach gewöhnlichen privatrechtlichen Maßstäben zu beurteilen, in der Währungsreform von 1948. Rechtsträger, die Bankgeschäfte betrieben, wurden grundsätzlich anders gestellt als Rechtsträger, die andere Gewerbe ausübten. Bankgewerbetreibende wurden ausschließlich als Funktionäre des „Geld- und Kreditversorgungsapparates“ behandelt. Die Tendenz, dem Bankgewerbe in der Wirtschaftsordnung eine ganz besondere Stellung zuzuschreiben, findet in der Währungsreform den klarsten Ausdruck.

8) Sollen heute, im Jahre 1964, die „Aufgaben der Banken in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik“ zu dem Zweck bestimmt werden, Grundsätze für die „anzustrebende Organisation des Bankenapparates“ zu entwickeln, so dürfen die Auffassung einer Sonderstellung des Kreditgewerbes und die dahinter stehenden Theorien nicht ungeprüft übernommen werden, weder die Theorie vom Bankgewerbe als einem Geldversorgungsapparat, der von sich aus über Konjunktur, Beschäftigung und Preisniveau entscheidet, noch die Theorie vom Bankgewerbe als einem Kreditversorgungsapparat, der von sich aus Struktur und Wachstum der Wirtschaft bestimmt, noch die Theorie, daß Geldforderungen gegen Banken von vornherein mit anderen Maßstäben zu messen sind als andere Geldforderungen. Soweit dem Bankgewerbe in der Wirtschaftsordnung überhaupt eine Sonderstellung zukommt, ist sie konkret zu begründen, nicht durch Berufung auf abstrakte Schlagworte oder Theorien, in denen wie in der skizzierten Geldmengenphilosophie die Zusammenhänge unzulässig stark simpli-

fiziert oder wie in der Theorie vom Kreditversorgungsapparat vorübergehende Erscheinungen unzulässig verallgemeinert werden.

9) Konkret ist zur Bestimmung der Aufgaben des Staates zur Sicherung der öffentlichen Ordnung auf dem Gebiet des Kreditwesens davon auszugehen, daß die Banken in der Wirtschaftsordnung im wesentlichen drei Funktionen ausüben:
- Sie besorgen den Zahlungsverkehr ihrer Kundschaft (Tz 10 und 11).
- Sie eröffnen Finanzierungsmöglichkeiten (Wechselankauf, Buchkredit, Übernahme von festverzinslichen Anleihen und von Beteiligungstiteln) und wirken insoweit daran mit, den Finanzierungsspielraum zu bestimmen, der anderen Wirtschaftsunternehmen sowie den öffentlichen und privaten Haushalten offensteht (Tz 12 bis 41).
- Sie bieten Geldanlagemöglichkeiten und zwar neben der Möglichkeit zur Anlage in Beteiligungen an anderen Unternehmen und in festverzinslichen Forderungen gegen andere Unternehmen und Gebietskörperschaften (Effektenemissionsgeschäft, Effektenkommissionsgeschäft) vor allem die Möglichkeit zur kursempfindlichen, aber dinglich gesicherten Anlage in eigenen Schuldverschreibungen (Pfandbriefe u. ä.)
- zur kursunempfindlichen Anlage auf Depositenkonto (Sichtguthaben, Terminguthaben, Sparguthaben). Soweit sie dabei, wie im Depositengeschäft, Gelder in großem Umfang auf eigene Rechnung und ohne Gewährung dinglicher Sicherheiten hereinnehmen, bestimmt ihre eigene Solvenz nicht nur die Sicherheit der Geldanlage, sondern damit auch die Solvenz anderer (Tz 42 bis 107).
...

ÜBERSICHT

	Tz	Seite
Einleitung	1 — 2	7
Erster Teil		
SICHERUNG DER ÖFFENTLICHEN ORDNUNG IM HINBLICK AUF DIE FUNKTIONEN DER BANKEN	3 — 107	9
A. Sonderstellung der Banken in der Rechtsordnung?	3 — 9	9
B. Polizei des Zahlungsverkehrs	10 — 11	13
C. Währungspolizei	12 — 41	15
I. Sachliche und persönliche Objekte der Aufsicht (Was soll gesteuert werden? Wer muß dazu kontrolliert werden? Kriterien der Lenkungsbedürftigkeit)	12 — 23	15
II. Wirkungsweise der Lenkungsmaßnahmen (Theorie der Zinspolitik)	24 — 37	19
III. Folgerungen	38 — 41	25
D. Einlegerschutzpolizei	42 — 107	26
I. Sachliche und persönliche Objekte der Aufsicht (Was soll beaufsichtigt werden? Wer muß dazu beaufsichtigt werden? Kriterien der Aufsichtsbedürftigkeit)	42 — 54	26
II. Beurteilung der seit 1931 praktizierten Aufsichtsmaßnahmen	55 — 78	31
a) Vorbemerkungen	55 — 57	31
b) Liquiditätsvorschriften (Kassenhaltungsgebote und ähnliche Reservegebote)	58 — 65	33
c) Rentabilitätssicherungsversuche	66 — 70	35
d) Bonitätssicherung	71 — 78	37
III. Folgerungen	79 — 107	39
a) Aktienrecht als Vorbild	79 — 83	39
b) Einlegerschutzbilanz	84 — 102	41
c) Zwang zur Depositenversicherung?	103 — 107	48

	Tz	Seite
Zweiter Teil EINZELFRAGEN DER GEGENWÄRTIGEN DEUTSCHEN BANKPOLITIK	108 — 226	50
A. Zins- und Provisions-Berechnungsmodalitäten	108 — 121	50
B. Die Sonderstellung der Sparkassen im Wettbewerb der Kreditinstitute	122 — 174	59
I. Methodische Mindestanforderungen	122 — 135	59
II. Entstehung von Privilegienrenten	136 — 147	66
III. Zur Relevanz von Startvorteilen	148 — 149	72
IV. Verwendung der Privilegienrenten	150 — 163	73
V. Folgerungen	164 — 174	79
C. Das Steuerprivileg der Kreditgenossenschaften	175 — 179	83
D. Das Körperschaftsteuerprivileg der privaten Hypothekenbanken	180	85
E. Der Einfluß institutioneller Besonderheiten auf das Gefüge der deutschen Zinssätze	181 — 197	85
F. Folgerungen aus der Gesamtuntersuchung im Hinblick auf die Frage, welche Zinsregelungen aufgrund der Ermächtigung nach § 23 des Kreditwesengesetzes getroffen werden sollen	198 — 226	92
I. Ermächtigung	198	92
II. Sollzinsen	199 — 206	92
III. Habenzinsen	207 — 219	96
IV. Praktische Folgerungen	220 — 226	101
Sachregister		105

Einschub 16 Ende

oooooooooooooooooooo

30. Tag: Geld, ein Thema zum Verrücktwerden!? Vollgeld, Kreditgeld, Eigentumstheorie des Geldes, Währungsverfassung, „Die Wunderinsel Barataria“

Dass mit dem Geld von jeher Probleme verbunden waren, bezeugen uns alte schriftliche Quellen. Pierre Le Pasant de Boisguilbert (1646 1714) sprach vom kriminellen Geld. [139] Von Nicolaus Oresme Bischof von Lisieux (1325 – 1382), der in seinem „Traktat über Geldabwertungen“, vor missbräuchlichen Änderungen des Geldwertes durch die Herrscher warnt, sind Zitate in meinen Texten zu finden.[140] Die geschichtlichen und die gegenwärtigen Quellen zum Problem Geld sind so vielfältig, dass es kein Wunder ist, wenn es Zeitgenossen gibt, die hinter der Nicht-Aufklärung der Probleme eine Verschwörung sehen. Und bei mancher

139 http://www.tristan-abromeit.de/pdf/102.2%20Fernandes.pdf
https://de.wikipedia.org/wiki/Pierre_Le_Pesant_de_Boisguilbert
140 Den Namen in die interne Suchfunktion unter Texte / Arbeiten eingeben.

gegenwärtigen Veröffentlichung zum Thema Geld – egal ob es um die Abschaffung des (Bar-)Geldes geht oder um die Kreditschöpfung der Banken - hat man den Eindruck, beim Geld geht es um Metaphysik. Das ist aber nicht Fall. Geld ist in geprägter und gedruckter Form Menschenwerk, also etwas Reales, auch dann noch, wenn es in digitaler Form – nach den Regeln, die für das gedruckte Geld gelten – in die Welt gesetzt wird. Die Mängel und die Wirkungen des Geldes sind dem Verstand zugänglich. Die Wirtschaftswissenschaft macht aber den Eindruck, als habe sie den Auftrag, Verwirrung zu stiften. Ich nehme nicht an, dass da eine Absicht hinter steckt, sondern das die Beteiligten sich mit der betriebenen Gedankenakrobatik – die sie betreiben - verheddert haben. Zum Beispiel wird aus falschen Schlussfolgerungen des Zahlungsverkehrs der Banken entnommen, dass die Geschäftsbanken Kredite schöpfen können und bauen darauf eine neue Theorie auf. Wenn aber die Banken keine Kredite schöpfen können, dann ist jede Theorie, die darauf aufbaut, Unsinn. Wenn die Behauptung stimmen würde, dann hätten schon alle Staatsanwälte der Republik angezeigt werden müssen, weil die kleinen Geldfälscher verfolgt, aber nicht die Banken, die die Geldfälscherei im großen Stil betreiben würden. Bei der Suche nach einem Mail kam mir eine Nachricht vom 28. 12. 2012 von meinem schon erwähnten Brieffreund Friedrich vor die Augen. Er schrieb damals:

> Lieber Tristan,
> vielen Dank für Deinen Kommentar anlässlich des jüngsten Vorstoßes der MONETATIVE-ler. ... Ich bin zum Ergebnis gelangt, dass Argumente gegen sie nichts ausrichten können. Es sind „Gnostiker“, die von der höheren Wahrheit erleuchtet sind und deshalb etwas sehen (die Geldschöpfung aus dem Nichts), was wir, normale Sterbliche, nicht sehen. Und das beweist ihnen doch nur, dass wir unerleuchtet sind. Und deshalb zählen unsere Gegenargumente nicht, mehr noch: sie bestätigen nur die Theorie der Gnostiker. So wie die Unerleuchteten seinerzeit nicht die bösen Machenschaften des Teufels in der Welt durchschauen konnten, so können wir heute die kriminellen Machenschaften der Banken nicht erkennen. Mein Sohn fragte mich neulich, wie das denn möglich sei, dass man sich nun schon Jahrzehnte um so ein Thema streite. Das wäre doch ganz leicht zu klären, indem man Informationen bei den Bankpraktikern einhole. In der Tat liegen dazu ja auch Aussagen vor. Hohngelächter bei den Gnostikern: „ Die werden gerade ehrliche Auskünfte geben! Da könnte man ja gleich den Teufel fragen, ob er wirklich die Menschen mit List zu verführen trachtet.“
> ...
> Dir alles Gute!
> Friedrich

Ich traue es mir nicht zu, das Wirrwarr von Theorien, ihre teils bestätigenden und teils wider-

sprechenden Aussagen zu entwirren und habe dazu auch keine Neigung, weil die Aussage von Friedrich Müller-Reißmann stimmt. Mir ist aber bewusst, dass das die Giralgeldschöpfer genau anders herum sehen. Solange eine falsche Annahme und danach eine falsche Aussage von einer Überzeugung getragen ist, ist das nichts Verwerfliches. Verwerflich wird eine Haltung erst, wenn Eitelkeit, Geltungssucht oder Machtstreben solche Aussagen diktieren.

Ich will nur versuchen auf einige Sachverhalte aufmerksam zu machen, die bei der Lösung zu beachten sind. Ansonsten kann ich nur anmahnen, Untersuchungsmethoden zu entwickeln, die den ganzen Streit beenden können, der ja selbst unter Menschen ausgebrochen ist, die sich gegenseitig schätzen, mögen oder befreundet sind. Der größte Fehler, der gemacht werden kann, ist, das Geld zu betrachten, ohne den Güterstrom, den es transportiert zu beachten. Ich verweise auf meine Angaben zu dem volkswirtschaftlichen Planspiel Walker Modell. Ein Planspiel ist noch nicht die Wirklichkeit, aber Karl Walker kam es darauf an, die Geld- und Güterseite gleichzeitig für alle Mitspieler sicht- und begreifbar zu machen.

Das Thema Geld hat wegen seiner Voraussetzung für die Arbeitsteilung, ohne die nicht so viele Menschen auf dieser Erde leben könnten, eine so große Bedeutung. Jeder kleine Fehler im System hat große Wirkungen. Sowohl die ständige Sabotage der Marktwirtschaft, die Verstaatlichung aller Lebensbereiche, die negative Entwicklung Europas und die Flüchtlingsströme haben hier zum großen Teil ihre Ursache. Ich vergesse dabei nicht die boden- und patentrechtlichen Probleme. Sie hier aufzuführen, ist nicht angebracht, weil sie den Zugang zu den Geldproblemen nicht noch schwieriger machen sollen. Das Bodenrecht, das Thema Patentrecht oder zusammengefasst das Thema ökonomische Renten hat den gleichen Dringlichkeitsrang bei der Bearbeitung wie das Geldproblem.

Bevor ich mit der Niederschrift des folgenden Abschnittes begonnen habe, habe ich zur Kontrolle meiner eigenen Gedanken folgende Titel gelesen: **a)** Die „Bankpolitik heute und morgen / Ein Gutachten von Wolfgang Stützel, 1964; **b)** das Heft 129 der „*Fragen der Freiheit*“ mit den Beiträgen „Währungsverfassung und Gesellschaftsordnung“ von Heinz Hartmut Vogel; „Eine kritische Würdigung in Silvio Gesells utopischem Barataria (Billig-Land) von Joachim Starbatty; „Die Währungsfrage als Rechtsproblem“ von Ernst Winkler und Die Wunderinsel Barataria (ein Auszug) von Juan Acratillo (Silvio Gesell); **c)** „Kritische Analyse der Problemlösungsfähigkeit der Reformkonzeption 'Vollgeld' im Lichte der (monetär)key-

nesianischen Geld- und Stagnationstheorie“[141] von Ferdinand Wenzlaff und seine Power-Point-Präsentation, die als Unterlage seines Vortrages, „Kritische Analyse des Vollgeldes aus (monetär)keynesianischer Perspektive“, diente.[142]

Das Gutachten von Stützel kann ich allen Bankkritikern und allen, die in einer Bank arbeiten als Hilfe zur Klärung der Rolle der Banken im Geldgeschehen empfehlen. Als Einschub 16 habe ich das Kapitel „A. Sonderstellung der Banken in der Rechtsordnung?“ eingefügt. Hier gebe ich nur die Textziffer 25 aus dem Gutachten wieder:

> 25 Jede Bank hat einen Einfluß auf den Finanzierungsspielraum Dritter. Sie ist aber bei ihren Entscheidungen über diesen Finanzierungsspielraum Dritter auch ohne öffentlich-rechtliche Sonderregelungen abhängig von der Geschäftspolitik der Bundesbank.
>
> Die unmittelbare Abhängigkeit einer Bank ist zwar minimal, solange sie ihren Gläubigern Zahlungen nur zu den gleichen Fristen verspricht, die sie selbst mit ihren Schuldnern vereinbart (vollkongruentes Geschäft). Das gibt es jedoch kaum. Die Hypothekenbanken achten zwar in den Verträgen auf Kongruenz, nähren aber doch die Erwartung des Publikums, daß die Pfandbriefkurse gepflegt würden, also die Erwartung, daß, wenn auch ohne Rechtsanspruch, Pfandbriefe vorzeitig zurückgenommen würden. Depositenbanken einschließlich Sparkassen haben prinzipiell eine Divergenz der Fristen. Sie betreiben *Fristentransformation.* Insbesondere stellt die Beteiligung von Depositenbanken einschließlich Sparkassen an der sogenannten Giralgeldschöpfung nur eine Fristentransformation besonderer Art dar. Was geschieht, wenn ein Institut einen Wechsel ankauft und den Gegenwert auf Girokonto gutschreibt? Erstens wird die Forderungskette um ein Glied verlängert: Die bestehende Forderung aus dem Wechsel geht auf das Institut über; zusätzlich entsteht die Forderung des Einreichers gegen das Institut. Zweitens werden dabei die Fristen transformiert. Vorher hatte der Einreicher eine terminierte Forderung, nachher hat er eine Sichtforderung; das Institut erlangt eine terminierte Forderung und zugleich eine täglich fällige Verbindlichkeit. Es ist Geld „geschöpft“ (richtig: geschaffen) worden.

Ich kann in dem Gutachten nirgendwo entdecken, dass Stützel eine Geldschöpfung oder Kreditschöpfung der Banken feststellt oder für möglich hält. Der Schlusssatz in seiner Darstellung Ziffer 25 hätte klarer so heißen müssen: „Es ist kein Geld geschaffen worden, die Bank hat durch eine Fristentransformation – nämlich durch den Ankauf des Wechsels - dem Kunden sein künftiges Verfügungsrecht über Geld in ein gegenwärtiges verschafft oder ge-

141 Ferdinand Wenzlaff schrieb: „Das Papier wird dann für den Keynes-Tagungsband und auch für die ZfSÖ jeweils in verschiedene Richtungen fokussiert“ und veröffentlicht.

142 Gehalten am 11. März 2017 in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal.

tauscht.“ Dieses Verfügungsrecht über Geld, das selber kein Geld ist, kann der Kunde als Zahlungsmittel einsetzen.

Es geht bei der Erörterung dieser Fragen nicht um Nebensächlichkeiten. Am 31. Oktober 2016 war folgende Schlagzeilen in der HAZ zu lesen:

> **Problem mit Baukrediten alarmieren die Landespolitik** / Neues Gesetz geht zu Lasten von Älteren und jungen Familien / Handwerk besorgt.
> VON HEIKO RANDERMANN
> HANNOVER. Die vom Bundestag im März verschärften Richtlinien für Immobilienkredite machen jungen Familien, älteren Menschen, Banken und Handwerkern in Niedersachsen zu schaffen. Die Vergabe von Krediten sei im zweiten Quartal um 16 Prozent und im dritten Quartal um 10 Prozent auf ein Volumen von 3,7 Milliarden Euro zurückgegangen, sagte Michael Schier, Sprecher des Sparkassenverbands in Niedersachsen. Er spricht von „gewaltigen Auswirkungen. Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) befürchtet erhebliche Folgen für die Bauwirtschaft. Auch die Parteien im Landtag zeigen sich quer durch die Reihen besorgt. …

Diese Schwierigkeiten aufgrund der Gesetzgeberei [143]– haben ihre Ursache darin, das ziemliche Unklarheiten über das besteht, was Geschäftsbanken und Zentralbanken können und was nicht. Ich sehe es so, dass die negativen Auswirkungen der Zentralbanken auf die Geschäftsbanken größer sind als solche der Geschäftsbanken auf die Zentralbanken. Es hat in der Geschichte durchaus negative Wirkungen auf das Geldsystem gegeben, so die Krise von 1907, die durch die J. P. Morgan und John Rockefeller künstlich herbeigeführt wurde, weil es ihnen gelang, das umlaufende Geld dermaßen zu verringern, dass ein Zusammenbruch der Wirtschaft unvermeidbar wurde.[144] Aber so eine Krise kann keine Bank mehr auslösen, wenn eine von der Freiwirtschaftsschule geforderte Währungsverwaltung und die Umlaufsicherung des Geldes eingeführt wurde. Ferdinand Wenzlaff streift in seinem Referat vor der Keynes-Gesellschaft das Thema der Größe der Banken indem der den Vollgeldreformern zustimmend schreibt:

> Ebenso ist der kritischen Beobachtung der *too big to fail*-Problematik („Systemrelevanz“) und der daraus erwachsenen Machtstellung der Banken zuzustimmen. (S. 19)

Ich sehe es so, dass die Banken wie alle Unternehmen unter kapitalistischen Bedingungen dem Konzentrationsprozess, der vom Zins in seinen verschiedenen Formen gespeist wird,

143 Die vermutlich von der Idee gespeist wird, dass nur ein Recht, das möglichst viele Gesetze hat, ein gutes Recht ist. Dabei ist es umgekehrt, ein gutes Recht kommt mit wenigen gut durchdachten Gesetzen aus. Das ist aber nur möglich, wenn die Gesamtordnung der Gesellschaft auf eine Selbststeuerung angelegt ist.

144 Nachzulesen in: „Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker“ von Fritz Schwarz, Bern 1945. Dort findet sich auch der Hinweis auf „Morgan der ungekrönte König der Welt“ vom gleichen Autor.

ausgesetzt sind – die kleinen werden von den großen geschluckt, der Wettbewerb verringert sich. Im Kapitalismus ist eben nicht die organisatorische und technische optimale Größe eines Unternehmens das Ideal, sondern die möglichst große Marktmacht, die die Kostennachteile der Größe spielend durch Preisdiktate etc. kompensieren kann. Gelingt es, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien, werden die Banken zu reinen Dienstleistern, die aus Kostengründen darauf achten müssen, ihre optimale Größe nicht zu überschreiten. Aus dieser Sicht ist die „*too big to fail*-Problematik“ ein Ergebnis der ordnungspolitischen Fehlleistungen, die sich nicht einfach mit weiteren Gesetzen - die neue Verbote kreieren – aufzuheben sind.

Ferdinand Wenzlaff ist ein noch junger Ökonom mit zweifachem Diplom (Volkswirt und Betriebswirt), der zur Zeit in der Präsidialverwaltung der Universität Hamburg arbeitet und an seiner Dissertation über Forschungsstrukturen (oder ein ähnliches Thema) schreibt. Er genießt meine Sympathie aber nur begrenzt meine Zustimmung beim Thema Geld. Sein mir vorliegender Text zeugt von seinem Wissensstand darüber, was andere Ökonomen für und gegen das Thema Vollgeld gesagt haben und von seiner Fähigkeit, eigene Schlüsse zu ziehen. Seine Botschaft für Ökologen und Sozialpolitiker lautet: Vollbeschäftigung kann auch bei Null-Wachstum oder gar bei negativem Wachstum erreicht werden. Das lautet im Original so:

> *Stagnation*. Das Unterbeschäftigungsgleichgewicht sagt nichts über die Wachstumsrate aus, sondern charakterisiert ein Aktivitätsniveau unter ihrem Potential. Genau das aber entspricht der richtigen Definition von Stagnation. Stagnation ist nicht durch eine niedrige Wachstumsrate oder Nullwachstum gekennzeichnet, sondern durch ein Volkseinkommensniveau bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, wobei Beseitigung der Unterbeschäftigung eben ein höheres Niveau verlangt. Insofern Vollbeschäftigung erreicht wird, kann selbst bei negativer Wachstumsrate niemals von Stagnation die Rede sein. Wachstum (bzw. ein höheres Volkseinkommensniveau) kann ja kein Selbstzweck oder Bewertungsmaßstab sein, sondern nur als Mittel zur Beseitigung von Unterbeschäftigung verstanden werden. Wir halten als Diagnose entwickelter Geldwirtschaften fest: Die Kombination von mangelnder effektive Nachfrage aufgrund der marginalen Sparneigung zusammen mit der Liquiditäts-/Realwertpräferenz lösen eine Stagnationstendenz aus, mit der typischen Folge von Arbeitslosigkeit, steigende Ungleichverteilung sowie steigender Staatsverschuldung. (S. 12 f.)

Ferdinand Wenzlaff geht auch auf den Ökonomen H. Riese ein und schreibt vor dem obigen Zitat:

> Vollbeschäftigung kann nicht die Norm der Wirtschaftspolitik sein, da die Machtstellung des Arbeitnehmers eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzten würde, die die Stabilität der Ökonomie gefährdet. Eine folgerichtige Intervention der Zentralbank zur Bekämpfung der Inflation drosselt notwendigerweise das Investitionsniveau und sorgt für Unterbeschäftigung. Damit sinkt letztendlich auch die Machtstellung der Arbeitnehmer und die Lohn-Preis-Spirale wird gebrochen:
>
> > „Die Grenzen der Nachfragesteuerung liegen [...] nicht so sehr in ihrer (vielfach behaupteten) Unwirksamkeit, sondern in der Schaffung eines Inflationspotentials, das die Geldpolitik über kurz oder lang zu konterkarierenden Interventionen zwingt. Arbeitslosigkeit – oder besser gesagt: Überschußangebot an Arbeit – wird so zu einem konstitutiven Merkmal einer Geldwirtschaft.“ (Riese, 1990a: 6)
>
> Selbst wenn man diese Argumentationslinie der Lohn-Preis-Spirale beiseite lässt, so bleibt doch hinreichend, dass die Nachfrage entwickelter Geldwirtschaften zu schwach ist und die Liquiditäts-/Realwertpräferenz der Vermögenseigentümer kein Fallen des Zinses zur Realisierung eines höheren Investitionsvolumens erlaubt.

Die Zitate stehen natürlich in einem Gesamtzusammenhang, den der Autor verdeutlichen will. Er referiert und interpretiert und sagt nicht unbedingt, was seine Einstellung zum Gegenstand der Darstellung ist. Es ist da zweckmäßig, den Gesamttext zu lesen. Mir geht es um bestimmte Aspekte in dem Text. Einmal ist es das Märchen von der Lohnpreisspirale, die für eine Beweisführung herhalten muss und dann darum, dass die Machtstellung der Arbeitnehmer bei Vollbeschäftigung gebrochen werden muss. Die Freiwirtschaft will die Vollbeschäftigung u.a. gerade darum, damit ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer hergestellt wird. Und dann die Behauptung, die Arbeitslosigkeit sei ein konstitutives Merkmal einer Geldwirtschaft. Das ist vielleicht eine Sichtweise in einem mathematischen Modell, aber nicht für eine verantwortbare Gesellschaftsgestaltung. Und was meint Riese hier mit „Überschussangebot an Arbeit“? Wenn es an dieser Stelle eine bessere Formulierung für Arbeitslosigkeit sein soll, dann müsste es doch heißen: Überschuss der Nachfrage nach Arbeitsmöglichkeiten und nicht an Arbeitsmöglichkeiten wie die Formulierung „Überschussangebot an Arbeit“ suggeriert. Vermutlich liegt hier ein Übertragungsfehler vor.
Ich sehe gerade, dass auf der Seite 11 schon eine Aussage steht, wie sie Riese macht:

> Das hat zur Folge, dass „Unterbeschäftigung eine Funktionsbedingung der Geldwirtschaft ist.“ (Lüken-Klaßen & Betz, 1989: 227)

Wenn da stehen würde *„Unterbeschäftigung ist eine Funktion des Kapitalismus.“*, dann würde die Aussage stimmen und zwar deshalb, weil in einer solchen Situation das Arbeitseinkommen zu Gunsten des Kapitaleinkommens gesenkt werden oder niedrig gehalten

werden kann.

Nun geht es mir bei Wenzlaff um den ersten Satz im nachfolgenden Zitat. Den ersten Teil des zweiten Satzes nutze ich nur als Hinweis darauf, dass ich auf das Thema Notenbanken und Zinssätze später eingehen werde.

> *Steuerungsdefizite*. Basierend auf der Ideologie der Mengensteuerung und der Quantitätstheorie herrscht unter den Reformern die Vorstellung, Vollgeld sei inflationsfrei, indem einfach Geld zugeführt oder entzogen wird. Da aber die Zentralbank nicht mehr mittels Zinssteuerung (inkl. Steuerung der Geldmarktsätze) eingreifen kann, ist nicht selbstverständlich, dass Vollgeld nicht inflationiert bzw. diese leicht abzuwenden sei.

Wenn es Geldreformer gibt, die unterschiedliche bis gegensätzliche Ideen vertreten, dann kann man in einer solchen Arbeit nicht einfach von Geldreformern sprechen, sondern muss die, die man meint, mit Zusätzen kennzeichnen. Wenn das nicht geschieht, werden allen Geldreformern die Aussagen angelastet, die jeweils von anderen Reformern als irrig oder gar unsinnig zurückgewiesen werden.

Die Mengensteuerung des Geldes und die Quantitätstheorie kann man für falsch halten, aber wenn man die einzigen handfesten Aussagen zum Geld leugnet, die es gibt, dann bleibt einem nur das Feld der Spekulationen. Und wer hier die Bezeichnung Ideologie benutzt, muss auch sagen, was er darunter versteht, denn der Begriff ist mit sehr unterschiedlichen Inhalten im Verkehr und meistens mit einer Abwertung des Adressaten verbunden. Ich schätze Ferdinand Wenzlaff so ein, dass es ihm bei der Klärung der Währungsfragen nicht um das falsche oder richtige gesellschaftliche Bewusstsein geht, sondern um Logik und Schlüssigkeit.

Chartalismus: Auf den Chartalismus gehe ich später ein. Der Begriffsinhalt ist mir vertraut, das Wort war es nicht. In Vahlens Großem Wirtschaftslexikon, Auflage 1987 ist das Wort nicht zu finden. In Wikipedia wird auf Georg Friedrich Knapp als Begründer des Chartalismus verwiesen.

> **Georg Friedrich Knapp** (* 7. März 1842 in Gießen; † 20. Februar 1926 in Darmstadt) war Professor der Nationalökonomie und Rektor an der Universität Straßburg. Er gilt durch sein Buch „Staatliche Theorie des Geldes“ als Begründer des Chartalismus.
> … Seine bedeutendste Leistung wurde die 1905 erschienene „Staatliche Theorie des Geldes“, in welcher er den Geldwert nicht ökonomisch, sondern positiv-rechtlich begründete. „Das Geld ist ein Geschöpf der Rechtsord-

nung“, lautet der erste dogmatische Satz. Knapp lehnte mehrfache Berufungen (etwa nach Wien) ab, behielt seinen Lehrstuhl bis 1918 inne und blieb auch während der Zeit des Ersten Weltkrieges in Straßburg.
https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Friedrich_Knapp

Ich übernehme weiter zwei Abschnitte aus dem Vortrag zur Keynes-Tagung von Ferdinand Wenzlaff. Beim Lesen der Auszüge darf nicht verloren gehen, dass F.W. sich in seinem Vortrag mit der Reformkonzeption ‚Vollgeld‘ auseinander setzt und mir geht es hier nur um Verständnisfragen und Kritik von Details:

2.1 Geldwirtschaft

Die multiparadigmatische Wirtschaftswissenschaft lässt sich nach Riese (1983) am einfachsten teilen in zwei theoretische Kerne: *Tausch* (von Ressourcen) und *Verpflichtung* (Interaktion zwischen Gläubigern und Schuldnern). Die Kritik am Tauschparadigma mit der Idee von Geld als emergentem Medium zur Effektivierung des Tausches ist in heterodoxen Kreisen bekannt und selbstverständlich (siehe z.B. Dillard, 1988; Heinsohn & Steiger, 1989; Keynes, 1936; Wray, 2000). Auch die historische und ethnologische Forschung bietet keine Anhaltspunkte für die neoklassische Geschichte des Geldes aus dem Tausch heraus (siehe z.B. Bräutigam, 2015; Graeber, 2011; Kohl, 2014; Laum, 1924; Polanyi, 1944/2001).

Bescheinigt von Soziologen gilt als Ausgangspunkt für eine Theorie der Wirtschaft: “Wirtschaft ist ein soziales System, welches auf Schuldbeziehungen beruht. [...] Nicht der Tausch ist konstitutiv für Geld und Wirtschaft, sondern spezifische Schuld- und Kreditstrukturen.“ (Kohl, 2014: 25, 34; siehe auch Dietz, 2016; Ganßmann, 1996; Kellermann, 2007; Paul, 2012). Geld als Folge von Schuldbeziehungen fassen neben der monetärkeynesianischen auch die heterodoxen Schulen: Post-Keynesianismus und Zirkulationismus (Graziani, 2003; Rochon, 1999), Eigentumsökonomik (Heinsohn & Steiger, 2000, 2006, 2013) oder auch eine Kombination von Monetärkeynesianismus und Eigentumsökonomik (Stadermann, 2001, 2006).

Die makroökonomischen Kernkonzepte sind dabei die *endogene Kreditgeldschöpfung* sowie die *umgekehrte Kausalität von I zu S*: Kredite schaffen Depositen und Investitionen sind Bedingung für Sparen (Herr, 1988; Lavoie, 1992; Rochon & Rossi, 2013; Rochon, 1999; Woodford, 2003). … (S.5)

Aus „4. Fazit“ der Schlussabsatz:

Auffällig ist weiterhin die Überbetonung der chartalistischen Seite einer Geldwirtschaft. Unzweifelhaft verhelfen hoheitliche Akte zur Effektivität einer Geldwirtschaft, aber dass allein die Währungshoheit eine nicht schulden-basierte Nettowährung etablieren kann, ist nicht selbstverständlich. Chartalisten haben die Überzeugung, dass Geld immer Sache des Staates war und im Prinzip immer als Nettogeld kursierte, bis die Geldschöpfung von den pri-

> vaten Banken zu ihrem Vorteil ‚usurpiert' wurde (Huber). Kredittheoretiker haben die Überzeugung, dass Geld immer umlauffähig gemachte Schuldtitel waren; die Substanzdeckung in Form von Gold und Silber galt nur als zusätzlicher Besicherungspfand (Heinsohn & Steiger, 2006). In jedem Fall muss anerkannt werden, dass der Streit um die historisch richtige Interpretation nicht den Blick versperren darf, dass die Zukunft anders sein kann. Wenn man bedenkt, dass das Volumen einer Währung und die dahinter stehende private oder öffentliche Verschuldung nicht wirklich fassbar und handlungsleitend ist, kann man durchaus mit dem Gedanken spielen, dass ein Nettogeld akzeptiert wird. (S. 25 f.)

Ferdinand Wenzlaff, andere Teilnehmer und ich waren vor mehreren Jahren in der NWO-Mailing-Liste schon einmal mit dem Thema befasst. Damals hat F.W. die neue Lehre von der Kredittheorie des Geldes vorgetragen und verteidigt, dass das I (Investition) vor dem S (Sparen) kommt. Ich habe argumentiert, dass der Kredit vor dem Sparen eine Unmöglichkeit ist. Ich bin dabei bis auf Zeiten zurück gegangen, wo allgemein oder in bestimmten Gegenden der Erde noch kein Geld bekannt war. Wenn ein Mensch etwas Neues machen /schaffen wollte, sein Tag aber schon mit den Arbeiten zum Lebenserhalt ausgefüllt war, dann musste er über einen längeren Zeitraum etwas von den Vorräten des jeweiligen Tages zurücklegen, damit er für die Zeit, wo er das Neue schaffen wollte, von der sonst täglichen Arbeit entbunden war. Der Mensch in dieser Situation hat sich selber den Kredit durch Konsumverzicht verschafft, den er für die Zeit benötigte, in der er das Neue schaffte. Wenn dieser Mensch Mitglied einer Großfamilie war, dann konnte die Freistellung für das Neue dadurch erreicht werden, dass die anderen Familienmitglieder seine Versorgung für die Zeit der Freistellung, in der er das Neue schaffen konnte, für ihn mit übernommen haben. In dieser Situation hat der Familienverband dem Neuschaffer einen Kredit gewährt (oder ihm ermöglicht, das Kollektiveigentum zu vergrößern). Meine Folgerungen waren jedenfalls, dass ein Kredit immer auf etwas zurückgreift, was schon vorhanden ist. In den geschilderten Fällen ist es die gefüllte Speisekammer des Menschen der Neues schafft oder die laufend ergänzte Speisekammer durch die Sippe, die ihn, während er schafft, nährt. So wie wir nicht etwas mieten können, was nicht vorhanden ist, so können wir auch nicht auf der Basis eines Kredites etwas übernehmen, was nicht vorhanden ist. Bei der Miete ist es so, dass sie ein Nutzungsrecht auf eine Sache auf Zeit gegen ein Entgelt ermöglicht, wobei der Gegenstand, der zurückgegeben wird, seine Identität behält. Beim Kredit werden dem Kreditnehmer Ansprüche auf Güter im Markt gegen ein Entgelt (Zins) zur Nutzung überlassen, die in gleicher Wertigkeit, aber nicht mit gleicher Identität nach vereinbarter Zeit zurückgegeben

werden. Das kann Getreide für die Aussaat sein, oder eben auch Ansprüche auf Güter im Markt, die durch Geld repräsentiert werden.

Es ist selbstverständlich, wenn neue Ideen, Erklärungen, Erkenntnisse vorliegen, dann müssen auch neue Begriffe gebildet werden. Da Begriffe aber meistens ein Komprimierung von ganzen Gedankengängen sind, sollten sie bei der Benutzung bis zum Allgemeingebrauch in der jeweiligen Benutzergruppe auch erläuternd umschrieben werden, weil sonst der Verdacht besteht, dass mit ihnen ein unausgegorener Gedanke aufpoliert oder verteidigt werden soll. Sonst entsteht eine „Elite“ der Wissenden, bei der die Außenstehenden nicht mitreden können. Ich will mal ein paar Begriffe vorstellen:
Da wird vom „Geld als emergentem Medium zur Effektivierung“ gesprochen. Im Netz habe ich nur eine Fundstelle zu Emergenz gefunden und die lautet:

> Die **Emergenz** (lat. *emergere* „Auftauchen“, „Herauskommen“, „Emporsteigen“) ist die Herausbildung von neuen Eigenschaften oder Strukturen eines Systems infolge des Zusammenspiels seiner Elemente. Dabei lassen sich die emergenten Eigenschaften des Systems nicht – oder jedenfalls nicht offensichtlich – auf Eigenschaften der Elemente zurückführen, die diese isoliert aufweisen. So wird in der Philosophie des Geistes von einigen Philosophen die Meinung vertreten, dass Bewusstsein eine emergente Eigenschaft des Gehirns sei. Emergente Phänomene werden jedoch auch in der Physik, Chemie, Biologie, Psychologie oder Soziologie beschrieben. Synonyme sind *Übersummativität* und *Fulguration*. Analog zur Ausbildung von Eigenschaften spricht man bei der Eliminierung von Eigenschaften von *Submergenz*. https://de.wikipedia.org/wiki/Emergenz

Dann las ich den Begriff **Nettogeld** in der letzten Zeile des Referatstextes. Da habe ich überlegt, ob ich im Text eine Erläuterung überlesen habe. Und in der Tat, ich fand sie in den nachfolgenden Zeilen:

Unter „3.1 Ziele und Inhalt der Vollgeldreform“ auf Seite 14 ist zu lesen:

> Die direkte Staatsfinanzierung über die Notenbank ist schon aus MMT bekannt, wobei Vollgeld noch expliziter und klarer herausstellt, dass es sich um Nettogeld handelt und keine Schulden verbucht werden.

Dabei wird in Wikipedia MMT (die Buchstabenfolge steht für verschiedene Sachverhalte) folgende Erklärung angeboten:

Bei der **Modern Monetary Theory** (auch: *Modern Money Theory*, oft abgekürzt: MMT) handelt es sich um eine Strömung des Postkeynesianismus, in der die Analyse des Geldsystems zentral ist. Zur Anwendung kommt die Methode der doppelten Buchführung, mit deren Hilfe u.a. die Kreditschöpfung, die Instrumente der Zentralbank und die fiskalischen Operationen analysiert werden. Grundpfeiler sind die Theorie der sog. *endogenen Kredit- oder auch Geldschöpfung*, nach der Banken gegen Sicherheiten Kredite gewähren, ohne dass sie dafür auf Ersparnisse zurückgreifen, sowie die Theorie des von Georg Friedrich Knapp begründeten Chartalismus, nach der ein Staat erst Geld in Umlauf bringt bevor er es durch Steuern wieder vernichtet.

Vorher hatte ich zu Nettogeld schon zwei Fundstellen - und das ist im Netz wenig – gefunden:

http://lernkaertchen.ch/kaertchen63444
Was heißt Nettogeld?
Flüssige Mittel - kurzfristiges Fremdkapital = Nettogeld

und:

Unter NETTOGELD verstehe ich denjenigen Anteil an der umlaufenden Liquidität, welcher sozusagen keinem Tilgungstermin unterliegt, oder nicht mehr. Das geht m.M.n. in die Milliarden. Das bedeutet jedoch nicht, dass es sich nicht mehr um Schuldscheine (Leistungsschulden) des Geldemittenten handeln würde!
Im Prinzip gilt das für die komplette Staatsverschuldung: Hier werden auslaufende Kredite grundsätzlich mit neuen Krediten getilgt .. **Der Staat ist ewig sein eigener Nachschuldner. Dies halte ich allerdings für notwendig.** Auch alle nicht mit Geld (sondern mit dem Pfand) getilgte oder alle geplatzten/abgeschriebenen Geldkredite hinterlassen (zumindest vorübergehend) "Liquidität ohne Tilgungstermin" (Nettogeld) im System.
http://www.dasgelbeforum.net/forum_entry.php?id=430092

Die ganze Aussage ist für meine Wahrnehmung wenig erhellend. Jetzt der Begriff **Kreditgeld**, der kommt im vorliegenden Text nicht vor, wird aber in vielen Beiträgen zum Thema benutzt. In einer Fundstelle ist zu lesen:

Kreditgeld Den Begriff Kreditgeld haben Sie vielleicht schon einmal gehört. Doch was sich effektiv dahinter verbirgt, wissen die meisten nicht. Die Definition des Begriffes Kreditgeld ergibt, dass es sich dabei um eine Finanzform handelt. Das Geld wird als Vorkasse verwendet. Man bezahlt also eine Leistung, welche erst in Zukunft erbracht wird. Noch präziser ausgedrückt, bezahlt man sogar nur das Versprechen der Leistungserbringung. Das Versprechen hat in diesem Fall jedoch eine tragende Rolle. Juristisch gesehen, ist der Schuldner der Leistung nun verpflichtet, die vereinbarte Leistung in einem entsprechenden Zeitfenster zu erbringen. Also im Umkehrschluss seine Schulden zu begleichen. Schließlich hat er ja bereits das Geld für die Leistung erhalten.

Der Unterschied zwischen Warengeld und Kreditgeld ist also der, dass beim Warengeld eine bereits erbrachte Leistung bezahlt wird. Das Kreditgeld geht der Leistung voran. Ein wichtiger Punkt ist jedoch der, dass das Kreditgeld an sich ein Schuldgeld ist, das in Form von realem Geld im Umlauf ist. Sobald jedoch die Schuld beglichen wurde, also die Leistung erbracht ist, würde das Geld vom Markt verschwinden.

Ein reales Beispiel:
Der US-Dollar wird nicht von der amerikanischen Regierung ausgegeben. Es wird von der Zentralbank Amerikas gegen Zinsen an den Staat verliehen. Es ist also so genanntes Kreditgeld. Wenn jetzt alle Bürger in Amerika auf einmal ihre Schulden zurück zahlen würden, der Staat selber das gleiche tun würde, dann wäre auf einen Schlag kein Geld mehr in Amerika im Umlauf. Das gleiche Muster finden wir auch in Deutschland. Denn auch hier wird das Kreditgeld von der Zentralbank an den Staat ausgeliehen. Natürlich stellt sich so auch die Frage, warum der Staat dann überhaupt Interesse daran haben sollte, die Schulden wieder zu begleichen. Denn dann wäre in Deutschland kein Euro mehr im Umlauf. Auf der gesamten Welt bestehen die wichtigsten Wirtschaftswährungen übrigens aus Kreditgeld.

Als Anlageform ungeeignet

Grundsätzlich wäre es möglich in Kreditgeld zu investieren. Aus den vorher genannten Gründen, würde es aber wenig Sinn machen. Eine längerfristige Geldanlage, von der man auch finanziellen Nutzen hat, beziehungsweise von den Zinsen profitiert, ist nur im Bereich des Warengelds sinnvoll.

Im ersten Absatz beschreibt der Autor ganz korrekt eine Finanzform und kein Geld. Der Auftraggeber zahlt den Produzenten bzw. den Lieferanten im Voraus den Rechnungsbetrag. Der Käufer oder Auftraggeber gibt dem Lieferanten bzw. dem Produzenten bis zur Lieferung einen Kredit.

Im zweiten Absatz ist der Verfasser schon ins Schleudern gekommen. Der Begriff Warengeld wird für eine Währung benutzt, deren Geld aus einer Ware besteht und nicht für eine Zahlungsart. Ihm ist dann noch eingefallen, dass der Begriff Kreditgeld ja auch für Schuldgeld steht und fügt ihn noch ein, ohne zu bemerken, dass er Schuldgeld jetzt mit zwei Begriffsinhalten belegt hat.

Zum dritten Absatz: Die Wirkung der gesamten Schuldentilgung auf das Geld in den USA kann ich ohne nähere Prüfung nicht kommentieren. Für Deutschland kann ich sagen, dass sich bei einer totalen Schuldentilgung nur der Teil des Geldes aus dem Verkehr verabschieden würde, der von der Zentralbank auf Kreditbasis in den Verkehr gegeben wurde und das ist nur ein Teilbetrag. Der vierte Absatz zeigt, dass die MMT die Köpfe verwirrt.

Auf das Stichwort Kredittheorie in Wikipedia gehe ich nicht ein. Ich füge den Link nur zum eigenen Forschen der Leser ein: https://de.wikipedia.org/wiki/Kredittheorie

Ich wiederhole eine Passage aus einem längeren Zitat von F.W., weil es das Suchen in den vorangegangenen Seiten erspart:

Kredittheoretiker haben die Überzeugung, dass Geld immer umlauffähig

> gemachte Schuldtitel waren; die Substanzdeckung in Form von Gold und Silber galt nur als zusätzlicher Besicherungspfand (Heinsohn & Steiger, 2006). In jedem Fall muss anerkannt werden, dass der Streit um die historisch richtige Interpretation nicht den Blick versperren darf, dass die Zukunft anders sein kann.

Als ich das zum ersten Mal las, hatte ich für kurze Zeit die Hoffnung, dass eine Verständigung zwischen F.W.und mir doch noch möglich ist. Denn wenn man sich mag, ist es doch ein besonderes Erlebnis, wenn es auch in Sachfragen zu einem übereinstimmenden Urteil kommt. Die Hoffnung auf Verständigung kam auf bei der Nennung der Namen Heinsohn und Steiger. Gunnar Heinsohn und Otto Steiger sind oder waren zwei Professoren, die an der Universität in Bremen gelehrt und geforscht haben. Ich habe sie wohl auch schon in diesem Schrieb erwähnt. Heinsohn und Steiger kamen bei ihren Forschungen zu dem Schluss, dass Geld aus Pfandrechten an Grundeigentum entstanden und somit ein Schuldtitel ist, der als Geld zirkulieren konnte. Es braucht gar nicht bezweifelt werden, dass beide einen Beleg dafür in einer Zeitperiode einer bestimmten Gegend gefunden haben. Aber Geld ist an soviel verschiedenen Orten in unterschiedlichen Zeiten und Arten entstanden, dass ihre Aussagen keine Allgemeingültigkeit haben können. In der begrenzten Gültigkeit der Bremer Forscher liegt eben auch das Versöhnliche, nämlich mit den Worten von F. W. „dass die Zukunft anders sein kann." Das heißt, dass der Erklärungsversuch von Heinsohn und Steiger und Nachfolger nur ein vorläufiges Erklärungsmodell ist und damit der ideelle Auftrag besteht, an besseren Erklärungsmodellen über den Ursprung, die Wirkung und die Zukunft von Geld weiter zu arbeiten.

Ich habe ein Flugblatt vor mir liegen. In ihm wird auf eine Ringvorlesung der Freien Universität am 28. 11. 2001 mit Prof. De. Otto Steiger über die Konstruktionsfehler des Eurosystems hingewiesen. In dem Erläuterungstext steht u. a.:

> Der bedenklichste Konstruktionsfehler des Euro-Systems besteht aber darin, dass die EZB nicht einmal die **Qualität der Sicherheit** definieren und kontrollieren darf, gegen die die NZBs emittieren: Nicht-marktfähige Schuldtitel der öffentlichen Hand, absturzgefährdete Aktien und **Kredite an bankrottbedrohte Unternehmen** dürfen von den NZBs nach Belieben als „Sicherheiten" für die von ihnen ausgegebenen Euro-Darlehen akzeptiert werden.

Die Aussage ist auf der Basis ihrer Geldtheorie richtig und deckt sich mit anderen Erklärungsmustern, die davon ausgehen, dass das Geld eine werthaltige Deckung braucht. Eine

Vorstellung, die schon zu Zeiten der Weimarer Republik verhindert hat, die Währung auf ein tragendes Fundament zu stellen. Natürlich kann die Notenbank Verluste machen, wenn sie zweifelhafte Papiere als Sicherheit für Darlehen hereinnimmt, aber quantitätstheoretisch besteht dadurch für die Währung keine Gefahr, weil es eben für die Preisniveaustabilität auf die Balance zwischen dem durch den Markt fließenden Güterstrom und der Menge des kreisenden, also nachfragenden Geldes ankommt.

Ich habe bei mir Informationsblätter mit dem Titel „Wirtschaft, Bildung und Universität als Genossenschaft“ von Gunnar Heinsohn und Otto Steiger gefunden. Der Untertitel lautet: „**15 Thesen** für die Konferenz / Die Privatisierung des Bildungsbereichs: Eigentum und Wertschöpfung in der Wissensgesellschaft / Universität Hamburg, 15. - 17. Juni 2000. Ich gebe hier die ersten 6 Thesen wieder, weil sie in Kurzform zeigen, was die Schöpfer der Eigentumstheorie ökonomisch denken:

1.
Allein **Eigentum** führt zu den Operationen des Wirtschaftens. Über seine Belastung bzw. Verpfändung wird uno actu Geld emittiert und Kredit genommen.

2.
Auch wo es Eigentum nicht gibt - wie in Stammes- und Feudalgesellschaften einschließlich der realsozialistischen -, existiert in jedem Fall **Besitz**. Bei ihm handelt es sich um Verfügungsrechte darüber, wer, was, wann, wo, wie sowie in welchem Umfang nutzen darf. Eine Feldmark ist in jeder Gesellschaftsform ein Besitz zum Pflügen, Einsäen und Ernten. Gewirtschaftet wird bei dieser Nutzung der Ackerkrume jedoch nicht. Zu seiner genuin ökonomischen Verwendung kann es erst kommen, wenn es an ihm zusätzlich zum Besitztitel eben auch einen Eigentumstitel gibt. Bildlich gesprochen wird mit dem Acker immer produziert, nur mit dem Zaun darum jedoch gewirtschaftet. Dabei steht der Zaun selbstredend für den Eigentumstitel, nicht jedoch für Draht und Pfosten.

3.
Eigentumstitel kann man nicht sehen, schmecken oder anfassen. Um sie operabel zu machen, müssen sie in Grundbüchern, Katastern usw. nachprüfbar und justiziabel verzeichnet werden. Während ein Bauer den Besitz an seiner Feldmark - durch eigenen Gebrauch - nutzt, kann er mit dem Eigentumstitel an ihr zur selben Zeit und eben zusätzlich wirtschaften. Er kann diese Mark also über Belastung des Eigentumstitels an ihr für das Schaffen von **Geld** im mit **Zins** belasteten **Kredit**kontrakt - z. B. Deutscher Mark - einsetzen. Allein ein so geschaffenes Geld kann kreditmarkttauglich genannt und damit zum entscheidenden Steuerungsmittel der Wirtschaft werden.

4.
Bei jeder Aktivierung von Eigentum im Banknoten schaffenden Kredit verliert der Gläubiger Notenbank (ein Zusammenschluß von starken Eigentümern) temporär die dem Eigentum zukommende Belastungspotenz bzw. die **Eigentumsprämie**, da er für die emittierten Noten haften muß (Heinsohn/Steiger 1996; 2000a). Dieser Prämienverlust begründet einen zusätzlichen Rechtstitel über die Forderung auf einen Ausgleich dieses Verlustes, der sich im Zins manifestiert.

5.
Am Anfang des Wirtschaftens steht mithin die **Eigentumsverfassung**. Nur mit ihr kann eine funktionierende **Geldverfassung** aufgebaut werden. Beiden nachgeordnet bzw. aus ihnen dann zwangsläufig herauswachsend entsteht erst eine **Marktverfassung**.

6.
Erst die geldgesteuerte Produktion von **Waren** erzwingt den Markt als Mechanismus für die Erlangung von Geld zur Erfüllung der Tilgungs- und Zinszusagen, die am Beginn des - immer schuldengetriebenen - Wirtschaftens stehen. Der Markt ist also kein Platz des freien **Tausches von Gütern** zu freien Preisen, sondern eine Instanz zur Einwerbung von Kaufverträgen, d.h. zur Beschaffung von Schuldendeckungsmitteln.

Alles klar? Mir nicht! Wenn Heinsohn und Steiger von Eigentum sprechen, dann meinen sie offensichtlich Bodeneigentum oder erweitert Immobilien. Eine Gesellschaft, die kein Privateigentum am Boden kennt, bliebe also zwangsweise ohne ein Geldsystem. Außerdem: Die Tätigkeit des Pächters wird hier offensichtlich nicht als ein Wirtschaften verstanden, sondern nur die Kreditaufnahme des Bauern, der sein Land dafür verpfändet. Dass der Bauer, der einen Kredit aufnimmt, damit zu Geld oder über die Verfügungsrechte über Geld bekommt, ist klar, aber wieso soll er dadurch Geld emittieren? Der letzte Satz unter 6. klinkt bedeutungsvoll. Ist er das auch? Der Begriff Tausch hat es den Vertretern der Modern Monetary Theory (MMT) wohl angetan, um ein vermutetes falsches Denken in Bezug auf Geld zu kennzeichnen. Ich komme bei P.C. Martin darauf zurück. Die Menschen – egal, ob Unternehmer oder Arbeitnehmer – die an der Produktion von Waren beteiligt sind, können natürlich nicht ihre Ware tauschen, wie Kinder vielleicht blaue gegen rote Murmeln tauschen. Bei ausreichendem Wettbewerb und Vollbeschäftigung sind sie möglicherweise frei in der Wahl der Vertragspartner, aber nicht frei bei der Frage, ob sie einen Vertragspartner suchen oder nicht. Denn verkaufen müssen sie, um die Kosten ihrer Produktion – einschließlich der Löhne – wieder hereinzubekommen. Und wenn sie verkaufen müssen, müssen sie auch – mündlich oder schriftlich – Verträge abschließen, sonst bekommen sie nicht das Geld, das sie benötigen, um die Kredite (Fremd- oder Eigenmittel), mit denen die Kosten der Produktion fi-

nanziert wurden, zu tilgen. Man kann durch vergleichende historische Untersuchungen vielleicht Ansatzweise feststellen, wann, wo, wie Geld emittiert wurde, damit weiß man aber noch nicht, welche Form heute die geeignetste ist, damit wir unsere heutigen Probleme bewältigen können. Aber ich halte den Blick zurück, um es in der Zukunft besser machen zu können, immer für gut. Daher findet man dazu in meinen Texten auch häufig Hinweise, wenn ich darauf stoße, z. B. „**Geld in China**“, eine Artikelserie von Hans Gundermann aus der Deutschen Sparkassenzeitung aus dem Jahr 1974. Text 131.1
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/131.1.Geld.in.China.pdf

Die oben angeführten Thesen von Heinsohn und Steiger sind ja auch ein Beitrag zur Privatisierung des Bildungsbereichs. Ich möchte dazu noch die 13. These vorstellen, weil darin ein Ansatz zu finden ist, um die Wirtschaftswissenschaften auf Trab zu bringen.

> 13.
> So lange die Rückführung der in die Staatsbudgets eingehenden Steuermittel nicht erfolgt, können nur die Studenten besserverdienender Eltern eine Optimierung ihrer Bildungsbeziehungen betreiben. Die breite Mehrheit hingegen wird staatlicherseits daran gehindert, eine wirksame Nachfrage nach Bildungsleistungen entfalten zu können. Zu dieser Behinderung trägt auch der Widerstand der Mehrheit der etwa 60.000 Hochschullehrer bei. Müßten sie als freie Anbieter von optimalen Bildungsbeziehungen auftreten, würde ein Großteil von ihnen vom Markt verschwinden. Auch die etwa zehnprozentige tüchtige Minderheit müßte sich auf ganz neue Anforderungen einstellen. Die Pfründenverteidigung dieser mächtigen Lobby dürfte mithin bis auf weiteres dazu beitragen, daß die meisten Studenten vom Eingehen freier Verträge mit hochwertigen Bildungsanbietern ausgeschlossen bleiben.

Ich will hier zu den Aussagen von F.W. [145] - die ich durch die von Heinsohn und Steiger ergänzt habe [146]- nur noch sagen, dass ich auf die abenteuerlichen Vorstellungen von der Seigniorage der Vollgeldbefürworter im Anhang mit der Textziffer 147.5 (S. 7) eingehe, und dass wir für eine rationale Währungstheorie weder das Tauschparadigma noch das Schuldgeldparadigma benötigen. Ich hoffe, ich kann das später noch verdeutlichen. F. W. schreibt

145 Ich verstehe meine Anmerkungen zu F. Wenzlaff in keiner Weise als Herabsetzung, denn er gibt kompetent wieder, was heute in den Hochschulen gelehrt und außerhalb diskutiert wird.

146 Siehe auch: Hugo Godschalk, „Eigentum, Zins und Geld“ von Heinsohn und Steiger
http://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-100-111.html#folge111
„Die Umlaufsicherung des Geldes im Lichte eigentums-theoretischer Betrachtungen“ von Bernd Striegel
http://www.ueber-das-geld.de/artikel/2006_ZfSOE_151_Striegel.pdf
Bernd Striegel: Was ist Geld und woher kommt der Zins? – Eine ´Eigentumstheorie des Geldes´ Zeitschrift für Sozialökonomie Folge 146 / 2005 und weitere Beiträge im Register

über die Kredittheoretiker so, dass nicht zu erkennen ist, ob er sich dazu zählt. Aber immerhin, er hält es ja für möglich, dass das Geld in Zukunft auch ganz anders gesehen werden kann.

Ich gehe jetzt auf einen Auszug von „**Aufwärts ohne Ende – Die neue Theorie des Reichtums**“ von Paul C. Martin aus dem Jahr 1988 ein.[147] Ich habe den Auszug im Nov. 2010 mit einem Begleitbrief von F. W. erhalten. [148]

Ich habe von Paul C. Martin noch nicht viel gelesen, aber was und wie er schreibt, habe ich immer als interessant und anregend empfunden. Es ist sicher nützlich und gut, eingeschliffene Lehrsätze, Annahmen und Vermutungen in Frage zu stellen. Allerdings, sollte dabei deutlich werden, wozu das geschieht? Es ist auch nicht von jedem Kritiker zu erwarten, dass er nicht beim Verneinen des Bestehenden stehen bleibt, sondern Neues und Besseres liefert. Wenn ein Mensch Schmerzen hat, hat er das Recht zu sagen, dass er sie hat, auch wenn ihm die medizinischen Kenntnisse fehlen, die Ursachen der Schmerzen zu erklären und den Weg zu ihrer Überwindung zu beschreiben. Aber vielleicht hat der Autor Martin die Lösungen für das parat, was er kritisiert und ich habe nur keine Kenntnis davon. Ich kopiere jetzt einzelne Sätze oder Absätze ein, um sie anschließend zu kommentieren.

> Die Ökonomen tun sich schrecklich schwer, einen Blick unter die Motorhaube zu werfen. Was treibt denn die Wirtschaft *wirklich* an?
> Haben die *Schulden,* alias die *Kredite* damit vielleicht doch etwas zu tun? Sind sie am Ende doch mehr als nur die ewige doppelte Verbuchung, die uns mit ihrer unendlichen Kette von Gleichungen frustriert?

Selbstverständlich hat die Wirtschaft – und hier ist die Marktwirtschaft gemeint – etwas mit Schulden und Krediten zu tun, dabei sind die beiden Begriffe aber keine Synonyme. Die Marktwirtschaft ist nicht ohne das Rechtsinstrument des mündlichen oder schriftlichen Vertrages denkbar. Der Vertrag begründet aber ein gegenseitiges Schuldverhältnis. Die Schuld erlischt für jeden Vertragspartner mit der Erfüllung des Vertrages. Der Gegenstand und auch die Erfüllung eines Vertrages kann auf beiden Seite aus Dienstleistungen, aus Lieferungen von Gegenständen oder Rechten, aus Überlassung von Geld für eine befristete Zeit und seine Rückzahlung oder aus einer Kombination daraus, bestehen. Wenn einer der beiden Vertragspartner [149] seine Schuld beglichen hat, dann wird aus dem zweiseitigen Schuldverhältnis ein

147 https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_C._Martin_(Wirtschaftswissenschaftler)

148 Vermutlich bin ich nicht gleich dazu gekommen, den Auszug zu lesen und er ist dann in Stapeln von Papieren untergegangen. Ich habe ihn jetzt mit einem Begleitbrief zwischen Büchern entdeckt.

149 Ein Vertragspartner kann auch aus mehreren Personen bestehen. Und es gibt sicher auch Verträge, in der mehr als zwei rechtlich selbständig agierende Personen sich verpflichten.

einseitiges. Aus diesen Schuldverhältnissen entsteht aber kein Geld, es sei denn, ein Wechsel kommt ins Spiel, der eine Schuld ist. Hier wird eine Schuld zum Kredittitel, der als Zahlungsmittel eingesetzt werden kann und zu Geld auf Zeit wird, wenn die Geschäftsbank ihn diskontiert zum Rediskont bei der Notenbank eingereicht hat. Es mag sein, dass Heinsohn und Steiger recht haben, dass es eine Zeit in einer Gegend gegeben hat, wo Schuldtitel umlauffähig gemacht und damit zu Geld gemacht wurden. Das trifft heute aber nicht mehr zu. Der Kredit begründet ein Schuldverhältnis und ist ein Verfügungsrecht über Geld. Dieses Verfügungsrecht kann der Schuldner als Bargeld oder als Anspruch auf Bargeld (Giralgeld) für Zahlungen einsetzen, er kreiert damit aber nicht neues Geld. Er kann damit eine alte Schuld oder eine aus einem aktuellen neuen Vertrag begleichen. Im Grunde hat der neue Gläubiger (Kreditgeber) dem Schuldner nur geholfen, die Tilgung seiner fälligen Verbindlichkeit (Schuld) in die Zukunft zu verlegen. Und wie ich es oben schon gesagt habe, alle die an der Produktion oder einer Dienstleistung beteiligt sind, müssen die Kosten, die dabei entstehen, aus Eigenmitteln oder aus Fremdmitteln (Kredite) finanzieren, sie werden dabei ihr eigener oder eines anderen Kreditgebers Schuldner. Um sich entschulden (ihre Schuld tilgen) zu können, entsteht der Druck, durch den Verkauf des Produktes oder der Erbringung der Dienstleistung das Geld (oder ein anderes vereinbartes Zahlungsmittel) für die Tilgung der Produktionskredite zu besorgen. Gelingt dem Produzenten das nicht, muss er seine Produktion einstellen – möglichst bevor er in Konkurs geht – und die Schuld anderweitig tilgen. Nehmen wir das Beispiel der Lohnzahlung eines Arbeitnehmers durch einen Unternehmer bei Fälligkeit am Monatsende (also nachträgliche Zahlung nach der Leistungserbringung). Der Arbeitnehmer gibt mit jedem Tag der Leistungserbringung dem Unternehmen bis zur Bezahlung einen Tageslohn an Kredit. Das kann der Arbeitnehmer aber nur, wenn er seine Kosten des Lebensunterhaltes aus Erspartem finanzieren oder anderweitig dafür einen Kredit aufnehmen kann. Der Vorschuss des Arbeitgebers und die Lohn-Vorauszahlung für einen Zeitraum durch den Arbeitgeber ist ein Kredit an den Arbeitnehmer. Das kann er wiederum nur, wenn er Reserven hat oder einen Kredit dafür aufnehmen kann. Und dabei ist die Vorstellung, seine Bank könnte ihm diesen Kredit aus dem Nichts schaffen, eine Phantasterei. Der Kredit ist ökonomisch in der Tat nicht verzichtbar. Und jeder Kredit erzeugt einen Schuldner und einen Gläubiger. Aber in dem Schuldner-Gläubiger-Verhältnis ist – mit Ausnahme des Rediskonts - kein Platz für die Geldschöpfung.

Die Verwirrung, die herrscht, kommt auch von den ungenauen Begriffen oder der ungenauen

Verwendung klarer Begriffe. Wenn Forderungen auf Geld mit Geld, Kredit mit Geld und ebenso Geld und Zahlungsmittel gleichgesetzt werden, dann ist es keine Wunder, wenn bei der Betrachtung des Geldkomplexes keine Verständigung mehr möglich ist. Im privatrechtlichen Bereich kann in den Verträgen ein beliebiges Gut, eine Dienstleistung oder (üblicherweise) auch Geld als sichtbaren Ausdruck einer Währung als Zahlungsmittel eingesetzt werden, sofern sich die Vertragspartner darauf einigen. In diesem Sinne können z. B. Eier oder Zigaretten ein Zahlungsmittel sein. Wenn ein (unbeholfener) Junggeselle zur Nachbarin geht und fragt, ob sie ihm die Hose flicken könnte und sie sagt: „Ja, wenn Du mir dafür die Wohnzimmerfenster putzt!“ Dann ist das Fensterputzen, wenn er einverstanden war, das Zahlungsmittel, die Gegenleistung oder die Tilgung im Vertrag eingegangene Schuld. Auch bestimmte Waren können über den Status des Zahlungsmittels den Charakter einer Währung annehmen. Daher spricht man von Warenwährungen. Gold und Silber waren in der Vergangenheit dafür häufig verwendete Waren. Da Waren aber einen Preis haben und Preise nicht konstant sind und weiter die Waren nicht immer in der erforderlichen und richtigen Menge zur Verfügung stehen, um den Warenstrom und die nachfragende Geldmenge im Gleichgewicht zu halten, ist mit Warenwährungen auch keine Preisniveaustabilität erzielbar. Was eine moderne Währung ausmacht, beschreibe ich später.

Was uns die Ökonomen bieten, ist stark, ist eine ganze Menge!
Wir unterscheiden:
1. Primitive Theorien
2. Statische Theorien
3. Dynamische Theorien

1. **Die primitiven Theorien: Tauschen, Täuschen, Schenken**

Da ist zunächst die Vorstellung von der Ökonomie als einer **Tauschwirtschaft.** Die Idee vom »Tauschen« als dem Urgrund aller wirtschaftlichen Tätigkeit bildet bis heute den Einstiegpunkt *aller* Lehrbücher für die Wirtschaftswissenschaften, wo sie zu erklären versuchen, warum gewirtschaftet wird, und nicht vielmehr nicht. Der eine Mensch macht halt dieses, der andere jenes. Dann stellen beide fest, daß sie aus Versehen »zuviel« gemacht haben, daß ein »Überschuß« entstanden ist. Daraufhin machen sie sich auf, um ihren Überschuß mit dem eines anderen zu «tauschen«.
Diese Vorstellung ist naiv und lächerlich. Eine »Tauschwirtschaft« hat es in der Geschichte *nie* gegeben. Wer tauscht, will *täuschen.*
Man muß den Vorgang des angeblichen »Tauschens« nur in Zeitlupe ablaufen lassen, um zu erkennen, daß der »Tausch« selbstverständlich ebenso eine beidseitige *Verpflichtung* enthält, wie der *Kauf.*
Wer den ausbedungenen »Gegenwert« nicht hergibt, ist damit nicht etwa von der Leistung frei, sondern er ist und bleibt verpflichtet («später« zu liefern, später

> *mehr,* also einschließlich einer Strafe, eines Ausgleichs zu liefern). Jede Verpflichtung ist eine *Schuld.* Wer nicht leistet, ist ein Schuldner.
> Der Tausch ist eine ebenso unter Zwang stehende Veranstaltung, wie alles andere in der Wirtschaft auch. Er ist *debitistisch.*
>
> Selbstverständlich gibt es »Tauschgeschäfte« bis in die Gegenwart. Jeder Ost-Händler kann abendfüllend davon erzählen, wie er mit den devisenschwachen Kommies rumgchartert hat, eine Ladung Rohöl gegen eine Ladung Schrott.
>
> Solche Tauschgeschäfte sind typisch für die ersten Phasen der großen Deflationen, wo das »Geld« sich immer schwerfälliger bewegt, oft zurückgehalten wird (sinkende »Geldumlaufgeschwindigkeit«!), wo sich der Geschäftsmann bei seinen Kontrakten (= Verpflichtungen = Schulden) den Umweg über die bereits vorhandene Schuldschein-(Geld-)-Wirtschaft spart. (S. 63 f.)

Paul C. Martin (PCM) erzählt hier, was ich auch schon erzählt habe. Es sind Selbstverständlichkeiten.[150] Und es gilt auch für das Geschäft ohne Geld für das Martin den Begriff Tauschgeschäfte konzediert, zugesteht.

Ich kann aber nicht sehen, dass das alles etwas mit der Entstehung von Geld zu tun hat. Die Entstehung einer Naturalwährung kann besser mit der Arbeitswerttheorie erklärt werden und für die „Geburt" einer Papierwährung oder einer digitalen Währung (ohne anfassbaren Träger), taugen die gegenseitigen Schuldverhältnisse als Erklärung auch nichts. Ich habe den Eindruck, dass die Kreditgeldtheoretiker sich den Begriff *Tausch* ausgesucht haben, um anderen Geldtheoretikern Blindheit vorwerfen zu können. Es ist ein schönes Wortspiel und eine einleuchtende Ableitung, wenn PCM sagt: „Wer tauscht, will *täuschen.*" Es ist aber so, dass man die ganze Werbung als einen Versuch der Verkäufertäuschung verstehen kann. Wenn die Tauschkritiker sagen würden, dass beim Tausch keine Äquivalente gewechselt werden, wie es in der Werttheorie heißt, dann bräuchte man nicht zu widersprechen. Aber bei den Tauschakten, die in den Lehrbüchern beschrieben werden, ist es doch so, dass es gar nicht zu einem Tausch (einer Wechselbeziehung zwischen Tauschenden) kommen würde, wenn die Beteiligten die Gegenstände des Tausches gleich bewerten würden. Jeder, der am Tausch beteiligt ist, muss das, was der andere hat, höher bewerten als das, was er selber hat, sonst würde ja jeder Beteiligte das behalten, was er schon hat, weil sich der Aufwand für das Tauschen sonst nicht lohnen würde. Gesell hat sich aus diesem Grunde von der Werttheorie des Geldes ab- und zur Preistheorie des Geldes hingewendet.[151] Man kann statt vom Tausch auch vom Güter-

150 Selbstverständlichkeiten müssen überprüfbar bleiben und dürfen daher nicht mit einem Tabu belegt werden.

151 Ich zitiere aus der ersten Fundstelle mit dem Wort Äquivalent aus S.G. Gesammelte Werke Bd. 1, S. 196 aus der „Fabel vom Äquivalent:
Wie kann man dem Gelde den Namen Äquivalent der Waren geben, wenn die Geldinhaber den Austausch von Waren nur unter der Bedingung gestatten, daß ihnen die Warenbesitzer einen Teil ihres Eigentums ohne

wechsel sprechen. Aber das würde noch mehr Verwirrung stiften, weil das Wort Wechsel schon für den Begriff Wechsel als einen bestimmten Schuldtitel - der als Zahlungsmittel verwendet werden kann - herhalten muss. Ich habe nach dem Zweiten Weltkrieg den Rückfall in den Naturaltausch erlebt, weil die alte Währung wegen ihrer Inflationierung die Vermittlerrolle zwischen den Tauschakteuren nicht mehr ausfüllte. Wenn das Geld als Zwischenglied, als Scharnier zwischen zwei oder mehr Tauschvorgängen mit wenigstens drei Personen fehlt, dann ist das Zustandekommen eines Austausches oft schwierig und kompliziert. Ein Beispiel aus dieser Zeit: Meine Mutter hat mir Ende 1945 oder Anfang 1946 erzählt, dass ihr eine elektrische Miniatureisenbahn angeboten wurde, sie die aber nicht gekauft hätte, weil ihr der Preis - ausgedrückt in Pfund Fett (ihr Zahlungsmittel) - zu hoch war. Ich – der bis dahin nur von der Hitlerjugend gebastelte Holzeisenbahnen zu Weihnachten erhalten hatte, habe das natürlich anders bewertet. Ich sehe keinen Grund, den Begriff *Tausch* nicht für das gegenseitige Geschäft mit Gütern zu benutzen. In einem Tausch – mit der Zwischenstufe Geld oder ohne - werden keine Identitäten oder Äquivalente gewechselt, sondern Verschiedenheiten. Der Begriff *Tausch* taugt nichts für die Kritik an einem vermuteten falschen Währungsverständnis. Und dass dem Warentausch durch Kauf oder Geschenk ein zweiseitiges Schuldverhältnis zu Grunde liegt, macht das Geld nicht zu einem Schuldgeld.[152] Das Geld als Münze oder Schein ist immer nur ein Anrecht auf ein auszuhandelndes Quantum an Gütern im Markt.

Unter der Zwischenüberschrift > 2. **Die statistischen Theorien: Kreislauf, Freigeld , Harmoniesucht <** geht PCM auch auf die Freiwirtschaft ein.

> **Die statischen Theorien: Kreislauf, Freigeld, Harmoniesucht**
>
> Darunter sind jene wirtschaftswissenschaftlichen Vorstellungen zu subsumieren, die zwar am Phänomen der Schuld, alias des Kredits, alias des Sparens nicht mehr vorbeigehen, die dieses Phänomen aber als belanglos abtun bzw. ihm keine entscheidende Wirkung für den Ablauf des ökonomischen Prozesses bescheinigen.

Das stimmt für die Freiwirtschaft nicht. Denn ohne Verschuldung eines Teils der Marktteil-

---

Gegenleistung als Tribut abtreten. … Siehe auch „Die Verstaatlichung des Geldes / zweite Fortsetzung zur Reformation im Münzwesen, 1892 im Band 1 der Gesammelten Werke, S. 154.

152 Beim Geschenk handelt es sich um ein moralisches Schuldverhältnis und nur im Extremfall um ein solches im juristischem Sinn. PCM schildert auch den Fall, dass sich beim gegenseitigen Schenken die Schenkenden sich ständig steigernd überbieten. Es gibt aber auch die Erzählungen aus der Vergangenheit und Beobachtungen in der Gegenwart, dass beim Schenken auf die Gleichwertigkeit der Geschenke geachtet wird, damit niemand zu kurz kommt oder beschämt wird. Ein Satz von PCM auf der Seite 67 lautet: „Die Geschenk-Theorie tut also nur so, als sei sie »un-schuldig«. Tatsächlich aber ist sie reinster **Debitismus**: ...“

nehmer gäbe es kein Sparen in der Geldform der anderen. Der Schuldner übernimmt auf Zeit die Ansprüche des Sparers auf Güter im Markt. Bis zur Fälligkeit der Schuld aus einem Kreditverhältnis muss der Schuldner Markterlöse in Form von Geld getätigt haben, mit denen er seine Schuld tilgen kann.

> Als einfachste aus dieser Kiste erscheint die **Vorspar-Theorie.** Danach wird (wie und aus welchen Gründen auch immer) *gewirtschaftet*, woraufhin *Einkommen* entstehen. Jeder Fleiß hat seinen Preis.
> Die rechtschaffenen Teilnehmer an diesem Vorgang nehmen diese Einkommen - in Form von »Geld«- ¯entgegen und entscheiden jetzt, was tun damit.
> Einiges wird benötigt, um das unabdingbar Notwendige darzustellen, den sogenannten Lebensunterhalt«. Danach aber wird es spannend: Wohin mit dem Rest, sofern ein Rest zu sehen ist. Soll ich den Rest a) auch ausgeben, mir gute Tage machen oder b) bei mir zu Hause aufbewahren oder c) jemand anderem anvertrauen, damit der etwas Vernünftiges damit anstellt und es mir eines Tages um Zins vermehrt zurückgibt.
> Bei a) endet die Geschichte, bei b) und c) aber wird sie interessant. Vor allem, wenn es um die Frage geht: *b) oder c).*
> Denn wenn schon durch fleißiges Arbeiten *Einkommen* entstanden sind, zum Beispiel *Lohn,* dann sind das bei einem anderen (bitte immer doppelt buchen!) - *Kosten.* Ein anderer hat Geld ausgegeben, aber nicht damit er es endlich los ist, sondern, damit er es *wiedersieht.*

Die „rechtschaffenden Teilnehmer sehen das Geld nicht als Schuld, sondern als Einkommen, wenn sie im Markt entsprechende Erlöse durch das Hinzufügen eigener Produkte oder Leistungen getätigt haben.

> Die gesamte Volkswirtschaft ist ein großer **Kreislauf.** Das »Geld«,. das irgendwo abfließe, muß *dorthin zurück* - sonst gibt's ein Loch. Jemand kommt sonst nicht »auf seine Kosten«. Er geht kaputt.
> Würde in einer Volkswirtschaft unisono nach Vorschlag h) entschieden, würden also alle ihre Einkommen (die woanders Kosten sind, bitte immer doppelt buchen!!) für sich und b*ei sich* behalten, auf gut Deutsch also **horten,** wäre die Veranstaltung sofort zu Ende. Eine Pleite würde die nächste jagen, bis alle, die ihr Geld wiedersehen wollten, wiedersehen mußten (weil sie sich ja ihrerseits das Geld irgendwoher besorgt hatten, und es nunmehr schuldig sind), bis buchstäblich *alle* also, fertig sind.

Das klingt mir zu metaphysisch. Schuldig in ökonomischen Sinn sind Käufer (Nachfrager) gegenüber anderen nur dann, wenn ihr Kauf teilweise oder ganz mit einem Kredit finanziert wurde. Wenn er aus seinen Ersparnissen seine Kaufschuld begleichen kann, ist er nur sich selbst gegenüber „schuldig“, denn auch wenn er seine Ersparnisse noch nicht aufgebraucht hat, sie werden zu Ende gehen. Um sie wieder aufzufüllen muss er nicht nur den Willen und die Fähigkeit haben mit weiteren Produkten oder mit Dienstleistungen auf dem Markt anzubieten, sondern das Geld der Anderen im Kreislauf muss den erneuten Gütertausch durch seinen Verkauf und den Kauf ermöglichen.

> Es zählt zu den unstreitbaren Errungenschaften der volkswirtschaftlichen Theorie, das Problem **Horten oder Sparen** erkannt zu haben. Es läßt sich auf die Formel bringen:
>
> Kehrt Geld, das irgendwo in Form von *Kosten* einen Punkt verlassen hat und irdendwoan-

ders zu *Einkommen* (auch »Umsatz«, »Ertrag« usw.) geworden ist, nicht *rechtzeitig zu* seinem Abflugsort zurück, gibt es ökonomische Probleme: Abschwung, Rezession und Krise.

Geld kann sich nicht in Luft auflösen. Es kann entweder vom Empfänger selbst (= Konsum) oder von einem, dem er vertraut (= Sparen) wieder ausgegeben werden - oder es wird gehortet mit entsprechenden krisenhaften, buchstäblichen Entzugserscheinungen.

Der englische Ökonom **John Maynard Keynes** versuchte dem Ganzen mit seiner Idee von der »Liquiditäts-Präferenz« beizukommen, wobei »Liquidität« sozusagen Verlust ist, die Weigerung, das Geld auch auszugeben, nachdem man es erhalten hat.

Zu Ende gedacht hat Keynes seine Idee freilich nicht. Denn Liquidität heißt ja nicht einfach »Horten«. im Sinne von Geld-weg-unter-die-Matratze. Liquidität heißt kurzfristige Forderungen halten, täglich fälliges Geld auf dem Konto. Bei der Bank. Aber die Bank hat das Geld selbstverständlich nicht im Keller liegen. Sondern ausgeliehen.

Und der Kreditnehmer, der das Geld von der Bank geliehen hat, ebenfalls ganz kurzfristig, hat es sich natürlich nicht beschafft, um es sich anzuschauen, sondern, um es *auszugeben.* Also ist doch alles prima - oder? Statt dem einen hat halt ˙auf dem Umweg über ein Kreditinstitut - ein *anderer* das Geld besorgt und Richtung Abflugsort zurückgeschickt.

Das Halten von Liquidität in kurzfristigen Forderungen gegenüber Banken fällt unter dem Begriff „*sparen*“ und ist solange kein Problem, wie die Banken dieser Gelder wegen der Kurzfristigkeit der Überlassung durch die Einleger mit oder ohne Fristentransformation als Kredite wieder in den Umlauf bringen können.

Die modernen Keynesianer haben das Problem längst übertüncht. Sie scheren sich nicht mehr um Horten oder Sparen. Fehlt Geld - egal warum - wird's dargestellt. Im Notfall holt es sich der Staat bei seiner Notenbank und schießt es, dort wo's fehlt, halt wieder in den Kreislauf.

Genau das hat Karl Walker wiederholt – z. B. seiner Schrift „**Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie**“ kritisiert. Das gehortete Geld stellt nach wie vor legitime Ansprüche an den Markt dar. Für das neu eingeschleuste Geld sind im Markt keine Produkte vorhanden. Folglich muss das Deficit spending – wenn es mit Hilfe der Zentralbank vorgenommen wird – zur Inflation führen. … wenn über Steuern finanziert wird, werden für das Fehlverhalten der Horter die braven Bürger, die ihr Geld im Kreislauf lassen, mit zusätzlichen Steuern bestraft.

Eine Schar von Ökonomen, eine besonders gesottene Truppe, ist freilich bei der Naht geblieben. Wenn Geld »fehlt« so sagen sie, kann dies nur eine Ursache haben: Es wird *zurückgehalten. (*Was ja stimmt). Und damit dieses Zurückhalten von Geld (und Kaufkraft) endlich ein Ende nimmt, muß es einen *Zwang* geben, das Geld immer im Umlauf zu halten.

Es ist richtig, dass in der Freiwirtschaftlichen Literatur von Zwang gesprochen wird. Und ich kann mich erinnern, dass Dieter Suhr von einem Widerspruch zu dem Freiheitsversprechen der Freiwirtschaft sprach. Genau genommen besteht hier auch kein Zwang, sondern ein Anlass Kosten, zu vermeiden. Wer mit seinem Geld im Sinne von Gemeinwohl umgeht, wird belohnt.

Das ist die Vorstellung eines deutsch-argentinischen Schlaukopfs namens **Silvio Gesell** (1862-1930), den **Keynes** übrigens als einziger späterer Ökonom von Rang sehr lobt, als ..unduly neglected prophet.« bezeichnet und ihm ein ganzes Kapitel seines Hauptwerks widmet. Der Gesell kam nach intensivem Nachdenken auf die geniale Idee, die beiden Grundprobleme des wirtschaftenden Menschen, nämlich **Raum** und **Zeit**, mit einem Streich zu lösen. (Der Raum ist knapp, ergo gibt es eine »Bodenrente«, die Zeit ist knapp, ergo gibt es einen »Zins«.). Gesells Lösung besteht in dem Vorschlag, beides *abzuschaffen,* Raum und Zeit (Bodenente / Miete und Zins), indem das einfach *verboten* wird. 1911 unterbreitete er seine Ideen in einem Buch mit dem Titel »Die Natürliche Wirtschaftsordnung«... »Natürlich« wäre eben ein Mensch, eine Wirtschaft, ohne Raum und Zeit, und so stand die Lösung unterhalb der Worte »natürliche Wirtschaftsordnung« und lautete:
... **durch** Freiland und **Freigeld.«**

Wenn Gesell so einen Schwachsinn verzapft hätte, dann wäre das Lob über ihn durch Keynes für diesen eine Peinlichkeit – was manche Keynesianer auch unabhängig von PCMs Fehlaussage so empfunden haben. Die Bodenrente ist durch die Begrenzung des Bodens / der Erde als Ganzes mit allen wirtschaftlich nutzbaren Bestandteilen, von der Natur oder der Sache her gesehen, gegeben und kann nicht verboten, sondern ökonomisch nur neutralisiert werden. Das heißt, alle Menschen haben das gleiche Recht, an dem Nutzen der aus ihrer Existenzgrundlage gezogen wird, zu partizipieren. Den Zins kann man auch nicht verbieten, denn er ist ein Preis für die Knappheit für Kapital. Man kann nur dafür sorgen, dass der Zins wenn er aufgrund der Kapitalvermehrung niedriger als 3 % sinkt, nicht eine Blockade (Liquiditätsfalle) des Geldkreislaufs auslöst (zuschnappen lässt). Der Zins als Preis für die Überlassung von Liquidität soll in seiner Allokationsfunktion erhalten bleiben, aufgrund seiner Umverteilungswirkung soll er nach Möglichkeit nahe Null oder auch darunter, wenn es der Ausdruck des Marktes ist, sinken können. Und der Begriff „*Natürliche Wirtschaftsordnung*“ steht auch nicht für einen Menschen ohne Zeit und Raum und auch nicht dafür, dass die Ordnung in der Natur gefunden wurde, sondern einfach dafür, dass nicht auf einen „neuen“ Menschen gesetzt wird, sondern auf den Menschen, so wie er seiner Natur entspricht. Und das Geld soll bei stabilem Preisniveau der Vergänglichkeit der Ware angepasst werden. PCM hätte sich seinen Spott sparen können, wenn er sich etwas genauer angeschaut hätte, was Gesell wirklich empfohlen hat. Er nimmt seinen Spott ja auch etwas zurück, indem er sagt, dass das Anliegen der NWO nicht ganz so lächerlich ist – also immer noch lächerlich.

Herrlich! Land darf nichts mehr kosten, und Geld gibt es auch umsonst. Ganz so lächerlich ist das Ganze freilich nicht, zumal das mit dem »Geld«, das uns hier interessiert. Denn gibt es erst einmal ein »Geld«, egal, wie es überhaupt entstanden ist, und wird es nicht *ausgegeben,* kommt es zum wirtschaftlichen Kollaps.
Gesells Anhänger, von denen es gar nicht so wenig gibt, fordern daher bis heute eine *»umlaufgesicherte* Währung«. Geld also, das zwangsweise kursieren muß. Jeder, der Geld in Händen hat, muß *verpflichtet* werden, es (möglichst schnell) auch wieder auszugeben.
Eine solche Verpflichtung ist selbstverständlich eine *Schuld,* und diese Schuld muß etwas kosten. Gesell und seine Anhänger arbeiten dabei mit einer Mischung von Gesetz (und Strafe) sowie mit Nicht-. bzw. negativem Zins.

Eine Benutzungsgebühr für das Transportmittel Geld ist genauso wenig eine Strafe, wie der Erwerb einer Fahrkarte für das Benutzungsrecht einer Straßen- oder Eisenbahn und der Zins ist auch dann ein Preis, wenn er unter Null % sich einpendelt.

> … Die »umlaufgesicherte Währung« ist eine statische Theorie in puncto *Schulden.* Denn sie setzt implizit Schulden als irgendwie »vorhanden« voraus. Denn gäbe es keine Schulden, würde ja kein Schuldner auf Geld warten, gäbe es keinen Schuldner, der - so das »Geld« zu spät oder gar nicht kommt - Arbeiter entlassen muß, in Konkurs geht und dazu beiträgt, eine Volkswirtschaft immer tiefer in die Große Depression zu schicken.
>
> Die Gesell'sche Theorie tut nur so, ähnlich wie die Theorie der Tauschwirtschaft, als gäbe es keine Schulden, indem sie das, was aus Schulden und Schuldendruck resultiert, abrakadabra verschwinden läßt. Die Gesell'sche Welt ist daher selbstverständlich *debitistisch,* wie jede Welt, in der Wirtschaft stattfindet.

Da spricht der Wirtschaftstheologe. Das Geld und die durch das Geld ermöglichte Arbeitsteilung kann oder darf bei ihm nicht als Segen der Menschen verstanden werden, sondern muss als eine Erbsünde in ihrem Bewusstsein verankert bleiben, also Geld gleich Schuld. Was soll eigentlich mit dieser Erklärung erreicht werden? Sollen alle Wirtschaftsteilnehmer sich als Schuldner bekennen und willige Schuldentilger und Zinszahler werden, bis auf jene minderheit, bei der die Zahlungen als „Segen“ ankommen?

Natürlich gibt es ein Schuldenproblem, das mit der heutigen Währungsverfassung und dem Bodenrecht zusammenhängt, das ist ja das vorrangige Thema der Freiwirtschaftsschule. Aber die zunehmende Verschuldung der Privathaushalte, der Unternehmen und der Staaten mit der Gegenseite der Konzentration des Reichtums ist keine Bedingung des Geldes, sondern eine Folge seiner fehlerhaften Konstruktion.

> Die »Mainstream»-Ökonomen, die heute auf den Universitäten hocken, nehmen die Vorstellungen von Gesell und seinen Anhängern - im Gegensatz zu Keynes - noch nicht einmal mehr als Fußnote in ihren Lehrbüchern auf. Sie hängen der Vorstellung an, daß die wirtschaftliche Welt *an sich und in sich* vollkommen in Ordnung ist. Und sollte doch einmal etwas nicht so *ganz* optimal sein, hat der aufgeklärte Wirtschaftspolitiker jede Menge »Werkzeuge« in seinem Kasten, um alles gleich zu reparieren. Schulden, alias Kredite, fügen sich in diese wunderschöne Landschaft ein, wie ein nach modernsten Umwelterfordernissen gebautes Wasserkraftwerk in ein Bergtal.
>
> Die Kredit-/Schulden-Theorie der heute führenden Wirtschaftswissenschaftler ist absolut statisch. Es ist die Theorie der **Harmoniesucht. ...**

Wenn die Harmoniesucht eine Suche nach Harmonie wäre, könnte das ja noch ein Trost sein. Aber das ist ja nicht einmal im Ansatz erkennbar. (Siehe weiter oben: Mindest-Arbeitslosigkeit als Bedingung der Geldwirtschaft – oder so ähnlich.)

PCM verweist dann auf die Kress Library der Havard University, in der die Sammlung des

„fruchtbarsten deutschen Ökonomen“ Paul Jacob Marperger im Bestand ist und zitiert dann auf die Frage, was denn der Kredit sei und wie er sich entwickelte:

> Marperger schrieb, so die Kress Library in ihrem Bericht, vor allem über den wichtigsten Teil der kaufmännischen Aktivitäten, über das Finanzielle, über Kredit, Wechselkurse, Bankrott, Versicherung und Buchhaltung. Hier zum Beispiel ist die Antwort des Autors auf die Frage, *was denn der Kredit sei,* und wie er sich entwickelte:
>
> > 'Der Kaufmann muß den Kredit, der ihm ein Verkäufer *einräumt,* mit großer Umsicht und Sorgfalt behandeln, und ihn behüten, wie den Augapfel im Auge - denn, wenn der Augapfel beschädigt ist, ist es das ganze Auge genauso: so ist es, wenn *ein Kaufmann seinen Kredit verliert, und sein ganzes Geschäft ist verloren. ..*
>
> Hier erscheint kein »Sparer«, hier erscheint kein Kaufmann, der Geld »aufnimnit«, weil ein anderer dafür keine Verwendung hat.Hier kommt ein Umsatz nur zustande, weil der Verkäufer dem Käufer Kredit *einräumt* und fest darauf vertraut (»credere« = lateinisch für »glauben«, »vertrauen«), daß der andere zurückzahlt.

Was soll denn das beweisen? Es sind doch Binsenweisheiten. 1. Kaufleute kaufen und verkaufen (Ausnahme in der Regel bei Konsumenten) mit einem Zahlungsziel. Und die Zeit zwischen Kauf und Zahlungsziel ist eine Zeit des Kredites. Aber der Verkäufer kann diesen Kredit nur gewähren, wenn ihm seine Liquiditäts-Situation dafür Spielraum lässt. Wenn er seinen Kredit selber über eine Bank (Sparer) refinanzieren muss, ist er bereit, dem Käufer ein Skonto einzuräumen, wenn der die Zeit bis zum Zahlungsziel verkürzt. Ansonsten bezieht Marperger seine Aussage zum Kredit des Kaufmanns bestimmt nicht nur auf das Geld, auf Geldschulden, sondern auf das ganze Umfeld kaufmännischer Tätigkeit.

Dann zitiert PCM noch den Österreicher und späteren Harvard-Professor Joseph Aloys Schumpeter:

> »Lange Zeit war die Meinung herrschend.... daß das Kreditangebot, das dem Geldmarkt jeweils zur Verfügung steht, sich einfach aus den fortlaufend freiwerdenden und den neugesparten Geldsummen zusammensetzt: die Banken leihen … eben jene Geldsummen aus, die ihnen ... zu diesem Zweck überwiesen werden... Geldsummen (gelangen) aus den Händen jener Leute, die sie erspart haben und zu verwerten wünschen, in die Hände jener Leute, die sie brauchen.«
> Aber:
> »Jeder Fachmann des Bankwesens (weiß), daß sich der Kreditverkehr nicht darin erschöpft, daß vorhandene Kaufkraft die Hände wechselt, und daß den Banken dabei noch eine andere Rolle zukommt als die eines bloßen Vermittlers ... (Wenn die Bank einen Teil des Guthabens) ausleihen kann, ... so disponieren Deponent (= Sparer. PCM) und Kreditnehmer nebeneinander über die gleiche Summe ganz so, wie wenn diese verdoppelt worden wäre. ...«

Es ist kein Wunder, wenn die Verwirrung in oder über dem, was Geld ist und wie es wirkt so groß ist, wenn wirklich kluge Leute so etwas Dummes als Realität darstellen. Wenn ich unseren Suppentopf zu den Nachbarn bringe, um die Suppe auf ihrem Herd warm zu halten,

weil unser Herd einen Defekt hat, dann gibt es folgende Möglichkeiten: a) Wir teilen die Suppe mit den Nachbarn. b) Die Nachbarn essen die Suppe alleine auf. c) Wir essen die Suppe alleine. Aber d) nämlich, dass die Nachbar und wir - jeder für sich - die ganze Suppe auslöffeln, ist eine Unmöglichkeit. Bei Dingen mit einem höheren Abstraktionsgrad verlieren wir leicht die Übersicht über richtig oder falsch. Ich habe mir noch ein Zitat für diese Stelle aus der Zeitschrift für Sozialökonomie Folge 146 /2005 aus dem Artikel „Was ist Geld und woher kommt der Zins?- Eine 'Eigentumstheorie des Geldes´ von Bernd Striegel [153] aufgehoben. Da heißt es:

> **Die ´Eigentumstheorie des Geldes´**
> Heinsohn und Steiger billigen dem Geld den Titel „Anrecht auf Eigentum“ zu, fassen es „mit diesen – idealiter intrinsisch wertlosen – Anrechten“ jedoch nur als Vertreter des Eigentums, damit auch nur als Zahlungsversprechen auf, welches letztlich nur durch Eigentum selbst erfüllt werden könne: „Geld [...] ein Zahlungsversprechen [...] eines Gläubigers gegenüber seinem Schuldner.“ (...) „Geld entspricht [...] seiner Aufgabe, Eigentumswerte zu repräsentieren und nicht an sich selbst den Wert zu haben.“ Geld kann mit dieser Definition immer nur einen vorläufigen Wert und eine vorläufige Funktionsfähigkeit haben, nämlich nur solange das Einlöseverprechen der emittierenden Notenbank, also die Herausgabe des für seine Emission vom Emittenten verpfändeten Eigentums (Gläubigerpfand), bei Vorlage, erfüllt werden kann. Wird dieses Versprechen nicht erfüllt, bleibt also das Zahlungsversprechen unerfüllt, dann müsste das bloße Anrecht darauf ebenfalls wertlos werden, jedenfalls, wenn es nicht gelingt die Unerfüllbarkeit zu verschleiern.

Wie verträgt sich dieser Eigentumsanspruch des Geldes laut Heinsohn und Steiger mit der Aussage, dass sich nach Schumpeter das Geld einer Kundeneinlage verdoppelt – also zwei Eigentumsansprüche hat?

Die Wunderinsel Brataria

Ich komme jetzt zu der Utopie *Die Wunderinsel Barataria* von Juan Acratillo (Silvio Gesell). Mir ist die Schrift wieder eingefallen, als ich das Thema Utopien in der Ausgabe der ZEIT Nr. 52 vom 15. Dezember 2016 für den vorliegenden Text ausgewertet habe. Der Text ist zuerst unter dem Titel *„Der verblüffte Sozialdemokrat / Eine erste Einführung in die Freigeldwelt“* erschienen. Da der Text in den Gesammelten Werken, Band 14 steht, in dem Texte Gesells aus den Jahren 1923 – 24 veröffentlicht wurden, nehme ich an, dass damit auch der Erscheinungszeitraum benannt ist.

Mir liegt der Text auch als Bestandteil der Zeitschrift *„Fragen der Freiheit“*, Heft 129 vom Nov. / Dez. 1977 vor. Darin enthalten sind auch „*Eine kritische Würdigung in Silvio Gesells utopischem Barataria (> Billigland <)*“ von **Joachim Starbatty** [154]und „*Die Währungsfra-*

153Verfasser von „Über das Geld / Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens“, 2005, 603 Seiten.

154 https://de.wikipedia.org/wiki/Joachim_Starbatty

ge als Rechtsproblem“ von **Ernst Winkler**.

Für die Texte von Gesell und Starbatty habe ich eine Quelle im Netz gefunden unter www.geldreform.de sind die Text hier zu finden:

Gesell: http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft129/barataria.htm

Starbatty: http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft129/starbatty.htm

Hier wird der Text auch vorgelesen, für meine schwerhörigen Ohren ist das kein Vergnügen.

https://www.youtube.com/watch?v=d-SYL_h-2mE

Es muss tatsächlich an meinen Ohren liegen, denn der gesprochene Text der *„Natürlichen Wirtschaftsordnung“* hört sich auch nicht besser an.

https://www.youtube.com/watch?v=fanki8HNaYw&feature=youtu.be

Den Text von Winkler stelle ich unter der Textziffer 147.6 in den Anhang.

Ich will hier zu Gesell Utopie sagen, dass er verschiedene Modelle des Geldes und ihre Wirkungen ohne theoretische Erläuterung im Erzählton vorstellt. In dem von ihm bevorzugten Modell haben die Banken nur eine untergeordnete Rolle. Wichtig ist auch, dass auch in diesem Text Gesell darauf hinweist, das ein Volk, das eine wirkliche Demokratie will, sein Währungssystem verstehen muss. Wichtig ist das besonders in unserer Zeit, weil in unsere Gesellschaft (oder in den westlich geprägten Gesellschaften) alles so kompliziert gemacht wird, dass es nur noch Spezialisten verstehen. Und diese Entwicklung wird dann auch noch so hingestellt, als sei sie naturgesetzlich. Wir haben deshalb nur noch formal eine Demokratie, in Wirklichkeit sind wir schon Untertanen einer Spezialisten-Herrschaft, die aber keinen geschlossenen Block mit einem Ober-Spezialisten darstellt.

Von Starbattys Würdigung gebe ich hier nur den Schlussteil wieder. Wer weiter interessiert ist, kann ja auf die oben angegebene Quelle zugreifen. Den Beitrag von Winkler habe ich im Netz nicht gefunden. Ich stelle ihn daher in den Anhang. Dort erhält er die Textziffer 147.6.

Auf meine Anfrage, ob noch von dem Heft 129 der Fragen der Freiheit mit dem Generalthema „Währungsverfassung und Gesellschaftsordnung“ Exemplare zu haben sind, antwortete mir Fritz Andres vom Vorstand des Seminars für freiheitliche Ordnung:

„… Heft 129 ist in Bad Boll noch reichlich vorhanden, ins Internet wollen wir allerdings erst einmal die bereits digital vorhandenen Hefte ab 218 stellen … Postalisch zu beziehen ist das Heft über die Seminaradresse, also SffO, Badstraße 35, 73087 Bad Boll. Nach Starbatty bringe ich von Winkler auch seinen Schlussteil. Ich hoffe, dass ist genug, um die Motivation zu erzeugen, die Beiträge von Gesell, Starbatty und Winkler als Ganzes zu lesen.

Hier noch ein Hinweis. Winkler schreib unter:

> *2. Die funktionale Definition des Geldes*
> Was ist »Geld«? Es gibt Metallgeld, also beispielsweise Silber- oder Goldwährung, und es gibt Papiergeld mit verschiedenen Deckungsmöglichkeiten und Deckungstheorien. Das Ende der Naturaltauschwirtschaft war gekennzeichnet durch Einführung von Naturalgeld wie Vieh (»pecunia«) oder Kaurimuscheln; der Zusammenbruch unserer Geldwirtschaft am Ende des zweiten Weltkrieges wurde überbrückt durch die funktionsfähige Ersatzwährung der amerikanischen Zigarette. …

Es geht mir hier um das >**Naturalgeld Vieh**<. Michael Hudson schreibt in „Der Sektor“ im Teil I unter „4 Die alles verschlingende Macht des Zinseszinses“ im Abschnitt „Die exponentielle Vervielfachung von Schulden:

> Diese Art von exponentiellem Wachstum findet in einem ägyptischen Sprichwort Ausdruck: »Wenn du deinen Reichtum dorthin bringst, wo er Zinsen trägt, kommt er verdoppelt zu dir zurück.«4 In einem Bild aus babylonischen Zeiten wird die Vergabe eines Kredits mit der Geburt eines Säuglings verglichen. In dieser Parallele spiegelt sich auch der Umstand wider, dass das Wort für »Zinsen« in jeder Sprache des Altertums für ein Neugeborenes steht: ein kleines Zicklein *(mash)* im Sumerischen oder ein junges Kalb sowohl im Griechischen *(tokos)* als auch im Lateinischen *(foenus).* **Der als »Neugeborenes« gezahlte Zins wurde vom Silber oder Gold »geboren«, und nicht etwa vom geliehenen Vieh (wie einige Ökonomen früher glaubten, die übersahen, dass es sich hier um eine Metapher handelte)**. Geboren wurde der »Säuglings«-Anteil der Leihsumme, und zwar jeden Monat I/6ostel. (In Griechenland wurden die Zinsen zum Neumond fällig.) Das Wachstum war dabei rein mathematischer Natur, und die »Trächtigkeitsdauer«, nach deren Ablauf eine Verdopplung stattgefunden hatte, wurde durch den Zinssatz festgelegt. (Hervorhebung durch den Verfasser.)

Jetzt Starbatty aus FdF, Nr. 129, Seite 30. f.

> *4. Gesells Parabel - ein Lehrstück für die Interdependenz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft*
> Insgesamt ist die Gesell'sche Parabel über das utopische Barataria ein meisterhaftes Lehrstück zur Einführung in eines der schwierigsten Kapitel der Nationalökonomie, der Geld- und Zinstheorie. Es ist ein reiches Exerzierfeld für ökonomisches Denken und für das Erkennen interdependenter Zusammenhänge zwischen Wirtschafts-, Gesellschafts- und allgemeiner Politik. Dabei ist zweitrangig, daß ich die Änderung der Bemessungsgrundlage (vom Gewicht zum Hohlmaß), also die Einführung der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes, nicht als den Sündenfall in Barataria betrachte. Entscheidend ist, daß die grundsätzlichen Ideen,

die ordnungspolitischen Ideen von Silvio Gesell richtig und vorbildhaft sind:
Man wird ein Höchstmaß an Freiheit für den einzelnen Menschen (also »Raum für den Menschen«, wie eine Tagung hier einmal hieß) schaffen, wenn man die Tätigkeit des Staates auf die Sicherung des Wettbewerbs

und auf den Ausgleich sozialer Not konzentriert und wenn man vom Staat nicht etwas fordert, was dieser nicht leisten kann, etwa distributive Gerechtigkeit herzustellen oder Vollbeschäftigungsgarantien zu geben. Die Verhöhnung eines Staates, der sich hauptsächlich auf die Schaffung und Sicherung der Rahmenbedingungen für rechtsstaatliches Handeln beschränkt, als »Nachtwächterstaat« durch Ferdinand Lasalle, hat zur Konsequenz, daß man glaubte, der Staat müsse den Einzelnen an die Hand nehmen, um ihm zu zeigen, was er tun solle, müsse ihm seine Sorgen abnehmen, seine Pflichten übernehmen und ihn schließlich von jeglicher Verantwortung befreien. Und dann sind es die organisierten Gruppen, die sich des Staates bemächtigen, ihn als Marionette benutzen, oder, wie Götz Briefs gesagt hat, degradieren zu einer »pouvoir dirigé«. Dies ist dann nicht viel anders als der Rückfall in feudalistische Herrschaftsformen.

Weiter ist bei Silvio Gesell vorbildhaft, daß er in der Schaffung einer funktionsfähigen Geldordnung den »nervus rerum« einer funktionsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gesehen hat. Ich glaube nicht und ich hoffe auch nicht, daß wir uns über die Gestaltung einer solchen idealen Geldordnung hier schon einig sind. Worüber sollten wir denn sonst bei den nächsten Tagungen streiten?! Ich glaube aber, daß uns die Referate und die Diskussionen diesem Ziel ein wenig näher gebracht haben.

Und jetzt Winkler, FdF. 129, Seite 42 f.:

Mit diesen wirtschaftstheoretischen Überlegungen finden wir wieder den Anschluß an das Thema: Währung als Rechtsordnung. Diese These umfaßt, wie wir gesehen haben, eine Reihe von Postulaten, die in einer echt freien Marktwirtschaft mit einer geeigneten rechtlichen Rahmenordnung realisierbar sind und die wir in den folgenden Sätzen zusammenfassen wollen.

1. Jedes Geldzeichen ist ein durch Leistung legitimierter Rechtsanspruch auf eine äquivalente Gegenleistung aus dem Sozialprodukt.

2. Damit ist untrennbar zugleich die Verpflichtung verbunden, diesen Rechtsanspruch ohne Aufschub entweder selbst geltend zu machen (Konsum) oder zu diesem Zweck einem anderen zeitweise und leihweise zu übertragen (in der Regel für Investition).

3. Die Marktordnung eines freien und fairen Leistungswettbewerbes schließt leistungsloses Einkommen aus; sie bestimmt das Einkommen nach Maßgabe der von der Gesellschaft selbst über Nachfrage und Angebot als notwendig oder wertvoll bewerteten Leistung des Arbeiters, Unternehmers, Erfinders oder einer erwünschten echten Kapitalneubildung.

4. Sofern die hier formulierten Grundsätze als moralische Postulate erscheinen, wenden sie sich nicht als solche an den einzelnen Wirtschaftsteilnehmer, sondern an die das Wirtschaftsleben konstituierende Rechtsordnung (vornehmlich als Boden-, Geld- und Wettbewerbsordnung) und zwar in dem Sinn, daß ihre Realisierung durch funktionsfähige Selbst-steuerungs-Mechanismen einer echt freien Marktwirtschaft gesichert wird. Dabei zeigt sich volle Übereinstimmung zwischen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und moralischem Postulat, also zwischen voll funktionsfähiger und sozial gerechter Marktwirtschaft.

31. Tag: Noch einmal zu Michael Hudson / Der Sektor

Bei der Suche nach der ergänzenden Aussage zu Winkler über das Naturalgeld Vieh durch Hudson ist mir nochmals die Dringlichkeit der Klärung ökonomischer Fragen deutlich geworden, denn es steckt ein - mir nicht erkenntlicher – Wille der theoretischen und politischen Ökonomie dahinter, die Menschen bewusst in Angst und Schrecken zu halten. Hudson schreibt und ich schreibe meine Antworten zwischen seine Absätze:

Staatsdefizite durch Zentralbanken und nicht mit Steuern finanzieren

Es ist von jeher der Staat gewesen, der Geld schöpfte. Das Papiergeld in unserer Tasche ist eine Form staatlicher Schulden. Der Staat schuf Geld als eine Art Schuldschein, mit dem er Güter und Dienstleistungen bezahlte. Auf diese Weise versorgt er die Wirtschaft mit Geld. Die Inhaber dieser Währung sind ihrerseits Gläubiger gegenüber dem Rest der Wirtschaft - und zahlen mit diesem Kredit (der dadurch Wert erhält, dass der Staat ihn als Zahlungsmittel zur Begleichung von Steuerforderungen akzeptiert). Dies ist der Kern der Modernen Geldtheorie, die von den Nachfolgern Hyman Minskys an der University of Missouri-Kansas City, Randy Wray und Steve Keen, detailliert ausgearbeitet wurde.

Ich habe am Anfang dieses Blogs gesagt [155]: Bei allen Anregungen, die Michael Hudson mit seinem Buch „Der Sektor“ und Paul Mason mit seinem Buch „Postkapitalismus“ liefern, ihre Schwäche liegt im Geldverständnis. Es ist natürlich möglich, dass da jemand oder viele kommen, die nachweisen, dass ich keine Ahnung habe. Da meine Anstrengung nicht das Ziel hat, Recht zu haben, sondern dazu beizutragen, dass die Gesellschaften und Frieden zerstörenden Stümpereien in der Ökonomie aufhören, kann mich ein mögliches Irren meinerseits nicht stören, wenn dadurch die Zuwendungen zu den dringenden Zeitfragen gestärkt wird. Martin Scheytt wendet sich in seiner Dissertation „Theoretische Grundlagen der bankge-

155 Es kann auch sein, dass ich diese Äußerung nur per E-Mail gegenüber Freunden geäußert habe.

schäftlichen Kreditgewährung (Anhang, Text 147.3) dagegen, den Begriff Schöpfung in wirtschaftlichen Zusammenhängen zu verwenden. Dass man sich Geld als Schulden (im juristischen Sinne) vorzustellen hat, hat sich wohl in den Köpfen der Ökonomen festgesetzt. Dass sich für den Erwerber von Geld, der besonders dann, wenn es aus einem Markterlös stammt, eine moralische oder vielmehr eine systemische Schuld zur Weiterreichung in Form von erneuter Nachfrage auf dem Markt ergibt, hat Winkler (Anhang 147.6) ganz gut beschrieben. Die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes ist eben eine Sabotage seiner Nachfragefunktion. Wie Geld in den Verkehr gekommen ist, kann man höchstens für jeweils einen Staat oder eine Gesellschaft sagen, den oder die man untersucht hat. Im Ablauf der seiner / ihrer Geschichte wird das auch noch unterschiedlich sein.
Wenn ein Staat das Geld in den Umlauf bringen würde wie Hudson es beschreibt, nämlich, dass sie für den Eigenbedarf Güter und Leistungen einkauft und diese Einkäufe mit „Schuldscheinen“ - die umlauffähig gemacht werden – bezahlt, dann könnte eine Volkswirtschaft nur sukzessiv mit der nötigen Geldmenge versorgt werden. Die Folge wäre, dass das Preisniveau sich ständig verändern und Unsicherheit verursachen würde.

Auch erhält das Geld seinen Wert nicht dadurch, dass der Staat es für die Begleichung seiner Forderungen akzeptiert, sondern dadurch, dass es in der Menge in einem konstanten Verhältnis zu den Waren im Markt gehalten wird.

> Die öffentliche Verschuldung - einschließlich der Geldmenge - würde nicht existieren, wenn der Staat nicht Jahrhundert um Jahrhundert Schulden angehäuft hätte. Das Defizit ist das, was die Geldbasis der Wirtschaft schafft, die jedes Jahr proportional zur Zunahme der Staatsverschuldung wächst. Anders als bei persönlichen Schulden erwartet man von öffentlichen Schulden nicht, dass sie zurückgezahlt werden. Denn dies würde die Geldmenge vernichten. Genau das geschah im späten 19. Jahrhundert in den Vereinigten Staaten, und es verursachte eine schwere Deflation (das »Kreuz aus Gold«, an das Schuldner geschlagen wurden, denen immer weniger Arbeitseinkommen zur Rückzahlung der auf einem höheren Preisniveau aufgenommenen Schulden zur Verfügung stand).

Es trifft zu, dass Staaten häufig ihre Schulden nicht zurückbezahlt haben, weil sie sich durch Inflationierung der jeweiligen Währung entschuldet haben. Das heißt, die Gläubiger wurden enteignet. Wenn die Schulden, die die Staaten schon über Jahrhunderte eingegangen sind, noch immer bestehen würden, dann wäre die Zinslast nicht mehr zu tragen. Das Geld hört aber nicht auf zu bestehen, wenn der Staat all seine Schulden tilgen würde.

> Die Aufgabe einer Zentralbank besteht darin, Geld auf elektronischem Weg zu schöpfen, damit es für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen ausgegeben wird. Damit schiebt sie das Wirtschaftswachstum an, *ohne* verzinsliche Verbindlichkeiten gegenüber Geschäftsbanken und Anleihegläubigern zu schaffen. Aus diesem Grund sind Finanzeliten gegen die Defizitfianzierung durch Zentralbanken. Anleiheinhaber ziehen es vor, Staaten an einer straffen finanziellen Leine zu führen. Die Zentralbanken sollen nur Geld schöpfen, um Banken, nicht aber die Wirtschaft insgesamt zu retten. Banken werfen Regierungen vor, Währungen abzuwerten und eine Hyperinflation zu verursachen. Dabei waren es Banken, die in den letzten dreißig Jahren die größte Inflation der Immobilien-, Aktien- und Anleihepreise in der Geschichte finanziert haben. Dies ist keinesfalls eine moralisch verantwortungsvollere Form der Inflation, als Staatsausgaben es sind. … (S. 556 f.)

Man kann den Geschäftsbanken vorwerfen, dass einzelne von ihnen im Laufe der Geschichte die Notenbanken manipuliert haben (z.B. die Morgan und Rockefäller ausgelöste Deflationskrise, Seite 352) und sie in jüngster Vergangenheit in betrügerische oder blinder Weise Schrottpapiere verkauft haben, aber es ist unberechtigt, ihnen vorzuwerfen, sie hätten Inflationen ausgelöst. Für dieses Übel sind die Notenbanken zuständig.

> … Die Moderne Geldtheorie besagt im Kern, dass Staaten ihre Defizite auf elektronischem Weg auf ihren Computertastaturen finanzieren können, in der gleichen Weise wie Geschäftsbanken Kredite schöpfen. Der Unterschied zwischen öffentlicher Geldschöpfung und Bankkrediten besteht darin, dass der öffentliche Zweck die Förderung des Wirtschaftswachstums ist und nicht Vermögenspreisinflation. Nationaler Wohlstand erfordert, dass Geld *in* der Wirtschaft ausgegeben wird - zum Beispiel für neue Infrastrukturinvesti-tionen, für Gesundheitsversorgung und Altersrenten. Haushaltsüberschüsse würden es notwendig machen, dass solche Ausgaben privat finanziert werden - was viel höhere Preise für diese Dienstleistungen zur Folge hätte. (S. 559)

Im vorigen Absatz stand schon: „Die Aufgabe einer Zentralbank besteht darin, Geld auf elektronischem Weg zu schöpfen, damit es für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen ausgegeben wird.“ Ich hatte angenommen, Hudson würde noch etwas von der Werttheorie halten. Dann müsste er doch wissen, dass das Geld nicht losgelöst von der Güterseite gedacht werden kann. Wenn das Geld losgelöst von der Wertschöpfung entsteht, dann kann es nur Luft repräsentieren. Wenn ein Staat das Recht erhält, Geld in den Umlauf zu bringen und seine Staatsaufgaben damit zu finanzieren, ohne den Markt mit Gütern aufzufüllen, dann wirkt das inflationär und betrügerisch. Dass die Banken Kredit schöpfen können, ist bisher nur eine Behauptung. Und ein Kredit, der nicht zu Geld wird, ist kein Kredit. Und für die Kreierung eines elektronisches Geldes gelten die gleichen Bedingungen wie für das Papiergeld.

32. Tag: Merkpunkte für die Klärung der Währungsfragen und mehr

Die Ökonomie gehört nicht zur Metaphysik, daher sind dem forschenden Geist die Wirkungszusammenhänge zugänglich. Das gilt auch dann, wenn widerstreitende individuelle Interessen, politisch motivierte Ziele und Lehrmeinungen ein Nebel erzeugt haben und immer wieder erzeugen.

Jede Forschungs- und Erklärungsmethode, die den „Nebel“ durchdringt, sollte willkommen sein. Dabei ist sicherlich jene Methode empfehlenswert, die die wenigsten Menschen von der Erklärung der Untersuchungsergebnisse aus begrifflichen Gründen ausschließt. Eine allgemeinverständliche Beschreibung ist ein Erfordernis der Demokratie. Abgesehen von Dingen, die zählbar sind, sind alle Vorgänge in der Ökonomie verbal beschreibbar. Die Versuche, Vorgänge der Ökonomie in mathematische Modelle zu pressen, birgt die Gefahr in sich, dass Teile der Wirklichkeit übersehen oder ausgeschlossen werden.

Bei Untersuchungen und Beschreibungen vom Geld sind immer die gegenläufigen Bewegungen auf der Güterseite mitzudenken, weil sonst Fehlschlüsse unvermeidbar werden.

Beispiel: Die ***Quantitätsgleichung*** oder Verkehrsgleichung lautet: G×U = H×P (oder Geldseite = Güterseite). „Dabei wird die umlaufende Geldmenge mit G bezeichnet, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes mit U, das Preisniveau mit P und das Handelsvolumen (d. h. alle umgesetzten Güter und Dienstleistungen in einer Periode) mit H.“[156] Diese Darstellung hat zu der Annahme geführt, dass eine geringere Geldmenge durch eine Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit kompensiert werden könne, oder dass bei einer konstanten Geldmenge mit einer höheren Umlaufgeschwindigkeit ein größerer Umsatz erzielt wird. Dabei ist richtig, dass durch Hortung von Geld (= Geld aus seinem Kreislauf entnehmen und in den Tresor oder unter die Matratze legen = weniger Geld im Umlauf) und das Hinauszögern fälliger Zahlungen eine deflatorische Wirkung erzeugt wird. Da aber der Geldkreislauf an der Bewegung des Güterstromes gekoppelt ist, kann das Geld – außer zu spekulativen Einsetzen, die auf der Güterseite keine Bewegungen erzeugen - sich nicht schneller bewegen, als die

156 http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20428/quantitaetstheorie

Leistungserbringung bzw. als die Verkäufe der Güter im Markt.[157]

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin zu erkennen, ob eine von der eigenen Einsicht abweichende Deutung eines Sachverhaltes auf einen guten Glauben oder in der verschleiernden Absicht des Andersdenkenden beruht. Beispiel: Ich wurde mit zahlreichen anonymen Zuschriften bedacht, in dem Zeugen benannt wurden, die die Geldschöpfung der Banken – in unterschiedlicher Weise - für gegeben halten. Die Zuschriften erfolgten mit der Aufforderung, daß ich meine Einstellung zum Geldschöpfungsthema durch die Banken doch revidieren möge. Einer der aufgeführten Zeugen – ein Professor für VWL - sagt in einem Interview aufgrund der Bemerkung des Interviewers:

> **Es ist schon erstaunlich, wenn man da mal anfängt, hinter die Kulissen der Banken zu gucken...**
>
> Ja, es ist unglaublich. Da liegen wirklich die wesentlichen Bankgeheimnisse. Sonst denkt man beim Wort „Bankgeheimnis“ daran, dass die Banken nicht verraten, wer bei ihnen wie viel auf dem Konto hat, woher das Geld kommt und wohin es geht. Aber das ist ja nur ein kleiner Teil des Bankgeheimnisses. Das größere Geheimnis bezieht sich aber auf die Frage, wie und von wem das Geld gezeugt und auf die Welt kommt - und mit welchen Konsequenzen für die Gesellschaft. Früher war es ein Geheimnis, woher die Babys kommen, und man hat das Märchen vom Klapperstorch erzählt. In Bezug auf die Frage nach der Zeugung und Geburt des Geldes sind große Teile der Gesellschaft über dieses Stadium noch nicht hinaus gekommen.

Mit dieser Meinungsäußerung steht der zitierte Professor nicht allein auf weiter Flur, aber dadurch wird die Meinungsäußerung noch nicht zum Faktum. **Es gilt also Methoden zu finden, die es ermöglichen, die Ansicht über etwas mit den gefundenen Fakten in Übereinstimmung zu bringen.** (Verifizierung einer These, einer Theorie durch die Empirie, durch die Praxis!)

Ich habe hier neben mir einen Bericht der HAZ vom 30. März 2017 liegen mit der Überschrift „Harte Zeiten für Fälscher / Die neue 50-Euro-Banknote is durch ihre Sicherheitsmerkmale kaum noch nachzumachen / Nächste Woche beginnt der Umtausch. Ich habe dazu zwei Fragen und eine Anmerkung: **a)** Warum der ganze Aufwand mit der Fälschungssicherheit der Banknoten bei den im Vergleich der unterstellten Geldschöpfungen durch die Banken unerheblichen Fälschungen von Banknoten? **b)** Warum kümmert sich die EZB (oder die SEZB) um die Fälschungssicherheit und nicht um die Umlaufsicherheit des Geldes - eine

157 Das ist Karl Walker erstmals bewusst geworden durch die Arbeit mit dem von ihm entwickelten Planspiel.

Idee von Silvo Gesell, die in jüngster Zeit in den englischsprachigen Ländern von Ökonomen aufgegriffen wurde und wird?

Die Anmerkung: Die Mehrheit der deutschen Ökonomen zeichnen sich dadurch aus, dass sie entweder die Probleme gar nicht kennen, die dahinter stehen oder sie erlauben sich, ihre Meinung, dass die Idee nichts tauge, auch dann noch als wissenschaftlich begründet zu deklarieren, wenn eine Prüfung gar nicht stattgefunden hat.

In dem Bericht der HAZ ist auch zu lesen, dass es nicht nur um die Fälschungssicherheit der 50-Euro-Banknote geht, sondern:

> Allerdings geht es bei den neuen Banknoten noch um etwas anderes, wie von Stenglin verriet. „Eine gute Währung soll auch gut aussehen und sich gut anfühlen – das ist wichtig für das Vertrauen."

Diese Maßnahme ist das Gegenteil von einer Umlaufsicherung, die notwendig ist. Eine Eingenschaft, die das Geld zum Horten ungeeignet macht, wäre erforderlich. Auch klingt hier die schon lange überholte Ansicht an, dass Geld müsse einen inneren, einen Substanzwert haben. Und das Vertrauen soll eine Währung durch seine Wertbeständig- und Funktionsfähigkeit erlangen und nicht durch seine Schönheit. Außerdem können schöne Banknoten nicht das Misstrauen kompensieren, das durch die EZB-Politik ausgelöst wurde und noch wird.

oooooooo

<u>Einschub 17</u> (I. 2300 Milliarden frisches Geld / II. Geldsystem bedrohlicher Luxus / III. Die Theorien und der empirische Beweis)

I. <u>Gabor Steingart im Handelsblatt Morning Briefing vom 19. April 2017:</u>

Unser Gastkommentator **Professor Hans-Werner Sinn** beschäftigt sich heute mit dem Vorwurf von **Donald Trump**, die Deutschen würden ihre **Währung** manipulieren und den USA damit schaden. Einer der Gründe für die Unterbewertung des Euros sei die **ultralockere Geldpolitik der EZB**, sagt Sinn. In drei Jahren habe diese frisches Geld im Wert von 2300 Milliarden Euro gedruckt und den Euro damit verbilligt. „Man muss zugeben, dass dies eine **indirekte Währungsmanipulation** ist", so Sinn. Aber dann fällt der ehemalige Ifo-Präsident dem eigenen Argument in den Rücken: Es handele sich um eine Manipulation, die auf **Drängen der Amerikaner** und gegen den Widerstand der Bundesbank zustandegekommen sei. …

&&&&&&&&&&&&&&&&&&

II. Andreas Bangemann in der Frankfurter Rundschau / 10.04.2017

Geldsystem bedrohlicher Luxus

Geld ist gleichzeitig öffentliche Einrichtung und privates Eigentum, obwohl nichts in der Welt zwei Herren dienen kann.

10.04.2017 13:34 Uhr Von Andreas Bangemann

Zwischen acht und zehn Prozent Zinsen bezahlte ein Unternehmer in den 1980-er Jahren für einen gesicherten Bankkredit. Dieser Tage räumte die Frankfurter Rentenbank einem Agrarbetrieb einen Kredit für unter null Prozent ein. Die Europäische Zentralbank (EZB) füllt mit ihrer Geldpolitik die Kreditträgen, doch die „Pferde", Unternehmen und Konsumenten, saufen zu spärlich. Und das obwohl es nichts kostet.

Gemäß der Statistik zur sogenannten „Geldbasis" der EZB sind für jeden Bürger der Eurozone rund 6000 Euro im Umlauf, insgesamt etwas mehr als zwei Billionen Euro. Nun ja, was man so „Umlauf" nennt. Knapp die Hälfte davon parken die Geschäftsbanken gezwungenermaßen ständig bei der EZB, weil es kein Kunde für Konsum oder Investitionen abnehmen will. Der Rest sind die gedruckten Euroscheine. Vom Bargeld weiß die EZB, dass nur 15 Prozent dem Austausch von Waren und Leistungen dienen. 85 Prozent werden gehortet, beziehungsweise sind mit unbekannter Nutzung unterwegs. Unterm Strich bedeutet das: Von zwei Billionen potenziell vorhandenem Bargeld verharren 1,85 Billionen Euro in Lauerstellung. Im Bereitschaftsdienst mit der Ungewissheit, ob sie je zu einem Einsatz kommen.

Die EZB bleibt stur beim Leitzins von null und minus 0,4 Prozent für Einlagen der Geschäftsbanken. Der Wert dieser Einlagen stieg von 2015 bis Januar 2017 um das Vierfache, von 232 auf 938 Milliarden Euro. Die Kosten hierfür: vier Milliarden pro Jahr, elf Millionen pro Tag.

Darüber hinaus erzeugt das umlaufende Bargeld den Banken Ausgaben in Höhe von rund sechs Milliarden Euro pro Jahr für Handling, Verfügbarmachung und Transport. Irgendwer bezahlt also zehn Milliarden dafür, dass zwei Billionen Bares bereitgestellt werden.

Es ist, als baue und beheizte man ein Haus mit 20 Zimmern, von dem man nur zwei bewohnt und 18 niemals betritt. Warum leisten wir uns diesen bedrohlichen Luxus? Der Architekt und Wirtschaftsanalytiker Helmut Creutz führt das auf die Widersprüchlichkeiten des Geldsystems zurück: Geld ist zugleich Tauschmittel und dient der Wertaufbewahrung, obwohl letztgenannte Funktion die erste aufhebt. Geld ist gleichzeitig öffentliche Einrichtung und privates Eigentum, obwohl nichts in der Welt zwei Herren dienen kann.

Bleibt die Frage: Müssen wir die Architekten des Geldsystems auswechseln?

Der Autor ist Redakteur der Zeitschrift „Humane Wirtschaft". (www.humane-wirtschaft.de)

http://www.fr.de/wirtschaft/gastwirtschaft/geldsystem-bedrohlicher-luxus-a-1257963

&&&&&&&&&&&&&&&&

III. Richard A. Werner

Können einzelne Banken Geld aus dem Nichts schaffen? – Die Theorien und der empirische Beweis

(freie Übersetzung – englisches Original erschienen im International Review of Financial Analysis 36 (2014)
Online:
http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1057521914001070

https://www.kreditopferhilfe.net/docs/Koennen_einzelne_Banken_Geld_aus_dem_Nichts_schaffen_(mit_allen_Beilagen).pdf
Auszug:

Zusammenfassung
Diese Studie präsentiert den ersten empirischen Beweis in der Geschichte zur Frage, ob Banken Geld aus dem Nichts schaffen können. Die Bankenkrise hat das Interesse an diesem Thema wieder neu aufleben lassen, aber die Frage blieb ungeklärt. Die Fachliteratur kennt drei Hypothesen. Nach der Finanzintermediär-Theorie sind Banken lediglich Vermittler wie andere Finanzinstitutionen, die keine Banken sind; demnach sammeln sie Einlagen, welche dann verliehen werden. Nach der Teilreserve-Theorie sind Banken bloße Finanzvermittler, die individuell betrachtet nicht Geld schöpfen, während sie das im systemischen Zusammenspiel letztendlich doch tun. Eine dritte Theorie behauptet, dass jede einzelne Bank Geld „aus dem Nichts“ schaffen kann und zwar, indem sie Kredit vergibt (die Kreditschöpfungstheorie). Die Frage, welche der Theorien richtig ist, hat weitreichende Implikationen für Forschung und Politik. Überraschenderweise gibt es trotz des langjährigen Streits bis jetzt keine empirische Studie, welche die Theorien überprüft hat.

Diesen Beitrag liefert die vorliegende Studie. Ein empirischer Test wird durchgeführt, in dem das Geld von einer kooperationsbereiten Bank geliehen wurde, während durch Überwachung der internen Aufzeichnungen festgestellt wird, ob im Prozess der Kreditvergabe von anderen Konten innerhalb oder außerhalb der Bank Mittel transferiert wurden oder ob diese neu erschaffen wurden. Diese Studie stellt zum ersten Mal empirisch eindeutig fest, dass einzelne Banken Geld aus dem Nichts schaffen. Die Geldmenge wird „wie durch Zauberei“ von einzelnen Banken „aus dem Nichts“ geschaffen.

»Die Wahl des Wertmaßstabes, des Geldsystemes, der Geld- und Kreditgesetzgebung liegt in der Hand der Gesellschaft selber, und die Naturverhältnisse ... haben eine vergleichsweise untergeordnete Bedeutung. Hier erhalten also die in der Gesellschaft maßgebenden Gelegenheit, das Resultat ihrer nationalökonomischen Weisheit – oder Torheit – direkt zu zeigen und zu erproben. Daß die letztere Eigenschaft dabei oft die Oberhand gehabt hat, das zeigt uns die Geschichte des Geldwesens, die voller großer, verhängnisvoller Irrtümer ist.«
{1}Wicksell (1928, S. 2 ff)

Einschub 17 Ende

Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, unter dem 32. Tag keine Einschübe und Zitate mehr zu bringen, sondern nur die Punkte zu beschreiben, auf die es bei der forschenden Aufklärung über Wesen und Wirken des Geldes und seiner Verfassung in einer Währungsordnung ankommt. Aber die Unsicherheit und das Wirrwarr der Ansichten – auch der Wirtschaftswissenschaftler - bei diesem wichtigen Thema, von dem – neben den Bodenrechts- und Patentrechtsthemen – der Frieden und die Wohlfahrt der Nationen abhängen, lässt sich doch

am Besten mit Zitaten und Hinweisen aus der Presse und dem Netz dokumentieren. Den Bericht über die Untersuchung von Prof. Richard Werner, auf die ich im Einschub 17 hinweise, habe ich erst jetzt entdeckt und konnte sie erst in Teilen lesen. Erfreulich ist, dass die VR Bank Landau eG und die Raiffeisenbank Wildenberg eG seine Untersuchungen praktisch unterstützt haben. Ich setze ja auch auf die Genossenschaftsbanken und die Sparkasse, wenn es um die Aufklärung über das Geld und die Banken geht. Dabei gehe ich nicht davon aus, dass Privatbanken und Banken als Kapitalgesellschaften von ihren Wurzeln her gesehen die Bösen innerhalb der Geschäftsbanken sind. Ich unterstelle nur, dass die Geno-Banken und Sparkassen von ihrer Entstehungsgeschichte her gesehen, den Auftrag zur Aufklärung haben, denn sie wurden einst gegründet, um den Mangel in der Geldwirtschaft zu bekämpfen. Die gerechte Strafe für eine Unterlassung ihrer Unterstützung der erforderlichen Aufklärung wäre, die Fortsetzung ihrer Entmündigung durch die Politik.

Ich habe keinen Anlass, an der Ernsthaftigkeit der Forschung von Prof. Werner zu zweifeln. Ich vermute aber, dass er mit falschen Fragestellungen an seine Arbeit herangegangen ist. Der Anlass meiner Vermutung ist der folgende Abschnitt aus seiner Arbeit:

5.4.4 Währungsreform

Das jüngste Eingreifen der Bank of England, 2014a und Bank of England, 2014b hat eine öffentliche Debatte darüber ausgelöst, ob das Privileg der Banken, Geld zu schaffen, widerrufen werden sollte (Wolf, 2014). Die Realität der Banken als Schöpfer der Geldmenge wirft die Frage nach dem Idealtypus eines Geldsystems auf. In dieser Sache ist deshalb viel Forschung notwendig. Unter den vielen verschiedenen Ausgestaltungen von Geldsystemen, die in den letzten 5000 Jahren ausprobiert wurden, haben nur sehr wenige die Forderung nach fairer, effizienter, zurechenbarer, stabiler, nachhaltiger und demokratischer Schaffung und Zuteilung von Geld erfüllt. Es ist die Ansicht des Autors, welcher sich mehr als 23 Jahre der Forschung zu diesem Thema gewidmet hat, dass es der beste Weg ist, sicherzustellen, dass die Geldschöpfung dorthin zurückgegeben wird, wo sie hingehört: zu den einfachen Menschen – nicht zu den Technokraten. Dies kann durch die Einführung eines Netzwerks von kleinen, nicht profitorientierten lokalen Banken im ganzen Land gewährleistet werden. Die meisten Länder besitzen derzeit kein solches System. Allerdings ist ein solches System das Herz der deutschen Wirtschaftserfolge in den vergangenen 200 Jahren. Es sind genau die Sparkassen, Raiffeisen- und Volksbanken – je kleiner, desto besser, die bei der Durchführung dieser empirischen Studie hilfreich waren und für die zukünftige Politik betreffend unser Geldsystem als Vorbild dienen sollten. Weiters können ergänzend zur öffentlichen Währung auch Währungen von lokalen Behörden ausgeben werden, die als Zahlungsmittel für Gemeindesteuern akzeptiert werden, konkret lokale Währungen, die nicht als

> Schuld, sondern für Dienstleistungen von lokalen Behörden oder der Gemeinschaft geschöpft werden. Beide Formen der lokalen Geldschöpfung zusammen würden ein dezentrales und zurechenbares Geldsystem bilden, das (auf der Grundlage der empirischen Daten aus Deutschland) besser funktioniert als die unheilige Allianz von Zentralbanken und Großbanken, die viel dazu beigetragen haben, um nicht nachhaltige Vermögensblasen und Bankenkrisen zu erzeugen (Werner, 2013a und Werner, 2013b).

Ich teile zwar mit Prof. Werner in der Bewertung der Banken als Kapitalgesellschaften und jenen in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft und der öffentlich-rechtlichen Form der die Sparkassen für die zu letzten beiden Gruppen eine gewisse parteiliche Sympathie [158], aber diese Banken sind genauso in den Kapitalismus eingebunden wie die Banken mit dem Status einer Kapitalgesellschaft. Die Kunden aller Banken – egal in welcher Rechtsform - haben ähnliche Erwartungen an „ihre“ Bank. Und bei Gewinnausschüttungen sind die Gewährsträger der Sparkassen und Genossen der Geno-Banken vermutlich bescheidener als die Aktionäre und Gesellschafter der Banken in anderen Rechtsformen, aber auf die Kredit- und damit auf die Geldschöpfung der Banken kann (dürfte) das keine Auswirkungen haben.

Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken hat es auch in der Weimarer Republik gegeben und ihre Existenz hat nicht verhindern können, dass diese Republik durch die Inflation und Deflation hingerichtet wurde. Am wirtschaftlichen Aufbau der BRD haben diese Banken ihren Anteil, aber der eigentliche Grund für den schnellen Aufstieg war die (halbherzige) Entscheidung für eine marktwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaft.

Die Hinweise des Verfassers der zitierten Untersuchung auf die lange Geschichte der Schwierigkeiten mit den Währungen sind richtig – und bei der Suche nach Lösungen zur Vermeidung von Resignation auch zu berücksichtigen -, aber in den Vorstellungen von seinen Lösungsansätzen spiegelt sich die herrschende Verwirrung im Währungsbereich wider. Die Aufgabe der Geschäftsbanken ist das Sammeln von Einlagen (Geld-Kapital), die Kreditgewährung, der Zahlungsverkehr und der Handel mit Wertpapieren. Die Voraussetzung ist die Existenz einer Währung und nicht die Schaffung einer Währung durch die Geschäftsbanken. Ein dezentrales System der Geschäftsbanken ist für die Marktwirtschaft von Vorteil, aber ein dezentrales Währungssystem mit Haupt- und Nebenwährungen hat seine Tücken und es wäre letztlich nur als Warenwährungen ohne Preisniveaustabilität aber mit vielen

158 Das hängt damit zusammen, dass ich in Genossenschaftsbanken gelernt und in einer Sparkasse und einer Landesbank gearbeitet habe. Am Beginn meiner Lehre war für mich die Vorstellung, dass die Genossenschaften einen sozialistischen Charakter haben, von Bedeutung.

Wechselkursen zu installieren.

Die Merkpunkte für die Überprüfung und Beschreibung der Probleme der Währungen und ihre Lösungen:

1. Als ersten Punkt habe ich am Beginn des Abschnittes 32. Tag gesagt, dass es ein demokratisches Erfordernis ist, die Beschreibungen der Probleme und ihre Lösungen in einer allgemeinverständlichen Sprache zu fassen.

2. Als zweiter Punkt ist immer zu beachten, dass bei jeder Geld-Bewegung auch der Vorgang auf der Güterseite mit zu bedenken ist. Auch wenn scheinbar – wie beim Geld-Geschenk – sich keine Güter bewegen, bleibt die Güter bewegende Kraft des Geldes erhalten. (Es kann eine Hilfe sein, sich den Vorgang als Eimer-Schwimmbagger oder als Schaufelbagger im Braunkohlebergbau vorzustellen. Die an den umlaufenden Ketten befestigten Eimer des Baggers oder das Schaufelrad am Braunkohlebagger symbolisieren dabei das kreisende Geld und das Baggergut auf der Rutsche oder dem Förderband der Anlage symbolisiert den Güterstrom, der durch den (gedachten und realen) Markt fließt.

3. Das Geld – in seiner Stückelung – repräsentiert Eigentumsanteile auf Güter im Markt. Eine Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken bedeutet daher eine Aneignung von Eigentum ohne Gegenleistung und das ist Diebstahl. Wenn das möglich wäre, müssten alle Staatsanwälte der Republik, bei den Bankvorständen vorstellig werden. Und die Banken könnten danach nur noch als Zweigstellen der Zentralbank fungieren.

3.1 Das private Eigentum ist die Voraussetzung der Marktwirtschaft und auch die Basis von Grundrechten. Wir haben schon das Problem, dass die Fakultäten, die sich mit den Handlungen des Menschen befassen, sich sträflicherweise der Klärung der Frage entzogen haben, welche Güter die Voraussetzungen für den Status des Privateigentums haben. [159] Wenn es jetzt aber noch dazu kommt, dass beim Thema Geld das originäre Privateigentum, das sich der Mensch durch seine Arbeit schafft oder geschaffen hat, unbeachtet – und daher missbräuchlich verfügt werden kann – dann ist das ein zweites Versagen der Wissenschaft und der durch die Wissenschaft gebildeten Parlamentarier.

159 Ethik und Logik sprechen dafür, dass die Existenzgrundlage, die Erde, nicht tauglich ist für das Privateigentum. Hier können marktwirtschaftlich gesehen nur Nutzungsrechte zur Anwendung kommen.

3.2 Zur Verdeutlichung: Nehmen wir an, wir hätten eine Gepäckaufbewahrung an Bahnhöfen aus der Zeit- als es noch keine Aufbewahrungsboxen gab - vor uns. Einen Hinterlegungsschein bekam nur der, der auch tatsächlich etwas hinterlegt hatte. Wenn das Personal einen Bahnkunden ein Aufbewahrungsschein ausgehändigt hätte, der kein Gut hinterlegt hat, dann wäre es ganz klar, dass bei der Abholung des Gepäcks der Berechtigte oder der Unberechtigte leer ausgegangen. Und sobald der Bahnhofsvorsteher die Missachtung der Spielregel durch seinen Untergebenen bemerkt hätte, wäre der seinen Posten los geworden.

3.3 So muss es auch im Währungsbereich sein, denn das Geld ist der Ausweis dafür, dass der Geldinhaber oder jener, der ihm das Geld übertragen hat, dem Markt Güter im Wert der Geldsumme hinzugefügt hat. Zwar geht es hier nicht - so wie in der Gepäckaufbewahrung - um ein genau definiertes Gut, sondern um ein Quantum an Gütern im Markt, das in seinem Umfang noch jeweils zwischen den Vertragspartner ausgehandelt werden muss, wichtig ist hier nur, dass nur der berechtigt zu Geld kommt, der dem Markt vorher eine entsprechende Gütermenge hinzugefügt hat. Der klassische Geldfälscher hat das nicht, darum ist die Geldfälschung ein Diebstahl. Wenn dieser Diebstahl auch den Geschäftsbanken möglich ist, dann sind sie zwingend - wie schon gesagt - ein Fall für die Staatsanwaltschaft.

4. Bei den Warenwährungen war die Herausbildung einer Werttheorie des Geldes logisch , man beobachte wie viel Aufwand es bedurfte, um ein x-beliebiges Gut herzustellen und verglich es mit dem Aufwand, den die Herstellung einer Einheit des Warengeldes (z.B. aus Silber oder Gold) bedurfte. Uns so stellte sich eine Wertigkeit aller Güter im Verhältnis zum Warengeld (unter Beibehaltung der Preisdynamik) her und damit ein Preisgefüge zwischen den Waren und Leistungen (Interdependenz der Preise). Trotzdem kam es nicht zu einer stabilen Kaufkraft des Warengeldes, weil weder die Menge der Güter im Markt noch die Menge des Warengeldes gesteuert werden konnte. Die Beobachtung dass die Preise für Güter, die auf dem Markt erworben werden konnten, durch die Menge des Warengeldes, das Nachfrage hielt, im Verhältnis zu der Menge an Gütern, die angeboten wurden, beeinflusst wurden, war dann die Geburtsstunde der Quantitätstheorie des Geldes. Aber als die Rentenmark [160] 1923

160 Die **Rentenmark** war von 1923 bis 1948 eine grundschuldgestützte Übergangswährung in Deutschland. https://de.wikipedia.org/wiki/Rentenmark
>> Am 30. August 1924 wurde die Reichsmark zusätzlich zur Rentenmark eingeführt. Sie galt zur Rentenmark im Verhältnis 1:1. Die Reichsmark hat nicht, wie fälschlich in vielen Fachwerken und Dokumenten angegeben, die Rentenmark ersetzt. Vielmehr konnte weiterhin mit beiden Währungen bezahlt werden. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Währungen bestand in ihrer unterschiedlich

einführt wurde, glaubte man noch, das Geld müsste einen inneren oder einen Wert im Sinne der Werttheorie haben, um kaufkraftstabil funktionieren zu können. Auch als 1924 die mit Gold hinterlegte Reichsmark zusätzlich zur Rentenmark eingeführt wurde, wurden diejenigen, die mit der Goldanleihe ein Geschäft machen wollten, von jenen unterstützt, die die Sicherung der Rentenmark durch Grundpfandrechte nicht als ausreichend sahen und daher eine mit Gold hinterlegte Währung als vorteilhafter begrüßten. Das Endergebnis war Hitler und ein verlorener Krieg. Dabei hatte Gesell mit seiner Schrift „Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat“ 1891 schon nachgewiesen, dass man mit der Quantitätstheorie und den Austausch der Werttheorie des Geldes gegen die Preistheorie des Geldes auskommt. Er bemerkte aber auch, dass es bei der Quantitätstheorie des Geldes nicht nur auf die im Verhältnis zueinander stehenden Mengen Waren im Markt zu der von der Notenbank herausgegebenen Menge an Geld ankommt, sondern um die nachfragende, im Fluss befindliche Geldmenge. Die gehortete Geldmenge (Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes) wirkt so, als sei sie nicht vorhanden. Der Weitergabetakt des Geldes wurde als Umlaufgeschwindigkeit bezeichnet - später auch als Umschlaghäufigkeit oder Ausnutzungsgrad der Geldes. Irving Fisher [161] ergänzte entsprechend die Verkehrsgleichung.[162]

5. Wichtig ist hier, dass schon mit Gesell erkannt wurde, dass der sichtbare Ausdruck des Geldes oder in seiner abstrakten Form als Zahl auf einem Konto (oder heute in digitaler Form) keinen inneren oder hinterlegten Wert haben muss. Der Wert des Geldes wird nur durch seine nachfragende Menge im Verhältnis zu der sich anbietende Ware bestimmt. Ich finde es richtig, wenn Elimar Rosenbohm dann sagt, dass das keine Theorie ist, sondern nur eine Tatsachenbeschreibung. Ich finde es aber auch richtig, wenn Karl Walker gegen Ende seines Lebens zu der Einsicht kam, dass bei der Ergänzung der Geldmenge darauf ankommt, dass keiner zu Geld kommt, der nicht vorher dem Markt entsprechende Güter oder Leistungen hinzugefügt hat. (Siehe meine Anmerkungen zum Geld als Eigentumsanteil an Gütern im Markt.)

6. Aus den genannten Gründen braucht eine gegenwärtige Währung auch keine Geschichte ihrer Entstehung und keine über die Wirkungsbeschreibung hinausgehende Theorie. Für die

---

ausgestalteten Deckung. Mit Einführung der Reichsmark wurde die Verwendung der Bezeichnung „Rentenmark“ – trotz des Umlaufs beider – in allen amtlichen Dokumenten gesetzlich verboten. Auf keinem Rentenbankschein sind deutsche Hoheitssymbole abgebildet. <<

161 https://de.wikipedia.org/wiki/Irving_Fisher

162 http://de.academic.ru/dic.nsf/dewiki/444310/Fishersche_Verkehrsgleichung#Geschichte

Preisniveaustabilität genügt es, dass die nachfragende Geldmenge im Gleichgewicht zu der Menge an Gütern im Markt gehalten wird. (Die Güter, die noch nicht marktreif sind und jene, die den Markt durchlaufen haben, werden zwar in Geld bewertet, haben aber keinen Einfluss auf das Preisniveau.) Für die Konjunkturstabilität bei Vollbeschäftigung es wichtig, dass alle Markterlöse wieder zur Marktnachfrage werden. (Dann stimmt auch das Saysche Theorem [163], dass die Produktion ihre eigene Nachfrage schafft.)

7. Damit das Einkommen wieder zur Nachfrage wird und die wirksame Geldmenge direkt durch dieZentralbank gesteuert werden kann, wird eben die Umlaufsicherung des Geldes benötigt. Sobald eine Umlaufsicherung eingeführt wurde, löst sich die Liquiditätsfalle auf. Die Folgewirkung ist, das Kapitaleinkommen kann zu Gunsten des Arbeitseinkommens fallen. Aber das ist schon wieder Freiwirtschaft. Aber es sind bis zu seiner Widerlegung auch die unverzichtbaren Bedingungen. Als Messinstrument gehört dazu auch ein guter Preisindex. als - für eine Währung, die das hält, was ihr Name verspricht, nämlich währen.

8. Während wir Warenwährungen (nicht nur solche, die aus Silber oder Gold bestehen) miteinander konkurrieren lassen können, ist eine reine Papierwährung, die nicht im gleichen Wirtschaftsraum mit anderen Währungen konkurrenzfähig ist, es sei denn in der Form, wie Gesell die IVA (Internationale Valuta Assoziation) entwickelt und vorgeschlagen hat. In diesem Punkt ist für die Marktwirtschaft als dezentrales Kooperations- und Koordinationssystem die Vorgabe einer zentralen Einheit eine Bedingung. Das liegt daran, dass bei einer Papierwährung das Geld nur den Charakter einer Bescheinigung hat, die eine Berechtigung auf Entnahme auf Güter im Markt darstellt, während eine Warenwährung selber ein produziertes Wirtschaftsgut mit einem von Tag zu Tag, von Markt zu Markt wechselnden Preis ist.
(Die Nachteile der geprägten Silber- oder Goldwährung, die die Entwicklung der Papiergeldwährung zu einem Fortschritt machten, muss, wer sie nicht kennt und erfahren möchte, in der Literatur nachlesen.)

9.1 Stellen wir uns mal Deutschland als Insel vor. Die Außenwirtschaft besteht im Naturaltausch. Wir hatten eine digitale Währung eingeführt, die durch einen Datenunfall zerstört wurde. Es gibt keine Daten mehr über die von der Notenbank herausgegeben Geldmenge (in digitaler Form) und es bestehen auch keine Daten mehr über Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Geschäftsbanken und Zentralbank, zwischen Geschäftsbanken und ihren

163 https://de.wikipedia.org/wiki/Saysches_Theorem

Kunden und über die Forderungen und Verbindlichkeiten der Bürger untereinander. Wir wollen aber eine neue Währung, weil wir nicht auf den Naturaltausch zurückfallen wollen. Gold und Silber oder ein anderes seltenes Gut für eine Warenwährung haben wir auch nicht. Warenbestände sind aber noch vorrätig, und der Arbeitswille ist auch vorhanden. Was machen wir? Die abgestürzte digitale Währung sitzt uns noch in den Knochen – wie man so sagt. Also beschließen wir, eine reine Papierwährung wieder einzuführen. Leider haben wir auch keine Daten mehr über die Zahl der ausgegebenen digitalen Währungseinheiten pro Kopf (es gab keine Stückelungen, da in Zahlen jeder Teil-Wert ausgedrückt werden konnte) und in den ausländischen Wirtschaftsgebieten können wir uns nicht über die Anzahl der Währungseinheiten und ihre Wertigkeit und Art der Stückelungen ihres Papiergeldes schlau machen, weil sie sich noch im Naturaltausch befinden. Wir beschließen daher, dass unsere Zentralbank auf gut Glück pro Kopf 1000 Einheiten unserer Inselwährung herausgibt und zwar gestückelt von 0,5 über 1 / 2 / 5/ 10 / 50 / und 100. Ob die kleinen Einheiten zu groß oder zu klein sind, erfahren wir erst später, wenn sich aufgrund des Umlaufs des neuen Inselgeldes das neue Preisniveau herausgebildet hat. Wir werden am Anfang sehr unsicher sein, welche Kaufkraft unser neues Geld hat. Wir haben aber noch in etwa die Wertigkeit der Waren unter einander und Dienstleistungen in Erinnerung: Eier zu Butter und beide zur Milch, oder Prozentsatz des Lohnes für die Miete, ein Fahrrad etc.. Mit der Zeit schwindet die Unsicherheit über den angemessenen Preis. Es stellt sich vermutlich die alte Hierarchie mit Preisen ein, die andere Zahlen haben. (Man denke an die Umstellung von DM auf Euro.) Wichtig dabei ist nur, dass nicht von einer weiteren Stelle für eine Person oder eine Gruppe zusätzlich Geld – das nicht als Fälschung erkannt wird – in den Geldkreislauf eingeführt wird, weil das die gleiche Erstausstattung mit Geld und die Wertigkeit der ganzen Währung verfälschen würde.

9.2 Wir sehen, bei diesem Vorgang ist keine Verschuldung irgendeiner Person oder Institution erforderlich und eine Seigniorage [164] für die Notenbank fällt dabei nicht an. Die Notenbank hat nur Kosten für den Notendruck, für die Verteilung, für die Verwaltung und für den Austausch abgenutzter Noten. Beim Einzug von Banknoten im Falle der Schrumpfung der Wirtschaft fällt keine Seigniorage an, sondern es fällt für die Notenbank ein Verlust an in Höhe des Gegenwertes der aufgekauften Banknoten. Bei einer Banknotenausweitung aufgrund einer wachsenden Wirtschaft fallen im Offenmarktgeschäft evtl. Kursgewinne und Zinserträge an, beim Wechseldiskont nur Zinserträge. Mit dem Fallen des Zinsniveaus fallen auch die Zinserträge der Notenbank. Ich kann nicht erkennen, dass mit der Seigniorage der

164 https://de.wikipedia.org/wiki/Seigniorage

Notenbank irgend etwas finanziert werden kann. Und wenn es endlich zu einer Umlaufsicherungsgebühr kommt, die keine Steuereinnahme für die Staatskassen sein soll, dann muss davon erst der ganze Notenbankbetrieb finanziert werden, was übrig bleibt, kann an die nationalen Träger der Zentralbank abgeführt werden.

9.3 Und die Seigniorage der Geschäftsbanken gehört nach meiner Einschätzung in den Bereich der Märchen, so lange nicht für einen Menschen, der gelernt hat, logisch zu denken oder wirtschaftlich geschult ist zu erkennen, dass die Banken Kredit oder Geld schöpfen können. (In diesem Fall ist es egal, ob man Kredit oder Geld sagt, denn ein Kredit, der nicht zu Geld führt, ist im Sinn einer Bank kein Kredit, höchstens ein Natural-Kredit.) Und Natural-Kredite sind nicht Gegenstand der Geschäftstätigkeiten von Banken. Man kann sie sich vielleicht bei einer Ein- und Verkaufsgenossenschaft mit Bankabteilung vorstellen.

10. Nun stellt sich die Frage, ob das Giralgeld mit ihrer elektronischen Übertragbarkeit Geld ist oder nicht. Dass man auf diesem Wege seine Rechnungen bezahlen und seine Schulden begleichen kann, wenn die Gläubiger dieses akzeptieren, wird nicht bestritten. Also ist das Giralgeld ein Zahlungsmittel. Aber nicht alle Zahlungsmittel sind Geld. Der ganze Giroverkehr – früher hauptsächlich mit dem Scheck und der Überweisung, heute erweitert mit den elektronischen Übertragungsmitteln, ist eine Verkürzung der Wege des (Bar-)Geldes und gehört somit zum Faktor Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Es wird immer bezahlt mit Übertragungen auf Ansprüche auf (Bar-)Geld. Mit einem ausgebauten Giralnetz braucht man für einen gegebenen Umsatz weniger (Bar-)Geld als mit einem, der geringer ausgebaut oder gar nicht vorhanden ist. Wer glaubt, unseren bestehenden Giroverkehr einfach als Währung ohne (Bar-)geld ausbauen zu können, wird sein währungstheoretisches Waterloo erleben. Das (Bar-)Geld ist nämlich die Existenzgrundlage des kurzfristigen Kapitals bzw. der kurzfristigen Einlagen. Mit dem Wegfall des (Bar-)Geldes fällt auch das Giralgeld. Logischerweise muss es daher auch eine Grenze für den Abbau des (Bar-)Geldverkehrs durch den Ausbau des Giralgeld-Verkehrs geben. Ich weiß nicht, wo die Grenze liegt.

11. Wir kommen damit zu der Frage, ob man die Entwicklung der Abstraktheit des Geldes vom Warengeld über das Papiergeld hinaus bis zum elektronischen Geld weitertreiben kann. Gesell hat die Frage der Tendenz nach schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts bejaht. Das bedeutet aber, dass auch hier die Regeln, die für ein störungsfreies, neutrales Pa-

pier-Geld gelten, angewandt werden müssen. Es bedeutet unter anderem weiter, dass jeder Bürger ein Zentralbankkonto haben muss. Dieses kann eventuell auch als Treuhandkonto bei den Geschäftsbanken geführt werden, wenn sichergestellt ist, dass die Banken darüber kein Verfügungs- und daran kein Pfandrecht haben. Die Kosten dieser Konten müsste die Zentralbank tragen. Diese Konten könnten um keinen Cent überzogen werden. Übertragungen, die im Betrag höher liegen als das vorhandene Guthaben, würden nicht ausgeführt. Für die Banken würde sich nicht viel ändern, nur die Bargeldbestände und Bargeldhandhabung würden wegfallen. Die Girokonten gäbe es wie bis dahin weiter. Die Frage ist nur, ob wir das Mögliche auch wollen und sollen? Ich denke, nein! Der eine Grund ist, dass wir uns nicht total von einer störungs- und sabotageanfälligen Technik abhängig machen sollten. Die Cyberkriege werden doch jetzt schon geübt und ausgeführt. Eine digitale Währung hätte aber den Vorteil, dass man kein Militär mehr braucht, um ein anderes Land lahmzulegen oder zu zerstören. Der wichtigere Grund für mein Nein ist der, dass durch eine digitale Währung, die Bürger noch leichter kontrollierbar und steuerbar werden würden. Das kommt zwar dem partiellen Faschismus entgegen, der offensichtlich und vermutlich unbewusst unter den Mitgliedern unserer politischen Kaste herrscht, dieser sollte aber nicht durch die Digitalisierung der Währung gefördert werden. Im Hinblick auf die Umlaufsicherung des Geldes wäre eine digitale Währung vorteilhaft, weil sie sich hier leicht realisieren lies. Aber zur Erreichung eines Zieles, sei es noch so wichtig oder eine Herzensangelegenheit, sollten nicht übergeordnete Ziele verraten werden.

An dieser Stelle angekommen, habe ich das nachfolgende einkopierte E-Mail gelesen, das ich am 20.4. 2017 um 15.35 Uhr erhalten habe:

> Liebe Freunde,
>
> das habe ich gerade über den Presseverteiler der Bundesbank bekommen.
>
> Könnte interessant für uns sein:
>
> **Bundesbank-Monatsbericht – April 2017**
>
> Der Monatsbericht April 2017 beschreibt die Rolle von Banken, Nichtbanken und Zentralbank im Geldschöpfungsprozess und analysiert die Entwicklung des Produktionspotenzials der deutschen Wirtschaft unter dem Einfluss des demografischen Wandels und der Zuwanderung.
>
> Herzliche Grüße Andreas Bangemann

Das ist eine erfreuliche Nachricht, die mich traurig machen könnte, weil die Botschaft ei-

gentlich für mich bedeutet, dass ich mich überflüssigerweise für eine Aufklärung ins Zeug gelegt habe. Von einer traurig machenden Freude kann aber nicht die Rede sein. Erwarten kann man durchaus aus der Veröffentlichung der Bundesbank Interessantes, aber nicht unbedingt einen Durchbruch in der Auflösung des Nebels, der die Sicht auf das Währungsgeschehen behindert. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, „nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg“, stellt in seinem 1971 erschienen Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ in seinen „Schlussfolgerungen“ der Bundesbank ein gutes Zeugnis aus. Ist das heute auch noch gerechtfertigt? Wir leben immer noch in einer politischen Unsicherheit und ökonomischen Unzulänglichkeit, die währungspolitisch verursacht sind. Die Bundesbank addiert immer noch Geld und Forderungen auf Geld in ihren Definitionen von M1, M2 und M3, das ist so, als wenn einer einen gefüllten Benzinkanister und einen Feuerlöscher zu einer Einheit als Brandbeschleuniger oder als Löschmittel addiert. [165] Das was in den Hochschulen seit der Niederschrift von Ziemers vorsichtigem Lob an Ungereimtheiten gelehrt wurde, das herrscht heute noch in den Institutionen und Ministerien und hält uns auf den „Weg zur Knechtschaft“ (F. A. Hayeck). Ich bringe nachfolgend einen Ausschnitt aus dem Kapitel „Schlußfolgerung“ aus Ziemers Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“:

> Man kann fragen, ob es die Mühe lohnt, die voneinander abweichenden Ansichten der deutschen Historiker über die Wirtschaftskrisen der Weimarer Zeit beeinflussen zu wollen, da die Wirtschaftswissenschaftler, unsere Bundesbank und die für den Wirtschaftskurs ihrer Parteien verantwortlichen Politiker der Gegenwart ein sicheres Wissen über Konjunkturen und über das Instrumentarium der Krisenbekämpfung haben. Das ist richtig, wenn auch die Kenntnisse in Konjunktur- und Währungsfragen immer noch auf kleine Kreise beschränkt sind und Erörterungen über Gold, Stabilität, Wechselkurse, schleichende und angeblich bald galoppierende Inflationen auch in den Reihen der sonst Gebildeten oft seltsam unkundige Gedankengänge auslösen. Wie schwankend die breite Öffentlichkeit mit ihrer Presse in Deutschland reagiert, wurde deutlich, als de Gaulle die Wieder-Inthronisierung des Goldes verlangte. Erst die Stellungnahme der Bundesbank, die den französischen Vorschlag mit Recht ablehnte, klärte endgültig die Richtung unserer Pressekommentare. So mag auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht die Auseinandersetzung mit den Weimarer Krisen von Nutzen sein.
>
> Wichtiger ist aber etwas anderes. Wir haben in Deutschland den Wunsch, nach allem, was geschehen ist, der Umwelt und unseren eigenen nachfolgenden Generationen erklären zu können, warum in den dreißiger Jahren von einem arbeitsamen, vernünftigen und friedliebenden Volk 100

165 https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Dossier/Service/schule_und_bildung_kapitel_3.html?notFirst=true&docId=147672#doc147672bodyText1

> kommunistische und über 200 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete gewählt werden konnten. Wir müssen erklären können, warum auch die deutsche Mitte in der Billigung des Ermächtigungsgesetzes schließlich ihre Zustimmung zur Kanzlerschaft Hitlers gab. Das ist ohne das Elend der Massenarbeitslosigkeit, mit der die demokratischen Parteien nicht fertig geworden waren, nicht zu begründen. Die Dauer und das Ausmaß der Wirtschaftskrise aber waren keine höhere Gewalt, sondern beruhten auf dem Versagen politisch wohlmeinender, aber volkswirtschaftlich unkundiger Männer. Dieses Versagen war in den Motiven wieder zurückzuführen auf das Versagen anderer unkundiger Männer, die als verantwortliche deutsche Politiker die fünfjährige uferlose Inflation betrieben hatten. Inflationsangst und Deflationskrise hatten sich auf unheilvolle Weise miteinander verstrickt. Die deutsche Demokratie ist nicht an Ideologien, sondern an ihren Währungskrisen zugrunde gegangen. Das ist keine tröstende Erkenntnis. Sie ändert und rechtfertigt nichts an den Untaten, die Hitler und der Nationalsozialismus begangen haben, machen es aber verständlich, warum die Mehrheit des deutschen Volkes sich dem Nationalsozialismus untergeordnet hat. Er hatte zunächst für die Massen nicht Blut und Tränen, sondern nach langer Krise Arbeit und Brot gebracht.

Die Problemlage unserer deutschen Gesellschaft ist heute als Mitglied der EU und als ein Staat, deren Repräsentanten predigen, Deutschland müsste mehr „Verantwortung“ in der Welt übernehmen und dabei an Militäreinsätze denkt, anders, aber mir scheint, die Blindheit von Politik und Gesellschaftswissenschaften ist genauso groß wie 1933. Die Folgen werden keine Kopie der Zeit von 1933 bis 1945 sein, aber ob sie weniger grausam sein werden, offenbart erst die Zukunft. Der Rolle als Demokraten waren wir Deutsche nach Abdankung des Kaisers aufgrund ökonomischer Unkenntnisse nicht gewachsen; als Untertanen eines selbstgewählten Autokraten sind wir durch die Niederlage als Kriegspartei befreit und mit dem Stempel *Schuldige* gebrandmarkt worden. Wir haben dann anfangs eine erfreuliche Entwicklung genommen, die durch Fehler im demokratischen und im ökonomischen System ausgebremst wurden. Unsere Wiedergutmachung für die Völkergemeinschaft hätte darin bestehen können, unsere Möglichkeiten der Entwicklung unserer Demokratie und Ökonomie voll auszuschöpfen und dadurch der Welt eine Orientierung ihres Weges in die Zukunft zu geben. Wir haben es versäumt und haben dadurch die Schuld, die uns unsere Vorgängergenerationen aufgeladen haben, prolongiert. Es zählen nämlich nicht nur die Arbeitslosenquote, der Schuldenstand unseres Staates und die anderen negativen Messergebnisse, sondern – weil wir Teil Europas und der Welt sind – auch die Ergebnisse, die die anderen Gesellschaften haben. Das Flüchtlingsproblem ist hier auch einzuordnen. Es wird zu Recht gesagt, dass die Wissenschaft keine Grenzen kennt. Das gilt auch in ihrem Versagen. Darum wäre unsere Selbstbe-

freiung aus Systemfehlern auch die Chance der Befreiung anderer Völker aus den gleichen Systemfehlern gewesen.

Das klingt schon nach dem Schlusswort, soll es aber nicht sein, weil dieses in dem Versuch eines Urteils in einer gesonderten Datei geschrieben werden soll. Hier ging es nur um eine wiederholte Betonung, das es im ökonomischen Bereich nicht um Kleinigkeiten in Bezug auf Frieden und Wohlstand geht. Das Ärgerliche dabei ist für mich, dass ich immer Gefahr laufe, mich dabei verbal aufzuplustern, um überhaupt gehört (gelesen) zu werden und mich selbst dabei in dem Zeitgeschehen als Versager zu sehen. Es fehlt mir hier eine Philosophie, die mich von dem Gefühl des Versagens befreit. Bedrückend finde ich auch, dass ich keine politische Kraft bei uns sehe, die in den neuen Bundestag strebt und eine Flamme trägt, die den ganzen Nebel um die Demokratie und Ökonomie zu verscheuchen versucht. Ich füge deshalb noch einen weiteren *Einschub* mit einer Nachricht von *Mehr Demokratie e.V.* ein.

oooooo

Einschub 18 (Demokratie Entwickeln in der Türkei und bei uns!)

Sehr geehrter Herr Abromeit,

nun ist es entschieden: mit knappen 51,4 Prozent der Stimmen wurden beim Verfassungsreferendum am Sonntag in der Türkei die Weichen für eine Alleinherrschaft des Präsidenten gestellt. Die seit dem Ausnahmezustand aus dem Gleichgewicht gekommene Gewaltenteilung wird damit praktisch abgeschafft.

Aber: Gerade weil von einer freien Abstimmung keine Rede sein kann, weil Redaktionen geschlossen und Hunderte verhaftet wurden, überrascht das sehr knappe Ergebnis. **Trotz des massiven Drucks von Seiten der türkischen Regierung hat fast die Hälfte der Abstimmenden mit Nein gestimmt.** Millionen stellten sich gegen die Allmachtspläne ihres Präsidenten.

https://www.mehr-demokratie.de/referendum_tuerkei.html

Zu erleben, dass die Hälfte der Bevölkerung bereit ist, aufzustehen gegen die Bevormundung, ist auch ermutigend. Der sozialdemokratische Abgeordnete Sezgin Tanrikulu blickt nach vorn: **"Der Kampf um die Demokratie in der Türkei ist mit dem 16. April nicht vorbei. Er hat gerade erst begonnen."**

Die Demokratie-Frage stellt sich aber nicht nur in der Türkei. Zwar stehen wir hier bei uns nicht vor der Wegkreuzung: Diktatur oder Demokratie. Bei uns geht es darum, die Demokratie zu vervollständigen, sie aufblühen zu lassen.

Es geht um unsere Mitbestimmungsrechte. **Ob tatsächlich alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht, wie es das Grundgesetz verspricht, entscheidet sich daran, ob es gelingt, den bundesweiten Volksentscheid einzuführen.** Denn es reicht vielen Menschen nicht, alle paar Jahre zur Wahl zu gehen. Sie wollen endlich auch über Sachfragen direkt entscheiden können. In den nächsten Monaten werden wir die Demokratie zum Thema machen und für die bundesweite Volksabstimmung streiten.

Es ist an uns, diese Debatte zu führen. Das wird uns das ganze Jahr beschäftigen – bis zur Bundestagswahl und bis der Koalitionsvertrag steht. Dort hinein muss die direkte Demokratie. **Deshalb starten wir am 25. September, einen Tag nach der Bundestagswahl, eine gezielte Kampagne, damit die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung Eingang findet in den nächsten Koalitionsvertrag.** Darüber werden wir Sie weiter auf dem Laufenden halten.

Mit besten Grüßen

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher

P.S.: Die Debatte um die direkte Demokratie wird von verschiedenen Seiten verunsichert. Der Brexit, aber auch die Volksentscheide in Ungarn und der Türkei werfen viele Fragen auf. Trotzdem kann die Frage heute nicht mehr lauten, ob wir die direkte Demokratie auf Bundesebene brauchen, sondern wie sie gestaltet sein soll. Jetzt gilt es, über kluge Verfahrensregelungen zu reden. Mehr Demokratie hat einen eigenen Gesetzentwurf für bundesweite Abstimmungen erarbeitet.

https://www.mehr-demokratie.de/volksabstimmung.html

Einschub 18 Ende

oooooooo

Merkpunkte für eine künftige Notenbank

Hier möchte ich nur noch ein paar Anmerkungen zu einer künftigen Notenbank / Zentralbank machen. Das sind aber nur Merkpunkte und kein Entwurf einer neuen Währungsverfassung und seiner notwendigen Institutionen. (Die nachfolgenden Textziffern 1 bis 13 bilden keine Rangfolge.)

0. **Die allgemeinen Anforderungen an eine neue Währungsverfassung und Notenbank**

0.1 Die neue Währungsverfassung, die Institutionen und die Instrumente müssen in einer Demokratie wenigstens einer qualifizierten Mehrheit der Bürger verständlich sein.

02. Die neue Währungsverfassung hat ihrem Namen Ehre zu machen und über lange Zeiträume eine Preisniveaustabilität zu garantieren. Sie muss auf die Einkommensverteilung bezogen ein neutrales Geld ermöglichen und von der Geldseite her gesehen

darf sie keine Unterbeschäftigung erzeugen, sondern muss dafür sorgen, dass das Einkommen immer wieder zur Nachfrage wird. **Alles Geld muss konstant fließen**.

1. Ich kenne die Unterlagen nicht, die als Entscheidungshilfe dafür gedient haben, dass der EZB die Kontrolle über die Geschäftsbanken (mit) übertragen wurde. So von außen betrachtet, ergibt diese Übertragung nur einen Sinn, wenn die Entscheider glaubten, die Geschäftsbanken könnten tatsächlich Kredite schöpfen. Wenn sich diese Annahme als richtig erweist, müssen alle Geschäftsbanken zu Filialen der Zentralbanken werden. Wenn sich herausstellt, dass die Entscheidung auf einer Fehlannahme beruht, dann ist diese Kontrollabteilung über die Geschäftsbanken bei der EZB wieder aufzulösen.

2. Die Goldbestände der Bundesbank sind a) ein Relikt alter Vorstellungen von einer sicheren Währung und b) der Gegenwert wurde von den Menschen, die im DM-Bereich gearbeitet haben, geschaffen. c) Dieser Wert wurde ihnen durch die Inflationierung aufgrund der unterbewerteten DM bei fixierten Wechselkursen mit Ankaufszwang der Devisen durch die Bundesbank genommen. Das Gold muss also entweder zur Entschuldung Deutschlands oder zur Steuersenkung eingesetzt werden. Eine gerechtere aber aufwendige Lösung wäre, wenn das Gold anteilig nach Dauer der Erwerbszeit aller, die in Deutschland im Erwerbszeitraumes des Goldes durch die Bundesbank gearbeitet haben, aufgeteilt würde.

3. Eine Zentralbank kann entweder den Binnen- oder den Außenwert einer Währung stabil halten. Der Binnenwert einer Währung hat das zentrale Anliegen einer Zentralbank zu sein - das ergibt sich schon aus der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes -. Stabile Kurse zwischen verschiedenen Währungen stellen sich dann ein, wenn die im Vergleich stehenden Währungen eine Kaufkraftstabilität aufweisen. Es ist nicht erforderlich, dass die Zentralbank in den Devisenmarkt eingreift, sondern eher ein Anlass von Devisenspekulationen. Daher hat sich die Zentralbank ganz aus dem Devisengeschäft zurückzuziehen.

4. Die Mindestreserve, die die Geschäftsbanken bei der Zentralbank zu unterhalten haben, sind abzuschaffen, weil sie ja keine Liquiditätsreserve der Geschäftsbanken sind, als die sie ursprünglich gedacht waren, sondern als Regulierungsmasse des von der Zentralbank ausgegebenen Geldes dienen. Die Mindestreserven stellen aber legitime Ansprüche an den Markt dar, über die eine Zentralbank nicht zu verfügen hat und verteuert darüber hinaus die Kredite

der Geschäftsbanken an ihre Kunden, weil die Kosten der Banken für das Volumen der Mindestreserve auf das durch die Mindestreserve verkleinerte Kreditvolumen umgelegt werden müssen. Die Sicherheit ihrer Liquidität haben die Geschäftsbanken selber zu organisieren. Das Risiko des Konkurses einer Geschäftsbank kann der Staat den Gesellschaftern und den Bürgern nicht abnehmen. Der Zusammenbruch einer Bank erzeugt keine wesentliche Störung der Währung. Solange die Zentralbank den übergeordneten Zahlungsverkehr abwickelt, haben die Banken dafür zu sorgen, dass sie für den Saldenausgleich eine genügende Deckung bei der Zentralbank unterhalten. (Ob der Zentralbankgiroverkehr beibehalten wird, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit und keine konstitutionelle Bedingung.)

5. Wenn die Zentralbank auf dem Kreditwege die umlaufende Geldmenge auf dem Kreditwege vermehrt, weil ihr der Index die Erforderlichkeit anzeigt, hat sie den Zinssatz über den Marktzinssatz zu legen, damit erst alle restlichen Gelder, die bereits ausgegeben wurden, aktiviert werden. Bei der Offenmarktpolitik ist zu prüfen, ob der Ankauf von Schuldtiteln ausgeschlossen werden kann und soll.

6. Die Notenbank hat nicht in das Zinsgefüge des Marktes für Liquidität einzugreifen, da sie damit nicht die Geldmenge steuern kann, aber den Preismechanismus des Zinses zerstört. (Die Einlagen der Banken sind kein Geld, können daher in der Menge auch nicht durch eine Zinspolitik der Notenbank gesteuert werden. Eine erzwungene Erhöhung des Zinsniveaus belastet nur die Schuldner, so wie eine erzwungene Senkung des Zinsniveaus die Geschäftsbanken belastet. Aufgrund der Verteilungsgerechtigkeit, sollte der Zins möglichst um 0 % herum pendeln z.B. zwischen - 1,5 % und + 1,5 %. Aber er muss das Ergebnis des Marktes sein und nicht das einer Anordnung des Gesetzgebers oder der Manipulation der Notenbank. Das bedeutet aber auch, dass die Geschäftsbanken ihre Kosten nicht mehr voll aus der Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen decken können und die Rechnung allen präsentieren müssen, die ihre Dienstleistungen nutzen.

7. Eine Zentralbank hat keine Geschäftsbank einer Regierung zu sein. Bund und Länder können sich für ihre finanziellen Geschäfte der privatrechtlichen oder der öffentlich-rechtlichen Geschäftsbanken bedienen.

8. Eine Zentralbank ist keine vierte Gewalt und ist auch nicht demokratisch legitimiert. Ihr

steht kein Recht auf Politik zu. Die Zentralbankleitung muss einem Regelwerk unterworfen werden, das dem Regelwerk der Stellwerker bei der Eisenbahn vergleichbar ist.

9. Die Zentralbank ist der Kontrolle der Parlamente der beteiligten Länder zu unterwerfen. Diese Kontrolle muss auf die Einhaltung der Regeln für die Zentralbank begrenzt bleiben.

10. Die europäische Währungsordnung ist in eine Richtung zu entwickeln, wie sie in dem von Gesell entwickeltemn offenen Modell der "Internationale Valuta Assoziation" beschrieben wurde. Hier können alle Länder währungsmäßig zusammen arbeiten, ohne die Eigenständigkeit ihrer Währung - bis auf die gemeinsam beschlossenen Regelungen - zu verlieren. Das wäre auch eine Möglichkeit, England im europäischen Schiff zu halten und andere EU-Mitglieder, die noch die Währungseinheit vermeiden, zum Einsteigen zu bewegen.
11. Und natürlich muss eine geeignete Umlaufsicherung des Geldes gefunden werden und zwar unabhängig davon, ob in Zukunft eine Papier-Geld-Währung beibehalten oder eine digitale entwickelt wird.

12. Wenn eine Münzprägung beibehalten wird - was nicht erforderlich ist, weil die Funktion der Münzen eine Geldkarte übernehmen kann -, dann ist das Münzregal ebenfalls bei der Zentralbank anzusiedeln.

13. Für die Länder, die sich an einer "International Valuta Assoziation" beteiligen, wird die eigene nationale Währung zur Regionalwährung. Wenn darüber hinaus der Bedarf an Regionalwährungen im heutigen Sinn besteht, dann muss das an die Auflage gebunden werden, dass diese Regionalwährungen im heutigen Sinn, in Höhe ihrer Geldausgabe, Noten der nationalen Währungen bei der betreffenden nationalen Zentralbank hinterlegen und sich der Kontrolle über ihre eigene Geldemission unterwerfen.
(Ich denke, dass nach der Einführung einer umlaufgesichterten nationalen oder multinationalen Währung kein Bedarf mehr an einer privatrechtlichen Regionalwährung besteht. Ich sehe ihren heutigen Hauptnutzen darin, dass sich die heutigen Teilnehmer der Regionalwährungen überhaupt mit dem Währungskomplex auseinandersetzen und die Politik und die "Spezialisten" den Bürgern nicht länger ein X für ein U vormachen können. Auch ist es dann leichter, nach einer möglichen gesellschaftlichen Katastrophe ein Geldsystem für einen arbeitsteiligen Aufbau wieder einzuführen, wenn möglichst viele Menschen wissen, worauf es dabei an-

kommt. Überall dort, wo eine funktionierende staatliche Währung aus Dummheit oder Bosheit nicht vorhanden ist, sind privatrechtliche Währungen als Selbsthilfeeinrichtungen voll berechtigt. Das Währungsbewusstsein wäre bei uns auch noch nicht so weit entwickelt, wenn es die vielen Versuche mit Regionalwährungen nicht gegeben hätte.)

&&&&&

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf meine Arbeit "**Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik**" vom Oktober 1989 (also noch vor dem Mauerfall). Texte 5.0 bis 5.5. Link für den Haupttext:
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/5.0%20Glasnost%20BB%20Haupttext.pdf

oooooo - TA - oooooo

N.S. Am 21. 4. traft bei mir der folgende Link ein: http://www.perestroika.de/95-thesen/

Gemeinsam wider die Herrschaft der Finanzmärkte über Demokratie, Gesellschaften, Europa und die globalen Verhältnisse. Zeit für eine neue Reformation

Autoren und Autorinnen der Thesen sind:

Michael Brie, Peter Wahl, Rudolf Hickel, Ulrich Duchrow, Gregor Gysi, Ingrid Mattern und André Brie

TA: Das Anliegen ist berechtigt, die Initiative ist gut, aber der Inhalt hat mich beim ersten Lesedurchgang nicht begeistert. Zuviel oppositionelle Energie wird aufgrund der allgemeinen Verwirrung verpulvert, weil die Problemursachen nicht genau erfasst und daher die Lösungsansätze nicht präzise formuliert werden können. Alter Wein in neuen Schläuchen!? Ich bin aber kein Papst und auch kein Zensor. Interessierte sollen selber lesen und werten!

Eine weitere Nachricht von Moneta zur Information vom 22. April 2017

WILLKOMMEN ZUM MONNETA NEWSLETTER!
Neues Interview ++ USA: Public Banking ++ Vollgeld ++

Liebe Geldreform-Interessierte,

Seit über 30 Jahren beschäftigt sich Bernard Lietaer mit den Themen Komplemnetärwährungen und Finanzreform. Wie haben uns mit ihm zu einem ausführlichen Interview über seine reichen Erfahrungen treffen können. Das Video ist nun, in englischer Sprache, in unserer Mediathek veröffentlicht.

Zwischenzeitlich hat sich auch international viel getan. In England zum Beispiel, wo die Positive Money Kampagne viel Gehör sowohl in der breiten Öffentlichkeit als auch bei Politikern findet, ist ihr Gründer und langjähriger Leiter, Ben Dyson, nun zum Forschungsteam der Bank of England gewechselt. Für viele ein Zeichen des Umdenkens bei den Zentralbanken. Ist eventuel ihr Forschungprogramm zu einer staatlichen digitalen Währung ein Schritt in Richtung staatlicher Geldschöpfung? Auch die Bundesbank hat ein ähnliches Programm zur Entwicklung eines

Blockchain Prototypen aufgelegt. Immerhin werden diese Themen nun auch im deutschsprachigen Raum in großen Medien ausführlich behandelt, wie letztlich in der Neuen Züricher Zeitung. N-TV berichtete über Chinas Test für eine eigene Digitalwährung, die dort eine Alternative zu Cash und Bitcoin werden könnte.

Und auch auf der anderen Seite des Atlantiks gibt es nicht nur die täglichen Schreckensmeldungen aus Washington. An vielen Orten wird Geld- und Finanzreform wieder zum lokalpolitischen Thema, dem auch Abgeordnete ihr Gehör und Unterstützung geben. In Oakland, Kalifornien, hoffen nun viele auf die Gründung einer Städtischen Bank, um Wallstreet den Rücken kehren zu können.

Dies Alles und viele weitere einfach und verständlich aufbereitete Themen finden Sie auf unserer Webseite www.monneta.org
Selbstverständlich würden wir uns freuen, wenn Sie unseren Newsletter weiterleiten oder anderweitig auf unserer Webseite und Arbeit hinweisen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre MONNETA Redaktion

Kathrin Latsch ist Geschäftsführerin von MONNETA gGmbH, Journalistin und freie Autorin für Reportagen, Fernsehberichte und Dokumentationen u. a. für ARTE und das NDR-Fernsehen. 2007 erhielt sie den Ekotop-Filmpreis „International Sustainable Development Film“.

Zudem moderiert sie bei Veranstaltungen hauptsächlich zu den Themenbereichen Wissenschaft, Bildung, Umwelt und nachhaltige Finanzwirtschaft. Seit der Finanzkrise 2008 arbeitet sie mit dem Netzwerk der Experten von MONNETA zusammen, die über nachhaltige Geldsysteme und Gemeinschaftswährungen informieren, diese erforschen und weiter entwickeln. Gemeinsam mit Ludwig Schuster hat sie die „Umweltkarte“, ein Prämiensystem für umweltfreundliches Verhalten entwickelt und mit diesem Projekt 2012 den Bürgerideenwettbewerb in Hamburg gewonnen.

Ihr Kurzfilm „Fehler im Geldsystem?“ klärt über Probleme auf, die z.B. durch den Zinseszins entstehen und dient auch als Einspielfilm in Vorträgen über grundsätzliche Probleme in der Finanzwirtschaft und neue Lösungsmöglichkeiten.

Kathrin Latsch lebt in Hamburg und ist über folgende e-Mail zu erreichen:

kathrin (at) monneta.org